The Wayback Machine - https://web.archive.org/web/20241205110406/https://www.mao-projekt.de/BRD…
Zur Hauptübersicht der Datenbank MAO Zur nächsten Zwischenübersicht

April 1968

Materialien zur Analyse von Opposition

Von Jürgen Schröder, Berlin, 31.3.2018

Die Datenbank MAO ist ein vollständig selbstfinanziertes Projekt. Unterstützen Sie uns durch

Spenden

Der April 1968 wird hier im Spiegel der oppositionellen und studentischen Gruppierungen sowie ihrer Publikationen dargestellt, wobei die benutzten Quellen keineswegs erschöpfend sind und der Ergänzung bedürfen.

Der April 1968 war vor allem bestimmt durch das Attentat auf Rudi Dutschke in Berlin, auf das die APO an verschiedenen Orten, wie etwa in Esslingen, im Verlauf der sog. 'Osterunruhen' mit der Blockade der Springer-Verlagshäuser antwortete und in den folgenden Tagen und Wochen in Berlin mit der Organisierung an der Basis innerhalb von Basisgruppen in den Stadtteilen, die sich der Arbeit mit Schülern, aber auch den Arbeitern widmeten bzw. der Vorbereitung des 1. Mai.

Beherrschendes Thema der Debatte war die Frage der Gewalt.

Auszug aus der Datenbank "Materialien zur Analyse von Opposition" (MAO)

April 1968:
Das ZK der PCMLB Belgien (vgl. 29.6.1970), berichtet über den Leiter ihres Gebietskomitees in Charleroi (vgl. Sept. 1969) evtl. u.a. aus dem April:"
1. Im ersten Trimester 1968 ersucht eine Interkommunale von Charleroi der Bevölkerung ein teures und wenig praktisches Müllabfuhrsystem aufzuzwingen. Die Bevölkerung führt einen einmütigen Kampf. Der Genosse will einen Artikel in der 'Clarte' veröffentlichen mit dem Vorschlag, auf den Müllsäcken solle eine Reklame aufgedruckt werden, die die Kosten decke. Die Redaktion der 'Clarte' hat diesen Artikel mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Parteizeitung sich nicht um die Werbung der kapitalistischen Unternehmen zu kümmern habe. Aber der Genosse hat diesen Artikel in der Zeitung veröffentlicht, die er in seiner Gemeinde herausgibt. Daß die von der Partei eingenommene Haltung richtig war, ist durch die Tatsache bewiesen, daß die Bevölkerung, die in ihrem Kampf ausharrte, recht erhalten hat, ohne daß die kapitalistsiche Werbung beansprucht werden mußte.

2. Kurze Zeit danach schlug der Genosse dem Zentralkomitee vor, die Parole von der 'Arbeiter-Kontrolle' zu verteidigen, eine jener berüchtigten 'Strukturreformen', die die Revisionisten, die Trotzkisten und einige Anführer der FGTB propagieren. Es ist offensichtlich, daß ein solcher Vorschlag dem Marxismus-Leninismus zuwider lief und keinerlei Notiz nahm von den tiefgehenden Analysen der 'mystifizierten Strukturreformen', die die Kommunistische Partei Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens (PAA, d.Vf.) durchgeführt haben."
Quelle: KSB/ML Freiburg: Zur Einheit aller Revolutionäre, besonders der Marxisten-Leninisten, Freiburg O. J. (1970), S. 14

April 1968:
Der AStA der Ruhr-Universität Bochum (RUB - vgl. 11.2.1971) berichtet:"
GEMISCHTBELEGUNG EIN POLITIKUM!

Die Studenten des Pariser Vororts Nanterre hatten es satt, täglich Eingriffe in ihre intimsten Lebensbereiche hinzunehmen und mit Kündigungen rechnen zu müssen, nur weil sie die Nacht mit ihren Freundinnen oder Freunden zugebracht hatten.

Und deshalb packten sie eines Nachts im April 1968 ihre Koffer und zogen einfach um: Studenten in das Heim für Studentinnen - und Studentinnen in das Heim für Studenten.

Am nächsten Tag alarmierten die Heimleitungen die Polizei, es kam zu Prügeleien und was daraus erwuchs war nichts weniger, als die französische Studentenrevolte des Mai 1968."
Q: Bochumer Studentenzeitung Nr. 73, Bochum 11.2.1971, S. 2

April 1968:
Laut Schlomann/Friedlingstein konstituiert sich in Großbritannien aus Gruppen um die prochinesische Zeitschrift 'The Marxist' (erschien ab Nov. 1966) die Communist Party of Britain/Marxist-Leninist (CPB/ML). Vorsitzender wird Reg Birch.
Q: Schlomann, Friedlingstein: Die Maoisten, Frankfurt 1970, S. 186; Der Klassenkampf Nr. 7/8, Köln 1971, S. 6

April 1968:
Die Aktion Lateinamerika (ALA) Freiburg (vgl. 2.7.1973) berichtet aus Guatemala über rechte Terrorakte bzw. die Ermordung von Rogelia Cruz Martinez (vgl. Jan. 1968) und die Entführung des Erzbischofs Casariego (vgl. März 1968), durch diese "wurde der Durchschnittsbürger so erschüttert, daß dieses möglicherweise zur Bildung neuer politischer Zustände verhalf, die das Ende der Violencia einen Monat später ermöglichten."
Q: Aktion Lateinamerika Nr. 1, Freiburg 1973, S. 16

April 1968:
In der deutschen Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale erscheint der 'Zentral-Redaktion Rundbrief' (ZR-RB) Nr. 3 für März frühestens Anfang April (vgl. Feb. 1968, 1.8.1968). Die Ortsredaktion Köln möchte nicht in die SDAJ eintreten, sie will lieber eine offen auftretende Sektion der Vierten haben. Weitere Ortsredaktionen werden erwähnt aus Berlin, Frankfurt und Mannheim. Berichtet wird auch von der SDS DK (vgl. 29.3.1968).
Q: VS-deutsche Sektion-ZR: Rundbrief Nr. 3, O. O. März 1968

April 1968:
Die Aprilausgabe des 'Roten Morgens' (vgl. März 1968, Mai 1968) behandelt u.a. die italienische Halbinsel. In Crotone in Kalabrien sei die PCI zur PCI/ML übergetreten, die auch in Apulien aktiv ist. Außer über die Gründung eines Provisorischen Komitees einer ML Kommunistischen Bewegung San Marinos, wird auch noch von Sardinien berichtet (vgl. 24.3.1968).

Im Leitartikel "Schlagt den Faschismus, wo ihr ihn trefft. Brutaler Polizeiterror zum Schutze des Druck- und Mordhauses Springer" wird ausgeführt:"
Alle jene, die bisher meinten, der Gefahr der Refaschisierung der Bundesrepublik mit papiernen Protesten, wehklagenden Artikeln und Appellen an die demokratische Gesinnung der Herrschenden begegnen zu können, sollte der feige Mordanschlag auf den Genossen Rudi Dutschke eine Besseren belehrt haben. Konterrevolutionäre Gewalt kann nur mit revolutionärer Gewalt begegnet werden. Dieser Staat, in dem wir leben, legt nach und nach die Maske ab. Und was dahinter hervortritt, ist die brutale Fratze des Neofaschismus … Als die Schüsse auf Rudi Dutschke fielen und die Studenten auf die Straße gingen, um zu protestieren, als sie die Druck- und Verlagshäuser des Springer-Konzerns belagerten, um die Auslieferung der Pogrom-Presse zu verhindern, war das ihr legitimes Recht. Denn BILD schoß mit. Lächerlich, den Mordanschlag als die Tat eines halbirren Einzelgängers hinzustellen. Wer hetzt denn seit Jahr und Tag zum Pogrom? Wer hat die Nachfolge des berüchtigten Hetzblattes des Judenhassers Julius Streicher 'Der Stürmer' angetreten? BILD! … Wer kommandierte Westberliner Bürger vors Schöneberger Rathaus, um die Stimmung gegen die fortschrittliche Minderheit der Stadt anzuheizen? Westberlins regierender Knüppelmeister Schütz … War der Mordschütze Kurras, der den Studenten Benno Ohnesorg niederknallte, etwa auch ein Einzelgänger? Oder war es das, was uns da von ehemaligen SS-Führern und bewährten Nazis, im Geiste von Gestern erzogen, als Schutztruppe der Reaktion in großen Teilen der Polizei entgegenritt? … Die Studenten und Jungarbeiter, die der Reaktion ein heißes Ostern bereiteten, haben tapfer gekämpft. Sie haben Hunderte Polizisten außer Gefecht gesetzt. Und Dank auch den Genossen, die als wahre Marxisten-Leninisten unter der roten Fahne der Arbeiterbewegung in vorderster Reihe des Kampfes standen … Die Welle des Protestes und Kampfes hat ihren Höhepunkt überschritten und klingt ab. Was war der Erfolg? Die Auslieferung der Springer-Erzeugnisse wurde teilweise verhindert oder beträchtlich verzögert, das revolutionäre Bewußtsein der Jugend gestärkt … Die Menschen beginnen sich zu schämen, dies Drecksblatt in die Hand zu nehmen. Hier müssen wir dran bleiben und den Boykott fortsetzen. Durch geduldige offensive Diskussion müssen wir erreichen, daß kein Mensch die BILD-Zeitung mehr kauft, um nicht als BILD-Trottel zu gelten. Kein Kiosk darf mehr Springer-Erzeugnisse bestellen, um nicht selbst boykottiert zu werden. Das allerwichtigste aber bleibt nach wie vor, durch verstärkte Agitation in den Betrieben die Massen im marxistisch-leninistischen Sinne zu schulen. Denn ohne das Bündnis der Arbeiter, Bauern mit der fortschrittlichen Intelligenz wird es nicht möglich sein, die reaktionäre Klassenherrschaft des Monopolkapitals zu stürzen und an seiner Stelle ein einiges, sozialistisches Deutschland, unter der Klassenherrschaft des Proletariats zu errichten."
Der Artikel stammt von Ernst Aust.

Weitere Artikel sind:

- Soziale Symmetrie - Ein sozialer Beschiss,
- Renegaten aller Länder vereinigt Euch,
- Wohin geht die CSSR - Eine Clique löst die andere ab.

Im Artikel von Günter Ackermann "Fahne der südvietnamesischen Befreiungsfront unerwünscht" werden die Vorfälle in Köln am 6.4.1968 behandelt (vgl. dort).

S. Markowski aus Bergisch Gladbach (Initiativausschuß zur Gründung einer sozialistischen Partei - IA) habe eine Reihe 'Fragen an den Roten Morgen' gerichtet, wozu ausgeführt wird:"
Zwischen Verbalinjurien und unsachlichen Ausfällen hübsch verpackt, wird uns eine Reihe 'konkreter Fragen' offeriert … Wir werden keine geschlossene Antwort abfassen. Zu einigen der 'Fragen' haben wir uns schon geäußert, andere werden wir gelegentlich aufgreifen. Einige der Fragen sind leider so saublöd, daß sich jede Diskussion erübrigt. Da jedoch die meisten Leser des ROTEN MORGEN nicht auch zugleich den INFORMATIONSBRIEF beziehen (das Organ, für das S. Markowski verantwortlich zeichnet, d.Vf.), möchten wir im Folgenden ganz kurz den Gedankengang des erwähnten Artikel skizzieren."
S. Markowski kritisiert u.a.:
- Nationale Engstirnigkeit und Selbstsucht der Chinesen,
- Eine rein machtpolitische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion,
- Unberechtiger Vorwurf des Revisionismus,
- Der Kapitalismus in der Sowjetunion wird nicht restauriert,
- Zwischen sowjetischer und chinesischer Außenpolitik besteht kein grundsätzlicher Unterschied,
- Die Genossen des ROTEN MORGEN gehen den Chinesen auf den Leim,
- Sie wollen den Kult um Stalin wiederbeleben.

"All das könnte man zur Not auch in der BILD-Zeitung nachlesen. Wer sich dennoch bemüssigt fühlt, den 'Informationsbrief' zu bestellen, kann schreiben an S. Markowski … ."
Q: Roter Morgen, Hamburg Apr. 1968

April 1968:
Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei (IA) gibt ein Sonderblatt des 'Informationsbriefes' (IB) zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke heraus (vgl. März 1968, April 1968).
Titel:"Helft Rudi Dutschke!"
Q: Initiativausschuss zur Gründung einer Sozialistischen Partei: Informationsbrief, Sonderblatt, Bergisch-Gladbach April 1968

Informationsbrief

Herausgeber: Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei

Postanschrift: Siegfried Markowski, 507 Bergisch Gladbach
Dornröschenpfad 3
Tel.: 59618 Bergisch Gladbach
Postscheckkonto: 157 163, Postscheckamt Köln

Sonderblatt April 1968

H E L F T R U D I D U T S C H K E !

Als wir in unseren "Informationsbriefen" in der Nr. 60 vom März 1968 einen Artikel mit der provozierend-ironischen Überschrift

SCHLAGT DUTSCHKE TOT!

veröffentlichten, ahnten wir nicht, daß unsere "Aufforderung" so bald befolgt werden würde.

Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke am 11. April in Berlin ist ein Fanal! Er kam keineswegs überraschend, wenn man sich vor Augen hält, welche Hetze und Verleumdung von der Springer- und rechtsradikalen Presse ("STOPPT DUTSCHKE JETZT!" schrieb die "National- und Soldatenzeitung" vor wenigen Wochen) und auch von den Politikern der regierenden Parteien in den letzten Monaten betrieben wurde. Daß Rudi Dutschke sich bedroht wußte, zeigt nichts deutlicher als die Tatsache, daß er in den letzten Monaten mehrere Male seine Wohnung wechseln mußte. Die Menschenjagd, deren Opfer er nun wurde, erinnert fatal an das Verhalten Rosa Luxemburgs in den Tagen des Dezember 1918 und Januar 1919, die ihre Wohnung nicht mehr betreten konnte und dauernd ihre Schlafstellen wechseln mußte, ohne ihrem Schicksal entgehen zu können.

Gegen die Krokodilstränen des Berliner Senats und des Bonner Parteien-Kartells wehren wir uns entschieden, denn sie symbolisieren nur eine abgeschmackte Heuchelei und Farce. Die Herren des Berliner Senats wollen vergessen machen (Schütz: "Ihr müßt diesen Typen mal ins Gesicht sehen"), was sich bei der von ihnen am 21.2. 1968 veranstalteten Gegenkundgebung in Berlin ereignete. Welche wüste Hetzreden sie gegen die studentische und außerparlamentarische Opposition hielten und die terroristischen Exzesse aufgeputschter Berliner als "bedauerliche Nebenerscheinungen" abtaten. Sie wollen ihre geistige Miturheberschaft an dem Mordanschlag leugnen, sie, die im Verein mit der Springer-Presse jene bis zur Tobsucht gesteigerte Atmosphäre erzeugten, von der wir schrieben, daß sie jederzeit den politischen Mord an Linken möglich macht.

Es ist in diesem Lande seit 50 Jahren die Regel und weniger die Ausnahme, daß Linke verfolgt, terrorisiert, eingesperrt und ermordet werden. Auch die systematische Hetze und Verleumdung gegen die Studenten und die außerparlamentarische Opposition ist eine gefährliche Erscheinungsform konterrevolutionärer Gewalt! Der Mordanschlag an Rudi Dutschke beweist die Richtigkeit des Sinngehalts jenes Ausspruchs, den der bayerische Kommunist Levinè im Jahre 1919 vor einem

Standgericht äußerte: "Wir Kommunisten sind nur Tote auf Urlaub".

Es entspricht weder unseren noch Rudi Dutschkes Intentionen, aus ihm einen Märtyrer zu machen. Es gilt, den mörderischen Anschlag zum Anlaß zu nehmen, verstärkt unter der Bevölkerung zu agieren und die Menschen über die Hintergründe und Bedingungen aufzuklären, die einen Mord an Linken immer noch und immer wieder erst möglich machen. Den Noskes und Scheidemännern in der Berliner SPD darf nicht gestattet werden, Ursache und Wirkung zu verschleiern und die Bevölkerung weiterhin heimtückisch und gezielt durch falsche Berichterstattung irrezuführen. Es darf nicht zugelassen werden, daß sie das verkünden, was Scheidemann in einer Wahlversammlung in Kassel einen Tag nach dem Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erklärte:

"Sie haben Tag für Tag das Volk zu den Waffen gerufen und zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufgefordert, sie sind nun selbst Opfer ihrer eigenen blutigen Terrortaktik geworden".

Es ist auch nicht verwunderlich, daß Kanzler Kiesinger sein geheucheltes Beileid noch am Abend des Mordanschlages dazu benutzte, um Ursache und Wirkung zu verdrehen und die anti-studentische Hetze subtiler weiterzutreiben, wenn er in dem Beileidstelegramm an Frau Dutschke vom Terror sprach, der in unserem Lande geweckt worden sei und dem Einhalt geboten werden müsse. Da er das schon einige Wochen vor dem Tattag im Bundestag behauptete und die Studenten meinte, ist klar, daß er in den Gehirnen der Menschen die Gedanken-Assoziation schaffen will, der Terror sei zuerst von den Studenten praktiziert worden und Dutschke sei nun selbst Opfer des von ihm praktizierten Terrors geworden.

Solche Lügen dürfen wir nicht zulassen und müssen sie mit allen Mitteln zurückweisen!

Über den politischen Auswirkungen der Tat sollten wir nicht den Menschen und Genossen, den Mitkämpfer Rudi Dutschke vergessen, der zuletzt an sich selber dachte und nie nach irgendwelchen persönlichen Vorteilen schielte, sondern im Gegenteil große Opfer brachte, um die Menschen in diesem Lande im fortschrittlichen Sinne politisch zu aktivieren. Die politische, charakterliche und menschliche Integrität eines Rudi Dutschke ist selten geworden unter den Linken in diesem Land. Er ist das genaue Gegenteil eines kalten Apparatschicks und vielleicht macht gerade das jene Anziehungskraft aus, wie sie sonst unter der studentischen Linken nicht mehr zu beobachten ist.

Wir rufen in einem Akt selbstverständlicher menschlicher und politischer Solidarität alle Genossen, Freunde und alle jene auf, die dieses Blatt in die Hände bekommen:

HELFT RUDI DUTSCHKE UND SEINER FAMILIE!

Wir wissen zur Stunde noch nicht, ob und wie Dutschke den Mordanschlag übersteht, aber unsere finanzielle Unterstützung wird er und seine Familie in jedem Falle dringend benötigen. Jede Mark, die wir für Rudi Dutschke opfern, soll gleichzeitig unseren Willen symbolisieren, Mordanschlägen der Rechten zu trotzen und den Kampf aufzunehmen. Solidarität ist das Gebot der Stunde, überweisen Sie eine Spende unter dem Stichwort "Solidaritätshilfe" auf unser Postscheckkonto 157 163 Köln. Ein Vorstandsmitglied des "Initiativausschusses" wird die gesamte Spendensumme in Berlin überreichen und wir werden im "Informationsbrief" darüber berichten.

Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer sozialistischen Partei

April 1968:
Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei (IA) gibt die Nummer 61 des 'Informationsbriefes' (IB) heraus (vgl. März 1968, Mai 1968). Er enthält die Artikel:
- Die Redaktion: Der Prozess [Vorbemerkung zum Abdruck des Briefes des SDS an das ZK der KPdSU über einen Prozess gegen einige Schriftsteller in der Sowjetunion]

- SDS Landesverband Berlin: Brief an das ZK der KPdSU
- Aus Briefen, die uns erreichten [zu Dutschke, zum SDS und den Arbeitern, Dankesbrief von Karl-Hermann Flach, zur Diskussion um Che Guevara und Herbert Marcuse]

Q: Initiativausschuss zur Gründung einer Sozialistischen Partei: Informationsbrief, Nr. 61, Bergisch-Gladbach April 1968

Informationsbrief

Herausgeber: Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei

Postanschrift: Siegfried Markowski, 507 Bergisch Gladbach
Tel.: 59618 Bergisch Gladbach Dornröschenpfad 3
Postscheckkonto: 157 163, Postscheckamt Köln

Nr. 61 Einzelpreis DM -,50 incl. Porto April 1968

Der P r o z e ß

Bekanntlich fand in der Sowjetunion ein Prozeß gegen die Schriftsteller Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa statt. Um die Prozeßführung und die hohen Freiheitsstrafen zu rechtfertigen, zu denen die Angeklagten verurteilt wurden, griffen die Russen zu einer alten, bewährten Methode: Zur Kriminalisierung politischer Gegner.

Man behauptete, bei den Angeklagten handele es sich nicht um Schriftsteller, die wegen abweichender politischer Meinungen vor Gericht stünden, sondern um Personen, die als Landesverräter mit russischen Emigrantenorganisationen zusammengearbeitet hätten. Dieses Argument mußte auch zur Rechtfertigung dafür dienen, daß die Angeklagten in einem Geheimprozeß verurteilt wurden. Hier ist zu fragen, warum der wirkliche Spion und Landesverräter Penkowski, der zum Tode durch Erschießen verurteilt und hingerichtet wurde, in einem öffentlichen Prozeß angeklagt und verurteilt wurde, die vier Schriftsteller aber nicht?

Nachstehend veröffentlichen wir einen Brief, den der Landesverband des SDS Berlin an das ZK der KPdSU richtete.

Die Redaktion

Der SDS Landesverband Berlin
an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen,

wenn wir als Sozialisten Kritik an der UdSSR üben, dann halten wir dies keineswegs für eine Einmischung in die "inneren Angelegenheiten" der UdSSR, sondern für ein Gebot des proletarischen Internationalismus. Die KPdSU hat schließlich schon mehrfach auf die historische Bedeutung hingewiesen, die der Sowjetunion zukommt als dem Lande, in dem zum ersten Male in der Geschichte die Arbeiterklasse die politische Macht ergriffen hat.

Es ist unbestreitbar, daß die innere Entwicklung der UdSSR einen starken Einfluß auf den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern ausübt. Gerade dies zwingt uns, die wir in der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland und Westberlin für den Sozialismus kämpfen, zu solchen Erscheinungen wie dem Prozeß

gegen Juri Galanskow, Alexander Ginsburg, Alexej Dobrowolski und Vera Laschkowa Stellung zu nehmen.

Beim Prozeß gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa ist genug geschehen, um Mißtrauen gegen die Prozeßführung zu erzeugen. Die Untersuchungshaft wurde über die gesetzlich erlaubte Zeit hinaus ausgedehnt; die Prozeßführung war nach den spärlichen Nachrichten zu urteilen autoritär; die Urteilsbegründungen sind fadenscheinig. Am schwerwiegendsten aber ist, daß dieser Prozeß unter Ausschluß einer weiteren Öffentlichkeit stattgefunden hat. Dies ist völlig unverständlich. Entweder haben die Angeklagten Meinungen vertreten, die für die sowjetische Öffentlichkeit unwichtig sind, dann muß man fragen, warum überhaupt Anklage erhoben wurde. Oder aber die juristischen Organe der UdSSR messen den Ansichten der Angeklagten zu Recht so große politische Bedeutung bei, daß ihnen ein juristisches Verfahren notwendig erscheint. Dann müßte jedoch das Interesse an einer allgemeinen öffentlichen Diskussion dieser Ansichten noch größer sein.

50 Jahre nach dem Sieg der großen sozialistischen Oktoberrevolution ist die sowjetische Staatsmacht so fest verankert, daß die Nichtöffentlichkeit politischer Prozesse nicht mehr mit der Notwendigkeit des Schutzes des jungen Sowjetstaates begründet werden kann. Es ist die Aufgabe der Partei des Proletariats, die schöpferische Initiative der Massen gerade auch in den politisch-ideologischen Bereichen zu entwickeln. Das heißt aber auch, daß die Massen bei politischen Gerichtsverfahren das Recht auf eine allgemeine politische Diskussion haben und die Pflicht, diese Diskussion zu führen. Nun hat die Justizbürokratie im Fall Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa nicht nur nichts getan, um eine allgemeine Diskussion zu fördern, sie hat sogar alles getan, um diese Diskussion zu verhindern.

Die Entfaltung der Produktivkräfte in der Sowjetunion unter den erschwerten Bedingungen der ausländischen Interventionen und des faschistischen Angriffs auf die UdSSR war verbunden mit einer einseitigen Stärkung des Zentralismus in Wirtschaft und Politik und mit der administrativen Behinderung der Entfaltung der schöpferischen Initiative der Massen. Der Übergang zum Kommunismus, der beim gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte in der Sowjetunion zum konkreten Ziel wird, erfordert aber die verstärkte Erziehung der Massen zur Selbstverantwortung und Selbstverwaltung - nur so kann das Absterben des Staates vorbereitet werden. Was Lenin über den Aufbau des Sozialismus sagte, gilt verstärkt für den Übergang zum Kommunismus: "Den Sozialismus aber kann nicht eine Minderheit - die Partei - einführen. Einführen können ihn Dutzende von Millionen, wenn sie es lernen, das selbst zu tun." (Referat auf dem 7. Parteitag der KPR(B). Dies setzt aber voraus, daß die Partei des Proletariats der Initiative der Massen vertraut, nicht daß sie die Massen in ihrer Initiative behindert. Lenin sagte über den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft: ....."wir erklären, daß nur derjenige ein wirklicher Sozialist ist, der diese Arbeit in Angriff nimmt und sich dabei auf die Erfahrungen und den Instinkt der werktätigen Massen stützt". (Bericht über die Tätigkeit des Rates der Volkskommissare auf dem dritten gesamtrussischen Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegierten).

Die Massen aber werden ihre schöpferische Initiative nur dann richtig entwickeln können, wenn sie durch den permanenten Dialog mit der Führung darauf systematisch vorbereitet werden. Zur Erziehung der Massen gehört aber auch, daß jedem die Gelegenheit

gegeben wird, seine Meinung und Kritik, auch wenn sie irrig sein mag, öffentlich zu artikulieren und zur Diskussion zu bringen. Dazu gehört auch insbesondere das Recht auf Demonstrationen und die Benutzung der vorhandenen Kommunikationsmittel.

Wenn der ständige Dialog zwischen Führung und Massen, die ständige Diskussion auch oppositioneller Meinungen nicht stattfindet, dann darf es nicht verwundern, wenn diese Diskussion in einem von Partei und Öffentlichkeit unkontrollierbaren Bereich sich abspielt. Aber selbst wenn dabei Ansichten artikuliert werden, die im Widerspruch zur sowjetischen Gesellschaftsordnung stehen (diese Frage in einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren wäre die Aufgabe eines Prozesses gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa gewesen), wird man dies kaum auf die konterrevolutionäre Gesinnung einzelner zurückführen können. Im Gegenteil: es muß als ein Versagen der Partei des Proletariats begriffen werden, wenn heute, 50 Jahre nach der großen sozialistischen Oktoberrevolution, eine Kritik an den bestehenden Verhältnissen in der UdSSR nicht mit den Ideen des Marxismus-Leninismus, sondern mit bürgerlichen Kategorien geführt wird. Dies erscheint uns (mag es nun in diesem speziellen Fall zutreffen oder nicht) als ein Symptom, das zeigt, wie notwendig es ist, die allgemeine Diskussion über die gesellschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion einzuleiten. Als denkbar günstiges Mittel hierfür würde sich zweifellos eine völlig öffentliche Wiederholung des Prozesses gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa erweisen unter minutiöser Berichterstattung aller Kommunikationsmittel, die erst die allgemeine Diskussion ermöglichen würde.
Ziel dieses öffentlichen Prozesses kann es natürlich nicht sein, das Urteil des ersten Prozesses zu bestätigen.

Wir bitten das ZK der KPdSU in diesem Sinne tätig zu werden

Mit sozialistischen Grüßen

Der Sekretär des Landesverbandes des SDS
im Auftrag des Landesbeirats

- - - - - - - - - - - -

Aus Briefen, die uns erreichten:

Liebe Genossen!

Nun wissen wir es ganz genau: Auf die Frage, ob der Widerstand sich in Zukunft in einer Partei organisieren soll, antwortet Dutschke in konkret 3/68:

> "Dezentralisierte Aktions- und Diskussionszentren, je selbsternannte Avantgards in den verschiedenen Institutionsebenen der Gesellschaft, die aus ihren je spezifischen Widersprüchen ihre Formen des Widerstandes lernen müssen, scheinen uns die Richtung der Antwort anzudeuten. Diese selbsternannten Avantgards in den verschiedenen Widerspruchsebenen der Gesellschaft werden und dürfen sich nicht den Monopolansprüchen einer Partei z.B. unterwerfen".

Aktions- und Diskussionszentren, das heißt doch bis jetzt Stu-

dentenverbände, deren Mitglieder nur zu 5 % aus Arbeiterfamilien kommen, heißt Schülergruppen, deren Mitglieder einmal an den Universitäten und in den Studentenverbänden sein werden, heißt Clubs, in denen ich noch keinen Arbeiter gesehen habe. Und wenn überall in diesen Zentren Arbeiter wären, wie würde die Avantgarde wohl aussehen, wenn sich die SDS-Avantgarde schon schwer tut, den neu eingetretenen Studenten ihr theoretisches Wissen zu vermitteln und sie lieber im hundert-Meter-Tempo auf die Straße und über fiktive Barrikaden schickt. Wie sollten Arbeiter die Monopolansprüche dieser Avantgarde brechen?

Der SDS ist ein Studentenverband und hat sich als solcher bewährt Die zu gründende Partei wäre eine Arbeiterpartei und hat sich als solche zu bewähren.

Dutschkes Forderung vom 18.2.1968 (während seiner Rede auf dem Vietnam-Kongreß in West-Berlin - die Red.), nicht nur über die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern zu reden, halte ich für eine Parole. Der Arbeiterschaft ist man keinen Schritt näher gekommen. Wenn man hört, wie versucht werden soll, von außen an die Betriebe heranzukommen,mit Plakataktionen und Flugblättern, muß man annehmen, daß nicht einmal Einsicht in die Struktur der Betriebe besteht. Woher sollte sie auch kommen. Ein zwei-Tage-, ein zwei-Wochen-Job reicht nicht einmal für oberflächliche Einblicke und Kontakte.

Die Aktionen der Studentenverbände und Ostermarschierer können ihrer Mitgliederstruktur nach mit Klassenkampf nicht viel zu tun haben. Die Clubs dienen allenfalls als Sammelbecken für Leute, die den Übergangsstatus "Student" durchlaufen haben. Der "revolutionäre" Schüler wird "revolutionärer" Student und dann Clubmitglied. So schließt sich der Kreis, und man bleibt antiautoritär isoliert. So wird Klassenkampf zum Kampf auf bürgerlichen Institutionsebenen. So werden auch der neu zu gründenden Arbeiterpartei Monopolansprüche untergeschoben, ohne daß Dutschke z.B. je auf die "Informationsbriefe" geantwortet hätte. Die Erklärung liegt nahe: Die "IB" werden bloß von Arbeitern gemacht.

K. Januschkowski, Berlin

Anmerkung der Redaktion: Herzlichen Dank unserem Berliner IB-Leser für seine Zeilen. Wir stimmen mit ihm voll überein. Der SDS postuliert zwar, er wolle sich eine "Massenbasis" verschaffen, um nicht wie bisher in einem gesellschaftlichen Vakuum operieren zu müssen und gibt sich überzeugt, daß er diese Massenbasis findet. Wenn diese Massenbasis geschaffen ist, aber nicht vorher, soll eine neue sozialistische Partei gegründet werden. Daß man also versucht, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun, haben wir schon verschiedentlich dargelegt, auch, daß Dutschke zur Frage einer sozialistischen Parteigründung widersprüchliche Aussagen in Hülle und Fülle macht (siehe den Artikel des Gen. Zimmermann in der Nr. 58 der "IB" "Sozialistische Partei und Studentenrevolte").

In diesem Zusammenhang sei hier auch Sebastian Haffner zitiert, der ebenfalls in konkret 3/68 einen wichtigen Gesichtspunkt hervorhebt, wenn er schreibt:

> "Ein Einwand, immerhin, läßt sich hören. Studentengenerationen sind kurzlebig, und der soziale Status des Studenten ist ein Übergangsstatus.... Und außerdem: Der Student hat gut revolutionär sein; er ist jung, ledig, frei von privaten Verantwortungen, er hat wenig Bedürfnisse. Wenn er erst

einmal seine Examina gemacht, geheiratet, eine Familie in die Welt gesetzt hat, sieht alles anders aus. Dann lernt er sich anpassen und keine gefährlichen Gedanken mehr denken, geschweige denn dafür kämpfen und etwas riskieren.

Allen Ernstes: Hier sehe ich die größte Gefahr für die Studentenrevolution, die wirkliche Klippe, vor der sich die wenigsten in acht nehmen. Die wirkliche Feindin der Demokratie ist heute, im Zeitalter der wirtschaftlichen Abhängigkeit fast aller, die Ehe und die Familie geworden. In den Kinderstuben werden nicht nur die Kleinkinder zu Untertanen von morgen, es werden auch und vor allem die Väter und Mütter zu Untertanen von heute erzogen.

Die Kommune mag noch so sehr danebengehauen haben: Das Problem, das sie gesehen hat, gibt es wirklich. Die katholische Kirche weiß, was sie tut, wenn sie ihre Priester nicht heiraten läßt; und auch Springer weiß, was er tut, wenn er "Eltern" und "Jasmin" produziert - Propaganda für "die schönsten Jahre des Lebens" und "Das Leben zu zweit" (und dann bald zu dritt, viert, fünft), das jungen Männern und Frauen so zuverlässig den demokratischen Schneid abkauft. Ich fürchte, hier liegen gewaltige, noch wenig bedachte Probleme. Die demokratische Revolution der Gesellschaft wird nicht gelingen ohne eine Revolution des "Lebens zu zweit"; und die Väter der demokratischen Republik werden es sich lange nicht leisten dürfen - Väter zu sein."

Es ist eine sehr natürliche und menschliche Sache, wenn Männer und Frauen, ob Arbeiter oder Studenten, irgendwann in ihrem Leben danach trachten, eine Familie zu gründen und diese Familie auch zu versorgen. Wir schrieben nicht umsonst von den Arbeitern und Angestellten, die aufgrund ihrer politischen Arbeit von Entlassung oder beruflicher und finanzieller Zurücksetzung in ihren Betrieben betroffen oder bedroht werden.

Viele Arbeiter und Angestellte, die sozialistisch eingestellt sind, haben in der Vergangenheit die Erfahrung machen müssen, daß SDS-Studenten, die sich während ihrer Studentenzeit radikal gebärdeten, nach Abschluß ihres Studiums hoch dotierte Posten in der Industrie oder Verwaltung erhielten und sich dann genau so konformistisch verhielten, wie viele ihrer ehemaligen Gegner auch.

Es drängt sich der Gedanke auf, daß für manchen SDS-Radikalen seine "revolutionäre" Gesinnung eine Voraussetzung für eine gut bezahlte berufliche Karriere war, denn, nicht wahr, jedes Ding hat seinen Preis.....

Die Arbeiter fühlen und wissen sehr genau, was von manchen SDS-Genossen, die Karriere machten, zu erwarten ist und sind verständlicherweise sehr mißtrauisch. Und auch wir wußten, warum wir schrieben:

> "Von dieser sozialen Basis aus gesehen ist es unseren linken Studienräten und Professoren unverständlich, daß wir immer wieder darauf hinweisen, daß nur eine solidarische Klassenpartei dem Einzelnen einigen Schutz und Rückhalt zu geben vermag" (IB Nr. 53/54 S. 13/14).

"Die IB werden bloß von Arbeitern gemacht," schreibt unser Leser aus Berlin, "ohne daß Dutschke z.B. je auf die IB geantwortet hätte". Nun, Dutschke hat vielleicht indirekt auf die IB geantwortet, auch wenn er davon nichts weiß. Lt. der ZEIT v. 1.3.1968 S. 18 erklärte Dutschke, ihm habe die Baden-Badener Demonstration im Januar 1968 gezeigt, daß es eine klare Möglichkeit gebe, "daß

Studenten wie wir mit Gewerkschaftlern aus einzelnen Branchen und mit Schülerorganisationen den Kontakt zu den Massen suchen und erreichen können".

Dazu ist zu sagen: Die "Gewerkschaftler aus einzelnen Branchen" (es handelte sich vor allem um Funktionäre der IG Metall, die in Baden-Baden die Forderung der Schüler und Studenten unterstützten, im Kurhaus eine Veranstaltung mit Dutschke abzuhalten) stehen schon seit Jahren mit dem I.A. in Verbindung und sind z.B. auch I.B.-Leser! Daß sich diese Tatsache eines Tages in weiteren Aktionen manifestieren kann, sei nur am Rande vermerkt!

.-.

Wir übersandten dem Chefredakteur der FRANKFURTER RUNDSCHAU, Karl Hermann Flach, im Januar den IB Nr. 58 mit dem darin veröffentlichten Artikel "Sozialistische Partei und Studentenrevolte", da Flach in der ZEIT sich in einem längeren Artikel über die Theorie und Praxis der Linken in der BR äußerte.
Am 19. Januar 1968 schrieb uns Flach:

> "Verbindlichen Dank für Ihren Informationsbrief, den ich mit großem Interesse gelesen habe. Auch als (un)bürgerlicher Liberaler verfolge ich die Diskussion mit der Linken mit großer Aufmerksamkeit. Ich komme dabei auch zu der Auffassung, daß die Gründung einer wirklich unabhängigen neuen sozialistischen Partei die beste Lösung wäre, falls es gelingt, die Wahlrechtsmanipulation zu verhindern. Ich bin persönlich, wie Sie wissen, kein Sozialist (obwohl mir das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht heilig ist), finde aber, daß eine moderne sozialistische Partei uns eigentlich fehlt."

Mit freundlichen Grüßen

(Karl-Hermann Flach)

<u>Genosse B.M. schrieb uns:</u>

Liebe Genossen! 6.3.1968

Den Einwänden der Genossen Markowski und Lauritz im IB Nr. 59 (Februar 1968) gegen meinen Beitrag "In memoriam CHE GUEVARA" (IB Nr. 57 Dezember 1967) sei zunächst mit meinem Brief vom 4. Dezember 1967 geantwortet. Ich bitte Euch daher, diesen.... abzudrucken und so in die Diskussion zu geben.

Was die "Bewußtmachung" angeht, so habe ich deutlich genug gesagt, warum und warum vor a l l e m (natürlich tut dies auch der I.A. und andere) die Studenten diese Aufgabe übernehmen!

Es war eben z.B. nicht der I.A., sondern der SDS, der am 17./18. Februar in Berlin politisch aktiv wurde (nicht nur da und damals), und der weitere Aktionen plant. Damit sollen beileibe keine Widersprüche konstruiert werden - ganz im Gegenteil - sondern nur nüchtern die subjektive Seite der gegenwärtigen Situation betrachtet sein.

B.M.

Den oben erwähnten zweiten Diskussionsbeitrag des Genossen B.M. zu dem von uns im IB Nr. 53/54 (August/September 1967) abgedruck-

ten Marcuse-Interview veröffentlichen wir nachstehend:

Die Redaktion

4. Dezember 1967

Liebe Genossen!

Ich danke für Eure Kritik im IB Nr. 56 (November 1967) an meiner Ansicht bezügl. MARCUSE, kann sie aber nicht ohne weiteres annehmen.

Ich stelle fest, daß Ihr nach wie vor der Meinung seid, daß das Blut unzähliger revolutionärer Männer und Frauen für eine "romantische Idee" (MARCUSE, IB Nr. 53/54) vergossen wurde und in diesen Stunden noch vergossen wird!!

Ich stelle weiterhin fest, daß Ihr meint, der Volkskrieg stelle gar keine fatale Bedrohung für das imperialistische Weltsystem dar - und Ihr zitiert in diesem Sinne auch Les Temps Modernes ("Der Nachweis, daß jede Anstrengung vergeblich sein wird...")!-, wenn wir, d.i. die Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder, nicht die "Drittvölker" unterstützten. Außerdem, findet Ihr, sei es der Laune und dem Entscheidungswillen dieses Systems anheimgestellt, wenn es all die Völker total verbrennen und vergiften wolle und werde.
Diese Überzeugung muß doch sehr erhebend sein.

Genossen! Der MARCUSEschen Erklärung (IB 53/54) läßt sich entnehmen, daß die revolutionären Völker in ihrem Kampf nicht bestehen könnten ("Diese Tendenz..."), wenn unsere Unterstützung ausbliebe. O h n e diese aber hat die Revolution in China, Vietnam, Cuba, Korea, Laos und Algerien große Siege errungen, ohne diese entwickelt sie sich weiter, und dem US-Imperialismus macht allein schon der laotisch-vietnamesische Krieg schwache Knie.

Daß dieser Völkerkampf auf die Dauer lebensbedrohend für das System sein muß, liegt, wie ich meine, auf der Hand:

1. Die P r a x i s des Volkskrieges zeigt die Überlegenheit dieser einzigartigen Kampfform in Bezug auf die expedierten Aggressionstruppen schon von deren ganzer Anlage her (vgl. die Theorien des Volkskrieges!). Darüber hinaus werden die über die ganze Welt verteilten Kräfte des Systems durch lange Nachschubwege, geographisch und klimatisch ungünstige Bedingungen, schlechte Kampfmoral (u.a. ergab eine Erhebung in Vietnam, daß gegen 80 % der befragten GIs Marihuana-Zigaretten rauchten!) usw. geschwächt.

2. ABC-Waffen aber können aus den verschiedensten Gründen (politische, militärische, wirtschaftliche) nicht o h n e w e i t e r e s eingesetzt werden.

3. Die von Les Temps Modernes beschworene Offensive, in deren Verlauf der Imperialismus in Santo Domingo, in Brasilien, in West- und Zentralafrika, in Indonesien, in Bolivien, in Argentinien.... Regimes ab- und einsetzte, kann i.S. einer Verschärfung der Widersprüche in diesen Ländern nur n e u e F r o n t e n zeugen und ist daher auf lange Sicht lediglich eine scheinbare Etablierung des Systems. Bei einer derartigen Gesamtentwicklung wird der (US)-Imperialismus seiner europäischen Assistenten gerade n i c h t "entraten können"! (Vgl. unten).

Natürlich wird jede u n s e r e r anti-imperialistischen Aktionen, wird u n s e r Kampf - wir müssen den Aufruf CHE Guevaras, 2, 3, viele Vietnams zu schaffen, beherzigen und neue Fronten e r z e u g e n - den Befreiungskampf unterstützen. W e s e n t l i c h jedoch im Hinblick auf die Zerschlagung des g a n z e n Systems kann diese unsere Hilfe m.E. erst in einem fortgeschrittenen Stadium der revolutionären Entwicklung werden, was zu erläutern ich noch versuchen möchte (unten).

Momentan jedenfalls wird der immer mehr an Umfang (entscheidend ist die allmähliche(!) horizontale Intensivierung, nicht eine evtl. vertikale) zunehmende Kampf gegen das System hauptsächlich von der erstarkenden Phalanx der Völker in Lateinamerika, Asien und Afrika geführt. Der Widerspruch zwischen diesen und dem System ist z.Zt. der globale H a u p t widerspruch.

Der antiimperialistische Widerstand der Arbeiterschaft (der Angestellten und fortschrittlichen Intellektuellen) der Metropole und des kapitalistischen Europa stellt sich als s e k u n d ä r e r bzw. abgeleiteter Widerspruch (weil vom Hauptwiderspruch beeinflußt) dar. Diese Arbeiterschaft kann eben nur "Stütze" (so MARCUSE selbst) sein; wenngleich diese Stütze in dem Maße bedeutungsvoller, ja notwendig für den Sieg über das System wird, indem dieses von den Völkern in Lateinamerika, in Asien und Afrika zurückgeschlagen wird. Zurückgeschlagen wird, indem diese "Mut zu kämpfen haben, keine Schwierigkeiten fürchten, Welle auf Welle vorwärtsstürmen" und sich vor allem nicht durch bewußt oder unbewußt bekundeten Waffensystem- und Technologie- Fetischismus gleich welcher Prägung (und sei es auch MARCUSEscher) einschüchtern oder bange machen lassen!

Inwiefern wird diese "Stütze" bedeutungsvoller, wenn der Imperialismus mehr und mehr von den Volkskräften geschlagen wird und sich einen blutigen Kopf holt?

Betrachten wir stellvertretend für die übrigen kapitalistischen Länder die Bundesrepublik. Ich zitiere die Genossen DUTSCHKE und SALVATORE aus Berlin, die in anderem Zusammenhang, indirekt aber doch zur gleichen Frage, in der Einleitung zu Guevaras Brief an OSPAAL ("Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam") schreiben:

> "Es ist sicher, daß die amerikanische Machtelite in diesem Falle nicht mehr in der Lage sein wird, einen eindämmenden oder aufhaltenden Kampf gegen die Befreiungsbewegungen a l l e i n zu tragen.
>
> Es besteht die gefährliche Möglichkeit, daß die Bundesrepublik auf der Grundlage der ökonomischen, militärischen und politischen Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Teilnahme an den "Befreiungsaktionen" in der Dritten Welt gezwungen wird. Die Konsequenzen einer solchen Politik sind kaum auszudenken. Ein Blick auf Nordamerika genügt. Die großen Pläne von einer Gesellschaft ohne Armut und Rassenhaß sind in den vietnamesischen Sumpf gefallen.
>
> Für die Bundesrepublik, die bei weitem keine so fabelhafte Ökonomie besitzt, die sich am Ende des Wirtschaftswunders in strukturellen Schwierigkeiten befindet, könnten die Folgen des Übergangs von der jetzigen indirekten Unterstützung der amerikanischen Gewaltmaschinerie zu einer direkten Beteiligung mit der Importierung der g e w a l t s a m e n Revolution durch die Herrschenden selbst identisch sein".

Für den Fall obiger Entwicklungen erfolgt der Übergang unseres v e r b o r g e n und v e r f e i n e r t arbeitenden totalitären Herrschaftssystems in ein offen totalitäres System durch den Kanal der Notstandsgesetze; daß dies einmal eintreten wird - wann auch immer -, scheint mir so sicher wie 2 x 2 = 4 ist.
Totalitäres Vorgehen aber erzeugt Widerstand--,

Wir sehen: auch aus diesen weltweiten Entwicklungen erwachsen dem I.A. zentrale Aufgaben.

Es kommt mir darauf an, zu überlegen, daß das System nur auf dem Wege seiner allmählichen, aber empfindlichen Schwächung vom "Lande" der Welt aus besiegt werden kann, daß die historische Entwicklung so verläuft und daß sich auf dem Hintergrund dieser Erkenntnis "romantische Ideen", "Fatalismen" und "vergebliche Anstrengungen" für den Betrachter seltsam, für die betroffenen Völker aber beleidigend und demoralisierend ausnehmen.

Anmerkung der Redaktion:

Dank dem Gen. B.M. für seine Diskussionsbeiträge v. 4.12.1967 und 6.3.1968 Seine Zuschrift vom 6.3.1968 ist zum großen Teil richtig, nur liegt ein Denkfehler darin, daß es j nicht darum geht, ob der I.A. oder der SDS die Vietnam-Aktionen u.a. startet. Solange nicht durch eine Partei als der Kampforganisation a l l e politischen, ökonomischen und ideologischen Bereiche angeprangert werden, in denen der westdeutsche Kapitalismus herrscht, bleiben derartige Aktionen ohne die breite Unterstützung aus der Arbeiterschaft. Die Herrschenden können sogar von den Schwierigkeiten im eigenen Lande ablenken und froh sein, daß sich die Linke nicht als Gesamtalternative stellt , sondern nur in einzelnen zu besonderen Fragen, ohne die anderen Parteien durch eine eigene Partei infrage zu stellen. Das ist das entscheidende Problem, um das es geht!!!

So gesehen können derartige Aktionen pseudo- oder gar gegenrevolutionär wirken. Dies soll aber nicht heißen, daß solche Aktionen nicht auch positiv wirken können, aber die Geschichte gerade der letzten Jahre in allen kapitalistischen Ländern beweist, daß die Sache des Sozialismus trotz Massendemonstrationen usw. nirgends das System gefährden konnte, eben weil die bewußte Organisierung und eine sozialistische Gesamtalternative fehlten.

Nun zum Diskussionsbeitrag des Gen. B.M. vom 4.12.1967. Es stimmt eben keinesfalls, daß die Revolution in China, Vietnam Korea usw. ohne Unterstützung durch industrialisierte Länder gesiegt hat! Das ist eine einseitig historisierende Betrachtung, wenngleich auf den kämpfenden Völkern die Hauptlast ruhte. Vergessen wir z.B. nicht, daß die USA China gegen die japanische Aggression unterstützten, ein Beispiel dafür, daß man auch die wichtigen Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern nicht übersehen sollte.

Gen. B.M. verwechselt zwei Dinge. Er betrachtet den Volkskrieg aller Klassen eines Landes gegen seine alten oder neuen Kolonialherren und die Kompradoren (einheimische Bourgeois, die die Interessen der Kolonialherren im eigenen Lande wahrnehmen) schon als Endkampf gegen den globalen Kapitalismus. Weiter sieht er nicht, daß gerade die internationale Arbeiterklasse als Hemmschuh für die willkürliche Eskalation des

Krieges z.B. in Vietnam wirkt. Drittens: Wenn diese Volkskriege ohne internationale Unterstützung siegreich verlaufen würden, dann bleibt die Frage, warum die chinesischen Kommunisten Moskau gerade mangelhafte Unterstützung der revolutionären Kriege vorwerfen?

Eben die Führer der KPdSU sind doch der Meinung, daß diese Bewegungen bereits siegreich beendet sind bzw. eine weitere Unterstützung derselben zum Atomkrieg führen könnte.

Gen. B.M. schreibt, ABC-Waffen könnten aus "den verschiedensten Gründen" nicht ohne weiteres eingesetzt werden. Würde man die Volkskriege isoliert betrachten, dann könnten ABC-Waffen ohne weiteres eingesetzt werden. Aber die materielle und moralische Unterstützung der Arbeiterschaft aus aller Welt und die Furcht vor evtl. atomaren Vergeltungsschlägen durch die UdSSR bzw. China sind der Grund für den bisherigen Nichteinsatz dieser Waffen.

In Vietnam wird nicht über die weitere Existenz des Imperialismus entschieden, sondern über zwei wesentliche Probleme von internationaler Bedeutung.

Die Speerspitze der US-Globalstrategie richtet sich nicht so sehr gegen den evtl. und wahrscheinlichen Verlust Süd-Vietnams, sondern gegen das augenblickliche Zentrum der revolutionären Bewegungen, nämlich die VR China. Innerhalb dieser globalen Strategie soll Nord-Vietnam an den Verhandlungstisch gebombt werden, um die Richtigkeit der These der "friedlichen Koexistenz" zu demonstrieren. Die USA wollen weiterhin beweisen, daß nationale Befreiungskriege gegen ihren Willen heute nicht möglich sind.

Der nationale Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes ist bei aller Würdigung seiner Bedeutung für den asiatischen Raum bei dem derzeitigen Kräfteverhältnis in der Welt ein nicht so entscheidendes Element, so hart das auch klingen mag. Aber hier helfen keine moralischen Appelle, sondern nur die richtige Einschätzung der Lage und der Möglichkeiten.

Die revolutionären Bewegungen in der "Dritten Welt" können die Basis des internationalen Kapitals wohl schwächen und erschüttern, die Entscheidung über den Zusammenbruch des Kapitalismus jedoch fällt in den kapitalistischen Hochburgen, den "Metropolen" selbst!

Der Klassenkampf im eigenen Land bleibt der wichtigste Faktor auch für den internationalen Zusammenhang desselben.

- - - - - - - - - - - - - - -

April 1968:
Frühestens im April 1968 werden vom Aktionszentrum Unabhängiger Sozialistischer Schüler (AUSS) und dem SDS Freiburg "Thesen zur autoritären Schule" in einer Broschüre von 25 Seiten veröffentlicht, auf der handschriftlich auch eine Adresse des AUSS Freiburg in der Sedanstrasse 10 vermerkt ist.

Die Thesen gliedern sich wie folgt:"
A. Analyse
I. Schule und Elternhaus
1. Elternhaus
2. Schule
2.1 Schule und Autorität
2.2 Schule und Triebstruktur
II. Schule und Gesellschaft
1. Am Beispiel der Kinder aus sozial schwächeren Schichten
2. Der vorgeschriebene Wissenskanon
III. Analyse und Kritik der SMV
B. Gegenvorstellungen (Umrisse einer demokratischen Schule)
C. Die Linken Schülergruppen: Struktur und Aufgabe".

Erwähnung finden die Schülergruppe SSG, die Schüler aller Gymnasien umfasse, sowie der Sozialistische Lehrerbund (SLB).
Q: AUSS, SDS Freiburg: Thesen zur autoritären Schule, Freiburg O. J.

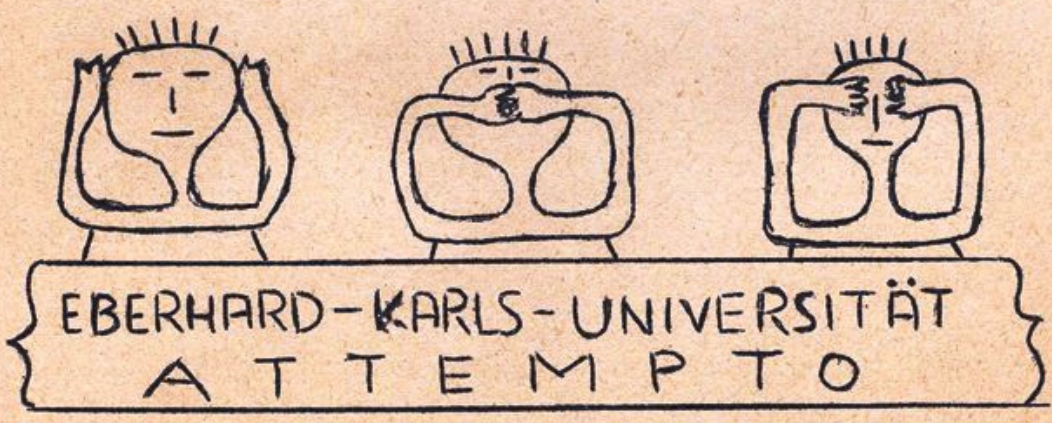
April 1968:
Vermutlich im April erscheint die Broschüre "SDS-Flugblätter zur Hochschulpolitik. Tübingen, Sommer-Semester 1967 Winter-Semester 1967/68".

Enthalten sind die Flugblätter:
- "Hochschulpolitik in Tübingen" vom 27.6.11967;
- "Vorne Bach hinten Bach und dazwischen Blech!" zur Immatrikulationsfeier (vgl. Okt. 1967);
- "Fall Bechtoldt" zu dessen Verweigerung einer Diskussion in seiner Vorlesung über den "Vietnam-Konflikt" (vgl. Dez. 1967);
- "Go-In" mit dem Aufruf dazu am 17.1.1968 beim Soziologen Tenbruck, wo über Autorität an der Hochschule diskutiert werden solle;
- "Hochschulgesetz" (vgl. Feb. 1968);
- "Warschau ist nicht allein" zu Polen (vgl. 15.3.1968); sowie
- "Waffen für den Vietcong!" (vgl. 14.2.1968).
Q: SDS-Flugblätter zur Hochschulpolitik. Tübingen, Sommer-Semester 1967 Winter-Semester 1967/68, Tübingen O. J. (1968)

Doppel

SDS - FLUGBLÄTTER ZUR HOCHSCHULPOLITIK

TÜBINGEN,
SOMMER-SEMESTER 1967
WINTER-SEMESTER 1967/68



(1)

HOCHSCHULPOLITIK IN TÜBINGEN

27. Juni 1967

Am Dienstag dieser Woche sollte eine Diskussion der Tübinger Studenten und Professoren über das Thema "Hochschulpolitik"stattfinden. Wichtigste Einzelpunkte: Hochschulgesetz, Zwischenprüfungsordnung in der Phil.Fak., Disziplinarrecht, Studienreform. Der AStA hatte vorher schriftliche Einla dungen an Professoren, Dozenten und Assistenten geschickt. Erfplg: Der Rektor verfasst einen Antwortbrief, in dem er la pidar mitteilt: man könne nicht mit dem Erscheinen der Univerwitätslehrer rechnen; man habe Terminschwierigkeiten. Man dürfe das Gesetz des Handelns nicht den Studenten überlassen.

Wie hat die Uni bis jetzt gehandelt?

Seit mehr als einem Semester bemühen sich die Studenten, die Professoren immer wieder zur öffentlichen Diskussion einzuladen. Fast regelmäßig muß festgestellt werden: gleichgültig, ob es sich um ein Engagement im Falle des erschossenen Studenten Benno Ohnesorg oder um die Diskussion dringender Hochschulprobleme handelt, - immer wieder entzieht sich die Lehrerschaft (Ausnahmen bestätigen - wie immer - die Regel) den Fragen der Studenten.

Was fürchten die Professoren?

Tübinger Studenten haben weder Eier noch Rauchbomben geworfen. Was die Studenten bislang vergeblich versuchten, war nichts anderes - und wenig genug - als Beteiligung an der öffentlichen Diskussion gemeinsamer Prob leme. Aus der bisherigen Praxis muß geschlossen werden: die Professoren fürchten die öffentliche rationale Diskussion.

Was haben die Studenten zu befürchten?

Bisher hielt es die Universität nicht für nötig, die Studenten darüber zu informieren, was neue Prüfungsordnungen, Verwaltungsbestimmungen, Hochschulgesetzgebung etc. für sie bedeuten. Maßnahmen wie z.B. Pauschalierung und gleichzeitige Erhöhung der Gebühren, neue Zwischenprüfungsordnung in der Phil.Fak., Vorverlegung des Wintersemesters wurden den Studenten von oben dekretiert. Als sie davon erfuhren, war bereits alles hinter verschlossenen Türen festgelegt.

Die Studenten müssen befürchten:

- ein neues Hochschulgesetz, das den sowieso desolaten Zustand und die bisherige Praxis der Übergehung studentischer Interessen zur Institution erhebt;
- einen Numerus Clausus in der Phil.Fak., der bereits als Maßnahme diskutiert wird;
- eine generelle Zulassungsbeschränkung für Studienanfänger, wie in einigen Fächern (Naturwissenschaften) bereits üblich;
- eine weitere Zuspitzung durch die Drohung mit der Zwangsexmatrikulation (vgl.Neuregelung der Staatsexamensprüfungen in der Phil.Fak.).

Wenn die Universität per Anordnung nicht verbieten kann, versucht sie auf jede nur erdenkliche formale Weise sich studentischer Kritik zu entziehen.
Mit welchen Argumenten?
Die Uni sagt: Studium ist Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit.
Die Ordinarien sagen: Kritik nur in Referat und Klausur.
Springer faßt zusammen: Studenten sollen studieren.
Wer studiert hat keine Zeit zu kritisieren.

Konsequenz aus alledem:

Kritik ist nicht bloss lästig, weil Studenten sie üben.
Sondern: Studenten sind lästig, weil sie Kritik üben.

Numerus Clausus, Hochschulgesetz, Zwischenprüfungsordnungen, schlechte Studienbedingungen, die Ungleichheit der Bildungschancen bedeuten:
statt: Bildung kritischer Intelligenz - Ausbildung zum 'Fachidiotem'
statt: Bildung wissenschaftlichen Verständnisses - Verbildung zum unkritischen Bewusstsein.
statt: rationaler Diskussion - Einübung in das vorgeprägte Schema von 'Anordnung und Gehorsam'.

Solche Massnahmen werden den Studenten aufgezwungen. Nach dem Motto: "Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden" - wobei das Mass aller Gemeinschaft von denen bestimmt wird, die mit dem Argument: "Studenten besitzen nicht genug Sachverstand" studentische Kritik unterbinden. Demnach wären also Studenten auch nicht in der Lage, in selbständiger Arbeit Zwischenprüfungen zu bestehen, Examina mit Erfolg hinter sich zu bringen und Doktorarbeiten zu schreiben.

(2)

VORNE BACH
HINTEN BACH

und dazwischen BLECH!

"Ich verpflichte mich, die Verfassung der Universität zu achten, Ordnung und Frieden zu wahren, mich dem Studium mit Eifer zu widmen und ein der Universität würdiges Leben zu führen."

(Verpflichtungsformel der Uni Tübingen.)

Kommilitonen,

→ nachdem Sie sich unter großer nervlicher Belastung der bürokratischen Immatrikulation haben unterziehen müssen;

→ nachdem sie nicht weniger Mühe auf die Suche nach einem halbwegs menschlichen Keller oder einer Mansarde verwendet haben;

→ nachdem Sie versucht haben, sich im Wirrwarr der angebotenen Seminare und Vorlesungen zurecht zu finden;

→ nachdem sie täglich in der Mensaschlange über eine Stunde unnütz verbracht haben;

→ nachdem man sie so eingeschüchtert hat, daß sie nicht einmal mehr wagen, einen Assistenten oder Dozenten, geschweige denn einen Ordinarius, persönlich zu sprechen;

→ nachdem man sie auch noch mit billiger Sextanerweisheit ("Aller Anfang ist schwer.") abgespeist hat;

→ nachdem also alle ihre Illusionen über die akademische Freiheit gründlich zerstört worden sind,

soll diese ganze Scheiße nun noch durch eine prunkvolle Feier geweiht werden.

Wir fordern Sie deshalb auf, nach der Rede des ASTA Vorsitzenden Fuchs, die einen Teil der hier angesprochenen Fragen berühren wird, über die wirklichen Probleme der Hochschule zu diskutieren, zu denen ein weihevolles Momsen-Gedenken wahrhaftig nicht gehört. Demokratisch wäre Diskussion und Abstimmung aller Anwesenden über den weiteren Verlauf dieser Feier. Da wir aber aus Erfahrung wissen, daß die Demokratisierung der Hochschule nur auf dem Papier steht und daß deshalb dieser Vorschlag bestenfalls als lästig empfunden wird, schlagen wir vor, den Saal nach der Rede des ASTA Vorsitzenden zu verlassen und in der Vorhalle eine öffentliche Diskussion über aktuelle Hochschulfragen zu veranstalten.

③ FALL BECHTOLDT

Herrn Bechtoldts Vorlesung über den "Vietnam-Konflikt" ist nicht mehr. Zum Erstaunen der Studenten blieb B. am vergangenen Donnerstag aus. Er ließ seine Vorlesung auffliegen und durch einen Assistenten eine Erklärung verlesen. Daraus zitieren wir:

> "Der qualitative Verlauf der Diskussion mit dem SDS am Vormittag des Donnerstags, 16.11.67 ergab, dass solche Formen der Diskussion keinerlei wissenschaftlichen Zweck erfüllen, die Vorlesung also weder ergänzen noch bereichern. Die Verbindung solcher Art der Diskussion mit der Vorlesung dient nicht dem Zweck der Vorlesung als einer wissenschaftlichen Lehrveranstaltung, macht also ein Drittel der Zeit nicht entbehrlich."

Was war geschehen?

In einem Brief und in drei Flugblättern hat der SDS wiederholt seine Forderung nach freier Diskussion in der Vorlesung vorgetragen. Erst am 16.11., d.h. am Ende der 4. Doppelstunde, ordnete B. die Diskussion an; sie verlief sachlich und unter lebhafter Beteiligung eines grossen Teils der Studenten - durchaus nicht nur SDS-ler.
Am gleichen Nachmittag versammelten sich etwa 150 Studenten auf Einladung des SDS zu einer öffentlichen Vorlesungskritik; dabei wurde mit grosser Mehrheit eine Resolution angenommen, nach der B. gebeten werden sollte, in Zukunft an jedem Donnerstag mindestens eine halbe Stunde für Diskussion freizugeben. Daraufhin brach er seine Vorlesung ab. Tags darauf erschein in der Stuttgarter Zeitung (24.11.) eine Meldung darüber, die sich fast ausschliesslich auf B's Darstellung stützt, sowie ein Kommentar, der dem SDS Meinungsterror vorwirft und nach "Disziplinarmassnahmen gegen die Krawallmacher" ruft. Der SDS hat die SZ bereits aufgefordert, eine Gegendarstellung in der heutigen Ausgabe zu veröffentlichen.

Herr B. stimmt mit seiner Begründung der Vorlesungs-Suspendierung eifrig in den Chor derer ein, die vorgeben, die Studenten wollten mit ihrem kritischen Verständnis von Wissenschaft die Wissenschaft selber zerstören. STUDENTEN WERDEN ZU BLOSSEN BENUTZERN DER UNIVERSITÄT DEGRADIERT. LEHRSTOFF WIRD AUTORITÄR VERMITTELT.

So ist es zu verstehen, dass B. meint, dass solche Diskussionen, in denen u.a. seine wissenschaftliche Methode in Frage gestellt wird, " keinerlei wissenschaftlichen Zweck erfüllen, die Vorlesung also weder ergänzen noch bereichern". (s.o.)

Die Vorlesung "Der Vietnam-Konflikt und die Grossmächte" findet nicht mehr statt. An ihre Stelle tritt die kritische Vorlesung "Der Vietnam-Krieg" (zu gleicher Zeit am gleichen Ort).

Nachdem Herr B. seine Vorlesung mit der Begründung suspendiert hat, er stehe unter der Drohung des SDS, seine Vorlesung gewaltsam zu stören, muss die von den Studenten begonnene Gegenveranstaltung in eine neue Qualität treten:

STATT REZENSION SELBSTÄNDIGE UND KRITISCHE ANALYSE DES VIETNAM-KRIEGS

Wissenschaft versichert sich ihres wissenschaftlichen Charakters auch in Methodenkritik. Diesem Anspruch ist die Bechtoldt-Vorlesung nicht gerecht geworden. Ziel der Vorlesung sollte die Aus -

breitung und Analyse von Stoff sein. Dass aber alle Faktendarstellung eine Auswahl nach bestimmten Kriterien voraussetzt, reflektierte B. nicht. Er agierte unter dem unausgesprochenen Vorsch uss-Lorbeer stofflicher Totalität. Die Überprüfung der zur Auswahl führenden Gründe war dem gutgläubigen Hörer damit unmöglich.
Die Darstellung politisch-juristischer Fakten war keineswegs immer vollständig und einwandfrei. (seine Quellen nannte B. nicht) Seine Interpretation der Genfer Verträge von 1954, die juristisch nicht bindend seien, lief als Fakt.
Die amerikanische Präsenz im südostasiatischen Raum war nötig, so B., weil in China 1949 die Volksrepublik entstanden war - kausal in das höchstens im Bewusstsein des verstorbenen Aussenministers Dulles. Wenn es so gemeint war, hätte es gesagt werden sollen.
Bechtolft: "Tragik des ursprünglich innervietnameischen Krieges war sein HINEINRUTSCHEN in den Kalten Krieg."
"Es wäre geradezu widersprüchlich, wenn die Amerikaner die Franzosen nicht im Krieg nicht unterstützt hätten"
Es wäre "widernatürlich, wenn die Amerikaner keine Machtpolitik betrieben".

Hier zeigt sich:
WAS IST, IST AUFGRUND EINES UNVERÄNDERLICHEN WESENS VON WELT UND DER MENSCHEN SO; ES WÄRE WIDERNATÜRLICH, WENN ES NICHT SO WÄRE (STATUS QUO = NATUR)

Statt Fakten zu hinterfragen auf ihre Ursachen und damit die Möglichkeit zu schaffen, historische Zusammenhänge aufzuzeigen, werden aus dem Kontext (etwa sozialer und ökonomischer Art) gelöster Fakten flugs als aus einem irrationalen Born nicht überprüfbarer Motive entstanden hingestellt. Dies zu bedauern, bleibt der Beliebigkeit des Urteils überlassen.

"Die Diskussion wurde vonseiten des SDS als rein ideologische Agitation geführt." (S.Z. 27.11. 67)

Allerdings dient Ideologie als politisches Kampfmittel. Bes Vorlesung gab dazu die Variante mit dem Schein "wertfreier Wissenschaftlichkeit". Je "wertfreier" sich B.s Wissenschft entfaltete, um so unverhüllter produzierte'Wissenschft' ideologische Wertung. So hat der Vietnam-Krieg"seine guten und bösen Seiten, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt" (so B.) Schon sprachlich markiert B. sein Standpunkt, von dem aus er die USA "INTERVENIEREN" und die Kommuni "UNTERWANDERN" läßt. Um der kritischen Auseinandersetzung zu entge parodiert B.Wissenschft durch die hilflose Entschuldigung: ich hal keinen "amerikanischen Vortrag".

Sowenig das nur Faktische Wissenschft ist, so wenig Raum läßt dies den Studenten zur kritischen Auseinandersetzung; die Gefahr der Kr tik wird gebannt durch den Fetisch: chronologische Faktizität. In ser Hinsicht ist die autoritäre Vermittlung ex cathedra getreues A bild der Formierung des Bewußtseins durch die Herrschenden unserer Gesellschft. Damit entlarvt Wisenschaft ihrem Anspruch nach sich a Kaschierung von Ideologie. Nicht gefragt ist unabhängige Wissensch (unabhängig von den Interessen der Herrschenden - kritisch-engagie in der Abschaffung von Herrschaft), sondern gefordert werden abhär gige Wissenschaftler.
WIR WEIGERN UNS, DIESEN REPRESSIVEN ZWANG NOCH LÄNGER MITZUMACHEN IM BERUF ALS 'WISSENSCHAFT' ZU PRAKTIZIEREN.
Unsere Veranstaltung:'Der Vietnam-Krieg' soll als Modell dienen, Grundlagen zur Kritik etablierter Wissenschaft zu erarbeiten.

(4) GO - IN

STUDIENREFORM MIT EISERNER HAND IN NEUEN MASCHINENHALLEN

I HOCHSCHULGESETZ ALS DISZIPLINIERUNG

Die Universität hat die Katze aus dem Sack gelassen; Rektor Möllenstedt verkündet vor dem Landtag: "Ich stelle es mir als Ingenieur so vor, daß man Maschinenhallen baut, in einzelne Gruppen unterteilt und kleine Seminare einrichtet... Die Philosophische Fakultät ist es, die Schwierigkeiten macht... Sie dürfen nicht vergessen, daß alle anderen Fakultäten intakt arbeiten... Im übrigen hat ein...Institutsdirektor für die Assistenten und Akademischen Räte Tag und Nacht zu denken und zu arbeiten. Wenn sie aber große chemische Intitute haben,...,dann müssen Sie eine eiserne Hand haben...Wir bitten das Hochschulgesetz sozusagen herbei, damit wir juristisch gedeckt sind, damit wir die Macht haben, Reformen durchzuführen."

II SO SIEHT DAS ALSO AUS

Während die Studenten in diesem Semester dafür gekämpft haben, in den akademischen Gremien vertreten zu sein, Mitsprache zu üben, am Entscheidungsprozeß beteiligt zu werden, Öffentlichkeit als erstes rationales Argument gelten zu lassen, damit diese kleinen Schritte endlich Reformen für alle einleiten, geht die Universität, deren Privilegien und Macht jetzt akut bedroht sind, den einzig noch möglichen Weg: Sie wendet sich andie Mächtigen in Regierung und Industrie und fordert: Gebt uns, den Ordinarien, die Macht, und wir werden die studentischen Forderungen schon auffangen und in die richtigen Bahnen lenken.

III MAN LÄßT UNS REDEN, DAMIT WIR AM HANDELN GEHINDERT WERDEN

Solange wir nur diskutieren, liefern wir der Universitätsbürokratie und -hierarchie den Vorwand, mehr Macht für sich zu verlangen. Sie fürchtet, - mit Recht -, daß die Universitä zum kritischen Unruheherd und zum Zentrum aktiven Widerstands gegen die Einverleibung in die Maschinerievon Anpassung und Leistung wird. Die Universität ist nicht ungeschickt: Sie benutzt die aus den studentischen Forderungen geschaffene öffentliche Diskussion, um sich den Deckmantel der Libera ität zuzulegen. Diese Liberalität ist Schein und erfüllt doppelte Funktion. Zur Beschwichtigung räumt man den Studenten einen formalen Zugang zu den akademischen Gremien (10 von 220 Sitzen im Senat) ein, um sie damit zu beruhigen und von den tatsächlichen Entscheidungen(Mittelvergabe der Institute, Berufungen, Prüfungsverfahren, Absetzung von Ordinarien, Kontrolle von Lehr- und Forschungsprogramm) fernzuhalten.

Der begriff 'Demokratisierung der Hochschule', der neuerdings durch die Herrschenden übernommen wurde, ist nichts anderes als zynisches Plagiat. Er fungiert formal als Integration (Studentenvertretung als demokratische Spielwiese), inhaltlich als Disziplinierung der Studenten(Androhung von Zwangsexmatrikulation und Numerus Clausus).

"Wir bitten das Hochschulgesetz sozusagen herbei" - so der Rektor - "damit wir juristisch gedeckt sind, damit wir die Macht haben, Reformen durchzuführen."

Das heißt: jedes kommende Hochschulgesetz ist ein Ermächtigungsgesetz für die Ordinarien!

IV DIE FEHLER UNSERER POLITIK

Es war also eine falsche Politik, unsere Forderung nach inhaltlicher Demokratisierung aufs institutionelle Gleis abschieben zu lassen und lediglich verbale Vorbehalte anzumelden. Gerade der SDS hat es versäumt - und damit einen schwerwiegenden politischen Fehler begangen - die antagonistischen Widersprüche von Ordinarien- und Studenteninteresse nicht konkret und öffentlich sichtbar zu machen.

Damit haben wir der Verschleierung und dem liberalen Geschwätz von Dahrendorf bis Jens ein Alibi besorgt.

V NOTWENDIGKEIT UND ZIEL EINER OFFENSIVEN POLITIK DER STUDENTEN

Offensive Politik der Studenten heißt: wir müssen das Machtmonopol der Ordinarien in jeder Hinsicht brechen. Aus der Vietnam-Vorlesung haben wir gelernt: der Kampf für eine demokratische Universität kann nicht stehenbleiben bei der Kritik einzelner Lehrveranstaltungen und deren Ersetzung durch uns. Wir haben gelernt:

Solange die Macht der Ordinarien existiert, wird die von ihr produzierte 'wertneutrale', 'zweckfreie', 'objektive' Wissenschaft bestehen, die den Herrschenden in dieser Gesellschaft als Instrument der Unterdrückung dient; und umgekehrt: solange es diese politisch fungible Wissenschaft gibt, wird die Macht der Ordinarien weiterbestehen, die Studenten durch solche Art 'Wissenschaft' in Unmündigkeit zu halten. Die Kritik der ideologischen Hilfsfunktion bürgerlicher Wissenschaft darf nicht dadurch politisch neutralisiert werden, daß eine kritische und engagierte Wissenschaft ein von der Gesellschaft ausdrücklich gestattetes Reservat zugewiesen bekommt. Denn damit soll diese kritische Wissenschaft die Absicht aufgeben, die Voraussetzungen und Bedingungen der bürgerlichen Wissenschaft zu ändern: nämlich die Abschaffung nicht nur ihrer Formen, sondern auch die Absetzung derer, die diese Wissenschaft als Legitimation einer repressiven Gesellschaft betreiben, um damit die systematisch organisierte politische Unmündigkeit und die reale materielle und intellektuelle Abhängigkeit der Studenten fortzusetzen.

Das Go-in ist eine Möglichkeit, Herrschaftsrituale zu durchbrechen.

Des Soziologen Tenbruck Vorlesung "Wissenschaft und Gesellschaft" ist der geeignete Ort für eine öffentliche Diskussion über Autorität an der Universität.

Sie findet statt:

MITTWOCH, 17.1.68, 10 h c.t.
Hörsaal im Schlachthof.

SDS

Go - in

(5)

HOCHSCHULGESETZ

I

Seit zehn Jahren brütet man in Baden-Württemberg über einem Hochschulgesetz. Jetzt plötzlich - die Landtagswahlen stehen unmittelbar bevor -, ist das Hochschulgesetz zum Wahlschlager geworden, ein Gesetz, dessen Konzept sogar von Dahrendorf, als "schlichtweg revolutionär" bezeichnet worden ist.
Diesen Wechselbalg der grossen Koalition, um dessen Vaterschaft CDU und SPD sich reißen, will man den Professoren unter die Talare jubeln.
(Und die Studenten sollen die Alimente zahlen.)

II

Sechs Wochen vor der Verabschiedung des Gesetzes entschließt sich der Tübinger Große Senat, hierzu eine mißbilligende Verlautbarung herauszugeben. Indigniert über mangelnde Information, Konsultation und Kooperation mit der Legislative rügen die Ordinariem, es ermangele einer 'demokratischen Öffentlichkeit'. Aufgeschreckt durch das Mißtrauensvotum der Studentenvollversammlung gegen den Rektor - damit auch gegen den Senat - setzten sie das Hochschulgesetz auf eine flugs improvisierte außerordentliche Sitzung; so überstürzt, daß gerade noch Zeit war, die beiden studentischen Vertreter zu benachrichtigen, nicht aber die Studenten.

Warum lehnen die Ordinarien den Hochschulgesetzentwurf jetzt plötzlich ab, wo er doch vorher offenbar als Patentlösung herbeigesehnt wurde? Bedeutet das einen Sinneswandel? Hier kann weder von Wandel die Rede sein, noch kann man darin einen Sinn erblicken, wenn eine ganze außerordentliche Senatssitzung nichts Anderes erbringt, als einen neuerlichen Beweis für verletzte Eitelkeit der Ordinarien.

Von Inhalt und Ziel progressiver Gesetzgebung, Hochschul- und Studienreform ist nicht die Rede. Stattdessen fordert man vom Landtag 'demokratische Öffentlichkeit': den Studenten aber, die genau dies als erste Voraussetzung für jede Hochschulreform erkannt haben, verweigert man dieses Prinzip seit eh. Hochschulreform m i t den Ordinarien hieße Springer durch den Bundestag enteignen.

III

Auf der gestrigen Senatssitzung hat der ASTA ein weiteres Mal versäumt, eine inhaltliche Debatte über das Hochschulgesetz zu erzwingen. Die Studentenvertretung muß lernen, sich nicht als bloße Institution, sondern als Opposition zu begreifen und dementsprechend zu handeln.

WIR FORDERN :

- eine öffentliche Sitzung des Senats im Festsaal noch vor Semesterschluß (alleiniges Thema: Hochschulgesetz)
- unverzügliche Schritte des ASTA zur Durchsetzung dieser Forderung
- Beteiligung der Studenten an einem Vorlesungs-Warnstreik als offensive Kampfmaßnahme gegem das reaktionäre Hochschulgesetz.

WIR RUFEN DIE STUDENTEN AUF, SICH AN EINER DEMONSTRATION IM STUTTGARTER LANDTAG AM TAG DER VERABSCHIEDUNG DES HSG (voraussichtlich am 15.März 68) ZU BETEILIGEN!

(6) WARSCHAU IST NICHT ALLEIN

- In Japan müssen sich erst tausende von Studenten mit tausenden von Polizisten schlagen,
- in Spanien müssen erst Massenverhaftungen unter den Studenten stattfinden und die Institute wochenlang geschlossen bleiben,
- in Persien müssen erst die Universitäten von Teheran und Schiraz geschlossen, Studenten festgenommen und gefoltert werden,
- in Italien müssen erst die Universitäten funktionsunfähig geworden sein und von Studenten besetzt werden,
- in Frankreich müssen erst Streiks der Arbeiter und Studenten von der Polizei niedergeknüppelt werden,

damit sich der größte Teil der bundesrepublikanischen Presse auf seine Informationspflicht besinnt.

In der ČSSR genügt es bereits, daß sich Prager Studenten über die schlechte Stromversorgung ihres Wohnheims beschweren, und die Presse von BILD bis FAZ überschlägt sich in antikommunistischer Propaganda.

Wenn gar in Polen Warschauer und Krakauer Studenten ihren Protest gegen staatliche Willkür und universitäre Reglementierung in offensiven Demonstrationen äußern, wird das bei uns in nichtendenwollenden Presse- und Rundfunkkommentaren als prowestliche und antisozialistische Kundgebung dargestellt. Kein Wort von solidarischen Äußerungen z.B. der tschechoslowakischen Studenten mit der westdeutschen Studentenbewegung.

Westdeutsche Kreml-Astrologen und selbsternannte Sowjetologen wittern bereits die Morgenluft des Aufstands im Ostblock.

Hat man je gelesen, daß in Springerzeitungen und in anderen, ihnen in nichts nachstehenden Presse-Organen berichtet worden wäre, bundesrepublikanische Studenten seien "brutal niedergeknüppelt" worden? (BILD-Schlagzeile am 12.3.68: KRAWALLE IN WARSCHAU, STUDENTEN NIEDERGEKNÜPPELT).

Der Warschauer Polizeiterror dagegen wird ausführlich und mit antikommunistischer Inbrunst beschrieben.

Aber wie wir ja auch alle wissen, gibt es Polizeiterror nur in sozialistischen Staaten.

Diese Berichterstattung ist System: selbst die anti-autoritäre Opposition im Ostblock - die sich bewußt als sozialistisch versteht - muß dazu herhalten, die Überlegenheit kapitalistisch-westlicher Freiheitsideologie zu propagieren. In dieser Logik muß dann auch anti-autoritäre studentische Opposition im Westen konsequent als antidemokratisch und terroristisch diffamiert werden.

WIR PROTESTIEREN gegen die bewußte Verfälschung der polnischen Studentendemonstration in einem großen Teil der westdeutschen Presse!

WIR PROTESTIEREN gegen die Diffamierung dieser Proteste in der polnischen Presse, die ebenso wie die reaktionäre westliche Presse - natürlich mit umgekehrtem Vorzeichen - von Drahtziehern spricht!

WIR PROTESTIEREN gegen die Verhaftung unserer Genossen Modzelewski und Kuron, Michnik, Szlaifer, Gorecki, Blumsztajn und Toruncyk und gegen die Unterdrückung der studentischen Bewegung in Warschau und Krakau!

WIR ERKLÄREN UNS SOLIDARISCH MIT IHREM KAMPF UM DEMOKRATISIERUNG VON HOCHSCHULE UND GESELLSCHAFT. Unsere Solidarisierung mit den polnischen Genossen kann allerdings nicht verbal bleiben; ihr Kampf gegen die Bürokratisierung des Sozialismus bestärkt uns in unserem Kampf gegen das spätkapitalistische System.

SDS SDS SDS SDS SDS SDS - 15.3.68

(7) WAFFEN FÜR DEN VIETCONG

Zu Anfang schickten die Amerikaner eine Handvoll Berater nach Südvietnam. Sie berieten die Regierung, wie man ein Volk unterdrückt. Als dieser Versuch zu scheitern drohte, schickten sie mehr Berater und mehr Wissenschaftler, um die Unterdrückungsmethoden zu perfektionieren. Als einzelne Dörfer begannen, sich im Kampf gegen die Steuereintreiber und Militärs aus Saigon zusammenzuschliessen, wurden die Bauern in Konzentrationslager eingesperrt, die man strategische Dörfer nannte. Als die Vietnamesen daran gingen, ihren Widerstand politisch und militärisch zu organisieren, setzten die Amerikaner ihre bereitstehende Militärmaschinerie in Gang.

Das Volk setzte jedoch seinen Kampf fort, denn es versteht unter Freiheit: seine Geschichte bewusst selbst zu machen. Es begreift Freiheit nicht als Abgabe von Stimmzetteln für korrupte Militärs, sondern als Bodenverteilung an landlose Bauern; nicht Bordelle für die GIs in den Städten, sondern Schulen und Krankenhäuser überall im Land; nicht Verplanung in westliche Militärpakte, sondern Wiedervereinigung des Landes.

Dieser Herausforderung setzten die Amerikaner immer massivere Gewalt bis zur Vernichtung ganzer Städte entgegen.

Wir standen weit entfernt und betrachteten diesen Terror hilflos. Zu Anfang veranstalteten wir einen Kongress, in dem der Krieg erstmals seine richtige Benennung erhielt: revolutionärer Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes. Dann demonstrierten wir in zaghaften Kundgebungen, die sich an die Auflagen der Polizei hielten, und über die die Zeitungen in drei Zeilen berichteten. Während die Bomben der B-52 in Vietnam ganze Dörfer in Schutt und Asche legten, warfen wir ein paar Eier an das Amerika-Haus, und die Zeitungen überschlugen sich vor Empörung. Als immer mehr Demonstranten Frieden für Vietnam forderten, ermahnte Johnson sein Volk zur Besonnenheit, und die Bomber rasten über die Städte Nordvietnams.

Die Zeit ist vorbei, in der wir hilflose Unterschriftensammlungen und ohnmächtige Resolutionen verfasst haben. Unsere Hilfe für den Frieden in Vietnam kann nur darin bestehen, den Kampf der Befreiungsfront gegen die Aggressoren zu unterstützen. Das Lamento der moralisch Entrüsteten und ihr zielloser Appell an alle Seiten: ‚Friede in Vietnam' unterstellt zynisch die Gleichheit von Opfer und Aggressor. Dieser blinde Protest kommt den Kriegsmachern gerade recht, den er behindert ihre Kriege nicht.

Wer glaubt, Gewalt dadurch abzuschaffen, dass er sich ihr unterwirft, gibt den Amerikanern den Blankoscheck, in Vietnam jedes Mittel zur physischen Ausrottung anzuwenden.

> "Wir sind für die Abschaffung des Krieges, wir wollen den Krieg nicht, aber man kann den Krieg nur durch den Krieg abschaffen. Wer das Gewehr nicht will, der muss zum Gewehr greifen."(Mao Tse-Tung,1938)

Die anti-imperialistische Opposition gegen den US-Krieg in Vietnam trifft sich in Berlin am 17./18.Februar, um ihre Aktionen zu koordinieren und materielle Formen der Unterstützung des vietnamesischen Befreiungskampfes zu finden.

UNTERSTUTZEN SIE DIE GELDSAMMLUNG DES SDS:

WAFFEN FUR DEN VIETCONG!

SDS 14.2.68

April 1968:
Über die Entwicklung des Münchener Gewerkschaftlichen Arbeitskreises der Studenten (GAST) berichtet die 'apo press' München so:"
Ende April 1968 versuchten die Sozialisten noch einmal, die Aktionseinheit mit dem KP-orientierten Flügel im GAST für den Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung (NSG, d.Vf.) herzustellen. Das konnte natürlich nur bis zum 20.Mai klappen" (vgl. Jan. 1968, 18.5.1968).
Q: apo press Nr. 7, München 25.2.1969, S. 10ff

April 1968:
Nach Ostern gründet sich, laut 'BED', eine der ältesten Basisgruppen in Berlin, die Basisgruppe Zehlendorf. Bereits im Sommer wird ein erster Arbeitskreis gegründet, der Vorbereitungen für eine künftige Betriebsarbeit trifft (vgl. Okt. 1968).
Q: Berliner Extra-Dienst Nr. 24, Berlin 1969, S. 5

April 1968:
Der Republikanische Club (RC) Westberlin gibt die Broschüre: "Berlin. Wirtschaft und Politik - Im Kern gesund? Materialien vom Berlin Arbeitskreis im Republikanischen Club Westberlin" heraus.
Einleitend wird erwähnt, dass sich die "Westberliner Wirtschaft in einer tiefen Strukturkrise, die sich im Wesentlichen in einem starken Rückgang der Westberliner Bevölkerung, der Zahl der Erwerbstätigen, einem starken Zurückbleiben der Ausrüstungsinvestitionen hinter der Entwicklung der Bundesrepublik bzw. Der produktionstechnischen Möglichkeiten der Westberliner Wirtschaft, die in der Abwanderung bzw. Verlagerung von Produktionsstätten und dem Verlust von Arbeitsplätzen ausdrückt, befindet"..
Die "ökonomische Strukturkrise" wird mit der "Verschleierung durch Regierungsapparat und Presse" in Verbindung gebrach, deren "fruchtlose Versuche, sie mit systemimmanenten Maßnahmen zu beheben".
Die Broschüre will in "zwei kritischen Dokumentationen" zu den "wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Konzeptionen des Senats" Stellung beziehen, sowie "theoretische Überlegungen" anstellen, "über die besondere Situation der Privatunternehmer in Westberlin und ihre daraus resultierende Unlust, zu investieren". Abschließend will man eine "Alternativkonzeption" vorstellen, wie wirtschaftliche Potentiale "zugleich in einer sozialistischen Gesellschaft organisiert werden könnte".
Artikel der Broschüre sind:
- "1. Lage und Entwicklung der Westberliner Wirtschaft" mit den Unterpunkten:
- " Die Entwicklung der Globalgrößen: Offizielle Einschätzung und Kritik"
- "Indikatoren der Strukturkrise"
- "Verminderung der Erwerbsbevölkerung"
- "Zurückbleiben der Ausrüstungsinvestitionen"
- "Rückgang der Industrieansiedlung"
- "Die soziale Lage der Bevölkerung"
- "Die soziale Bedeutung der Flächensanierung in Westberlin"
-"2. Wirtschaftspolitische Maßnahmen und Konzeptionen des Senats" mit den Unterpunkten:
- "Ziele des Senats"
- " Mechanismus und Steuerpräferenzen"
-"3. Kapitalistische Perspektive für Westberlin?"
-"4. Sozialistische Perspektive für Westberlin"
Geworben wird für den "Berliner Extra Dienst."
Q: RC: Berlin. Wirtschaft und Politik - Im Kern gesund?, West-Berlin Apr. 1968

April 1968:
In Berlin gibt der Arbeitskreis Agitprop im Republikanischen Club (RC) die Broschüre "1. Mai - Gegen konzertierte Ausplünderung" zum Preis von 1 DM, die auf ein Konto überwiesen werden soll, heraus mit dem Aufruf zur Demonstration ab Karl-Marx-Platz und den Abschnitten:
- "Was ist Reichtum?";
- "Immer höhere Mieten";
- - "Der weiße Kreis";
- - "Altbausanierung durch die Haus- und Grundbesitzerbrille";
- - "Wie wird das Objekt 'rentabel?'";
- - "Altbaumieten";
- - "Neubaumieten";
- - "Wie die hohe Miete zustande kommt";
- - "Der Kapitalistentrick mit der steuerlichen Abschreibung (§ 7, 7b Einkommensteuergesetz)";
- - "Annuitätshilfe";

- - "Das Grundeigentum: Die heilige Kuh der Herrschenden";
- - "Aussichten";
- - "Soziale Marktwirtschaft";
- - "Nur die öffentliche Kontrolle entfällt!";
- - "Wer wird denn schlechter gestellt? !";
- - "Es geht auch anders";
- - "Wie der Rechenkünstler Schwedler den Mietern ein X für ein U vormacht und seine Rechnung nie ohne den Hauswirt gemacht hat" zum Bausenator;
- "Keine Mitbestimmung für Maschinen - die raffinierte Ausplünderung oder wie man Menschen zu Maschinen macht";
- - "Ein Roboter liest ein Buch";
- - "Wie man ein MTM, ein Maschinen-Teil-Mensch wird", wobei von Bosch Wilmersdorf berichtet wird;
- - "Höhere Kontoziffern für die Unternehmer - höhere Unfallziffern bei den Arbeitern" zu Bosch;
- - "8 000 SEL-Arbeiter mußten gehen" zu Mix & Genest (SEL) Schöneberg und Adrema Tiergarten;
- - "'Work Factor' ohne den Faktor Mensch" zu Siemens Berlin;
- - "Akkord-Rekord ist Mord" zu den Arbeitsunfällen bei Siemens, u.a. im Schaltwerk;
- - "AEG - Aus Erfahrung gerissen" zur AEG-Turbine;
- - "MKF - Macht Konzerne Fetter" zu AEG-Telefunken;
- - "Multi-Moment für Multimillionäre" zu Karstadt;
- - "Bei Krupp sind Arbeiter nur 'Kruppzeug'" zur Krupp Kesselfabrik in Rudow;
- - "Ausplünderung der Persönlichkeit";
- "Warum man über die Westberliner Wirtschaft nicht spricht";
- - "König zu den Fleischer-Vorwürfen";
- "Berufsausbildung heute - für morgen?" u.a. zu Buchbindern und Siemens;
- - "Keine Angst vor der Zukunft";
- - "Krupp plant" zum Stufenplan;
- - "Facharbeiter nicht mehr gebraucht" zum Stufenplan;
- - "Konzernabhängigkeit wächst"; sowie
- "Die Bourgeoisie hat weitere Fortschritte gemacht in der Kunst, das Unglück der Arbeiterklasse zu verbergen. - Engels, 1892" zur Statistik.
Q: RC-AK Agitation: 1. Mai - Gegen konzertierte Ausplünderung, Berlin Apr. 1969

April 1968:
In Berlin erscheint vermutlich im April ein anonymes Flugblatt mit dem Aufruf zum 1. Mai und dem Mailied von Klaus Schütz, welches von Farbe und Format her bereits an spätere Rote Garde Flugblätter erinnert.
Q: Heraus zur ersten oppositionellen Maikundgebung, O. O. O. J.

HERAUS ZUR ERSTEN

OPPOSITIONELLEN

MAI-KUNDGEBUNG

am 1. Mai 1968

9.3o Uhr Beginn der Demonstration

am Karl-Marx-Platz in Neukölln

Fahrverbindungen:

U-Bahnhof Karl-Marx-Straße
(Linie nach Britz-Süd)
S-Bahnhof Neukölln (Südring)
Bus A 4 (bis Rathaus Neukölln)

ll Uhr Kundgebung auf dem

Hohenstaufenplatz in Kreuzberg

Fahrverbindungen:

U-Bahnhof Hermannplatz (Linien nach Britz-Süd oder Leinestr.)
U-Bahnhof Kottbusser Damm
(Linie Leinestraße)
U-Bahnhof Kottbusser Tor
(Linie Schlesisches Tor)
Bus A 67 (bis Hohenstaufenplatz)
Bus A 95 (bis Hermannplatz)
Bus A 75 (bis Hermannplatz)

1. -Mai-Lied des Regierenden Klaus
(Melodie unbekannt)

Stellt auf den Tisch das Bild von
Ernest Reuter,
den "Telegraf" aus 46 holt herbei.
Und macht sie fit, die alte
Frontstadt-Schleuder
wie einst im Mai.

Lest mir noch mal die alten Manifeste
der ersten Nachkriegs-Schwärmerei.
Und hebt die Faust zur Anti-Zonen-
Geste
in diesem Mai.

Noch einmal singt die dritte
Deutschland-Strophe.
Doch macht nicht solchen Schwulst
dabei.
Herrjeh, hat ichs noch gut am
Bonner Hofe
vor einem Jahr im Mai.

Genießt noch schnell des Springers
pralle Spalten,
noch spritzen wir die Straßen frei.
Der Freiheitsglocke solltet ihr den
Klöppel halten
nicht nur im Mai.

Noch einmal tragt die feierlichen
Fackeln.
Die Schupo mit Musik ist auch dabei.
Wer weiß, ob uns nicht doch die
Ärsche wackeln
dereinst im Mai.

Geht bloß nicht zu den Akademokraten,
zu dieser linken Revoluzzerei.
Ich könnte sonst aus dem Konzept
geraten,
auf leerem Platz am 1. Mai.

Ich brauche große Hammelherden
vorm Reichstag, denn es bleibt dabei:
Das Denken überlassen wir den
Pferden,
wie einst in Schöneberg, im
Monat Mai.

April 1968:
Es erscheint die Nr.3 des 2. Jahrgangs der 'Positionen', einer theoretischen Zeitschrift der Berliner Falken (SJD) unter der Schlagzeile "Alle Macht den Räten?".

Verantwortlich zeichnen Peter Bischoff und Heinz Beinert, zur Redaktion gehören auch Hajo Schrankel, Gunther Soukup und Barbara Tennstedt.

Enthalten sind die Beiträge:
- "Alle Macht den Räten?" von der Redaktion;
- "Die Rätedemokratie ist keine Utopie" von Bernd Rabehl;
- "Von der Einheitsfront zum Aufstand" von Jochen Ebmeier;
- "Für eine Wiederbelebung des Rätegedanken" von Willy Huhn;
- das Gedicht "Schwierigkeit des Regierens" von Bertolt Brecht;
- "Staat und Bürokratie aus jugoslawischer Sicht" von Predrag Vranicki;
- die Lieder "Resolution" und "Die Internationale"; sowie
- "Die Ungarische Revolution und die Rätedemokratie" von Hannah Arendt.

Quelle: Positionen Nr. 3, Berlin Apr. 1968

April 1968:
In Berlin erscheint vermutlich im April ein Flugblatt "Lehrlinge" welches zur Maidemonstration in Neukölln aufruft und von Alf Böhmert, Ezra Gerhardt, Simon Kleebauer, Michael Witte und Norbert Deutschmann unterzeichnet ist.
Q: Alf Böhmert, Ezra Gerhardt, Simon Kleebauer, Michael Witte und Norbert Deutschmann: Lehrlinge, o. O. O. J.

SCHÜLER UND BERUFSSCHÜLER ALLER KLASSEN VEREINIGT EUCH

LEHRLINGE

Unter dem D e c k m a n t e l der Lehrausbildung...

... werden wir als billigste Arbeitskraft gezwungen, während der meisten Zeit Hilfsarbeiten zu verrichten und werden vom Arbeitgeber um die gerechte Bezahlung betrogen.

... erhalten wir eine nur auf unseren Betrieb zugeschnittene Berufsausbildung. Dadurch werden wir abhängig von speziell einem Betrieb und können später nur schwer den Arbeitsplatz wechseln.

... werden wir in Berufsschule und Betrieb von Leuten unterrichtet, die gar keine Zeit haben, sich intensiv um uns zu kümmern, die selbst unter Druck stehen und deshalb uns unterdrücken, und die uns unterrichten, wie sie vor 20 Jahren unterrichtet worden sind.

Deshalb f o r d e r n wir:

--- vom Betrieb unabhängige Lehrwerkstätten.
--- für den Einsatz in der Betriebsproduktion während der Lehrzeit: Eine angemessene Bezahlung, die Unabhängigkeit vom Elternhaus gibt.
--- die Einrichtung einer Hochschule für die theoretische Ausbildung.
--- ein gesetzlich verankertes Streikrecht für Lehrlinge.
--- die Errichtung eines Lehrlingsrates, der die Ausbildungsmethoden kontrolliert.

Die Erfüllung dieser Forderungen fällt uns nicht in den Schoß: Wir müssen sie erkämpfen.

Deshalb nehmt teil an der Demonstration der Lehrlinge und Schüler auf dem K a r l - M a r x - P l a t z !

1. MAI 10 U H R

SCHÜLER UND BERUFSSCHÜLER ALLER KLASSEN VEREINIGT EUCH

Alf Böhmert - Esra Gerhardt - Simon Kleebauer - Michael Witte - Norbert Deutschmann

April 1968:
In Berlin erscheint eventuell im Frühjahr 1968 ein Flugblatt für die Demokratisierung des Berliner Schülerparlaments (BSP).
Q: Ezra Gerhardt u.a.: Die Bemühungen, O. O. O. J.

I:16

Bitte in den Schülervertretungen bekanntmachen und am Schwarzen Brett aushängen !

Die Bemühungen um eine Demokratisierung und Modernisierung der Berliner Schule stagnieren seit geraumer Zeit.

Das BSP, früher eine aktive Vertretung der Schüler, ist infolge der Lahmheit seiner Mitglieder eine machtlose, bürokratisierte Einrichtung. Dies haben wir auf verschiedenen Flugblättern auf der letzten BSP-Sitzung dargelegt. Wir halten es auch für unwahrscheinlich, daß sich in absehbarer Zeit daran etwas ändern wird. Denn

- zu viele Schulsprecher sind passiv und uninteressiert. Sie sehen die BSP - Sitzungen als Pflichtübungen an. Bei der Aufstellung eines Programms für BSP - Initiativen würde nur ein ganz geringer Teil von ihnen aktiv mitwirken.
- Durch den Dialog mit Senator Evers sollte zwar ein neuer Anfang gemacht werden, doch ist sich das BSP vorher gar nicht darüber klar geworden, was es eigentlich will.
- wertvolle Kräfte aus der Schülerschaft gehen einfach verloren, weil sie nicht Mitglieder des BSP sind. Progressive Gruppen sind weit über Berlin verstreut und zersplittert.
- die meisten Schülerzeitungen werden zensiert, die SMVen werden von ihren Schulleitungen kontrolliert und können deshalb nicht aktiv wirksam werden. Hinzu kommt eine uninteressierte Schülerschaft.

AUS DIESEN GRÜNDEN WOLLEN WIR

- uns mit allen progressiven, aktiven Berliner Schülern in Verbindung setzen;
- mit ihnen Gedanken austauschen und die gemeinsam erarbeiteten Auffassungen niederlegen;
- mit ihnen über die Einrichtung einer Schülervereinigung beraten, die jedoch kein starrer, lebloser Verein sein soll.

Vielmehr denken wir an eine lose Aktionsgruppe, die

- konkrete Vorstellungen und Vorschläge zur Demokratisierung der Schule erarbeitet,
- die Schülerschaft von unten her mobilisiert,
- durch Konkurrenz zum BSP dieses aktiviert,
- darüberhinaus Informationsverantstaltungen durchführt,
- eine überregionale Schülerzeitschrift herausgibt.

Leider war es uns noch nicht möglich, einen Versammlungsraum für ein erstes Treffen zu bekommen. Wir geben Ort und Zeit einer ersten Versammlung rechtzeitig bekanntgeben.

WIR BITTEN ALLE INTERESSENTEN, SICH AN FOLGENDE ADRESSEN ZU WENDEN, ÜBER DIE WEITERE INFORMATIONEN ERHÄLTLICH SIND:

1.) Christian Sperling, 1 Berlin 46, Kaulbachstr.9E, Tel.7 73 47 11
2.) Ezra Gerhardt, 1 Berlin 30, Jenaerstr.7, Tel. 2 13 30 09

Wir hoffen, daß dieser Versuch einer Zusammenfassung aller progressiven Schüler Berlins durch eure Mithilfe gelingt.

Ezra Gerhardt — Wolfgang Döbler — Norbert Schaey
Axel Ermert — Christian Sperling — Leopold Rei

April 1968:
In Berlin erscheint vermutlich im April ein Flugblatt "Was bedeutet der 1. Mai in Berlin?" welches die Schüler zur Maidemonstration in Neukölln aufruft und von Alf Böhmert, Ezra Gerhardt, Simon Kleebauer, Michael Witte und Norbert Deutschmann unterzeichnet ist.
Q: Alf Böhmert, Ezra Gerhardt, Simon Kleebauer, Michael Witte und Norbert Deutschmann: Was bedeutet der 1. Mai in Berlin, o. O. O. J.

Was bedeutet der 1. Mai in Berlin?

Der erste Mai war nach 1945 in Berlin bis zum Berlinultimatum die Bekundung des Existenzwillens der Bevölkerung gegen die Bedrohung der Stadt durch ein stalinistisches System. Diese Bedrohung war spätestens nach dem Bau der Mauer und der Kubakrise aufgehoben! Dennoch zogen die Konzerne gerade danach die wichtigsten Produktionsstätten aus Berlin heraus. Die Bevölkerung wurde über die dadurch neu entstandene Situation im Unklaren gelassen. Zu dieser Verschleierung wurde der 1. Mai benutzt. Der 1.Mai hatte nun die Funktion, durch die anachronistische Aufrechterhaltung des Märchens von der bedrohten Lage Berlins die Verschleierung der herrschenden Widersprüche vorzusetzen, zu Konsum und Produktionssteigerung aufzurufen, die Löhne durch das Bündnis von Partei und Gewerkschaft, die Lohnforderungen der Lohnabhängigen herabzudrücken und somit den Profit der vom Senat zum Ausharren aufgeforderten Unternehmer zu steigern.

Was bedeutet der 1. Mai 1968 in Berlin?

Die Bedeutung des 1.Mai muß endlich sein, die wirtschaftliche Situation Berlins zu erkennen und zu verändern. Der 1.Mai muß den Charakter als Kampftag der Abhängigen und Unterpriviligierten wiedererlangen, das heißt die wahre wirtschaftliche Situation Berlins zu entschleiern. Die Politiker und Bürokraten (Gewerkschaftler), die diese Verschleierung aufrechterhalten, zum Rücktritt zu zwingen und die Arbeiter aufzufordern, ihre traditionellen Kampfmittel (Streik) wiedereinzusetzen und diese dazu benützen, sich von der Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Warum demonstrieren wir Schüler am 1. Mai?

Die Arbeiter haben vereint in Jahrzehnten das Streikrecht, vertragliche Vereinbarung über das Arbeitsverhältnis, freie Wahl des Arbeitsplatzes etc. erkämpft. Die Mitbestimmung, geschweige denn die Selbstverwaltung wurde ihnen wie den Schülern noch verweigert. Nicht einmal diese Grundrechte einer demokratischen Gesellschaft besitzen sie.

Deshalb fordern wir Schüler am 1. Mai:

Streikrecht,
eine Satzung, die Interessen der Schüler und Lehrer gleichberechtigt und demokratisch regelt,
freie Auswahl der Schule ohne Bevormundung durch die Eltern,
freie Auswahl der Lehrer und des Unterrichtsstoffes,
ein Stipendium, das die Schüler in die Lage der ökonomischen Unabhängigkeit vom Elternhaus setzt,
Abschaffung autoritärer Unterrichtsformen,
Abschaffung des repressiven Notensystems,
Selbstverwaltung auf der Basis von Parität von Schülern und Lehrern.
Der Kampf für die Demokratie in den Klassen hat begonnen !!!
Schüler aller Klassen vereinigt Euch !!!

Deshalb nehmen wir teil an der Demonstration der Schüler und Lehrlinge auf dem

★ KARL-MARX-PLATZ ★

1. MAI 10 UHR

-Alf Böhmert--Ezra Gerhardt--Simon Kleebauer--Michael Witte--Norbert Deutschmann-

April 1968:
In Berlin erscheint ein Flugblatt des Aktionskreis Schülerselbsthilfe (ASH) mit dem Aufruf zum 1. Mai.
Q: ASH: Aufruf 1, O. O. April 1968

ASH

AKTIONSKREIS SCHÜLERSELBSTHILFE

AUFRUF 1

April 1968

Der ASH ruft alle antiautoritären Schüler auf, sich an der 1. Mai-Kundgebung der Ausserparlamentarischen Opposition zu beteiligen. Der ASH wird sich daran beteiligen, weil die gegenwärtige Gesellschaftliche Situation in der wir uns befinden, weitgehend nur aus unserem Erziehungssystem zu erklären ist. Unsere Erziehung und unsere Schulen produzieren die Staatsbürger, die unser System braucht. Unser "freiheitlich-demokratisches" System braucht politisch uninteressierte Bürger, die unfähig sind, die Manipulationen der Herrschenden und des ZK der Ausserparlamentarischen Opposition zu durchschauen.

Die Schule produziert die autoritären Vorgesetzten und die katzbuckelnden Untergebenen, und sagt allen, es müsse so sein.
Die Schule erreicht das durch Methoden der Unterdrückung, die so allgegenwärtig sind, daß wir sie oft nicht mehr bemerken. Disziplinarrecht, Versetzungsordnung u. s. w. sind heute noch der Kontrolle durch die Schüler entzogen. Über ihre Köpfe hinweg wird beschlossen. In der Sexualerziehung predigt man immer noch das überholte Ideal der Enthaltsamkeit unter allen Umständen, weil sexuelle Freiheit gleichzeitig private politische Emanzipation bedeutet.
Nur wenn sich die Schüler durch Selbstorganisation befreien, können sie eine vernünftige humane Schule schaffen. Eine humane Schule aber ist Voraussetzung Diese Änderung kann nicht durch eine Reform des gegenwärtigen Systems in einigen Punkten erreicht werden. Eine völlige Umgestaltung ist notwendig. Zu diesem Zweck werden sich die Schüler, wenn notwendig, auch des Schulstreiks (wie in Bremen) bedienen.
Unser Ziel ist eine antiautoritäre integrierte Gesamtschule. (Wir werden darüber noch informieren)

Wem dieses Flugblatt ungerechtfertigt, radikal oder unverständlich erscheint, den bitten wir, mit uns darüber zu diskutieren!

Veranstaltungen zum 1. Mai
30. April 18 Uhr Hasenheide in der Neuen Welt
1. Mai 10 Uhr Karl Marx Platz

Der ASH ist zu erreichen über
C.Constantin Bartning, 1 Berlin 33, Hohe- Ähren 5
Tel: 76 18 22
Leopold Reif 7 74 16 03
Hans Peter Zierke 84 31 66

ASH

April 1968:
In Berlin erscheint ein Flugblatt des Aktionskreis Schülerselbsthilfe (ASH) als Information Nr. 4 zur Disziplinarordnung.
Q: ASH: Information Nr. 4, Berlin April 1968

ASH

AKTIONSKREIS SCHÜLERSELBSTHILFE
März 1968

I)Schüler und Lehrer, unzufrieden mit der gegenwärtigen Hierarchie an den Oberschulen und unzufrieden mit den Unterrichtsformen und -zielen, haben sich im letzten Sommer zu einem Arbeitskreis zusammengefunden.
Wir beschäftigen uns bis jetzt in einzelnen Gruppen mit Disziplinarfragen, Unterrichtsformen und Unterrichtsinhalten (wie z.B. sexualpädagogischen Fragen und Fragen des Deutschunterrichts, zu denen jeweils Fragebogen herausgegeben wurden und deren Ergebnisse wir veröffentlichen werden!) .
mit dem Ziel uns: erstens über Mißstände klarzuwerden und Änderungs- und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten; zweitens konkrete Wege zur Verwirklichung dieser Vorschläge zu finden und drittens diese Punkt für Punkt durchzusetzen!
Autoritäres Verhalten, auf welcher Seite auch immer, werden wir bekämpfen.

April 1968

INFORMATION 4

DISZIPLINARORDNUNG

"Die Erfindungskraft von Lehrern, die ihre pädagogische Unzulänglichkeit durch Strafen und strafähnliche Maßnahmen zu kompensieren suchen, ist unerschöpflich."
(Hans Heckel, Schulrecht und Schulpolitik)

Am 31. Dezember 1968 laufen die zur Zeit geltenden Richtlinienüber die "Ordnung zur Wahrung der Schuldisziplin" aus. Die Schülerschaft muß dafür sorgen, daß hier endlich ein mittelalterliches Strafsystem beseitigt wird:

I. Es gibt keine einheitliche Regelung für das was bestraft wird. Es wird bestraft: Zuspätkommen, Rauchen auf den Toiletten, Vergessen der Hausaufgaben, Lutschen von Bonbons im Unterricht, Rennen auf dem Schulhof, Schwammschmeißen, Diskussionen mit dem Nachbarn (Schwatzen), Verteilen von Flugblättern, Verlassen des Schulgeländes in der Pause, Mogeln usw. usw.

II. Die Strafskala für solche Vergehen ist: Eintragung in das Klassenbuch, Tadel, Strafarbeiten zwischen einer und zehn Seiten, Papieraufsammeln auf dem Schulhof, Nachsitzen, Auswendiglernen von Gedichten und Schulordnungen, Ausschluß von Schulveranstaltungen, usw. usw.

III. Manche Lehrer bestrafen ständig und hart, andere verhängen bei allen aufgezählten Vergehen überhaupt keine Strafen!

IV. Die Gesichtspunkte, nach denen bestraft wird, sind unbekannt.

Unter diesen Umständen erscheint es uns schleierhaft, wie Schüler den Geist des Artikels 3 des Grundgesetzes erfassen sollen: " Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich."

Der ASH schlägt deshalb vor: Den Lehrern soll die Befugnis Strafen oder "Erziehungsmaßnahmen" zu verhängen entzogen werden. Für alle Vergehen, die nicht unter die ordentliche Gerichtsbarkeit fallen, ist ein Disziplinarausschuß zuständig; seine Zusammensetzung und Befugnisse stellen wir zur Diskussion. Wir drucken im folgenden Auszüge aus den zur Zeit gültigen Bestimmungen ab.

Aus: Schulstrafen

1. Körperliche Züchtigung

Schulrecht V B I Seite 1

I.

In den Schulen und Erziehungsstätten Groß-Berlins ist die körperliche Züchtigung verboten.

Ordnung zur Wahrung der Schuldisziplin aus Dbl. III/64 Nr. 46

Schulrecht V B I S. 51

2. Es gibt Schüler, die sich nicht in die Ordnung der Schule einfügen und durch ihr Verhalten die Klasse belasten. Wenn sich ein solcher Schüler den Vorhaltungen über seinen Mangel an Gemeinschaftssinn oder an Verantwortungsbewußtsein hartnäckig verschließt, müssen die Ursachen ergründet werden. Dazu sind in der Regel Gespräche mit den Erziehungsberechtigten notwendig. In geeigneten Fällen kann die Schülermitverwaltung gehört werden. Sind Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß Eltern oder andere Erziehungsverpflichtete den Anspruch des Schülers auf Erziehung vernachlässigen, so soll die zuständige Jugendbehörde (z. B. Familienfürsorge) eingeschaltet werden.
   In schwierigen Fällen empfiehlt es sich, den Schulpsychologischen Dienst zu Rate zu ziehen.

Besondere Erziehungsmaßnahmen

3. Stört oder behindert ein Schüler die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule oder verstößt ein Schüler in anderer Weise gegen die Ordnung in der Schule, so können, wenn nicht andere erzieherische Mittel (z. B. Aufmunterungen, Ermahnungen, stärkere Heranziehung zur Arbeit) sich als fruchtlos erwiesen haben, oder nicht ausreichend erscheinen, besondere Erziehungsmaßnahmen getroffen werden.
4. Besondere Erziehungsmaßnahmen sind:
   a) Warnung
   b) Tadel
   c) Nachbleiben
   d) Ausschluß von Schulveranstaltungen

e) Verweis
f) Androhung der Überweisung in eine Parallelklasse
g) Überweisung in eine Parallelklasse
h) Androhung der Verweisung von der Schule
i) Verweisung von der Schule

5. Die Auswahl der besonderen Erziehungsmaßnahme darf keinesfalls schematisch erfolgen. Es ist vielmehr diejenige Maßnahme auszuwählen, die dem Verhalten des Schülers erzieherisch angemessen ist. Dabei sind insbesondere Alter und Entwicklungsstand des Schülers zu berücksichtigen. Außerdem ist zu bedenken, daß die Maßnahme ihren Erziehungszweck in der Regel nur dann erfüllen wird, wenn der Schüler den Zusammenhang zwischen der Maßnahme und ihrem Anlaß erkennen kann.
6. Neben einer besonderen Erziehungsmaßnahme können auch situationsgemäße Erziehungsmaßnahmen anderer Art getroffen werden (z. B. die Auflage, sich bei einem Beleidigten zu entschuldigen oder einen angerichteten Schaden wiedergutzumachen). Sinnlose Verrichtungen sind in jedem Falle zu vermeiden.
7. Mit Ausnahme der Warnung müssen die besonderen Erziehungsmaßnahmen den Erziehungsberechtigten bei Berufsschülern auch den Ausbildungsverpflichteten oder Arbeitgebern, schriftlich mitgeteilt werden. Derartige Mitteilungen dürfen keinesfalls durch einen Schüler befördert werden.
8. Tadel, Nachbleiben, Ausschluß von Schulveranstaltungen und Verweise sind im Klassenbuch zu vermerken.
9. Die Klassenkonferenz entscheidet, ob eine besondere Erziehungsmaßnahme auf dem Zeugnis zu vermerken ist. Für Abgangs- und Abschlußzeugnisse verbleibt es bei der bisherigen Regelung.
10. Warnung, Tadel und Nachbleiben kann jeder Lehrer selbständig aussprechen bzw. anordnen. Soll das Nachbleiben länger als eine Stunde dauern, bedarf es der Genehmigung des Schulleiters. Von dem Nachbleiben ist den Erziehungsberechtigten – bei Berufsschülern auch den Ausbildungsverpflichteten und Arbeitgebern – rechtzeitig Kenntnis zu geben.
11. Der Ausschluß von Schulveranstaltungen (z. B. von Klassenfahrten, Klassen- oder Schulfesten, fakultativem Unterricht) erfolgt durch die Klassenkonferenz im Einvernehmen mit dem Schulleiter.
12. Wenn in besonderen Fällen die Warnung, der Tadel, das Nachbleiben oder der Ausschluß von Schulveranstaltungen als Erziehungsmaßnahme nicht für ausreichend gehalten werden, kann die Klassenkonferenz – an der Grundschule die Gesamtkonferenz – einen Verweis beschließen. Er ist dem Schüler durch den Schulleiter bekanntzugeben.
13. Die Überweisung in eine Parallelklasse erfolgt durch Beschluß der Klassenkonferenz – an der Grundschule durch Beschluß der Gesamtkonferenz – im Einvernehmen mit dem Schulleiter.

    Der Überweisung muß die Androhung der Überweisung in eine Parallelklasse durch die Klassenkonferenz – an der Grundschule durch die Gesamtkonferenz – vorangehen, wenn nicht wegen der Schwere des Fehlverhaltens die sofortige Überweisung in eine Parallelklasse erforderlich ist.

    Die Androhung und die Überweisung sind dem Schüler durch den Schulleiter bekanntzugeben.

14. Die Verweisung von der Schule besteht darin, daß der Schüler aus der bisher besuchten Schule entlassen wird.
Kommt eine Verweisung von der Schule in Betracht, so hat der Schulleiter nach Rücksprache mit den Erziehungsberechtigten die Angelegenheit zunächst durch die Gesamtkonferenz beraten zu lassen. Hält die Konferenz die Verweisung von der Schule für notwendig, so ist der Vorgang dem zuständigen Schulaufsichtsbeamten im Bezirk zur Entscheidung vorzulegen.
Der Verweisung von der Schule muß die Androhung der Verweisung von der Schule durch die Gesamtkonferenz vorangehen, wenn nicht wegen der Schwere des Fehlverhaltens die sofortige Verweisung von der Schule erforderlich ist.
15. Regelt den Ausschluß von der Berliner Schule.

IV. Strafanzeige und -anträge

16. Hat ein Schüler nach Vollendung des 14. Lebensjahres eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen, so kann der Schulleiter im Einvernehmen mit den örtlichen Schulaufsichtsbeamten Strafanzeige erstatten. Zuvor soll möglichst eine Rücksprache mit den Erziehungsberechtigten des Schülers stattfinden. Die Strafanzeige kann u. a. bei der für die Schule zuständigen Kriminalinspektion oder einer anderen Polizeidienststelle angebracht werden.
17. Hat ein Schüler gegen Schulleiter oder Lehrer während der Ausübung ihres Berufes oder in Beziehung auf ihren Beruf eine Beleidigung, eine leichte vorsätzliche oder eine durch Fahrlässigkeit verursachte Körperverletzung begangen, so befindet der zuständige Schulaufsichtsbeamte im Bezirk nach pflichtgemäßem Ermessen darüber, ob er von seinem Recht, als amtlicher Vorgesetzter Strafantrag zu stellen, Gebrauch macht. Die Rechte anderer (z. B. des Verletzten), Strafantrag zu stellen, bleiben unberührt.
18. Diese Ordnung tritt am 1. 8. 1964 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. 12. 1968 außer Kraft.

Der ASH ist zu erreichen über
C.Constantin Bartning, 1 Berlin 33, Hohe- Ähren 5
Tel: 76 18 22
Leopold Reif 7 74 16 03
Hans Peter Zierke 84 31 68

ASH

April 1968:
An der FU Berlin erscheint vermutlich zu Anfang des Sommersemesters ein "Fragebogen zu den einzelnen Veranstaltungen".
Q: N. N.: Fragebogen zu den einzelnen Veranstaltungen O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Nov. 67

Fragebogen zu den einzelnen Veranstaltungen:

1. Kennummer, Titel, Art (Vorlesung, Seminar, Übung...?) und in Aussichr genommene Termine Ihrer Lehrveranstaltungen.

2. Steht die Veranstaltung im Rahmen eines umfassenden Lehr- oder Forschungsprogramms, das Sie in den nächsten Semestern durchzuführen beabsichtigen?

a. Gliedern Sie dieses Programm in Lehrveranstaltungen für Anfänger und höhere Semster? Wenn ja: Nach welchen inhaltlichen Kriterien?
Verwenden Sie andere Gliederungsprinzipien? Welche?

b. Bitte umreißen Sie dieses Programm der folgenden Semester unter besonderer Berücksichtigung der in Aussicht genommenen Lehrveranstaltungen und

c. unter besonderer Berücksichtigung der Lehrveranstaltungen des WS 67/68.

d. Nach welchen Gesichtspunkten erfolgte oder wird eine Koordinierung mit dem Veranstaltungsprogramm der übrigen Ordinariate erfolgen?

e, Welche Möglichkeiten sehen Sie vor, Vorschläge und Einwände von Studenten bei der Planung und Durchführung der einzelnen Lehrveranstaltungen dieses Programms zu berücksichtigen?

Zu den Veranstaltungen des WS 67/68:

3. Bitte umreißen Sie den Gegenstand Ihrer Lehrveranstaltung etwas genauer, als es im Vorlesungsverzeichnis möglich ist, etwa: welche Probleme und welche Ihrer Lösungen werden behandelt? welchen Aufbau hat Ihre Lehrveranstaltung?

4. Wie gliedern sich die zu behandelnden Probleme in den Gesamtzusammenhang des Faches?

5. Werden Vorschläge von Studenten für zu behandelnde Fragen berücksichtigt?
Welche "institutionellen" Möglichkeiten - jenseits informeller Einflußnahme - sehen Sie dafür vor?

6. Welche Einsichten und Erfahrungen sollte der Student bei "erfolgreicher Teilnahme" am Schluß gewonnenhaben?

7. Welche Vorkenntnisse sind erforderlich, um folgen zu können?

8. Welche Prüfungen, Übungsscheine etc. fordern Sie für die Zulassung zur Teilnahme an Ihrer Veranstaltung?
a. Welche weiteren Zulassungskriterien - über die informelle Absprache hinaus - bestehen für die Teilnahme?

9. Beabsichtigen Sie eine zahlenmäßige Begrenzung?
a. Wenn ja: Wieviel Studenten werden Sie voraussichtlich zulassen.

1o. Planen Sie bei Überfüllung der Veranstaltung eine Unterteilung in Gruppen?

11. Werden Sie Skripten herausgeben, so daß auch Studenten, die nicht direkt an der Veranstaltung teilnehmen, daran partizipieren können?

12. Ist der Besuch Ihrer Lehrveranstaltung notwendig (wünschenswert) damit der Student später anderen Lehrveranstaltungen folgen kann?

a. Wenn ja: Für welche der unter 2a-e in Aussicht genommenen Veranstaltungen ist die Teilnahme erforderlich?

b. Ist es für die Teilnahme an den unter 2a-e geplanten Veranstaltungen notwendig, in dieser einen Schein zu erwerben?

c. Wie kann der Student in dieser Veranstaltung einen Schein erwerben? (Klausur, Referat, Hausarbeit, Protokoll, mündl. Befragung, sonstige Möglichkeiten?)

13. Ist Ihre Lehrveranstaltung obligatorisch (wünschenswert) für die Zulassung zu Examina? (Für welche Examina?)

14. Welche Literatur können Sie für die Vorbereitung empfehlen?

15. Welche Werke könnten nch Ihrer Auffassung zur Vertiefung und Weiterführung dienen?

16. Welche Ihnen nekannten Veröffentlichungen vertreten einen anderen Standpunkt, nehmen einen anderen Aufbau vor, als den von Ihnen bevorzugten?

April 1968:
An der FU Berlin erscheint vermutlich im April eine Sondernummer des 'Info-Blatt' der Studentenvertretung des Friedrich-Meinecke-Institut als Sondernummer, die uns nur unvollständig vorlag, mit der "Auswertung der Fragebogenaktion zur Situation der Grundkurse durch Referat Studienreform".
Q: FU SV FMI: Info-Blatt Sondernummer Auswertung der Fragebogenaktion zur Situation der Grundkurse durch Referat Studienreform, Berlin O. J. (1968) [Fragment]

April 1968:
An der FU Berlin erscheint zu Anfang des Sommersemesters eine Ausgabe des 'Philosophiestudiums' der Studentenvertretung des Philosophischen Seminars. Angekündigt wird ein zukünftiges Erscheinen mindestens einmal pro Semester.

Enthalten sind die Beiträge:
- "Zur Arbeit der Studentenvertretung";
- "Zur Frage der Grundstudien";
- "Das Unbehagen an der Philosophie";
- "Über die Gewalt";
- "Fragebogen zu den einzelnen Veranstaltungen"; sowie
- die Antworten der Dozenten darauf.

Q: Philosophiestudium, Berlin O. J. (1968)

April 1968:
Beim Bremerhavener Ostermarsch werden, laut SALZ Bremerhaven, vom Außerparlamentarischen Arbeitskreis Parolen gesprüht und eine US-Flagge eingeholt.
Q: SALZ-Korrespondenz Nr. 1, Bremerhaven Jan. 1970

April 1968:
In Wolfsburg beteiligt sich, laut RKJ der GIM, auch der Unabhängige Schülerbund (USB - vgl. Dez. 1967, Nov. 1968) am Protest gegen die Notstandsgesetze (NSG).
Q: RKJ-Info Nr. 9, Mannheim Mitte Jan. 1971, S. 15

April 1968:
Bei Opel Bochum erklärt Rudi Wischnewski ungefähr im August oder September 1972, laut DKP, während seinem Ausschlußverfahren aus der IG Metall (IGM) zu den Betriebsratswahlen (BRW) (vgl. Jan. 1968, Mai 1968) sinngemäß:"
Im April 1968 besuchte mich Arthur Böhm an meinem Arbeitsplatz im Bau D5 (Endmontage). Arthur Böhm kam aber nicht um mich von meinem Vorhaben - eine eigene Liste bei den Betriebsratswahlen 1968 herauszugeben - abzuhalten, sondern um mich zu diesem Schritt zu ermuntern. Er gab mir zu verstehen, daß nicht nur er (Arthur Böhm) sondern auch noch Peter Labensberg (zu der Zeit Mitglied des Wahlvorstands) und einige andere Kollegen am Zustandekommen einer Liste interessiert wären. Er gab mir dann eine Liste mit den Kandidaten der IGM und erklärte, die letzten drei Kandidaten könnte ich schon mal streichen und die Namen der Kandidaten auf meiner Liste eintragen. Ferner sagte er mir, sie, die am Zustandekommen einer Liste Interessierten, würden dafür sorgen, daß in allen Werksteilen genug Reklame für unsere Liste (Rudi Wischnewski) gemacht würde. Bekanntlich wurde R.W. 1968 auf diese Art und Weise in den Betriebsrat gewählt."

An anderer Stelle berichtet die DKP:"
Damals sagte 'Ben Wisch' auf die Frage: 'Warum stellst Du Dich keiner Persönlichkeitswahl?' 'Mich kennt doch sowieso keiner, darum hätte ich auch dabei keine Chancen!' Und weiter: 'Ich komme doch während der 8 Stunden nicht aus dem Loch heraus.' Mit 'Loch' meinte er die Montagegrube in der er tätig war. Nun, Ben Wisch ist aus dem 'Loch' herausgekommen und in die Küchenkommission des Betriebsrates hinein."
Q: Roter Kadett Nr. 4 und Extrablatt, Bochum Apr. 1970 bzw. Sept. 1972, S. 6 bzw. S.1f; Rote Fahne Nr. 6, Bochum 20.3.1972, S. 5

April 1968:
Der SAJB Gelsenkirchen gibt sein erstes Flugblatt heraus: "Gegen die Anti-Baby Pille wenden wir uns nicht. Aber gegen die Volksverdummung durch die Bild-Zeitung".
Q: SAJB Gelsenkirchen: Gegen die Anti-Baby Pille wenden wir uns nicht …, Gelsenkirchen O. J. (Apr. 1968)

Frühjahr 68

Gegen die

Anti-Baby-Pille

wenden wir uns nicht.
Aber gegen die Völksverdummung!
Volksverdummung durch die BILD-Zeitung und andere Produkte des Herrn Springers.
Volksverdummung, die die unsere Freiheit und die DEMOKRATIE gefährdet.
Jeder VERANTWORTUNGSVOLLE Bürger unserer Stadt soll selbst entscheiden, ob er weiterhin durch Kauf von Springer-Zeitungen u.ä. die Demokratie vernichten will.
Unter der Herrschaft A.C.Springers erscheinen die folgenden Zeitungen:

BILD-Zeitung, Die Welt, BRAVO,
TWEN, ELTERN,
HÖR ZU, FUNK-Uhr,

Ferner: Berliner Zeitung, Morgenpost, Hamburger Abendblatt und Dutzende anderer Zeitungen.
Auch der Ullstein - und Springer-Buchverlag und Scharnow -Reisen stehen unter seiner Herrschaft.
Keiner wagt es auszusprechen: Insgesamt hat Springer auf über 50% der Informationsmittel Einfluß!

Haben Sie ein reines Gewissen ?

April 1968:
Der SAJB Gelsenkirchen gibt das Flugblatt "Aufruf des Sozialistischen Arbeitskreises der Jugend für politische Bildung, SAJB" heraus. Es wendet sich "An alle Jugendlichen!" Appelliert wird an das "demokratische Verantwortungsbewusstsein". Der Kreis bietet die Möglichkeit "zur objektiven, politischen Meinungsbildung" an und ruft dazu auf: "Helft mit beim Aufbau einer besseren Gesellschaft!"
Q: SAJB Gelsenkirchen: Aufruf des Sozialistischen Arbeitskreises der Jugend für politische Bildung (SAJB), Gelsenkirchen O. J. (Apr. 1968)

Frühjahr 68

AUFRUF

des SOZIALISTISCHEN ARBEITSKREISES DER JUGEND FÜR POLITISCHE BILDUNG, SAJB

An alle Jugendlichen!

Wir appellieren an Euer demokratisches Verantwortungsbewußtsein.
Seid Ihr informiert; habt Ihr eine Meinung; könnt Ihr mitreden; könnt Ihr mitbestimmen?
Wollt Ihr es besser machen als Eure Eltern?
Oder seid Ihr wie die, auf die Ihr immer schimpft?
Wenn nicht, engagiert Euch! Zusammen können wir mehr erreichen.
Wir bieten Möglichkeiten zur objektiven, politischen Meinungsbildung: Besuch von polit. Veranstaltungen, Referate, Diskussionen, Informationsmaterial, Aktionen etc.

Helft mit beim Aufbau einer besseren Gesellschaft!

Informationswünsche, Beitrittserklärungen und finanzielle Unterstützung bitte an: SAJB, i.V. J.Kramer, 465 Gelsk., Franziskusstr.2B

égalité, liberté

(Eigendruck im Selbstverlag)

April 1968:
Vermutlich erscheinen im Frühjahr in Gelsenkirchen die "Politischen Grundsätze, Richtlinien und Forderungen" des SAJB. Einleitend wird darin erklärt, dass "die Selbstbestimmung der Menschen über ihre Lebensbedingungen durchgesetzt wird … die Selbstbestimmung in unserem Staat erfordert die Sozialisierung der Demokratie".
Forderungen sind u. a.:
- "Ablehnung des Mehrheitswahlrechts"
- "Initiative für eine europäische Sicherheitskonferenz"
- "Die Durchsetzung einer Bodenreform"
- "Ablehnung der Gründung einer Partei"

Q: SAJB Gelsenkirchen: Politische Grundsätze, Richtlinien und Forderungen, Gelsenkirchen O. J. (Apr. 1968)

SAJB

Grundsätze, Richtlinien und Forderungen

1. Wir wollen, daß die Selbstbestimmung der Menschen über ihre Lebensbedingungen durchgesetzt wird.
Begründung: Wir sind der Meinung, Selbstbestimmung ist heute nicht existent, weil die Masse des Volkes, Proletarier, von der Maschinerie des Staates, vom Establishment, manipuliert wird und dem Arbeiter durch den Pseudowohlstand und den Konsum die Tatsache der nichtvorhandenen eigentlichen Selbstbestimmung hier wie auch in anderen Staaten bewußt gemacht werden muß. Die permanente Infragestellung der sich etablierenden Kräfte muß gewährleistet werden.
Ein Schritt: Entblößung des verdeckten, scheinbar nicht vorhandenen Klassengegensatzes, die Selbstbestimmung in unserem Staat erfordert die Sozialisierung der Demokratie.

2. Folgende Forderungen sind im Augenblick vordringlich:

a) Wahrung der demokratischen Positionen des Grundgesetzes; Ablehnung jeder Notstandsgesetzgebung; Aufhebung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze; Aufhebung der publizistischen Monopolstellung des Springer-Konzerns

b) Ablehnung des Mehrheitswahlrechts (Die Etablierung des oppositionsfreien Parlamentes muß aufgehalten und gesprengt werden)

c) Ablehnung der Gründung einer Partei etc., bestehend aus außerparlamentarischer Opposition (Es bestünde die Gefahr der Etablierung und Erstarrung.)

d) Demokratisierung und Verwissenschaftlichung der Massenkommunikationsmittel und der Werbung

e) Die Durchsetzung einer Bodenreform

f) Demokratisierung der Ausbildungsstätten (d.h. u.a. Mit- bzw. Selbstbestimmung der Auszubildenden)

g) Aufhebung des Rüstungsetats, Verwendung der freiwerdenden Mittel für Sozial- und Bildungsinvestitionen; Beseitigung der offensiven Struktur als Schritt zu einer europäischen Friedensordnung; öffentliche Diskussion über die Aufhebung der Wehrpflicht;

h) Initiative der BDR für ein internationales Atomwaffenverbot; Verzicht auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen; Verzicht auf atomare Trägerwaffen; Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag;

i) Initiative für eine europäische Sicherheitskonferenz, statt Verlängerung der NATO-Verträge 1969; Auflösung der Militärblöcke zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems; atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, welches Schritte zur Weltabrüstung möglich macht.

j) Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen (Oder-Neiße-Linie; DDR) als Basis der gesamteuropäischen Integration

k) Distanzierung von der Militärdiktatur in Griechenland;

l) Schärfste Ablehnung des Krieges in Vietnam; Schluß mit der bundesrepublikanischen Unterstützung der USA in Vietnam.

3. Die Veränderung unserer Demokratie ins Positive ist über die

bestehenden Institutionen mit den benutzten (d.h. festgelegten pseudodemokratischen) Mitteln kaum möglich.

4. Eine Vergesellschaftungstheorie, die Theorie zur Evolution ins sozialdemokratische, muß ausgearbeitet werden (die Basis muß die Wissenschaft, d.h. die kritisch rationale Erkenntnis, bilden).

April 1968:
Während die Arbeitslosenquote in der 'BRD', laut IMSF, 1, 6% beträgt, liegt diese im Saarland bei 4, 2%.
Q: IMSF: Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt Nov. 1969

01.04.1968:
In Berlin rief die Studentenvertretung der TU mit einem Flugblatt "Öffentliches Hearing vor dem Abgeordnetenhaus zum Hochschulgesetz" auf zum zweiten Hearing im Rathaus Schöneberg um 11 Uhr (vgl. 25.3.1968).
Q: SV TU: Öffentliches Hearing vor dem Abgeordnetenhaus zum Hochschulgesetz, Berlin O. J. (1968)

Öffentliches

HEARING

vor dem Abgeordnetenhaus zum

HOCHSCHULGESETZ

Entwürfe der FDP, SPD und CDU-Fraktion

Teilnehmer: Der Rektor
Sprecher der Dozenten
Akademischen Räte
Assistenten
Studentenvertretung

Wird die Hochschule diszipliniert?

-------- CDU: Heute sit-in - morgen exmatrikuliert

Freiheit des Studiums?

-------- CDU: "Die Studenten sollen ihr Studium nach den Plänen und Prüfungsordnungen ihrer Studienrichtung durchführen."
"Studien- und Prüfungsordnungen sollen Fristen vorsehen, in denen die Studenten einzelne Studienabschnitte beendet haben müssen.

Entmachtung der Ordinarien?

-------- SPD: Kollegiale Abteilungsleitung dafür, mächtige kaum kontrollierbare Universitätsspitze und starke Einflußmöglichkeiten des Staates.

Freiheit der Studentenvertretung?

-------- SPD: Der Präsident kann den AStA absetzen und einen neuen bestimmen, ohne daß eine Kontrollmöglichkeit durch akademische Gremien besteht. § 7,6.

Es besteht die Chance für ein modernes Hochschulgesetz. CDU und SPD sind dabei sie zu verspielen.

Kommen Sie am Montag zum Hearing. Dokumentieren Sie, daß man in Berlin kein Hochschulgesetz ohne die Studenten machen kann.

Die Studentenschaft kann mit einem massiven Widerstand verhindern, daß ein Gesetz geschaffen wird, das für sie unertragbar ist.

ES SPRECHEN DIE VERTRETER DER PARTEIEN

MONTAG, DEN 1. APRIL 1968 - 11.00 UHR

RATHAUS SCHÖNEBERG SAAL 1102

TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN — STUDENTENVERTRETUNG

gez. Reiner Wethekam
1. Vors.

gez. Eberhard Udem
2. Vors.

01.04.1968:
In Berlin erscheint vermutlich Anfang April die Nr. 2 der 'Linkeck' (vgl. 29.2.1968, 29.4.1968) mit den Artikeln:
- "Bethge" mit einem Strafbefehl des Amtsgerichts Tiergarten wegen Verbreitung von Schriften vor der Freiherr-vom-Stein-Schule am 2. und 6.11.1967, in denen der Rektor Bethge beleidigt wurde, und einem Bericht vom Verkauf der 'Linkeck' Nr. 1 dort, die Bethge als 'Porno' bezeichnete;
- "Selbstmord eines Polizisten" am 6.3.1968;
- "Molotow" zu Molotow-Cocktails;
- "Warum Clyde Barrow nicht die schöne Bonny bumsen konnte";
- "Galerie Dr. Filzinger. Amtsgerichtsrat";
- Der Beschlagnahmebeschluß zur 'Linkeck' Nr. 1;
- "Das neue Geschlecht" zur gescheiterten Kommune in der Paulsborner Str. 3;
- "854837" zu Günter Grass;
- "Arme Buchhändler" zum Vertriebsverbot für die 'Linkeck' Nr. 1;
- "SDS korrupt" zum Institut für Gegenöffentlichkeit der Springer-Kampagne und dem Institut für Koordination internationaler antiimperialistischer Aktionen von den Organisatoren des Vietnamkongress;
- "Krüppelchens Märchen";
- "Berliner Bürger stellt Strafantrag gegen Schuldirektor" der Kinkelschule in Spandau;
- "Guerilla an Berliner Schulen" zum Disziplinarverfahren gegen den Grundschullehrer H. Wesendonk wegen der Vietnamdemonstration vom 18.2.1968;
- "Geschwister Scholl";
- "Frühlingsanfang" zur Razzia in der Oberbaumpresse am letzten Donnerstag;
- "Dreams" zu Tangerine Dream; sowie
- "Klaut mehr!".

Berichtet wird:"
RC in Aktion, am 25.3.

Den Witz der Woche besorgte diesmal die Außerparlamentarische Opposition. Ein Vertreter derselben bat eine Gruppe von Schülern, die im Republikanischen Club direkte Aktionen der nächsten Tage beriet, mit der Begründung hinaus: 'Hier tagt jetzt der Arbeitskreis 'Aktion'.'"
Q: Linkeck Nr. 2, Berlin O. J. (1968)

01.04.1968:
An der Universität Frankfurt erscheint der 'Diskus' - Frankfurter Studentenzeitung Nr. 3 (vgl. Feb. 1968, 17.4.1968) vermutlich Anfang des Monats mit dem Leitartikel "Wer herrscht über die Legalität?" von Eckart Osborg und Rainer Roth.

Weitere Artikel und Rubriken sind:
- "Ralf Dampf in allen Spalten. Zur Artikelreihe in der 'Zeit': Krise der Demokratie" von Hermann Lohaus;
- "Viva La Revolucion Cubana!" von Gisela Mandel;
- "Störungen, Störungen" zu Übergriffen der Polizei in Bremen und politischen Prozessen in Berlin;
- "Autonome Gewerkschaft" zum Aktionskomitee gegen Ausländergesetz und Notstandsgesetze, das nicht im DGB-Haus gegründet werden durfte, von Josef Wiest;
- "Parlamentarismuskritik: Protestkandidaten oder Massenversammlungen? Die a.o. Delegiertenkonferenz des SDS" vom 29.-31.3.1968;
- "Politisiertes Selbstverständnis des VDS. Anmerkungen zur 20. ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS" vom 4. bis 10.3.1968, von M. H. Wolf;
- "Bücherreport";
- "Die Reaktion sammelt ihre Kräfte: Der parlamentarische Show-Down" zur Bundestagssitzung vom 9.2.1968 über die Studentenproteste, von E. Grünewald;
- "Gegen die rote Gefahr. Wie der Berliner Senat die Massen mobilisierte" zum 21.2.1968, von D. Claussen;
- "Springers 'Wort zum Sonntag'. Analyse von Kommentaren und Berichten der Springer-Presse vom 17. bis 22.2.1968" in Berlin, von Bettina von Rath und Rudolf Sinz;
- "Die Waldgeschichte des Vogelsbergs. Anmerkungen zur Reform der Schule und der Lehrerausbildung" von W. Münzinger;
- "Vorlesungsnotstand - Die ersten Frankfurter Gegenvorlesungen" Ende des WS 1967/68 in der Juristischen Fakultät;
- "Flugblatt Germanistik eine allzudeutsche Wissenschaft";

- - "Gervinus und Grimm. Progressiver Nationalismus und Utopie rückwärts";
- - "Wilhelm Scherer. Sieg des Positivismus - Sieg der Affirmation";
- - "Wilhelm Dilthey. Lebensphilosophischer Irrationalismus";
- - "Karl Vietor. Vom Faschismus erwartet und enttäuscht";
- - "Wilhelm Emrich. Existenzialismus und Agnostizismus";
- - "Geisteswissenschaft und Literatur. Widersprüche zwischen der Germanistik und der deutschen Literatur" von Hans Mury;
- - "Wider das Selbstverständliche. Aufforderung an die Germanisten, über ihre Prämissen nachzudenken" von Helmut Hartwig;
- "Es geht nicht um Brecht" zu Klaus-Detlef Müller: Die Funktion der Geschichte im Werk Bertolt Brechts, von Günther Frank;
- "Über eine Grafik von Raimund Girke. Zur Rückseite" von Henning Rischbieter;
- "Plakate und 50 Jahre" zum Buch "Plakate der russischen Revolution, 1917-1928";
- "Biografisches von El Lissitzky";
- "Oh yes, we had one other rebellion. Ho Chi Minh / Osip Mandelstam" zu Vietnam; sowie
- "Die permanente Krise. Der HfG in Ulm soll der Garaus gemacht werden" von Joachim Helmbucher.

Aufgerufen wird:"
Sternmarsch auf Bonn 11. Mai: Laßt Euch nicht sicherstellen
Lähmt den Zusammenhang von Forschung und Wirtschaft
Sprengt Rüeggs Privatissimum über Faschismus"
Q: Diskus Nr. 3, Frankfurt Apr. 1968

02.04.1968:
Die illegale KPD-Betriebsgruppe Krupp-Bochumer Verein (BV) Bochum (IGM-Bereich - vgl. 8.4.1968) berichtet:"
Vor unseren Werkstoren, wie in allen Teilen der Bundesrepublik, wurde am 2.4. der Programmentwurf unserer Partei verteilt."
Q: Die Glocke, Bochum März/Apr. 1968, S. 1

02.04.1968:
An der FU Berlin verfasst die Studentenvertretung der Wiso Fak einen Offenen Brief an den Dekan Prof. Dr. H. Sanmann zur Teilnahme von Mittelbau und Studenten an der Berufungskommission auf der Grundlage der Vertraulichkeit, die aber der Dekan nun selbst verletzt habe.
Q: FU - SV Wiso: Offener Brief, Berlin 2.4.1968

Freie Universität Berlin
Studentenvertretung
der Wirtschafts- u. Sozial-
wissenschaftlichen Fakultät
- der Sprecher-

Berlin, den 2.4.1968
Garystraße 21
Tel: 7690 450

Offener Brief

An den
Dekan der Wirtschafts- u. Sozialwissenschaftlichen Fakultät
Seiner Spektabilität
Herrn Prof. Dr.H.Sanmann

Ew. Spektabilität !

Auf der Sitzung der Fakultätsvertretung am 14.2.1968 wurde di Beteiligung von Studentenvertretern und einem Vertreter des Mittelbaus an Berufungskommissionen laut Protokoll an die Bed gung der strikten Vertraulichkeit geknüpft:
" Herr Foerderreuther erklärt, daß er sich zur Wahrung der Ve traulichkeit der Beratungen verpflichte und daß er, falls er sich nicht mehr daran gebunden fühlen könne, aus den Kommis- sionen austreten werde; die Vertraulichkeit der bis zu diesem Zeitpunkt gepflogenen Beratungen werde davon unberührt bleibe (Protokoll v. 14.2.68). Entsprechendes sollte für alle and Vertreter gelten.

Nun hat nicht mein Vertreter, Herr Günter Mayer, die Vertrau keit der Beratung über die Berufung eines Dozenten für den Betriebswirtschaftlichen Lehrstuhl " Operation Research " ge- brochen. Vielmehr haben Sie auf dem Journalisten-Gespräch des Rektors am 30.3.68 unter Bruch der Vertraulichkeit berichtet, daß mein Vertreter, Herr Günter Mayer, nach den politischen Ansichten der Vorgeschlagenen zu fragen wagte, wo es doch um Berufung eines " Fachmanns " ging. Schon, um den implizierten Vorwurf widerlegen zu können, die Studentenvertretung lege an Berufungsfragen wissenschafts- und hochschulfremde Kriterien an, kann sich die Studentenvertretung nicht länger an die

geforderte Vertraulichkeit gebunden fühlen.
Sie wird daher zu Anfang des Semesters Herrn Günter Mayer zu einem ausführlichen Bericht über den Verlauf der Beratungen in einer öffentlichen Veranstaltung auffordern.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

Hans-Utz Foerderreuther

02.04.1968:
Andreas Baader und Gudrun Ensslin (später führende Mitglieder der Roten Armee Fraktion) legen, laut Langguth, in zwei Frankfurter Kaufhäuser Brandsätze.

Manfred Funke (vgl. Nov. 1977) berichtet vom linken Terrorismus in der 'BRD' (vgl. Berlin 6.3.1968, Frankfurt 14.10.1968) aus Frankfurt:"
Andreas BAADER, Gudrun ENSSLIN, Thorwald PROLL und Horst SÖHNLEIN festgenommen. Beginn des Prozesses vor dem Landgericht Frankfurt am 14.10.1968.
Q: Funke, Manfred: Terrorismus, Bonn 1977, S. 331; Langguth, G.: Protestbewegung, Köln 1983, S. 203

02.04.1968:
Die illegale KPD-Betriebsgruppe Krupp-Bochumer Verein (BV) Bochum (vgl. 8.4.1968) berichtet:"
Vor unseren Werkstoren, wie in allen Teilen der Bundesrepublik, wurde am 2.4. der Programmentwurf unserer Partei verteilt. Bei allen an der Verteilung Beteiligten in Bochum wurden am selben Tag Hausdurchsuchungen ohne Hausdurchsuchungsbefehle durchgeführt, die an Methoden des Dritten Reiches erinnern. Alles wurde in den Wohnungen auf den Kopf gestellt, selbst die Kohle im Keller wurde umgeschaufelt.

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

So sieht das Gesicht unserer Partner im Werk, und so unsere Freiheit, die im Artikel 3 des Grundgesetzes verankert ist, in Wahrheit aus.

WIR FORDERN AUFHEBUNG DES KPD-VERBOTES"
Q: Die Glocke, Bochum März/Apr. 1968, S. 1

02.04.1968:
Innerhalb des Republikanischen Clubs (RC) Dortmund (vgl. 7.2.1968, 21.4.1968) findet eine Mitgliederversammlung statt. Im Protokoll heißt es:"
Versammlungsbeginn: 19 Uhr
Tagungsort: Dortmund, Südwall 31 (Clubräume)
Versammlungsleiter: Gerhard Niemöller (bis Tagesordnungspunkt 2), Rüdiger Beier (ab Tagesordnungspunkt 3) Protokoll: Christine Orban, Rudolf Schultz

Der Vorsitzende des Republikanischen Clubs, Max von der Grün, eröffnete die Mitgliederversammlung, begrüßte die Erschienenen und ließ den Versammlungsleiter wählen. Gewählt wurde Gerhard Niemöller.

Der Versammlungsleiter stellte satzungsgemäße Einberufung und Beschlußfähigkeit der Mitgliederversammlung fest und gab die mit der Einladung versandte Tagesordnung bekannt:
1) Bericht über den Stand der Rep.-Club-Entwicklung
2) Satzungsänderungsanträge
3) Wahlen
4) Verschiedenes

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT 1):
Max von der Grün berichtete über den Stand der Entwicklung des Republikanischen Clubs und teilte die Absicht der Vorstandsmitglieder mit, auf dieser Mitgliederversammlung gemeinsam von ihren Ämtern zurückzutreten.

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT 2):
Der Versammlung lagen zwei satzungsgemäß eingebrachte Satzungsänderungsanträge vor. Der erste Antrag, eingebracht von Peter Rath, lautete:
'Ergänzung des Paragraphen 9:

Zur besseren Durchführung der organisatorischen und politischen Arbeit wird ein Beirat gebildet. Er besteht aus acht Mitgliedern, die als Beisitzer dem Vorstand angehören. Sie werden in einem gemeinsamen Wahlgang gewählt. Jedes Mitglied kann acht Kandidaten wählen. Im ersten Wahlgang sind die Kandidaten gewählt, die die absolute Mehrheit auf sich vereinigen. In weiteren Wahlgängen bzw. Stichwahlen sind die Kandidaten gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen.'

Zu diesem Antrag brachten Jochen Walbersdorf und 9 weitere Mitglieder einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:
'Paragraph 9 (Neufassung)

Der Vorstand besteht aus 7 gleichberechtigten Vorsitzenden, die den Verein gerichtlich und außergerichtlich im Sinne des Paragraphen 26 BGB gemeinsam vertreten. Die Vereinigung von mehreren Vorstandsämtern in einer Person ist unzulässig. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung jeweils für ein Jahr gewählt. Die Abwahl vor Ablauf der Amtsperiode setzt eine Zweidrittelmehrheit der Erschienenen voraus. Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes oder mehrerer Vorstandsmitglieder (durch Rücktritt etc.) hat der Restvorstand binnen 14 Tagen eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Auf dieser Versammlung werden die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder durch neue ersetzt, deren Amtszeit mit dem Ablauf der Amtszeit des Gesamtvorstandes endet. Der Vorstand wird gemeinsam gewählt. Im ersten und zweiten Wahlgang sind die Kandidaten gewählt, die die absolute Mehrheit auf sich vereinigen. In weiteren Wahlgängen bzw. Stichwahlen sind die Kandidaten gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die Wahlen finden in geheimer Abstimmung statt. Eine Abweichung von diesem Verfahren ist nur nach einer entsprechenden Satzungsänderung zulässig.'

Nach Diskussion beschloß die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit, dem Satzungsänderungsantrag folgende Formulierung zu geben:
'Paragraph 9 der Satzung wird wie folgt geändert:
Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden und einem sechsköpfigen Beirat. Der Club wird gerichtlich und außergerichtlich in gesetzlichem Umfange durch den Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung durch die stellvertretenden Vorsitzenden gemeinschaftlich vertreten. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung jeweils für ein Jahr gewählt. Die Abwahl vor Ablauf der Amtszeit setzt eine Zweidrittelmehrheit voraus. Der Vorsitzende wird in einem besonderen Wahlgang gewählt. Sind mehrere Kandidaten vorgeschlagen, so ist der Kaniddat gewählt, der die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. Kommt im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit nicht zustande, so ist die Wahl zu wiederholen. Ergibt sich auch im zweiten Wahlgang keine absolute Mehrheit, so ist der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Haben mehrere Kandidaten die gleiche Stimmenzahl erhalten, so findet unter ihnen eine Stichwahl statt. Die zwei stellvertretenden Vorsitzenden werden in einem gemeinsamen Wahlgang gewählt. Im ersten und zweiten Wahlgang sind die Kandidaten gewählt, die die absolute Mehrheit auf sich vereinigen. In weiteren Wahlgängen bzw. Stichwahlen sind die Kandidaten gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die 6 Mitglieder des Beirats werden in einem gemeinsamen Wahlgang gewählt. Jedes Mitglied kann acht Kandidaten wählen. Im ersten Wahlgang sind die Kandidaten gewählt, die die absolute Mehrheit auf sich vereinigen. In weiteren Wahlgängen bzw. Stichwahlen sind die Kandidaten gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die Wahlen finden stets in geheimer Abstimmung statt. Eine Abweichung von diesem Verfahren ist nur nach entsprechender Satzungsänderung zulässig.'

Die Abstimmung über diesen Antrag ergab 31 Ja-, 4 Neinstimmen und 5 Enthaltungen. Damit wurde die vorgeschriebene satzungsändernde Mehrheit erreicht und die Satzungsänderung beschlossen.

Der zweite Antrag auf Satzungsänderung (eingebracht von Peter Rath) lautete:
'Veränderung des Paragraphen 2 Satz 3 wie folgt:

Die Mitglieder fühlen sich den in Deutschland schwach entwickelten republikanischen Traditionen verpflichtet und verstehen sich als Teil der politischen Linken.'

Hierzu brachte R. Schultz den folgenden Änderungsantrag ein:
'…und verstehen sich als Teil der außerparlamentarischen Opposition.'

Mit 24 Ja-, 21 Neinstimmen und 5 Enthaltungen beschloß die Versammlung, die letztgenannte Formulierung zur Abstimmung zu stellen.

Die Abstimmung über diesen Satzungsänderungsantrag ergab 19 Ja-, 26 Neinstimmen und 5 Enthaltungen. Damit wurde die für Satzungsänderungen erforderliche Mehrheit von drei Vierteln der Erschienenen nicht erreicht. Paragraph 2 Satz 3 der Satzung bleibt unverändert.

Der Versammlungsleiter bat für die folgenden Tagesordnungspunkte um seine Ablösung; zum neuen Versammlungsleiter wurde Rüdiger Beier gewählt.

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT 3:
Die Wahl der neuen Vorstandsmitglieder erfolgte satzungsgemäß in geheimer Abstimmung.

Für das Amt des ersten Vorsitzenden kandidierte MAX VON DER GRÜN (…). Die Abstimmung ergab 21 Ja-, 16 Neinstimmen und 3 Enthaltungen. Max von der Grün nahm die Wahl an.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden kandidierten R. Schultz, P. Rath, Christel Priemer und H. Pyttel. Auf die Kandidaten entfielen die folgenden Stimmenzahlen:
R. Schultz: 25
P. Rath: 20
Chr. Priemer: 19
H. Pyttel: 13
Enthaltungen: 3

Da nur R. Schultz die satzungsmäßig erforderliche Mehrheit erreicht hatte, fand ein zweiter Wahlgang für das Amt des anderen stellvertretenden Vorsitzenden statt. Auf die Kandidaten entfielen die folgenden Stimmen:
P. Rath: 25
Chr. Priemer: 15
Enthaltungen: 0

Damit sind RUDOLF SCHULTZ (…) und Peter Rath (…) zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Gewählten nahmen die Wahl an.

Vor der Wahl des sechsköpfigen Beirats erfolgte eine Personaldebatte. Im ersten Wahlgang wurde bereits die satzungsgemäße absolute Mehrheit für sechs Kandidaten gefunden. Im einzelnen entfielen auf die Kandidaten die folgenden Stimmen:
Hilmar Pyttel 35
Frl. Sander 28
Wilh. Sprenger 27
Rüdiger Beier 26
Frau Orban 21
Frau Priemer 21

J. Diederichs 18
Frl. Sust 17
J. Walbersdorf 17
P. Wiegand 15

Dem Beirat gehören damit an:
Hilmar Pyttel (…)
Frl. Annegret Sander (… Lünen …)
Wilhelm Sprenger (…)
Rüdiger Beier (…)
Frau Christine Orban (…)
Frau Christel Priemer (…)

Die Gewählten nahmen die Wahl an.

Zu Revisoren wurden gewählt: Frl. ASSAUER, Frl. SUST und Herr DUDZ.

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT 4):
Der Tagesordnungspunkt 4 wurde auf die nächste Mitgliederversammlung vertagt.

Die Mitgliederversammlung wurde um 24 Uhr geschlossen."
Q: RC Dortmund: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 2.4.1968, Dortmund 10.4.1968

03.04.1968:
Zur Vietnam-Demonstration in Stuttgart um 17 Uhr 30 ab Schillerplatz, die durch zahlreiche Infostände am 30.3.1968 vorbereitet wurde, rufen u.a. die Kampagne für Demokratie und Abrüstung (KfDA), die DFU, der SDS, die USG Stuttgart, HU und HSU, LSD, IdK, NFJ, VVN, der Bund der Deutschen, die Demokratische Linke und zahlreiche Einzelpersonen auf.

Es beteiligt sich vermutlich auch der SDS Tübingen.
Q: KfDA u.a.: Aufruf zur Kundgebung und Demonstration gegen den Krieg in Vietnam, Stuttgart O. J.

(1968)

Aufruf zur Kundgebung und Demonstration gegen den Krieg der USA in Vietnam

Schon einmal haben die USA den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam in Betracht gezogen. Das war 1954 während der Schlacht der Franzosen um Dien Bien Phu. Der weltweite Protest verhinderte es damals.

Nun ist es wieder soweit. Der Außenminister der USA und der Stabschef der amerikanischen Armee haben auf Fragen amerikanischer Senatoren den Einsatz von Atomwaffen nicht ausgeschlossen. Hanoi hat durch den Präsidenten der UNO, U Thant, mehrfach vor aller Welt seine Bereitschaft zu Friedensgesprächen erklärt, aber Johnson weigert sich noch immer, den Luftkrieg gegen Nord-Vietnam abzubrechen und Friedensverhandlungen zu beginnen. Er straft so nicht nur seine sogenannten Friedensoffensiven Lügen, sondern macht damit deutlich, daß er den Vietnam-Krieg nur durch militärische Unterwerfung der Bevölkerung Süd-Vietnams lösen will, um die soziale und nationale Befreiung des Landes zu verhindern. Dazu

- **setzt Johnson Kampfgase und Napalm ein. Das ist ein Kriegsverbrechen!**
- **läßt er umkämpfte südvietnamesische Städte ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung bombardieren und verbrennen. Das ist Terror gegen die Zivilbevölkerung!**
- **planen amerikanische Militärs den Einsatz von Atombomben in Vietnam. Das ist Vorbereitung zum Völkermord!**

Der Einsatz atomarer Waffen in Vietnam bedroht das vietnamesische Volk mit Ausrottung und kann den globalen Atomkrieg provozieren.
Der Einsatz von Atomwaffen in Vietnam wäre der katastrophalste Anschlag auf die Menschlichkeit und den Frieden seit dem Zweiten Weltkrieg.
Damit und durch die ununterbrochene Eskalation bedroht uns der amerikanische Krieg in Vietnam auch in Deutschland. Atomwaffen in Vietnam sind ein weiterer Schritt zum Weltkrieg, der zweifellos Deutschland als Brennpunkt zwischen Ost und West auslöschen würde.

Obwohl im amerikanischen Senat und in der amerikanischen Bevölkerung der Widerstand wächst, unterstützt nicht nur der Bundestag die Regierung der USA moralisch, sondern gewährt die Bundesregierung auch noch Devisenhilfe, die letztlich der Fortführung des Vietnam-Krieges dient. Die Bevölkerung muß jetzt selbst zeigen, daß sie gelernt hat, was Völkermord und Weltkrieg bedeuten, denn

- **Vietnam entscheidet darüber, ob die Menschen zusammenarbeiten oder sich vernichten;**
- **Vietnam entscheidet darüber, ob die Dritte Welt sich frei entwickeln wird oder ob weitere grauenhafte Kriege aus der Machtpolitik der USA erwachsen.**

Der Krieg in Vietnam tritt in eine tödliche Phase. Dem muß unser Kampf Rechnung tragen. Deshalb sind jetzt alle geeigneten demokratischen Mittel der Demonstration und Aktion gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam einzusetzen. Deshalb kann es heute nur noch eine Forderung an die Regierung der USA geben:

- **sofortige bedingungslose Einstellung der Bombardierung Nordvietnams;**
- **Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner;**
- **Verhandlungen auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen von 1954, die eine militärische Neutralität des Landes, das Verbot der Stationierung fremder Truppen auf dem Gebiet Vietnams und die Selbstbestimmung durch Wahlen vorsehen.**

In diesem Sinne rufen wir alle Bürger, den Arbeiter wie den Beamten, den Studenten und Schüler wie den Professor, den Atheisten wie den Christen zu einer Kundgebung und Demonstration für den Frieden in Vietnam.

Kundgebung auf dem Schillerplatz

Mittwoch, 3. April 1968, 17.00 Uhr

Es sprechen: **Prof. Ernst Bloch, Tübingen**
Hinrich Oetjen, Hannover, (IG Chemie-Papier-Keramik)
Frank Wolff, zweiter Bundesvorsitzender des SDS
Pfarrer Walter Schlenker, Stuttgart
Prof. Max Bense, Stuttgart

Demonstration vom Schillerplatz zum Rathausplatz

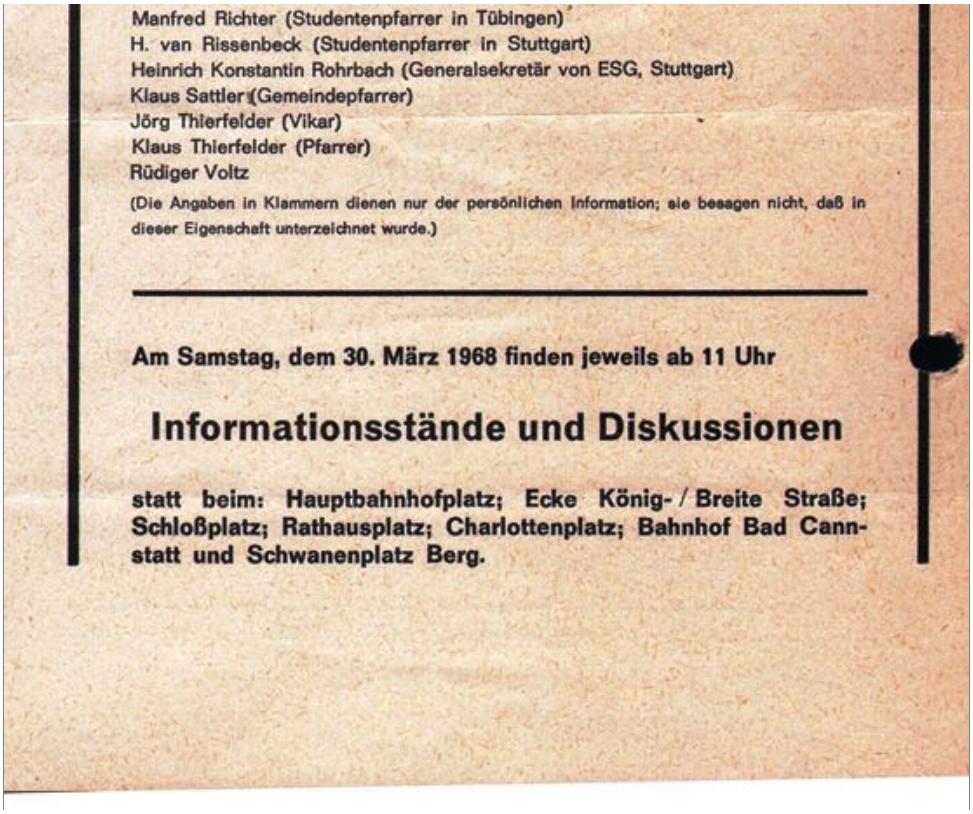
Mittwoch, 3. April 1968, 17.30 Uhr

angemeldete Demonstrationsstrecke:
Schillerplatz — Schloßplatz — Hauptbahnhof — Schillerstraße — Konrad-Adenauer-Straße — Urbanstraße — Charlottenplatz — Eberhardstraße — Hirschstraße — Rathaus.

Verantwortlich: Alfred Riedel, 7 Stuttgart 1, Postfach 1159 · Druck: Hawelka, Vaihingen

Die Kundgebung und die Demonstration gegen den Krieg der USA wird von folgenden Organisationen, Gruppen, Clubs und Personen veranstaltet bzw. unterstützt:

Kampagne für Demokratie und Abrüstung
Bund der Deutschen, Landesverband Baden-Württemberg
Club Voltaire, Stuttgart
Demokratische Linke, Landesverband Baden-Württemberg
Deutsche Friedensgesellschaft
Deutsche Friedens-Union
Freidenker Verband Württemberg
Humanistische Studentenunion
Humanistische Union, Stuttgart
Internationale der Kriegsdienstgegner
Kirchliche Bruderschaft
Landesfriedenskomitee Württemberg
Liberaler Studentenbund Deutschlands
Naturfreunde, Bezirk Stuttgart
Naturfreundejugend, Bezirk Stuttgart
Naturfreundejugend, Landesverband Württemberg
Sozialistische Jugend „Die Falken"
Sozialistische Linke, Stuttgart
Sozialistischer Deutscher Studentenbund
Unabhängige Schülergemeinschaft
Verband der Kriegsdienstverweigerer
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Stuttgart
Westdeutsche Frauenfriedensbewegung
Iranische Studentenvereinigung
Marxistisch-Leninistische Vereinigung Griechenlands
Türkischer Studentenverein, Stuttgart
Willi Hahn (Gewerkschaftssekretär)
Gerhard Hauser (Bezirksvorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau und Forsten)
Werner Hillenbrandt (Angestellter für Jugendarbeit bei IG Metall Ludwigsburg)
Willi Hoss (Delegierter bei IG Metall)
Klaus Neitzel (Gewerkschaftssekretär bei HBV)
Herbert Neumann (Landesjugendsekretär des DGB)
Eugen Ochs (Bevollmächtigter bei IG Metall Ludwigsburg)
Rolf Penzel (Gewerkschaftssekretär bei ÖTV)
Lothar Pleithner (Landesvorsitzender IG Druck und Papier)
Edgar Schmidt (Gewerkschaftssekretär bei IG Metall)
Karl Schwab (IG-Metall-Bevollmächtigter)
Otto Sommer (Bevollmächtigter der Gewerkschaft Leder)
Rainer Sutterer (Bezirkssekretär bei IG Papier-Chemie-Keramik)
Willi Vöhringer (Geschäftsführer bei IG Chemie)
Arno Völkerat (Geschäftsführer der Gewerkschaft NGG)
Adolf Wörner
Jörg Andlauer (Chefredakteur der Studentenzeitschrift der Universität Stuttgart)
Lothar Beck
Emil Birkert (Schriftleiter)
Eugen Eberle (Stadtrat)
Hasso Ehinger (Geschäftsführer des Kuratoriums Notstand der Demokratie)
Dietrich Esterl (Lehrer der Freien Waldorfschule Stuttgart)
Peter Gah (Leiter des Jugendforums Ludwigsburg)
Prof. Gerhard Gollwitzer
Otto Höft (Stadtrat)
Prof. Dr. Karkoschka
Constanze Köhner (PAO-Vorsitzende St. Agnes)
Fritz Lamm
Rolf Lehmann (Leitender Jugendwart des Jungmännerwerkes Stuttgart)
Klaus Mausner (1. AStA-Vorsitzender der Kunstakademie Stuttgart)
Hermann Mädler
Matthias Mende (PAO Zeppelin-Gymnasium)
Günter Mielau (Naturfreunde-Landesvorsitzender)
Halük Öztanil (Vorsitzender des Vereins Türkischer Arbeitnehmer Stuttgart)
Eberhard Röhm (Pfarrer und Oberstudienrat)
Kurt Sprenger (Naturfreundebundesjugendleiter)
Wolfgang Springer (1. AStA-Vorsitzender der Universität Stuttgart)
Matthias Tscherbel (PAO-Vorsitzender Korntal)
Robert Brenning (Studentenpfarrer in Mainz)
K. A. Buschbeck (Studentenpfarrer in Karlsruhe)
Keath Chamberlein, Berlin
Stefan Dixon (Studentenpfarrer in Bonn)
Albert Eisle (Pfarrer in Ludwigsburg)
Karamin N. Khella (Studentenpfarrer in Stuttgart)
Peter Klemm (Studentenpfarrer in Stuttgart)
Karl-Heinz Renecker (Studentenpfarrer in Freiburg)


Manfred Richter (Studentenpfarrer in Tübingen)
H. van Rissenbeck (Studentenpfarrer in Stuttgart)
Heinrich Konstantin Rohrbach (Generalsekretär von ESG, Stuttgart)
Klaus Sattler (Gemeindepfarrer)
Jörg Thierfelder (Vikar)
Klaus Thierfelder (Pfarrer)
Rüdiger Voltz
(Die Angaben in Klammern dienen nur der persönlichen Information; sie besagen nicht, daß in dieser Eigenschaft unterzeichnet wurde.)

Am Samstag, dem 30. März 1968 finden jeweils ab 11 Uhr

Informationsstände und Diskussionen

statt beim: Hauptbahnhofplatz; Ecke König- / Breite Straße; Schloßplatz; Rathausplatz; Charlottenplatz; Bahnhof Bad Cannstatt und Schwanenplatz Berg.

03.04.1968:
Die Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fakultät der FU Berlin (APhil) gibt ihre Zeitung Nr. 2 heraus. Enthalten sind "Vorschläge zur Studienreform an der Philosophischen Fakultät", die sich gliedern in:
- "Allgemeine Vorschläge";
- - "Zwischenprüfung";
- - "Promotion";
- - "Philosophikum";
- - "Kleingruppenarbeit";
- - "Öffentliche Lehrplandiskussion";
- "Philosophie";
- "Mittelalterliche und Neuere Geschichte";
- "Klassische Philologie";
- "Germanistik";
- "Anglistik";
- "Romanistik";
- "Kunstgeschichte";
- "Musikwissenschaft"; sowie
- "Theaterwissenschaft".
Q: APhil Nr. 2, Berlin 3.4.1968

04.04.1968:
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, und der Senator für Justiz, Hans-Günter Hoppe, beantworten eine Kleine Anfrage von Hermann Oxfort (FDP) vom 22.3.1968 bzgl. der Kleinen Anfrage Oxforts vom 6.2.1968 zur Demonstration vom 2.6.1967.
Q: Landespressedienst Nr. 72, Berlin 9.4.1968, S. 2f

Wie die Berliner Verleger- und Buchhändlervereinigung e.V. der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport am 28. März 1968 mitgeteilt hat, wird sie bei künftigen Wettbewerben auch die Jugendämter der Bezirke einladen, sich an den regionalen Vorentscheidungen zu beteiligen, um den Vorlesewettbewerb auf eine breitere Basis zu stellen."

*

E0702

In einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Hermann Oxfort (FDP) vom 22. März wird der Senat gefragt:

"1. Treffen Pressemeldungen zu, daß der in der Antwort auf meine Kleine Anfrage vom 6.2.1968 als 'Demonstrant' bezeichnete Anzeigende zu den von ihm gegen drei Polizeibeamte erhobenen Vorwürfen nicht selbst gehört worden ist?

2. Hat die Staatsanwaltschaft auf die von ihr als glaubhaft bezeichnete Aussage des zunächst identifizierten Polizeibeamten gegen den Anzeigenden, der den Polizeibeamten getreten haben soll, ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Körperverletzung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingeleitet?"

Die vom Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz und vom Senator für Justiz, Hans-Günter Hoppe, unterzeichnete Antwort des Senats vom 4. April lautet:

"Zu 1.: Die in der Antwort auf die Kleine Anfrage vom 6. Februar 1968 als 'Demonstrant' bezeichnete Person hat keine selbständige Strafanzeige erstattet, sondern sich einer Sammelanzeige vom 12. Juni 1967 angeschlossen, die ein Rechtsanwalt im Namen des Allgemeinen Studentenausschusses der Freien Universität Berlin erstattet hat. Es handelt sich um einen Studenten der Medizin, der sich am Abend des 2. Juni 1967 während der Auseinandersetzungen zwischen Polizeibeamten und Demonstranten auf den Arkadenhof in der Krumme Straße begeben hatte. Er ist am 19. Juni 1967 von einem Staatsanwalt in dem Ermittlungsverfahren gegen Kriminalobermeister Kurras wegen fahrlässiger Tötung des Studenten Ohnesorg vernommen worden. Am 20. Juni 1967 hat er gegenüber einem anderen Staatsanwalt angegeben, er sei auf dem Arkadenhof von Polizeibeamten geschlagen worden. Das Protokoll über diese Vernehmung ist zum Anlaß genommen worden, ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Polizeibeamte wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt einzuleiten. Nach Wiederaufnahme des zunächst eingestellten Ermittlungsverfahrens ist der Student am 19. Februar 1968 durch den jetzigen Dezernenten der Staatsanwaltschaft vernommen worden.

Zu 2.: Bei der Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen unbekannte Polizeibeamte hat der zuständige Staatsanwalt keinen Anlaß gesehen, gegen den Studenten ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Körperverletzung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt einzuleiten. Die Angaben des identifizierten Polizeibeamten hatten dazu deshalb keinen Anlaß gegeben, weil er bekundet hatte, er sei ahnungslos in die abgebildete Szene hineingelaufen und müsse hierbei von dem am Boden liegenden Demonstranten getreten worden sein. Daraus konnte nicht entnommen werden, daß der Student diesem Beamten bei der Ausübung seines Amtes Widerstand geleistet hatte. Es bestanden auch keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine vorsätzliche oder fahrlässige Körperverletzung, da es sich auch um eine unbewußte Reaktion des Studenten

- 3 -

gehandelt haben konnte. Eine weitere Aufklärung des Sachverhalts und insbesondere des Verhaltens des Studenten gegenüber den damals dem zuständigen Staatsanwalt nicht bekannten anderen beiden abgebildeten Beamten erschien nicht möglich. Auch nach Wiederaufnahme der Ermittlungen hat sich kein Anlaß ergeben, ein Verfahren gegen den Studenten einzuleiten.

Dagegen beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, gegen die bekannten Polizeibeamten nunmehr Anklage wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung im Amt zu erheben. Sie hat den drei Beschuldigten die Möglichkeit der Schlußanhörung eröffnet. In dem Ermittlungsverfahren wegen Begünstigung sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen."

- - -

ÄLTESTENRAT

Der Ältestenrat des Abgeordnetenhauses von Berlin trat am Dienstag, dem 9. April, unter Vorsitz des amtierenden Präsidenten Peter Lorenz und in Anwesenheit des Senators für Wirtschaft, Dr. Karl König, zusammen, um die 26. Plenarsitzung, die am Donnerstag, dem 11. April, um 14 Uhr beginnt, vorzubereiten.

Danach wird die Tagesordnung entsprechend der gedruckten Einladung abgewickelt werden.

Das Änderungsgesetz über die Übernahme von Landesbürgschaften für Betriebsmittel- und Investitionskredite an Berliner Betriebe (lfd. Nr. 14 der TO) wird nach der Begründung durch den Senat dem Hauptausschuß überwiesen werden.

Die Mitglieder des Ältestenrats nahmen ferner davon Kenntnis, daß möglicherweise noch als Dringlichkeitsvorlage ein Gesetzentwurf eingebracht werden wird, der eine Übernahme der Regelung des Deutschen Bundestages zur Altersversorgung der Abgeordneten auf das Berliner Abgeordnetenhaus ausschließt.

- - - - -

04.04.1968:
An der FU Berlin verfasst die Studentenvertretung des Romanischen Seminars, laut einem Eingangsstempel heute, einen Offenen Brief an den Dekan zur Weigerung von Prof. Baader am 3.4.1968, einen studentischen Vertreter bei einer Honnef-Eignungsprüfung zuzulassen.
Q: FU - SV Rom: Offener Brief, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

O F F E N E R B R I E F

an den Dekan der
Philosophischen Fakultät
Herrn Professor Dr. Erich Loos

1 B e r l i n 33

Boltzmannstr. 3

Ew. Spektabilität !

Ihrem Informationsbedürfnis entgegenzukommen, möchten wir Sie von folgendem in Kenntnis setzen.
Am Mittwoch, dem 3. April, morgens um 11.20 Uhr weigerte sich Romanistik-Professor Horst Baader, eine Honnef-Eignungsprüfung unter Beisitz eines Vertreters der amtierenden Studentenvertretung am Romanischen Seminar abzuhalten. Er machte dabei geltend, der Studentenvertretung sei das Mißtrauen ausgesprochen worden, verschwieg aber peinlicherweise, daß die Vollversammlung aller Fakultäten den drei Romanistik-Professoren - also auch Herrn Horst Baader - ihrerseits am 31.1.1968 das Mißtrauen ausgesprochen hatte. Um einen studentischen Beisitzer für die angesetzte Honnef-Prüfung zu besorgen, hatte sich Professor Baader, den üblichen Weg mißachtend, nicht an die SV des Romanischen Seminars, sondern an den AStA gewandt. Der AStA wiederum beauftragte ein Mitglied der Studentenvertretung des Romanischen Seminars, in die Prüfung zu gehen, was zur erwähnten autoritären Weigerung von Herrn Professor Baader führte. Da wir annehmen, daß Sie es nicht billigen werden, wenn durch eigenwillige Interpretation von Vollversammlungsbeschlüssen durch einen feudal-herrlichen Ordinarius, finanziell abhängige und bedürftige Studenten in ihrer Förderung geschädigt werden, möchten wir Sie bitten, daß Sie Herrn Professor Baader durch einen geeigneten Hinweis bedeuten, daß derartige Praktiken dazu dienen, das Verhältnis der Studenten zum Lehrkörper noch stärker zu strapazieren.

Auch in einer anderen Angelegenheit wenden wir uns an Sie mit der Bitte, in der oben angedeuteten Weise tätig zu werden. Noch immer wartet die Studentin Marion B. auf die Aushändigung eines Seminarscheines, den ihr der Akademische Rat, Ludwig Schauwecker, bislang mit der Auflage vorenthielt, Marion B. solle im Sommersemester 1968 eine Stunde "nachsitzen", weil sie im vergangenen Semester eine Seminarstunde etwas früher verließ. Sollten das die versprochenen Erfolge in den Bemühungen um Studienreform am Romanischen Seminar sein, so sehen wir uns herb enttäuscht.
Vielleicht gelingt es Ihnen, durch Ihren persönlichen Einsatz in diesen beiden Angelegenheiten, den bitteren Nachgeschmack, der durch Ihren und Ihrer Kollegen Boykott der Studienreformkommission am Romanischen Seminar entstanden ist, zu mildern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Studentenvertretung
des Romanischen Seminars

04.04.1968:
An der FU Berlin verfasst der Dekan der Wiso Fak, Prof. Dr. H. Sanmann einen Offenen Brief als Antwort auf den Offenen Brief der Studentenvertretung der Wiso Fak vom 2.4.1968.
Q: FU - Wiso Dekan: Offener Brief, Berlin 4.4.1968

17⁰⁰

Freie Universität Berlin
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche
Fakultät
- Der Dekan -

Berlin, den 4.4.1968
Garystraße 21
Telx 76 90 2272

Offener Brief

An den
Sprecher der Studentenvertretung
der Wirtschafts- und Sozial-
wissenschaftlichen Fakultät
Herrn stud.rer.pol. Hans-Ütz Foerderreuther

Sehr geehrter Herr Foerderreuther!

Auf Ihren 'Offenen Brief' vom 2.3.1968 antworte ich wie folgt:

1. Das Journalistengespräch am 3o.3.1968 hatte überwiegend die Form einer Auseinandersetzung zwischen Studentenvertretern, welche die bekannten Thesen und Forderungen des SDS vertraten, und Professoren, die diese Auffassungen nicht teilten; die Journalisten fungierten meist als stille, aber interessierte Zuhörer.
2. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen (die übrigens nicht ohne verletzende Angriffe auf mich abgingen) hat dann ein Studentenvertreter das studentische Ziel der Politisierung der Universität dahingehend erläutert, daß an die Stelle des von den Professoren (angeblich) vertretenen Ideals vom Elfenbeinturm das Bewußtsein von den politischen Implikationen der Wissenschaft treten müsse. Daraufhin habe ich entgegnet, die Praxis habe die Professoren darüber belehrt, daß Politisierung der Universität tatsächlich etwas ganz anderes bedeute. Tatsächlich nämlich bedeute sie sowohl Mißbrauch der Wissenschaft zur Rechtfertigung vorab fixierter politischer Ziele, wie das Beispiel der "Kritischen Universität" zeige, als auch Hereintragen wissenschaftsfremder Gesichtspunkte in die Universität, wie das Beispiel des (von mir nicht namentlich genannten) Studentenvertreters in der Berufungskommission des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre belege; denn dieser habe gefordert, die in Erwägung gezogenen Kandidaten nach ihren Ansichten zur gegenwärtigen politischen Lage in dieser Stadt und in unserer Universität zu befragen, ehe darüber entschieden werde, ob sie zur Berufung vorgeschlagen werden sollten. Beides zusammengenommen bedeute eine tödliche Gefahr für die Wissenschaft.
3. Daß ich insoweit das Vertraulichkeitsgebot für Mitglieder von Berufungskommissionen verletzt habe, ist klar, und daß dies nicht vorbedacht, sondern impulsiv geschah, ändert an der Tatsache nichts. Die Fakultätsvertretung wird in ihrer nächsten Sitzung darüber zu befinden haben.
4. Ob sich die Studentenvertretung aufgrund dieser fahrlässigen und speziellen Verletzung des Vertraulichkeitsgebots für berechtigt halten sollte, das betreffende Kommissionsmitglied seinerseits zu einer vorsätzlichen und generellen Verletzung des Vertraulichkeitsgebots zu veranlassen, wie Sie es offenbar vorhaben, ist natürlich davon abhängig, wie Sie und Ihre Kommilitonen Ihre Amtspflichten einschätzen. Auch darüber wird, gegebenenfalls, die Fakultätsvertretung in ihrer nächsten Sitzung zu befinden haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prof. Dr. Horst Sanmann

04.04.1968:
Laut 'Bochumer Studenten Zeitung' demonstrieren in Bochum erneut ca. 100 Schüler (vgl. 15.2.1968, 5.4.1968) gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der BOGESTRA.
Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 22, Bochum 1968, S. 5

05.04.1968:
In Berlin riefen die ASten der FU und TU sowie der SDS auf zur Vietnam-Veranstaltung "Aspekte des kulturellen Imperialismus" um 19 Uhr im Hörsaal 3010 der TU.
Q: Asten FU und TU, SDS: Fortsetzung des Krieges in Vietnam mit anderen Mitteln, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

FORTSETZUNG DES KRIEGES IN VIETNAM MIT ANDEREN MITTELN 5.4.

Die militärische Vernichtung, wie sie gegenwärtig in Vietnam versucht wird, ist nicht die einzige Methode innerhalb der globalen Strategie des US-Imperialismus, die Zerstörung nationaler Kulturen voranzutreiben. Zu beobachten ist vielmehr, daß die militärische Aggression vorbereitet und begleitet wird von dem Versuch, mit ökonomischen, politischen und kulturellen Mitteln die Herrschaft des Imperialismus zu errichten. Aus der Sicht der Strategen des amerikanischen Außenministeriums hat die amerikanische Außenpolitik nur ein Hauptziel: das NATIONALE INTERESSE; und die verschiedenen Mittel, die zur Erreichung dieses Zieles eingesetzt werden (Diplomatie, Militärpolitik, Wirtschaftspolitik, Kulturpolitik etc.), stellen allesamt "WAFFEN IN DER POLITISCHEN WAFFENKAMMER DER NATION" dar. (Morgenthau, A Political Theory of Foreign Aid, New York, 1964, p.363)

In dieser Woche beginnt in Berlin die Jahresversammlung von Stipendiaten der FULBRIGHT - STIFTUNG in Europa. Gegenwärtig halten sich in Westeuropa etwa 300 Studenten und Professoren dieser Einrichtung auf, deren Funktion 1962 der damalige Vize-Präsident Johnson folgendermaßen beschrieb: "In unserer Rolle als Führung der Welt brauchen wir Bürger mit Kenntnissen über fremde Länder, die andere Sprachen beherrschen, um unsere weltweiten Verpflichtungen wahrzunehmen und weiterzuführen." (L.B.Johnson, Einleitung zu Garraty and Adams: A Guide to Study Abroad, New York, 1962)
Innerhalb des INSTRUMENTARIUMS ZUR ZERSCHLAGUNG REVOLUTIONÄRER BEFREIUNGSBEWEGUNGEN (kommunistischer Aggression, Subversion, usw.) in allen Teilen der Welt,nehmen die verschiedenen Kultur- und Austauschprogramme, Stiftungen etc. eine wichtige Rolle ein. Senator Morse sagte in der Begründung zum Fulbright-Hays Act im Jahre 1961 vor dem amerikanischen Kongreß: "Ich empfehle die Verabschiedung des Gesetzes als eine der wirksamsten Waffen, die wir im Kampf für die Freiheit gegen den Kommunismus in der ganzen Welt besitzen. Meiner Meinung nach wird diese Art von Maßnahme mehr dazu beitragen, den Kommunismus in der ganzen Welt zu besiegen, als Düsenbomber." (Congr. Records, p.12111, 10. Juli, 1961)

Im Rahmen dieser weltweiten konterrevolutionären Strategie nimmt die Beeinflussung der intellektuellen Eliten der Länder der Dritten Welt, sofern sie sich in Europa aufhalten, zunehmend größere Ausmaße an: "Sie sehen oft Amerika aus dem europäischen Gesichtswinkel. ...(Deshalb) "müssen wir über die europäischen Institutionen arbeiten, die zufällig ihre Gastgeber sind." (Adams: A Report on the Strategic Importance of Western Europe, Washington, 1964, p.14)
Zugleich geht es dem US-Imperialismus darum, sich der Loyalität der europäischen Eliten zu versichern. Ohne deren Hilfe "würde die Position der amerikanischen 'world leadership' weitaus komplizierter und schwieriger werden." (Adams. S.7) Zur richtigen TAKTIK KULTURIMPERIALISTISCHER PENETRATION bemerkte Außenminister Dean Rusk: "Kultur- und Erziehungsprogramme haben dann die größte propagandistische Wirkung, wenn sie keinen propagandistischen Zweck verfolgen." (zit. Frankel: The Neglected Aspect of Foreign Affairs, Wash.1966, p.89)

ES IST NOTWENDIG, ENDLICH DAMIT ZU BEGINNEN, DEM IMPERIALISMUS AUF DEM GEBIET VON KULTUR UND WISSENSCHAFT ENTGEGENZUTRETEN UND SEINE ABSICHTEN ZU ENTLARVEN!

ASTA FU FREITAG, 5. APRIL - 19 UHR ASTA TU

Hörsaal 3010, Technische Universität, Hauptgeb. Str-17. Juni

Referat und Diskussion:

- ASPEKTE DES KULTURELLEN IMPERIALISMUS.

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

05.04.1968:
In Berlin verfasst der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz eine Erklärung zur Ermordung von Martin Luther King in den USA.
Q: Landespressedienst Nr. 70, Berlin 5.4.1968

Landespressedienst | BERLIN

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78 01 33 09

INSTITUT für POLITISCHE WISSENSCHAFT BERLIN

5. April 1968
Nr. 70

E 0702

BERLIN WIRD DR. MARTIN LUTHER KING NICHT VERGESSEN

Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz gab zu der Ermordung von Dr. Martin Luther King folgende Erklärung ab:

Mit großer Erschütterung haben wir von der Ermordung Dr. Martin Luther Kings gehört. Noch vor wenigen Tagen hatten wir die Hoffnung, daß er auf der Maikundgebung der Berliner zu uns sprechen würde.

Ein Vorkämpfer für Menschenrecht, für Frieden und friedliches Zusammenleben der Menschen ist das Opfer fanatisierter Gegner geworden.

Der Mann, der stets seine Stimme für die Gewaltlosigkeit erhoben hat, wurde in der Stadt, in die er gekommen war, um zur Besonnenheit aufzurufen, erschossen.

Wir Berliner erinnern uns alle der Begegnung mit Dr. Martin Luther King. Wir werden ihn nicht vergessen.

- - - - - - - - - -

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Elimar Arendt

05.04.1968:
Der Initiativausschuß Berlin zur Schaffung einer revolutionär sozialistischen Jugendorganisation richtet ein Schreiben an die Marxistische Arbeiterjugend Deutschlands, weil er gerne am Gründungskongreß der SDAJ (vgl. 4.5.1968) teilnehmen möchte. Dafür wurden bereits 5 Delegierte (4m, 1w) gewählt.
Q: VS-deutsche Sektion-ZR: Rundbrief, o.O. O. J. (Anfang Aug. 1968)

05.04.1968:
Laut 'Bochumer Studenten Zeitung' kommt es in Bochum auch heute (vgl. 4.4.1968) zu Demonstrationen von Schülern und Studenten gegen die Fahrpreiserhöhungen.
Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 22, Bochum 1968, S. 5

06.04.1968:
In Köln wird, laut 'Roter Morgen', heute eine 'Mahnwache' der IdK gegen den Krieg in Vietam durchgeführt. Davon berichtet man:"
Einer unserer Genossen kam auf den Kölner Rudolfplatz, wo diese Sache durchgeführt wurde, mit der roten Fahne der südvietnamesischen Befreiungsfront. Er wollte die Fahne an einen Zaun befestigen. Er hatte aber noch nicht ganz begonnen, da kam ein Herr von K 14 und wollte dies verhindern. Er fragte nach der Erlaubnis, und als ihm gesagt wurde, daß ihn das nichts anginge, kamen die Veranstalter und wurden rabiat. Sie verlangten die sofortige Entfernung dieser Fahne, ansonsten wolle man die Polizei holen. … Alles in allem kann man aus dieser 'Mahnwache' des IdK das Facit ziehen: Es handelt sich hier um Wirrköpfe, die voll sind mit antikommunistischer-bürgerlicher Ideologie. Es sind Kleinbürger, die keinen Klassenstandpunkt haben. Durch ihr Verhalten in bezug auf die Fahne der FNL … beweisen sie, daß sie objektiv auf Seiten der Amibanditen stehen und nicht auf Seiten des Volkes. Diese Herren Pazifisten helfen durch ihr Verhalten den Aggressoren, auch wenn viele es ehrlich meinen."
Q: Roter Morgen, Hamburg Apr. 1968

07.04.1968:
Auf der 7. ordentlichen Landesbezirkskonferenz der HBV Berlin hält der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, eine Rede.
Q: Landespressedienst Nr. 71 Dokument Berlins Zukunft muss dauerhaft gesichert werden, Berlin 8.4.1968, S. 1f

E0702

Landespressedienst | BERLIN

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78013309

8. April 1968
Nr. 71

BERLINS ZUKUNFT MUSS DAUERHAFT GESICHERT WERDEN

Anläßlich der 7. ordentlichen Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die im Berliner DGB-Haus stattfand, hielt der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz am Sonntag, dem 7. April, eine Ansprache, in der er unter anderem sagte:

"Die 7. ordentliche Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen begrüße ich sehr herzlich. Ihren Verhandlungen und Beratungen über die vorliegenden Anträge wünsche ich einen guten Verlauf. Der Senat von Berlin weiß um die Bedeutung Ihrer Arbeit. Er dankt Ihnen für das Erreichte. Wir wissen, daß Sie sich gemeinsam mit den anderen freien Gewerkschaften bemühen, Ihren Beitrag zur fortschrittlichen Entwicklung unserer Stadt zu leisten. Dabei muß es unser aller Ziel bleiben: die Lebendigkeit der Stadt zu erhalten und ihre Ausstrahlungskraft und Weltoffenheit zu stärken. In diesem Bemühen müssen alle, die in Berlin Verantwortung tragen, zusammenstehen und nach gangbaren Wegen suchen.

Heute muß die Zukunft Berlins dauerhaft gesichert werden. Nicht morgen und nicht übermorgen. Dazu sind auch neue Wege nötig. Dazu muß man Positionen überdenken und auch bereit sein, sie in Frage zu stellen. Nur: Versuche von innen oder außen, die Leistungen der Vergangenheit in den Schmutz zu ziehen und in schwerer Zeit erworbene Erfahrungen denkfaul beiseite zu schieben, werden wir mit aller Deutlichkeit zurückweisen.

Ich weiß, daß ich gerade bei den organisierten Arbeitnehmern Verständnis finde, wenn ich dazu auffordere: machen wir Berlin zu einer Stadt, in der alle, die hier leben wollen, ihren Platz finden. Die alten Menschen, die zu uns gehören und die nicht an den Rand unserer Städte und unseres Denkens gedrängt werden dürfen; die arbeitenden Menschen, die ein Recht auf eine gesicherte Zukunft haben; die jungen Menschen, für deren Unruhe wir Verständnis haben müssen und die ein Recht auf Toleranz haben; die Kinder, die keine Not leiden dürfen. Berlin hat alle Voraussetzungen, für viele die Stadt zu werden, in der man sein Leben gestaltet. So etwas kann

-2-

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Elimar Arendt

man nicht reglementieren. Aber wir alle können mithelfen, daß Berlin sich auch nach außen so gibt, wie es wirklich ist. Das ist unsere beste Werbung!

Gestern hat im anderen Teil unseres Landes eine Volksabstimmung über den Entwurf einer neuen Verfassung stattgefunden. Der Senat und sein Regierender Bürgermeister haben bisher zu diesem Vorgang bewußt nur kurz Stellung genommen. Wir mußten jeden Anschein vermeiden, als wollten wir unsere Landsleute bevormunden. Das will hier niemand. Wir wissen ohnehin, was man drüben über diese Verfassung und die Form der Abstimmung denkt.

Gestern nun hat die Abstimmung stattgefunden. Das Ergebnis ist etwa wie erwartet. Dazu kann und muß einiges gesagt werden: Aufgefallen ist die Hektik, mit der die Abstimmungskampagne in die Wege geleitet wurde. Sie zeigt, daß offensichtlich der Zeitpunkt der Abstimmung für Ostberlin wichtig war. Er fällt zusammen mit weitreichenden Veränderungen im Ostblock, vor allem in der Tschechoslowakei. Von diesen Ereignissen wollten die Machtträger in Ostberlin durch ihre Kampagne ablenken. Wer nur die Ostpresse gelesen hat, könnte meinen, in der CSSR sei Antonin Novotny noch immer Staatspräsident. Trotzdem kommt Ostberlin an den Veränderungen nicht ganz vorbei. Sie haben ihre Bedeutung auch für die DDR. Das wird sich zeigen.

Ulbricht hat es plötzlich sehr eilig gehabt. Vor gut vier Monaten gab es den Verfassungsentwurf schon. Die Diskussion hat in einer Breite und Ausführlichkeit stattgefunden, wie man sie bisher nicht kannte. In Zusammenkünften, Versammlungen und Briefen wurden eine Fülle von Abänderungsanträgen eingereicht. Es gab in den letzten Wochen drüben nur ein Thema: die neue Verfassung. Hier gab es ein Engagement auch großer Teile der Bevölkerung, das wir nicht leugnen oder wegdiskutieren sollten. Im Gegenteil.

Die alte Verfassung stand weitgehend nur auf dem Papier. Sie hatte mit der Wirklichkeit in der DDR nur wenig zu tun. Die neue Verfassung ist näher an der politischen Realität. Aber sie hat entscheidende Lücken. Hier wiegt das schwer, was nicht drin steht: fundamentale Grundrechte, bei uns selbstverständlich, im anderen Teil Deutschlands fehlen sie weiterhin. Die Entwicklung dort kann niemandem gleichgültig sein. Ich befürchte, daß der Tag gestern keine Tür zur Vernunft aufgestoßen hat. Auf diesen Tag warten wir noch; ohne Schadenfreude, ohne Resignation, sondern mit Wachsamkeit und innerer Bereitschaft, das zu tun, was den Menschen das Leben leichter machen kann."

- - - - - - - - -

07.04.1968:
An der FU Berlin verfasst die Studentenvertretung der Wiso Fak einen Offenen Brief an den Dekan Prof. Dr. H. Sanmann zu dessen Antwort vom 4.4.1968.
Q: FU - SV Wiso: Offener Brief, Berlin 7.4.1968

E0102

der Wirtschafts- und Sozial-
wissenschaftlichen Fakultät
- der Sprecher -

1 Berlin 33, den 7.
Tel.: 76 9o 45o

O f f e n e r B r i e f

An den
Dekan der Wirtschafts- u.
Sozialwissenschaftlichen Fakultät
Sr. Spektabilität
Herrn Prof. Dr. H. Sanmann

Ew. Spektabilität!

Die Studentenvertretung hat es immer für notwendig erachtet, daß die universitäre Öffentlichkeit über die sie betreffenden Vorgänge innerhalb der Universität informiert wird. Deshalb begrüße ich es, daß Sie für Ihre Antwort auf meinen Offenen Brief vom 2. 4. 1968 ebenfalls die Form eines Offenen Briefes gewählt haben.

Die Argumente der Studentenvertretung, die Vertraulichkeit all Gremien aufzuheben, haben durch Ihr Verhalten am Samstag auf dem Journalistengespräch erneute Unterstützung erfahren: denn die Zusammenarbeit der Interessenvertreter verschiedener Grupp kann nur dann sinnvoll erfolgen, wenn Argumente und Entscheidu öffentlich und rational diskutiert werden und damit einer demo kratischen Kontrolle unterliegen. Die Studentenvertretung hoff deshalb, daß Sie sich zusammen mit ihr für die Öffentlichkeit aller die Universitätsangehörigen betreffenden Beratungen und Entscheidungen einsetzen. Ein erster Schritt auf diesem Wege wäre, wenn Sie am Mittwoch, dem 17.4. 1968 um 12.3o Uhr währen der geplanten Vollversammlung an der Diskussion teilnehmen wür

Diskutiert werden soll die Frage

- der Öffentlichkeit universitärer Gremien, speziell auch die Berufungskommissionen

- welche Kriterien bei Berufung von Lehrstuhlinhabern maßgebli sein sollten, insbesondere auch die in diesem Zusammenhang erh benen Vorwürfe gegenüber dem Studentenvertreter in der Berufun kommission "Operation Research".

Diese Diskussion wird die von Ihnen auch nicht näher begründet Abqualifizierung der Kritischen Universität aufgreifen und dam zu einer Kritik des durch die Ordinarien beherrschten Wissensc betriebes kommen müssen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Hans-Utz Foederreuther
-1. Sprecher -

08.04.1968:
Auf dem heute in Frankfurt beginnenden Soziologentag der DSG, der bis zum 11.4.1968 dauert, legen die Fachschaften Soziologie der FU und TU Berlin ein Papier zur Reform der DSG vor.
Q: FU - FS Soz, TU - FS Soz: Mit großer Freude…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Soziologentag Frankfurt 8-11.4.68

Mit großer Freude entnehmen wir den Worten des Vorsitzenden der DSG, Professor Dahrendorf, einem der bedeutendsten Vertreter der 'sociologie engagée', daß die Erkenntnis, der Soziologentag und die DSG bedürften dringend einer Reform, bis in den Vorstand gedrungen ist.

Noch hüllt sich der Vorstand über die Inhalte dieser Reform in Schweigen. Wir meinen, daß diese Reform öffentlich, - wie es unserer Konzeption von Soziologie entspricht, diskutiert werden soll. Aus diesem Grunde führen wir hier einige Punkte auf, die wir in einer Reform unbedingt berücksichtigt wissen wollen.

Diese Reform muß ihre Kriterien gewinnen aus der Reflektion über die Funktion der Soziologie in der Gesellschaft. Nach unserer Meinung ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines Engagements für die Demokratisierung der Gesellschaft, der Universität und auch der DSG.

1. Wir fordern, daß die DSG ihre ständische Struktur aufgibt; d.h. auch Studenten und Assistenten können Mitglied der DSG werden.

2. Alle Sitzungen der DSG sind öffentlich.

3. In Kommitee für die Vorbereitung der Soziologentage sind Professoren, Assistenten und Studenten vertreten.

4. Das Kommitee stellt das Problem, das auf dem Soziologentag diskutiert werden soll. Einzelne Themen werden öffentlich ausgeschrieben. Aus den eingesandten Beiträgen wählt das Kommitee die relevantesten aus. Alle anderen werden ebenfalls veröffentlicht, damit die Arbeit des Kommitees kontrolliert werden kann.

5. Wir fordern, daß die Ordinarien an ihren Arbeitsplätzen die konsequente und umfassende Demokratisierung der Universität und damit den konsequenten und umfassenden Abbau ihrer Herrschaftspositionen vorantreiben.

6. Wir fordern Öffentlichkeit der Forschung, auch der Forschungen, die im Auftrag von privaten Unternehmen, Staat und Interessengruppen gemacht werden, um sie der Kontrolle des kritischen Publikums zu unterwerfen.

7. Die kritische Öffentlichkeit, die der Soziologentag emphatisch fordert, muß erst noch geschaffen werden. Es ist darum nicht einzusehen, warum die versammelten Soziologen nicht auch Stellung zu Pressekonzentration, Notstandsgesetze, Vietnam, Hochschulreform etc. nehmen sollten.

8. Wir fordern, daß die nächste Mitgliederversammlung sich im Sinne dieser Punkte mit der Reform der DSG befaßt.

Im Namen der Fachschaft Soziologie der Technischen und der Freien Universität Berlin.

08.04.1968:
Der LSD Tübingen gibt vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Schlaf, Bürger, schlaf, der Notstand ist die Straf'…" heraus zu den Notstandsgesetzen (NSG) bzw. dem Streik dagegen an der Universität Tübingen am 10.4.1968.
Q: LSD: Schlaf, Bürger, schlaf, der Notstand ist die Straf'…, O. O. (Tübingen) O. J. (1968)

SCHLAF, BÜRGER, SCHLAF, DER NOTSTAND IST DIE STRAF'..

Nach dem Hochschulgesetz ist den Herrschenden schon wieder ein Meisterstück gelungen : Der Rechtsausschuß (RA) des Bundestages hat am 4.April einen neuen Entwurf für eine verfassungsände de Notstandsgesetzgebung vorgelegt. Die Meisterschaft zeigt sich nicht nur im Inhalt, sondern auch im Verfahren. Nicht nur die Öffentlichkeit, sondern diesmal sogar die Öffentlichkeit der parlamentarischen Instanzen war ausgeschaltet. Es ist lediglich zu konstatieren: d a s P a r l a m e n t i s t f u n k t i o n u n f ä h i g , die Herrschenden sind ohne Kontrolle, die Große Koalition spielt Katz und Maus mit der Demokratie.

So ist die Vorlage zustandegekommen: Die Spitzenleute der Koalition berieten im geheimen, einigten sich schnell auf einen Kompromiß, die Opposition war ausgeschaltet. Das ausgehandelte Geheimpapier lag schon vor dem Nürnberger Parteitag der SPD vor. Es wurde dort nicht diskutiert. Der Koalitionskompromiß wurde dann am 13. und 21. März 1968 dem RA über das Bundesinnenministerium auf dem Wege sog. "Formulierungshilfe" zugeleitet. Der RA hat ihn in keiner wichtigen Frage verändert, Die Koalition ist gerettet.

Dieses Verfahren ist umso ungeheuerlicher, als die Öffentlichkeit ausgeschaltet wurde, obwohl sie die Geheimverfahren in dieser Fra das Gemauschel der Parteispitzen hinter verschlossenen Türen, meh fach heftig kritisiert hat.

Die große Koalition schloß jede Kontrolle durch Opposition und Öffentlichkeit aus, der Große Senat will uns mit seiner Weigerung während der 2. Lesung am Mittwoch die Lehrveranstaltungen ausfallen zu lassen, auch noch diese Informationsmöglichkeit nehmen.

D e s h a l b a m M i t t w o c h :

STREIK

I. Gibt es Verbesserungen gegenüber dem Regierungsentwurf vom 10. März 1967 ?

1. Der Gemeinsame Ausschuß (GA) soll gemäß der Fraktionsstärke der Parteien im Bundestag zusammengesetzt, nicht mehr mit 2/3 Mehrheit gewählt werden. Die Möglichkeit, die Opposition innerhalb des Parlaments von vornherein auszuschalten, ist entfallen.
2. Auf den GA sollen keine Gesetzgebungsbefugnisse der ordentlichen parlamentarischen Gremien schon zu Friedenszeiten übertragen werden dürfen.
3. Daraus folgt u.a., daß die Regierung über Planungen für Notstandszeiten nicht allein den GA, sondern auch die Instanzen des Parlaments informieren muß.

Drei Verbesserungen gibt es also tatsächlich.

II. Was aber wiegen diese gegenüber all den miserablen Regelungen gegen die sich seit Jahren unser Protest richtet?

1. Wiederum sieht der Entwurf keine Garantien des politischen Streikrechts vor.
2. Wiederum beschränkt sich der Entwurf nicht auf den Verteidigungsfall. Die angedrohten Regelungen treten schon in einem nebulosem "Spannungsfall" in Kraft.
3. Wiederum ist ein innerer Notstand vorgesehen.
4. Besonders hinzuweisen ist auf Art. 87 a Abs. IV: "Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung die Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei beim Schutze von zivilen Objekten und zur Bekämpfung von Gruppen militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen." Das kann die Bundesregierung. Und dieselbe kann natürlich auch durch geeignete Organe bei jeder Demonstration das Gerücht verbreiten lassen, da sei jemand militärisch bewaffnet. Ähnliche Falschmeldungen wurden bereits bei den Osterprotesten verbreitet.
5. Der GA ist weiterhin undemokratisch organisiert. Seine Sitzungen sind nicht öffentlich, ja nicht einmal anwesende Abgeordnete des Bundestages können an seinen Sitzungen teilnehmen.

In wichtigen Fragen stellt der neue Entwurf also keine Verbesserung dar.

U n d d e s h a l b s t r e i k e n w i r
a m M i t t w o c h !

Polizei in einem Land und die Polizeikräfte anderer Länder dann ihren Weisungen unterstellen kann, wenn das Land, "in dem (eine) Gefahr droht, nicht selbst zur Bekämpfung der Gefahr bereit oder in der Lage (ist)". Nach dem vorliegenden Entwurf des RA vom 4. 4 kann die Bundesregierung auch dann so verfahren, wenn "sich die Ge fahr auf das Gebiet mehr als eines Landes(erstreckt)". Sie kann dann außerdem - und auch das ist bisher nicht vorgesehen - "Einhei ten des Bundesgrenzschutzes einsetzen." - Es ist anzumerken, daß bei allen hier avisierten Gefahren eine Ausdehnung auf mehr als ein Land jederzeit herstellbar oder zu behaupten ist.
Die - hier in Auszügen vorgetragene - Analyse auch dieses letzten Entwurfes des RA zeigt, daß den rechtsstaatlichen Bedenken der Op position inner- und außerhalb des Parlaments nicht Rechnung getra worden ist. Die Manipulateure der Großen Koalition haben sich übe alle Bedenken zynisch hinweggesetzt. Dieses Verfahren ist nicht z fällig, sondern entspricht der Intention dieses Gesetzgebungsvor habens.
Weiterhin füllt die Notstandsgesetzgebung nicht eine Lücke des GG sondern verändert unsere Verfassung in der Substanz. Wer die Inte tion unseres GG bejaht, wird sich weiterhin - und zwar entschiede gegen die Notstandsgesetze wenden müssen. Wieder einmal soll Ord nung vor Freiheit gehen, lähmt Sicherheitsdenken die politische Phantasie, wird eine Bevölkerung umfassend verplant und in den Griff genommen, reglementiert und kontrolliert, in die Illusion gehüllt, daß im Kriegsfall hinreichender Schutz doch möglich sei.

Unser Protest entspringt der Einsicht in die Qualität des gelten den Grundgesetzes. Noch hat dieses, noch hat unsere Demokratie, noch haben wir eine kleine Chance. Wie lange noch?

Deshalb bevor es zu spät ist.

Streik !

Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD)

08.04.1968:
Auf dem heutigen Schweigemarsch der Berliner Jugendorganisationen für Dr. Martin Luther King hält auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, eine Rede.
Q: Landespressedienst Nr. 71 Dokument Berlin gedachte Dr. Martin Luther Kings, Berlin 8.4.1968, S. 1f

Landespressedienst | BERLIN

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78013309

INSTITUT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT
E0702

8. April 1968
Nr. 71

BERLIN GEDACHTE DR. MARTIN LUTHER KINGS

Anläßlich des Schweigemarsches, der von den Berliner Jugendorganisationen zu Ehren des Ermordeten Dr. Martin Luther Kings am Sonnabend, dem 6. April, durchgeführt wurde, hielt der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz vor dem Rathaus auf dem John-F.-Kennedy-Pla eine Ansprache, in der er unter anderem ausführte:

"Die Stadt gedenkt Martin Luther Kings. Ein Mensch, der im eigentlichen Sinn zu uns gehörte. Sein Tod betrifft uns alle. Im September 1964 hat er uns in der Waldbühne zugerufen: 'Ihr hier in Berlin prüft die Möglichkeit der Koexistenz zweier Ideologien. Wir in Amerika müssen beweisen, daß wir Prüfstelle für das Zusammenleben der Rassen sind'. - Diese Worte klingen uns im Ohr. Sie haben durch den Tod von Memphis eine neue, doppelte Bedeutung gewonn

Der Mann, der sie sprach, wußte um die Lage dieser Stadt. Er kannt die große Aufgabe, die sein Volk lösen muß. Noch vor wenigen Tagen hat er in seiner letzten Rede die Vision eines in sich geeinten und versöhnten Amerikas entworfen.

Wer diese seine letzte große Rede liest, spürt die Ahnung, die ihn umfangen hielt. Sein Tod hat die amerikanische Nation aufgerüttelt

Er hat alle Menschen, die den Frieden lieben, tief erschüttert. Ei Mann der Gewaltlosigkeit ist ein Opfer der Gewalt, des Fanatismus geworden.

Wir sind nicht berufen, anderen Ratschläge zu erteilen. Wir dürfen auch unsere Sorge nicht unausgesprochen lassen. Der Tod von Memphi hat wieder einmal eine Wunde bloßgelegt, die behandelt und geheilt werden muß. Rassenfanatismus ist weder eine amerikanische Erfindun noch beschränkt er sich auf die Vereinigten Staaten. Wir erleben i auch in anderen Teilen der Welt. Er ist nicht nur Streitpunkt zwischen Schwarz und Weiß. Wir erleben ihn überall, wo Mehrheiten sic selbst zum Maß aller Dinge erklären. Dieser Fanatismus spricht gegen die Menschheit. Er ist Symbol ihres Versagens. Die Menschheit scheitert immer wieder an dem Auftrag, den Völkern und Rassen ein friedliches Miteinander zu gewährleisten.

Dr. Martin Luther King, dessen Tod wir beklagen, hat überall auf der Welt seine Stimme für den Frieden zwischen den Menschen erhobe Er war nicht nur seinen farbigen Landsleuten, die er das Gewissen der amerikanischen Nation genannt hat, Vorbild und Führer.

-2-

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Elimar Arendt

Um ihn haben sich alle geschart, die es ernst meinen mit dem Frieden und der Menschlichkeit. Jetzt müssen wir noch enger zuammenrücken und mithelfen, daß sein Vermächtnis erfüllt wird.

Dazu, das sage ich gerade auf diesem John-F.-Kennedy-Platz, braucht das amerikanische Volk auch unsere Hilfe. Unsere Freunde sollen wissen: In diesen schweren Stunden stehen wir zusammen.

Wir hoffen alle, daß der Präsident der Vereinigten Staaten denen, d um ihre Rechte ringen, neue Kraft geben wird. Damit die Vision vom in sich geeinten Amerika, die uns Dr. Martin Luther King hinterlassen hat, Wirklichkeit werden kann. Damit wir alle eine Zukunft des Friedens haben. 'We shall overcome' hat dieser Mann seinen Landsleuten zugerufen. Es bleibt unser aller Auftrag. Wir wollen in einer stillen Gedenkminute dieses Mannes gedenken."

- - - - - - - - - - -

08.04.1968:
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, beantwortet eine Kleine Anfrage von Wolfgang Werth (CDU) vom 18.3.1968 zur finanziellen Förderung des SDS, die seit 1962 eingestellt sei. Ein Verfahren zur Prüfung eines möglichen Widerrufs der Zulassung des SDS als Hochschulgruppe an der FU laufe. An der TU sei der SDS nicht registriert.
Q: Landespressedienst Nr. 71, Berlin 8.4.1968, S. 2

E0702

In einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Wolfgang Werth (CDU) vom 18. März wird der Senat gefragt:

"Welche Förderung finanzieller oder sachlicher Art hat der SDS Berlin 1967 aus Mitteln der öffentlichen Hand erhalten?"

Die Antwort des Senats vom 4. April - unterzeichnet vom Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz und vom Senator für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. Werner Stein - lautet:

"Finanziell ist der SDS in Berlin seit 1962 aus Mitteln der öffentlichen Hand nicht mehr gefördert worden.

Als zugelassene studentische Vereinigung an der FU hat der SDS - Gruppe an der FU - nach § 26 der Universitätsordnung Anspruch darauf„

a) in das Vorlesungsverzeichnis aufgenommen zu werden,

b) in den Fakultätsgebäuden eigene Anschlagtafeln anbringen zu können,

c) für eigene Veranstaltungen Räume der FU unentgeltlich benutzen zu können, soweit dies der Unterrichtsbetrieb zuläßt.

Eine finanzielle Förderung erhält der SDS an der FU nicht.

Der Akademische Senat der FU hat ein Verfahren eingeleitet, in dem geprüft wird, ob die Zulassung des SDS - Gruppe an der FU - zu widerrufen ist oder nicht.

An der Technischen Universität ist der SDS als studentische Gemeinschaft nicht registriert."

*

Der Abgeordnete Wolfgang Werth (CDU) hat am 21. März folgende Kleine Anfrage an den Senat gerichtet:

"1. Hat für den Senat in der Vergangenheit bei der Festlegung von Vorschlägen für die Besetzung von Präsidentenstellen oberer Landesgerichte die Frage der Zugehörigkeit zur ehemaligen NSDAP eine ausschlaggebende negative Rolle gespielt?

2. Wenn ja, wird das auch in Zukunft der Fall sein?"

Der Senat hat am 4. April folgende vom Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz und vom Senator für Justiz, Hans-Günter Hoppe, unterzeichnete Antwort erteilt:

"1. Der Senat hat dem Abgeordnetenhaus für die Wahl zu Präsidenten oberer Landesgerichte nur Kandidaten vorgeschlagen, die nach ihrer fachlichen und persönlichen Eignung besonders befähigt erschienen dabei hat das Verhalten des Vorgeschlagenen in der Zeit von 1933 bis 1945 immer eine entscheidende Rolle gespielt.

2. Der Senat wird auch künftig so verfahren."

- - -

08.04.1968:
In Bochum erscheint vermutlich in dieser Woche eine Ausgabe März/April der illegalen Betriebszeitung der KPD-Betriebsgruppe Krupp-Bochumer Verein (BV), 'Die Glocke' (vgl. Dez. 1967) mit zwei Seiten DIN A 4 als Spiritcarbonabzug. Auf der gezeichneten Glocke wird Frieden und Abrüstung gefordert.

Im Text heißt es:"
WAS GIBT ES NEUES BEI KRUPP!
GLEICHE ARBEIT, GLEICHER LOHN, GLEICHE SICHERHEIT!

Was sagen die Betriebsräte, Gewerkschaften und etablierten Parteien dazu? Auf dem BOCHUMER VEREIN werden zur Zeit wieder, wie es fast allen Betriebsangehörigen bekannt ist, über 300 Leiharbeiter von den Firmen Honsel, Kuhmich und uns unbekannten Firmen beschäftigt.

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Diese Firmen lassen sich durch das Arbeitsamt nur solche Arbeiter zuweisen, die schon alle in der Hütten- und Stahlbranche gearbeitet haben. Diese Arbeiter werden bei den genannten Firmen als Bauhilfsarbeiter (BSE-Bereich, d.Vf.) eingestellt und an den BOCHUMER VEREIN verliehen.

Im Werk werden diese Leiharbeiter in den gesamten Arbeitsprozeß eingegliedert, das heißt, diese Leiharbeiter müssen wie wir B.V.-Arbeiter alle von der Werksleitung angeordneten Arbeiten ausführen, werden aber nur als Bauhilfsarbeiter bezahlt. Lohndifferenzen zwischen Leiharbeiter und B.V.-Arbeiter bis 1, 50 DM je Stunde sind keine Seltenheit, außerdem kann die Werksleitung sich zu jeder Zeit von den Leiharbeitern trennen, ohne eine Kündigung aussprechen zu müsen.

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Diese Art Arbeitskraft auszubeuten, ist nach unserer Meinung moderner Sklavenhandel und im Sinne des Grundgesetzes nicht erlaubt.

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Im Werk größte Ausbeutung der Arbeitskraft, vor dem Werk Gestapomethoden!"

Berichtet wird von der eigenen und der bundesweiten Verteilung des KPD-Programmentwurfs (vgl. 2.4.1968).

Aufgerufen wird:"
Hört den deutschen Freiheitssender (904)
904 sendet täglich um 4 Uhr 30, 5 Uhr, 5 Uhr 30, 19 Uhr, 21 Uhr und 22 Uhr 30 auf der Mittelwelle 904 KHz gleich 331, 9 m."

An anderer Stelle heißt es:"
Hört den Freiheitssender 904. Den Sender der verbotenen KOMMUNISTISCHEN PARTEI, die um ihre Zulassung kämpft."

Angekündigt wird:"
Liebe Kolleginnen und Kollegen, demnächst erhaltet ihr das Parteiprogramm der K.P.D. zugesendet."

Enthalten ist auch noch eine:"
BUCHBESPRECHUNG:

Nachdem wir in der Dezemberausgabe, zum ersten Mal in unserer Zeitung, eine Buchbesprechung vorgenommen hatten und diese bei allen Kolleginnen und Kollegen einen großen Anklang gefunden hatte (A.R. u. Ch.), stellen wir heute das einbändige Werk 'Imperialismus heute' vor. Dieses Werk ist von einem Autorenkollektiv herausgegeben (Horst Hemberger, Lutz Maier, Heinz Petrak, Otto Reinhold und Karl-Heinz Schwunk) und in der DDR, im Dietz-Verlag-Berlin erschienen, in der Bundesrepublik in allen führenden Buchhandlungen und im Brückenverlag, Düsseldorf, zum Preis von 10, 80 DM, 823 Seiten, zu erhalten.

Mit dem vorliegenden Werk ist den Verfassern eine erste, umfassende Darstellung und politökonomische Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus, dargestellt am Beispiel Westdeutschlands, zu verdanken. Der staatsmonopolistische Kapitalismus erfaßt heute alle Seiten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Der vollständige Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus ist dadurch gekennzeichnet, daß sich die Verflechtung von Monopolen und Staat nicht mehr nur auf bestimmte Teilbereiche beschränkt, sondern alle Bereiche und ökonomischen Prozesse erfaßt hat. Es hat sich eine Kombination von nationalen und internationalen Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus herausgebildet. Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat sich zu einem umfassenden Gesamtsystem mit einem straff organisierten Mechanismus entwickelt, der einerseits Resultat der gesamten historischen Entwicklung des deutschen Imperialismus, andererseits Produkt des ökonomischen und politischen Widerspruchs, seiner Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg ist.

Durch die Verschmelzung von Monopolen und Staat ergibt sich eine engere, neuartige Wechselbeziehung von Ökonomie und Politik.

Der vom Monopol gesetzmäßig ausgehende Drang zur politischen Reaktion, zur Expansion und Machterweiterung, insbesondere zur Aggressivität, überträgt sich noch unmittelbarer auf den Staat und seine Politik.

Untrennbar verbunden mit der Entwicklung und dem Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus sind die neuen Probleme der Strategie und Taktik des Klassenkampfes. Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen müssen es verstehen, für alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens eine demokratische Alternative zu entwickeln. Heute ist es möglich, der durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus konzentrierten Macht der Monopole die organisierte Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten entgegenzusetzen.

In der Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus macht der Sozialismus auch um Westdeutschland keinen Bogen."
Q: Die Glocke, Bochum März/Apr. 1968

10.04.1968:
In München findet, laut 'Bochumer Studenten Zeitung', eine spontane Demonstration gegen den Mordanschlag auf Rudi Dutschke statt. In der Nacht wird, laut MSB Spartakus der DKP, versucht die Auslieferung der 'BILD-Zeitung' zu verhindern.
Q: Bochumer Studenten Zeitung Extra, Bochum 13.4.1968; MSB Spartakus: 500 Jahre Klassenuniversität München - 500 Jahre Kampf gegen die Reaktion, München O. J., S. 78

10.04.1968:
Heute wird Rudi Dutschke beim Verlassen des SDS-Zentrums auf dem Ku-Damm in Berlin durch drei Pistolenschüsse lebensgefährlich verletzt. In Berlin findet sofort nach Bekanntwerden des Attentates, wie in anderen Städten auch, eine spontane Demonstration gegen den Mordanschlag statt.

Wolfgang Biermann verfasst dazu das Lied "Drei Kugeln auf Rudi Dutschke".
Q: Bochumer Studenten Zeitung Extra, Bochum 13.4.1968; N.N.: Drei Kugeln auf Rudi Dutschke, O. O. (Berlin) O. J. 1968

Drei Kugeln auf Rudi Dutschke

Drei Kugeln auf Rudi Dutschke
Ein blutiges Attentat
Wir haben genau gesehen
Wer da geschossen hat

Ach Deutschland, Deine Mörder!
Es ist das alte Lied
Schon wieder Blut und Tränen
Was gehst Du denn mit denen
Du weißt doch was Dir blüht

Die Kugel Nummer Eins kam
Aus Springers Zeitungswald
Ihr habt dem Mann die Groschen
Auch noch dafür bezahlt

Ach Deutschland, Deine Mörder!

Der Edel-Nazi-Kanzler
Schoß Kugel Nummer Zwei
Er legte gleich der Witwe
Den Beileidsbrief mit bei

Ach Deutschland, Deine Mörder!

Des dritten Schusses Schütze
Im Schöneberger Haus
Sein Mund war ja die Mündung
Da kam die Kugel raus

Ach Deutschland, Deine Mörder!

Drei Kugeln auf Rudi Dutschke
Ihm galten sie nicht allein
Wenn wir uns jetzt nicht wehren
Wirst Du der nächste sein

Ach Deutschland, Deine Mörder!

Es haben die paar Herren
So viel schon umgebracht
Statt daß sie Euch zerbrechen
Zerbrecht jetzt ihre Macht!

Ach Deutschland, Deine Mörder!
Es ist das alte Lied
Schon wieder Blut und Tränen
Was gehst Du denn mit denen
Du weißt doch was Dir blüht

Biermann 4/68

10.04.1968:
In Frankfurt findet, laut 'Bochumer Studenten Zeitung', eine spontane Demonstration gegen den Mordanschlag auf Rudi Dutschke statt.
Q: Bochumer Studenten Zeitung Extra, Bochum 13.4.1968

10.04.1968:
In Bochum findet, laut 'Bochumer Studenten Zeitung', eine spontane Demonstration gegen den Mordanschlag auf Rudi Dutschke statt, bei der sich rund 200 Demonstranten vor dem Bahnhofsgebäude versammeln.
Q: Bochumer Studenten Zeitung Extra, Bochum 13.4.1968

10.04.1968:
In Essen findet, laut 'Bochumer Studenten Zeitung', eine spontane Demonstration gegen den Mordanschlag auf Rudi Dutschke statt.
Q: Bochumer Studenten Zeitung Extra, Bochum 13.4.1968

11.04.1968:
Die KPD/ML-ZK berichtet von der UJC/ML Frankreich (vgl. 31.12.1967, Mai 1968):"
Am Tage nach dem Dutschke-Attentat trafen sich in einer Pariser Wohnung … zum erstenmal Vertreter aller revolutionären Studentenorganisationen, um eine erste große gemeinsame Demonstration (vor der deutschen Botschaft) zu organisieren. Wortführer waren hauptsächlich Daniel Cohn-Bendit und Alain Krivine von der trotzkistisch unterwanderten JCR (Revolutionäre kommunistische Jugend). … Die Vertreter der UJC/ML kritisierten zu Recht den Begriff antiautoritär, den Cohn-Bendit benutzte, als unmarxistisch. Sie konnten aber im übrigen keinerlei Alternative anbieten. Abstrakt betonten sie nur immer wieder, daß die Demonstration äußerst diszipliniert verlaufen müsse. Nur unter größten Mühen war sie überhaupt zur Teilnahme zu bewegen."
Q: Roter Morgen Nr. 7, Hamburg Aug. 1970

11.04.1968:
Die Rote Druckerei-Arbeitergruppe München der KPD/ML-ZK (DruPa-Bereich - vgl. Juni 1971) berichtet zur Mitbestimmung über den heutigen 'Volkswirt' (vgl. **.*.1968, **.*.1968), in dem sich Franz Josef Strauß (FJS - CSU) so geäußert habe:"
Tieferer Einblick in die wirtschaftlichen Gegebenheiten kann durchaus in wohltuendem Sinne mäßigend auf die gewerkschaftlichen Forderungen wirken."
Q: Der Druckerei Arbeiter Nr. 2/3, München Juni 1971, S. 13

11.04.1968:
Vermutlich heute erscheint von den Landesverbänden Baden-Württemberg der HSU und des SDS sowie den ASten der Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen das Flugblatt "Dutschke niedergeschossen!".
Q: HSU, SDS, ASten Freiburg, Heidelberg, Tübingen: Dutschke niedergeschossen!, O. O. O. J. (1968)

DUTSCHKE

niedergeschossen!

HEUTE NACHMITTAG WURDE AUF RUDI DUTSCHKE EIN ATTENTAT VERÜBT.
Zur Zeit liegt er schwerverletzt im Krankenhaus.

Am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg.
Am 12. April 1968 Rudi Dutschke.
WANN DER NÄCHSTE?

Benno Ohnesorg wurde von der Pistole eines Berliner Polizisten getroffen. Rudi Dutschke wurde von der Pistole eines jungen Mannes getroffen, ebenfalls in Berlin. Sein Name ist unbekannt. Aber es geschah in Berlin, in der Stadt, wo die Bevölkerung systematisch gegen Menschen aufgehetzt wird, die um die Demokratie besorgt sind. In Berlin herrscht Springers Presse. Und Springers Presse hat in langanhaltenden Hetzkampagnen die Atmosphäre in Berlin und in der Bundesrepublik vergiftet. Sie schrieb damals:

"Wer es wohl meint mit Berlin, wer Berlin wirklich zu einer Brücke zwischen den Völkern in West und Ost machen will, der jage endlich die Krawall-Radikalen zum Tempel hinaus."

Wieder wurde einer hinausgejagt. Mit zwei Kugeln im Kopf und einer im Leib.

Die scheinheilige Trauer der Kiesinger, Schütz, Neubauer usw. kann nicht darüber hinwegtäuschen: Sie sind mitschuldig. Sie haben am 18. Februar eine Knüppelschlacht gegen die oppositionellen Studenten vorbereitet, die nur durch einen Gerichtsbeschluss verhindert wurde. Sie haben die Bevölkerung Berlins zu einer "Gegendemonstration" zusammengetrieben und planmässig aufgeputscht.
Sie haben Erfolg gehabt: RUDI DUTSCHKE LIEGT MIT ZWEI GEHIRNSCHÜSSEN IM KRANKENHAUS.

AStA (Allgemäiner Studentenausschuss) Freiburg
SDS Landesverband Baden-Württemberg
AStA Heidelberg, AStA Tübingen
HSU Landesverband Baden-Württemberg

11.04.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute Abend das Flugblatt "SDS zum Attentat an Rudi Dutschke" mit dem Aufruf zur Demonstration am 12.4.1968 um 15 Uhr auf dem Universitätsplatz.
Q: SDS: SDS zum Attentat an Rudi Dutschke, Heidelberg O. J. (1968)

SDS ZUM ATTENTAT AN RUDI DUTSCHKE

Am 11. 4. 1968 wurde Rudi Dutschke, Mitglied des SDS (Sozialistischen Deutschen Studentenbundes), um 16. 30 auf offener Straße niedergeschossen.

Von Kiesinger (CDU) bis zur NPD distanzierten sich offizielle Politiker der Bundesrepublik von dem Mordanschlag. Sie versäumten nicht, darauf hinzuweisen, daß Gewalt allgemein kein Mittel der Politik sein könne. Die offiziellen Politiker tun also so, als sei Dutschke einer von ihm und der studentischen Opposition selbst in Gang gesetzten gewaltsamen Politik gewesen.

Wir möchten dagegen nur daran erinnern, daß Benno Ohnesorg infolge von Gewaltmassnahmen des Berliner Senats undinfolge der Minderheitenhetze der Springerpresse ermordet worden ist.

Wir erinnern daran, dass auf der Kundgebung des Berliner Senats am 21. Februar 68 nahezu unverhüllt zur Liquidierung der Opposition aufgerufen wurde. Schon damals wäre ein junger Angestellter, der Dutschke ähnlich sah, beinahe von Kundgebungsteilnehmern umgebracht worden.

Barzel (CDU) erklärte, man müsse die Linke"geistig hochprügeln".

Vor einigen Tagen wurde auf einer Wahlversammlung des Vertriebenenminister Hassels in Wiesloch über die Möglichkeit der Einrichtung eines Arbeitsdienstes für "Störenfriede" diskutiert. Usw.

Die Demonstrationen der Studenten und Rudi Dutschkes wollten stets diese herrschande Gewalt aufzeigen und dazu auffordern, nach ihren gesellschaftlichen Ursachen zu fragen.

Unsere Kritik ist radikale Kritik an einer gewalttätigen Gesellschaft. Notstandsgesetze sind Gewalt, die möglicherweise der arbeitenden Bevölkerung angetan wird. Diejenigen die im Dritten Reich mitwirkten, dass die Ermordung Unzähliger betrieb, billigen heute den mörderischen Krieg der USA in Vietnam.

Diejenigen, die gegen dies gewalttätige System radikal opponieren, werden nun selbst als gewalttätig durch Presse und Massenmedien diffamiert. Die manipulierte Bevölkerung wendet ihre Aggressionen nicht gegen die Herrschenden, sondern gegen die, welche gegen Herrschaft und Gewalt demonstrieren. In dieser Progromstimmung kann es die Staatsgewalt nicht verhindern, dass einzelne aufgehetzte das vollziehen, was in den Reden der Herrschenden nicht offen ausgesprochen wird. Insofern ist die Tat eines einzelnen faschisierten Individuums nicht nur seine eigene, sondern Ausdruck der Gesellschaf

Wenn die Opposition einer bisher schwache Gruppe, der Studenten und der außerparlamentarischen Opposition schon mit derart gewalttätigen Mitteln, zu denen vor allem die systematische Manipulation und Aufhetzung der Bevölkerung gehören, unterdrückt wird, dann müssen sich die Demokraten in der BRD theoretisch und praktisch vorbereiten auf die Gewalt, die in Notstandsgesetzen vorbereitet wird, um jegliche Opposition zu liquidieren.

Demonstrieren Sie am Karfreitag 15 Uhr auf dem Universitätsplatz

SDS - Heidelberg

11.04.1968:
In Berlin gibt der SDS ein Flugblatt heraus, das über den Anschlag auf Rudi Dutschke am Nachmittag informiert und die APO zur Demonstration am 12.4.1968 um 15 Uhr ab Lehniner Platz aufruft.
Q: SDS: Liebe Freunde und Genossen, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SD

Liebe Freunde und Genossen

Heute nachmittag wurde der Genosse Rudi Dutschke durch den Anschla
eines aufgehetzten Jugendlichen mit drei Pistolenschüssen lebens-
gefährlich verletzt. Die Schüsse trafen Gehirn, Brust und Hals.
Nach den letzten Informationen befindet sich Rudi Dutschke in
höchster Lebensgefahr. Ungeachtet der Frage, ob Rudi das Opfer ein
politischen Verschwörung wurde;
Man kann jetzt schon sagen, daß dieses Verbrechen nur die Konse-
quenz der systematischen Hetze ist, welche Springer-Konzern und
Senat in zunehmenden Maße gegen die demokratischen Kräfte dieser
Stadt betrieben haben. Wir rufen die Außerparlamentarische Oppo-
sition zur Demonstration

morgen, Karfreitag 15,oo Uhr vom Lehniner Platz
durch die Stadt auf.

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SD

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

11. APR. 1968

F R E U N D E und G E N O S S E N!

Heute nachmittag wurde der Genosse Rudi Dutschke durch den Anschlag eines aufgehtzten Jugendlichen mit drei Pistolenschuessen lebensgefaehrlich verletzt. Die Schuesse trafen Gehirn, Brust und Hals.

Ungeachtet der Frage, ob Rudi das Opfer einer politischen Verschwoerung wurde: Man kann jetzt schon sagen, dass dieses Verbrechen nur die Konsequenz der systematischen Hetze ist, welche Springerkonzern und Senat in zunehmendem Masse gegen die demokratischen Kraefte in dieser Stadt betrieben haben.

Wir rufen die ausserparlamentarische Opposition auf, heute abend um 20.00 Uhr in das Auditorium Maximum der Technischen Universitaet zu kommen.

Morgen um 15.00 Uhr Demonstration am Lehniner Platz!

H E U T E A B E N D 20.00 Uhr A U D I - M A X T.U.

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS S

11.04.1968:
An der FU Berlin verfasst der Dekan der Wiso Fak, Prof. Dr. H. Sanmann einen Offenen Brief als Antwort auf den Offenen Brief der Studentenvertretung der Wiso Fak vom 7.4.1968.
Q: FU - Wiso Dekan: Offener Brief, Berlin 11.4.1968

E0102

Freie Universität Berlin
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
- Der Dekan -

1 Berlin 33, d. 11. 4. 1968
Garystraße 21
Tel. 76 90 2272

Offener Brief

An den
Sprecher der Studentenvertretung
der Wirtschafts- und Sozial-
wissenschaftlichen Fakultät
Herrn stud.rer.pol. Hans-Utz Foerderreuther

Sehr geehrter Herr Foerderreuther!

Ihr Brief vom 7.4.1968 macht deutlich, daß zwischen Ihnen und mir in fast allen von Ihnen angesprochenen Punkten tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich will daher meine Position kurz umreißen.

1. Ich bin nicht der Meinung, daß mein Verhalten bei dem Journalisten-Gespräch die Argumente stützt, welche die Studentenvertretung für die Aufhebung der Vertraulichkeit aller Gremien der Universität vorbringt. Vielmehr meine ich, daß ein Verstoß gegen das Vertraulichkeitsgebot weitere derartige Verstöße so wenig rechtfertigt wie etwa ein durch das Individuum a begangener Diebstahl nun auch Diebstähle durch die Individuen b - n rechtfertigen könnte.

2. Ich bin nicht der Meinung, daß die Zusammenarbeit von Gruppenvertretern nur dann sinnvoll erfolgen kann, "wenn Argumente und Entscheidungen öffentlich und rational diskutiert werden und damit einer demokratischen Kontrolle unterliegen". Vielmehr meine ich, daß Öffentlichkeit und Rationalität einander weitgehend, wenn nicht völlig, ausschließen und daß die Gleichsetzung von Öffentlichkeit und demokratischer Kontrolle einem naiven Glauben an die Funktionsfähigkeit plebiszitärer Demokratie entspricht, der weder durch Erfahrung noch durch Überlegung legitimiert ist.

3. Ich bin nicht der Meinung, daß irgend etwas in meinem ganzen bisherigen Verhalten die Studentenvertretung zu der Hoffnung berechtigen könnte, ich würde mich "für die Öffentlichkeit aller die Universitätsangehörigen betreffenden Beratungen und Entscheidungen einsetzen". Vielmehr meine ich stets deutlich gemacht zu haben, daß ich die Wahrung der Vertraulichkeit, die ja, wie Sie wissen, keineswegs mit Geheimhaltung identisch ist - für eine absolute Notwendigkeit halte, dies vor allem, um die Mitglieder der Gremien vor den Einflüssen einer wie auch immer gearteten Lobby und vor dem Druck von in welcher Richtung auch immer aktiven Gruppen zu schützen.

4. Ich bin nicht der Meinung, daß eine studentische Vollversammlung die sachliche Kompetenz besitzt, über Kriterien bei Berufungen zu befinden. Vielmehr meine ich, daß Berufungsangelegenheiten zu jenen Materien gehören, die sich am meisten der Beurteilung durch studentische Gremien verschließen.

5. Ich bin nicht der Meinung, daß eine studentische Vollversammlung die rechtliche Kompetenz besitzt, um über den von mir erhobenen Vorwurf (nicht: Vorwürfe) gegenüber dem Studentenvertreter in der fraglichen Berufungskommission zu befinden. Vielmehr meine ich, daß das einzige rechtlich kompetente Gremium dafür die Fakultätsvertretung ist.

6. Ich bin infolgedessen nicht der Meinung, daß für mich irgendein Anlaß besteht, vor dem sachlich wie rechtlich inkompetenten Gremium der studentischen Vollversammlung mich in dieser Sache mit Ihnen auseinanderzusetzen. Vielmehr meine ich, daß dies vor der für den gleichen Tag einberufenen Fakultätsvertretung zu geschehen hat, der allein ich Rechenschaft schulde und der Sie als ihr Mitglied Ihre Argumente zu unterbreiten haben werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prof. Dr. Horst Sanmann

11.04.1968:
In Hannover wird in der Nacht von heute auf morgen die Auslieferung der Springer-Zeitungen verhindert.
Q: Göttinger Nachrichten Nr. 13, Göttingen 25.4.1968, S. 2

Unsere Meinung

Neue Aktionsform
Der AStA, wie er bisher war, muß sterben

Da hatte die Bildzeitung recht: das waren keine Ostern, „wie man sie sie kannte", und wer an dem heißen Wochenende nach dem Attentat auf Rudi Dutschke im Nikolausberger Weg 1 war, der erkannte den „AStA" nicht wieder; dem mußte zweierlei auffallen:

- einmal, daß der AStA weder vollzählig noch – nach traditioneller Vorstellung – aktionsfähig war.
- Zum zweiten, daß Studenten aus linken Hochschulgruppen und – ja sagen wir ruhig Normalstudenten – die Szene beherrschten.

Diese Studenten saßen an den Schreibtischen der Funktionäre, diese Studenten benutzten die Referenten-Telefone; sie konzipierten Flugblätter, bedienten die Abzugsapparate, arbeiteten den Verteilerschlüssel aus.

Ganz gleich, ob man diese Entfaltung studentischen Initialeians aus der Lücke herleitet, die der aktionsgeschwächte AStA ließ, oder aber aus der spezifischen Situation dieser Tage, so steht doch eines fest: die Studenten planten und organisierten am AStA vorbei.

Der übliche AStA-Betrieb, der übliche Büro-Betrieb war verdrängt worden durch frei sich organisierende Initiativgruppen (vergleichbar denen am „2. Juni"). Nicht öffentliche AStA-Sitzungen waren einfach unmöglich geworden, die Meinungsbildung vollzog sich, losgelöst von Vertretungsansprüchen, unter den Anwesenden.

Die Studenten müssen versuchen, an den Rechten, die sie sich nahmen und die ihnen in dieser Extremsituation einfach zugestanden werden mußten, festzuhalten. Sie müssen es z. B. ablehnen, weiterhin Flugblätter zu verteilen, an deren Konzipierung

Falsche Berichterstat

Was in Hannover wirklich geschah / Ein Augenzeu

Das zentrale Thema unserer Zeitungen war 1½ Wochen lang der Mordanschlag auf Dutschke und seine Folgen. Doch wie sah die Berichterstattung in der Regel aus? Notwendige Aufklärung wurde ersetzt durch Begriffe wie „Zusammenstoß, Terror, Schlägerei, Räumung" usw. Die Verdrängung der Ereignisse begann bereits mit der Berichterstattung. Pauschale Vokabeln ersetzten Inhalte.

In der Nacht von Karfreitag auf Samstag fand in Hannover eine Aktion gegen die Auslieferung der Bildzeitung statt. Der Vergleich zwischen Geschehen und Berichterstattung ist äußerst aufschlußreich .Bild am Sonntag vom 4. 4.: „2.50 Uhr: Keine Zeitung hat bis zu diesem Zeitpunkt das Druckhaus Hannover verlassen. Jetzt erst erscheint die Polizei. Vereinzelt entwickeln sich Schlägereien. 4.00: Uhr: Die Demonstration löst sich auf".

Was geschah zwischen 2.50 und 4.00 Uhr? Schlägereien und Auflösung der Demonstration gemäß Bild. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) (16. 4.) erwähnt noch, daß „die Masse der Demonstranten keinen Widerstand" leistete. Um zu rechtfertigen,

Hannoversche Polizisten in Aktion

daß es
es etwa
monstra
Polizist,
sagt sie
es alle
reien u
Polizeib
Liegend
Wie wa
Zur Übe
rückte u
Zuerst
noch Zu
pel ber
dreimal
zu räun
terhin
trat ei
Dieser
lizisten
stranten
Beine
wahllos
rück. D
der ein
Male, b
ten flüc
werfern
gang.
setzt) u
sem Ze
Szene a
lizei au
jedoch
Als da
abzuseh
Bürger,
stützen,
zisten
(sie erh
sie troc
ten und
Demons
den Pol
Ein An
sagte:
die ma

z. B. ablehnen, weiterhin Flugblätter zu verteilen, an deren Konzipierung sie nicht mitarbeiten konnten. Sie müssen es ablehnen, sich schlichtweg nur verwalten zu lassen und bei Demonstrationen brav mitzutun. Wenn das Solidarität hieße, sollten Sie sich nicht mehr solidarisieren (lassen). ek

Bundeskreuz für PG-Wurm

Vor nicht allzu langer Zeit feierte Göttingens Zeitungs-Wurm Geburtstag. Alle gratulierten, alle die heute Macht haben, allen voran Bürger Kiesinger. Weil sich der Wurm verdient gemacht hat um diesen Staat, verlieh man ihm das Bundesverdienstkreuz noch dazu.
Verdienste stellte man auch früher schon bei ihm fest; loyal erscheint er im Wind.
Als man ihm neunzehndreiunddreißig seine Abonnenten nahm und er sich beschwerte, erteilte ihm Herr Feder, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium diesen Dispens...
„Sehr geehrter Herr Wurm!
Ich hörte zu meinem großen Erstaunen, daß Ihnen von Parteistellen wegen Ihres „Göttinger Tageblattes" Schwierigkeiten gemacht werden. Ich kann nur mit Entschiedenheit betonen, daß gerade Ihr Blatt eines der ganz wenigen deutschen Blätter gewesen ist, das schon in den Jahren 1924 und 1925, also schon seit 10 Jahren, für den Nationalsozialismus eingetreten ist. Sie selbst, seit über 10 Jahren Parteigenosse, haben ja schon genügend Opfer bringen müssen, durch Zeitungsverbote und Prozesse, so daß ich es nur auf Unkenntnis dieser Tatsachen zurückführe, wenn man Ihnen von Seiten der Partei Schwierigkeiten macht.
Mit Hitler Gruß Ihr G. Feder."
(Brief vom 28. 07. 33)
Dafür das Bundesverdienstkreuz?
Schöner Bund – Schöne Verdienste!
GK

Gerichtliches Nachspiel?

Jugendverbände fordern Untersuchung

Eine öffentliche Untersuchung der Polizeiaktionen gegen Demonstranten fordern hannoversche Jugend- und Studentenverbände.

In einer Erklärung werfen die Verbände der Polizei vor, sie habe bei ihrem Vorgehen „rechtsstaatliche und insofern verfassungsmäßige Prinzipien der Angemessenheit verletzt". Weiter heißt es u. a.: „Sie (die Polizei) verwandte nicht das bewährte Mittel, sich passiv verhaltende Demonstranten fortzutragen. Stattdessen wandte sie folgende unangemessene Mittel an: auf Gesicht und Beine zielende Wasserwerfer, Knuppelschläge auf Köpfe, Arme, Genetalien."

Festgenommene (etwa 40) seien erst nach 10 Stunden über den Verhaftungsgrund – „Auflauf" – aufgeklärt worden. Dazu wird ausgeführt: „Dieser Verhaftungsgrund rechtfertigt nicht die Behandlungsmethoden: Länge der Haft, Unterbringung zu fünft oder sechst in unzureichend beheizte Einzelzellen ohne genügend Sitz- und Schlafplatz, Erkältungen infolge unzureichender Möglichkeiten, Kleider zu trocknen, Verweigerung von Hilfeleistung durch Ärzte und, in den ersten Stunden, Kontaktaufnahme mit dem Rechtsanwalt, Berücksichtigung der Kranken erst auf Intervention eines Anwalts, erkennungsdienstliche Behandlung (Fingerabdrücke, drei Fotos, Körpermaße), Vorlage von vorbereiteten Geständnissen u. a.

Unterzeichner der Erklärung sind die Gewerkschaftsjugend, SHB, HumanistischeUnion, Jungdemokraten, USSB, AKS, Studentenverband Sozialwissenschaften an der TUH, SDS.

Selbsthilfe

In Nr. 7 ihrer Ausgabe forderten die „gn" das Studentenwerk auf, die diskriminierenden Adreßkarten („Ausländer unerwünscht") auszusortieren und diese Adressen nicht mehr zu vermitteln.

Dies geschah denn auch. Allerdings tauchten vor einiger Zeit wieder die so wenig gastfreundlichen Karten auf. Die Studenten griffen daraufhin zur Selbsthilfe. Sie ließen, als Wohnungssuchende getarnt, die Karten in ihren Mappen verschwinden. ek

NÖTHEL AG
Göttingen
Marken-Koffer-schreibmaschinen
nie günstiger als jetzt!
.... schon ab DM 155,-
Alte und älteste Maschinen werden zu Höchstpreisen in Zahlung genommen.
Stets Gelegenheitskäufe auch in Addier- und Rechenmaschinen!
Telefon 57555
Markt 1

Gut – Preiswert – Gemütlich
Wenn Steaks oder Hamburger
Burgschänke
Burgstraße 20, gegenüber Aula

Tanzkurse für Studenten
Kurzlehrgänge in Beat und Modetänzen beginnen im Mai
Anmeldungen bis spätestens 10. Mai
Tanzschule Gerhard Krebs
34 Göttingen, Leipnizstraße 1, Ruf 55814

DEUERLICH sche BUCHHANDLUNG
für Universitätswissenschaften und schöne Literatur
GÖTTINGEN
WEENDER STRASSE 33
Ecke Prinzenstraße
Telefon 5 61 47 / 5 71 20
DEUERLICH

11.04.1968:
In Hamburg findet, laut Detlev Albers, in der Innenstadt eine erste spontane Demonstration gegen das Attentat auf Rudi Dutschke statt. Es rufen SDS, SHB und AStA zur Demonstration auf.

Laut AStA der Uni (vgl. 22.4.1968) fliegen am Gänsemarkt an der Hamburger Abendblatt-Filiale erste Steine. Dies seien die ersten Steinwürfe in Hamburg überhaupt.

Laut AStA der Uni (vgl. 25.4.1968) protestieren in der Hamburger Innenstadt 500 spontan gegen das Dutschkeattentat. Steinwürfe seien von einem 'Geheimpolizisten' bzw. von einem Polizisten in Zivil durchgeführt worden.
Q: Zur Sache, Hamburg 25.4.1968, S. 1; Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 51;AStA-Dokumente Nr. 1, Hamburg 22.4.1968

12.04.1968:
Vermutlich heute geben Kurt Wolff, Hockenheim, und Raul Ravensburger, Heidelberg das Flugblatt "Die Blutlinie" zum Attentat auf Rudi Dutschke heraus, das zur Teilnahme an den Demonstrationen in Heidelberg und Mannheim aufruft.
Q: Wolff / Ravensburger: Die Blutlinie, Hockenheim / Heidelberg O. J. (1968)

D I E B L U T L I N I E

R U D I D U T S C H K E : Er organisierte Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg und trat gegen das Herrschaftssystem auf, das Kriege hervorbringt und Arbeiter arbeitslos werden läßt.

AM W E I H N A C H T S F E S T schlug ihn ein Kriegskrüppel in der Kirche mit seiner Krücke auf den Schädel, weil er für FRIEDEN AUF ERDEN plädierte.

Rudi Dutschke, verteufelt von der NPD, gefürchtet von der Regierung der Großen Koalition, gehaßt von den Herrschenden, fand sich nicht damit ab, daß die UNTEREN von den OBEREN dazu gebracht werden, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln. Daß die UNTEREN - obwohl in der Mehrzahl - nicht ablassen zu glauben, gegen die OBEREN könne man nichts ausrichten, damit gab er sich nicht zufrieden. Auch damit nicht, daß die unterdrückten Neger die unterdrückten Vietnamesen töten, und daß sich unser arbeitendes Volk schicksalsergeben die Zwangsjacke der NOTSTANDSGESETZE überstreifen läßt, mit denen die Freiheit der OBEREN gesichert, die Abhängigkeit und Ausbeutung der UNTEREN vermehrt werden soll.

Er ging diesen Fragen nach und lernte durch Beobachten, durch Lesen der Klassiker und durch Nachdenken, w a r u m es so ist. Und er rief seine Mitstudenten auf, mit ihm zu lernen, wie sich der Mensch von überflüssiger und ungerechter Herrschaft freimachen, wie er ein wenig freier und glücklicher leben könne. Er wollte nicht einsehen, daß die Ausbildung an den Hochschulen sich weiter nach den Interessen der Herrschenden richten solle. Und er forderte seine Freunde auf, alle diese Probleme mit den Arbeitern zu diskutieren und auch von ihnen zu lernen. Demokratie, so meinte er, heißt nicht nur Meinungsfreiheit, sondern auch Freiheit, zu ändern, was nicht in Ordnung ist. Seine Genossen begriffen, was er meinte; sie s a g t e n nicht nur ihre M e i n u n g über den Vietnamkrieg, sondern begannen durch d i r e k t e A k t i o n e n zu seiner Beendigung beizutragen. So praktizierten sie DEMOKRATIE und lernten, indem sie handelten, handelten lernend.

Dadurch wurde Dutschke den OBEREN gefährlich, denn er verriet sie an die UNTEREN. Und so ließen sie ihn und seine Freunde durch die Zeitungen des S P R I N G E R - K O N Z E R N S bei jenen Leuten stinkend machen, die in Zeiten schwankender Herrschaft nie begreifen, woher ihnen wirklich Gefahr droht.

AUF O S T E R N kam ein stellungsloser Arbeiter nach Berlin, der am System der Herrschenden früh gescheitert und auf die Bahn des Verbrechens geraten war. Der schoß Rudi Dutschke nieder, weil er die Gesellschaftsordnung seiner OBEREN gefährdet und diese dadurch in Unruhe versetzt hatte. JOSEPH BACHMANN wollte Rudi Dutschke ermorden, weil man ihn gelehrt hatte, daß Kommunisten schlimmer seien als Verbrecher, und daß sie an der Mauer und allem Unglück schuldig seien. So lehrt es BILD, und es lehrt auch, daß alle, die gegen die Politik+) sind, als Kommunisten, folglich als Verbrecher behandelt werden müßten. - Daß z. B. Benno Ohnesorg gegen jenen Tyrannen und Massenmörder aus Persien, der ein Freund unserer Herrschenden ist, demonstrierte, wies ihn nach der BILD-Meinung als schädliches Ungeziefer aus. A. Caesar Springer und seine gelernten Faschisten hatten längst den Pistolenlauf auf ihn gerichtet, ehe der unglückselige Kurras abdrückte.

Auch Rudi Dutschke ist ein Opfer des Faschismus geworden. FASCHISMUS, das bedeutet: ein untragbar gewordenes Herrschaftssystem durch Verführung und durch Gewalt so stützen, daß sich der Zorn der verführten Unzufriedenen in Gewaltsamkeit gegen diejenigen entlädt, welche die URSACHEN der Unzufriedenheit erregenden Zustände aufzeigen oder sonstwie nicht in das 'Ordnungsbild' der Herrschenden passen. Man hetzt sie mit dem Schrei nach 'Ordnung' gegen Demokraten, Pazifisten, Sozialisten und Kommunisten. Auch die CDU ruft im Wahlkampf nach "ORDNUNG SICHERHEIT FORTSCHRITT". Gemeint sind ORDNUNG der Herrschenden, SICHERHEIT der Oberen und FORTSCHRITT der Ausbeutung.

+) der Regierung

Die BLUTLINIE des Faschismus ist lang. Sie führt von den Proskriptionslisten des Sulla im alten Rom über Jesus, Rosa Luxemburg, die europäischen Juden unter Hitler bis zu Martin Luther King, Benno Ohnesorg und Rudi Dutschke. Auch durch Hockenheim verläuft sie: Emil Bauer, sein Bruder und seine Freunde, die Opfer des 'Heldenkellers' von 1933 - kein Heimatbuch nennt sie, aber die Arbeiter werden sie nicht vergessen. Die Mannheimer Widerstandskämpfer um Georg Lechleiter, Rudolf Langendorf und Philipp Brunnemer kennzeichnen ebenso ihre Spur wie das Geschwisterpaar Hans und Sophie Scholl in München.

WIR F R A G E N :

WIE LANG SOLL DIE BLUTLINIE NOCH WERDEN? WER SOLL DER NÄCHSTE SEIN?

DEMOKRATEN, H E R A U S Z U M P R O T E S T !

NEHMT TEIL AN DEN DEMONSTRATIONEN IN MANNHEIM UND HEIDELBERG!
KAUFT DAS FASCHISTISCHE MORDBLATT CAESAR SPRINGERS NICHT MEHR!

(Kurt Wolff, Hockenheim)

B I L D S C H O S S A U C H A U F R U D I D U T S C H K E

Das deutsche Volk zu verdummen, hat Springer mit seiner Bildzeitung gottseidank nicht fertiggebracht, wie er es seit Kriegsende vorhatte:

"Ich war mir seit dem Kriegsende darüber klar, daß der deutsche Leser e i n e s auf keinen Fall wollte, nämlich n a c h d e n k e n. Und darauf habe ich meine Zeitungen eingestellt." (A. Caesar Springer im Sonntagsblatt Hamburg, 5. VII. 1959).

Auf die regelmäßig zu gegebenem Anlaß wiederkehrenden Antistreikhetzen sind die deutschen Arbeiter nicht hereingefallen. - Einen Erfolg darf Springer im Verein mit Kiesinger und Strauß buchen:

DAS ATTENTAT AUF RUDI DUTSCHKE ALS ERFOLG IHRER MORDHETZE GEGEN DIE DEMOKRATISCHEN STUDENTEN

Wer erinnert sich nicht an die Mordparole:

UNRUHESTIFTER UNTER STUDENTEN AUSMERZEN! (Schlagzeile der BILDzeitung)

Es wurden schon einmal Demokraten ausgemerzt! Antifaschistische Arbeiter und Intelligenzler starben im KZ. Heute wird gegen die Studenten, die gegen Notstandsgesetze und für Demokratie, gegen den Krieg in Vietnam und für die Freiheit und den Frieden der Entwicklungsländer sind, mordgehetzt.

"JETZT WIRD AUFGERÄUMT!" - "RABATZSTUDENTEN SOLL ES NUN AN DEN KRAGEN GEHEN!
(Schlagzeilen der BILDzeitung)

Daß Springer nur für die Herren in BONN, München und Berlin trommelte, entschuldigt ihn nicht. Das macht es noch schlimmer:

"DIE UNGEWASCHENE UND VERDRECKTE UND VERLAUSTE KREATUR DUTSCHKE"

nannten STRAUSS und sein CSU-Spezi Xaver UNERTL lt. Meldung der Nachrichtenagentur AP vom 28. II. 68 Rudi Dutschke in ihren Vilshofener Reden.

Von der Laus zum Tot-treten der Laus, zu den Schüssen auf Rudi Dutschke, ist es nicht weit.

Benno Ohnesorg, das erste Opfer von Springers Pogromhetze genügte nicht.

S P R I N G E R S C H O S S A U C H A U F R U D I D U T S C H K E !

E N T E I G N E T S P R I N G E R ! !

264

(Raul Ravensburger, Heidelberg)

12.04.1968:
In Esslingen finden im Rahmen der Anti-Springer-Kampagne Demonstrationen gegen das Druck- und Verlagshaus Bechtle statt, an denen sich auch die Gruppe Heidelberg des SDS beteiligt. Sie führen u.a. zu einem Verfahren gegen den Heidelberger Gerichtsreferendar Jürgen Laubscher (SDS) (vgl. 16.8.1968).

Aufgerufen wurde u.a. vom SDS Landesverband Baden-Württemberg mit dem Flugblatt "Im Anschluss an den Ostermarsch Demonstration gegen den Springerkonzern in Esslingen vor der Bechtle-Druckerei". Verbreitet wird das Flugblatt auch in Tübingen.
Q: SC: Info Nr. 6, Frankfurt 21.6.1969; Innenministerium Baden-Württemberg: Verfügung: Verbot und Auflösung der Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Stuttgart 24.6.1970, zitiert nach: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 10, Bochum 29.6.1970;SDS-LV Baden-Württemberg: Im Anschluss an den Ostermarsch Demonstration gegen den Springerkonzern in Esslingen vor der Bechtle-Druckerei, O. O. O. J. (1968);N. N.: Schematischer Lageplan des Industrie-Gebietes, O. O. O. J. (1968)

IN ANSCHLUSS AN DEN OSTERMARSCH

DEMONSTRATION GEGEN DEN SPRINGERKONZERN

in Esslingen vor der Bechtle-Druckerei

In Rudi Dutschke hat die Springer-Presse die gesamte außerparlamentarische Opposition zum Staatsfeind Nr. 1 gestempelt. Der Mordanschlag auf ihn ist das erste Resultat des einzigen Ziels der Springer-Presse: Vernichtung der demokratischen und sozialen Oppositionsbewegung - Wir fordern deshalb die Auflösung des Monopols. Um dieser Forderung Ausdruck zu verleihen, werden wir heute nacht versuchen, die Auslieferung der Bild-Zeitung gewaltlos zu verhindern. Wir können aber nicht ausschließen, daß die Polizei unseren Widerstand brutal zu zerschlagen versucht. Denn noch wird in diesem Staat die Verleger-Freiheit einiger Weniger mit allen Machtmitteln gegen das demokratische Interesse an Presse-Freiheit verteidigt.
Diese "Verteidigung" sieht in Berlin so aus: Die Polizei schlug gestern friedliche Ostermarschierer zusammen, verhaftete willkürlich einzelne Personen, zerstörte die Autos der Demonstranten und trieb Studenten und Arbeiter in verzweifelte Verteidigungsschlachten. Ein kreuztragender Pfarrer wurde blutig zusammengeschlagen.

Auch unser Verhalten in Esslingen wird vom Verhalten der Polizei diktiert werden. Wir aber wollen uns keinem Polizei-Terror ausliefern. Im Falle brutaler Gewalttätigkeit von seiten der Polizei und des Werkschutzes ist daher Folgendes zu beachten: Nicht planund kopflos auseinanderlaufen, sondern sich geordnet zurückziehen und zwar nur über beleuchtete Straßen, nicht über dunkles Gelände. Autos zunächst stehen lassen, um Chaos zu vermeiden. Keine Steine werfen. Als Verteidigungsmaßnahme Stöcke über den Kopf halten, um Schläge abzuwehren. Keine Einzelaktionen, damit nicht "Rädelsführer" belangt und haftbar gemacht werden können. Leute mit Megaphonen sollen stets von ihrer Gruppe umgeben sein. Im Notfall, bei Einsatz von Polizeigreiftrupps, Ketten bilden und Megaphone nach hinten weitergeben. Falls Einzelne gefangen werden sollten, sich sofort an diese klammern.

Es wird uns wohl nicht wieder gelingen, die gesamte Auslieferung zu verhindern; denn die Polizei hat aus der Aktion vom Donnerstag gelernt. Ein Erfolg aber würde es schon sein, auch nur ein Auslieferungsfahrzeug zu stoppen und die Bild-Zeitungen zu entladen. Aber auch das soll nicht unter allen Umständen erzwungen werden. Wichtiger ist, sich sofort um die Versorgung möglicher Verletzter zu kümmern, als um die weitere Behinderung der Auslieferung.

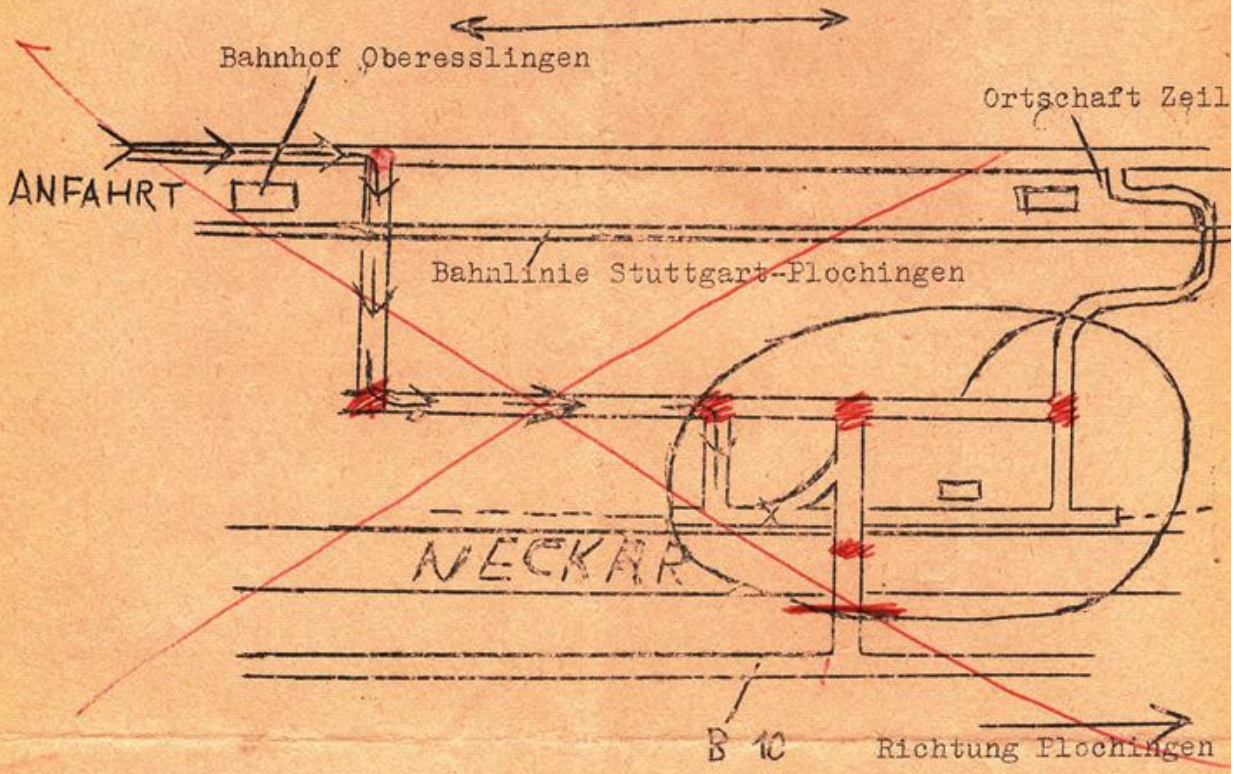
Zur Verteidigung empfehlen wir mitzubringen: Doppelte Kleidung, Regenzeug, Lederhandschuhe, möglichst Schulterpartie mit Filz etc. ausfüllen, geschlossene Brillen gegen Tränengas, ebenso zitronengetränkte Taschentücher gegen Tränengas vor den Mund halten.

Da wir vielleicht mehrere Stunden ausharren müssen, empfiehlt es sich, Verpflegung mitzubringen: Eier, Salz, Tomaten, Farbbeutel, Schnaps, mit Mehlpudding gefüllte Beutel, gekochte Kartoffeln etc.

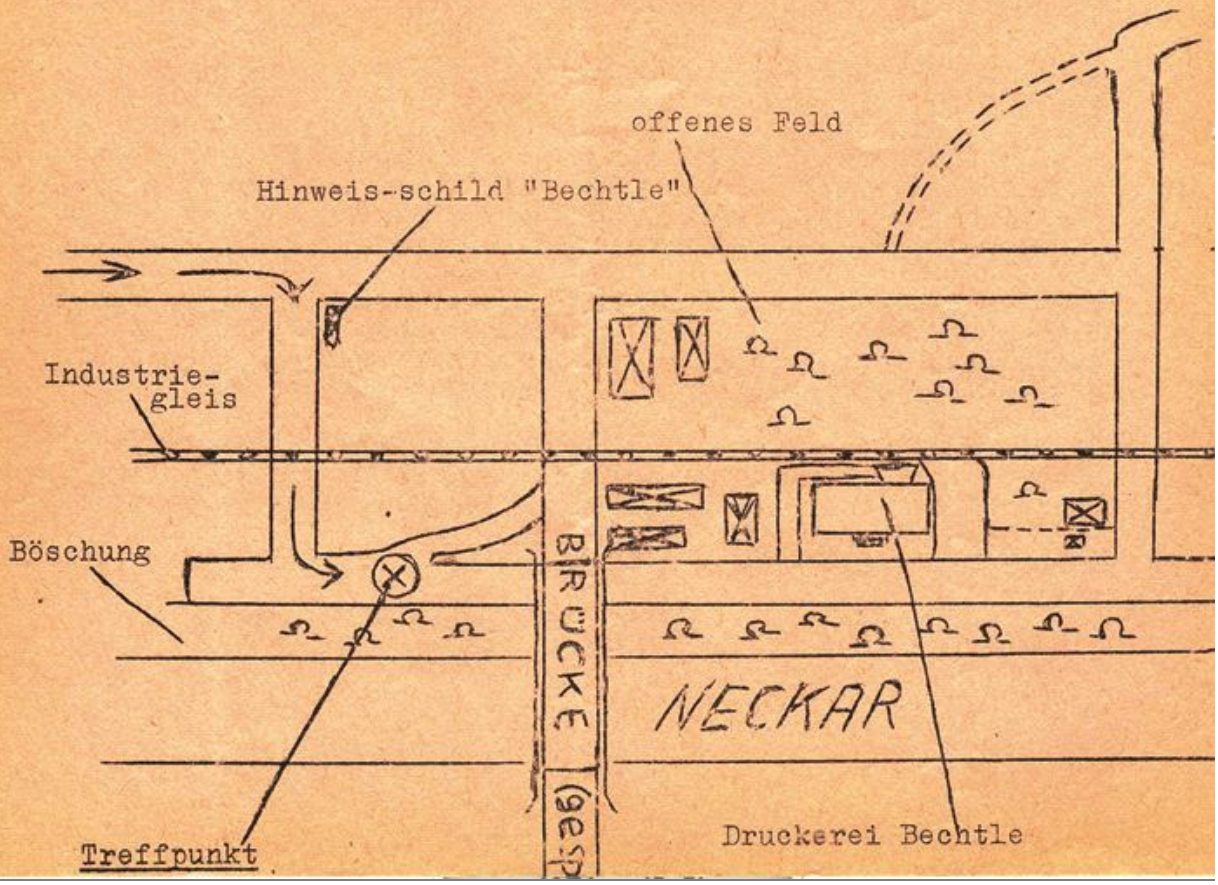
Nähere Strategie wird am "Treffpunkt" besprochen.

SDS - LV Baden-Württemberg

Schematischer Lageplan des Industrie-Gebietes
(nicht maßstabsgerecht)



Vergrößerung des eingekreisten Abschnittes



12.04.1968:
Vermutlich heute erscheint vom SDS Tübingen und dem AStA der Uni das Flugblatt "Mordanschlag auf Dutschke!", das vermutlich auch in Esslingen sowie auf dem Ostermarsch in Stuttgart verteilt wird. Aufgerufen wird:"
Fangen wir an die Verhältnisse zu verändern mit der Zerschlagung des Springerkonzerns!".
Q: SDS / AStA: Mordanschlag auf Dutschke!, Tübingen O. J. (1968)

MORDANSCHLAG AUF DUTSCHKE !

Mit vielen anderen arbeitet Dutschke für die Veränderung einer falschen Gesellschaft. Er wehrt sich gegen die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung, der die Einzelnen ohnmächtig ausgeliefert sind, in der sie nur alle vier Jahre einmal ' JA ' sagen dürfen zu Politikern, die dann doch nicht ihre Interessen vertreten (nachdem sie sich wie Waschmittel haben anpreisen lassen) .
Dutschke und andere Studenten wehren sich gegen Politiker, die wie Strauß die südafrikanische und portugiesische Diktatur in Ordnung finden; die wie die CDU-Bundestagsabgeordneten den Terror in Griechenland positiv beurteilen und durch Lieferung von Schnellboten unterstützen; die für die Bundesrepublik Notstandsgesetze befürworten.
Dutschke und andere Studenten kämpfen gegen die Politik der USA in Vietnam, einen Krieg, der von Hunger und Kolonialismus sich befreiendes Volk mordet, einen Krieg, der täglich 70 Mio Dollar verschlingt, während im eigenen Land die Farbigen in den Slums ihre Kinder kaum vor den Ratten schützen können.
Die Ohnmacht der Einzelnen, die nur wählen, auf die tatsächliche geführte Politik jedoch auch nicht den geringsten Einfluß haben, verhindert auch, daß sie erkennen, warum unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung nur Unterordnung unter die Interessen weniger Mächtiger bedeutet. Die Menschen in unserem Land haben resigniert; sie wissen nicht, wie sie ihr Geschick selbst in die Hand nehmen sollen. Man schimpft zwar zu Hause und unter Kollegen, versucht aber nicht, aus dem Ärger politische Konsequenzen zu ziehen. Damit unterstützen sie jene, die daran interessiert sind, das wirtschaftlich und politisch alles beim alten bleibt. Jene - das sind die wenigen Regierenden und Besitzenden in unserem Land.
Sie unterhalten eine Presse, die der Bevölkerung vorlügt, dieser Staat sei in Ordnung, die Notstandsgesetze eine gute Sache und der Vietnamkrieg der USA gerecht.

> Nicht Hunger und Ausbeutung sollen der Grund für den Aufstand des vietnamesischen Volks sein, sondern Kommunisten, gerade die, welche Hunger und Ausbeutung beseitigen wollen.
> Nicht Diskriminierung und unmenschliche Lebensverhältnisse sollen an dem verzweifelten Aufstand der Neger in den USA schuld sein, sondern die Farbigen selbst.
> Nicht Versagen der Regierenden, nicht Notstandsgesetze und unerträgliche Studienbedingungen an den Hochschulen sollen an den Demonstrationen und Aktionen der Studenten schuld sein, sondern die Studenten selbst.

So hetzt die Presse der Mächtigen, allen voran der Springerkonzern, die Bevölkerung gegen die Studenten auf: "Wer es wohl meint mit ... Berlin, der jage endlich die Krawall-Radikalen zum Tempel hinaus."
Resultat dieser Hetze sind die Schüsse auf Benno Ohnesorg und Rudi Dutschke. Für diese Presse sind nie die Verhältnisse, nur Personen schuld. Dutschke: 'Kampf gegen die Institutionen, gegen die Personen nur soweit, als sie mit Gewalt verhindern, daß die Verhältnisse erkannt und verändert werden. Kiesinger kann man nicht hassen, er ist nur eine Charaktermaske.'
Fangen wir an, die Verhältnisse zu verändern mit der Zerschlagung des Springerkonzerns !

S D S Tübingen + AStA Tübingen

12.04.1968:
In Berlin wurde für heute um 15 Uhr am Lehniner Platz vom Berlin-Komitee: BLACK POWER zu einer Solidaritätsdemonstration für Black Power aufgerufen. Aufgrund des Attentats auf Rudi Dutschke aber findet zur selben Zeit am selben Ort die Protestdemonstration gegen dieses statt.
Q: FU-Dokumentation Bd.5, S. 83; Berlin-Komitee: BLACK POWER: Auch unsere Geduld ist zu Ende, Berlin O. J. (1968)

E0702

AUCH UNSERE GEDULD IST ZU ENDE!

SOLIDARITÄTSDEMONSTRATION FÜR BLACK POWER AM 12. APRIL 1968
UM 15.00 UHR- LEHNINER PLATZ - AMERIKANISCHES VIERTEL

Gestern wurden die Neger unterdrückt und ausgebeutet.
Sollen sie heute immer noch Geduld zeigen, damit sie morgen in Amerika weiter Menschen zweiter Klasse sind?

Während der Weiße die einfachsten Gesetze

- D I E M E N S C H E N R E C H T E

für sich beansprucht, sollen sie nicht für den Farbigen gelten.
Die Neger in Amerika fordern ihre Rechte, nicht übermorgen, nicht morgen, sondern heute.
Der Kampf des BLACK POWER ist ein Teil des Kampfes aller Unterdrückten und Ausgebeuteten. Ihr Widerstand ist auch u n s e r Widerstand.

Darum brauchen die amerikanischen Neger nicht unsere Worte, sondern unsere Hilfe.

Nur diese Sprache ..... BURN, BABY, BURN

versteht der weisse Herrenmensch.

Spenden-Aktion: "Help for BLACK POWER" Bank für Handel und Industrie, Konto-Nr. 59468
Berlin-Komitee: BLACK POWER.

OUR PATIENCE IS FINISHED, TOO !

DEMONSTRATION of solidarity with BLACK POWER, 3.p.m. Lehniner Platz - American area, April 12th, 1968.
Yesterday the negroes were oppressed and exploited. Should they still remain patient today as second-class human beings in America? While the whites interpret human rights as rights of white man, the negroes in America have to fight for these rights, not after tomorrow, not tomorrow, but t o d a y .
The fight of BLACK POWER is a part of the battle of all oppressed and exploited people. Their revolution is also o u r revolution.
Our help is needed, no words, no discussions.
Only the language .... BURN, BABY, BURN
is understood by the white "Herrenmensch".

12.04.1968:
In Berlin gibt die Landesjugendleitung der DAG vermutlich heute das Flugblatt "Attentat auf Dutschke!" heraus, in dem sie gegen Gewalt und für die geistige Auseinandersetzung eintritt.
Q: DAG-LJL: Attentat auf Dutschke!, Berlin O. J. (1968)

Deutsche
Angestellten-Gewerkschaft

Landesjugendleitung

1 Berlin 61
Bernburger Straße 24/25
Telefon 18 01 01

Attentat auf D u t s c h k e !

Wir sind tief erschrocken über den Mordanschlag auf Rudi Dutschke. Wir sind empört darüber, dass eine geistige Auseinandersetzung in unserer Stadt zu einem Gewaltakt geführt hat.

Wir lehnen Gewalt ab!

Wir respektieren das Bemühen Dutschkes um eine Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Dabei teilen wir nicht alle seine Ansichten.

Geistige Auseinandersetzungen - und dafür muss für jeden Freiheit bestehen - darf nicht in Gewalt ausarten. Das Falscheste wäre, jetzt Gewalt gegen Gewalt zu setzen.

Das Attentat auf Rudi Dutschke ruft alle auf, tatkräftig mitzuarbeiten an der Weiterentwicklung unserer gesellschaftlichen Ordnung.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft appelliert an alle Verantwortlichen in dieser Stadt, das Klima der geistigen Auseinandersetzung endlich auf eine sachliche Ebene zu bringen.

Die DAG wird ihren Beitrag dazu leisten.

12.04.1968:
In Berlin werden "Forderungen der Außerparlamentarischen Opposition an Senat und Abgeordnetenhaus von Westberlin" veröffentlicht, die u.a. den Rücktritt des Senats und die Demokratisierung des Rundfunks umfassen.
Q: N. N.: Forderungen der Außerparlamentarischen Opposition an Senat und Abgeordnetenhaus von Westberlin, Berlin 12.4.1968

Forderungen der Außerparlamentarischen Opposition an Senat und Abgeordnetenhaus von Westberlin :

Ausgehend davon,

daß der Mordanschlag auf Rudi Dutschke nicht die Wahnsinnstat eines Einzelnen ist,

daß die Springerpresse mit ihrer systematischen Hetze gegen die linke Opposition erst das Klima geschaffen hat, in dem ein Einzelner diese Tat planen konnte,

daß die übrigen Tageszeitungen Westberlins, die Rundfunk- und Fernsehanstalten durch ihre Falschmeldungen nicht nur über die außerparlamentarische Bewegung und deren Ziele, sondern auch über andere politische Probleme die Hetzkampagne der Springerpresse möglich gemacht haben,

daß der Westberliner Senat, das Abgeordnetenhaus, die Westberliner Partei- und Gewerkschaftsspitzen durch ihre Lügen die Wirtschaftsmisere dieser Stadt zu verschleiern suchen und sich zu Handlangern der Manipulationszentren machen,

daß eine undemokratisch geführte Polizei offene faschistische Gewalt gegen politisch unliebsame Minderheiten praktiziert,

fordern wir:

1. Rücktritt des Senats und Bildung eines neuen Senats, der mit uns zusammen erste Schritte unternimmt, in Berlin demokratische Verhältnisse zu schaffen.
2. Unverzügliche Enteignung Springers und Schaffung eines Rates aus Arbeitern, Angestellten, Studenten und Schülern, der Pläne dafür ausarbeitet, wie die Produktionsmittel dieses Konzerns in den Dienst einer demokratischen Öffentlichkeit gestellt werden können.
3. Dieser Rat hat ebenfalls Pläne zur Demokratisierung der Rundfunkanstalten zu erarbeiten. Für den RIAS fordern wir die sofortige Ablösung der amerikanischen Kontrolle durch ein gewähltes und jederzeit abwählbares Kontrollorgan; in den SFB sind sofort Vertreter der außerparlamentarischen Opposition in die Aufsichtsgremien hineinzuwählen unter der Bedingung, daß diese Gremien öffentlich tagen.
4. Für die Zeit bis zum 1. MAI fordern wir täglich eine Stunde Sendezeit, um mit der arbeitenden Bevölkerung dieser Stadt über die wirtschaftliche und politische Lage Westberlins und Möglichkeiten ihrer Veränderung diskutieren zu können. Damit soll gewährleistet werden, daß die Bevölkerung entscheiden kann, ob ihre Teilnahme an der sogenannten Freiheitskundgebung auf dem Platz der Republik oder an einer sozialistischen Maidemonstration ihren wahren Interessen entspricht.

Westberlin, den 12. April 1968

12.04.1968:
In Berlin erscheint ungefähr heute ein Flugblatt "Wie verhalte ich mich bei einer Festnahme".
Q: Bülow, M.: Wie verhalte ich mich bei einer Festnahme, Berlin O. J. (1968)

Fi

Foto 2
~12.4.

WIE VERHALTE ICH MICH BEI EINER FESTNAHME?
--Aufbewahren. Zum Personalausweis legen!-

Das Polizeiverwaltungsgesetz bietet die Möglichkeit, "Störer" der öffentlichen Ordnung vorläufig festzunehmen. Es besteht so gut wie keine rechtliche Möglichkeit, eine vorläufige Festnahme zu verhindern oder die Dauer abzukürzen. Die Freilassung muß bis spätestens zum Ablauf des auf den Festnahmetag folgenden Tages erfolgen.

Also:

Aussagen: Man ist zu keinen Aussagen verpflichtet, weder vor der Polizei, der Staatsanwaltschaft, noch vor einem Richter. Lediglich die Vorführung vor einem Richter ist zu dulden. Also: Keine Aussagepflicht. Sich auszuschweigen ist das Recht eines jeden! Auch wenn der Versuch der Einschüchterung unternommen wird: Es gibt keine gesetzlichen Zwangsmittel, um eine Aussage zu erzwingen!!

Einzige Ausnahme: Es besteht die Verpflichtung, sich zur Person auszuweisen, also: Name, Geburtsort,- jahr, Wohnort, sonst nichts!

Unterschriften: Keine Unterschriften leisten, gleich um welches Schriftstück es sich handelt. Es besteht keine Verpflichtung, irgendwelche Schriftstücke zu unterschreiben!

"Erkennungsdienstliche Bearbeitung": Sie besteht aus dem Ausfüllen eines Fragebogens (besondere Merkmale, Größe etc.), Fingerabdrücken sowie Lichtbildern. Es besteht keine rechtliche Möglichkeit, sich einer erkennungsdienstlichen Bearbeitung zu entziehen. Sich dem zu widersetzen kann als Widerstand gegen die Staatsgewalt ausgelegt werden. Es besteht aber später immer noch die Möglichkeit, im Zuge einer Klage vor dem Verwaltungsgericht die Löschung der durch den Erkennungsdienst gewonnenen Unterlagen zu beantragen. Die Aussichten, mit einem solchen Antrag durchzudringen, sind gut.

Fazit: Wenn Euch das kleine Mißgeschick einer vorläufigen Festnahme zustößt, so laßt es als das kleine Mißgeschick über Euch ergehen, das es in Wirklichkeit bloß ist.

Flugblatt-Verteiler: Da die von Euch verteilten Flugblätter keinen strafbaren Inhalt haben, ist auch das Verteilen von Flugblättern keine strafbare Handlung.

Zum Argument der Verschmutzung der Straßen, das von Polizisten vorgebracht wird: Es steht ohne Zweifel fest und ist auch in der Rechtsprechung anerkannt, daß das Verteilen von Flugblättern mit politischem Inhalt vom Artikel 5 des Grundgesetzes als freie Meinungsäußerung gedeckt ist. Dem entgegenstehende Paragraphen des Berliner Straßengesetzes müssen zurückstehen.

Eine vorläufige Festnahme mit der Begründung, die Straßen würden durch das Verteilen von Flugblättern verschmutzt, ist eine unzulässige Auslegung des Berliner Straßengesetzes.

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Bülow, 1 Berlin 61

12.04.1968:
Vermutlich heute erscheint in Hamburg ein Flugblatt "Mordanschlag auf Dutschke", mit dem die Humanistische Studenten-Union (HSU), der SDS, der SHB, der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD) und der AStA der Universität zur Demonstration um 19 Uhr ab Moorweide aufrufen.

Laut AStA der Uni (vgl. 25.4.1968) beginnt die Polizei ein "sinnloses Gemetzel" am Valentinskamp. Vor dem Polizeihochhaus seien 1200 Demonstranten eingekesselt und zusammengeschlagen worden.

Laut Detlev Albers gelingt es 1 000 Demonstranten längere Zeit über den Hauptausgang des Springerkonzerns an der Kaiser-Wilhelmstraße zu blockieren.
Q: HSU, SDS, SHB, LSD, AStA Uni Hamburg: Mordanschlag auf Dutschke, o. O. O. J.; Zur Sache, Hamburg 25.4.1968, S. 1;Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 51f

AStA-Dokumente Nr. 1, Hamburg 22.4.1968

4/68

Mordanschlag auf Dutschke

Die Saat der Gewalt ist aufgegangen.
Rudi Dutschke wurde in der "freien" Stadt Berlin auf offener Straße niedergeschossen.

Die Verantwortlichen kondolieren und eilen ans Krankenbett. Sie nennen den Mordanschlag die Wahnsinnstat eines Einzelnen und wollen von ihrer eigenen Schuld ablenken.

Sie wollen davon ablenken, daß der Mordanschlag auf Dutschke die unmittelbare Folge der von dem Berliner Senat und seiner Springer-Presse seit langem betriebenen antistudentischen Progromhetze ist.

Der Ruf: "Schlagt Dutschke tot !" wurde schon tausendfach am 21. Februar vor dem Schöneberger Rathaus auf der "Freiheits-kundgebung" des Berliner Senats angestimmt.

Die Wut des "gesunden Volksempfindens" — aufgestachelt von Schütz, Neubauer, Springer und ihren Helfershelfern — begnügte sich am 21. Februar noch mit dem Verprügeln von Ersatz-Dutschkes. Nun hat sie ihr wirkliches Opfer gefunden.

Und die wahren Urheber dieser Bluttat drücken biedermännisch ihr Bedauern aus...

Gestern Benno Ohnesorg, heute Rudi Dutschke, — wer wird der Nächste sein ?

Wir rufen Sie auf :

Protestieren Sie mit uns gegen die vom Berliner Senat unterstützte Faschisierung der Bevölkerung !

Leisten Sie mit uns Widerstand gegen den Meinungsterror der Springer-Presse !

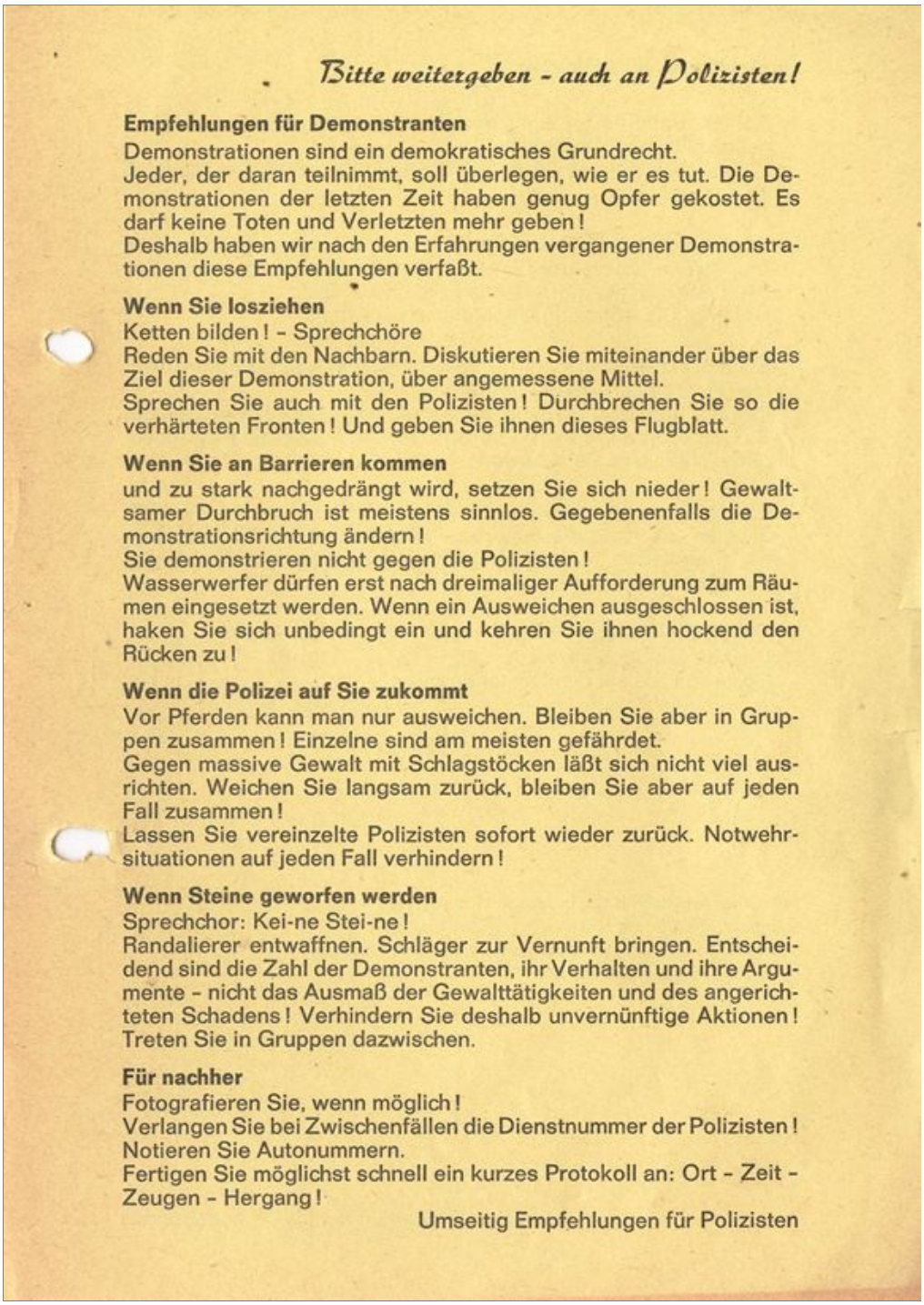
Bekunden Sie mit uns Ihren Abscheu gegen die Bluttat von Berlin auf der Protestversammlung

heute - 19°° - Moorweide

Verantwortlich: Humanistische Studenten-Union (HSU), Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS), Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB), Liberaler Studentenbund Deutschland (LSD), AStA der Universität Hamburg.- H.Duchrow
Druck: Eigendruck.

12.04.1968:
In Frankfurt geben der Politische Arbeitskreis der Evangelischen Jugend Frankfurt, das Evangelische Mädchenwerk in Hessen und Nassau, das Evangelische Jungen- und Jungmännerwerk Groß-Frankfurt und das Evangelische Stadtjugendamt Frankfurt vermutlich Ende dieser Woche in ein Flugblatt mit Empfehlungen für Demonstranten und Polizisten heraus.

Q: Politischer Arbeitskreis der Evangelischen Jugend Frankfurt: Bitte weitergeben - auch an Polizisten, O. O. (Frankfurt) O. J. (1968)



Bitte weitergeben – auch an Polizisten!

Empfehlungen für Demonstranten

Demonstrationen sind ein demokratisches Grundrecht.
Jeder, der daran teilnimmt, soll überlegen, wie er es tut. Die Demonstrationen der letzten Zeit haben genug Opfer gekostet. Es darf keine Toten und Verletzten mehr geben!
Deshalb haben wir nach den Erfahrungen vergangener Demonstrationen diese Empfehlungen verfaßt.

Wenn Sie losziehen

Ketten bilden! – Sprechchöre
Reden Sie mit den Nachbarn. Diskutieren Sie miteinander über das Ziel dieser Demonstration, über angemessene Mittel.
Sprechen Sie auch mit den Polizisten! Durchbrechen Sie so die verhärteten Fronten! Und geben Sie ihnen dieses Flugblatt.

Wenn Sie an Barrieren kommen

und zu stark nachgedrängt wird, setzen Sie sich nieder! Gewaltsamer Durchbruch ist meistens sinnlos. Gegebenenfalls die Demonstrationsrichtung ändern!
Sie demonstrieren nicht gegen die Polizisten!
Wasserwerfer dürfen erst nach dreimaliger Aufforderung zum Räumen eingesetzt werden. Wenn ein Ausweichen ausgeschlossen ist, haken Sie sich unbedingt ein und kehren Sie ihnen hockend den Rücken zu!

Wenn die Polizei auf Sie zukommt

Vor Pferden kann man nur ausweichen. Bleiben Sie aber in Gruppen zusammen! Einzelne sind am meisten gefährdet.
Gegen massive Gewalt mit Schlagstöcken läßt sich nicht viel ausrichten. Weichen Sie langsam zurück, bleiben Sie aber auf jeden Fall zusammen!
Lassen Sie vereinzelte Polizisten sofort wieder zurück. Notwehrsituationen auf jeden Fall verhindern!

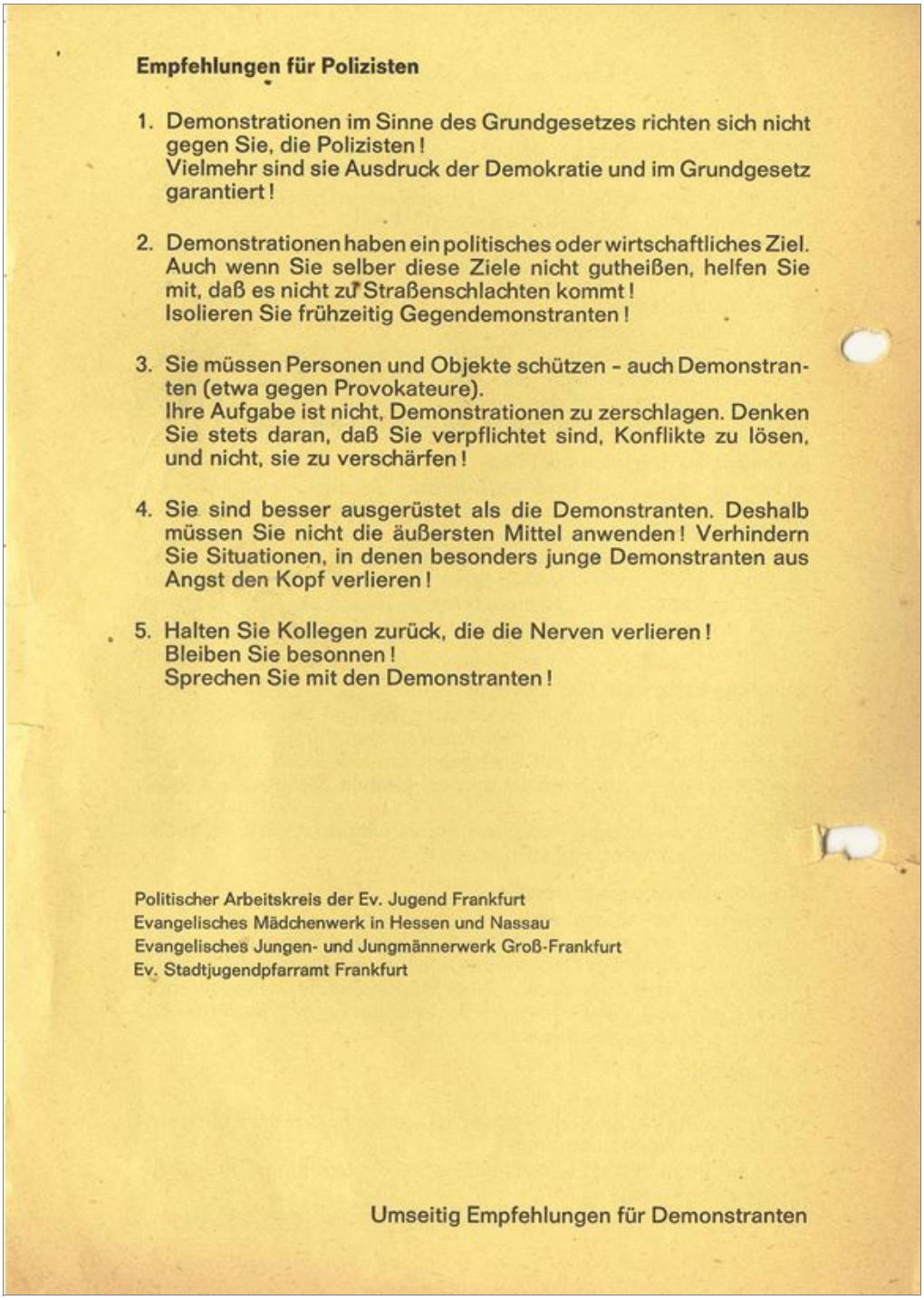
Wenn Steine geworfen werden

Sprechchor: Kei-ne Stei-ne!
Randalierer entwaffnen. Schläger zur Vernunft bringen. Entscheidend sind die Zahl der Demonstranten, ihr Verhalten und ihre Argumente – nicht das Ausmaß der Gewalttätigkeiten und des angerichteten Schadens! Verhindern Sie deshalb unvernünftige Aktionen!
Treten Sie in Gruppen dazwischen.

Für nachher

Fotografieren Sie, wenn möglich!
Verlangen Sie bei Zwischenfällen die Dienstnummer der Polizisten!
Notieren Sie Autonummern.
Fertigen Sie möglichst schnell ein kurzes Protokoll an: Ort – Zeit – Zeugen – Hergang!

Umseitig Empfehlungen für Polizisten



Empfehlungen für Polizisten

1. Demonstrationen im Sinne des Grundgesetzes richten sich nicht gegen Sie, die Polizisten!
   Vielmehr sind sie Ausdruck der Demokratie und im Grundgesetz garantiert!

2. Demonstrationen haben ein politisches oder wirtschaftliches Ziel. Auch wenn Sie selber diese Ziele nicht gutheißen, helfen Sie mit, daß es nicht zu Straßenschlachten kommt!
   Isolieren Sie frühzeitig Gegendemonstranten!

3. Sie müssen Personen und Objekte schützen - auch Demonstranten (etwa gegen Provokateure).
   Ihre Aufgabe ist nicht, Demonstrationen zu zerschlagen. Denken Sie stets daran, daß Sie verpflichtet sind, Konflikte zu lösen, und nicht, sie zu verschärfen!

4. Sie sind besser ausgerüstet als die Demonstranten. Deshalb müssen Sie nicht die äußersten Mittel anwenden! Verhindern Sie Situationen, in denen besonders junge Demonstranten aus Angst den Kopf verlieren!

5. Halten Sie Kollegen zurück, die die Nerven verlieren!
   Bleiben Sie besonnen!
   Sprechen Sie mit den Demonstranten!

Politischer Arbeitskreis der Ev. Jugend Frankfurt
Evangelisches Mädchenwerk in Hessen und Nassau
Evangelisches Jungen- und Jungmännerwerk Groß-Frankfurt
Ev. Stadtjugendpfarramt Frankfurt

Umseitig Empfehlungen für Demonstranten

13.04.1968:
Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall, verurteilt heute in einer Presserklärung den Mordanschlag auf Rudi Dutschke.
Q: AStA der Universität Hamburg, die Gewerkschaftliche Studentengruppe der Universität und der Akademie für Politik: Presserklärung von Otto Brenner, Hamburg O. J. (1968), S. 1

ASTA der Universität Hamburg

Gewerkschaftliche Studentengruppe der Universität und
der Akademie für Wirtschaft und Politik

Presseerklärung von Otto Brenner

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hat am 13.4.68 in Frankfurt seine Abscheu vor dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke und seine Sorgen über die Folgen zum Ausdruck gebracht. Die Schuld daran treffe jene, die besonders in Berlin gegen linke Minderheiten hemmungslosen Haß gesät hätten. Bereits am Karfreitag hatte Brenner ein entsprechendes Telegramm an Frau Dutschke gerichtet.

Der Gewerkschaftsvorsitzende warnt in seiner Erklärung die Bundesregierung davor, die Studentenunruhen im Anschluß an das Attentat auf Rudi Dutschke eventuell als Vorwand für eine Forcierung Ihrer Notstandspläne zu benutzen. Ein solcher Vorwand würde auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen.
Andererseits müßte auch den Studenten klargemacht werden, daß sie durch bestimmte Aktionen in Gefahr gerieten, die Absichten ihrer Gegner zu fördern, der Demokratie Schaden zuzufügen und bei der Bevölkerung auf Ablehnung zu stoßen, anstatt sie für sich zu gewinnen. Brenner kündigte an, daß die IG Metall in Zukunft mehr als bisher in ihrer Presse- und Bildungsarbeit auf die Gefahren der Meinungsmanipulationen eingehen und über studentische Angelegenheiten aufklären werde. Sie werde auch wissenschaftliche Untersuchungen unterstützen, die der Überprüfung der Rolle des Hauses Springer dienten. In der Konsequenz müsse es zu einer Gesetzesinitiative des Bundestages gegen Pressemonopole kommen.

An die Polizei appellierte Brenner, bei den Auseinandersetzungen mit den Demonstranten, die von einem Grundrecht unserer Verfassung Gebrauch machten, Gewaltanwendung zu vermeiden.

Otto Köhler (Kolumnist von SPIEGEL & PARDON)
"Chronologie vom Mauerbau bis heute"
-Beitrag der Springer Zeitungen zur gegenwärtigen Bürgerkriegssituation-
Auszüge aus einem Vortrag anläßlich des Teach-In der Studentenschaft im Audi-Max der Universität Hamburg am 17.4.68

Die Springerpresse ist eine Presse, die für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit bestimmt ist. Für konfliktlose, glückliche deutsche Menschen, die nett zueinander sind. Für unglückliche Kühe, die die saftige Weide abgrasen, die für sie bestellt ist: "Bravo" für die Jungen, "Twen" für die Heranwachsenden, "Jasmin" für die Brünstigen, "Eltern" für die schönsten Jahre des Lebens und sicher auch bald "Holunder", die Zeitschrift für des Lebens Herbstjahre. Und immer "BILD" auf aller Wegen.
Aber wir leben in einer Gesellschaft, in der es Konflikte gibt, in der nicht alle nett zueinander sind. Warum? Springers Philosophie sagt: Da muß doch einer dran gedreht haben. Einer, der Schuld hat, daß wir nicht glücklich sind. Ein Volksfeind. Springer fand den einen rasch: Den Kommunismus.
In den guten alten Zeiten des kalten Krieges genügte dieser Volksfeind Springers Ansprüchen ganz: es war ein eingeführter, Traditioneller Feind, den man günstig aus der Konkursmasse des vorhergehenden Reiches übernehmen konnte. Springer, von Haus aus edelmütig, gab diesem Feind eine Chance, er flog vor Jahren nach Moskau und bot den Russen großzügig Versöhnung an. Als ihm die Sowjets aber nicht Ulbrichts Kopf vor die Füße legen wollten, nahm er es sehr übel. Er gab Anweisung, die Situation in Berlin "bis zum Knall" anzuheizen. Während sich seine Blätter früher wenig um Flüchtlingszahlen gekümmert hatten, produzierte er jetzt mit den Schlagzeilen von "BILD" und "BZ" Alarmstimmung: "Flüchtlingsstrom verdoppelt", "Massenflucht", "In der Zone Alarmstimmung", "Die Flucht wird zur Lawine". Das Ergebnis: Die Schlagzeilen trieben die zurückgegangenen Flüchtlingszahlen wieder in die Höhe. Die Mauer wurde gebaut. Und sie hat, so scheußlich sie ist, den Bürgerkrieg verhindert, den uns Springers Anheizen bis zum Knall mit Sicherheit beschert hätte.

Es kam die bittere Zeit der Entspannung. Die Mauer machte aus dem feindlichen Gegeneinander der deutschen Staaten ein feindliches

13.04.1968:
Der Vorsitzende der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Ruegg, verfasst ein Telegramm an alle Rektoren zu den vom VDS vorgeschlagenen studentischen Vollversammlungen am 17.4.1968.
Q: Ruegg: Telegramm an alle Rektoren, O. O. 13.4.1968

29. APR. 1968

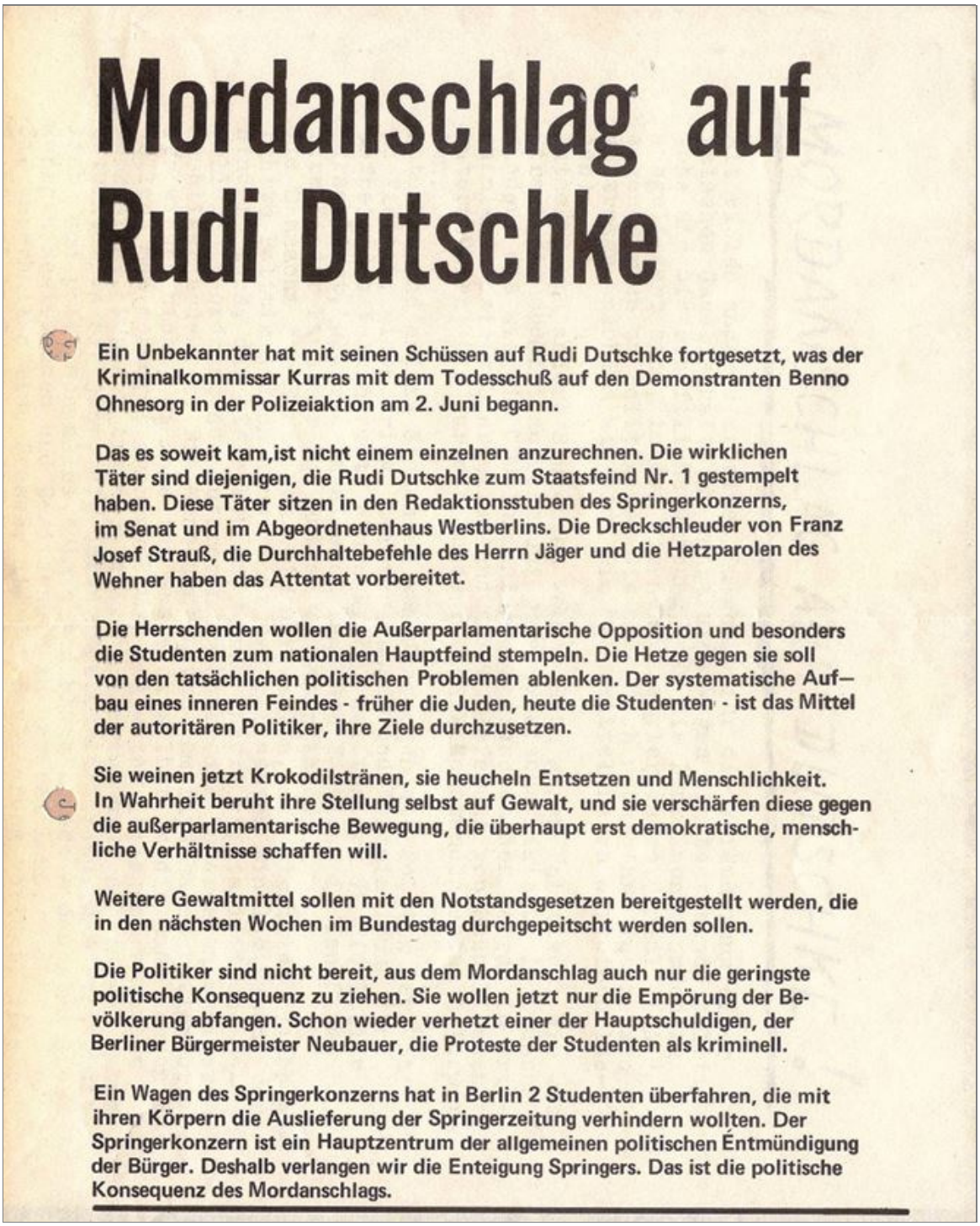
Telegramm des Vorsitzenden der Westdeutschen Rektoren-konferenz vom 13.4.68 an alle Rektoren

Der VDS hatam 12.4.68 die Studentenvertretungen aufgerufen,"am Mittwoch, 17.4.68, anstelle von Vorlesungen und Übungen studentische Vollversammlungen durchzuführen". Der VDS hat zugleich in einem Aufruf die Zwecke dieser Vollversammlungen skizziert und mich unter dem gleichen Datum gebeten, die WRK möge sich "dem Aufruf anschließen" und die "Vollversammlungen unterstützen". Aus verschiedenen objektiven Gründen konnte ich mich nicht entschließen, für die WRK dem "Aufruf" zuzustimmen. Zu der Bitte um Unterstützung der Vollversammlungen hingegen erlaube ich mir folgende Empfehlung:
Die öffentlichen Vorfälle begründen ein gemeinsames und gesamtuniversitäres Interesse am
1. der Rückkehr zur Gesetzmäßigkeit
2. der Durchsetzung der Gewaltlosigkeit und
3. der Aufklärung der Ursachen der Lage.
Ich würde es begrüßen, wenn diesem Gemeininteresse in den unausweichlichen Diskussionen innerhalb der Universitäten durch rationale Diskussionen unter Beteiligung aller Universitätsangehörigen entsprochen werden würde.

gez. Rüegg

(Sprecher für Öffentlichkeit)

13.04.1968:
Vermutlich heute erscheint vermutlich vom SDS das Fugblatt "Mordanschlag auf Rudi Dutschke" das auch an der Universität Tübingen verbreitet wird. Berichtet wird aus Berlin, dass ein Springer-Auslieferungsfahrzeug zwei auf dem Boden liegende Studenten überfahren habe.
Q: N. N.: Mordanschlag auf Rudi Dutschke, O. O. O. J. (1968)



Mordanschlag auf Rudi Dutschke

Ein Unbekannter hat mit seinen Schüssen auf Rudi Dutschke fortgesetzt, was der Kriminalkommissar Kurras mit dem Todesschuß auf den Demonstranten Benno Ohnesorg in der Polizeiaktion am 2. Juni begann.

Das es soweit kam,ist nicht einem einzelnen anzurechnen. Die wirklichen Täter sind diejenigen, die Rudi Dutschke zum Staatsfeind Nr. 1 gestempelt haben. Diese Täter sitzen in den Redaktionsstuben des Springerkonzerns, im Senat und im Abgeordnetenhaus Westberlins. Die Dreckschleuder von Franz Josef Strauß, die Durchhaltebefehle des Herrn Jäger und die Hetzparolen des Wehner haben das Attentat vorbereitet.

Die Herrschenden wollen die Außerparlamentarische Opposition und besonders die Studenten zum nationalen Hauptfeind stempeln. Die Hetze gegen sie soll von den tatsächlichen politischen Problemen ablenken. Der systematische Auf—bau eines inneren Feindes - früher die Juden, heute die Studenten - ist das Mittel der autoritären Politiker, ihre Ziele durchzusetzen.

Sie weinen jetzt Krokodilstränen, sie heucheln Entsetzen und Menschlichkeit. In Wahrheit beruht ihre Stellung selbst auf Gewalt, und sie verschärfen diese gegen die außerparlamentarische Bewegung, die überhaupt erst demokratische, menschliche Verhältnisse schaffen will.

Weitere Gewaltmittel sollen mit den Notstandsgesetzen bereitgestellt werden, die in den nächsten Wochen im Bundestag durchgepeitscht werden sollen.

Die Politiker sind nicht bereit, aus dem Mordanschlag auch nur die geringste politische Konsequenz zu ziehen. Sie wollen jetzt nur die Empörung der Bevölkerung abfangen. Schon wieder verhetzt einer der Hauptschuldigen, der Berliner Bürgermeister Neubauer, die Proteste der Studenten als kriminell.

Ein Wagen des Springerkonzerns hat in Berlin 2 Studenten überfahren, die mit ihren Körpern die Auslieferung der Springerzeitung verhindern wollten. Der Springerkonzern ist ein Hauptzentrum der allgemeinen politischen Entmündigung der Bürger. Deshalb verlangen wir die Enteigung Springers. Das ist die politische Konsequenz des Mordanschlags.

13.04.1968:
In Berlin erscheint vermutlich heute ein Flugblatt "Schütz: 'Gegen die Führung dieser Stadt wird mit Gewalt vorgegangen.'" des Aktionskomitees der Schüler, Studenten und Arbeiter in der TU.
Q: Aktionskomitees der Schüler, Studenten und Arbeiter in der TU: 'Gegen die Führung dieser Stadt wird mit Gewalt vorgegangen.', O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Foto
13.4.68

Schütz:

"GEGEN DIE FÜHRUNG DIESER STADT WIRD MIT GEWALT VORGEGANGEN."

Wer übt hier Gewalt aus?

Wurde Kurras von Ohnesorg erschossen?

Hat Dutschke auf einen politischen Gegner geschossen?

Gibt es studentische Greiftrupps?

Werden Berliner Bürger von Demonstranten verprügelt?

Wir setzen uns gegen die brutalen Methoden der Polizei zur Wehr, notfalls auch mit Gewalt.

Wir wollen keine Straßenschlachten, aber die Polizei knüppelt rücksichtslos.

Wir wollen keine Wasserwerfer auf dem Ku-Damm, aber die Polizei benutzt legale Demonstrationen als Übung für den Notstandsfall.

Gewalt geht von der Führung dieser Stadt aus - nicht von uns.

Aktionskomitee der Schüler, Studenten und Arbeiter in der TU

13.04.1968:
In Berlin erscheint das Flugblatt "An alle Theater und ihr Publikum", das von der Massenverhaftung in der Meinekestraße am Nachmittag berichtet und zur Beteiligung an den Demonstrationen aufruft.
Q: N. N.: An alle Theater und ihr Publikum, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Eo 702
13.4.68

AN ALLE THEATER UND IHR PUBLIKUM

Mordanschlag auf Rudi Dutschke.

Springer hat mitgeschossen. Der Senat hat migeschossen.

Und die Theater haben mitgeschossen.

Begreift! Ihr bestimmt nicht über die Theater, die Kinos, die Museen.
Nicht Ihr, sondern die Bosse.

Ihr verteilt nicht die Gelder, macht nicht die Spielpläne, sondern die Bosse im Theater, die auf die Bosse im Senat, die auf die Bosse in der Industrie hören!

Warum geht Ihr in die Theater, in die Kinos, in die Museen? Weil Ihr die Befehlsempfänger seid, die diese Bosse aus Euch gemacht haben!

Begreift! Unsere Kulturstätten gehören nicht uns!

Was soll uns das Geschütz von der Freiheit in der Kunst?

8 Stunden täglich behandeln sie uns als Arbeitstiere, die Profit für sie machen.
8 Stunden täglich lassen sie uns arbeiten in Betrieben, die nicht uns gehören.
8 Stunden täglich schaffen wir die Werte, die sie sich aneignen.
Und abends torkeln wir zusammen mit unseren Chefs ins Reich der Freiheit. Abends lassen sie uns als Menschen auferstehen, damit sie uns am nächsten morgen wieder als Arbeitstiere behandeln können.

Weil wir tagsüber immer nur den Bossen gehorchen, gehorchen wir auch abends den Kulturfeldwebeln in Theatern, die uns nicht gehören, bei Stücken und Aufführungen, die wir nicht kontrollieren.
Wir müssen aufhören zu gehorchen.

Draußen wurde auf Dutschke geschossen, weil er nicht mehr gehorchte. -
Den Bossen in der Industrie, in der Politik, im Senat und den Bossen in den Theatern.

Und Ihr sitzt immer noch hier und klatscht Beifall. Und Ihr laßt Euch morgen wieder von Springer aufhetzen gegen die, die endlich gegen diese Bosse revoltieren. Und Ihr macht Euch morgen, wenn Ihr seine Zeitungen lest anstatt sie zu zerreißen, wieder zu Mittätern Josef Bachmanns, dem Attentäter Rudi Dutschke

Steht auf und wehrt Euch endlich gegen Polizeiterror und Springerhetze!

Heute nachmittag in der Meinekestraße lieferte die Polizei den oppositionellen Studenten eine Kesselschlacht. Während die Polizei Tanzmusik aufspielte, wurden 500 Demonstranten verhaftet. Wenn Ihr Euch nicht wehrt gegen die Kesseltreiber, gehört Ihr selbst zu den Kesseltreibern!

Kommt raus aus den Theatern! Kommt mit uns auf die Straßen! Helft uns den Kessel sprengen, in dem wir alle sitzen!

13.04.1968:
In Berlin wird ungefähr heute eine Übersicht "Aktionsgliederung und Komitees" über die meist in der TU ansässigen Untergliederungen des Aktionskomitees der Schüler, Studenten und Arbeiter Berlins verfasst.
Q: N. N.: Aktionsgliederung und Komitees, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

E0702

13.4.68

NEU!!!!

Telefonnummer TU 31o781

Aktionsgliederung und Komitees

Technischer Ausschuß(Raumbeschaffung, Tontechnik usw.)
Pförtnerloge Audi Max

Kommunikation u. Inforamtion -
App. 964 u- 441
Zi. 2133

Technische Produktion (druck u-Papier) Zi. 2135

Redaktion App. 3361 Zi. 2126-27

Lokale Basisgruppen (kontakte,Betriebe,Verbände)
RC Wielandstr.27 Tel. 8834075/74/ 76

Verteilung v. Flugblätter -Garderobe im Foyer Audi Max

Städtische Aktionen - Foyer im Audi Max

Rundfunk u, Fernsehen (verhandlungen,Programmgestaltung)
Zi. 2125-26-27

Springermassenaktionen - Zi. 2136 App. 9
494

Ermittlungen Zi. 2137 App. 48 94

Öffetnlicher Presseraum Zi. 2133ß

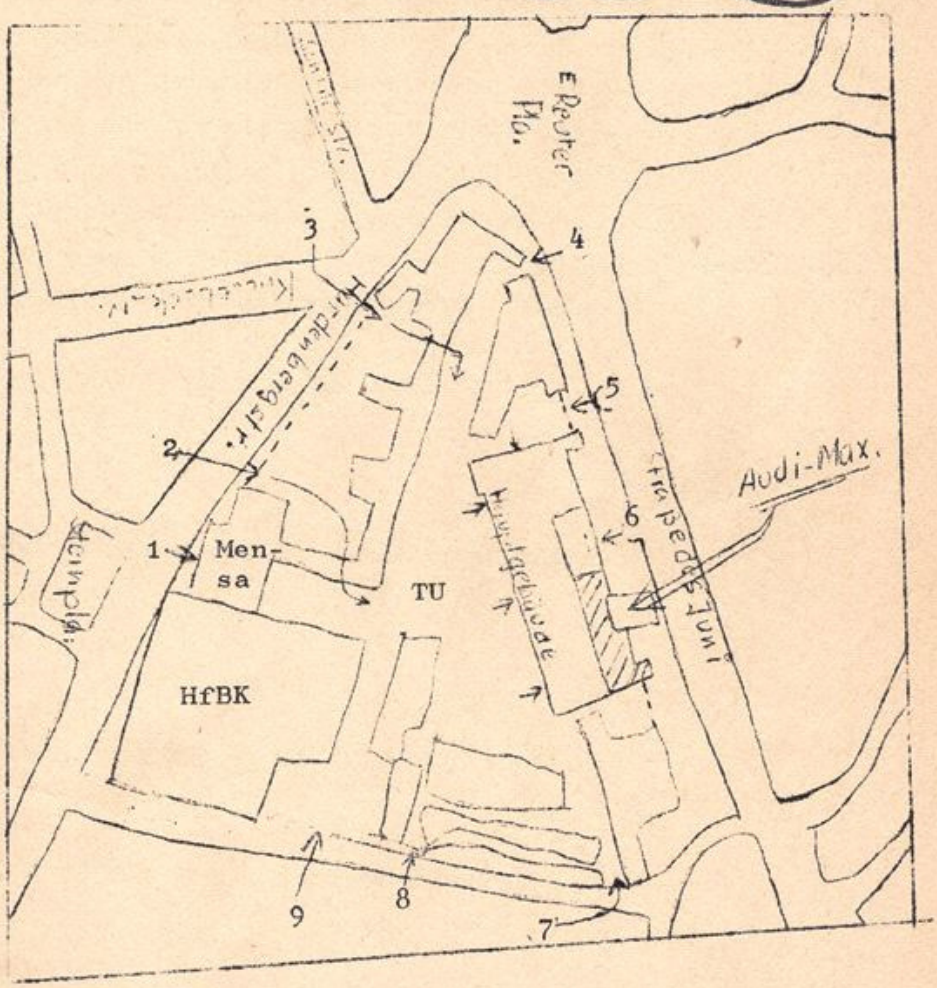
Allgemeine Koordination (ständig tagender Ausschuß)
Zi. 2129-App. 989

13.04.1968:
In Berlin gibt die Studentenvertretung der TU vermutlich ungefähr heute ein 'AStA-Info' heraus mit einer Karte "Zugänge zur TU".
Q: SV TU: AStA Info Zugänge zur TU, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

15-2-68 (?)
evt. vom Febr.

ASTA-INFO

ZUGÄNGE ZUR TU



ZUGÄNGE:

1 bis 18.30 geöffnet

2 u.5 dauernd geöffnet

3,4,6-9 bis 2o.oo geöffnet

13.04.1968:
Von der 'Bochumer Studenten Zeitung' erscheint heute ein Extrablatt, in dem zu einer Demonstration gegen den Mordanschlag auf Rudi Dutschke (vgl. 10.4.1968) in Bochum aufgerufen wird. Von dieser Demonstration wurde uns allerdings bisher nichts bekannt, während es in Essen (vgl. dort) hoch her ging.
Q: Bochumer Studenten Zeitung Extra, Bochum 13.4.1968

13.04.1968:
Laut der 'Bochumer Studenten Zeitung' kommt es in der Nacht vom 13. auf den 14.4. vor dem Essener Druckhaus des Axel Springer Verlags zu Aktionen von Studenten, die nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke die Auslieferung der 'Bild-Zeitung' verhindern wollen. Ca. 2 000 Demonstranten (unter ihnen auch das SDS Mitglied Stephan Bock, der u. a. führend bei diesen Aktionen ist), besetzen die Ausfahrten des Druckhauses, beginnen später damit "Barrikaden zu bauen - das Absperren mit menschlichen Körpern erschien zu gefährlich. … Eine Baustelle vor dem Haus lieferte das Material: Balken, Mülltonnen waren es zunächst. Zwei hintereinanderliegende Sperren wurden errichtet. … Als wieder zwei Springer-Wagen einen Ausbruch versuchten, roch es plötzlich nach Benzin: eine Barrikade ging in Flammen auf. Zeitungen wurden von den Wagen gerissen, auch sie wurden angezündet. … Mittlerweile waren an der anderen Ausgangseite der Sachsenstraße Wagen der Demonstranten quer auf die Straße gestellt. … Auch am vorderen Ende wurden sofort die Barrikaden neu aufgebaut. … Das war um 23 Uhr. Währenddessen wurden die Barrikaden immer höher. Auf der einen Seite der Straße wurde ein herbeigerollter Aral-Tankwagen von einer Baustelle geholt und quergestellt: diese Barrikade wurde mit Balken, Pflastersteinen, die aus der Straße gerissen wurden, verstärkt. … Auf der anderen Seite wurde die Absperrung dreigestaffelt: vorn vier Stahlträger, von jeweils fünfzig Demonstranten Hunderte von Metern herbeigeschleppt … in der zweiten Stufe eine Baumaschine, Mülltonnen, Stahldrähte, in der dritten Stufe Massen von Tonröhren. … Stahldrähte wurden kunstvoll in die Straße gestoßen, sie bildeten eine Rosette von drei Metern Höhe, auch hier eine rote Fahne. … Auf der anderen Seite - auf der Sachsenstraße - war es ruhig: an jeder Barrikade ein paar Posten an einem Feuer, dazwischen diskutierende Gruppen, die Straße war erobert, das Springer-Haus belagert. Die Polizei hatte vollends kapituliert. … Kurz vor vier Uhr rückten die ersten Polizeitrupps an. … Dann machte sich allmählich die Kälte bemerkbar, die durch die Übermüdung verstärkt wurde: viele Demonstranten fuhren nach Hause. Da brachen sie dann durch, es waren nur noch hundert Demonstranten, sie konnten es nicht mehr verhindern: WELT und BILD wurden ausgeliefert."
Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 22, Bochum 1968, S. 1f

14.04.1968:
Das Anti-Springer-Komitee (ASK) Heidelberg gibt vermutlich heute seine 'Gegenzeitung der Anti-Springer--Kampagne' heraus unter der Schlagzeile "Attentat auf Rudi Dutschke - Protestaktionen gegen Axel Springer!". Berichtet wird über die Pressekampagne und aufgerufen: "Brecht die Macht der Manipulateure!".
Q: ASK: Gegenzeitung der Anti-Springer--Kampagne Attentat auf Rudi Dutschke - Protestaktionen gegen Axel Springer!, Heidelberg O. J. (1968)

G E G E N Z E I T U N G

der Anti-Springer-Kampagne

Attentat auf R u d i D u t s c h k e - Protestaktionen gegen A x e l S p r i n g e r !

Die Springerzeitungen tun ganz harmlos. Der Kampf und die Auseinandersetzungen, die die Bundesrepublik seit Donnerstag durchtoben, haben nach Auffassung des Springerkonzerns garnichts mit seinen Zeitungen zu tun.
Dass die oppositionellen Studenten, das Attentat auf Rudi Dutschke mit Protestaktionen gegen den Springerkonzern beantworteten, wäre, wenn man Axel Springer und seinen Zeitungen glauben wollte, vollkommen unverständlich: dort wird das Attentat als private Auseinandersetzung zwischen extremistischen Radikalen beschrieben und Axel Springer als zufälliger Prügelknabe dargestellt, der gerade deshalb in die Schußlinie der Radikalen geriet, weil er immer schon für Ruhe und Ordnung eintrat.
Die Wahrheit ist: Seit sich in der Studentenschaft ein oppositioneller Kern herausbildete, der nicht nur schöngeistige Reden hielt, sondern nach und nach eine Strategie der Demokratisierung herausarbeitete und diese auch in Aktionen umsetzte, reagierte die Springer-Presse immer hysterisch und ging zur mehr oder weniger unverhüllten Mordhetze über. Die Springerzeitungen hatten ihre Aufgabe innerhalb des spätkapitalistischen Systems hervorragend begriffen: diesem Staat und dieser Gesellschaftsordnung gelang es die Massen nahezu völlig zu entpolitisieren und zu bloßen Konsumenten zu machen. Es muß versucht werden, jeden Keim aufkommender Opposition zu zertreten und alle Ansätze demokratischer d.h. sozialistischer Politik zu zerschlagen.
Die Stationen dieser Hetzkampagne sind der 2.Juni, an dem Benno Ohnesorg erschossen wurde, der 18.Februar an dem der Linken in Berlin eine Kesselschlacht bereitet werden sollte, die lediglich durch einen ordentlichen Gerichtsbeschluß verhindert werden konnte und jetzt diese Ostertage, die zum Anlaß genommen werden sollen, den SDS zu verbieten und damit die außerparlamentarische Opposition entscheidend zu schwächen. Im Verlauf dieser Hetzkampagnen arbeitete die Springer-Presse hervorragend mit einer gewalttätigen Staatsmacht zusammen: Die Springerzeitungen schufen das Klima in dem die Polizei ungestraft knüppeln konnte. Hatte die Polizei erst geknüppelt, dann waren die Springer-Zeitungen allemal zur Stelle, um die Maßnamen der Polizei nicht nur zu rechtfertigen, sondern die zusammengeschlagenen Studenten und Oppositionellen auch noch bei der Bevölkerung zu diffamieren.
Den Studenten, die einfach die Verfassung der Bundesrepublik ernst genommen hatten, die geglaubt hatten, man könne sehr wohl gegen einen verbrecherischen Potentaten demonstrieren ohne von der Polizei zusammengeschlagen zu werden, diesen Studenten wurden solche Illusionen mit Knüppeln ausgetrieben und sie mußten sich von den Springer-Zeitungen darüber belehren lassen, daß ihnen Recht geschehe. Die konzertierte Aktion der Polizei und der Springer-Presse hatte Erfolg: seit Monaten fordern die Leser von "Bild" und "Morgenpost": "Unruhestifter ausmerzen!" - "Störenfriede ausmerzen" - "Endlich mit eisernem Besen auskehren" - "Mal richtig säubern" etc. Die Springer-Zeitungen waren sich der Unterstützung durch das Establishment sicher, zu dem leider auch der Berliner DGB-Chef und Parlamentspräsident S i c k e r t gehört. Noch vor dem 2.Juni hatte er die Bevölkerung zur Lynchjustiz aufgefordert: "Wir müssen die Berliner dazu bringen, sich dieser Störenfriede wieder selber zu entledigen, ohne daß die Polizei eingreifen muß." Durch Rückendeckung gesichert, konnten die Springer-Zeitungen mit Schlagzeilen aufwarten wie folgenden:"Jetzt wird aufgeräumt" - "Rabatz-Studenten soll es an den Kragen gehen!"

- 2 -

Die demokratischen Studenten Berlins nahmen die Lehre ernst. Es wurde ihnen klar, daß die Verfassung dieses Staates längst zur Farce gewörden sein muß, wenn solche Sätze schon wieder ungestraft gedruckt und in Millionenauflagen unters Volk gebracht werden dürfen. Die demokratischen Studenten Berlins begannen über die Bedingungen nachzudenken, die solche Sätze ermöglichen. Faschismus und Nazitum blieben ihnen nicht länger bloß historische Begriffe. Sie gewannen für sie immer klareren Inhalt: Hetze gegen Minderheiten erfuhren sie am eigenen Leib. Die Berliner Studenten wurden radikal,- radikal freilich nicht in dem Sinne wie die Springer-Zeitungen und ihre Helfershelfer in Bundesregierung und Berliner Senat der Bevölkerung vormachen. Radikal sein, hieß für die Berliner Studenten und die ganze außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik immer: die Übel an der Wurzel packen! Und als Wurzel der Übel erkannten sie nach und nach die soziale und ökonomische Struktur dieser Gesellschaft selbst. Ihre radikal-demokratische Opposition wurde zur sozialistischen. Um so mehr Grund für die Springer-Presse und das Establishment das durch sie vertreten wird, die Liquidation dieser Studenten vorzubereiten.

Als der Berliner SDS den Vietnam-Kongress plante und der Berliner Senat daran ging sich auf eine Kesselschlacht gegen die außerparlamentarische Opposition einzustimmen, forderte die "Bild-Zeitung" am 2.Februar: "Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!" Dieselbe Zeitung, die den Vietnamkrieg immer nur zum Anlass genommen hatte, den Mord am vietnamesischen Volk zu verherrlichen, nahm ein paar eingeworfene Fensterscheiben zum Anlaß, auch im eigenen Lande Ordnung zu schaffen in ihrem Sinn. Diese Ordnung hatte schon das Leben von Benno Ohnesorg gekostet!

Das genügte Axel Springer noch keineswegs. "Bild" schrieb: "Man darf über das, was zur Zeit geschieht, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Und man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen." Neben diesen Text setzten die Bild-Redakteure ein Foto von "SDS-Dutschke".

Die Kesselschlacht gegen die Linke, die vom Beliner Senat geplant und von den Springer-Zeitungen propagiert worden war, scheiterte an einem Urteil des Verwaltungsgerichts, das ein illegales Demonstrationsverbot des Senats aufhob.

Springer-Presse und Senat, aufs äußerste empört über den Urteilsspruch eines bürgerlichen Gerichts, riefen zu einer Gegenkundgebung auf. Diese Kundgebung, zu der mit allerlei trüben Machenschaften vierzigtausend Berliner zusammengetrieben werden konnten, wurde zu einem Fanal des wiederaufkommenden Faschismus in Deutschland.

Waren schon während der Vietnam-Demonstration einzelne aufgeputschte Bürger aggressiv und gewalttätig gegen Demonstranten vorgegangen und letzlich vom massenhaften passiven Widerstand der Demonstarnten an offenem Terror gehindert worden, so gelang es jetzt durch die Hetze der Springer-Presse und die Brandreden der Schütz, Sickert und Konsorten endgültig den faschistischen Mob für angeblich demokratische Zwecke zu mobilisieren. Das Resultat waren etliche Verletzte. Leute. die wie Studenten aussahen, mußte die Polizei in "Schutzhaft" nehmen.

Der Unterschied zwischen der disziplinierten Demonstration des Vietnam-Kongresses vom 18.2.68 und der senatseigenen Großkundgebung sprang in die Augen.

Die Fixierung der Springer-Presse auf Rudi Dutschke, den sie zur roten Symbolfigur umfunktioniert hatte, führte bei der Anti-Studenten-Kundgebung des Senats beinahe zum 2. politischen Mord in Berlin: Die aufgeputschten und verhetzten, jahrelang hinters Licht geführten Kungebungsteilnehmer nahmen die Pogromhetze wörtlich und bedrohten einen Berliner Verwaltungsangestellten, der Rudi Dutschke glich, mit brutaler Lynchjustiz.

Lutz-Dieter M e n d e, der diese physiognomische Ähnlichkeit mit schwer
Verletzungen bezahlen mußte, berichtete im "Stern":"Ich hatte fürchterli
Angst. Sie schrien:'Schlagt ihn tot, hängt ihn auf!' Sie meinten mich.
Ich wollte über den Ladentisch springen, aber der Inhaber stellte sich m
in den Weg. Ich bat ihn die Polizei zu rufen. Aber da kamen schon die Ve
folger herangestürmt. Der Ladenbesitzer schriemich an:'Gehen Sie raus au
meinem Geschäft, die schlagen mir sonst alles kaputt!' Mit letzter Kraft
kam ich wieder raus und geriet in das brüllende Menschenknäuel. Da wurde
ich zum zweitenmal niedergeschlagen." Zuvor hatte man den vermeintlichen
Rudi Dutschke mit einer Flasche traktiert. "Ich spürte am ganzen Leib nu
noch Schläge. Irgendwie konnte ich mich aber wieder hochrappeln."
Der Polizeioffizier, der Mende schließlich rettete, berichtet:"Wir hatte
schon einige Zwischenfälle vorher erlebt. Es war für uns eine ganz neue
fahrung:das war ja eine entmenschte Masse. Ich war gerade nach vorn ge-
gangen, um die Lage zu erforschen, als mir der junge Mann entgegen geran
kam. Er lief mir direkt in die Arme, fiel mir um den Hals und stammelte:
Um Gottes Willen, schützen sie mich, die wollen mich totschlagen.' Hinte
ihm her kamen an die tausend Leute, die uns beide nun noch vierzig Meter
weiter verfolgten. Dann hatten sie uns eingeholt. Die Leute johlten und
riefen:"Schlagt den Dutschke tot." Ich bekam Schläge auf den Rücken. Wir
wurden zu Boden geworfen. Die Menge war außer sich. Wir haben uns dann d
letzten Meter bis zum Wagen irgendwie hingeschleppt. Ich konnte gerade
noch die Tür aufreißen und den jungen Mann hineinstoßen."
Draußen drängte sich der aufgeputschte Mob. Eine Scheibe des Polizeiwa-
gens wurde eingeschlagen. Man brüllte:"Lyncht ihn, hängt ihn auf!"
Solches geschah auf einer Kundgebung des Senats, auf der gezeigt werden
sollte, was die Berliner Bevölkerung unter Demokratie versteht. Solches
passierte unter den Augen von Schütz, Sickert und Konsorten, die einst-
weilen auf dem Podium weiterhetzten.
Aber diese Berliner sind von allen guten Geistern verlassen und haben si
willenlos einem Pressekonzern ausgeliefert, der in Verfolgung seiner Zie
auch vor Leichen nicht zurückschreckt. Denn: haben die Springer-Zeitunge
etwas gelernt aus dem Verhalten iher Leser? Sind sie zur Besinnung gekom
men?
Sie, die jede jede rationale Diskussion nahezu unmöglich gemacht haben,
treiben ihr für Oppositionelle und alle Studenten lebensgefährliches
Spiel weiter, als wäre nichts geschehen. Sie kommen selbst jetzt nicht z
Besinnung, wo einem verhetzten Psychopaten keine Verwechslung unterlief
und er den niederschoss, den die Springer-Presse immer schon meinte.
Statt dessen setzen sie sich aufs hohe Ross und spielen gekränkt.
Nie und nirgends haben die oppositionellen Studenten Gewalt angewandt ge
gen Personen, es sei denn sie mußten sich verteidigen gegen handgreiflic
Angriffe einer irregeführten Polizei.
Nie und nirgends haben sie zur Gewaltanwendung gegen Personen aufgeforde
wie dies in den Springer-Zeitungen fast täglich geschieht.
Niemals kam es bei Demonstrationen der Linken zu irgendwelchen Terror-
Akten gegen Personen.
Sie wurden geschlagen und getreten und sie verzichteten meist auf Gegen-
wehr. Als jetzt Rudi Dutschke niedergeschossen wurde, war es selbstv
ständlich, daß sie sofort klarmachten, wo die Brutstätte dieser Gewalt-
tätigkeit liegt.
Es bedurfte wahrlich keiner "Drahtzieher" und keiner "Hintermänner", es
bedurfte auch keiner großartigen Organisation, damit sich Tausende von
Demonstranten vor die Springer-Gebäude begaben und spontan den Zusammen-
hang herstellten, der zwischen dem Attentat auf Rudi Dutschke und dem

Der Versuch einer Auslieferungsverhinderung der Springer-Erzeugnsse, de nur zum Teil gelang und mehr symbolischen Charakter hatte, bedarf keine Rechtfertigung mehr. Die Linke hat in Analysen der Berichterstattung de Springer-Zeitungen längst klargemacht, wie dort selbst die demokratisch Reste dieser Gesellschaft zugrunde gerichtet werden. Sie hat auch die Funktion dieser Berichterstattung für die Selbsterhaltung des Systems klargemacht.
Die Entpolitisierung der Massen, wie sie der Springer-Konzern betrei t, is lebenswichtig für diese Gesellschaft, die vom Betrug der Massen lebt. A gerade die politische Apathie der Massen wird durch die Studentenbewegu und die keimhafte Selbstorganisation der außerparlamentarischen Opposit in Frage gestellt. In den rüden Hetzen gegen die Studenten zeigt sich d Grad der Gefährdung dieses Systems. Die einfache Forderung nach Diskuss und die Wahrnehmung des Demonstrationsrechtes hatte schon einen Angriff das System selbst bedeutet. Folgerichtig mußte die Springer-Presse vers chen, die entpolitisierten Massen gegen die Studenten zu mobilisieren. Dieser Versuch konnte nur in Akten individuellen Terrors gegen Personen enden, denn politische Praxis ist auf der Basis zerstörter Vernunft und heruntergekommener Öffentlichkeit nicht möglich. Demgegenüber bedeuten die spontanen Aktionen gegen den Springer-Konzern einen Akt solidarisch und kollektiver Notwehr.
Die Springerzeitungen versuchen jetzt die Verantwortung für das Attenta von sich abzuschieben, und ihre Handlanger in Bundesregierung und Berlin Senat, die Kiesinger und Schütz, unterstützen sie tatkräftig.
In jener Nummer der "Bild-Zeitung", deren Auslieferung wenigstens zum T verhindert werden konnte (13.4.68), heißt es: "Der fanatische Linksradika Dutschke wurde das Opfer eines halbirren Rechtsradikalen."
Die vollkommen unsinnige Gleichsetzung von "Linksradikalismus" und "Rec radikalismus" wird in diesem Zusammenhang zum reinen Verbrechen: Dutsch wird mit seinem eigenen Mörder identifiziert.
Die "Bild-Zeitung" nützt selbst das Attentat gegen Rudi Dutschke aus, u die Linke zu diffamieren: "Mit Dutschke fühlen in diesen Stunden selbst diejenigen, die seine politischen Ansichten nicht teilen, die in ihm ei Gefahr für unsere Demokratie sehen. Seinen Freunden aber scheinen die d Kugeln, die ihn trafen nur willkommener Anlass für neue Haß-und Gewalta zu sein.... Dutschkes Anhänger ... rufen auch jetzt, da er das Opfer de von ihm gepredigten Hasses wurde, nach Gewalt."
Durchgängig wird die Identität von Opfer und Attentäter behauptet, und der Notwehr-Akt der Studenten, der sich gegen keine Person, sondern geg eine Institution richtet, die sie bedroht, als Haß- und Gewaltakt diffa miert. Aber gerade hierdurch werden die verschiedenen Aktionen in ihre Berechtigung bestätigt. Keine "Welle blindwütiger Gewalttätigkeit" (Hamburger Abendblatt v. 13./14.April 1968) tobt durch die Bundesrepubl vielmehr zeigte sich die außerparlamentarische Opposition erstmals auf breiter Ebene, spon tan und solidarisch in der Lage, daß zu tun was not-wendig war: zu zeigen, wer hier für die Gewalttätigkeit verantwortlich ist, der Rudi Dutschke zum Opfer fiel.
Obwohl die Springer-Presse und vor allem die "Bild-Zeitung" lediglich e Symptom für die Zerstörung jedes demokratischen Inhalts dieser Gesellsc sind, muß der Springer-Konzern allererst zerschlagen werden, bevor eine politische und rationale Urteilsbildung innerhalb dieser Gesellschaft möglich wird.
An ihrer Haltung im Kampf gegen den Springer-Konzern muß heute jede demokratische Opposition gemessen werden!

B R E C H T D I E M A C H T D E R M A N I P U L A T E U R E !

Anti-Springer-Komitee Heidelberg

14.04.1968:
Der SDS Heidelberg gibt vermutlich heute das Flugblatt "Anti-Springer--Kampagne in Stuttgart" heraus, dass zur Diskussion über Protestaktionen gegen Axel Springer nach der Schlußkundgebung des Ostermarsches in Stuttgart aufruft, zu der aus Heidelberg eine gemeinsame Abfahrt organisiert wird.
Q: SDS: Anti-Springer--Kampagne in Stuttgart, Heidelberg O. J. (1968)

Anti-Springer-Kampagne in Stuttgart

In der Nacht vom 12. auf den 13. April 1968 haben im ganzen Bundesgebiet Aktionen der ausserparlamentarischen Oppositon gegen Druckereien der Springer Presse stattgefunden. Das hatte Gründe:
Nicht nur den, daß die Zeitungen A.C. Springers mehr als ein Drittel des westdeutschen Zeitungsmarktes beherrschen: (Schon das wäre ein Grund, müßte Grund sein für die Hüter des Grundgesetzes, d.h. das Parlament, gegen ihn vorzugehen, da dadurch die Freiheit der Presse ernsthaft gefährdet ist.)
Nicht nur den, daß die Zeitungen des Springer-Konzerns in Berlin nahezu 50% der Presse beherrschen; (schon das wäre Grund, müßte Grund sein jedenfalls für die Hüter der Berliner Verfassung, das heißt das Abgeordnetenhaus und den Berliner Senat, gegen ihn vorzugehen, da dadurch eine Pressefreiheit in Berlin tatsächlich nicht mehr existiert.)
Nicht nur den, daß die Zeitungen des Springer-Konzerns die politische Atmosphäre der Bundesrepublik vergiften, indem sie
alles, was links ist, als kommunistisch und damit nicht mehr diskussionswürdig diffamieren, ohne sich eine herrschaftsfreie, d.h. kommunistische Gesellschaft auch nur vorstellen zu können;
alles, was rechts ist, als tolerabel und staatserhaltend bagatellisieren und integrieren;
alles, was den Interessen der Besitzenden entgegenkommt, propagieren;
alles, was den Interessen der arbeitenden Bevölkerung dient, als überholtes Klassenkampfdenken deklassieren. (Schon das wäre Grund, müßte Grund sein jedenfalls für die lohnabhängigen Massen, gegen ihn vorzugehen.)
Diese drei Gründe haben bisher niemanden bewegt, gegen den Springer-Konzern vorzugehen. Aber sie haben die oppositionellen Kräfte bewegt, sich über die Zeitungen des Springer-Konzern Gedanken zu machen. Das mag Springer nicht. Er will nicht, daß jemand denkt, vor allem nicht, daß jemand über ihn nachdenkt. Darum hat er in seinen Zeitungen diejenigen, die über ihn nachdenken, und die versucht haben, das Ergebnis ihres Nachdenkens bekannt zu machen, als Staatsschädlinge, als Radikale, als Schmarotzer, als Terroristen diffamiert. Und er hat damit etwas erreicht:
Er hat erreicht, daß Arbeiter den Arbeitskampf- das legitime Mittel, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen- als staatsschädigend und krankhaft empfinden.
Er hat erreicht, daß Sozialisten für teuflisch, brutal, niederträchtig und dumm gehalten werden.
Er hat erreicht, daß Leute, die anders denken als Springer, Zielscheibe des allgemeinen Hasses werden, der seine höchste Steigerung in Mord und Mordversuch erreicht.
Springer hat das erreicht, mit Stolz und Kapital. Und keine Hand hat sich gerührt, keine jedenfalls jener Hände, die auftragsgemäß sich hätten rühren müssen. Alle jene Hände haben sich nicht gerührt, weil sie selber Interesse haben an dem, was Springer erreicht hat.
Sie brauchen viel Kapital und fügsame Arbeitskräfte, -Springer verteufelt den Streik und verwehrt den Arbeitern die Erkenntnis ihrer Abhängigkeit.
Weil sie viel Kapital und verfügbare Arbeiter brauchen, brauchen sie Notstandsgesetze. -Springer propagiert die Notstandsgesetze.
Weil sie Notstandsgesetze brauchen, brauchen sie die große Koalition.
Weil das Kapital davon lebt, daß wenige viele, daß Kapitalisten Arbeiter ausbeuten, braucht es keine Miesredener. Darum hetzt er gegen oppositionelle Studenten. Darum hat Springer zu tun mit dem Mord an Benno Ohnesorg, darum hat Springer zu tun mit den Schüssen auf Dutschke. Darum hat das regierende Kapital keinen Grund, gegen Springers Konzern vorzugehen, denn Kiesinger und Springer: Das sind zwei Krähen mit heilen Augen in einem Käfig. Darum müssen die Beherrschten sich der Krähen erwehren, der laut krächzenden zuerst, weil ihr lautes Krächzen ablenkt von den Umtrieben der anderen, Springers zuerst, weil sein Lamento Nebeldeckung gibt für die Anschläge der Herrschenden.
Darum ist die außerparlamentarische Opposition zur Aktion geschritten gegen Springer. Darum hat sie mit dieser Aktion die Interessengemeinschaft zwischen Regierung, Springer-Konzern und Unternehmern aufgedeckt. Darum reagiert die außerparlamentarische Opposition nicht mit maßlos-ohnmächtiger Empörung, sondern versucht in Aktionen unmißverständlich klarzumachen:

Die Macht der Manipulateure muß gebrochen werden.

Diskussion einer Aktion nach der Schlußkundgebung des Ostermarsches am 15. April, Schillerplatz, Stuttgart, 18 Uhr.
Abfahrt von Heidelberg in Privatautos 15Uhr und 16.30 ab Uniplatz. SDS Heidelberg

14.04.1968:
An der Universität Tübingen wird mit einem Flugblatt die "Ansprache des Bundesjustizministers Dr. Gustav Heinemann im Fernsehen am 14.4.1968" zu den Osterunruhen bzw. den Springerblockaden u.a. in Esslingen verbreitet.
Q: N. N.: Ansprache des Bundesjustizministers Dr. Gustav Heinemann im Fernsehen am 14.4.1968, O. O. (Tübingen) O. J. (1968)

Ansprache des Bundesjustizministers Dr. Gustav Heinemann im Fernsehen am 14.4.1968

Verehrte Mitbürger!

Diese Tage erschütternder Vorgänge und gesteigerter Unruhe rufen uns alle zu einer Besinnung. Wer mit dem Zeigefinger allgemeiner Vorwürfe auf den oder die vermeintlichen Anstifter oder Drahtzieher zeigt, sollte daran denken, daß in der Hand mit dem ausgestreckten Zeigefinger zugleich drei andere Finger auf ihn selbst zurückweisen. Damit will ich sagen, daß wir alle uns zu fragen haben, was wir selber in der Vergangenheit dazu beigetragen haben könnten, daß ein Antikommunismus sich bis zum Mordanschlag steigerte, und daß Demonstrationen sich in Gewalttaten der Verwüstung bis zur Brandstiftung verloren haben.

Sowohl der Attentäter, der Rudi Dutschke nach dem Leben trachtete, als auch die 11 000 Studenten, die sich an den Demonstrationen vor Zeitungshäusern beteiligten, sind junge Menschen. Heißt das nicht, daß wir älteren den Kontakt mit Teilen der Jugend verloren haben oder ihnen unglaubwürdig wurden? Heißt das nicht, daß wir Kritik ernst nehmen müssen, auch wenn sie aus der jungen Generation laut wird?

Besserungen hier und an anderen Stellen können nur dann gelingen, wenn jetzt von keiner Seite neue Erregung hinzugetragen wird. Gefühlsaufwallungen sind billig, aber nicht hilfreich - ja sie vermehren die Verwirrung. Nichts ist jetzt so sehr geboten wie Selbstbeherrschung - auch an den Stammtischen oder wo immer sonst das Geschehen dieser Tage diskutiert wird.

Das Kleid unserer Freiheit sind die Gesetze, die wir uns selber gegeben haben. Diesen Gesetzen die Achtung und Geltung zu verschaffen, ist Sache von Polizei und Justiz. Es besteht kein Anlaß, zu bezweifeln, daß Polizei und Justiz tun, was ihre Aufgabe ist.

Wichtiger aber ist es, uns gegenseitig zu dem demokratischen Verhalten zu verhelfen, das den Ersatz von Polizei und Justiz erübrigt.

Zu den Grundrechten gehört auch das Recht zum Demonstrieren, um öffentliche Meinung zu mobilisieren. Auch die junge Generation hat einen Anspruch darauf, mit ihren Wünschen und Vorschlägen gehört und ernst genommen zu werden. Gewalttat aber ist gemeines Unrecht und eine Dummheit obendrein. Es ist eine alte Erfahrung, daß Ausschreitungen und Gewalttaten genau die gegenteilige öffentliche Meinung schaffen, als ihre Urheber wünschen. Das sollten, so meine ich, gerade auch politisch bewegte Studenten begreifen und darum zur Selbstbeherrschung zurückfinden.

Unser Grundgesetz ist ein großes Angebot. Zum erstenmal in unserer Geschichte will es in einem freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat der Würde des Menschen Geltung verschaffen. In ihm ist Platz für eine Vielfalt der Meinungen, die es in offener Diskussion zu klären gilt.

Uns in diesem Grundgesetz zusammenzufinden und seine Aussagen al Lebensform zu verwirklichen, ist die gemeinsame Aufgabe. Die Bewegtheit dieser Tage darf nicht ohne guten Gewinn bleiben.

14.04.1968:
In Berlin gibt der Koordinationsausschuß der in der TU versammelten Gruppen der APO eine Presseerklärung zur drohenden, aber durch den Rektor der TU abgelehnten polizeilichen Räumung heraus.
Q: Koordinationsausschuß der in der TU versammelten Gruppen der APO: Presseerklärung, Berlin 14.4.1968

Presseerklärung

Berlin, 14.4.1968, 16.30 Uhr

Die Technische Universität ist seit dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke der letzte Versammlungsort und der letzte Ort der Kommunikation für die Studenten und Mitglieder der Außerparlamentarischen Opposition in Berlin.

Wir begrüßen die besonnene Haltung von Rektor Weichselberger, der bestrebt ist, die Autonomie der Universität zu verteidigen. Wenn durch politischen Durck des Senats der Außerparlamentarischen Oppositon auch noch dieser letzte Diskussionsort genommen wird, zwingt man sie dazu, sich nur noch durch Straßenaktionen zu artikulieren.

Eine Räumungsaktion würde außerdem dazu führen, daß die politische Konfrontation erneut auf dem Rücken der Polizei ausgetragen würde.

Koordinations-Ausschuß der in der TU versammelten Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition.

14.04.1968:
In Berlin gibt die Pressestelle des Aktionskomitees der Arbeiter, Schüler und Studenten das Flugblatt "Ausschnitte aus Solidaritätserklärungen" Nr. 1 heraus.
Q: Aktionskomitee der Arbeiter, Schüler und Studenten: Ausschnitte aus Solidaritätserklärungen Nr. 1 Titel unbekannt, O. O. (Berlin) 14.4.1968

Ausschnitte aus SOLIDARITÄTSTELEGRAMMEN Nr.1/14.4

Auswahl aus den eingegangenen Telegrammen (Solidarität mit der außerparlamentarischen Opposition, dem SDS; Wünsche für Rudi Dutschke Hilfsangebote etc.) Es gingen bisher etwa 300 Telegramme ein.

Für die Richtigkeit: Pressestelle beim Aktionskommitee der Arbeiter, Schüler und Studenten in der TU.
II. Stock, Raum 2133, Tel.31(
App. 76

"Die Kreuzberger Vorstände der Freien Demokraten und Jungdemokraten ... verurteilen die Verhetzung der Massen, die eine solche Wahnsinnstat möglich macht. Die Vorstände sehen ihre Verpflichtung darin, die gesellschaftlichen Ursachen für dieses Attentat zu bekämpfen."
Heidemüller und Schonkowski (Westberlin)

"Wir sind mit Ihnen" VOLTE (Utrecht/Holland)

"Mit großer Bestürzung und Erschütterung habe ich soeben von dem Attentat auf Rudi Dutschke erfahren. Als Rektor der Georg-August- Universität in Göttingen möchte ich Ihnen sagen, daß ich Ihre Empörung angesichts der schrecklichen Tat teile... Prof. J. E. Meyer (Göttingen)

"Rudi Dutschke, von vilen Ängstlichen als Aussenseiter dieser Gesellschaft betrachtet, von einem unbeachteten wirklichen Aussenseiter verletzt, wurde ein Opfer unliebsamer gesellschaftlicher Zustände..."
Bundesjugendausschuss der Gewerkschaft ÖTV/KlausEng

"Wir möchten zu Ihren Protestdemonstrationen unsere Unterstützung ausdrücken". * Die Studenten der Philosophischen Fakultät der Universität Prag (Tschechoslowakai)

Telegramme ähnlichen Inhalts auch von:

Holecek Kovanda, Prag, Quaderni Piacentini/Mailand Ev.Jugendleiter: Helmut Hott u.Rolf Henning/Frankfurt; OStDir.Dr.Guethling/Buxtehude, Prof.W.Metzger u.Frau/Münster, Heinrich Hannover/Bremen; W.Jelsky/New York; Pfarrer Havemann u.Pfr.Hoffmann/Bln-Marienfelde, Giulio Einaudi u. die Mitarbeiter d.Verlages Einaudi/Turin; Falken u.Kampagne f.Demokratie u.Abrüstung/Ostwestfalen-Lippe, African National Congress South Africa/Youth and Students Section/London; H.Lederer/Essen; Roberto Cassola: FGSI/Rom; DFU-Kreisverband Kiel; Rechtsanwalt Eckart/München, AStA Bochum; Internationale Liga für Menschenrechte/West-Berlin; v.Auer: LS Bundesvorstand/Mainz; Martin Woythal: Landrat des Kreises Hanau/Hessen

"Solidarite´dans toute Europe". Secretariat Quatrieme Internationale (Brüssel)

"Zu Ihrer Genesung beste Wünsche. Fahren Sie mit Ihrer Arbeit fort".
Pol.Arbeitsgemeinschaft der Panzerpionierkompanie 18 (Eutin)

"Tod dem Faschismus. Wir kämfen weiter". Socialistische Jeugd Nederland (Amsterdam)

"Contro violenza imperialista necessita violenza rivoluzionaria..."
Luigi Nono (Milano)

"...Seien Sie gewiß, daß jeder freiheitliche Mensch in Deutschland sich für Meinungsfreiheit und gegen den Terror einsetzen wird".
Wilhelm Wolfgang Schütz/Kuratorium Unteilbares Deutschland (Bonn)

"Schuldig sind die Kräfte in Berlin, denen es bei der Auseinandersetzung mit oppositionellen Minderheiten auf Gewalttaten, ja Totschlag nicht ankommt" Die Jungsozialisten des Kreises Lippstadt/Hans Willer

Weitere Telegramme an Rudi Dutschke, den SDS und die Außerparlamentarische Opposition u. a. von:

Richmond Community Workshop/London; National Office SDS/New York; Dale A. Smith-SNCC/Kopenhagen; Compagni Venezia/Milano, Chris Gilmore/London; Klaus Fritzsche/Wetzlar; Pittori Scultori Milanesi/Mailand; Musicisti Italiani/Mailand; Fritz Becker/Westberlin; VSStÖ/Linz Richthof, HDV-Vorsitzender/Kiel; Josse Vaneyde/Antwerpen, Republikanischer Club/Viernheim; Billy Nafpaktitis/Westberlin; Rainer Nelle Katholische Studentengemeinde/Frankfurt, Jungsozialisten/Augsburg; Karlheinz Doehrmann, FDP/Neubruchhausen, Protestversammlung/Belgrad; Gerhard Paul/Karlsruhe, Horst Harmeling u.Gerd Pauksztat: Kreisvorstand-Jungsozialisten/Kempten Daniel Guerin/Paris, Actiegroep Vietna Amsterdam, Milan Opocensky u.Leonardo Franco/Genf, Politeia/Nijmwegen

"Erkläre unbedingte Solidarität mit Euren Aktionen".
Bockmann SPD-Ortsvorstand / Bad Oeynhausen

"Mitverantwortlich für den Anschlag auf Rudi Dutschke ist die vom Senat, Springer-Presse und anderen Gruppen in Berlin geführte Progro stimmung". Jürgen Jezierowski/Ev.Stud.Gemeinde i.d.BRD u. Westberlin

"Hasta la victoria siempre venceremos."
La asociacion de estudiantes latinoamericanos en Berlin Occidental.

"Die Polizeigewerkschaft im deutschen Beamtenbund spricht Ihnen ihr Mitgefühl aus..." Brockmann - Bundesvorsitzender (Lübeck)

Telegramme auch von:

Jordanische Studentenvereinigung in Europa/Berlin, Lothar Fischer - Oberfeldwebel/Balingen Griech.Zentrumsunion/Westberlin Jakob Goldber Chefredakteur/Essen SVB/Nijmwegen Jungdemokraten/Stuttgart Presseagentur Feldmann/Diessen-Ammersee Nebel - Präsident des Studentenpa laments / Stuttgart Hamburger Jugendring Jungsozialisten /Mindelheim AStA/Konstanz; Ev.Studentengemeinde/Kettwig Kaschubeck, 1.Vorsitzender der Jungsozialisten/Neuss AStA Kiel Karbaumer, Bayerischer Lehrer-u.Lehrerinnenverband/Passau, Berliner Brettl/Westberlin Sozialistische Studentenschaft/Palermo Bundesvorstand des RCDS/Bonn Initiativausschuß für die Wiederzulassung der KPD/ Hamburg, Generalunion Ausländischer Studentenvereine/Wien Studentenschaft TH/Darmst AStA München, Parti Wallon Travailleurs/Charleroi; ISMUN / Genf.

"Tief erschüttert und empört über abscheuliches Attentat. Ihr Mann wird gesunden. Er muß einfach. In innig empfundener Anteilnahme"
Waltraud Prinzessin von Preussen
Friedrich Wilhelm Prinz von Preussen (Kiel)

"Erschüttert über den Ausbruch brutaler Gewalt, die kein geistiges Problem zu lösen vermag, versichere ich Sie meiner aufrichtigen Teilnahme..." Prof.Dr.Weichmann, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg

Weiter Solidaritätstelegramme:
Jungsozialisten/Essen, SVB /Amsterdam Wilhelm und Käte Weischedel/ München, The Y ung Socialist Aliance/New York, HSAVW-Toronto/Canada Bundesleitung der FÖJ/Wien, FDP/Braunschweig; Edition du Seuil/Paris Bundesvorstand Jüdischer Studenten in Deutschland/Frankfurt, Prof. Ernst und Karola Bloch/Tübingen, Zentralrat der FDJ/Berlin, Bundesvorstand der HSU/Frankfurt; Dr.Schirmer, Studentenpfarrer/ Worms, SCE/ Esslingen, Türkische Studentenföderation i.Deutschland/ Köln.

und viele andere

15.04.1968:
In Esslingen finden im Rahmen der Anti-Springer-Kampagne erneut Demonstrationen gegen das Druck- und Verlagshaus Bechtle statt, an denen sich auch die Gruppe Heidelberg des SDS beteiligt (vgl. 12.4.1968).
Q: Innenministerium Baden-Württemberg: Verfügung: Verbot und Auflösung der Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Stuttgart 24.6.1970, zitiert nach: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 10, Bochum 29.6.1970

15.04.1968:
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, und der Senator für Inneres, Kurt Neubauer, sprechen den "Berliner Polizeibeamten für ihren, laut LPD, aufopferungsvollen Dienst während der Osterfeiertage" ihren Dank aus.
Q: Landespressedienst Nr. 75, Berlin 16.4.1968, S. 1

Landespressedienst

Aus den Senatsverwaltungen

BERLIN

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78013309

E 0702

16. April 1968
Nr. 75

INSTITUT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT

DANK AN DIE POLIZEI

Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz und der Bürgermeister und Senator für Inneres, Kurt Neubauer, haben am Montag, dem 15. April, gemeinsam in einem Schreiben den Berliner Polizeibeamten für ihren aufopferungsvollen Dienst während der Osterfeiertage ihren Dank ausgesprochen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

"Liebe Kollegen!

Wir alle hatten uns ein ruhiges und friedliches Osterfest erhofft und gewünscht.

Der verabscheuungswürdige Mordanschlag eines Einzelgängers hat bei allen in Berlin, besonders in der jungen Generation Empörung und Erregung hervorgerufen. Diese Empörung rechtfertigt nicht die gewaltsamen Ausschreitungen der letzten Tage. Senat und Polizei sind gegen Gewalt als Mittel der Politik. Andere haben Gewalttätigkeiten provoziert.

Trotz stärkster körperlicher und nervlicher Belastungen haben Sie, liebe Kollegen, mit der notwendigen Ruhe, Klarheit und Bereitschaft ihren polizeilichen Auftrag erfüllt. Recht und demokratische Ordnung in unserer Stadt sind von Ihnen unter schwersten Bedingungen nachdrücklich und angemessen geschützt worden.

Im Namen des Senats sprechen wir Ihnen dafür Dank und Anerkennung aus. Wir hoffen mit Ihnen, daß sich die Demonstranten von der Gewalt endlich lossagen und der heutige Tag keine neuen polizeilichen Einsätze notwendig macht.

(gez.) Klaus Schütz (gez.) Kurt Neubauer"

- - - - -

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Heinz Fanselau

15.04.1968:
In Berlin werden die Reden der heutigen Kundgebung "Macht einen neuen Anfang" auf dem Dag-Hammarskjöld-Platz später in einer Broschüre veröffentlicht, die uns nur als Fragment vorliegt. Enthalten sind neben einem Eröffnungsbeitrag mit einer Grußadresse des Bundesjugendrings (BJR) Reden von Heinrich Albertz, Prof. Ralf Dahrendorf, Knut Nevermann, Wolfgang Lefevre, Dr. Klaus Meschkat und Harry Ristock.
Q: N. N.: Kundgebung Hammarskjöld-Platz 15.4.1968, O. O. (Berlin) O. J. (1968) [Fragment]

15.04.1968:
In Berlin gibt das Informationskomitee der Versammelten in der TU das Flugblatt "Polizeiterror in der Nacht vom 14./15. April 1968" heraus.
Q: Informationskomitee der Versammelten in der TU : Polizeiterror in der Nacht vom 14./15. April 1968, Berlin 15.4.1968

Polizeiterror in der Nacht vom 14./15. April 1968

Im Audimax der TU wurde gestern abend beschlossen, die bei der Kesselschlacht am Vortag in der Meinickestraße massenhaft zusammengeschlagenen und inhaftierten Demonstranten in Autos abzuholen, die zwischen 22 und 24 Uhr aus der Spandauer Polizeischule, aus dem Polizeigebäude in der Friesenstraße und im Wedding freigelassen werden sollten.

Aus dieser Absicht wurde eine auf die Zerschlagung der außerparlamentarischen Opposition gezielte Falschmeldung gemacht, die über Rundfunk und Fernsehen verbreitet wurde: Die in der TU Versammelten hätten beabsichtigt, die Inhaftierten gewaltsam zu befreien.

Die Polizei begegnete diesem angeblichen Befreiungsversuch mit Gewalt:

FRIESENSTRASSE: Die zum Abholen erschienen Wagenbesitzer versammelten sich auf den Bürgersteigen der Friesenstraße in Höhe des Polizeigebäudes. Zwischen 22.15 und 22.30 Uhr erschienen überfallartig Mannschaftswagen vor dem Polizeipräsidium. Die Polizisten sprangen aus den Wagen und stürmten schlagstockschwingend ohne e jede Vorwarnung auf die Abholer zu. Die ersten drei Wagen wurden durch Knüppelhiebe schwer beschädigt, Lampen ausgeschlagen, Scheiben eingeschlagen, ein Verdeck aufgeschlitzt. Die Insassen, besonders Mädchen, wurden herausgerissen und meist von 5 Polizisten zusammengeschlagen. Ein Fahrer verlor drei Zähne.

Eine Gruppe rettete sich vor der Knüppelaktion in eine Gastwirtschaft - darauf drangen zwanzig Polizisten in die Wirtschaft ein und prügelten wahllos unbeteiligte Biertrinker und Flüchtende. Einige werden verhaftet, während ihre schwerdemolierten und verlassenen Wagen auf der Fahrbahn zurückbleiben.

Ein Polizist: "Hau ab, sonst schlag' ich Dir den Schädel ein !"

Zur gleichen Zeit zeigte sich die Polizei in Spandau ebenso brutal. Auch hier fuhr die Polizei ohne Vorwarnung mit Mannschaftswagen und Wasserwerfern von allen Seiten auf. Sie griffen sofort an. Flüchtende Wagen wurden gestoppt, die Insassen herausgezerrt, verprügelt und auf Lastwagen geworfen. Auch hier wurden die Wagen demoliert, Scheiben eingeschlagen. Der Polizeilautsprecher berief sich bei dieser Aktion auf Sonderrechte. Zu diesen Sonderrechten gehöre auch das Umstürzen von Wagen.

Dieses faschistische Vorgehen der Polizei kann nach dem 2. Juni und der ständigen Eskalation von Gewalttätigkeiten seitens der Polizei gegen Demonstranten nicht mehr als ein "Betriebsunfall" angesehen werden.

Dies ist konsequente Folge der hilflosen Politik eines Senats, der nicht die Interessen der Berliner Bevölkerung vertritt.

Rolf Schwiedrzik-Moabit
Informationskomitee
der Versammelten in der TU
15. 4. 1968

15.04.1968:
In Berlin gibt das Aktionskomitee der Arbeiter, Schüler und Studenten in der TU Berlin vermutlich heute das Flugblatt "Vorfall in der Polizeischule Spandau am 14.4.68" heraus. Enthalten ist auch der Bericht "Korrespondent der Neuen Presse Zürich 19 Stunden festgesetzt".
Q: Aktionskomitee der Arbeiter, Schüler und Studenten: Vorfall in der Polizeischule Spandau am 14.4.68, Berlin O. J. (1968)

VORFALL IN DER POLIZEISCHULE SPANDAU AM 14.4.68

Einige Polizisten mit Matrazen in den Händen betraten den Raum, in dem wir inhaftiert waren. Sie fragten, ob wir noch welche brauchten. Als wir bejahten, warfen sie die Matrazen auf uns. Einer wurde voll getroffen, wodurch heißer Kaffee über seine Hose geschüttet wurde. Ein Polizist versetzte ihm einen Tritt gegen das Schienenbein. Als der Inhaftierte schrie, ließ der Polizist von ihm ab. Unser Freund lief zur Tür und wurde auf seine Forderung, die Dienstnummer des Polizisten zu erfahren, von zwei Türwächtern in den Raum zurückgestoßen. Wenig später ereignete sich ein ähnlicher Vorgang in einem benachbarten Raum.

KORRESPONDENT DER NEUEN PRESSE ZÜRICH 19 STUNDEN FESTGESETZT

Am Samstag befand ich mich in der Menschenmenge, die von der Polizei in der Meineckestraße eingekesselt worden war. Obwohl ich mich zu keiner Zeit im Demonstrationszug befunden hatte und durch Vorzeigen meines Presseausweises hätte freikommen können, ließ ich mich mit festnehmen und wurde zur Polizeiinspektion Kreuzberg gebracht. Ich legte sofort meinen Presseausweis vor, konnte aber erst nach vier Stunden die Aussage zu den Umständen meiner Festnahme machen. Der Kriminalbeamte versicherte mir, für die sofortige Entlassung bei der Schutzpolizei zu sorgen. Die dann erfolgte weitere Festsetzung konnte mir kein Offizier begründen. Während der ganzen Nacht wurde ich daran gehindert, mit meiner Redaktion in Verbindung zu treten. Statt dessen wurden gegen meinen Protest Aufnahmen von mir gemacht und Fingerabdrücke abgenommen. Stunden später konnte ich als Einziger der Festgenommenen mit meinem Anwalt telefonieren. Er sagte mir, sofortige Anzeige wegen Freiheitsberaubung im Amt zu erstatten. Diese Forderung wurde ignoriert. Trotz Vorlage meines Schweizer Presseausweises wurde mir die Kontaktaufnahme mit meiner Züricher Redaktion so lange verweigert, bis ich ankündigte, bei der Deutschen Botschaft in Bern Protest gegen die Behandlung einzulegen. Das Telefonat kam nicht zustande. Eine Stunde später wurde ich ohne Angabe von Gründen als einziger der Inhaftierten wieder freigelassen.

Die schikanöse Behandlung bestärkte meinen Eindruck, daß es der Polizei nicht auf eine legale Behandlung der Festgesetzten ankam, und daß ich in meiner journalistischen Tätigkeit behindert werden sollte.

Die Zeugen obiger Vorfälle sind uns namentlich bekannt.
AKTIONSKOMITEE der Arbeiter, Schüler und Studenten in der FU Berlin.

verantwortlich: Christian Weiner

15.04.1968:
In Berlin gibt das Aktionskomitee der Schüler, Studenten und Arbeiter Berlins vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Was haben wir getan?" heraus.
Q: Aktionskomitee der Schüler, Studenten und Arbeiter Berlins: Was haben wir getan?, Berlin O. J. (1968)

~ 14-4-68

Was haben wir getan ?

Wir haben versucht, die Auslieferung der BZ zu verhindern, wir haben Fensterscheiben des Springerhochhauses mit Steinen eingeworfen, wir haben Kraftfahrzeuge des Springerkonzerns in Brand gesetzt und beschädigt, wir haben für den Rücktritt des Berliner Senats demonstriert, wir haben Polizeiketten durchbrochen, die uns in unseren Protestaktionen aufzuhalten versuchten, wir haben Wasserwerfer angegriffen und außer Gefecht gesetzt, die unsere Demonstrationen zerschlagen sollten.

W A R U M ?

Nachdem die Springerpresse und der Berliner Senat letztes Jahr die Progromstimmung systematisch angeheizt hatten, nachdem in diese Progromstimmung ein wild gewordener Polizist Benno Ohnesorg erschoß, da haben wir gefordert: Enteignet Springer! Sorgt dafür, daß eine demokratische Presse entstehen kann! Wir haben uns auf die Berliner Verfassung gestützt, die beim Mißbrauch wirtschaftlicher Macht eine Enteignung ermöglicht. Wir haben vergebens gewartet.

Die Springerpresse und der Senat haben uns weiter diffamiert. Sie hatten sich vorbereitet, die außerparlamentarische Opposition anläßlich des Vietnamkongresses im Februar mit Waffengewalt zu zerschlagen. Nur der Urteilsspruch eines Berliner Gerichts konnte diese Schlacht im letzten Moment verhindern. Und wir haben wieter gewartet.

Die Springerpresse und der Senat haben zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. 5o ooo kamen. Jugendliche, die wie Stdenten aussahen wurden verprügelt, ein Senatsangestellter, der entfernt Rudi Dutschke ähnlich sah, wäre fast gelyncht worden. Wir haben xx weiter gewartet und die Hetze ging weiter.

Diesmal wäre der Lynchmord beinahe geglückt. Ein junger Mann, dessen Äußerungen direkt aus Bild oder BZ stammen könnten, hat auf Rudi Dutschke geschossen. Er hat uns demonstriert, daß wir zu lange gewartet haben. Deshalb sind wir jetzt zu direkten Aktionen gegen den Springerkonzern übergegangen, deshalb fordern wir den Rücktritt dieses Senats, deshalb fordern wir dei Bildung eines Senats, der endlich die Enteignung Springers in die Wege leitet. Wir werden Springer aus dieser Stadt vertreiben!

Aktionskommitee der Schüler, Studenten und Arbeiter Berlins.

gez. F.Reiter

15.04.1968:
In Berlin gibt der Ermittlungsausschuß (EA) in der TU vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Vorbereitung für antiautoritäre Ermittlungen" heraus.
Q: EA in der TU: Vorbereitung für antiautoritäre Ermittlungen, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

E0702

~15.4.68

VORBEREITUNG FÜR ANTIAUTORITÄRE ERMITTLUNGEN

Die Eskalation von Gewalt und Gegengewalt in den letzten Tagen verlangt, daß wir unseren kollektiven Widerstand über die Aktionen selbst hinaus ausdehnen.
Die Bürokratien dieser Stadt werden wieder versuchen, einzelne "Rädelsführer" verantwortlich zu machen für die Störung der herrschenden Ordnung und die Durchbrechung ihrer Gesetze in Aktionen, die wir gemeinsam gemacht haben und für die wir alle verantwortlich sind.
Deshalb müssen wir von Anfang an die Manipulation durchbrechen, den massenhaften Charakter unserer Aktionen festhalten und die provokatorischen Gegenmaßnahmen von Polizei usw. gegen Einzelne bloßzustellen.
Ein Schritt dazu ist die Sammlung von Ermittlungsmateri l!!!!!!!!!!!!!!

Z E U G E N A U S S A G E

NAME:

ADRESSE: TEL!:

ORT: (auf Meter genau, für evtl. Gerichtsverfahren)

ZEIT:

ZEUGEN:

AUSSERUNGEN VON UMSTEHENDEN U. POLIZISTEN: (wörtlich)

BESCHREIBUNG D! TÄTER: (b. Polizisten Nummern)

IST BILDMATERIAL VORHANDEN?

SCHILDERUNG DES VORFALLS: (Amtsdeutsch nicht erforderlich)
(auf der Rückseite weiter)
(Unterschrift nicht vergessen).

ZUM ERMITTLUNGSAUSSCHUSS '- TU - ZIMMER 2137 . Tel. 31o7549

15.04.1968:
Am Kantgymnasium Berlin erscheint vermutlich Mitte April ein Flugblatt "Warum rote Fahnen?" zu den Protesten gegen das Attentat auf Rudi Dutschke.
Q: Warum rote Fahnen?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

WARUM ROTE FAHNEN?

1) Warum löste das Attentat auf Rudi Dutschke eine so große Reaktion bei euch aus?
Es gibt zwei Arten, bei einem politischen Mordversuch beteiligt zu sein, ohne selbst loszuschlagen. 1) Man organisiert ihn, 2) man hetzt so lange gegen den politischen Gegner, stellt ihn als Aussatz hin, spricht ihm die Existenzberechtigung ab, bis sich irgend jemand findet, der ihn tatsächlich umbringt. Der Senat von Berlin, die Gewerkschaftsspitze und der Springer-Konzern haben den zweiten Weg vorgezogen, um sich Dutschkes zu entledigen.

2) Warum erklärt ihr den Springer-Konzern zum Hauptschuldigen?
Josef Bachmann konnte Dutschke 'nicht leiden'. Woher kennt man in Peine oder München Dutschke so, daß man ihn nicht leiden kann? Der Täter gab als Begründung an, Dutschke sei Kommunist. Woher weiß einer, der Dutschke nicht gekannt hat, daß er ein Kommunist ist? In welcher Gesellschaft kann man als Motiv für einen Mordversuch angeben, der andere sei Kommunist? Der Springer-Journalismus ist Pogrom-Journalismus. Das Angriffsobjekt ist seit dem Dritten Reich ausgetauscht worden: Die krumme Judennase im 'Stürmer' wurde in der Karikatur von 'Bild' und 'BZ' zum Bart des Studenten, der Untermensch zum Gorilla.

3) Warum behauptet ihr, Springer und Senat arbeiten zusammen?
Parlamente, Regierungen und Gerichte haben nichts gegen die ständige Aufhetzung der Bevölkerung durch Springers Zeitungen getan. Springer-Presse, Berliner Senat und Gewerkschaftsspitzen haben seit 1958 [illegible] gemeinsam die katastrophale Lage der Berliner Wirtschaft zu vertuschen versucht.

4) Warum wollt ihr Sendezeit im SFB?
Da wir nicht über die Mittel verfügen, eine eigene Tageszeitung herauszugeben, verlangen wir Sendezeit im SFB, wie sie bisher nur den etablierten Gruppen Kirche, Partei und Gewerkschaft zuteil wurde - um mit der arbeitenden Bevölkerung unserer Stadt über die wirtschaftliche und politische Lage Westberlins diskutieren zu können. Bis jetzt kommentieren nur Journalisten wie Walden und Hausen, nicht aber Hans Magnus Enzensberger, Ulrike Meinhof und Sebastian Haffner.

5) Warum verhandelt ihr nicht mit den Verantwortlichen?
Es hat sich gezeigt, daß die einzelnen Verantwortlichen häufig nicht mit uns diskutieren wollen, oder nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Fast alle der stattgefundenen Gespräche blieben bis jetzt ohne Folgen.

6) Warum veranstaltet ihr immer wied r nicht genehmigte Demonstrationen?
Die Menschenrechte der Uno,die uneingeschränkte versammlungs= freiheit gewärleisten,sind uns wichtiger als die Straßenver = kehrsordnung.
7) Warum respektiert ihr nicht fremdes Eigentum und wendet gewalt an?
Jeder Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist widerrechtlich. Insbesondere stellen alle auf Produktions- und Marktbeherr= schung gerichteten privaten Monopolorganisationen einen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht dar.Sie sind verboten. (Artikel 16 der Berliner Verfassung) Springer aber hat seine wirtschaftliche Macht laufend mißbraucht,doch weder Senat noch Abgeordnetenhaus haben bisher etwas dagegen unternommen und zeigen sich auch nicht gewillt,dies in Zukunft zu tun. Also sind wir nach Artikel 23,Absatz 3 der Berliner Verfas= sung berechtigt,Widerstand zu leisten.Wir unterscheiden grundsätzlich Gewalt gegen Menschen - von Gewalt gegen Sachen. Wir legitimieren Gewalt gegen Menschen,also auch ge= gen Polizisten,nur sofern sie sich aus Notwehr ergibt. (Dietrich Wittig stimmt dieser Antwort nicht zu)
8) Warum tragt ihr rote Fahnen?
Die roten Fahnen sind nicht das Staatssymbol der DDR oder UDSSR,sondern das Symbol einer historischen Arbeiterbewegung, deren Ziele wir weiter verfolgen.
9) Warum demonstriert ihr nicht gegen die Mauer?
Demonstrationen haben die Aufgabe(ei) weite Kreise der Bevölke rung auf Unrecht hinzuweisen.Wer aber ist von dem Unrecht der Mauer noch nicht überzeugt?

VERVIELFÄLTIGT FÜR DAS KANT GYMNASIUM!

Verantwortlich zeichnen:
Angela Moeck
Dietrich Wittig
Günter Hollmich
Klaus-Dieter Guhl
Rolf-Uwe Fischer

15.04.1968:
In Berlin erscheint vermutlich Anfang dieser Woche, herausgegeben von den Studentenvertretungen der Hochschulen und Akademien, die 'aktuell Berlin' Nr. 1, von der uns nur das erste Blatt vorliegt mit den "Forderungen der Außerparlamentarischen Opposition an Senat und Abgeordnetenhaus von Westberlin" und einer "Dokumentation der Ereignisse seit dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke".
Q: aktuell Berlin Nr. 1, Berlin O. J. (1968) [Fragment]

aktuell berlin

Herausgegeben von den Studentenvertretungen der Hochschulen und Akadem

FORDERUNGEN der AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION an Senat und Abgeordnetenhaus von Westberlin

Ausgehend davon,

daß der Mordanschlag auf Rudi Dutschke nicht die Wahnsinnstat eines Einzelnen ist,

daß die Springerpresse mit ihrer systematischen Hetze gegen die linke Opposition erst das Klima geschaffen hat, in dem ein Einzelner diese Tat planen konnte,

daß die übrigen Tageszeitungen Westberlins, die Rundfunk- und Fernsehanstalten durch ihre Falschmeldungen nicht nur über die außerparlamentarische Bewegung und deren Ziele, sondern auch über andere politische Probleme die Hetzkampagne möglich gemacht haben,

daß der westberliner Senat, das Abgeordnetenhaus, die westberliner Partei- und Gewerkschaftsspitzen durch ihre Lügen die Wirtschaftsmisere dieser Stadt zu verschleiern suchen und sich zu Handlangern der Manipulationszentren machen,

daß eine undemokratisch geführte Polizei offene faschistische Gewalt gegen politisch unliebsame Minderheiten praktiziert,

fordern wir :

1. Rücktritt des Senats und Bildung eines neuen Senats, der mit uns zusammen erste Schritte unternimmt, in Berlin demokratische Verhältnisse zu schaffen.

2. Unverzügliche Enteignung Springers und Schaffung eines Rates aus Arbeitern, Angestellten, Studenten und Schülern, der Pläne dafür ausarbeitet, wie die Produktionsmittel dieses Konzerns in den Dienst einer demokratischen Öffentlichkeit gestellt werden können.

3. Dieser Rat hat ebenfalls Pläne zur Demokratisierung der Rundfunkanstalten zu erarbeiten. Für den RIAS fordern wir die sofortige Ablösung der amerikanischen Kontrolle durch ein gewähltes und jederzeit abwählbares Kontrollorgan; In den SFB sind sofort Vertreter der außerparlamentarischen Opposition in die Aufsichtsgremien hineinzuwählen unter der Bedingung, daß diese Gremien öffentlich tagen.

4. Für die Zeit bis zum 1.MAI fordern wir täglich eine Stunde Sendezeit, um mit der arbeitenden Bevölkerung dieser Stadt über die wirtschaftliche und politische Lage Westberlins und Möglichkeiten ihrer Veränderung diskutieren zu können. Damit soll gewährleistet werden, daß die Bevölkerung entscheiden kann, ob ihre Teilnahme an der sogenannten Freiheitskundgebung auf dem Platz der Republik oder an einer sozialistischen Maidemonstration ihren wahren Interessen entspricht.

bitte wenden!

Westberlin, den 12. April 1968

Dokumentation der Ereignisse seit dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke

Donnerstag 11. 4. :

Dutschke durch drei Schüsse schwer verletzt. Motiv des Täters: Er sei Kommunist. Protestversammlung in der TU. Diskussion über die pol tischen Hintergründe und die Vorbereitung des Attentats durch Spr ngerpresse und Senat. Springer bricht Amerikaaufenthalt ab und triff sich mit Schütz auf Sylt. Protestmarsch von 5000 durch die Innenstadt zum Springerkonzern inder Kochstraße. Das Springerhochhaus wird durch bewaffneten Werkschutz, Polizeiketten und Wasserwerfer geschützt. Die Glasfront der Eingangshalle wird zertümmert. Demonstranten zünden Springerautos an. Weitere Versuche, die Auslieferung von Springer-Zeitungen zu verhindern. Morgenpost Wagen überfährt zwei Demonstranten. Alarmstufe 1 für die gesamte Berliner Polizei.

Freitag 12.4. :

TU wird zum Diskussionzentrum der außerparlamentarischen Opposition. Arbeitskomitees werden von Arbeitern, Studenten und Schülern gegründet. Permanente Versammlungen im Audi Max. Demonstrationen über den Ku-Damm zum Rathaus Schöneberg (5000) Erster harter Polizeieinsatz am Olivaer Platz. Kennedy-Platz und Umgebung von Polizei massiv besetzt. Brutaler Einsatz von Wasserwerfern und Gummiknüppeln. Einige Demonstranten ziehen zum RIAS. Neubauer läßt um das Springerhaus Stacheldraht und Hamburger Reiter legen. Alle Zugangsstraßen von Polizei gesperrt. Demonstranten stören die Auslieferung durch Barrikaden und Autosperren. Rücksichtslose Räumungsaktion der Polizei: Umstürzen von Pkw's, härtester Schlagstockgebrauch. Die Arbeitskomitees nehmen ihre Arbeit auf(Flugblätter Diskussion mit den Osterbesuchern aus der BRD, Kindergarten in der TU) Delegation der Vollversammlung in der TU wird von Schütz abgewiesen.

Sonnabend 13.4.:

Polizei belagert die TU. Polizeioffiziere auf dem Campus . Schütz und Neubauer setzen den Rektor der TU unter Druck. Dieser weigert sich, Polizei auf das Universitätsgelände zu lassen. Abzug der Polizeikräfte. Diskussionen und Versammlungen auf dem Ku-Damm. Einige 100 werden in der Meinekestr. eingekesselt. Bisher brutalster Polizeieinsatz mit Wasserwerfern und Knüppeln. Viele Verletzte. 350 werden verhaftet, darunter Berlinbesucher; dazu über Polizeilautsprecher Tanzmusik. 250 der Verhafteten werden in die Polizeischule in Spandau abtransportiert. Keine Verpflegung, keine Decken, keine Schlafmöglichkeiten. Flugblattaktion im Schillertheater und der Volksbühne. Anti-Springer Aktionen im ganzen Bundesgebiet und im Ausland. Protestdemonstrationen vor westdeutschen Botschaften in Paris, Rom und Kopenhagen u.a.; teilweise mit Molotovcocktails.

Sonntag 14.4. :

Delegation von 150 zur Polizeischule Spandau.Bringt Verpflegung, Decken und Streichhölzer. Flugblattverteiler werden in der ganzen Stadt verhaftet. Kundgebung der Kampagne für Abrüstung auf dem Wittenbergplatz. Der Senat demonstriert Polizeistaat vor den Augen von Touristen: die Innenstadt wird vollständig abgeriegelt. Demonstranten und Osterspaziergänger werde mit Wasserwerfern, berittener Polizei und Knüppeleien vertrieben. Weitere Verhaftungen. Polizeipferde vor dem Eingang der Gedächtnis-Kirche. Autokolonnen zu den Internierungslagern, um Verhaftete abzuholen, die freigelassenwerden sollten. Der SFB lanciert die Falschmeldung, man wolle die Gefangenen gewaltsam befreien. Vor dem Polizeipräsidium Friesenstr. und in Spandau werden die Insassen der Autos,

15.04.1968:
In Hamburg findet, laut Detlev Albers, eine weitere Demonstration gegen das Attentat auf Rudi Dutschke statt, die von der Abschlußkundgebung des Ostermarsches 1968 auf der Moorweide startet und 4 - 5 000 Teilnehmer hat. Gegen Mitternacht erfolgt vor dem Polizeipräsidium der blutigste Polizeieinsatz der Ostertage überhaupt gegen ca. 1 500 Menschen, die vor dem Polizeipräsidium die Freilassung der vorbeugend inhaftierten SDS-Mitglieder fordern.
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 52f; AStA-Dokumente Nr. 1, Hamburg 22.4.1968

16.04.1968:
In Berlin geben Antifaschistische griechische Arbeiter und Studenten sowie die Arbeitsgruppe Griechenland des SDS vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Wir wissen" heraus mit dem Aufruf zur Veranstaltung am 19.4.1968 im Audimax und zur Demonstration am 21.4.1968 ab Wittenbergplatz. Festgestellt wird, dass der "Ausweg aus der politischen Sackgasse Griechenlands" bewaffneter Kampf heiße.
Q: Antifaschistische griechische Arbeiter und Studenten, SDS-Arbeitsgruppe Griechenland: Wir wissen, Berlin O. J. (1968)

21.4.68 ?

griechenland griechenland griechenland griechenland griechenland griechenland griechenland griechenland

WIR WISSEN:

Es herrscht immer noch offener Faschismus - trotz der Zuversicht der sich allerorts befindenden Blumenfelds;
es wird überall gefoltert, die Verhaftungswelle geht permanent weiter, neue KZ's, Jugend-KZ's, werden errichtet - trotz des Berichtes der Amnesty International, trotz der Intervention des Roten Kreuzes, trotz der Entrüstung der Völker;
der freie Geist in den Bildungsstätten, im kulturellen Bereich und im Massenkommunikationswesen wird immer noch vergewaltigt - trotz der spontanen Proteste der interlektuellen im Ausland;
die USA und die Bonner Grosse Koalition unterstützen immer noch die von der CIA diktierte Junta - trotz der verbalen Distanzierung, trotz der Kritik des Nürnberger SPD-Parteitags;
das Militärbudget wird erneut von den Obersten um 25% erhöht - trotz der friedlicher und defensiven Konzeption der Nord Atlantischen Terror Organisation;
es werden immer noch Kapitalinvestitionen vom Westen geleistet, es werden immer noch Handelsabkommen mit Osteuropa abgeschlossen - trotz der ablehnenden Haltung des Europarates, trotz der fiktiven Verurteilung seitens der sozialistischen Länder.

bitte wenden

DOCH ES STECKT mehr DAHINTER:

Die von dem amerikanischen Imperialismus errichteten Monopole und sein ausschlaggebender Einfluß auf das Bank- und Kreditwesen, die neuerdings erfolgte wirtschaftliche Invasion Westdeutschlands und die Beherrschung der vorhandenen einheimischen Industrie durch die griechische Finanzoligarchie schuf eine Konzentration der wirtschaftlichen Potentials und verursachte die Vernichtung von Betrieben mit kleiner und mittlerer Produktionskapazität. Die Ausbeutung der arbeitenden Massen erfolgte sowohl durch die massive ökonomische Intervention des Auslands, als auch durch die inländische Kapitalistenclique.

Die nach dem Bürgerkrieg (1946-49) etablierten rechtskonservativen Regierungen (Papagos 1952-55, Karamanlis 1955-63) sowie die Regierung des pseudoliberalen G. Papandreou (Februar 1964-Juli 65) hielten den Status der Unterdrückung und Ausbeutung aufrecht, weil ihre Interessen mit denen der Unterdrücker konform gingen und weil sie meistens die ausführenden Organe dieser Interessengruppen waren. Die Monarchie, als ein Pol, um den sich die reaktionären Kräfte versammelten, schuf ihrerseits die Voraussetzungen für die Machtergreifung der Putschisten.

Die Praktizierung einer manipulativen Propaganda verfälschte das Bewußtsein der Massen und machte die antikommunistische Doktrin möglich. Die formaldemokratische Konzeption der Zentrumsunion, die ideologische Unreife der EDA als legale Vertretung der linken Kräfte, die verbürokratisierung ihres Parteiapparates, sowie die falsche Auslegung einer Bündnispolitik, und die antirevolutionäre Haltung der KPG bedeuteten eine qualitative Schwächung und Desorientierung der linken Bewegung und versetzten sie in die Ohnmachtsstellung, in der sie sich am 21. April 1967 befand.

Die Identifizierung der griechischen Außenpolitik mit den imperialistischen Konzept der Außenpolitik der USA und die Indegration Griechenlands in der NATO ermöglichten es durch einen von ihr geschaffenen Notstandsplan den Putsch durchzuführen.

WAS TUN?

Der Ausweg aus der politischen Sackgasse Griechenlands heißt

WIDERSTAND BIS ZUR LETZTEN KONSEQUENZ:

das heißt

BEWAFFNETER WIDERSTAND.

Lippenbekenntnisse reichen nicht aus, eine tatkräftige Unterstützung des antifaschistischen Kampfes wird von Tag zu Tag notwendiger denn je.

- - - - - - - - - - - - -

Antifaschistische griechische Arbeiter und Studenten in Berlin - Arbeitsgruppe "Griechenland" im SDS.
Verantwortlich für den Inhalt: Efendakis, Efstathiadis-Stangos, Papanastasiou, Berlin 12

19.4. 20.00 Uhr AUDIMAX - 21.4. 15.00 Uhr Wittenbergplatz

16.04.1968:
Der Beschluß des Senats von Berlin für eine Neuregelung der Alarmzulage für die Beamten der Polizeibehörde wird veröffentlicht.
Q: Landespressedienst Nr. 75, Berlin 16.4.1968, S. 2

AUS DER SITZUNG DES SENATS

am Dienstag, dem 16. April, teilt das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin mit:

Der Senat beschloß die Neuregelung der Gewährung einer Alarmzula an die Beamten der Polizeibehörde. Die Polizeivollzugsbeamten, d der Vollzugspolizei zur Erfüllung ihrer Aufgaben zugewiesenen Be amten sowie die Beamten des Versorgungs- und Sanitätsdienstes be einem länger als 72 Stunden andauernden Einsatz im Großen Sicher heits- und Ordnungsdienst, der polizeiliche Maßnahmen durch geschlossene Polizeieinheiten oder durch vorübergehend zusammengefaßte Kräfte des Einzeldienstes unter einheitlicher Führung erfordert, und bei einem Einsatz im Außergewöhnlichen Sicherheits- und Ordnungsdienst, der wegen zu befürchtender oder eingetretene Unruhen erfolgt, zum Ausgleich der damit verbundenen erheblicher Anforderungen und zur Erhaltung ihrer Einsatzfähigkeit für je 24 Stunden des Einsatzes (Einsatztag) eine Alarmzulage von fünf DM; als Einsatz gilt auch die besondere geschlossene Bereithaltung von Polizeiangehörigen für einen derartigen Einsatz, wenn der Po zeiangehörige den Bereithaltungsort grundsätzlich nicht verlasse darf. Jeder angefangene, mindestens acht Stunden andauernde Einsatztag gilt als voller Einsatztag. Die durch die Gewährung der Alarmzulage entstehenden Steuern übernimmt die Dienstbehörde.

Das Vorliegen der genannten Voraussetzungen sowie Beginn und End des Einsatzes werden in dem jeweiligen Einsatzbefehl oder, falls dies nicht möglich ist, von dem Polizeipräsidenten festgestellt.

Der Senator für Inners wurde ermächtigt, diese Regelung in einem "Erlaß über die Gewährung von Sach- und Geldleistungen in den Fällen des Kleinen, Großen und Außergewöhnlichen Sicherheits- und Ordnungsdienstes der Polizei" aufzunehmen.

+ +

Der Senat beschloß die Aufhebung der Sperrzusätze an zwei Stelle des Studentenreferats beim Abschnitt 0800 - Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst.

Der Senat hat in seiner Sitzung am 31. Oktober 1967 beschlossen, mit dem Haushaltsplan 1968 zur Bewältigung der zu erwartenden Aufgaben im Zusammenhang mit den Universitäten und der Studentenschaft beim Abschnitt 0800 zusätzliche Stellen für einen Regierungsrat/Oberregierungsrat, BesGr. A 13/A 14, und einen Regierungsinspektor/Regierungsoberinspektor, BesGr. A9/A10, zu schaffen.

Bei der Beratung des Haushaltsplans im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses am 17. November 1967 ist der Einrichtung der beiden zusätzlichen Stellen mit der Maßgabe zugestimmt worden, daß sie mit einem Sperrzusatz versehen werden. Das Abgeordnetenhaus hat die Aufhebung dieser Sperrzusätze in seiner Sitzung am 15. Dezember 1967 davon abhängig gemacht, daß der Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses nach Stellungnahme des Fachausschusses zu einem entsprechenden Sachbericht des Senats der Stellenbesetzung zugestimmt hat.

-3-

16.04.1968:
In Berlin gibt vermutlich das Ermittlungskomitee der Arbeiter, Schüler und Studenten vermutlich heute eine Flugschrift heraus, die uns nur als Fragment vorlag. Enthalten sind die Abschnitte:
- "Montag 15.4.:";
- "Pressefreiheit oder Konzernmanipulation?";
- "Axel Cäsar Springer";
- "Polizeiterror"; sowie
- "Ergebnisse der Diskussionen im Audimax TU zur Frage der Gewalt und zu unseren weiteren Aktionen".

Angekündigt wird die "Großveranstaltung zur Vorbereitung auf den 1. Mai" am 17.4.1968.
Q: N. N.: Titel unbekannt, O. O. (Berlin) O. J. (1968) [Fragment]

z.T. Journalisten, aus ihren Autos gezerrt und brutal zusammenge schlagen. Erneute Verhaftungen. Bischof Scharf distanziert sich der TU von den polizeistaatlichen Methoden des Senats.

Montag 15. 4. :

Der SFB lehnt die Forderung der außerparlamentarischen Oppositio nach einer Stunde Sendezeit täglich ab. Der Vorsitzende der Rekt renkonferenz Ruegg schlägt vor, zu Beginn des Semesters über die Ereignisse der letzten Tage und deren politischen Hintergrund in Vorlesungen zu diskutieren. Kundgebung auf dem Hammarskjöld - Pl mit Ristock, Albertz, Dahrendorf, Nevermann, Meschkat und Lefèvr Albertz übt scharfe Kritik am Senat. (10.000) Der SFB und Rias w gern sich, die Veranstaltung live zu übertragen. Anschließend Diskussion in der TU mit den Teilnehmern der Kundgebung.

PRESSEFREIHEIT ODER KONZERNMANIPULATION ?

Die Pressefreiheit in der Bundesrepublik und in Westberlin ist bedroht. In den letzten Jahren mußten immer mehr Zeitungen ihr Erscheinen einstellen. Die prominentesten Opfer bundesdeutschen Zeitungssterbens waren in Hamburg das HAMBURGER ABENDECHO und in Berlin DER TAG und DER KURIER. Nicht ohne Grund macht sich die Pressekonzentration in beiden Städten besonders bedrohlich bemer bar: beide Metropolen sind Hochburgen des größten Pressekonzerns in der Bundesrepublik, der von einem Mann beherrscht wird:

AXEL CÄSAR SPRINGER

Mehr als 30 Prozent der Gesamtauflage der deutschen Tageszeitung und mehr als 80 Prozent der überregionalen und Sonntagszeitungen druckt Springer - mehr als gefährliche Züge hat das SPRINGER MON in Westberlin angenommen - mehr als 65 Prozent der Gesamtauflage sind in dieser Stadt erreicht.

SPRINGER ZEITUNGEN		NICHT-SPRINGER-ZEITUNGEN	
BZ	332.584	Tagesspiegel	92.671
BERLINER MORGENPOST	235.748	Der Abend	70.378
BILD-BERLIN	124.147	Telegraf	84.078
WELT, (Berliner Ausgabe)	30.000	nacht-depesche	49.341
WELT AM SONNTAG (Berliner Ausgabe)	49.105	Spandauer Volksblatt	24.840
	771.584		321.302

In den entscheidenden politischen Fragen ist der SPRINGER KONZERN gleichgeschaltet. Nachweislich nimmt Axel Springer direkten Einfl auf die Redaktionen. Die Grundtendenz der Berichterstattung und Kommentierung der Springer Presse ist vor allem gekennzeichnet durch Diffamierung von politischen und sozialen Minderheiten und hysterische Schürung des Kalten Krieges durch ständige Kommunisten hetze. Häufig und gezielt wird die Berichterstattung durch Weglassen, Aufblähen unwichtiger Dinge oder Herrunterspielen wichtiger Ereignisse verfälscht. Bewußt hat Springer seiner Presse kritische, aufklärerische Funktionen verweigert:

"Ich war mir seit Kriegsende darüber klar, daß der deutsche Leser eines auf keinen Fall wollte, nämlich nachdenken. Und darauf habe ich meine Zeitungen eingestellt."
Die schon vor und nach dem 2. Juni 67 gegen die außerparlamentarische Opposition betriebene Kampagne der Springerpresse ("verrückte Halbstarke","notorische Radaumacher","Krawallradikale","Horden" usw,) hat inzwischen [illegible] unverhüllten Aufforderung zu Pogromen einen neuen Höhepunkt erreicht :"Wir dürfen der Polizei die Drecksarbeit nicht alleine überlassen"("Bild").Als Gipfel des Zynismus der Springerpresse sind die Kommentare zu werten, dir für den tödlichen Schuß auf Benno Ohnesorg, für die Pogrome bei der Senatskungebung vom 21. Februar 68 und für den Mordanschlag auf Rudi Dutschke die außerparlamentarischen Opposition selbst verantwortlich machen.

Die totale Aushöhlung der inneren und äußeren Pressefreiheit und den politischen Mißbrauch der Springerschen Machtstellung muß durch den Berliner Senat gedeckt werden, um seine politische Stellung halten zu können. Bürgermeister Schütz in der Kirchlichen Hochschule vor Studenten:"Wir haben hier die Pressefreiheit und wir werden sie schützen". Springer betonte gegenüber Schütz dessen volle Verantwortung für die Sicherheit des Verlages und wies auf die Konsequenzen hin, die ein Versagen der Berliner Exekutive auf die Investitionsbereitschaft der westdeutschen Firmen in Berlin haben könnte.

Auf Grund der angeführten Tatsachen wird seit der durch die Springerpresse provozierten Erschießung Benno Ohnesorgs die Enteignung Springers gefordert, damit in den Produkten dises Verlages endlich die wirklichen Probleme dieser Stadt diskutiert werden.

POLIZEITERROR

Bericht eines Inhaftierten über die Freilassung aus der Polizeischule Spandau am 14. 4.

"Um 22:30 h entlassen, mit Polizeiwagen in den Stadtforst abtransportiert, jeweils zu viert an verschiedenen Stellen ausgesetzt. Begründung:
"Ihr rottet Euch doch gleich wieder zzsammen!"

Bericht eines Zeugen, der die Inhaftierten abholen wollte (Polizeischule Spandau am 14. 4. gegen 23 h)

Wir hielten uns auf dem Bürgersteig auf und warteten auf die Freigelassenen. Bei Ankunft der Polizeikommandos setzten sich vier Frauen und ich in unseren PKW. Ich wollte den Wagen anlassen. Ein Polizist riß die Tür auf und prügelte mit dem Schlagstock auf mich ein. Drei Polizisten zogen an meinen Beinen. Mein Fuß verfing sich in der Tür, daraufhin wurde die Tür mehrfach auf-und zugedrückt. Einer von ihnen riß mich aus dem Wagen. Jetzt schlugen vier Polizisten auf mich weiter ein. Ich wurde in das Polizeigefängnis gebracht, meine Personalien wurden festgestellt, worauf ich nach einer halben Stunde entlassen wurde.

Zusammenfassung der Vorfälle am Abend des 14.4. vor diesen Stellen

Aufforderungen, sich zu entfernen, waren an die Wartenden nicht ergangen. Die Polizei setzte Wegläufenden nach und verprügelte sie. Auf die Wagen wurde eingeschlagen. Autoverdecke wurden aufgeschlitzt. Durch offenen Fensterscheiben wurden wahllos Insassen zusammengeknüppelt, obgleich sie diszipliniert waren und ihre Wagen ordnungsgemäß abgestellt hatten. Wagenscheiben, Autolichten wurden zertrümmert. Wegfahrende Wagen wurde gestoppt,

Insassen aus den Wagen gezerrt, teilweise blieben die Wagen offen, Schlüssel blieben stecken, teils mußten Wagen mit laufenden Motor stehenbleiben. Bei abgestellten Wagen mit Zeichen der Ostermarschierer wurden die Scheiben eingeschlagen.

Äußerungen von Polizisten bei diesen Aktionen : "Hau ab, sonst schlage ich die den Schädel ein !", "Ihr Studentenschweine sollt arbeiten !", "Du Dreckschwein, dir werd ichs zeigen !", "Aussteigen, du Schwein, los los, macht schon !", "Steig aus, du Flittchen, oder wir schlagen dir die Knochen kaputt !"

Dies sind nur einige Beispiele für das Vorgehen der Polizei seit dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke.

ERGEBNISSE DER DISKUSSIONEN IM AUDIMAX DER TU zur Frage der Gewalt und zu unseren weiteren Aktionen

In den Diskussionen der letzten Tage sind wir immer wieder auf die Frage gestoßen, ob und unter welchen Umständen Gewaltanwendung von unserer Seite legitim sein kann.

Die Diskussion führte uns zu der Unterscheidung zwischen Gewaltanwendung gegen Sachen und der Gewalt gegen Personen. Zunächst wurde klar, daß wir in dieser Situation nur in Fällen von Notwehr bzw. Nothilfe auch gegen Personen Gewalt anwenden können. Wir haben allerdings feststellen müssen, daß selbst in eindeutigen Fällen von diesem Recht auf Notwehr nur ungenügend oder überhaupt nicht Gebrauch gemacht wurde.

Die Frage nach der Gewalt gegen Sachen stellt sich uns auf zwei verschiedenen Ebenen. Die erste ist die unserer kurzfristigen und unmittelbaren Aktionen. Hier richtet sich die Gewalt gegen die technischen Werkzeuge der polizeilichen Repression, also vor allem Wasserwerfer und dergleichen. Die zweite Ebene ist die unserer langfristigen Aktionsplanung. Die Sachen, gegen die hier Gewalt anzuwenden ist, sind die materiellen Hilfsmittel der Manipulationszentren, vor allem des Springer-Konzerns. Denn auch sie werden ununterbrochen als Waffen gegen uns angewendet, auch sie sind Mittel der Gewaltanwendung gegen die antiautoritäre Bewegung. An dieser Stelle wird deutlich, daß unsere Gewaltanwendung immer erkenntlich bleiben muß als Gegengewalt, das heißt als Antwort auf die längst schon vorhandene Gewalt, die die Herrschenden gegen uns anwenden. Das ist besonders wichtig in Hinblick auf diejenigen sozialen Gruppen, die aufgrund ihrer unterdrückten Stellung in dieser Gesellschaft potentielle Verbündete unserer Bewegung sind : Ihnen muß verständlich werden, daß unsere Gewaltanwendung nur das Ziel hat, letzten Endes jede Form der Gewalt abzuschaffen.

Das stellt uns vor die Frage, wie eine Gesellschaft beschaffen sein muß, die Gewaltanwendung grundsätzlich überflüssig macht. Kann unsere Gesellschaft, so wie sie heute strukturiert ist, die Wurzeln der Gewalt beseitigen ?

Die Antwort auf diese Frage hängt vom Entwicklungsgrad des politischen Bewußtseins in der Gesamtbewegung ab. Erst wenn wir diese Antwort gegeben haben, können wir endgültige Klarheit

darüber finden, gegen wen, gegen welche Institutionen und Strukturen der gegenwärtigen Gesellschaft sich unsere Gewalt in ihrer letzten Konsequenz zu richten hat. Wird es sich um einige bestimmte Institutionen dieser Gesellschaft handeln, oder um diese Gesellschaft insgesamt ? Die Antwort darauf kann nur in der ständigen öffentlichen Diskussion innerhalb der Gesamtbewegung gefunden werden.

Die linke Oppositionsbewegung hat sich immer mehr zu einer allgemeinen Opposition gegen das herrschende System entwickelt. Sie hat daher in wachsendem Maße alle Institutionen dieser Gesellschaft ihrer Kritik unterzogen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß in allen bisherigen Gesellschaftsordnungen die angeblichen Vertreter des gesellschaftlichen Gesamtinteresses schließlich doch nur ihre eigenen, besonderen Interessen verfolgt haben. Dabei war es unerheblich, ob diese "Vertreter" sich selbst ernannt hatten oder von denen, deren Interessen sie zu vertreten vorgaben, gewählt worden sind. Immer dann, wenn die Masse der Wählenden, nämlich die lohnabhängigen Werktätigen, nicht die Möglichkeit hatten, ihre Vertreter einer permanenten demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, erhielten automatisch die Interessen der herrschenden Klassen den Vorrang. Den Interessen der produzierenden Klassen wird dann immer nur in dem Maße entsprochen, als sie denen der Herrschenden nicht direkt widersprechen.

Die Interessen der Studenten können nicht identisch sein mit denen der Herrschenden, die die Universitäten der Irrationalität eines Wirtschaftssystems unterordnen wollen, in dem die Produktion von Gütern nicht mehr den Zweck hat, die wirklichen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern stattdessen die Bedürfnisse der Menschen mit allen propagandistischen Mitteln zu manipulieren sucht, um sie der vorhandenen Produktionsstruktur anzupassen. Vielmehr werden sich die Studenten mit denen verbünden müssen, die in dieser Gesellschaft unterprivilegiert sind, und zwar in jeder Beziehung : mit den lohnabhängigen Produzenten. Sie haben ein objrktives Interesse an der Demokratisierung und Humanisierung der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur und also auch an der Demokratisierung der Ausbildungs-, Erziehungs- und Forschungsinstitute. Nur im Bündnis mit den Arbeitern und anderen Lohnabhängigen werden die Schüler und Studenten ihre Interessen gegen die Ansprüche des Herrschaftsapparates durchsetzen können.

Aber auch hierbei können beide Seiten die Vertretung ihrer Interessen nicht einzelnen "Repräsentanten" überlassen. Diese unterliegen nur allzubald der Versuchung, ihre eigenen individuellen Interessen mit denen ihrer Auftraggeber zu verwechseln. Nur wenn beide, Arbeiter und Studenten, sich entschließen können, ihre Forderungen unmittelbar vorzutragen, könnendiese unverfälscht durchgesetzt werden. Es kommt also darauf an, daß sie sich Organe schaffen, die unter der ständigen direkten Kontrolle diesen Forderungen organisierten Ausdruck verschaffen.

In diesem Zudammenhang kommt der Vorbereitungskampagne einen sozialistischen 1.Mai 1968 eine zentrale Bedeutung Im Verlauf dieser Kampagne wird der Versuch unternommen werden, der Interessenidentität von Studenten, Schülern Lohnabhängigen einen organisatorischen Rahmen zu verschaffen gemeinsamen Basisgruppen werden sie bei der Vorbereitung zusammenarbeiten, um aus dieser Erfahrung pr

• Mittwoch, 17.4., 19[illegible] Uhr, Audimax TU : Großveranstaltung zur VORBEREITUNG AUF DEN 1. MAI

16.04.1968:
An der FU Berlin veröffentlichen der Rektor und die Dekane der Fakultäten einen Aufruf zur Vernunft.
Q: FU-Rektor: Aufruf, Berlin 16.4.1968

E0702

A u f r u f

Das Sommersemester beginnt in einer Zeit, in der Gesetzlosigkeit und Gewalt die Situation zu bestimmen drohen.

Aus diesem Grunde mahnen Rektor und Dekane alle Bürger der Universität zur Vernunft.

Nur wenn wir alle Auseinandersetzungen von Emotionen freihalten und sachlich austragen, können wir die vor der Universität und damit vor uns allen stehenden Probleme einer sinnvollen Lösung zuführen.

16. April 1968

Harndt	Rektor
Spier	Medizinische Fakultät
Bergmann	Veterinärmedizinische Fakultät
Herzog	Juristische Fakultät
Sanmann	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Loos	Philosophische Fakultät
Honerjäger	Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

17.04.1968:
Der Republikanische Club e.V. Berlin weist in seinem 'Informationsbrief' Nr. 14 besonders darauf hin, daß sich ein 'Sozialistisches Maikomitee Westberlin' gegründet habe, dem alle wichtigen Verbände der außerparlamentarischen Opposition angehören.
Q: Republikanischer Club e.V. Berlin: Informationsbrief Nr. 14, Berlin 17.4.1968

17.04.1968:
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, beantwortet zwei Anfragen von Jürgen Wohlrabe (CDU) vom 3.4.1968 bezüglich der Disziplinarverfahren gegen die FU-Angehörigen Häußermann, Wilhelmer, Dutschke, Lefevre und Nevermann wegen dem Sit-in am 19.4.1967 und zu den Kosten der Schäden in der TU wegen des Vietnamkongresses.
Q: Landespressedienst Nr. 79, Berlin 22.4.1968, S. 1f

Landespressedienst | BERLIN

Aus dem Abgeordnetenhaus

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78013929

POLITISCHE WISSENSCHAFT BERLIN
E 0702

22. April 1968
Nr. 79

KLEINE ANFRAGEN

In einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Jürgen Wohlrabe (CDU) vom 3. April wird der Senat gefragt:

"Wie ist der Stand der Disziplinarverfahren gegen die Universitätsangehörigen Häußermann, Wilhelmer, Dutschke, Lefèvre und Nevermann aus Anlaß des zweiten sit-in am 19.4.1967 in den Räumen der Freien Universität Berlin?"

Die vom Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz und vom Senator für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. Werner Stein, unterzeichnete Antwort des Senats vom 17. April lautet:

"Nach dem Antrag des Rektors der Freien Universität Berlin vom April 1967 auf Einleitung der Disziplinarverfahren gegen die genannten Studenten hat der Untersuchungsführer im Mai 1967 dem Disziplinarausschuß der FU die Anschuldigungsschrift zugeleitet. Die auf den 23. Juni 1967 anberaumte mündliche Verhandlung des Disziplinarausschusses konnte nicht durchgeführt werden, weil die Beschuldigten nicht erschienen waren. Die auf den 28. Juni 1967 erneut anberaumte mündliche Verhandlung konnte ebenfalls nicht durchgeführt werden, weil die studentischen Beisitzer, die ihre Ämter im Disziplinarausschuß inzwischen niedergelegt hatten, nicht erschienen waren. Der Senator für Wissenschaft und Kunst hat daraufhin nach vorheriger vergeblicher Aufforderung an die Studentenvertreter, neue studentische Beisitzer zu benennen, im Wege der Staatsaufsicht einen Verwaltungsgerichtsrat im Ruhestand anstelle des studentischen Beisitzers im Disziplinarausschuß bestellt und den Ausschuß damit wieder verhandlungs- und beschlußfähig gemacht. Die Klage der Studentenschaft gegen diese Maßnahme hat das Verwaltungsgericht Berlin am 8. Februar d.J. zurückgewiesen. Ein Termin zur Verhandlung der Disziplinarverfahren ist bis zum Ablauf der Semesterferien vom Vorsitzenden des Disziplinarausschusses nicht anberaumt worden."

*

Eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Jürgen Wohlrabe (CDU) an den Senat vom 3. April lautet:

- 2 -

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Gerhard Habermacher

"1. Wie hoch waren im einzelnen die Kosten für die Beseitigung de durch die Teilnehmer des Vietnam-Kongresses am 17./18.2. angerich teten Schäden in den neuerrichteten Räumen der Technischen Univer sität?

2. Wer wird für die Kosten aufkommen?"

In der vom Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz und vom Senator für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. Werner Stein, unterzeic neten Antwort des Senats vom 17. April heißt es:

"1. Bei der Nutzung von Räumen der Technischen Universität Berlin durch Teilnehmer des 'Vietnam-Kongresses' am 17. Februar 1968 sin folgende Schäden entstanden:

a) Beschädigung von Garderobentresen

b) Beschädigung und Verschmutzung von Möbelstücken in den Vorräum des Auditorium maximum

c) Abhandenkommen eines Kopfhörerpaares mit Mikrofon und eines Tischmikrofons der Simultandolmetscheranlage

d) erhöhte Verschmutzung der Räume

e) erhöhter Anfall von Abfallpapier.

Über die Kosten der Reparaturen und Ersatzbeschaffungen liegen no keine Rechnungen vor; deren Höhe kann noch nicht genannt werden. Die Kosten für die Beseitigung der erhöhten Verschmutzung der Räu betragen 248,95 DM.

2. Die Kosten für den Ersatz der abhanden gekommenen Kopfhörer un des Mikrofons hat nach Mitteilung der Studentenvertretung das Bür des Vietnam-Kongresses übernommen. Die Kosten für die Beseitigung der erhöhten Verschmutzung und des erhöhten Papieranfalls sind direkt von der Studentenvertretung getragen worden. Die übrigen Kosten wird der Kurator der Technischen Universität der Studenten vertretung mitteilen, sobald deren Höhe feststeht."

- - -

GLÜCKWÜNSCHE DES AMTIERENDEN PRÄSIDENTEN

Dem Abgeordneten Hans-Rudolf Wingert, der am Sonnabend, dem 20. April, sein 48. Lebensjahr vollendete, hat der amtierende Prä sident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Peter Lorenz, für die parlamentarische Arbeit beste Gesundheit und Erfolg und für sein persönliches Wohlergehen alles Gute gewünscht.

Ferner hat der amtierende Präsident Peter Lorenz dem Bundesminist für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Kai-Uwe von Hassel, zur Vollendung des 55. Lebensjahres am Sonntag, dem 21. April, herzliche Glückwünsche übermittelt.

- - -

17.04.1968:
In Berlin gibt Winfried Schulze ein Flugblatt heraus, in dem die Gewaltanwendung kritisiert wird.
Q: Schulze, W.: Kommilitonen…, O. O. (Berlin) 17.4.1968

Foto 2

17. April 1968

Kommilitonen,

es ist wahr, dass man manchmal das Äusserste fordern muss, um das Mögliche realisieren zu können,

es ist wahr, dass papierne Proteste von den herrschenden Kräften West-Berlins und der Bundesrepublik nicht mehr ernst genommen werden

und es ist auch wahr, dass die Mobilisierung der öffentlichen Meinung mit illegalen Mitteln vertretbar sein kann.

Dennoch fragen wir uns und Sie: Haben wir uns in den letzten Tagen so verhalten, dass wir unserer Sache (Demokratisierung des politischen Lebens, Entflechtung des Springer-Konzerns) nützten?

Hat unser Verhalten dazu beigetragen, Vorurteile bei unseren nichtakademischen Mitbürgern abzubauen und Verständnis für unsere Forderungen zu wecken?

Die Fragen sind rhetorisch, denn wir alle wissen, dass unser Erfolg ziemlich gering war.

Was ist zu tun?

Wir sollte n uns zuerst von jenen Demagogen trennen, die uns eine Taktik (?) des "Alles oder nichts" einreden wollen, von jenen Demagogen, die differenzierte Beurteilungen der Situation als "liberale Vermittlung, um es mit keiner Seite zu verderben" abqualifizieren, damit sie sich eine Legitimation für ihr radikales Vorgehen verschaffen können.

Machen wir uns nichts vor: Steinwürfe, Brandlegungen, Sitzproteste, Störungen von Theaterveranstaltungen etc. tragen durchaus nicht dazu bei, das Bewusstsein der manipulierten Masse zu erhellen. Sie verhärten nur die Einheitsfront Senat-Bevölkerung und liefern der Bevölkerung einleuchtende Vorwände für Polizeiaktionen und Springer-Hetzartikel.

Das Argument, dass alle legalen Mittel erschöpft seien, sticht nicht. Wie sah es denn nach dem 2. Juni aus? Anstatt die Betroffenheit vieler Bürger für eine wirkungsvolle Aufklärungskampagne zu nützen, wurde Geld für ein Extrablatt verplempert, in dem die Studenten mit für die Allgemeinheit unverständlichen Artikeln und "inside"-Glossen sich selbst feierten, da wurden Flugblätter verteilt, in denen ein Ton angeschlagen wurde, der selbst geneigte Bürger verschreckte. Das ist ein Ergebnis der "Politik" des "Alles oder nichts".

Wurde irgendein Versuch gemacht, mit den beiden, im Rahmen ihrer politischen Grundlinie, noch studenten"freundlichsten" und objektivsten Berliner Zeitungen, dem "Abend" und dem "Tagesspiegel", zusammenzuarbeiten? Wurde eine Werbekampagne für diese Zeitungen bei der Bevölkerung gestartet, um ihnen eine Alternative zu den Springer-Zeitungen anzubieten (denn irgendetwas müssen die Leute ja lesen)? Ausser einer (vom Tagesspiegel angebotenen) Kolumne hat sich auf diesem Gebiet nichts ereignet, wahrscheinlich, weil diese Zeitungen nicht hundertprozentig auf der Linie der oppositionellen Gruppen liegen. Wieder ein Beispiel für die Politik des "Alles oder nichts".

bitte wenden

Mit utopisch-radikalen Forderungen, mit Schimpfworten anstelle von Argumenten, mit unnötigen illegalen Handlungen diskreditieren wir uns und unser Anliegen. Wer da glaubt, Theorie sei alles und Praxis nur etwas für Leute, die nicht genügend denken können, wird scheitern oder seinen Erfolg zu einem unnötig hohen Preis erringen.

An die Stelle der Utopie sollten wir die Realität der Bundesrepubl und West-Berlins im Jahre 1968 mit allen historischen Belastungen, wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen setzen und von die Lage ausgehend Lösungen ausarbeiten, wie wir das demokratische Fundament unseres Staates sichern und ausbauen können, wie wir das Pa lament von einer Applaudierungsmaschinerie zum Kontrollorgan der M ausübenden zurückfunktionieren können, wie wir Vorsorge tragen können, dass nicht Leute an die Spitze unseres Staates oder in öffentlichen Positionen gelangen, die unser Land durch ihre politische u persönliche Vergangenheit in Misskredit bringen, und wir sollten realisierbare Vorschläge machen, wie die wirtschaftlichen Verhältn se in unserem Land zu ändern sind, damit wir nicht mehr der anonym Macht von Interessengruppen ausgeliefert sind.

Wer ein echtes Interesse an der demokratischen Entwicklung unseres Landes und auch dieser Stadt hat, der wird in Zukunft darauf verzi te n, mit verbalen Schaumschlägereien, Wortgeklingel und dialektischen Tricks Politik machen zu wollen, weil man damit nur Anhänger sammeln, aber keines der uns bedrängenden Probleme lösen kann. Und eine Masse von Veränderungswilligen macht noch lange kein praktikables politisches Konzept überflüssig.

Wir haben keine Führungspersönlichkeiten, die es verstehen, mit ta tischem Geschick und (der nun einmal in der Politik notwendigen) K promissbereitschaft unsere Forderungen in politischen Handlungen u zumünzen. Wer es noch nicht einmal schafft, die Bevölkerung in ein ihr verständlichen Diktion für seine Probleme zu interessieren, de sieht natürlich nur in Gewaltaktionen eine Möglichkeit, Aufmerksam zu erregen.

Die Grenze vom politischen Protest zum Halbstarkentum ist in den letzten Tagen oft genug überschritten worden. Wir sollten uns davo hüten, uns selbst den Ruf von pubertären Bilderstürmern einzuhande Dazu gehört zum Beispiel auch die Erkenntnis, dass das unausgesetz "Ho Tschi Minh"-Schreien zumindest genau so lächerlich ist wie frü das "Heil Hitler".

Wir sollten nicht zu politischen Wandervögeln werden und schwärmer irgendwelchen verschwommenen Idealen nachhängen. Wir sollten dageg versuchen, frei von Emotionen zu denken und zu handeln und keine M dellrevolutionen durchprobieren zu einem Zeitpunkt und in einer Si tion, wo das gar nicht möglich und nötig ist. Wir sollten uns nich zu Zinnsoldaten in einem Spiel von Leuten machen lassen, die für i Sandkastenspiele eines Staates ein Probierfeld suchen. Wir sollten an praktikablen Lösungen für die Veränderung der gesellschaftliche Zustände arbeiten. Wenn wir sagen "Das geht nicht" und lieber den Leuten mit den eingängigsten Schlagworten nachlaufen, dann haben w (falls wir überhaupt Wert auf einen solchen Vergleichsmasstab lege genauso vor der Geschichte versagt wie die Leute, denen wir das he vorwerfen.

verantwortlich: Jürgen Deutschmann Winfried Schulze

17.04.1968:
In Berlin geben der Ostpolitische Deutsche Studentenverband (ODS), der Studentenbund Ostpreußen (BOSt) und die Freiheitliche Studentengruppe (FSG) ein Flugblatt gegen die APO heraus, in dem sie u.a. für Verbot nicht nur des SDS, sondern auch des SHB, des LSD, der HSU und der GSG eintreten.
Q: ODS, BOSt, FSG: Die Berliner Bevölkerung…, Berlin 17.4.1968

17.4.68

1) Die Berliner Bevölkerung hat am 21. Februar vor dem Rathaus Schöneberg dem Linksradikalismus eine deutliche Absage erteilt.
WIR FORDERN den Senat auf, den Willen der Bevölkerung zu respektieren und die Widerstandskraft gegen volksdemokratische Bestrebungen zu stärken.

---

2) SFB-Intendant Barsig diskutierte mit der antiparlamentarischen Opposition (APO) über die "Demokratisierung" des Senders und hielt sich weiter zu ihrer Verfügung.
WIR FORDERN eine eindeutige Ablehnung der APO-Mitbestimmung, die eine Provokation für die Bevölkerung bedeutet.

---

3) Ulbrichts Einfall, Springer zu enteignen, hat zu einem Meinungsterror geführt, der von seinen hiesigen Aktivisten vorangetrieben wird.
WIR FORDERN den Verlag auf, alle juristischen Möglichkeiten - insbesondere gegen das Springer-Tribunal - zu nutzen und mehr denn je die Einseitigkeit der APO aufzudecken, die z.B. das Monopol des Fernsehens nicht sehen will.

---

4) In den Reihen der FDP und der SPD befinden sich erklärte Anhänger der APO.
WIR FORDERN diese Parteien auf, die Verknüpfung mit der antiparlamentarischen Opposition zu lösen, um die Wähler nicht in die Arme der NPD zu treiben.

---

5) Die Westberliner Polizei ist teilweise scharf gegen Demonstranten vorgegangen. Das schuf unter den betroffenen Mitläufern unnötige Solidaritätsgefühle. Auch Stacheldraht um das Springer-Haus im Angesicht der Mauer war ein psychologischer Fehler.
WIR FORDERN für die Zukunft Präventivmaßnahmen gegen die ideologischen Drahtzieher terroristischer Aktionen.

---

6) Alle Studierenden sind Zwangsmitglieder der studentischen "Selbstverwaltung", haben Gebüren zu entrichten und unterstützen damit die subversive Tätigkeit.
WIR FORDERN vom Senat die Aufhebung dieser Bestimmungen.

---

7) Laut Pressemeldungen wird ein Verbotsantrag des Bundeskabinetts gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) erwogen.
WIR FORDERN, daß in diesen Verbotsantrag auch Organisationen mit derselben Zielsetzung einbezogen werden, insbesondere
der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB)
der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD)
die Humanistische Studentenunion (HSU)
und die Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft (GSG)

---

8) Politiker und Journalisten sprechen von Aktionen "der" Studenten und "der" jungen Generation.
WIR FORDERN die Verantwortlichen auf, diese pauschalen Bezeichnungen zu vermeiden, besser zu differenzieren und die "Gegner der Opposition" stärker zu berücksichtigen.

Berlin, den 17.4.68 OSTPOLITISCHER DEUTSCHER STUDENTENVERBAND (ODS)
STUDENTENBUND OSTPREUßEN (BOSt)
FREIHEITLICHE STUDENTENGRUPPE (FSG)

17.04.1968:
In Berlin gibt die Burschenschaft Semnonia vermutlich Mitte dieser Woche ein Flugblatt heraus mit der Einladung zur Semesterantrittskneipe am 19.4.1968.
Q: Burschenschaft Semnonia: Lieber Kommilitone!, Berlin O. J. (1968)

E0702
17.4.68.

LIEBER KOMMILITONE !

Schon in den ersten Tagen auf der Uni werden Sie wieder feststellen, welche kaum zu überwindende Anonymität dort besteht und wie schwierig es doch ist, den richtigen Studiengang zu finden - gerade, weil viel geändert wird bzw. geändert worden ist! -

Wir haben die Möglichkeit, Ihnen über diese Anfangsschwierigkeiten hinwegzuhelfen, da wir in unserer studentischen Verbindung Bundesbrüder aus folgenden Studienrichtungen haben :

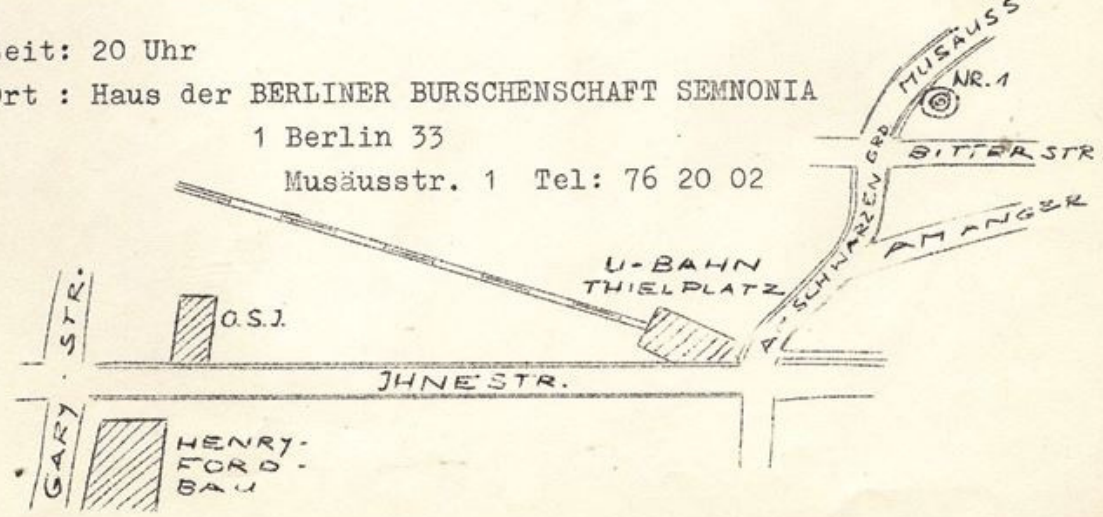
Architektur	Jura
Zoologie	BWL
Chemie	VWL
Vet.-Medizin	Politologie
Zahnmedizin	Wirtschafts-Ing.
Medizin	Elektrotechnik
Mathematik	Flugtechnik

Mitgliedern unseres Bundes bieten wir die Möglichkeit, auf unserem Haus nahe der FU zu wohnen.

Wenn Sie eine studentische Gemeinschaft suchen, die sich Ihnen nicht nur heute und morgen verbunden fühlt und der Sie sich enger anschließen wollen, möchten wir Sie gerne zu einem der unten aufgeführten Anlässe einladen !

Fr. 19. 4. Semesterantrittskneipe	Fr. 10. 5. Gästeabend
Di. 30. 4. Tanz in den Mai	Di. 21. 5. Vortrag
Di. 7. 5. Vortragsabend	Fr. 31. 5. Spielabend

Zeit: 20 Uhr
Ort : Haus der BERLINER BURSCHENSCHAFT SEMNONIA
1 Berlin 33
Musäusstr. 1 Tel: 76 20 02



17.04.1968:
An der FU Berlin gibt die Studentenvertretung des Instituts für Publizistik einen Aufruf zur Vollversammlung am 22.4.1968 heraus mit der Aufforderung, die Streikempfehlung anzunehmen.
Q: FU SV Pub: An alle Publizistik-Studenten, Berlin 17.4.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
STUDENTENVERTRETUNG
Institut für Publizistik

Berlin 33, den 17.4.1968

AN ALLE PUBLIZISTIK-STUDENTEN

BETEILIGEN SIE SICH! VOLLVERSAMMLUNG, MO., 22.4., 14°° HENRY-FORD-BAU HS. A

ERGREIFEN SIE DIE INITIATIVE !
NEHMEN SIE DIE STREIKEMPFEHLUNG AN!

vollversammlung, 22. 4., 14 uhr, hs. a - vollversammlung, 22. 4.,
vollversammlung, 22. 4., 14 uhr, hs. a - vollversammlung, 22. 4., 14 uhr,
lung, 22. 4., 14 uhr, hs. a - vollversammlung, 22. 4., 14 uhr, vollv
vollversammlung, 22. 4., 14 uhr, hs. a - vollversammlung, 22. 4., 14
14 uhr, hs. a - vollversammlung, 22. 4., 14 uhr, hs a - vollversammlu

PUBLIZISTEN

PUBLIZISTEN

17.04.1968:
An der FU Berlin gibt die Studentenvertretung des Instituts für Publizistik vermutlich Mitte dieser Woche einen Appell heraus mit der Aufforderung an den Aktionskomitees zur Demokratisierung der Massenmedien mitzuarbeiten.
Q: FU SV Pub: Appell der Studentenvertretung Publizistik, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Foto 2
17.4.68

APPELL DER STUDENTENVERTRETUNG PUBLIZISTIK

Spätestens nach dem 2.Juni hat es sich gezeigt, daß die in West-Berlin und in der Bundesrepublik etablierten Massenmedien nicht in der Lage sind, objektiv über die außerparlamentarische Opposition und die Forderungen der Studentenschaft zu berichten, da diese Gruppen in diesen Institutionen ihre Meinungen nicht artikulieren können.

Besonders bedrohlich bemerkbar macht sich die Pogromhetze von Presse, Funk und Fernsehen in West-Berlin.

Axel-Cäsar Springer hat sich als Hauptkonzentrationär im deutschen Pressewesen als spätkapitalistischer Feudalherrscher etabliert, der seine Monopolpresse für seine antidemokratischen Ziele total gleichgeschaltet hat und ihm unbequeme Minderheiten unterdrückt.

Die öffentlich-rechtliche Anstalt SFB, die laut Satzung zur Ausgewogenheit des Programms und zur demokratischen Vertretung aller Gruppen verpflichtet ist, hat sich der Springer-Presse weitgehend angepaßt.

Wie eng die ideologischen Beziehungen leitender SFB-Angehöriger mit der Springer-Presse sind, zeigt sich daran, daß Chef-Kommentator Walden und der Leiter der Abteilung Politik, Hausen in der "Welt" bzw. "Welt am Sonntag" die gleichen Hetzkolumnen zu Papier bringen können wie sie auch über den Sender gehen.

Die organisatorische Verknüpfung der privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Massenmedien führt zu einem ideologischen Zusammengehen und zur faschistoiden Monopolisierung der Öffentlichkeit.

Wie die Diskussion mit dem sich seit nunmehr 48 Stunden in West-Berlin befindlichen neuen SFB-Intendanten ergab, wird sich auch in Zukunft an der politischen Tendenz des Senders Franz Barsig mit seinen Monopolkommentatoren Mathias Walden alias von Sass und Herbert Hausen alias Gross nichts ändern.

Da unsere "amerikanischen Freunde" in dieser Stadt bereits einen Sender (AFN) besitzen, ist nicht einzusehen, daß der von der "Information Agency" in Washington gesteuerte RIAS

eine"freie Stimme der freien Welt", weiterhin Gelegenheit hat, das Insulanerbewußtsein zu konservieren.

Deshalb fordert die Studentenvertretung Publizistik alle Studenten auf, sich

- an weiteren massiven Aktionen gegen das private Propagandaministerium des Axel Cäsar Springer,

- an Aktionen für Sendezeiten in eigener redaktioneller Verantwortung der außerparlamebtarischen Opposition im SFB,

- an Aktionen zur Aufhebung der Kontrolle des RIAS durch das State Department

zu beteiligen.

A R B E I T E N S I E I N D E N D I E S B E Z Ü G L I -
C H E N A K T I O N S K O M I T E E S Z U R D E M O K R A
T I S I E R U N G D E R M A S S E N M E D I E N I N D E R
TU M I T.

SV Publizistik

17.04.1968:
An der FU Berlin wurde eingeladen zur VV der Wiso um 13 Uhr u.a. mit dem Bericht über die Vertraulichkeit der Berufungskommission. Beschlossen wird ein imperatives Mandat.
Q: N. N.: Konsequenzen des Dekans, O. O. (Berlin) O. J. (1968); N. N.: Beschluß der Vollversammlung der Wi.So. Fakultät…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

KONSEQUENZEN des DEKANS

Am 30.5.1968 hob der Dekan die Vertraulickeit der Berufungskom
mission "Operation Research" auf, um den Studentenvertreter di
ser Kommission anzugreifen. Er kündigte seine Bereitschaft an,
Konsequenzen zu tragen.

W E L C H E S S I N D D I E K O N S E Q U E N Z E N , D
D E R D E K A N Z I E H E N W I R D ?

Wir fordern den Dekan auf, Konsequenzen zu ziehen, nicht weil
er die Vertraulichkeit aufgehoben hat, sondern weil er

-- die gewählten Vertreter der Studentenschaft als Totengräber
der Wissenschaft bezeichnet

-- die KU pauschal und ohne Begründung abqualifiziert

-- die Theorie von der Rädelsführerschaft des SDS vertritt und
dadurch die Kritikfähigkeit der Studentenschaft in Frage st

Ist vielleicht die Arbeitsüberlastung (Vorsitz in der Berline
Strukturkommission, Lehre und Forschung, Dekant) der Grund
für seine mangelhafte Informiertheit über die KU und die Polit
der Studentenvertretung.

Welche Konsequenzen unserer Meinung nach der Dekan ziehen soll
darüber wird die Vollversammlung diskutieren müssen.

V O L L V E R S A M M L U N G der W I S O - F A K U L T Ä
Mittwoch, den 17. 4.1968 13.00 s.t. HS 101

E0702

VOLLVERSAMMLUNG

WISO - FAK

M I T T W O C H , den 17.4.1968 13.00 s.t. HS 101

Vertraulichkeit von universitären Gremien; Bericht über eine Berufungskommission; Angriffe des Dekans; Vorlesungsankündigungen,; Ausarbeitung eines Grundstudiums in VWL; Hommefprüfung; "Reformen" in Jura;Ausführungsbestimmungen zur Diplomprüfungsordnung; .

Der Dekan wurde zu dieser Vollversammlung eingeladen,und wir hoffen, daß er zu seinen Vorwürfen Stellung nimmt.

Beschluß der Vollversammlung der Wi.So.Fakultät vom 17.4.68 zum Verfahren bei Berufungsverhandlungen:

Die Studentenschaft wählt durch Beschluß ihrer Vollversammlung oder, wenn aus organisatiorischen Gründen nicht anders möglich, ihrer Studentenvertretung, eine studentische Berufungskommission. Die Vollversammlung kann jederzeit die Beschlüsse der Studentenvertretung korrigieren.

Diese studentische Berufungskommission hat die Aufgabe, für die jeweils vakanten Lehrstühle Berufungskriterien und eine diesen entsprechende Liste von infrage kommenden Personen zu diskutieren und zu fixieren.

Nach Diskussion und Votum durch die Vollversammlung bzw. die Studentenvertretung wird ein Vertreter der Studenten mit genau festgelegtem Mandat in die Berufungskommission der Fakultät entsandt.

Kann den Vorstellungen der Studenten nicht entsprochen werden, so hat der Studentenvertreter vor der Studentenschaft zu berichten und sich ein neues Verhandlungsmandat zu holen.

F.d.R.
gez. Gerd Röder
-Diskussionsleiter-

17.04.1968:
In Frankfurt erscheint die 'Arbeiter Schüler Studenten Zeitung' Nr. 1 als Extrablatt des 'Diskus' (vgl. 1.4.1968, 6.5.1968) frühestens heute mit dem Leitartikel "Die Herrschenden riefen zur Gewalt auf - Bachmann schoß" zum Attentat auf Rudi Dutschke.

Weitere Artikel sind:
- "Politik und Gewalt" von Jakob Moneta;
- "Bild schießt scharf";
- "Die grosse Koalition. Terror der Mitte";
- "Springer manipuliert - enteignet Springer";
- "Gefährdet Springer-Blockade Arbeitsplätze?";
- "Die Lage in Esslingen ist ganz ausgezeichnet", mit Bericht von Ostern und der Ankündigung des Anti-Springer-Tags in Esslingen am 27.4.1968;
- "Die Angst vor der Straße"; sowie
- "Frankfurt ist doch Berlin - Augenzeugenberichte" vom 15. und 16.4.1968.
Q: Diskus Extrablatt Arbeiter Schüler Studenten Zeitung Nr. 1, Frankfurt Apr. 1968

17.04.1968:
In Hamburg findet, laut Detlev Albers, ein Teach-In statt, auf dem der AStA vor über 2 000 Studenten sein Konzept der Demonstrationspause begründet.

Der AStA der Universität Hamburg sowie die Gewerkschaftliche Studentengruppe (GSG) der Universität und der Akademie für Politik Hamburg veröffentlichen von diesem Teach-In den Beitrag von Otto Köhler über die Rolle des Springerkonzerns.

Auf dem Teach-In wird Geld gesammelt für eine erste Ausgabe der AStA-Zeitung für die Hamburger Bevölkerung, 'Zur Sache' (vgl. 18.4.1968).
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 53; AStA der Universität Hamburg, die Gewerkschaftliche Studentengruppe der Universität und der Akademie für Politik: Presserklärung von Otto Brenner, Hamburg O. J. (1968);Unilife, Hamburg April 1968, S. 2

ASTA der Universität Hamburg

Gewerkschaftliche Studentengruppe der Universität und
der Akademie für Wirtschaft und Politik

Presseerklärung von Otto Brenner

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hat am 13.4.68 in Frankfurt seine Abscheu vor dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke und seine Sorgen über die Folgen zum Ausdruck gebracht. Die Schuld daran treffe jene, die besonders in Berlin gegen linke Minderheiten hemmungslosen Haß gesät hätten. Bereits am Karfreitag hatte Brenner ein entsprechendes Telegramm an Frau Dutschke gerichtet.

Der Gewerkschaftsvorsitzende warnt in seiner Erklärung die Bundesregierung davor, die Studentenunruhen im Anschluß an das Attentat auf Rudi Dutschke eventuell als Vorwand für eine Forcierung Ihrer Notstandspläne zu benutzen. Ein solcher Vorwand würde auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen.
Andererseits müßte auch den Studenten klargemacht werden, daß sie durch bestimmte Aktionen in Gefahr gerieten, die Absichten ihrer Gegner zu fördern, der Demokratie Schaden zuzufügen und bei der Bevölkerung auf Ablehnung zu stoßen, anstatt sie für sich zu gewinnen. Brenner kündigte an, daß die IG Metall in Zukunft mehr als bisher in ihrer Presse- und Bildungsarbeit auf die Gefahren der Meinungsmanipulationen eingehen und über studentische Angelegenheiten aufklären werde. Sie werde auch wissentschaftliche Untersuchungen unterstützen, die der Überprüfung der Rolle des Hauses Springer dienten. In der Konsequenz müsse es zu einer Gesetzesinitiative des Bundestages gegen Pressemonopole kommen.

An die Polizei appellierte Brenner, bei den Auseinandersetzungen mit den Demonstranten, die von einem Grundrecht unserer Verfassung Gebrauch machten, Gewaltanwendung zu vermeiden.

Otto Köhler (Kolumnist von SPIEGEL & PARDON)
"Chronologie vom Mauerbau bis heute"
-Beitrag der Springer Zeitungen zur gegenwärtigen Bürgerkriegssituation-
Auszüge aus einem Vortrag anläßlich des Teach-In der Studentenschaft im Audi-Max der Universität Hamburg am 17.4.68

Die Springerpresse ist eine Presse, die für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit bestimmt ist. Für konfliktlose, glückliche deutsche Menschen, die nett zueinander sind. Für unglückliche Kühe, die die saftige Weide abgrasen, die für sie bestellt ist: "Bravo" für die Jungen, "Twen" für die Heranwachsenden, "Jasmin" für die Brünstigen, "Eltern" für die schönsten Jahre des Lebens und sicher auch bald "Holunder", die Zeitschrift für des Lebens Herbstjahre. Und immer "BILD" auf aller Wegen.
Aber wir leben in einer Gesellschaft, in der es Konflikte gibt, in der nicht alle nett zueinander sind. Warum? Springers Philosophie sagt: Da muß doch einer dran gedreht haben. Einer, der Schuld hat, daß wir nicht glücklich sind. Ein Volksfeind. Springer fand den einen rasch: Den Kommunismus.
In den guten alten Zeiten des kalten Krieges genügte dieser Volksfeind Springers Ansprüchen ganz: es war ein eingeführter, Traditioneller Feind, den man günstig aus der Konkursmasse des vorhergehenden Reiches übernehmen konnte. Springer, von Haus aus edelmütig, gab diesem Feind eine Chance, er flog vor Jahren nach Moskau und bot den Russen großzügig Versöhnung an. Als ihm die Sowjets aber nicht Ulbrichts Kopf vor die Füße legen wollten, nahm er es sehr übel. Er gab Anweisung, die Situation in Berlin "bis zum Knall" anzuheizen. Während sich seine Blätter früher wenig um Flüchtlingszahlen gekümmert hatten, produzierte er jetzt mit den Schlagzeilen von "BILD" und "BZ" Alarmstimmung: "Flüchtlingsstrom verdoppelt", "Massenflucht", "In der Zone Alarmstimmung", "Die Flucht wird zur Lawine". Das Ergebnis: Die Schlagzeilen trieben die zurückgegangenen Flüchtlingszahlen wieder in die Höhe. Die Mauer wurde gebaut. Und sie hat, so scheußlich sie ist, den Bürgerkrieg verhindert, den uns Springers Anheizen bis zum Knall mit Sicherheit beschert hätte.

Es kam die bittere Zeit der Entspannung. Die Mauer machte aus dem feindlichen Gegeneinander der deutschen Staaten ein feindliches

Nebeneinander. Der Kommunismus als Volksfeind hatte an die Unmittelbarkeit verloren. Und da traf es sich gut, daß just zu dieser Zeit eine unerfreuliche Politisierung der Studentenschaft einsetzte. Springer hatte einen neuen Volksfeind - mitten in bundesdeutschen Landen.
1966 ließ eine Vietnam-Demonstration in Berlin, die mit 6 Frischeiern auf der Fassade des Amerika-Hauses endete, die Springerpresse erstmals studentischen Terror entdecken: "Pfui Teufel ... Schande für Berlin...gemeingefährliche Radikale" kommentierte Springers "BZ" Seiner "Morgenpost" stieg angesichts der "schmählichen Untat" der "akademischen Kampftruppen" selbst im Nachrichtenteil die "Zornesröte ins Gesicht" und BILD drohte: "Zwei Millionen Berliner lassen sich nicht von 1500 Wirrköpfen auf der Nase herumtanzen. Sie werden dafür sorgen, daß in Zukunft ähnliche Demonstrationen die gebührende Antwort zuteil wird." Auf einer anschließenden Sühnekundgebung wurden denn auch prompt und unter Rufen wie "Hängt die Schweine auf!" Zwischenrufer zusammengeschlagen und durch die S-Bahnsperre des nahegelegenen Bahnhofs ZOO getrieben: ein Vorgang, der sich in Springers BZ so darstellte: "Einige Zwischenrufer wurden von mehreren Hundert Menschen zum S - Bahnhof gebracht, die Menge wartete, bis die jugendlichen Wirköpfe ihre S-Bahnkarte gelöst hatten und auf dem Bahsteig verschwunden waren."

Die Reaktionen des Senats gegen die Studenten waren den Springer - Blättern lange nicht hart genug. Im Januar 1967 etwa erklärte der Senat, er werde der FU jede Unterstützung geben, "wenn ihre verfassungsmäßigen Organe gegen Störungen der verfassungsmäßigen Ordnung vorgehen". Die Morgenpost machte daraus: der Senat sage jede Unterstützung zu, "wenn es gelte, gegen Störenfriede vorzugehen". Und setzte darüber den von Herzen kommenden Imperativ "Störenfriede ausmerzen".

Durch den SPIEGEL auf die ungewöhnliche Umfälschung einer Senatserklärung in eine Liquidationsaufforderung aufmerksam gemacht, wiederholte die Morgenpost einen Monat später das gleiche Verfahren. Ein Leserbrief, der verlangt, daß die Studentenunruhen beseitigt werden, wurde in der Überschrift wiederum umgefälscht in den Imperativ: "Unruhestifter unter Studenten ausmerzen."
Um diese Forderumg Nachdruck zu verschaffen, bedurfte es allerdings noch einer entsprechenden Präzisierung des Feind-Bildes. Der studentische Terror mußte allen klargemacht werden: so erschien im April 1967 Springers "Mittag" mit der Schlagzeile: "Berlin: Humphrey sollte heute ermordet werden", BILD : "Bombenanschlag auf den US-Vizepräsidenten". Und die Berliner Morgenpost mit dem Aufmacher: "Attentat auf Humphrey von Kripo vereitelt - FU-Studenten fertigten Bomben mit Sprengstoff aus Peking."

Als schon längst alle Welt darüber lachte, daß sich der Sprengstoff als nahrhafter Pudding entpuppte, ließ der "Mittag" trotzdem den Kommentar folgen: "Bomben wurden gebastelt .. mit Terror sollte Politik gemacht werden, dem muß ein Riegel vorgeschoben werden."

Der zweimalige Morgenpost-Imperativ :"Störenfriede ausmerzen" wurde am 2. Juni endlich in die Tat umgesetzt: Benno Ohnesorg wurde bei den Demonstrationen gegen den Schah von dem Polizisten Karlheinz Kurras erschossen. Am Tag danach aber mußten Berliner Zeitungsleser glauben, daß Benno Ohnesorg von seinen Kommilitonen umgebracht worden sei.

BILD-Berlin bot die Schlagzeile "Blutige Krawalle: ein Toter!" und erläuterte: "Ein junger Mann ist gestern in Berlin gestorben. Er wurde Opfer von Krawallen, die politische Halbstarke inszenierten. Gestern haben in Berlin Krawallmacher zugeschlagen. Ihnen genügte der Krach nicht mehr. Sie müssen Blut sehen ... Gestern haben bösartige und dumme Wirrköpfe zum erstenmal versucht, den Terror in den Freien Teil der Stadt zu tragen."

Die BZ meldete: "Linksradikale Störenfriede haben gestern aben .. der Polizei eine regelrechte Straßenschlacht geliefert!"Dabei "gab es ein Todesopfer" und ein BZ-Kommentar, erkennbar an die Adresse der Demonstranten und nicht die der Polizei gerichtet, erklärte: "Das ist Terror! ... Das war kriminell. Das war kriminell in übelster Weise!"

Lediglich die Berlinger Morgenpost, deren Leser ohnehin ausreichend abgehärtet sind, meldete gleich, daß der Tote ein Demonstrant war. Die Todesursache konnten findige Leser hinter dem Satz vermuten: "Ein Kriminalbeamter feuerte im wirren Tumult und in dem unübersehbaren Handgemenge einen Warnschuß ab."

Am Sonntag ließ es sich auch für die übrigen Zeitungen nicht mehr verheimlichen, daß der Tote ein Demonstrant war. Die "Welt am Sonntag" - mit eigener Berlin-Ausgabe - hatte jedoch keinen Zweifel, warum ein Kriminalbeamter " von seiner Schußwaffe Gebrauch gemacht hatte" : " Er war von Demonstranten in einen Hof abgedrängt, dort festgehalten, und mit Messern bedroht worden". Zahlreiche Zeugen hatten schon längst bekundet, daß Benno Ohnesorg wehrlos von hinten aus wenigen Zentimetern Entfernung niedergeschossen wurde. Doch für Wams war die Version einer Polizei, deren märchenhafte Phantasie spätestens seit dem "Humphrey-Attentat" weltberühmt ist, die einfache und lautere Wahrheit.

Und am Montag darauf erfand BILD-Berlin die Nachricht zu der Blutlüsternheit, die es zwei Tage zuvor den Studenten zukommentiert hatte: BILD-Titel: "Studenten drohen: Wir schießen zurück - sanfte Polizeiwelle".
Dazu erklärt der Verfasser des Artikels, BILD-Reporter Peter Behrendt zum "Berliner Extradienst" : "Ich schäme mich für meine Zeitung. Das mit dem Zurückschießen hat mit keinem Wort in meinem Artikel gestanden. Das haben die erst in der Redaktion dazugedichtet, um eine knallige Überschrift zu kriegen."

Mitte Februar 1968: Vietnam-Kongress in Berlin. Der Senat verbietet unter dem Druck der Berliner-Springer-Blätter die angekündigte Vietnamdemonstration des SDS. Das Verwaltungsgericht hebt das Senatsverbot als unzulässig auf.

Für die Berliner Morgenpost, die den Studenten oft Mißachtung der Gerichte vorgeworfen hat, ist diese Gerichtsentscheidung ein "juristischer Klimmzug", der an "gewisse Phasen der braven Selbstzerstörung der Weimarer Demokratie erinnert." Die Entscheidung eines unabhängigen Gerichts wird in der Sicht der Berliner Morgenpost ein Akt anrüchigen Komplicentums : "Heute wird also, so schreibt sie, mit dem Segen des Verwaltungsgerichts in Berlin wieder demonstriert werden."

Die Morgenpost erinnert an das, was studentische Demonstranten gewöhnlich tun: "Am 2. Juni 67 endete die genehmigte Demonstration mit dem Tod des Studenten Ohnesorg." Die Morgenpost weiß "Nichts anderes ist heute zu erwarten." Die Morgenpost tut deshalb ihr Bestes, um zu verhindern, daß die Studenten einen zweiten Benno Ohnesorg umbringen, sie verlangt: "Alle Berliner stehen deshalb heute hinter der Polizei, die ihren schweren Dienst erfüllt."

Alle Berliner standen hinter der Polizei, die Unberliner demonstrierten. "Mit einiger Sicherheit" hatte sich die Morgenpost auf "Krawalle in der City" eingerichtet. Doch diese Sicherheit trog. 1o.ooo Demonstranten protestierten mit Disziplin. Sie ließen sich nicht zur Gegengewalt provozieren, als ihnen Transparente entrissen wurden, als man auf sie einprügelte und als Autos in ihren Zug hineinfuhren. Hätte es nicht den Volkszorn der Berliner gegeben, die Demonstration der Unberliner wäre völlig friedlich verlaufen. Und so zeigte es sich wieder einmal, daß es böse und gute Krawalle gibt. Die BZ erschien mit der Titelzeile "Das war den Berlinern zuviel!" Beglückt berichtete das Blatt: " die Empörung der Berliner, an denen die Demonstranten vorbeizogen, wuchs von Kilometer zu Kilometer. Es kam zu Zwischenfällen, Rote Fahnen wurden entrissen und verbrannt. Die Proteste häuften sich, so bekamen vor allem die Demonstrationsteilnehmer, die am Ende des Zuges zogen, die Wut der Passanten zu spüren. Denn das war manchen Berlinern zuviel." Und wie beurteilt das Blatt diesen gewalttätigen Volkszorn? Als spontane Gegendemonstration der Berliner."

Für BILD waren die Gewalttaten der Gegendemonstranten eine Form der "Ruhe" Denn die BILD-Schlagzeile lautete: "Berliner ließen sich nicht aus der Ruhe bringen." Es gab bei den Gegendemonstrationen nicht einmal Zwischenfälle. Sondern nur "Beherzte Berliner", die sich "die kommunistische Demonstration nicht gefallen" ließen, die Vietcong-Fahnen wegrissen und verbrannten. Kein Terror, kein Krawall, nicht einmal ein Zwischenfall, sondern wie BILD genau wußte ganz einfach nur "Selbsthilfe", eine Formulierung, die etwa auch diskret Prügel durch Berliner Fäuste für den Kommunarden Langhans in sich einschloß.
Für die reinliche Scheidung zwischen Berlin und Unberlin sorgt die als Freiheitskundgebung bekannte Senatsdienststellenkundgebung, deren Besuch etwa den städtischen Müllarbeitern mit Überstunden-Vergütung für den durch sie entstehenden Mehrwert honoriert wurde. Schon vor der Freiheitskundgebung stand es fest: "Berliner Morgenpost: ' Morgen demonstriert Berlin für Frieden und Freiheit ' und BZ: 'Berlin wird ihnen eine Antwort geben!' "Nachdem Berlin seine Antwort gegeben hatte, war für die Berliner Morgenpost die "Bilanz der großen Freiheitskundgebung durchaus erfreulich Es gab Freiheitstransparente der Berliner mit dem Titel: "Heute fährt Teufel zur Hölle". Ein anderes, das einer Figur am Galgen, "Glückliche Reise!" wünschte. Und Schilder mit der Aufschrift: "Dutschke raus", Dutsch

ke - Volksfeind Nr. 1".

Ein Unberliner, der aussah wie Rudi Dutschke, wurde unter den Rufen "Lyncht ihn, hängt ihn auf!" zusammengeschlagen. Die Polizei, die dem Prügeln zumeist freundlich zuschaute, zählte am Ende 23 verletzte Opfer des unbezähmbaren freiheitswillens der Berliner. Und Springers BZ jubelte beglückt über die halbe Titelseite: "Das war die Antwort der Berliner" So geschah es sieben Wochen vor dem Attentat auf Rudi Dutschke: schon kurz zuvor hatte die BZ wichtige Hinweise gegeben. Sie erschien mit einem Klaus-Schütz-Imperativ auf der Titelseite "Seht Euch doch diese Typen an!' Dazu die Erläuterung: "Nicht länger debattieren - jetzt handeln". Und dazu die BZ-Meinung: "Zeit des Langmuts ist vorbei."

Und - um einmal auch die Mitbemühung von Nicht-Springer-Zeitungen zu zeigen - der "arbeitgeber", das offizielle Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, erschien am 5. März mit einem Titelbild, das diese Type Dutschke zeigt. Der Kopf fein säuberlich durch die Mitte gespalten, an beiden Schnittstellen verkürzt wieder zusammengefügt, das Bild eines lebensunwerten, jüdischbolschewistischen Untermenschen, wi es Dr. Josef Goebbels nicht besser hätte erfinden können.

BILD wiederum hatte wenige Wochen vor dem Attentat wichtige Fragen zu stellen: "Sind wir denn eine Apfelsinen-Republik, in der man Recht und Gesetz, Autorität und Ordnung unter fadenscheinigen Vorwänden mit Füßen treten darf. Wie lange wollen unsere Politiker noch zulassen, daß unsere jungen Leute von roten Agitatoren aufgehetzt werden?" BILD mahnte: Man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen. Überschrift des roten Kastens, in dem dies stand: "Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!" Daneben ein Bild von: "SDS-Dutschke".

Und drei Wochen vor dem Mordanschlag variierte die gelehrige Deutsche National- und Soldatenzeitung den "BILD-Slogan". Ihre Schlagzeile verlangt: "Stoppt Dutschke jetzt !!! sonst gibt es Bürgerkrieg". Darunter fünf gut erkennbare Fahndungsphotos von Rudi Dutschke.

Am letzten Donnerstag hat der Attentäter Bachmann Rudi Dutschke erkannt und mit drei Schüssen niedergestreckt. Wir wissen nicht, wieviel Bachmann von dem gelesen hat, was die Springer-Presse über Rudi Dutschke und die Studenten geschrieben hat. Aber der Täter Bachmann, der Einzeltäter, wie man uns versichert, ist unwichtig. Entscheidend ist die Atmosphäre, die solche Täter hervorbringt. Gewiß, die Springer-Presse fordert nicht direkt zu Mord und Totschlag an den roten Studenten auf. Aber ihre Leser werden systematisch in eine Disposition versetzt, in der sich ihre durch die Lektüre hochgekommenen Affekte in Gewalttätigkeit umsetzen können.

Bachmann ist nur einer von vielen möglichen Einzeltätern. Die Pogromatmosphäre, die Springer von allem - und Schütz nicht zuletzt - hervorgerufen haben, dieser Dunst von Gewalt hätte Tausen Bachmanns hervorbringen können. Darum hat Springer in Berlin mitgeschossen.
So wird es weitergehen, wie damals nach der Erschießung Benno Ohnesorgs. Die Studenten werden beschuldigt, Gewalt und Terror auszuüben, während sie selbst Gewalt und Terror zum Opfer fallen. Und die Gefahr besteht, daß einige von ihnen, weil man ihnen einredet, sie seien Terroristen und liebten die Gewalt, tatsächlich zu Gewalt, zu Steinen greifen. Zu Steinen, von denen einer Pressephotographen Frings tötete. Der, der den Stein warf, hat dies nicht gewollt, aber er hätte wissen müssen, daß ein Stein eine tötliche Waffe sein kann. Er ist nicht zu entschuldigen.

Wir wollen aber nicht vergessen, daß alle verantwortlichen Studentenführer einschließlich des SDS am Montag nochmals alle Studenten zur Gewaltlosigkeit aufriefen.

Die Auszüge herausgegeben vom Landesverband Hamburg der Gewerkschaftlichen Studentengruppe.
Verantwortlich: Manfred Weichsel.
Copyright by Otto Köhler.

18.04.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das Flugblatt des AStA zum Tod von Klaus Frings unter dem Titel "teach-in heute" mit dem Aufruf dazu um 20 Uhr in der Neuen Universität zu den Themen:"
1. Augenzeugenberichte aus Berlin und Eßlingen
2. Funktion der Springer-Presse in unserer Gesellschaft

3. Gewalt und Gewaltlosigkeit als Problem studentischer Aktionen".
Q: AStA Uni: teach-in heute, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

teach-in

Presseerklärung des AStA:

"Der AStA der Universität Heidelberg ist erschüttert über den Tod des AP-Fotojournalisten Klaus Frings. Der AStA beklagt, daß die Protestaktionen der letzten Tage dieses Opfer gefordert haben. Es darf jedoch der studentischen Opposition dieses Todesopfer nicht angelastet werden. Die Springer-Presse, die unterstützt durch die Minderheitenhetze des Berliner Senats und der Regierungsparteien das politische Klima für den Tod Benno Ohnesorgs und dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke vorbereitet hat, trägt an diesen Ausschreitungen die Hauptschuld.

Die studentischen Gegenaktionen gegen die Massenverhetzung durch die Springer-Presse, gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze waren immer als die gewaltlose Verhinderung weiterer Hetzaktionen gegen kritische Oppositionelle und gegen den weiteren Abbau der demokratischen Substanz dieses Staates geplant.

Die Forderung, eine allseitige Diskussion über die Gründe, Ziele und notwendigen Formen studentischer Opposition durchzuführen, muß jetzt endlich auch von den Professoren und Politikern sowie von allen Bürgern erfüllt werden.

Der AStA der Universität Heidelberg ruft deshalb auf zu einem Teach-in über die Ereignisse der letzten Tage und über deren Ursachen, am Donnerstag, den 18.4.68, 20.00 Uhr im Hörsaal 13 der Neuen Universität".

Auf diesem Teach-in, zu dem der AStA hiermit vor allem die Studenten aufruft, sollen folgende Punkte behandelt werden:

1. Augenzeugenberichte aus Berlin und Eßlingen
2. Funktion der Springer-Presse in unserer Gesellschaft
3. Gewalt und Gewaltlosigkeit als Problem studentischer Aktionen.

Damit die studentische Politik nicht hinter ihre eigenen Ansätze zurückfällt, ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Ereignissen der vergangenen Tage, insbesondere mit den studentischen Aktionen, auf breiter Ebene erforderlich.

HEUTE

18.04.1968:
Der SDS und die Studentische Linke (SL) Tübingen geben vermutlich heute das Flugblatt "Kollegen! Warum Widerstand gegen Springer!" heraus das vermutlich an Betrieben in Tübingen und auch Esslingen verteilt wird. Berichtet wird von den Springerblockaden in Esslingen und aus Berlin vom Tod von Klaus Frings und eingeladen zu einer Trauerfeier für ihn um 14 Uhr in der Neuen Aula der Universität Tübingen. Anschließend soll eine Geldsammlung für Frau Frings durchgeführt werden.

Der SDS gibt dazu das Flugblatt "Erklärung des SDS Tübingen auf der Kundgebung zum Tode von Klaus Frings (18.4.68)" heraus.
Q: SDS / SL: Kollegen! Warum Widerstand gegen Springer!, Tübingen O. J. (1968); SDS: Erklärung des SDS Tübingen auf der Kundgebung zum Tode von Klaus Frings (18.4.68), Tübingen O. J. (1968)

K O L L E G E N !

WARUM WIDERSTAND GEGEN SPRINGER !

Daß der Springer-Konzern (BILD,WELT,HÖR ZU,BRAVO,TWEN,usw.usw.) gegen die Studenten hetzt,wissen Sie.Daß dieser Konzern in seinen Zeitungen aber auch eine arbeiterfeindliche Politik vertritt,ist nicht auf den ersten Blick zu erkennen,läßt sich aber durch einige Beispiele nachweisen:

Springer holte anläßlich der der Telefongebührenerhöhung den Bundestag aus dem Urlaub.Angeblich vertrat er dabei die Interessen der Arbeiter,in Wirklichkeit aber hat Springer gemeinsam mit den Unternehmern ein Geschäft gemacht und nicht die Arbeiter,die gar kein Telefon haben.
Beim Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg druckte BILD zwar die Stellungnahmen der Arbeitgeberverbände ab,nicht aber die der IG Metall.
Springer wendet sich in der Bildzeitung gegen die Mitbestimmung in den Betrieben und Universitäten.Er setzt sich für die Notstandsgesetze ein,in denen Streikrecht und freie Wahl des Arbeitsplatzes eingeschränkt werden.

Springer vertritt die Interessen der Unternehmer,da rund 8o % seiner Zeitungen aus den Anzeigen der Großindustrie finanziert werden.Da also der Springerkonzern einseitig die Interessen der bei uns Herrschenden vertritt,kann er nicht wahrheitsgemäß berichten.Deshalb verschweigt er Ihnen auch,daß:

die Demonstrationen und Auslieferungsbehinderungen durch Sitzstreiks sich ausschließlich gegen die ungeheure Konzentration der Presse in einer Hand und deren Mißbrauch,wie der Springerkonzern ihn betreibt,richten.Niemals haben die Studenten dazu aufgerufen,sich an beliebigem Privateigentum zu vergreifen.So haben die Demonstranten in Berlin die Privatautos der Arbeiter aus der Gefahrenzone entfernt.Das allerdings verschweigt Springer.Ebenso verschweigt er,daß in Eßlingen die Arbeiter der Druckerei die Autosperre der Demonstranten passieren konnten.
Auch wurde verschwiegen,daß die Demonstranten z.B.in München einen eigenen Ordnerdienst eingerichtet hatten,der mögliche Ausschreitungen einzelner Demonstranten verhindern sollte,daß aber gerade die mit einer Armbinde erkenntlichen Ordner als erste von der Polizei herausgegriffen und abtransportiert wurden.
Weiterhin verschweigt BILD und die gesamte Springerpresse,daß die Polizei noch völlig sinnlos brutal Studenten zusammenschlug,als die Auslieferung der BILD-Zeitung schon gesichert war und die Demonstranten bereits geordnet abzogen oder sich vor der nachsetzenden Polizei in Rettung brachten.

In einer solchen Situation,als sich die Demonstranten auf dem Rückweg befanden,setzten sich einige von ihnen gegen die völlig ungerechtfertigten Maßnahmen der Polizisten zur Wehr und dabei warfen sie auch einige Steine.Der Pressefotograf Klaus Frings wurde dabei von einem Stein getroffen und so schwer verletzt,daß er später im Krankenhaus verstarb.Wir bedauern diesen Vorfall zutiefst,denn wir versuchen grundsätzlich nicht,unsere Ziele durch Gewalt gegen Personen durchzusetzen.Für den verstorbenen Journalisten findet heute um 14.oo Neue Aula eine Trauerfeier statt;anschließend werden wir eine Geldsammlung für die Frau von Klaus Frings durchführen.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund Tübingen SDS
Studentische Linke Tübingen SL
Verantwortlich:E.Martin,Tübingen,Wilhelmstraße 9o.

ERKLÄRUNG DES SDS TÜBINGEN AUF DER KUNDGEBUNG ZUM TODE VON KLAUS FRINGS (18.4.68)

Klaus Frings ist getötet worden, und es darf keine Erklärung dafür geben, weder moralisch noch politisch, die ihre Gründe zu einer heimlichen Rechtfertigung des Geschehens zusammensucht.

Von der Situation, die diese Gewalttat erzeugte, können wir bisher nur Folgendes berichten: die Demonstranten hatten eine Zeitlang die Auslieferung der Bildzeitung passiv verhindern wollen, eine Verhinderung, die von der Mehrzahl der Demonstranten als Widerstand gegen den Springerkonzern begriffen wurde. Die Aktion war kein Racheakt gegen den Mordanschlag auf Dutschke, sondern sie sollte praktisch verdeutlichen, wo die Ursachen dieser Tat liegen. Als die Demonstranten sich vor dem massierten Polizeiaufgebot zurückzogen, wurden sie von der Polizei verfolgt, und ohne Warnung oder Aufforderung, sich zu zerstreuen, niedergeknüppelt. In dieser Situation, in Angst und Panik, die durch den Polizeieinsatz erzeugt wurde, fiel der tödliche Steinwurf.

Wir hatten auch bisher damit rechnen müssen, daß sich unseren Aktionen Einzelen anschließen, die keinerlei Beziehungen zu den Zielen der außerparlamentarischen Opposition haben. Der SDS hat immer dazu aufgefordert, daß die Demonstranten selbst alle diejenigen entwaffnen sollen, die mit Pflastersteinen nach Personen werfen wollen. Darüber hinaus hatte der Münchener SDS, wie auch die Süddeutsche Zeitung berichtete, einen starken Ordnungsdienst organisiert. Jedoch waren die mit Armbinden Gekennzeichneten sofort als Rädelsführer festgenommen worden, sodaß ein Einschreiten gegen mögliche Gewaltaktionen sehr erschwert war.

Sowenig dieser tödliche Steinwurf vom SDS verschuldet oder gar als mögliches Risiko miteingeplant war, sowenig können wir im Augenblick so tun, als ob der Stein nicht vonseiten der Demonstranten geworfen wurde. Wir waren bisher sicher, daß die, die sich unseren Demonstrationen und Aktionen anschließen, sich auch dem rationalen Argument und Ziel dieser Demonstrationen angeschlossen hatten. Wir waren sicher, daß uns die staatliche Gewalt nicht in eine Situation hineindrängen könnte, in der möglicherweise, aus welchen Gründen auch immer, Gewaltakte gegen Personen begangen werden. Wenn auch mit Sicherheit keine politische Aufhetzungskampagne hinter dem Tod von Frings steht, wie sie der Grund für den Tod von Benno Ohnesorg und für den Mordanschlag auf Dutschke war, so weist uns doch dieses sinnlose Geschehen notwendig auf Konsequenzen, in welcher Form künftig gewaltlos Widerstand geleistet werden kann. Wenn wir uns der Spendenaktion der AP für die Witwe von Frings anschließen, so ist auch dies nur ein fast ohnmächtig Gestus unserer eigenen ohnmächtigen Organisation, die diese Tat nicht verhindern konnte. Wir, und das heißt nicht nur der SDS, sondern auch die gesamte außerparlamentarische Opposition, wir müssen künftig Demonstrationen unter das absolute Primat politischer Aufklärung ohne Gewalttätigkeit stellen, und zwar organisatorisch so, daß sich niemand an unserem Widerstand beteiligen kann, der glaubt und versucht, mit Gewalttätigkeit gegen Personen soziale Ziele erreichen zu können.

18.04.1968:
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, gibt mit Billigung des Senats eine Erklärung zu den Osterunruhen und den Hochschulen ab, in der u. a. bekanntgegeben wird, dass der Polizeipräsident drei Kommissionen gebildet habe, wobei die erste sich den 120 Verfahren wegen Verdachts des Auflaufs, die zweite den übrigen Ermittlungsverfahren und die dritte den Hintermännern widmen soll.
Q: Landespressedienst Nr. 77, Berlin 18.4.1968, S. 1ff

Landespressedienst BERLIN

E0702

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78 01 33 09

INSTITUT für POLITISCHE WISSENSCHAFT BERLIN

18. April 1968
Nr. 77

EINE ERKLÄRUNG DES REGIERENDEN BÜRGERMEISTERS KLAUS SCHÜTZ

Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz gab in der 27. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin (V. Wahlperiode), die am Donnerstag, dem 18. April, stattfand, mit Billigung des Senats eine Erklärung ab, die folgenden Wortlaut hat:

"Die Schüsse auf dem Kurfürstendamm und die Reaktion darauf haben eine hoffnungsvolle Entwicklung gestört. Das Bild Berlins war in den vergangenen Monaten im Bewußtsein vieler Leute wieder zurechtgerückt. Unsere tägliche Kleinarbeit begann Früchte zu tragen. Außerhalb Berlins war deutlicher geworden, daß die Lage in der Stadt durch viele Entstellungen und Verzerrungen falsch dargestellt war. Vieles war aus der Luft gegriffen, was man den politisch tragenden Kräften dieser Stadt angelastet hatte. In Berlin regiert weder Kleinmut noch Intoleranz. Hier kann jeder so leben, wie er es will. Auch und gerade Minderheiten.

Die Berliner und ihre politische Führung hatten sich sehr wohl auf die Zukunft vorbereitet. In Berlin wurde Verständnis für die Jugend gerade nicht nur gepredigt, sondern - nachweisbar seit langem - praktiziert. Manchem ist das möglicherweise nicht schnell genug und nicht entschlossen genug gegangen. Manchem ist es vielleicht auch nicht radikal genug gewesen. Und manchem ging es vielleicht auch zu weit.

Jeder weiß, wir haben in aller Öffentlichkeit zu vielen Fragen unsere Auffassungen und Vorstellungen dargelegt und verwirklicht. Jeder hat die Möglichkeit gehabt, dazu seine Meinung zu sagen. Und viele haben es getan. Berlin ist aus einem fast totalen Chaos durch den Lebenswillen seiner Bevölkerung trotz Bedrohung von außen wieder zu einer Stadt der Arbeit und der Kultur geworden; mit einem Stadtbild, um das uns viele beneiden. Dies alles hat uns nicht selbstgefällig und konservativ gemacht. Wer die Berliner kennt, weiß das.

Berlin hat sich die modernste Schulordnung in der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Das war und ist in diesem Parlament nicht unumstritten. Aber wir sind uns einig: Niemand kann und will hier stehen bleiben. Wir wissen, daß auch Erscheinungen an unseren Schulen von Bedeutung für die politische und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes sind. Keine noch so törichte Demonstration wird uns daher von der weiteren Modernisierung unseres Bildungswesens abbringen.

-2-

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Elimar Arendt

Die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen will ihr Verhalten als ernsthaften und verantwortungsvollen Reformwillen verstanden wissen. Dies gilt unabhängig von der politischen oder weltanschaulichen Grundauffassung. Und - richtig verstanden steht dieser Wille zur Reform im Einklang mit unserem politischen Wollen und Handeln. Nicht erst seit gestern und heute ist klar, daß mangelnder Reformwille Tendenzen zu einer Radikalisierung unterstützt. Ein moderner Irrglaube aber ist, daß Radikalisierung Reformen fördert. Radikale Übersteigerungen führen allenfalls zu scheinbaren Augenblickserfolgen, die Reform selbst wird erschwert und tatsächlich verzögert.

Ein weiteres Beispiel: Berlin hat, wie viele in und außerhalb Deutschlands meinen, eine zeitgemäße Hochschulverfassung. Sie ist nicht einmal 20 Jahre alt. Aber auch hier sind Reformen notwendig und müssen vorgenommen werden. Der Senator für Wissenschaft und Kunst hat vor zehn Monaten den Universitäten den Entwurf eines neuen Organisationsgesetzes zugeleitet, der insbesondere einen neuen Aufbau der akademischen Selbstverwaltung, ein Mitspracherecht der an Forschung und Lehre beteiligten Gruppen, eine Reform des Lehrkörpers und eine Neugestaltung des Berufungswesens vorsieht. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat sich mit allen seinen Fraktione fest verpflichtet, in angemessener Zeit, also wie wir alle hoffen so schnell wie möglich, ein neues Hochschulgesetz zu schaffen.

Die Berliner Universitäten haben in den letzten beiden Jahrzehnten ihre Aufgaben erfüllt. Da kann es nicht um 'Rechte' einzelner Gruppen und ihre Machtanteile gehen. Uns geht es vielmehr darum, für die Zukunft die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der Universitäten zu steigern.

Ebenso werden Fragen der Pressekonzentration seit langem bei uns eingehend erörtert. Auf Berliner Initiative hin hat eine unabhängig Kommission sich eingehend mit der besonderen Lage von Presse und Rundfunk in Berlin beschäftigt. Dieser umfangreiche Bericht wird in diesen Tagen allen zugänglich gemacht. Seine Schlußfolgerungen sind interessant. Dort gibt es Aussagen sowohl zur Wirtschaftskonzentration der Presse als auch zum Problem des Meinungsmonopol Der Bericht ist für alle lesenswert. Ich hoffe, auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs in dieser Stadt.

Wir haben unsere Vorstellungen, um mit den großen Problemen der Gesellschaft und des Staates fertig zu werden. Dies wird durch Leistungen und Erfolge belegt.

Wir sind nicht selbstgefällig und wir akzeptieren, daß wir ständig in der Kritik stehen. Aber wir stellen fest, daß wir den Ereigniss nicht nachlaufen, sondern vieles in Angriff genommen und verwirklicht haben, was man jetzt mit unangemessenen Mitteln und in anderer Absicht fordert.

+ + +

Ostern versprach ohne Gewalttätigkeiten und ohne dramatische Aktio nen vorüberzugehen. Dann kamen am späten Nachmittag des 11. April die Schüsse auf dem Kurfürstendamm. Nach allem, was wir heute wissen, wird das Opfer dieses Verbrechen überleben - ohne dauernde gesundheitliche Schädigungen.

-3-

Der Täter wurde gefaßt. Das Verbrechen, das er verübt hat, wird nicht dadurch erträglicher, daß er nicht aus dieser Stadt kommt und daß es sich offenbar um die Tat eines einzelnen handelt. Ein Mordanschlag ist und bleibt ein Kapitalverbrechen. Daran gibt es nichts zu diskutieren. Der Täter wird seine Strafe erhalten. -

Wir haben schon an diesem ersten Abend alle aufgefordert, endlich der Gewalt abzuschwören, und wir haben nie unterschieden zwischen Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen. Es war notwendig, allgemein der Gewalt hier und anderswo entgegenzutreten. Dies zeigte nicht zuletzt der tragische Tod des Münchner Fotoreporters Klaus Frings und des Studenten Rüdiger Schreck. Diese Opfer müssen die letzten gewesen sein. Sie sind nicht Opfer eines Zufa sondern Opfer der Gewalt. Mit dieser Gewalt muß es jetzt ein Ende haben.

Wir haben am Donnerstagabend eine erste Demonstration gehabt, die mit schweren Ausschreitungen vor einem Verlagshaus endete. Am Freitag, Samstag und am Ostersonntag hat es zum Teil schwere Zusammenstöße auf dem Kurfürstendamm, dem John-F.-Kennedy-Platz, vor dem Funkhaus und gegen den Springer Verlag gegeben. Dies waren ungesetzliche, ja kriminelle Handlungen, denen klar entgegengetreten werden mußte.

Das Verbrechen an Dutschke wurde von einigen Gruppen zynisch und brutal mißbraucht. Den Initiatoren der Unruhen war dieser Mordanschlag nur Vorwand zu eigenen Gewalttätigkeiten. Das wurde sogar offen ausgesprochen: "nie war die Gelegenheit so günstig". Dies war das Aktionsprogramm der Anführer. Damit mobilisierten sie ihre Kräfte.

Dies waren schwere Tage für viele von uns. Wir danken besonders unserer Berliner Polizei. Sie hat - wenn notwendig - hart und ohne Zögern eingegriffen und nicht selten hat sie durch ihre Besonnenhe schlimmeres verhindert. Wer gesehen und gehört hat, wie unsere Beamten provoziert und attackiert wurden, kann nicht anders, als ihnen Hochachtung und Respekt auszusprechen. Vereinzelt gibt es Kritik, der Polizeieinsatz hätte an der einen oder anderen Stelle anders sein können. Und es gibt auch verschiedene Auffassungen über die 'Angemessenheit der Mittel'. Aber es bleibt festzustelle Art und Ausmaß des Polizeieinsatzes hat dieser Stadt vieles erspart. Unser Dank gilt auch der Berliner Feuerwehr. Sie hat unte manchmal schwierigsten Umständen ihre Pflicht erfüllt.

Unser besonderer Dank gilt aber den Menschen dieser Stadt. Ihnen ist viel zugemutet worden in den letzten Tagen. Aber sie haben sich nicht provozieren lassen. Wir wissen, daß die Berliner Bevölkerung am Rande ihrer Geduld ist. Da vermißt man angesichts von sich ständig wiederholenden Gesetzesübertretungen die Anklagen gegen Gesetzesbrecher. Da fragt man:

-4-

Wo sind die Haftbefehle der Staatsanwaltschaft? Wann gibt es Disziplinarmaßnahmen in den Universitäten und gegen Angehörige des Öffentlichen Dienstes dieser Stadt, die mitten unter uns und in aller Öffentlichkeit zu Gewalt und zu verfassungswidrigem Druck auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung aufrufen? Da fragt man: Wie lange dürfen öffentliche Gebäude wie die Technische Universität noch zur Vorbereitung von ungesetzlichen Handlungen mißbraucht werden?

Und mancher unter unseren Mitbürgern fordert weitergehende Maßnahmen. Jeder in der Stadt muß wissen: Der Senat hat jeden geschützt und wird jeden schützen, der mit Leib oder Eigentum in Gefahr gerät. Dabei ist der Senat an Gesetz und Recht gebunden und wird sich daran halten. Es ist seine Aufgabe und er wird dafür sorgen, daß die Gesetze eingehalten und Ungesetzlichkeiten verfolgt werden. Er bedient sich dabei der rechtsstaatlichen Mittel. Das dauert manchem zu lange. Uns auch. Aber die rechtsstaatlichen Wege und Instanzen sind geschaffen, um alle Bürger vor staatlicher Willkür zu schützen.

In den letzten Tagen ist nicht selten die Justiz gescholten worden. Dies ist - wie vieles andere - keine allein Berliner Problematik. In vielen Teilen des Bundesgebietes ist festgestellt worden, daß die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden durch Schwierigkeiten bei der Beweisaufnahme äußerst erschwert wird. Das können wir bei Massendelikten immer wieder beobachten. Der Polizei wird bei Masseneinsätzen die vorgeschriebene Ermittlungstätigkeit unmöglich gemacht. Und oft fehlen andere Zeugen. Trotzdem wird unsere Justiz alles tun, um klar zu machen, daß in dieser Stadt keiner Gruppe Sonderrechte und Sonderbehandlung gewährt werden.

Der Polizeipräsident hat am 16. April drei Kommissionen gebildet. Eine Kommission ist damit befaßt, die gegen etwa 120 Demonstranten wegen des Verdachts des Auflaufs anhängigen Ermittlungsverfahren intensiv zu betreiben, damit die Staatsanwaltschaft Anträge auf Aburteilung stellen kann. Die Beschuldigten sind bereits am 16. April zur Vernehmung zur Sache vorgeladen worden, nachdem alle übrigen kriminalpolizeilichen Maßnahmen (Vernehmung zur Person, Überprüfung der Meldeverhältnisse, erkennungsdienstliche Behandlung, Überprüfung zur Persönlichkeit wegen früherer Strafverfahren und Prüfung evtl. Haftgründe) bereits in den vergangenen Tagen und Nächten getroffen worden waren.

Die zweite Kommission hat den Auftrag, die übrigen Ermittlungsverfahren zum Beispiel Aufruhr, Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzung, Sachbeschädigung gegen Demonstranten zu bearbeiten. Hierzu gehört die Überprüfung und Auswertung vorhandener Zeugenaussagen in jeder denkbaren Richtung sowie die Zusammenstellung und Auswertung von Beweismitteln, insbesondere des umfangreichen Fotomaterials der Polizei und der Presse.

-5-

Außerdem hat eine dritte Kommission den alleinigen Auftrag, das Hintergrundmaterial sorgfältig zu sichten und auszuwerten, um Strafverfahren gegen Hintermänner, die also nicht bei der Begehung strafbarer Handlungen auf der Straße getroffen wurden, einleiten zu können. Diese Ermittlungen müssen nach unserer Rechtsordnung sorgfältig, eingehend und unwiderlegbar durchgeführt werden. Nach Abschluß werden die Vorgänge der Staatsanwaltschaft zur Entscheidung über eine Anklageerhebung zugeleitet.

Der Senat verschafft sich zur Zeit einen vollen und so gut wie lückenlosen Überblick, welche Beamten und Angestellten in die Vorgänge der letzten Tage verwickelt waren. Dabei wird ermittelt, wer öffentlich zu Gewalttaten oder Verstößen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung aufgerufen oder in diesem Sinne gehandelt hat. Sollten entsprechende Tatbestände festgestellt werden, wird gegen die betroffenen Bediensteten ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Aber auch hier muß gesagt werden, daß die Feststellungen angesichts unserer Rechtsvorschriften genau getroffen werden müssen. Nur so können derartige Verfahren mit begründeter Hoffnung auf Erfolg durchgeführt werden.

Über die Beurteilung der Vorgänge in der TU und ihre Behandlung hat zwischen den beteiligten Stellen der Universität und des Landes ein regelmäßiger Meinungsaustausch stattgefunden. Sowohl der Rektor der TU als auch die beteiligten Senatoren sowie der Polizeipräsident waren der Überzeugung, daß es in der gegebenen Situation lediglich zu einer weiteren Verschärfung der Lage geführt hätte, wenn ein Hausverbot des Rektors mit polizeilichen Mitteln hätte durchgesetzt werden müssen. Die gemeinsame Beurteilung der Situation durch Universität und Senat von Berlin hat dazu geführt, die Veranstaltungen in der TU nicht mit polizeilichen Mitteln zu verhindern. Lassen Sie es mich noch einmal klar sagen: Gewalt ist kein Argument. Wir verurteilen auf das schärfste die Ausschreitungen des letzten Wochenendes - für sie gibt es keine Entschuldigung, keine Rechtfertigung und keine Nachsicht. Gegen die Gewalt gehen wir zielstrebig und mit den angemessenen Mitteln vor. Es braucht bei uns kein Bürger seinem Gefühl zu folgen und auf die Straße zu gehen, um selbst für Ordnung zu sorgen. Das schaffen die staatlichen Organe. Dazu sind sie da.

+ + +

Das, was wir hier in Berlin und in anderen Städten der Bundesrepubli Deutschland erlebt haben, hat im eigentlichen Ausgangspunkt nichts mit 'unzufriedener Jugend' oder 'Unbehagen an den bestehenden Verhältnissen' zu tun. Man möge offiziell und in den Organen der öffentlichen Meinung endlich erkennen, daß dies mit 'Studentenunruhen' nur unvollkommen, wenn nicht sogar falsch bezeichnet wird. Es handelt sich hier vielmehr um eine verhältnismäßig kleine Gruppe von en schlossenen Anführern. Sie versuchen, ihre Vorstellungen durch Mobilisierung von überwiegend jungen Menschen durchzusetzen. Dem Kern dieser Gruppen geht es nicht um das gerade im Vordergrund der Agitation stehende Thema, etwa Presskonzentration, Vietnam oder allgemei Demokratisierung. Ihnen geht es allein darum, den freiheitlichen Rechtsstaat handlungsunfähig zu machen. Sachdiskussionen mit diesem harten Kern sind aussichtslos. Sie glauben, die Wahrheit gepachtet zu haben. Für sie liegen die Dinge klar und sie wollen nicht mehr sprechen. Aber sie repräsentieren nicht eine unruhige und unsicher gewordene Jugend. Sie wollen sie mißbrauchen.

-6-

Die Kerntruppe dieser Bewegung erwartet und braucht von uns kein Verständnis. Sie braucht klare und notfalls harte Reaktionen. Ganz anders steht es um die, die sich einsetzen und mißbrauchen lassen; die sich als Faustpfand in die Hand einiger weniger begeben haben. Auch ihre ungesetzlichen Handlungen kann und wird natürlich niemand hinnehmen. Aber mit ihnen muß offen gesprochen werden. Unter ihnen hat es über Ostern auch viele Oberschüler gegeben. Und deshalb hier ein Wort an die Eltern: Denken Sie daran, daß Sie als die Erziehungsberechtigten die Verantwortung für das mittragen, was sich auf den Straßen unserer Stadt abspielt.

Der Senat bittet die demokratischen Parteien, sich verstärkt den drängenden Fragen jüngerer Menschen zu stellen und sie zu überzeugen, daß es sinnvoller ist, ihre Reformpläne mit den parlamentarisch Verantwortlichen zu erörtern und zu verwirklichen. Aber hier liegt auch eine Bewährungsprobe für unsere parlamentarische Demokratie: Einmal, ob es ihr gelingt, mit den kriminellen Aktionen schnell und so wirksam wie möglich fertig zu werden oder nicht, und zum anderen, ob ihre Repräsentanten das Gespräch mit jungen Menschen finden oder nicht.

Die kleine Gruppe, die das Chaos in die Stadt tragen will, hat mit der Jugend nur so viel zu tun, als es ihr offenbar gelingt, von Zeit zu Zeit eine größere Zahl junger Menschen in Bewegung zu bringen. Sie ist links nur insofern, als sie sich so nennt. Sie hat nichts zu tun mit den arbeitenden Menschen, mit der organisierten Arbeiterschaft in unserer Stadt. Sie befindet sich im ausgesprochenen Gegensatz zu ihr.

Der Senat ist es der Berliner Bevölkerung schuldig, daß er sich nicht der Gewalt als einer Form der politischen Auseinandersetzung beugt. Für uns ist die Polizei und der Polizeieinsatz kein Argument unserer Politik. Sie ist ein Instrument, das Sicherheit und Ordnung garantiert und darüber wacht, daß weder Menschen noch Sachen angetastet werden. Wir lehnen die Gewaltanwendung grundsätzlich ab. Die Bürger eines Rechtsstaates, einer Demokratie erwarten, daß sich ihr Staat zur Wehr setzt, wenn er angegriffen wird. Hier glauben einige, sie könnten uns mit ihrem ständigen Demonstrationswillen unter Druck setzen. Sie wollen der Führung dieser Stadt ihren Willen aufzwingen. Ihnen sage ich hier, gestützt auf die Tradition dieser Stadt: Die politischen Entscheidungen fällen das freigewählte Abgeordnetenhaus von Berlin und der Senat dieser Stadt. Weder Terror noch Drohungen werden uns davon abbringen. Wer glaubt, uns brechen zu können, irrt. Ohne jedes Pathos sei gesagt: Wir tun weiter unsere Pflicht.

Dies alles geschieht nicht im luftleeren Raum, es geschieht in einer Welt voller Probleme und Schwierigkeiten, voller Hoffnungen und Gefahren. Berlin ist hier in vielfacher Weise eingespannt. Während eine verantwortungslose Gruppe auf den Straßen der Stadt

-7-

zu kriminellen Handlungen aufruft und sie durchzuführen versucht, nutzen andere die Zeit, neue Zugriffe auf die Freiheit unserer Zufahrtswege vorzunehmen. Und hier erwägt dann auch noch eine Gruppe, den freien Zugang von und nach Berlin auf einem Teilstück der Autobahn lahmzulegen.

In Ostberlin sind die Vorgänge der letzten Tage mit einem bemerkenswerten Eifer aufgegriffen und in Zusammenhänge gestellt worden, die man dort so gern konstruiert, um dieser Stadt zu schaden. Eine Propaganda-Offensive großen Stils ist gegen Berlin angelaufen. Sie stellt einen groben Einmischungsversuch dar. Denen, die dies verantworten müssen, sei gesagt: Schaffen Sie bei sich einen freiheitlichen Rechtsstaat. Lassen Sie uns dann vergleichen. Denn dies ist die Voraussetzung, daß Sie mit uns über die demokratische Grundordnung im freien Teil Berlins rechten können.

Mehr als zwei Millionen Menschen in der Stadt wollen mit Recht Ordnung im Innern. Sie brauchen dazu Sicherheit nach außen und sie brauchen wirtschaftliche Stabilität. Nur dies schafft auch die Voraussetzungen für sachgerechte Reformen. Auf alle diese Punkte muß eine politische Führung auch in schwerer Zeit achten. Und das tun wir.

Die gegenwärtige Lage in der Stadt verlangt Nüchternheit und Sinn für wirkliche Größenordnungen. Wir warnen eindringlich vor Hysterie und Kurzschlußreaktionen. Wir warnen ebenso eindringlich davor, die Gewalttätigkeiten der letzten Tage zu idealisieren. Jede terroristische Gewalt ist ein Schlag gegen die Vernunft und gegen den Fortschritt.

Es gibt keine Patentrezepte. Was wir wollen, ist die klare Absage und Bekämpfung der Gewalt und ist die kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Fragen dieser Stadt. Wir werden besonnen, aber doch leidenschaftlich engagiert diese Stadt weiter nach vorn führen. Bereit zum Gespräch, offen gegenüber wirklich neuen Ideen und Vorschlägen, entschlossen, die freiheitliche Ordnung gegen Feinde von innen und außen durchzusetzen.

In diesen Tagen wurde deutlich, daß Berlin auch mit seinen Problemen Teil des freien Deutschlands ist. Dies macht noch einmal allen klar, daß wir alle unsere Sorgen und Schwierigkeiten nicht isoliert lösen können. Und das auch und gerade Berlin eingeordnet und eingebettet bleiben muß in die Solidarität aller Deutschen."

- - - - - - - - - - -

18.04.1968:
Die Demokratische Studentenschaft (DS) am Berlin-Kolleg (BK) gibt das Flugblatt "An die Berliner Bürger, Arbeiter, Schüler und Studenten!" heraus, das sich gegen Gewaltanwendung richtet.
Q: DS BK: An die Berliner Bürger, Arbeiter, Schüler und Studenten!, Berlin 18.4.1968

19. APR. 1968

19. APR. 1968

DEMOKRATISCHE STUDENTENSCHAFT (DS) AM BERLIN - KOLLEG

An die Berliner
Bürger, Arbeiter, Schüler und Studenten!

Inzwischen haben die Aktionen der radikalen Linken das erste Todesopfer gefordert; der Pressefotograf Klaus Frings ist am I7. April um 5.00 verstorben, nachdem ein "Demonstrant" ihn mit einem Steinwurf verletzt hatte.

Vor einiger Zeit wurde in der Zeitung des Club ça ira geschrieben: "Sprechen wir unsere Gedanken aus: Die Möglichkeiten, die sich uns dann bieten, sind Sabotageakte in Industrie und Infrastruktur, Sprengung von Kraftwerken, Anschläge auf Kaianlagen und Benzinlager." Am I6.I2.I967 sagte Gaston Salvatore - ein führendes SDS-Mitglied - im Club ça ira: "Die Herrschenden haben die Eier- und Tomatenwürfe am 2.Juni richtig interpretiert, nämlich als die Bereitschaft, auch Handgranaten zu werfen." Die Äußerungen lassen keinen Zweifel an ihrer Absicht. Die Aktionen der radikalen Linken waren bisher stets von Erfolg begleitet, die Zahl der Anhänger ist stetig gestiegen. In einiger Zeit können es 20.000 und mehr sein, wenn nichts geschieht. Ihre Strategie ist inzwischen offensichtlich geworden, das was bisher ihre "Probe des Notstandes" war, wird Ernst werden, wenn die Anhängerzahl genügend groß ist:

I. Unter dem Vorwand, gegen angebliche Mißstände im Pressewesen zu kämpfen, ist die Springeraktion gestartet worden. Das Ziel wird deutlich, nachdem sie auch auf die Rundfunkanstalten ausgedehnt worden ist: die Behinderung, Beeinträchtigung oder Beherrschung der Publikationsmittel überhaupt.

2. In der Vergangenheit ist durch Straßendemonstrationen, Sitzstreiks auf Knotenpunkten und Autodemonstrationen bewiesen worden, daß der Verkehr in einer Weise lahmgelgt werden kann, die einem Generalstreik in den Auswirkungen gleichkommt.

3. Durch außerparlamentarische Aktionen können die Verfassungsorgane an der Ausübung ihrer Funktion gehindert werden.

Mit diesen drei strategischen Elementen kann - bei einer ausreichenden Teilnehmerzahl und in der besonderen Berliner Situation - ein Umsturz herbeigeführt werden. Die Ereignisse von I948 im Ostsektor mögen als Beispiel dienen. Bei einem Anwachsen der "außerparlamentarischen Opposition", einer Verschärfung der neulich verhängten Verrkehrsbehinderungen auf dem Weg nach Berlin und der zunehmenden Solidarisierung der außerparlamentarischen Opposition mit der SED-W ist eine ähnliche Entwicklung nicht ausgeschlossen. Mitglieder der DS haben sich nach dem 2. Juni noch für eine Verständigung an beide Seiten gewandt. Es ist jetzt aber nicht mehr Zeit, über Pressekonzentration, Polizeieinsätze u.ä. zu diskutieren; es muß gehandelt werden!

AUFRUF

Der innere Konflikt in Berlin hat sich so verschärft, daß eine Beilegung durch Vermittlung, Beschwichtigung und Diskussion nicht mehr möglich ist oder nur verzögernde Wirkung hat. Bei einem Eingreifen der Polizei oder einer ungezügelten Selbsthilfe durch Leute aus der Bevölkerung wird sich der Konflikt

BITTE WENDEN !

nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit nur noch verschär
fen.

Wir fordern deshalb auf, die künftigen Terrorakte durch Gewaltlosigkeit und absolut passiven Widerstand einzudämmen, zu demaskieren und zu brechen und dem SDS und den ihm nahestehenden Gruppen jegliche Unterstützung und Solidarität offen zu versagen!

Berlin, den 18. April 1968 Vorstand der Demokratischen Studentenschaft am Berlin-Ko

---

Bitte in Blockschrift oder mit Maschine ausfüllen!

Name: ..... Vorname: ..... Alter:

Beruf, Beschäftigung: .....

Hochschule, Schule usw.: .....

Anschrift: I Berlin .....Tel.

Mitgliedschaft in Politischen und ähnlichen Organisationen

.....

Ich schließe mich dem Aufruf durch meine Unterschrift an u
bin zu einer Unterstützung bereit. Ich versichere, daß die
gaben der Wahrheit entsprechen.

Berlin, den .....

.....
(Unterschrift)

Bitte umgehend senden an:

"Demokratische Studentenschaft
am Berlin-Kolleg
I Berlin 120 - Postamt Zoo
Postlagerkarte A 050459"

oder im Berlin-Kolleg (IBln.62, Badensche Str. 50/51)
dem Vorstand aushändigen (Weiße, Lehrg.66 V, Wöller, Leh

18.04.1968:
Der Senator für Wissenschaft und Kunst von Berlin, Dr. Stein, richtet ein Schreiben an den AStA der FU und die Studentenvertretung der TU zur gestern von ihnen und dem AStA der Kirchlichen Hochschule (KiHo) im 'Tagesspiegel' veröffentlichten Erklärung bzgl. der Gewalt gegen Sachen.
Q: Berlin-Sen Wiku: An den Allgemeinen…, Berlin 18.4.1968

2) a)

DER SENATOR FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

GeschZ.: II C - 31 11 50/02
(Angabe bei Antwort erbeten)

Sprechzeiten: 8.30—14 Uhr
(außer mittwochs und sonnabends)

BERLIN-CHARLOTTENBURG, DEN 18. April 1

POSTANSCHRIFT: 1000 BERLIN 19
BREDTSCHNEIDERSTRASSE 5-8 (ECKE MESSEDAMM)
TELEFON: 3 02 06 339
(987) 339 (nur im Innerbetrieb)

Freie Universität Berlin
Eing. 19. APR. 1968
Allgem. Studentenausschuß
11 40 UHR

An den
Allgemeinen Studentenausschuß
der Freien Universität Berlin

An die
Studentenvertretung
der Technischen Universität Berlin

Durch Fach

Betr.: Erklärung der Allgemeinen Studentenausschüsse der TU, der FU und der Kirchlichen Hochschule im Tagesspiegel vom 17. April 1968

Im Tagesspiegel vom 17. April 1968 wird unter der Spalte "Stud
ten über ihre Probleme" von den Allgemeinen Studentenausschüss
der Technischen Universität, der Freien Universität und der Ki
lichen Hochschule dargestellt, daß bei den Aktionen der Außerp
lamentarischen Opposition - als deren Teil sich die Studentena
schüsse der FU und der TU verstehen - auch die Gewalt gegen Sa
als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen ange
wandt und bejaht wird. Der Zusammenhang, in dem diese Darstel
gebraucht wird, läßt keinen Zweifel daran, daß es sich hierbei
um die rechtswidrige Anwendung von Gewalt handelt.

Ich weise darauf hin, daß die Anwendung von Gewalt dieser Art
eine strafbare Handlung darstellt. Als Staatsaufsichtsbehörde
ich gezwungen, die mir zur Verfügung stehenden Mittel anzuwend
wenn öffentlich-rechtliche Einrichtungen, die meiner Aufsicht
unterstehen, die Anwendung von rechtswidrigen Mitteln empfehl
Ich ersuche Sie deshalb um die Mitteilung bis zum 22. d. M.,
Sie bereit sind, die Presseerklärung zu widerrufen. Dem Senat
Berlin werde ich am 23. d. M. berichten.

Ihre Stein

(Professor Dr. Stein)

18.04.1968:
Die Vereinigten Arbeitsgemeinschaften an der FU (VAFU) veröffentlichen, laut einem Eingangsstempel heute, einen Sonderdruck ihres im 'Tagesspiegel' am 17.4.1968 veröffentlichten Beitrags "Entscheidung gegen revolutionäre Gewalt".
Q: VAFU: Entscheidung gegen revolutionäre Gewalt, Berlin O. J. (1968)

18. APR. 1968

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

Entscheidung gegen revolutionäre Gewalt

Die subjektiven Motive des Dutschke-Attentäters vollkommen zu analysieren, ist unmöglich. Sicherlich ist diese Gewalttat aus der Dummheit geboren, nicht aus der eines Einzelgängers, sondern aus Unwissenheit, Trägheit und Intoleranz der Öffentlichkeit. Dies war nicht der erste Anschlag auf Dutschke, nicht die erste Mißhandlung eines politisch Andersdenkenden. Gegen die Eskalation der Vorurteile zwischen Bevölkerung und Studenten ist von keiner Seite Entscheidendes unternommen worden. Im Gegenteil: die Springerpresse hat die Anliegen der Studenten seit Jahren verfälscht und verleumdet. Die Studenten haben in hochmütigem Festhalten an ihrer pseudowissenschaftlichen Ausdrucksweise die Möglichkeiten vernachlässigt, sich den Bevölkerungsgruppen verständlich zu machen, die sie gerade ansprechen wollten. Die Regierungen haben nicht verstanden zu differenzieren zwischen der Form des Vorbringens und den Inhalten der Anliegen, zwischen der Rechtmäßigkeit bestimmter Forderungen und dem Opportunismus, mit dem sich die linksextremistischen Gruppen dieser Forderungen als Vehikel für ihre eigenen Ziele bedienen.

Differenzierungsvermögen, von Politikern und Publizisten nicht aufgebracht, kann von der Bevölkerung nicht erwartet werden; Differenzierungsvermögen ist aber unerläßlich für das Funktionieren eines demokratischen Systems, ebenso wie objektive Information, aus der erst Verständnis und dann Verständigung erwachsen kann. Zudem ist es üblich, aus Krisensituationen durch die Konstruktion eines „Innenfeindes" einen Ausweg zu suchen (Sozialistengesetze, Dolchstoßlegende, Judenverfolgung). Das erlaubt eine emotionale Haltung gegenüber Personen und Minderheiten anstelle nüchterner Einsicht in die Mängel des Systems oder Erkenntnis eigenen Versagens. Wo die Einsicht fehlt, daß das System reformbedürftig ist, müssen alle Versuche, Mängel aufzudecken, als Störung einer vermeintlichen Ruhe und Ordnung verstanden werden. Die latente Krisensituation Berlins ist nur zu bekannt; einer möglichen Hysterie wurde von seiten der Presse und Regierung immer begegnet durch die Beschwörung jenes „Frontstadt-Geistes" aus der Zeit ex-

trem-antikommunistischer Politik, der in den Berlinern eine Art Sendungsbewußtsein entstehen ließ. In eine sich anbahnende Verständigungsphase paßt diese Haltung nicht mehr, sie findet aber durch revolutionär-sozialistische, einfach als „kommunistisch", „von drüben gelenkt" bezeichnete und so auch verstandene Äußerungen der Studenten nun im eigenen Bereich neue Berechtigung und kann so nicht abgebaut werden.

Hier lägen die Aufgaben der Studenten, der Presse und nicht zuletzt der Politiker. Die Studenten müssen endlich Wege finden, ihre Anliegen so zu formulieren, daß sie verstanden werden können; sie müssen sich über Ziele und Wege ihrer Reformvorstellungen klar werden. An die Springer-Presse einen Appell zur Mäßigung, zur Objektivität zu richten, erscheint hoffnungslos. Sie trägt aber einen großen Teil der Verantwortung für die vergiftete Atmosphäre. Es müssen legale Mittel gefunden werden, die verhängnisvolle Ausbildung des Meinungsmonopols abzubauen, und die Form der Manipulation abzustellen. Die Regierung und die Parteien sollten durch studentische Forderungen zu Handlungen motiviert werden, allerdings in anderer Richtung als bei der Senatskundgebung „für Frieden und Freiheit" am 21. 2. Dieser Aufruf war ein katastrophaler Fehler; er sollte eingestanden werden. Was es heißt, den „Volkszorn" erst zu mobilisieren und dann zu „kanalisieren", beweist der irrsinnige Versuch Bachmanns. Er wurde Opfer einer hysterischen Mobilmachung des „gesunden Volksempfindens", das sich richtete gegen Dutschke, den „Volksfeind Nr. 1", der „ins KZ" gehörte.

Auf diesen Mordversuch folgte eine jedes Maß überschreitende, brutale Reaktion der außerparlamentarischen, besser antiparlamentarischen Opposition, die Gewalt — wie der Attentäter — zum Mittel der politischen Auseinandersetzung erhebt. Die Vermutung liegt nahe, daß man die einmal eingeschlagene Richtung nicht ändern will, um durch ständig sich steigernde gewaltsame Aktionen eine Immunisierung gegen Gewaltanwendung überhaupt zu erreichen, (was die fatale Trennung in Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen verdeutlicht). Durch das Zusammenwirken dieser Immunisierung und des Unbehagens in der gegenwärtigen Gesellschaft, zu deren Verbesserung die antiparlamentarische Opposition nichts mehr beitragen will, erhofft sie sich die revolutionäre Situation. Wir haben einen Punkt erreicht, an dem eine klare Entscheidung fallen muß: sind Probleme nur durch revolutionäre Gewalt zu entscheiden oder ist diese Gesellschaftsordnung verteidigungswürdig, was bedeutet reformfähig, tolerant gegen Andersdenkende und ihre eigenen Prinzipien wahrend?

Vereinigte Arbeitsgemeinschaften an der FU

Verantwortlich
Elisabeth Dickmann
7 69 19 30

Sonderdruck aus dem Tagesspiegel v. 17. 4. 68

Druck: Albert Heatrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

18.04.1968:
Die Vereinigten Arbeitsgemeinschaften an der FU Berlin (VAFU) veröffentlichen, laut einem Eingangsstempel heute, ein Flugblatt zum Tod von Klaus Frings.
Q: VAFU: Klaus Frings, Berlin O. J. (1968)

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

Schon wieder hat die politische Auseinandersetzung ein Opfer gekostet:

KLAUS FRINGS

18. APR. 19

Wie man das Unverständnis von einem breiten Teil der Presse als motivbildend für das Attentat auf Rudi Dutschke ansah, ist auch hier derjenige, der den Stein geworfen hat, nicht allein zur Verantwortung zu ziehen.

Die Demonstrationen in den letzten Tagen in Berlin haben wiederholt gezeigt, dass sie nicht dazu dienen, einer Meinung Gehör zu verschaffen, sondern viel mehr die gefährliche Situation schaffen Gewaltaktionen in Gang zu bringen. Es wird dadurch eine Aufhetzung und Entfesselung von Emotionen erzeugt. Alle, die zu diesen Aktionen aufgerufen haben, wussten um diese Gefahr. Sie sind verantwortlich für den Tod Klaus Frings'. Alle, die diese Aktionen durch ihre Teilnahme unterstützten, sind ebenso verantwortlich.

Auf die Gefahr solcher Aktionen wurde wiederholt hingewiesen. Mahnungen an die Vernunft wurden in den Wind geschlagen: Der ASTA der FU unterschrieb nicht einen diesbezüglichen Aufruf an alle Bürger der Universität. Er macht sich damit mitschuldig an dem Geschehen.

Fatal hat sich die demagogische Scheidung zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen ausgewirkt. Wer nicht begriff, da diese Scheidung eine begriffliche Unmöglichkeit ist, da Gewalt die Einschränkung der Freiheit des anderen bedeutet, egal ob durch Zerstörung seines Eigentums oder seines Lebens, dem muss zumindest kl werden, dass diese Scheidung auch in der Praxis nicht durchführbar ist, da jene, die zur Gewalt gegen Sachen aufrufen, Gewalt gegen Personen erzeugen. Es ist schlimm, dass jenes erst verständlich wi durch den politischen Mord an Klaus Frings.

Es zeigt sich auf erschreckende Weise, wie notwendig es war, die Demonstrationen aufzulösen, denn auch bei uns flogen Steine. Jene Steine gehörten zur politischen Aktion, zur Aktiom "Enteignet Springer", sie flogen n i c h t erst als Reaktion auf das Einsch ten der Polizei. Schon diese Steine hätten Personen tödlich treffe können und nicht die Scheiben von Springer.

Es muss für alle alarmierend sein, die um diese Demokratie und für diese Demokratie fürchten, dass erst der Tod eines Pressefotografe das Verbrechen bewusst macht, welches in der Aktion "Enteignet Springer" und anderen verkannt wurde. Jeder Aufruf zur Vernunft, jeder Wille, einen neuen Anfang zu machen, wurde zynisch verlacht.

WIR VERURTEILEN DIE GEWALTTÄTIGEN AKTIONEN DER ANTIPARLAMENTARISCH OPPOSITION UND MACHEN SIE FÜR DAS VERBRECHEN VERANTWORTLICH.

Johannes Epping
Klaus v. Bergmann
Christoph Flügge
Elisabeth Dickmann
Friedrich Toepffer

18.04.1968:
An der FU Berlin erscheint das 'Math Nat Blatt' Nr. 9 mit dem Aufruf zur Diskussion der Math Nat. Fakultät über die Ereignisse der letzten Tage am 19.4.1968 um 11 Uhr.
Q: Math nat Blatt Nr. 9, O. O. (Berlin) 18.4.1968

MATH-NAT 9

18. APR. 19

18.4.68

DISKUSSION !

Können wir nach den Ereignissen der letzten Tage einfach unser Studium fortsetzen, als sei nichts geschehen?

Können wir weiter in Vorleungen und Praktika gehen und Herrn Springer weiter seine EZ drucken lassen?

Dürfen wir auf der Universität Wissenschaft als Selbstzweck ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse betreiben?

Es diskutieren Professoren, Assistenten und Studenten der Math.-Nat.-Fakultät über die Ereignisse der letzten Tage.

FREITAG ———

19.4.68

11.00 Uhr s.t. ———

—— HENRY-FORD-BAU

Veranstalter: Asta + Math.-Nat.-Blatt-Gruppe

18.04.1968:
In Hamburg erscheint vermutlich heute die erste Ausgabe der AStA-Zeitung für die Hamburger Bevölkerung, 'Zur Sache' (vgl. 25.4.1968) unter der Schlagzeile: "Mit der Polizei kam die Gewalt" zu den Osterunruhen. Berichtet wird in "Draufhauen! Nachsetzen!" aus Bremen vom Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen, gefragt wird: "Bild schoß mit. Was hat Springer mit Dutschke zu tun?", festgestellt: "Springer pfeift - Regierung tanzt!", dargestellt die "Gefahr durch Springer", wobei es dann nicht verwundert, wenn es zu Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall heißt: "Brenner warnt Bundesregierung".

Berichtet wird vom schwerverletzten Dietmar Schmidt und im Impressum vom Teach-In, welches das Geld aufbrachte (vgl. 17.4.1968), aufgerufen zum Griechenlandprotest (vgl. 19.4.1968).
Q: Zur Sache, Hamburg April 1968

April 1968

Zur Sache

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Hamburg

Mit der Polizei kam die Gewalt

Fast alle Zeitungen berichten, daß die Demonstranten der Ostertage Gewalt ausgeübt hätten. Wir fragen dagegen, was ist überhaupt Gewalt und von wem geht die Gewalt aus?

In dem jetzt stattfindenden Hauptbahnhof-Prozeß erklärte Staatsanwalt Dose unter anderem: „Die Stimmung der Demonstranten im Hauptbahnhof war zunächst friedlich — diese Stimmung dauerte an bis zum Auftreten der Bahnpolizei."

Wir alle sind uns darin einig, daß Demonstrationen durch die Stadt und Sitzstreiks auf Straßen nicht andere Bürger körperlich beeinträchtigende Gewalttätigkeiten darstellen. Gewalttätigkeiten drücken sich vielmehr im Einsatz von Knüppelkommandos der Schutzpolizei, von zivilen Greifertrupps der Kriminalpolizei, von unter hohem Druck stehendem Wasserstrahl der Wasserwerfer und von Nebelkerzen und Tränengas aus.

Unsere demonstrativen Mittel waren also Märsche durch die Innenstadt Hamburgs und Sitzstreiks um die Verlagsgebäude des Springer-Konzerns, sowie vor dem Polizeipräsidium. Erklärte und allgemein den Demonstranten bekannte Methode des Protestes war der gewaltlose Widerstand. Wenn es zu unbedachten Reaktionen der Demonstranten kam, die einmal zu Steinwürfen gegen die Polizei führten, dann nur auf Grund von durchdachten und geplanten Knüppelaktionen der Polizei.

Die Gewalttätigkeit der Polizei wurde bei diesen Einsätzen klar unter Beweis gestellt und wird hier in einigen Zeugenaussagen aus dem Zeugenmaterial des Allgemeinen Studentenausschusses belegt.

Am Ostermontagabend zogen ca. 1000 Personen zum Polizeipräsidium. Sie wollten dort in einem friedlichen Sitzstreik gegen die Festnahme einiger Kommilitonen protestieren. Nachdem sich die Demonstranten dort niedergelassen hatten, kesselten hinterrücks aufgefahrene Hundertschaften der Polizei die wehrlosen Demonstranten ein und knüppelten wahllos in die Menge. Erbarmungslos wurde selbst auf die am Boden Liegenden eingeprügelt. Die Brutalität der Polizei war unglaublich.

Jan Pehland, Student

Beim Polizeihochhaus setzten sich die meisten Studenten. Ungefähr 200 mit Helmen und Schlagstöcken bewaffnete Beamte schlugen und traten ohne jede Vorwarnung sofort auf die sitzenden und hilflosen Demonstranten ein, die panikartig zu fliehen versuchten. Auf mich stürmten junge Beamte ein, die mir mit verzerrten Gesichtern auf den Rücken schlugen. Ich blieb mit zwei Kolleginnen zurück, die laut weinten. Einer floß das Blut vom Kopf, beide Mädchen waren am Rande der Bewußtlosigkeit. Ich bat einen Oberbeamten, sich um die Verletzten zu kümmern, was ich mit einem Fußtritt und zwei Knüppelschlägen bezahlen mußte.

Gerd [illegible], Studienreferendar

Ohne Vorwarnung stürzten sich die Polizisten auf die sitzenden Demonstranten und schlugen und traten auf sie ein, ohne ihnen die Möglichkeit zur Flucht zu geben ... Langsam wurde ich bewußtlos ... Ich versuchte aufzustehen, bekam einen gezielten Schlag in den Unterleib und fiel wieder hin ... Auf der anderen Seite lagen mehrere zusammengeschlagene Demonstranten ... Ein junger Mann blutete aus Mund und Nase, ein anwesender Arzt vermutete einen Schädelbruch.

Christine Repp, Lehrerin

Als sie merkten, daß ich einer Ohnmacht nahe war, zogen mich mehrere Beamte in das Präsidium hinein. Dabei drehten die vorne gehenden Beamten meinen Körper in die entgegengesetzte Richtung, in die die hinten Tragenden drehten ... ich spürte furchtbare Schmerzen und schrie ... die vorderen Leute traten mir mit den Hacken, die hinteren mit den Spitzen in den Unterleib und Magen. Man brachte mich in eine Zelle. Beamter in Zivil hielt mich bei an meiner Hand fest, seit längerer Zeit wegen V letzung in einem Verb steckt. Er drückte so fest, ich aufschrie, danach drü er noch stärker auf me Wunde und schlug mir mit flachen Hand ins Gesicht Mir wurde schlecht und ich brach mich.

Klaus Schmidt, Chemielabo

Nachdem die Polizei in bre Ketten vor den Demonstran Aufstellung genommen ha ging sie im Laufschritt ge die Demonstranten vor schlug mit den Gummikn peln auf die Sitzenden auch auf die fliehenden T nehmer der Demonstration Ich sah, wie mehrere weibli Teilnehmer von mehreren lizisten zugleich geschla wurden. Die Polizeiketten gen auch noch gegen Dem stranten vor, die bereits bis 500 m vom Polizeipräsidi entfernt waren und wehrlie ... Ich bekam einen Schlag den Kopf.

Andreas Tomczak, Studienreferendar

Die Polizei sprang aus d Wagen, hob auf Kommando Gummiknüppel und fiel ol Vorwarnung sofort über sitzenden Demonstranten Ich ging auf die gegenüber gende Straßenseite, da ich d einen bewußtlosen blutüb strömten Demonstranten Ich bat die Polizisten um ei Verbandskasten, der mir doch mit dem Hinweis, könnten ruhig auf den Unf wagen warten, verweig wurde.

Astrid Greß, kaufm. Angestellte

Ich habe 3 Verletzte gesehe auf die die Polizei losgeprüg hat, obwohl sie schon auf d Boden lagen und sich ni

Wir fordern:

Die Demonstrationen der letzten Tage haben tiefgreifende soziale Ursachen. Wir bedauern, daß die Bundesregierung – die Erklärung des Herrn Bundesjustizministers Heinemann ausgenommen – diese Ursachen bewußt verschweigt und sich mit der Forderung nach weiteren staatlichen Gewaltmaßnahmen zur Unterdrückung der Unruhe begnügt. Wir erklären, daß wir es nicht zulassen werden, daß unsere berechtigten politischen Forderungen erneut hinter den Parolen von öffentlicher „Ruhe und Ordnung" verschwinden. Auch wir mißbilligen jedes gewaltsame Vorgehen und haben uns bemüht, ein solches Vorgehen zu verhindern. Die Kritik an unorganisierter und spontaner Gewaltanwendung einzelner Demonstranten darf jedoch nicht länger den Blick auf die Notwendigkeit dringender Reformen in diesem Lande verstellen.

Die Studenten, Schüler, Professoren, Angestellten und Arbeiter, die am 17. April 1968 in der Universität Hamburg versammelt sind, legen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg die Forderung vor, den Präses der Innenbehörde, Herrn Senator Ruhnau, seines Amtes zu entheben. Senator Ruhnau hat erneut seine Hilflosigkeit gegenüber dem Polizeiapparat bewiesen, der oft genug unverhältnismäßig und von der politischen Führung unkontrolliert zuschlug.

Wir fordern von der Bundesregierung und vom Bundestag:

- daß sie sofort geeignete Maßnahmen beschließen, um die verhängnisvolle Konzentration auf dem Pressemarkt zu beenden;
- daß die seit langem geforderten Reformen an den Schulen und Hochschulen endlich verwirklicht werden, wobei die berechtigten Forderungen der Schüler und Studenten nach demokratischer Mitbestimmung unbedingt zu berücksichtigen sind;
- daß sofort geeignete Maßnahmen zur Verwirklichung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, die wir als eine Grundforderung sozialer Gerechtigkeit betrachten, eingeleitet werden;
- daß sie das politische, militärische und wirtschaftliche Engagement der BRD in Vietnam, Griechenland, Spanien, Portugal und den Diktaturen der Dritten Welt öffentlich überprüfen, da die politische Praxis dieser Länder mit den Grundsätzen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates unvereinbar ist;
- daß sie umgehend die Maß-

Gefahr durch Springer

Seit Tagen ist die Polizei dabei, gewaltlos demonstrierende Studenten reihenweise zusammenzuschlagen. Ist das nötig? Der Hamburger Senat sagt: ja! Er hat in seinen Erklärungen das Verhalten der Polizei ausdrücklich gebilligt. Und warum das? Die Bundesregierung sagt, sie müsse die Pressefreiheit schützen!

Ist das wahr? Oder was ist daran falsch?

Unser Grundgesetz garantiert ausdrücklich die Pressefreiheit. Durch dieses Erziehen zur Denkfaulheit wird der Leser planmäßig politisch entmündigt. Die Folge solch eines jahrelangen Vorganges sind „Wahlkämpfe", die nichts Politisches aussagen außer ein paar sinnlosen unpolitischen Schlagworten wie „sicher ist sicher". Die Folgen sind aber auch, daß in der Bundesrepublik ein politischer Skandal den anderen ablösen kann, ohne daß der Durchschnittsbürger überhaupt davon Kenntnis nimmt, ge-

Zeitung zum Teil mit ganzen Seiten geworben.

Heute ist es soweit, daß Springer auf jeden, dessen Verhalten ihm nicht paßt, einen massiven Druck ausüben kann, indem er seine Millionen Leser dagegen aufhetzt.

Dafür ist ein besonders krasses Beispiel Springers Kampagne gegen das Fernsehen. Darum versucht Springer seit Jahren gegen diese, eine der letzten Einrichtungen mit von Springer unabhängiger Bericht-

Durch diese Meinungsmache konnte eine politische Atmosphäre entstehen, die in Berlin zu dem Attentat auf Dutschke führte. Und darum gehen die Studenten heute gegen Springers Meinungsmache auf die Straße, um sich Gehör zu verschaffen.

Darum verteufelt Springer die Studenten und die ganze außerparlamentarische Opposition. Denn sie haben zuerst erkannt, daß Springers Meinungsterror die Pressefreiheit

19.04.1968:
Von dem Theologen Ernst Käsemann erscheint heute zu den Osterunruhen bzw. den Springerblockaden u.a. in Esslingen in der 'Südwestpresse', aber auch im 'Schwäbischen Tageblatt', der Beitrag "Versäumnisse von 20 Jahren. Eine politische Stellungnahme von Professor Ernst Käsemann", der an der Universität Tübingen als Flugblatt nach dem 'Schwäbischen Tageblatt' verbreitet wird.
Q: N. N.: Versäumnisse von 20 Jahren. Eine politische Stellungnahme von Professor Ernst Käsemann, O. O. (Tübingen) O. J. (1968); N. N.: I Dutschke…, O. O. (Tübingen) O. J. (1968), S. 2

Versäumnisse von 20 Jahren

Eine politische Stellungnahme von Professor Ernst Käsemann

Nun weiß ich, daß und warum ich am 28. auf keinen Fall die CDU wähle.

Auch ich bin für wahre Autorität und Ordnung. Auch ich bin für die Gewaltlosigkeit und gegen die Ausschreitungen. Doch halfen die Schlagworte "Autorität und Ordnung" in meiner Generation schon einmal, den Terror zu begründen. Sie haben während des vorigen Jahrhunderts überall in Deutschland die Demokratie verhindert. Der Staat der Untertanen beruhte stets auf ihnen. Wir können sie jetzt nur denen noch abnehmen, welche auch den Geist als die Macht, sich selbst zu wandeln, auf ihrer Seite haben.

Gewaltlosigkeit als Zusammenspiel aller Bürger ist eine gute Sache. Ihre Proklamation wirkt jedoch verlogen, wenn sie den Regierten das Recht aufzumucken nimmt, damit der Status quo mit seiner Unbußfertigkeit der Mächtigen und Interessengruppen erhalten bleibe. Die Leistungen des äußeren Wiederaufbaus sind unvergessen. Der Wunsch, sie zu sichern, erfüllt uns alle. Sie sind jedoch mit dem Mangel an innerem Aufbau und Umbau zu teuer bezahlt worden.

Hat man die militärische Aufrüstung nicht ohne und weithin gegen den Willen des Volkes vorgenommen? Ist der kalte Krieg uns nicht dumm und leichtfertig über alles vertretbare Ausmaß aufgezwungen worden? Hat man mit dem höchsten Amt unserer Republik nicht ein unwürdiges Spiel getrieben und unzählige alte Nazis in Rang und Einfluß belassen? Wuchern nicht menschliche und politische Skandale unabsehbar unter uns? Wurden nicht Milliarden verschleudert, um Stimmen zu fangen und Machtpositionen zu behaupten?

Werden nicht alle Tabus sorgfältig beschützt - um der privaten Narrenfreiheit und der Reklame willen mit Ausnahme der sexuellen! -, sämtliche heißen Eisen ausgeklammert, um dem Bürger Unruhe zu ersparen? Wer hat unter allen Schuldigen den Zusammenbruch unserer Ost-, Verteidigungs-, Finanzpolitik redlich mit auf seinem Konto verbucht? Wann und wo verdunkelt die West-Ost-Spannung nicht mehr den unendlich bedeutungsvolleren Nord-Süd-Konflikt? Blieb vom Europagedanken nicht bloß das Geschäft? Was haben wir unseren Freunden zu Vietnam zu sagen gewagt, obwohl dort die ganze westliche Zivilisation unglaubwürdig wurde, was Südkorea zum Menschenraub in unserem Lande?

Wer heute "jugendlichen Terror" auf der Straße beklagt, sollte darin zunächst die Frucht der eigenen Unterlassungen, Mißgriffe, Dummheiten erkennen. In unserer Demokratie wird die Verantwortung dafür abgeschoben, die Macht jedoch mit allen Mitteln festgehalten, wenn es nicht mehr anders geht, selbst durch eine Große Koalition. Das Spiel geht auf Kosten des Wählers, dem der Wohlstand den Mund stopft.

Die Jugend, unwiderruflich dem 20. Jahrhundert ausgeliefert, sieht ihre Väter den Leitbildern des 19. Jahrhunderts verhaftet und dessen Methoden treu. Ihr Aufstand ist berechtigt. Denn er zeigt auf, was bei uns faul ist. Mehr kann man von ihr, der die Erfahrung noch fehlt, nicht erwarten. Als sie ungestüm wurde und man

b.w.

Angst bekam, ließ man sich zögernd und unter der Bedingung des Wohlverhaltens auf Diskussionen ein, um Schlimmeres zu verhüten. Als sie randalierte, besann man sich auf den Polizeiknüppel.

Die nicht schrien, als die halbe Welt verbrannte und Millionen umkamen, haben plötzlich wieder Stimme und singen das alte Lied von Autorität und Ordnung, das die Deutschen schon stets faszinierte. Man bekämpft die Symptome der eigenen Krankheit trefflich bei andern. Die NPD kriecht aus ihren Schlupfwinkeln, weil man den alten Nazis bei sich selber durch die Finger sah.

Den SDS gäbe es nicht, hätte man mit dem westdeutschen Bürger weniger Schindluder getrieben. Man profitiert sogar dabei. Denn der Antikommunismus zieht nicht mehr. Man hat jetzt neue Bürgerschrecks für kommende Wahlen, so daß man das Volk bei der Stange in Genußgier und Selbstzufriedenheit, sich selbst aber in der Macht halten kann. Wo das Gespenst des Terrors aufgewiesen wird, läßt sich Vernunft weiter bevormunden und vergewaltigen, darf der Geist stagnieren, lassen sich Interessen brutal durchsetzen, braucht man sein Versagen nicht zu gestehen und sich nicht zu wandeln. Fachliche Qualitäten und taktische Geschicklichkeit ersetzen den Instinkt für das Notwendige und Heilsame. Autorität und Ordnung dienen der steril gewordenen Macht.

Der Vordergrund wird aufgebauscht, damit Erfahrungen der Vergangenheit vergessen werden können. Wieder einmal wird die Sauberkeit auf der Straße über die Sauberkeit der politischen Zentren gestellt. Die CDU trägt die Hauptschuld daran, daß der Obrigkeitsstaat sich in den letzten 20 Jahren neu bildete.

Am stärksten ist unsere Demokratie von oben her gefährdet. Ernsthafte Selbstkritik wurde bisher nur von den Herren Heinemann und Albertz vernommen. So billig macht man es sich heute in der Bundesrepublik gerade von Seiten der Hauptverantwortlichen. Das christliche Firmenschild wirkt unter solchen Umständen obszön.

Ich gehöre keiner Partei an, bin keiner Gruppe liiert, begehre keine Funktion, beteilige mich nicht an Demonstrationen ohne Risiko und bleibe ein "Fachidiot" unter vielen andern. Die Rede des Herrn Ministerpräsidenten empfinde ich jedoch nicht nur als Muster der Einsichtslosigkeit, sondern auch als beleidigenden Versuch, mich dumm zu halten und mit alten Parolen und neuen Schreckgespenstern vor seinen Wahlkarren zu spannen.

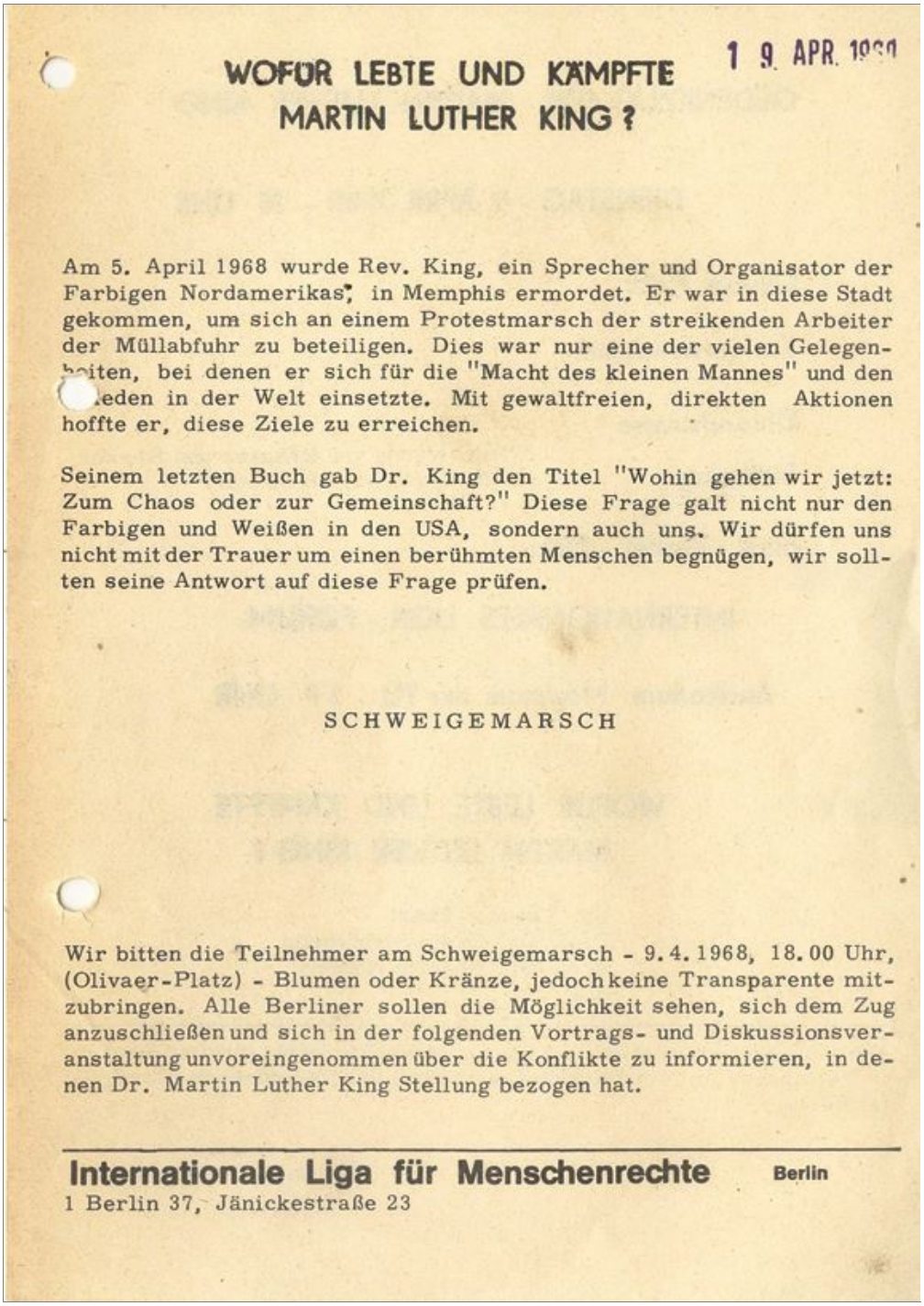
Fortan werde ich mit der rebellierenden Jugend demonstrieren.

Prof. D.theol. Ernst Käsemann D.D.

in

Schwäbisches Tagblatt vom 19.4.1968

19.04.1968:
In Berlin rief die Internationale Liga für Menschenrechte zum Schweigemarsch für Dr. Martin Luther King um 18 Uhr ab Olivaer Platz auf, der in Verbindung mit der Studentenvertretung der TU veranstaltet wird.
Q: ILfM: Schweigemarsch, Berlin O. J. (1968)



WOFÜR LEBTE UND KÄMPFTE
MARTIN LUTHER KING ?

19 APR. 1968

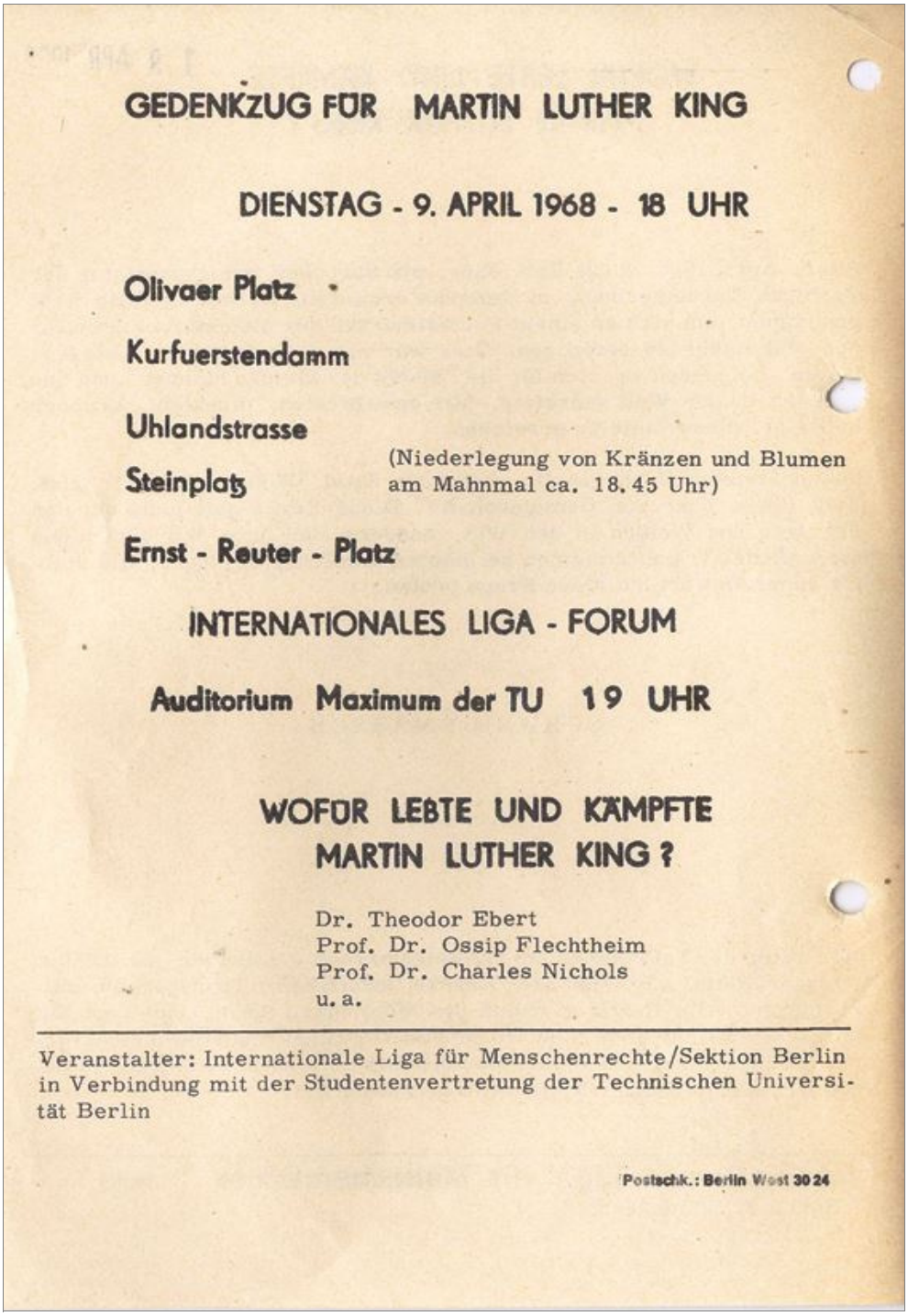
Am 5. April 1968 wurde Rev. King, ein Sprecher und Organisator der Farbigen Nordamerikas, in Memphis ermordet. Er war in diese Stadt gekommen, um sich an einem Protestmarsch der streikenden Arbeiter der Müllabfuhr zu beteiligen. Dies war nur eine der vielen Gelegenheiten, bei denen er sich für die "Macht des kleinen Mannes" und den Frieden in der Welt einsetzte. Mit gewaltfreien, direkten Aktionen hoffte er, diese Ziele zu erreichen.

Seinem letzten Buch gab Dr. King den Titel "Wohin gehen wir jetzt: Zum Chaos oder zur Gemeinschaft?" Diese Frage galt nicht nur den Farbigen und Weißen in den USA, sondern auch uns. Wir dürfen uns nicht mit der Trauer um einen berühmten Menschen begnügen, wir sollten seine Antwort auf diese Frage prüfen.

SCHWEIGEMARSCH

Wir bitten die Teilnehmer am Schweigemarsch - 9.4.1968, 18.00 Uhr, (Olivaer-Platz) - Blumen oder Kränze, jedoch keine Transparente mitzubringen. Alle Berliner sollen die Möglichkeit sehen, sich dem Zug anzuschließen und sich in der folgenden Vortrags- und Diskussionsveranstaltung unvoreingenommen über die Konflikte zu informieren, in denen Dr. Martin Luther King Stellung bezogen hat.

Internationale Liga für Menschenrechte Berlin
1 Berlin 37, Jänickestraße 23



GEDENKZUG FÜR MARTIN LUTHER KING

DIENSTAG - 9. APRIL 1968 - 18 UHR

Olivaer Platz

Kurfuerstendamm

Uhlandstrasse

Steinplatz (Niederlegung von Kränzen und Blumen am Mahnmal ca. 18.45 Uhr)

Ernst - Reuter - Platz

INTERNATIONALES LIGA - FORUM

Auditorium Maximum der TU 19 UHR

WOFÜR LEBTE UND KÄMPFTE MARTIN LUTHER KING ?

Dr. Theodor Ebert
Prof. Dr. Ossip Flechtheim
Prof. Dr. Charles Nichols
u.a.

Veranstalter: Internationale Liga für Menschenrechte/Sektion Berlin in Verbindung mit der Studentenvertretung der Technischen Universität Berlin

Postschk.: Berlin West 3024

19.04.1968:
In Berlin gibt das Ermittlungskomitee der Arbeiter, Schüler und Studenten vermutlich frühestens Ende dieser Woche die Flugschrift "Ermittlungen über Aktionen + Demonstrationen der außerparlamentarischen Opposition + die vergeblichen Versuche der Polizeibürokratie sie zu liquidieren. Westberlin Ostern 1968" heraus. Enthalten ist ein "Vorläufiger Bericht des Ermittlungskomitees über die Ereignisse vom Donnerstag, den 11.4.68 bis Montag, den 14.4.68", der sich gliedert in die Abschnitte:
- "11.4.68 nach dem Attentat";
- "Demonstration am 12.4.68 zum Schöneberger Rathaus";
- - "Verhaftungen";
- - "Körperverletzungen";
- "Demonstrationszug vom Kurfürstendamm aus zum Schöneberger Rathaus 12.4.";
- "Springer-Aktionen am 11. und 12. April 1968";
- "13.4. Verkehrsblockade Kurfürstendamm und Kesselschlacht in der Meinekestrasse";
- - "Gesamtbericht über die Polizeiaktion in der Meinekestr";
- - "Familie Friesenstraße";
- - "Pressebericht der Inhaftierten (Meinekestr.)";

- "Kundgebung und Demonstration der Kampagne für Demokratie und Abrüstung auf dem Wittenbergplatz und Kurfürstendamm am 14.4.68 ab 15.00 Uhr" zur KfDA;
- "14.4. Die Nacht- und Nebelaktion der Polizei beim Abholen der inhaftierten Genossen (Friesenstrasse, Polizeischule Spandau)";
- - "Bericht über den Polizeiüberfall vor der Polizeischule Joachim Lipschitz in Spandau Hohenzollernring Ecke Pionierstrasse";
- - "Ein Bericht über den polizeilichen Abtransport der Inhaftierten"; sowie
- - "Friesenstrasse" mit zwei Zeugenaussagen.
Q: Ermittlungskomitee der Arbeiter, Schüler und Studenten: Ermittlungen über Aktionen + Demonstrationen der außerparlamentarischen Opposition + die vergeblichen Versuche der Polizeibürokratie sie zu liquidieren. Westberlin Ostern 1968, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

19.04.1968:
In Berlin erscheint ein Flugblatt "Gewalt" der Asten von FU, TU und Kirchlicher Hochschule (KiHo). Enthalten ist auch die Presseerklärung vom 17.4.1968.
Q: ASten FU, TU, KiHo: Gewalt, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

19. April 1968

GEWALT

Die Diskussionen der letzten Tage über die Aktionen der außerparlamentarischen Opposition - als deren Teile sich die AStA der TU und der FU verstehen - drehen sich in der Hauptsache um die Frage: Ist Gewaltanwendung unter Umständen legitim ?

Bevor diese Frage beantwortet wird, muß erst einmal klargestellt werden, daß die außerparlamentarische Opposition unter Gewalt immer nur Gewalt gegen Sachen versteht. Gewalt gegen Personen lehnen wir ab, das heißt, wir werden gegen Personen nur im Falle von direkter Notwehr bzw. Nothilfe nach der legalistischen Definition Gewalt anwenden.

Die Gewalt gegen Sachen, seit den Osterfeiertagen von uns als Mittel angewandt und bejaht, ist das Ergebnis eines Erkenntnisvorganges, der diesen Weg als einzig möglichen zur Artikulation offenläßt.

Die außerparlamentarische Opposition versucht seit langer Zeit, in diesem Staat eine Möglichkeit zu gewinnen, ihre Vorstellungen von Ideen zu artikulieren. Seit ihrem Bestehen wird ihr diese Möglichkeit vorenthalten. Wir haben erkannt, daß die Artikulation einer Meinung in diesem System einen technischen Apparat benötigt, der nur von durch Besitz von Kapital Privilegierten beschafft und unterhalten werden kann. Wir haben erkannt, daß diese Demokratie nur dann funktionieren könnte, wenn diejenigen, die das Kapital in Händen haben, aus allen gesellschaftlichen Gruppen kämen. Da dies per definitonem in einem kapitalistischen System nicht möglich ist, ergibt sich, daß dieses System nur Meinungsäußerungen derer zuläßt, die seine Nutznießer sind, und daß die lohnabhängigen Massen benachteiligt und manipuliert werden.

Exponent und Träger dieser Manipulation ist bei uns in der Hauptsache der Springer-Konzern. Die Interessen dieses Konzerns sind identisch mit den Interessen der Herrschenden - eine Tatsache, für die in den vergangenen Tagen der Beweis geliefert wurde: Regierende und Springer-Konzern zeigten sich plötzlich offen als geschlossener Block, der nicht bereit war, auch nur Teile unserer Forderungen zu diskutieren. Springer und Bonn kritisieren den "zu weichen" Polizeieinsatz, ihr einziger Beitrag zu dieser politischen Auseinandersetzung um politische Forderungen ist der Einsatz von Knüppel und Wasserwerfer.

Wir behaupten seit langem: Die Willensbildung in diesem Staat funktioniert nicht demokratisch, sondern autoritär. Die Wurzeln dieses Staates, die wir angreifen, zeigen sich dort, wo unser einziges übriggebliebenes Aktionsfeld ist: Auf den Straßen, wo wir aus Autos gezerrt und zusammengeschlagen werden, in den Polizeigefängnissen, wo wir mißhandelt werden, vor den Gerichten, die das Kampfmittel der Herrschenden geblieben sind. Diese Wurzeln bloßzulegen, der Bevölkerung zu zeigen, was geschehen wird, wenn die Lohnabhängigen Mitbestimmung in den Betrieben fordern und Arbeiter um ihren Arbeitsplatz kämpfen müssen: Das ist der Sinn unserer Aktionen.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die gegen uns gebrauchte Gewalt st
ker ist als wir. Wir wissen, daß brennende Auslieferungswagen und eing
worfene Fensterscheiben bei Springer nicht verhindern können, daß die-
se Zeitungen weiter verbreitet werden.

Unsere Gewalt gegen Sachen, die die Mittel von Springers Hetze und die
Mittel der Polizei sind, ist Gegengewalt gegen die Unterdrückung, der
alle ausgesetzt sind, und die sich gegen uns auf der Straße nur mani-
festiert. Die Unterdrückung selbst findet statt in den Redaktionen und
Kanzleien und betrifft nicht nur uns.

AStA TU

AStA FU

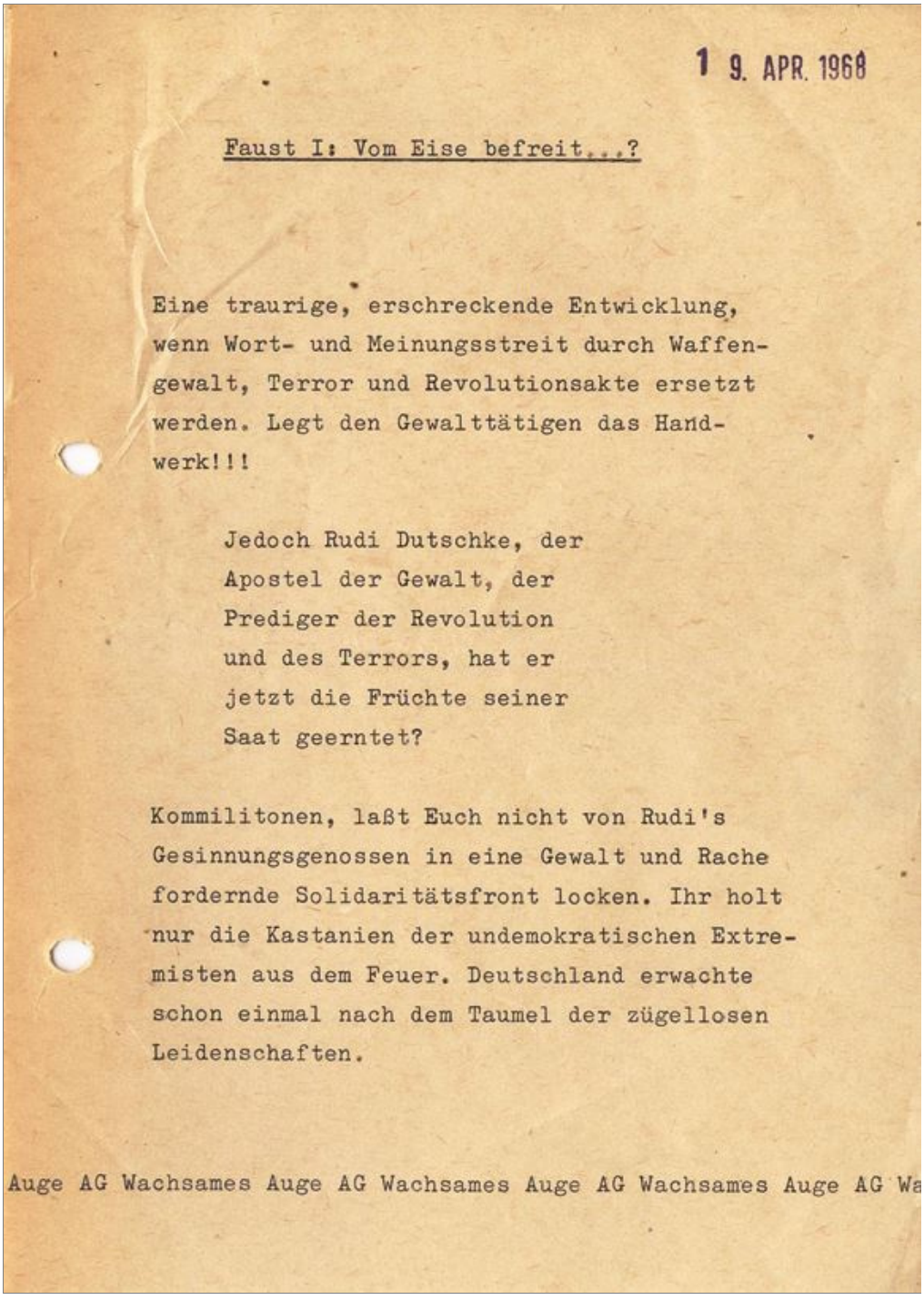
AStA Kirchliche Hochschule

Die außerparlamentarische Opposition hat am 17.4.1968 durch das Aktion
komitee der Arbeiter, Schüler und Studenten in der Technischen Univer-
sität folgende Erklärung auf einer Pressekonferenz in der TU abgegeben

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Die Anwendung von Gewalt ist für uns nicht eine der vielen Möglichkei-
ten des politischen Handelns, zwischen denen wir frei und willkürlich
wählen können. Gewalt, als symbolische Gegengewalt gegen Objekte, die
zur Unterdrückung der Menschen oder zur offenen oder verdeckten Gewal
anwendung gegen Menschen gebraucht werden, ist für uns nur dann möglic
wenn eine konkrete Situation keine andere Form des politischen Pro-
testes, des Widerstandes oder der Notwehr mehr zuläßt. Prinzipiell abe
ist unsere Praxis aufklärerisch und damit grundsätzlich gewaltfrei.
In Zwangssituationen ist die Anwendung von Gegengewalt nur dann legi-
tim, wenn von ihr Menschenleben nicht gefährdet werden. Gewalt gegen
Menschen, außer bei Notwehr, lehnen wir ab.
Daraus aber folgt, daß auch symbolische Gegengewalt gegen Sachen nur
dann wird stattfinden dürfen, wenn es als sicher anzusehen ist, daß
Menschenleben nicht gefährdet werden. Als Regel hat demnach bei allen
Aktionen zu gelten, daß solange Gewaltanwendung zu verwerfen ist, wie
Zweifel bestehen, ob Menschenleben gefährdet werden: Im Zweifel lehnen
wir deshalb auch symbolische Gegengewalt gegen Sachen ab.
Es gibt Situationen, die so unübersichtlich und damit gefährlich sind,
daß es verantwortungslos wäre, z.B. mit harten Gegenständen zu werfen.
Gerade um dies zu verhindern, wird die außerparlamentarische Opposi-
tion in Berlin organisatorische Voraussetzungen schaffen müssen, Gegen
gewalt in Situationen, zu unterbinden, in denen Menschenleben gefährde
werden könnten.

19.04.1968:
Vermutlich an der FU Berlin erscheint, laut einem Eingangsstempel heute, ein Flugblatt "Faust I: Vom Eise befreit…?" der AG Wachsames Auge zu den Protesten gegen das Attentat auf Rudi Dutschke.
Q: AG Wachsames Auge: Faust I: Vom Eise befreit…?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)



19 9. APR. 1968

Faust I: Vom Eise befreit...?

Eine traurige, erschreckende Entwicklung, wenn Wort- und Meinungsstreit durch Waffengewalt, Terror und Revolutionsakte ersetzt werden. Legt den Gewalttätigen das Handwerk!!!

Jedoch Rudi Dutschke, der Apostel der Gewalt, der Prediger der Revolution und des Terrors, hat er jetzt die Früchte seiner Saat geerntet?

Kommilitonen, laßt Euch nicht von Rudi's Gesinnungsgenossen in eine Gewalt und Rache fordernde Solidaritätsfront locken. Ihr holt nur die Kastanien der undemokratischen Extremisten aus dem Feuer. Deutschland erwachte schon einmal nach dem Taumel der zügellosen Leidenschaften.

Auge AG Wachsames Auge AG Wachsames Auge AG Wachsames Auge AG Wa

19.04.1968:
In Berlin erscheint vermutlich Mitte dieser Woche ein Flugblatt der KU mit der Übersicht über die Arbeitskreise.
Q: KU: KU-Arbeitskreise, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

22. APR. 1968

KU
ARBEITSKREISE

Wegen des Attentats auf Rudi Dutschke und der folgenden Aktivitäten hat sich der Druck des neuen Vorlesungsverzeichnisses der KU verzögert. Wir haben im folgenden die Titel und ersten Tagungstermine der Arbeitskreise als vorläufige Information zusammengestellt:

Nr.	Arbeitskreis	Ort und Zeit	Information bei
1	Demokratisierung wissenschaftlicher Institute	Freitag, 17.oo Uhr Otto-Suhr-Institut (ab. 19.4.68)	Fachschaft OSI Tel. 76 9o 235
2	Aufgabe der Soziologie in der technokratischen Gesellsch.		Dieter Läpple Tel.: 773.21.7
3	Probleme der Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus	Donnerstag, 19.3o h Otto-Suhr-Institut ab 2.5.68	Bärbel Gafert Tel.: 13.o75o
4	Arbeiterbewegung und Partei		Jürgen Bansemer Tel.: 72.23.3o
5	Entwicklungspolitik		
6	Kuba und die Zukunft Lateinamerikas	Sonntag, 15.oo Uhr ESG, ab 21.4.68 14tägig	Janitzki Tel. 32.43.75
7	Wirtschaftskrise und Sozialpolitik in Berlin		
8	Kritische Publizistik Gesellschaftstheorie	Dienstag, 17.oo h Henry-Ford-Bau Seminarraum 1 ab 23.4.68	
9	Antiautoritäre Erziehung - die Bildung theoretischer Modelle u.d. Schaffung eigener Kindergär ten	Dienstag, 2o.oo Uhr b. Weitzner Bln. 12, Carmerstr. 2, , 3. Stock	Janitzki Tel.: 32.43.75

Nr.	Arbeitskreis	Ort und Zeit	Information
23	Problem der Entfremdung im Werk Georg Büchners	Freitag, 18.oo h Boltzmannstr. 3 Hörsaal 3o5 ab 19.4.68	Gafert Tel.: 13.(
24	Aktionskomitee zur Vorbereitung des Gegen-germanistiktages		
26 ==	Ideologie der Wert-freiheit in den Naturwis-senschaften	Dienstag, 17.3o h 2. Math. Institut Thielallee 52	AStA TU Tel.: 31.(App. 3361
25	Westberliner Anglistik und Amerikanistik		Werner So Tel.:13.3
27	Herbert Marcuse und die Theologie	Mittwoch, 2o.oo h ESG, ab 1.5.68	Hasselmann Tel.: 76
28	Methodik der gewaltfreien direkten Aktion	Donnerstag, 2o.oo h ESG, ab 25.4.68	
29	Philosophisches Colloquium "Gewalt und Bewußtseins-veränderung"	Freitag, 14.oo h Phil. Seminar ab 19.4.68	
3o	Agitation für eine demo-kratische Kirche		Studenten KiHo Tel.: 84.
31	Machtkonzentration und Eigentumsfrage	Montag, 8-1o.oo h Clubraum Germanisches Seminar ab 29.4.68	H.G. Schw häuser Tel.: 76.

INITIATIVAUSSCHUSS SITZUNGEN:

MONTAGS, 16.oo UHR
IHNESTR, 22
STUDENTENVERRETUNG
PHIL. FAK.
AB 22.4.68
WÖCHENTLICH

19.04.1968:
Am OSI der FU Berlin gibt die Fachschaftsvertretung (FSV) vermutlich Ende dieser Woche ein Flugblatt mit dem Aufruf zur VV am 23.4.1968. Für den 22.4. wird ein 'OSI Info' angekündigt.
Q: N. N. (FSV OSI): erste außerordentliche Vollversammlung, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Landespressedienst | BERLIN

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78 01 33 09

INSTITUT für POLITISCHE WISSENSCHAFT BERLIN

5. April 1968
Nr. 70

E 0702

BERLIN WIRD DR. MARTIN LUTHER KING NICHT VERGESSEN

Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz gab zu der Ermordung von Dr. Martin Luther King folgende Erklärung ab:

Mit großer Erschütterung haben wir von der Ermordung Dr. Martin Luther Kings gehört. Noch vor wenigen Tagen hatten wir die Hoffnung, daß er auf der Maikundgebung der Berliner zu uns sprechen würde.

Ein Vorkämpfer für Menschenrecht, für Frieden und friedliches Zusammenleben der Menschen ist das Opfer fanatisierter Gegner geworden.

Der Mann, der stets seine Stimme für die Gewaltlosigkeit erhoben hat, wurde in der Stadt, in die er gekommen war, um zur Besonnenheit aufzurufen, erschossen.

Wir Berliner erinnern uns alle der Begegnung mit Dr. Martin Luther King. Wir werden ihn nicht vergessen.

- - - - - - - - - -

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Elimar Arendt

22. APR. 1968

erste außerordentliche VOLLVERSAMMLUNG

Di. 23. April 68 13h30
Hörsaal A

1. STELLUNG DER STUDENTENSCHAFT ZU DEN AKTIONEN DER AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION : DAS PROBLEM DER GEWALT
2. STELLUNGNAHME VON DOZENTEN DES OSI
3. KONSEQUENZEN AUS DER GEGENWÄRTIGEN LAGE FÜR INHALT UND ORGANISATION VON LEHRVERANSTALTUNGEN

Auszüge aus Erklärungen:

Richard Löwenthal, 12.4.1968:

"Es war aus ... Sorge heraus, daß Schütz im Februar, nach der internationalen Vietnam-Demonstration, gemeinsam mit den demokratischen Parteien die Berliner Bevölkerung zu einer Gegenkundgebung aufrief. ... Das war gewiß keine Hetze zu Gewalttaten gegen die außerparlamentarische Opposition, und die Prügeleien gegen Flugblätter verteilende Studenten, die damals am Rande der Kundgebung vorkamen, haben nicht wegen, sonder trotz der Rede stattgefunden."

...

Erklärung von Professoren (u.a. Prof. Ziebura), 8.3.1968:

"Was Blockade und Mauerbau nicht erreichten, droht uns heute durch die Politik des Berliner Senats: Im Gleichklang mit den Parolen der vier Berliner Springer-Zeitungen riskiert er, rechtsstaatliche Prinzipien zu zerstören und damit die demokratische Alternative zum Ostteil dieser Stadt preiszugeben."

Richard Löwenthal, 12.4.1968:

"Das Klima der Gewalt ist seit vielen Monaten angeheizt worden - und nicht nur von einer Seite. ... Diese Diffamierungskampagne (gegen die "demokratisch gewählte Führung der Stadt", d.V.) hat gestern und heute ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht mit der Behauptung, Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz und sein Stellvertreter Innensenator Neubauer, seien durch ihre "Hetze" gegen die studentische Linke für den Mordversuch an Dutschke moralisch verantwortlich. Wer die Vorgänge hier in Berlin erlebt, und sich auch eine Spur kritischen, sachlichen Urteils bewahrt hat, der weiß, daß diese Behauptung das genaue Gegenteil der Wahrheit ist."

19.04.1968:
Es erscheint eine 'AStA-Information der Pädagogischen Hochschule Oldenburg' zum gestrigen Studientag mit Teach-In über das Attentat auf Rudi Dutschke, zu dem auch die Bevölkerung mit Flugblättern eingeladen worden war und auf der in der Diskussion über die Springer-Presse den Hochschulgruppen, d.h. SHB, SDS, RCDS und GAG (vermutlich Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft) von der 'NWZ' Veröffentlichungsmöglichkeiten zugesichert wurden.
Q: AStA-Information der Pädagogischen Hochschule Oldenburg, Oldenburg 19.4.1968

A S t A - I n f o r m a t i o n
der Pädagogischen Hochschule Oldenburg

Betrifft: Information über Teach-in am 18.April 1968.

Der gestrige erste Studientag stand im Zeichen eines Teach-in um 19 Uhr im größten Hörsaal unserer Hochschule, der mit 500 Personen voll besetzt war. Durch Flugblätter war die Oldenburger Bevölkerung von den Veranstaltern - AStA u. einige politischen Hochschulgruppen -zur Teilnahme eingeladen worden.
Das Teach-in stand unter dem Thema: "Diskussion über Monopolstellung und Manipulation der Springer-Presse! Diskutieren wir über die Frage: Was tun?"
Nach zweistündiger Diskussion wurde eine Delegation zur hiesigen Nord-West-Zeitung geschickt, um den Chefredakteur aufzufordern, mit uns über die Berichterstattung der Springerpresse als auch seiner Zeitung zu diskutieren. Der Chefredakteur der NWZ, Herr Fritz Lucke, und der Geschäftsführer, Herr R.Kösel, erklärten sich bereit, an der Diskussion teilzunehmen.

Die NWZ hat hier in Oldenburg ebenfalls eine Monopolstellung; die Auflagehöhe beträgt rd.90 000 einschl. der Regionalausgaben für die Bezirke des ostfriesischen Raumes und Südoldenburgs. Die kleineren Zeitungen verwenden die NWZ z.T. als Informationsquelle.

Die Ergebnisse der Diskussion:

1. AStA und alle politischen Hochschulgruppen - bei uns sind es SHB, SDS, RCDS und GAG - erhalten die Möglichkeit, sich direkt durch die Presse an die Oldenburger Bevölkerung zu wenden, um sie über ihre Ziele und politischen Vorstellungen zu informieren
2. Teilnahme am "Runden-Tisch-Gespräch". Dieses ist eine Einrichtun wo aktuelle Probleme kommunaler Politik diskutiert werden; die Veröffentlichung erfolgt in Form einer Sonderseite. Das Thema wi von uns formuliert. Teilnehmer sind der AStA und alle politischen Hochschulgruppen.

Durch diese beiden Möglichkeiten haben AStA und politische Hochschulgruppen die Chance, einen "Aufklärungsfeldzug" in Oldenburg durchzuführen. Nachdem der Anfang gemacht ist, bemühen wir uns, beim NDR-Studio Kurzsendezeiten zu erhalten.

Oldenburg, den 19.4.1968.

gez. Fritz Wessels
2.Vors.

19.04.1968:
Der AStA der Universität Hamburg veröffentlicht vermutlich spätestens Ende dieser Woche eine Presseerklärung des Hamburger AStA zur Korrektur der Erklärungen des Hamburger Polizeipräsidenten unter dem Titel "Frenzel sagte nicht die Wahrheit!".
Q: AStA der Universität Hamburg: Frenzel sagte nicht die Wahrheit! Presseerklärung des Hamburger AStA zur Korrektur der Erklärungen des Hamburger Polizeipräsidenten, Hamburg O. J. (1968)

FRENZEL SAGTE NICHT DIE WAHRHEIT !

Presseerklärung des Hamburger AStA zur Korrektur der Erklärungen des Hamburger Polizeipräsidenten

---

Frenzel behauptet: Die Demonstrationen sind keineswegs spontan gewesen. Sie waren von langer Hand vorbereitete Aktionen.
Als Beweis: Der Funkverkehr der Polizei sei gestört worden. In Bahnhofsschließfächern seien Schlagstöcke deponiert worden, die erst am Sonntagmorgen herausgeholt worden seien.

Der AStA erklärt: Die Aktionen konnten schon deswegen nicht von "langer Hand" vorbereitet sein, weil niemand wissen konnte, daß am Gründonnerstag ein Attentat auf Rudi Dutschke verübt werden würde. Bereits am Donnerstagabend fanden aber die ersten Demonstrationen statt.
Zu den"Beweisen": Der Polizeifunk könnte nur durch Störsender gestört werden. Störsender kann man anpeilen. Warum wurde das nicht getan? Warum wurde kein solcher angeblicher Sender sichergestellt? Weil es keinen gibt. Wenn die Polizei über angebliche Knüppel in Schließfächern so gut informiert ist, muß sie diese gesehen haben. Warum wurden diese Waffen nicht sofort sichergestellt, ihre Besitzer nicht festgenommen oder zumindest registriert?

Frenzel behauptet: Die Studenten haben für die Demonstrationen "Rocker" angeworben.
Als Beweis: Ein angebliches Flugblatt mit der Anrede "Genossen, Freunde, Rocker".
Der AStA erklärt: Dies Flugblatt ist nicht vorgelegt worden. Bisher ist es dem AStA nicht gelungen, ein einziges Exemplar in die Hand zu bekommen oder auch nur jemanden zu finden, der solch ein Flugblatt gesehen hat. Sollte es dennoch existieren, wäre es interessant zu wissen, wer es fabriziert hat und wann und wo es verteilt wurde. Sicher ist nur, daß die BILD-Zeitung vom Ostersonnabend die Anrede "Genossen, Freunde, Rocker" als Schlagzeile brachte.

Frenzel behauptet:"Die Demonstranten wollten mit Gewalt etwas auf die Beine bringen."Er begründet das damit, daß "Molotow-Cocktails" geworfen worden seien.

Als Beweis: Zwei unzerbrochene Bierflaschen, die mit einer brennbaren Flüssigkeit gefüllt waren.

Der AStA erklärt: Beide Flaschen sind offensichtlich nicht geworfen worden, sonst wären sie explodiert oder zumindest zerbrochen. Wenn sie Demonstranten abgenommen worden wären, hätten diese Personen festgenommen werden müssen. Das ist nicht erfolgt. Es besteht der Verdacht, daß hier mit fingiertem Beweismaterial gearbeitet wird.

Der Kommandeur der Schutzpolizei, Leddin, behauptet: Am Karfreitagabend sind vor dem Springerhaus mindestens fünf oder sechs "Molotow-Cocktails" explodiert.

Der AStA erklärt: wenn auch nur ein einziger "Molotow-Cocktail" explodiert wäre, hätte es eine Stichflamme gegeben, Glassplitter wären herumgeflogen, zumindest ein großer Brandfleck hätte zurückbleiben müssen. Tatsächlich gibt es, wie Leddin selbst zugibt, keine entsprechende Zeugenaussage, kein Foto von einer solchen Stichflamme, keine Verletzungen durch Glassplitter, keine Spuren einer solchen Explosion.

Frenzel behauptet: wo immer die Polizei auftauchte, wurde sie bereits mit Steinen empfangen.

Der AStA erklärt: Diese Behauptung ist falsch. Zeugenaussagen, die sie widerlegen, können jederzeit im AStA eingesehen werden. Kommandeur Leddin gab in einem Gespräch mit einem AStA-Vertreter zu, am Ostermontagabend sei im Kornträgergang "hart geräumt" worden. Steinwürfe und verletzte Polizisten habe es dort dennoch nicht gegeben.

Frenzel behauptet: Schon am Donnerstagabend seien sechs Polizisten durch Steinwürfe schwer verletzt worden.

Der AStA erklärt: Diese Behauptung ist falsch. Sie wiegt umso schwerer, da Frenzel hiermit den unnötig harten Polizeieinsatz am Freitag rechtfertigen will.

Frenzel behauptet:"Gespräche führten zu überhaupt nichts, und der Versuch, einen Konvoi durchzuführen wurde mit einem Steinhagel beantwortet."

Der AStA erklärt: Wie hätten Demonstranten mit Polizisten "sprechen" sollen, die nach dem Wasserwerfereinsatz mit gezogenen Gummiknüppeln auf sie eindrangen? Andere "Annäherungsversuche" sind ja gar nicht versucht worden. Und Steine flogen erst bei der Gewaltanwendung der Polizei.

Frenzel behauptet: Am Freitag ist kein Tränengas geworfen worden.

Der AStA erklärt: Zeugenaussagen, die das Gegenteil beweisen, können beim AStA eingesehen werden.

Frenzel behauptet: Es war das Ziel der Demonstranten, ins Polizeipräsidium einzudringen. Das ist auch einigen Demonstranten gelungen. Sie wollten diejenigen, die sich dort in Gewahrsam befanden, befreien.

Der AStA erklärt: Im Audi-Max wurde beschlossen, eine Delegation ins Polizeipräsidium zu entsenden, um die Rechtsgrundlage für die Verhaftung der SDS-Mitglieder zu ergründen, bzw. sich in Verhandlungen um die Freilassung der Festgenommenen zu bemühen. Die im Audi-Max Versammelten hatten beschlossen, diese Delegation zu begleiten und vor dem Präsidium auf Ergebnisse zu warten. Von möglichen gewaltsamen Befreiungsaktionen ist nie die Rede gewesen, weil schon der Gedanke an eine Gefangenenbefreiung aus dem Polizeihochhaus Schwachsinn wäre. Es sind genügend zivile Beamte oder Kontaktleute der Polizei in dieser Versammlung gewesen, so daß es auch Herrn Frenzel möglich war, sich über die friedlichen Absichten der Demonstranten zu informieren.

Frenzel behauptet: Es hätten ja auch "Molotow-Cocktails" ins Präsidium fliegen können. Es sind schließlich auch schon Warenhäuser angesteckt worden.

Der AStA erklärt: Mit so fadenscheinigen Spekulationen rechtfertigt Frenzel den brutalen Einsatz von Schlagstöcken ohne jede Vorwarnung vor Senat und Öffentlichkeit. Wir sind entsetzt darüber, daß der Senat sich mit so hergeholten "Argumenten" abspeisen läßt und derart leichtfertig seinen Polizeipräsidenten entlastet, wie es in der Presseerklärung des Senats zum Ausdruck kommt.

Frenzel behauptet: Es hat keine Absprache über die bundesweite Aktion gegen den SDS zwischen den Innenministern der Länder gegeben.

Der AStA erklärt: Ist es nicht merkwürdig, daß Durchsuchungen, Verhaftungen und "Schritte" gegen den SDS beinahe gleichzeitig im ganzen Bundesgebiet stattfanden! So z.B. in Hamburg unter dem Vorwand, es bestehe "Gefahr im Verzuge", da Werkzeuge aus einer Baubude gestohlen worden seien. Die Durchsuchung des SDS-Büros hat einen Hammer, eine Säge, ein Tomatenmesser und drei Bretter mit Nägeln zutage gefördert. Den Beweis, daß der SDS etwas mit dem angeblichen Diebstahl zu tun hat, ist die Staatsanwaltschaft bisher schuldig geblieben. "Gefahr im Verzuge" war schon deshalb nicht gegeben, weil die Aktion nicht der Abwendung einer unmittelbaren Gefahr diente. Verdunkelungsgefahr war offensichtlich

ebenfalls nicht gegeben, da nichts entdeckt wurde, was hätte vertuscht werden können; also hätten richterliche Haft- und Haussuchungsbefehle beigebracht werden müssen. Genau die aber hat es nicht gegeben.

Auf die Frage eines Journalisten, ob die Räumungsaktionen der Polizei nicht grundsätzlich gewaltloser hätten durchgeführt werden können, z.B. nach englischem Vorbild, antwortete Frenzel, indem er den Sinn der Frage völlig ignorierte, es sei generell der übergeordnete Zweck verfolgt worden, die Pressefreiheit zu garantieren.

Dazu erklärt der AStA: Der Begriff "Freiheit der Presse" meint die Garantie der Freiheit der Presse von staatlicher Einflußnahme und Zensur, nicht aber die Wahrnehmung privater kommerzieller und verlegerischer Interessen durch die staatliche Gewalt.

Herausgeber: Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Hamburg
Verantwortlich: Günter Hopfenmüller, Holger Oehrens, Referent.

20.04.1968:
In Hamburg kommt es laut AStA der Uni (vgl. 25.4.1968) vermutlich heute im Prozeß um die Vietnamdemonstration am 17.2.1967 zu zwei Freisprüchen und einer Verurteilung zu vier Monaten auf Bewährung.
Q: Zur Sache, Hamburg 25.4.1968, S. 2

21.04.1968:
Aus Vietnam berichtet Horst Szeponik (vgl. 16.3.1968, 10.5.1968):"
Gründungskonferenz der 'Allianz der nationalen, demokratischen und Friedenskräfte Vietnams', die sich aus Vertretern der Industrie- und Wirtschaftskreise, aus den Reihen der Kirchen und Sekten sowie der Intelligenz und Kulturschaffenden zusammensetzt."
Q: Horizont Nr. 46, Berlin (DDR) 2. Novemberwoche 1972, S. 25f

21.04.1968:
Der Europäisch-föderalistische Studentenverband (EFS) verteilt auf dem Wittenbergplatz einen Aufruf zur Griechenland-Demonstration, in dem es abschließend heißt: "Gewaltanwendung ist nicht progressive ratio sondern emotionale passio".
Q: EFS: Aufruf, Berlin O. J. (1968)

E0402

EUROPÄISCH-FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND

Inhalt des am 21.4.1968 auf dem Wittenbergplatz vom EFS verteilten Flugblattes zur Griechenlanddemonstration.

A U F R U F

Wir begrüßen das Eintreten der Demonstrationsteilnehmer gegen die Militärjunta in Griechenland.

Schon seit einem Jahr herrschen Meinungs- und Gesinnungsterror in Griechenland, werden Menschen in Konzentrationslager eingesperrt und gefoltert, aber noch immer zählt Griechenland zu den Unterzeichnern der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Immer noch unterstützen viele Länder der "westlichen Welt", darunter die BRD, direkt oder indirekt die Militärdiktatur mit dem Hinweis auf Griechenlands Rolle als vermeintlich wichtiger Eckpfeiler in der NATO gegen "kommunistische Infiltration". Damit werden Terror und Gewalt als unvermeidbares Mittel zur Durchsetzung der eigenen politischen Vorstellungen akzeptiert.

Terror und Gewalt dürfen aber nie zu Mitteln politischer Auseinandersetzung hochgejubelt werden, egal von welcher Seite da geschieht. Gewaltanwendungen, gleich ob sie gegen Menschen oder Sachen gerichtet sind, sind kein Mittel rationaler Argumentation sondern Ausfluß emotionaler Haltung. Nicht provokatorische Gewalt, sondern gewaltloser Widerstand und permanente Diskussion in der Öffentlichkeit werden die Bevölkerung für unsere Argumente gegen die herrschenden Mißstände in Innen- und Außenpolitik (Springer-Monopol, Hochschulverhältnisse, Notstandsgesetze Griechenland, Vietnam...) aufgeschlossen und zur Mitarbeit bereit machen.

Wir rufen den Senat, die Bevölkerung und die verantwortungsbewußte APO auf, vorbehaltlose Bereitschaft zur Diskussion zu zeigen und jeglicher Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung zu entsagen.

Gewaltanwendung ist nicht progressive ratio
sondern emotionale passio

Die vom EFS an die Bundesregierung gestellten Forderungen
vgl. Sie bitte auf der Rückseite

Auszug aus dem Offenen Brief des Europäisch-Föderalistischen Studentenverbandes an Bundeskanzler Kiesinger vom 13. März 1968

"...

I. In Griechenland herrscht seit dem 21.4.1967 ein Offiziersregime mit Nachrichtensperre, Meinungsunterdrückung, Gesinnungsterror und Masseneinsperrungen in Konzentrationslagern.
Griechenland ist der erste Staat der westlichen Welt, der nach dem Zweiten Weltkrieg zur Diktatur wurde. Wenn wir in unserem Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie konsequent sein wollen, dann ist es unsere Pflicht, die Endgültigkeit der Militärdiktatur zu vermeiden.

II. Die Verfestigung des Gewaltregimes wird nicht durch diplomatisches Taktieren, sondern durch gemeinsam mit den anderen Staaten im westeuropäischen Bündnis ausgeübte juristische, wirtschaftliche und politische Pressionen verhindert.

III. Der Europäisch-Föderalistische Studentenverband fordert die Bundesregierung zu folgenden Maßnahmen auf:

1. Die Bundesregierung tritt den Beschwerden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte durch die Staaten Dänemark, Schweden, Norwegen und den Niederlanden bei.

2. Die Bundesregierung unterstützt im Ministerausschuß des Europarates die Aufforderung durch die Beratende Versammlung des Europarates, die Mitgliedschaft Griechenlands auszusetzen.

3. Die Bundesregierung stellt im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft den Antrag, das Assoziationsabkommen zwischen Griechenland und der EWG vom 1.1.1962 sofort und vollständig zu suspendieren.

4. Die Bundesregierung stellt sofort alle militärischen Lieferungen an Griechenland ein.

5. Die Bundesregierung nimmt umgehend Konsultationen mit ihren westlichen Partnerstaaten auf, um ein stufenweises Embargo an wirtschaftlichen Gütern durchzusetzen.

Die Bundesrepublik hat wegen der starken Abhängigkeit Griechenlands von Konsum- und Investitionsgüterimporten damit wirksame Möglichkeiten des ökonomischen Drucks

..."

Verantwortlich für den Inhalt:

Europäisch-Föderalistischer Studentenverband
1 Berlin 33, Bismarckallee 46/48
Tel. 89 61 13

21.04.1968:
An der FU Berlin wird ein Entwurf für eine Erklärung der ESG zu den beiden Toten, Frings und Schreck, verfasst.
Q: ESG FU: Entwurf, Berlin 21.4.1968

E n t w u r f

Evangelische Studentengemeinde
an der Freien Universität Berlin

1 Berlin 33, den 21. 4. 1968
Gelfertstr. 45, Tel. 769 10 41

Der Tod zweier Menschen ist für uns der Anlaß, daß wir als kritische und aktive Befürworter der Außerparlamentarischen Opposition (APO) uns verstärkt der Frage stellen, was wir wollen und wie wir handeln sollen. Es genügt nicht, daß wir angesichts dieser Situation von Bedauern und Trauer sprechen, wenn diese nicht von Erkenntnis und Tat begleitet und so als Phrase unwirksam gemacht werden. Dies ist allein Sache der Vernunft, nicht Sache von "Ruhe und Ordnung".

Wir haben nach dem Tod Benno Ohnesorgs und nach dem Attentat auf Rudi Dutschke mit Recht auf Verantwortung und Schuld von Politikern, Presse und Gesellschaft gewiesen; wir wissen genau, daß nun auch wir nach dem Tod von Klaus Frings und Rüdiger Schreck mitschuldig sind, und daß wir alles in unseren Kräften liegende zu tun haben, um eine weitere Gefährdung von Menschen bei unseren Aktionen auf ein Mindestmaß einzuschränken.

In dieser Situation hält man uns unseren christlichen Glauben vor und erwartet, daß wir uns von der APO distanzieren. Eine solche Distanzierung läge zu eindeutig im Interesse derer, die ihre Verantwortung für die täglich neuen Toten in Vietnam und die täglich neu Verhungernden in den Entwicklungsländern erfolgreich aus ihrem Gewissen verdrängen.

Was die APO betrifft, sind wir der Überzeugung, daß zukünftige Aktionen wesentlich demokratischer und transparenter organisiert werden können. Darum erhofften wir, daß die der Versammlungen der APO verantwortlichen Leitungs- und Planungsgremien namentlich auf Zeit gewählt und regelmäßig ausgewechselt werden. Einzelne Personen und Organisationen können nicht ohne ausdrückliche Legitimation einer Vollversammlung im Namen der APO Erklärungen abgeben. Außerdem müssen alle Aktionen angemessen vorbereitet und diskutiert werden; dazu erscheint es uns notwendig, daß jeder Teilnehmer über sein persönliches Risiko und dasjenige Dritter aufgeklärt wird. Selbstverständlich muß die Diskussion die Vertretung verschiedener Standpunkte gewährleisten.

Wir sind der Überzeugung, daß unsere Gesellschaft verdeckten und offenen Zwängen unterliegt, die vielen Menschen erst durch die Aktionen von Studentenschaft und APO bewußt geworden sind. Im Fall Springer hat sich gezeigt, wie wirtschaftliche Vormachtstellung und politische Beeinflussung ermöglichen, daß demokratische Willensbildung und Kontrolle in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bevormundet und ausgeschaltet werden. Wir erkennen darin eine erzwungene Entmündigung des Staatsbürgers, die wir mit allen verfügbaren und demokratischer Kontrolle unterliegenden Mitteln aufzuheben versuchen werden.

Die APO hat bisher die Erfahrung gemacht, daß ihre Anliegen erst dann in das öffentliche Bewußtsein oder gar das der Politiker gedrungen sind, wenn sie Gewalt angewendet hat. Wir sehen daher keine Möglichkeit, die Mitglieder der APO auf das Prinzip der Gewaltlosigkeit zu verpflichten; wir sehen im Gegenteil die immer noch stattfindenden gewaltfreien Aufklärungsaktionen zum Scheitern verurteilt, so lange die Verantwortlichen nicht einmal ein öffentliches Gespräch mit der APO "riskieren".

Wir haben den Eindruck, daß Senat und Polizeiführung versuchen, Demonstrationen dadurch zu verhindern, daß durch systematische Verschärfung der polizeilichen Maßnahmen den Einzelnen Angst gemacht werden soll, sich überhaupt an Demonstrationen zu beteiligen. Damit wird die Demonstrationsfreiheit faktisch von denen aufgehoben, die sie zu schützen haben.

Verantwortlich: Hennig von Alten
K.-B.Hasselmann
H.J. O t t o
Martin Reinhardt

21.04.1968:
Im Republikanischen Club (RC) Dortmund (vgl. 2.4.1968, 18.10.1968) wird folgendes Dokument erarbeitet:"
GESCHÄFTSORDNUNG DES VORSTANDES

Gemäß Paragraph 10 der Satzung hat sich der Vorstand auf seiner Sitzung vom 21.4.1968 die folgende Geschäftsordnung gegeben:

A. REDE-, ANTRAGS- UND STIMMRECHT

Paragraph 1: Unbeschränktes Rede- und Antragsrecht auf Vorstandssitzungen haben
1) die Mitglieder des Vorstandes
2) je ein Delegierter der Arbeitskreise
3) der Vorsitzende einer im RC vertretenen Gruppe.

Paragraph 2: Stimmrecht auf Vorstandssitzungen haben die Mitglieder des Vorstandes.

B. EINBERUFUNG

Paragraph 3: Für eine Vorstandssitzung beträgt die Einberufungsfrist 24 Stunden.

Paragraph 4: Zur Einberufung einer Vorstandssitzung bedarf es keiner Tagesordnung.

Paragraph 5: Die Vorstandssitzung kann eine Tagesordnung beschließen.

C. BESCHLUSSFÄHIGKEIT

Paragraph 6: Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende die Beschlußfähigkeit fest.

Paragraph 7: Die Vorstandssitzung ist beschlußfähig, wenn mindestens 5 Vorstandsmitglieder anwesend sind.

D. RECHTE DES VORSITZENDEN IN DER VORSTANDSSITZUNG

Paragraph 8: Der Vorsitzende leitet die Versammlung gemäß dieser Geschäftsordnung.

Paragraph 9: Er übt sein Amt unparteiisch aus.

E. PFLICHTEN DER TEILNEHMER

Paragraph 10: Jeder Teilnehmer an der Vorstandssitzung hat die Verpflichtung, alles zu tun, was geeignet ist, dem Fortgang der Verhandlungen zu dienen.

Paragraph 11: Jeder Teilnehmer hat insbesondere bei den Beratungen und Abstimmungen anwesend zu sein, sowie an den Arbeiten der Sitzung teilzunehmen.

Paragraph 12: Bei schuldhaftem Verstoß gegen diese Pflichten kann der Vorsitzende der Mitgliederversammlung Meldung erstatten.

Paragraph 13: Die beabsichtigte Meldung muß in der Vorstandssitzung diskutiert und mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.

Paragraph 14: Weitere Ordnungsmaßnahmen sind unzulässig.

F. FORM DER ABSTIMMUNG

Paragraph 15: Abgestimmt wird durch Handaufheben.

Paragraph 16: Die Abstimmung erfolgt grundsätzlich öffentlich.

Paragraph 17: Das Abstimmungsergebnis muß in das Protokoll aufgenommen werden.

Paragraph 18: Die Beschlüsse der Vorstandssitzung werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden gefaßt, sofern in dieser Geschäftsordnung nichts anderes festgelegt ist.

G. VERTRAUENSANTRÄGE

Paragraph 19: Jedes Vorstandsmitglied hat das Recht, den Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, jederzeit einbringen zu können.

Paragraph 20: Ein Mißtrauens- oder Tadelantrag wird von mindestens 4 der anwesenden stimmberechtigten Teilnehmer in schriftlicher Form eingebracht.

Paragraph 21: Über diesen Antrag wird ohne Diskussion mit Zweidrittelmehrheit abgestimmt. Wird er angenommen, so ist er der nächsten Mitgliederversammlung in schriftlicher Form vorzulegen.

H. BEURKUNDUNG

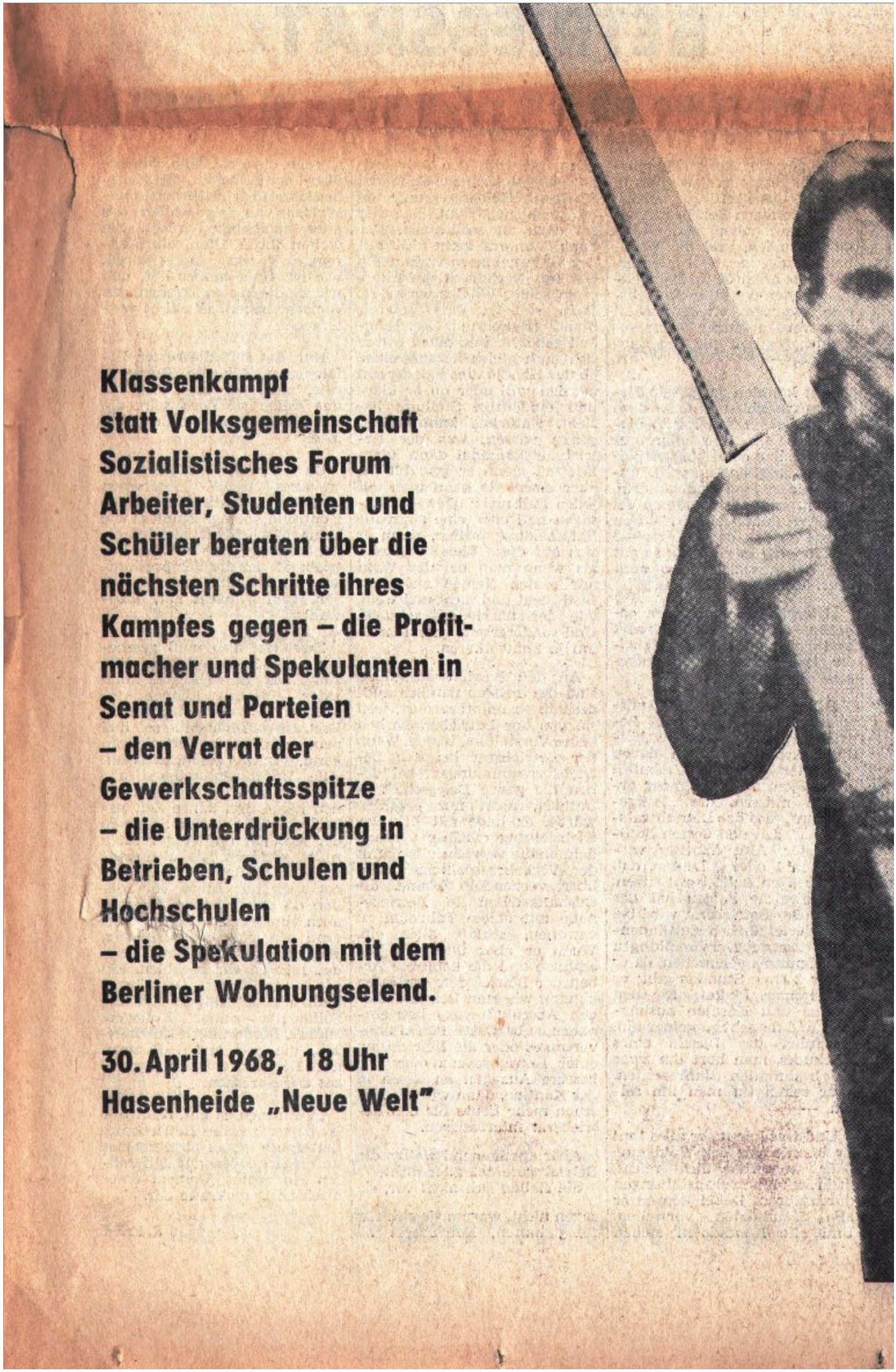
Paragraph 22: Über die Beschlüsse der Vorstandssitzungen wird ein Protokoll geführt."
Q: RC Dortmund: Geschäftsordnung des Vorstandes, Dortmund 21.4.1968

22.04.1968:
Der SDS Tübingen gibt vermutlich in dieser Woche die erste Broschüre seiner Schriftenreihe (vgl. 13.5.1968) heraus als "Analyse & Dokumentation. Zum Widerstand der Ausserparlamentarischen Opposition - Ostern 1968" mit einer Analyse, die sich teilt in die Abschnitte:
- "I Dutschke = SDS = Volksfeind Nr. 1";
- "II Vom Protest zum Widerstand";
- "III Innerer Notstand";
- "IV Einübung in den Faschismus"; und
- "V Konsequenzen", wozu es abschließend heißt: "Die Aggression der Bevölkerung gegen die außerparlamentarische Opposition muß durch breite Aufklärungsaktionen auf die Ursachen unseres Widerstandes gewendet werden."

Die Dokumentation berichtet von den Osterunruhen aus Berlin, Frankfurt, Hamburg, und Esslingen.
Q: SDS: Analyse & Dokumentation. Zum Widerstand der Ausserparlamentarischen Opposition - Ostern 1968, Tübingen 1968

22.04.1968:
Vermutlich Anfang dieser Woche erscheint in Berlin die '1. Mai Zeitung der Arbeiter, Schüler & Studenten' vom Komitee der Arbeiter, Schüler und Studenten unter Verantwortung von Tilman Fichter, Peter Neitzke und Wolfgang Hohmann, mit den Artikeln:
- "'Ihr studiert auf unsere Kosten'. Euch geht's ja viel zu gut. Ihr solltet erst mal richtig arbeiten! - Bringt doch erst mal euren eigenen Mist in Ordnung!" von Sonja Braust;
- "'Im Kern gesund'?" zur Berliner Wirtschaft, von Paul Spalenke;
- "Betriebsrat: Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser" zu den Betriebsratswahlen (BRW), von S. Fried;
- "Unternehmer-Mai vor dem Reichstag" von Wolfgang Faber;
- "Wie man 35 Millionen DM aus den Taschen der Steuerzahler zieht, ohne sich besonders anzustrengen" zu den Abschreibungen;
- "Bunter Nachmittag bei der ÖTV" zum Tag der Jugend am 18.4.1968, von Elmar Wirth;
- "Der Chefredakteur der Zeitung der IGM, Jakob Moneta, 'Metall', erklärt: Politik und Gewalt" aus der 'Arbeiter-Schüler-Studenten-Zeitung, Frankfurt, April 1968;
- "Nachdruck aus Oberbaumblatt Nr. 3. Walter S. - ein Gewerkschaftsboss nach Maß" zu Walter Sickert, von P. T.;
- "Comisiones obreras. Arbeiter und Studenten in Spanien" von Ezra Benjamin;
- "Was ist los im Märkischen Viertel? Eine Zwangsräumung und was man dagegen tun kann" zum MV, von Willi Pohlmann;
- "Warum Mieten?";
- "Straßensperren und Arbeitsgerät" zu den Rockern der Lederjackenbande aus dem Wedding, die die 'BZ' am 16.4.1968 angeblich interviewte, von Heidi Knütter;
- "Lehrlinge auf die Barrikaden!" von Christian Rakowski; sowie
- "Arbeitslose durch Springer-Enteignung?" aus der 'Arbeiter-Schüler-Studenten-Zeitung, Frankfurt, April 1968.

Aufgerufen wird zur Mai-Veranstaltung am 30.4.1968 in der Neuen Welt und zur Demonstration um 10 Uhr ab Karl-Marx-Platz.
Q: 1. Mai Zeitung der Arbeiter, Schüler & Studenten, Berlin 1968



Klassenkampf
statt Volksgemeinschaft
Sozialistisches Forum
Arbeiter, Studenten und
Schüler beraten über die
nächsten Schritte ihres
Kampfes gegen – die Profit-
macher und Spekulanten in
Senat und Parteien
– den Verrat der
Gewerkschaftsspitze
– die Unterdrückung in
Betrieben, Schulen und
Hochschulen
– die Spekulation mit dem
Berliner Wohnungselend.

30. April 1968, 18 Uhr
Hasenheide „Neue Welt"

1. MAI ZEITUNG DER ARBEITER, SCHÜLER U

„Ihr studiert auf un

Euch geht's ja viel zu gut. Ihr solltet erst mal richtig arbeiten! — B

In den letzten Tagen haben Schüler und Studenten zusammen mit jungen Arbeitern gegen einen Senat, eine Presse und einen Rundfunk demonstriert, die sich wegen ihrer systematischen Pogromhetze für den Mordanschlag auf Rudi Dutschke zu verantworten haben.

Manche Arbeiter und Angestellte aber meinten, diese Schüler und Studenten sollten, statt zu demonstrieren, erst mal richtig arbeiten, ihnen ginge es zu gut, und überhaupt studierten sie ja auf ihre Kosten, sie sollten das Maul halten, sich nicht in die Politik einmischen, erst mal ihre Uni in Ordnung bringen ...

Diese Meinungen sollen einmal kritisch untersucht werden.

Stimmt es, daß es den Studenten viel zu gut geht

Es studieren z. B. an der freien Universität 15 000 Studenten. Eine Studienbeihilfe von durchschnittlich 220 DM erhalten nur 2900 Studenten. Die anderen finanzieren ihr Studium durch Nebenarbeiten oder durch Zuwendungen der Eltern. Nach Angaben der „Heinzelmännchen", der Arbeitsvermittlung für Studenten, sind an der FU 5500 Studenten gezwungen, wöchentlich 3 Tage zu arbeiten, um die notwendigsten Ausgaben bestreiten zu können. Weitere mindestens 5000 Studenten müssen hin und wieder für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Umfragen und Berechnungen des Verbandes Deutscher Studenten haben ergeben, daß mindestens 410 DM für jeden Studenten notwendig sind, damit er ohne materielle Sorgen studieren kann. Den Studenten geht es also keineswegs zu gut.

„Ihr studiert auf unsere Kosten"

Warum bekommen die Studenten ein so niedriges Stipendium, oder müssen arbeiten und sich von ihren Eltern aushalten lassen? Liegt es daran, daß nicht genügend Geld vorhanden ist?

Der Bundeshaushaltsplan von 1967 z. B. sah für Studienbeihilfen im ganzen Bundesgebiet 55 Millionen vor, während für militärische Ausgaben 18,5 Milliarden veranschlagt waren. Diese Zahlen zeigen, daß unsere Politiker nicht begriffen haben, daß nur durch hohe Bildungsinvestitionen wirtschaftlicher Reichtum auf lange Sicht ermöglicht wird. Oder wollen und können die Politiker das nicht begreifen, sind sie nicht weitgehend in der Hand der Unternehmer?

Die Unternehmer steuern unsere Wirtschaft und Politik nach ihrem Interessenplan, d. h. nach ihrem Gewinnstreben:

Die wissenschaftliche und technische Entwicklung ermöglicht die Herstellung von billigeren, besseren und dauerhaften Waren, d. h. das Angebot an Waren würde größer als die Nachfrage. Die Preise und damit die Gewinne der Unternehmer würden zurückgehen, würden diese Möglichkeiten genützt. Die Unternehmer wollen aber ihre Gewinne vergrößern. Deshalb schaffen sie sich politische Konflikte, die eine militärische Verteidigung notwendig erscheinen lassen; die Unternehmer können Güter produzieren, die sie nicht auf einem vom Konsum abhängigen Markt verkaufen müssen; der Staat kauft diese Produkte mit Steuergeldern auf, d. h. er finanziert über die Steuern zusätzliche Unternehmergewinne.

Es ist also den Studenten nicht vorzuwerfen, daß sie z. T. auf Steuergelder studieren, s o n d e r n es ist den Unternehmern vorzuwerfen, daß sie auf Steuerkosten, d. h. mit unserem Geld Gewinne für sich erzielen.

denten. Eine Studienbeihilfe von durchschnittlich 220 DM erhalten nur 2900 Studenten. Die anderen finanzieren ihr Studium durch Nebenarbeiten oder durch Zuwendungen der Eltern. Nach Angaben der „Heinzelmännchen", der Arbeitsvermittlung für Studenten, sind an der FU 5500 Stu-

für militärische Ausgaben 18,5 Milliarden veranschlagt waren. Diese Zahlen zeigen, daß unsere Politiker nicht begriffen haben, daß nur durch hohe Bildungsinvestitionen wirtschaftlicher Reichtum auf lange Sicht ermöglicht wird. Oder

finanziert über die Steuern zusätzliche Unternehmergewinne.

Es ist also den Studenten nicht vorzuwerfen, daß sie z. T. auf Steuergelder studieren, sondern es ist den Unternehmern vorzuwerfen, daß sie auf Steuerkosten, d. h. mit unserem Geld Gewinne für sich erzielen.

„Im Kern gesund"?

Die Berliner Wirtschaft sei „im Kern gesund" — so tönt es aus Springers Hochburg und seiner Filiale im Schöneberger Rathaus. Wie „gesund", das dokumentiert das Protokoll einer Sitzung des wirtschaftlichen Arbeitskreises der SPD-Fraktion. Die Sitzung fand statt am 31. Januar, 10 Uhr, Raum 2033 im Schöneberger Rathaus. Natürlich geheim, und das aus gutem Grund: diese Sitzung enthält die Bankrotterklärung der Berliner Wirtschaftspolitik.

Zur Frage, wie sich der Senat ein verstärktes Engagement westdeutscher Industrie vorstellt, heißt es im Protokoll:

„Genosse (Wirtschaftssenator) König führt aus, eine Konzeption im eigentlichen Sinne sei nicht ausgearbeitet. Der Gedanke eines verstärkten wirtschaftlichen Engagements des Bundes in Berlin habe sich aus den allgemeinen Überlegungen über Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Wirtschaft ergeben. Dabei sei ein beispielhaftes Vorangehen des Bundes angestrebt worden. Die Möglichkeiten dazu seien aber stark begrenzt. Dies habe sich aus den Besprechungen mit dem Bundeswirtschaftsministerium ergeben.

So ließen sich Werften und Bergbauunternehmen naturgemäß nicht in Berlin installieren. Übriggeblieben in den Überlegungen seien die Vereinigten Aluminiumwerke und das Volkswagenwerk. Es sei keineswegs damit zu rechnen, daß eine VW-Autoproduktion nach Berlin verlegt würde, allenfalls vielleicht einmal einige Zulieferbetriebe. Auch bei den Vereinigten Aluminiumwerken seien die Voraussetzungen ungünstig: In Berlin gäbe es keine Bauxitlager, und der Strompreis sei hoch."

Niemand will in Berlin investieren, und der Senat hat keine Ahnung, wie er aus dem Wirtschaftsdilemma herauskommen soll. Das also heißt: „Im Kern gesund".

König weiter im Protokoll:

„Gen. König führt aus, daß die Forderung einer verstärkten Präsenz von Bundesunternehmen weitgehend taktischer Natur gewesen sei. Gen. König schildert dann im einzelnen die Widerstände, die seinen Bemühungen unüberwindlich entgegengestellt würden. Die öffentlichen Erklärungen seien weitgehend Lippenbekenntnisse. Die Großkopfeten der Wirtschaft seien weiterhin nicht bereit, nach Berlin zu kommen. Starke Widerstände seien auch unter Sozialdemokraten festzustellen. Bundesverkehrsminister Leber z. B. sei ein ausgesprochener Berlin-Feind."

„Im Hinblick auf Investitionen der amerikanischen Firma Kaiser in Berlin sei er skeptisch."

Diese Skepsis hat sich bestätigt: Schütz machte eine Reise in die USA, um dort um Industrieinvestitionen für Berlin zu betteln. Ohne Erfolg.

Selbst Versuche, die nur symbolische, wirtschaftlich aber völlig unbedeutende Anwesenheit von Bundesbehörden zu erhöhen, sind gescheitert:

„Gen. Horst Schulz ergänzt, Linie des Senats sei ein verstärktes sichtbares Engagement des Bundes in Berlin. Ein geschlossenes Programm aufzustellen sei für den Senat aber kaum möglich. (Was Bundesinstitutionen anbetreffe, so habe z. B. die Debatte im Bundestag über das Oberste Bundesgericht gezeigt, welch geringe Resonanz der Vorschlag, Berlin als Sitz zu wählen, gefunden habe. Ein anderes Beispiel sei gegenwärtig die Bundesanstalt in Nürnberg.) Jeder Versuch, Institutionen abzuwerben, sei außerordentlich schwierig und stoße auf sehr harten Widerstand."

Der Chef des Bundesvorstandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, in BZ und Senatsverlautbarungen als Freund und Retter Berlins gefeiert, erscheint plötzlich in einem ganz anderen Licht:

„Gen. König äußert sich über den BDI äußerst kritisch und skeptisch. Aus dem Arbeitspapier des BDI könne herausgelesen werden, daß in Berlin nichts geschehen dürfe, was Herrn Berg nicht gefalle. Die Aktion in der Sache, die der BDI bis jetzt gezeigt habe, sei äußerst dürftig."

Axel Springer muß sich also starke Konkurrenz gefallen lassen: Nicht nur er, auch Fritz Berg will bestimmen, welche Politik in Berlin gemacht wird.

Das Protokoll verzeichnet gegen Ende eine für Berliner Verhältnisse ungewöhnliche Anregung, nämlich die, man solle der Bevölkerung vielleicht doch mal die Wahrheit sagen:

„Gen. Krutz stellt die Frage, ob es richtig gewesen sei, bei dieser Sachlage die Menschen unserer Stadt in falschen Vorstellungen zu belassen."

Die Antwort auf diese Frage steht nicht im Protokoll, wir kennen sie.

Die Ausschußsitzung dauerte von 10 Uhr bis 12.30 Uhr. Für zweieinhalb Stunden wurde in Berlin die Wahrheit gesagt. Natürlich geheim. Ab 12.30 Uhr wurde wieder weitergelogen. BZ und Senat: Die Berliner Wirtschaft sei „im Kern gesund".

Der Kern, das ist die Konzeptionslosigkeit des Senats, das ist die Abhängigkeit Berlins von Konzernbossen, das ist die Unterdrückung der Wahrheit durch Senat und Springerpresse.

Der Kern ist, daß die Betroffenen dieser verfahrenen Wirtschaftspolitik, vor allem die Arbeiter, nicht informiert geschweige denn gefragt werden bei lebenswichtigen Entscheidungen, ob z. B. bestimmte Betriebe aus Berlin abgezogen werden oder nicht.

Der Kern ist, daß die Arbeiter endlich selbst bestimmen sollten, was in und mit ihren Betrieben geschieht. Und nicht Springer und Berg.

Paul Spatenke

1. MAI ZEITUNG DER ARBEITER, SCHÜLER U

Unternehmer-Mai

Das offizielle Maikomitee hat wenig Glück. Erst lehnt der vor wenigen Tagen ermordete Martin Luther King und nun auch Robert Kennedy es ab, auf der Mai-Feier vor dem Reichstag zu sprechen. Dabei hätte die Mai-Feier solche Prominenz als Zugpferde bitter nötig; denn der offiziellen Mai-Losung — „Friede, Freiheit, Völkerverständigung" — sieht jedermann es von weitem an, daß auf dem Platz der Republik wieder einmal nur über Gott und die Welt, nicht jedoch über unsere Probleme, Interessen und Bedürfnisse geredet werden soll.

Zu reden aber wäre darüber, welcher Frieden, wessen Freiheit und welche Art Völkerverständigung gemeint ist. Ob mit Frieden vielleicht gemeint ist, daß sich die Arbeiter friedlich verhalten sollen, wenn die Geschäftsleitung wieder einige Kollegen entläßt oder übertarifliche Leistungen streicht. Ob mit Freiheit vielleicht die Freiheit westdeutscher Spekulanten gemeint ist, die Berliner Staatskasse zu erleichtern, oder die Freiheit der Unternehmer, Reichtum, den die Berliner Arbeiter geschaffen haben, nach Westdeutschland zu bringen oder die Freiheit der Schulbehörden, verdummende Lehrpläne vorzuschreiben. Ob unter Völkerverständigung vielleicht verstanden wird, daß sich die Vietnamesen mit einem Amerika befreunden sollen, das Napalm auf Vietnam regnen läßt, oder daß die Bundesrepublik ein Griechenland, Persien, Spanien oder Portugal unterstützt, das seine Arbeiter und Studenten unterdrückt, prügelt, einkerkert, foltert und ermordet. Darüber wäre zu reden.

Worum es jedoch dem offiziellen Maikomitee geht, wird an seinen „Vorbereitungsmaßnahmen" sichtbar: Den Vorschlag der Falken, einen Vertreter der oppositionellen Jugend ab, daß die Redner für die Kundgebung bereits feststehen, obwohl es erst diese Woche den Hauptredner fand. Der IG - Metall - Jugend des AEG-Konzerns untersagte es, in einem eigenen Block mit eigenen Losungen und Flugblättern an der Kundgebung teilzunehmen. Gewerkschafter, die an der sozialistischen Mai-Demonstration teilnehmen wollen, erpreßt es mit der Ausschlußdrohung, obwohl kein Gericht solch einen Ausschluß bestätigen würde.

Offensichtlich will also das offizielle Maikomitee mit allen Mitteln verhindern, daß über die tatsächliche Situation der Stadt, der Betriebe, des Verwaltungsapparates, die Wohnbedingungen etc. gesprochen wird. Wieso fürchten sich Senatspolitiker, Parteimanager und die Leute in der Gewerkschaftsspitze so sehr davor? Was würde sich denn zeigen, wenn nicht mehr nur allgemein und phrasenhaft über unsere Situation gesprochen würde?

Es würde sich zeigen, daß den Berlinern ihre vielgerühmte Tapferkeit und Standhaftigkeit schlecht belohnt wird. Sie bekennen sich zur westlichen Gesellschaftsform, zum Prinzip des freien Unternehmertums; nur leider bekennen sich die freien Unternehmer nicht zu ihnen. Unter Bedrohung der Blockade ließen die Berliner Arbeiter und Angestellten die bereits von ihrer Vertretung beschlossene Vergesellschaftung der wichtigsten Betriebe, die Abschaffung des Berufsbeamtentums, die Einrichtung einer umfassenden und einheitlichen Sozial-, Kranken- und Altersversicherung fallen, um heute von den Unternehmern fallengelassen zu werden.

Heute reist der Regierende Bürgermeister wie ein korrupter afrikanischer Staatschef erfolglos durch die westlichen

lin ganz ungewöhnlich große Profite zu machen sind. Heute lagern Konzerne, die längst ihren Hauptsitz in Westdeutschland haben, wichtige Produktionsstätten aus Berlin aus. Heute überweisen Unternehmer jährlich etwa 1 Milliarde DM, die sie aus den Berliner Arbeitern herausgeholt haben, nach Westdeutschland. Um überhaupt noch Unternehmer in Berlin etwas unternehmen zu sehen, beschenkt sie der Senat mit Steuergeldern, wenn sie völlig nutzlose Hochhäuser am Lützowplatz errichten oder wenn sie 96prozentigen Alkohol aus Bayern heranfahren, um ihn an einer Berliner Wasserleitung zu 44prozentigem Schnaps aufzufüllen. Diese Demonstration für die Unübertrefflichkeit des freien Unternehmertums kostet jährlich zwischen 3 und 4 Mrd. DM, verwandelt Berlin in eine Spekulantenhölle und verhindert den langfristig geplanten Ausbau der Berliner Industrie. Heute importiert Berlin aus Westdeutschland Gesetze, die es den Geldsäcken

Wie man 35 Steuerzahler zi

Weil die Unternehmer einen beträchtlichen Teil ihrer Steuern aus den Gewinnen zahlen, sind sie darauf aus, in ihren Büchern niedrige Gewinne auszuweisen. Die Gewinne sehen um so niedriger aus, je höher die Kosten angesetzt werden können. Daher macht das Finanzamt genaue Vorschriften darüber, wie hoch steuerlich die Kosten sein dürfen, um nicht betrogen zu werden. Jeder weiß, wie genau beim Lohnsteuer - Jahresausgleich dem Finanzamt die

über die Freiheit der Unternehmer, Reichtum, den die Berliner Arbeiter geschaffen haben, nach Westdeutschland zu bringen oder die Freiheit der Schulbehörden, verdummende Lehrpläne vorzuschreiben. Ob unter Völkerverständigung vielleicht verstanden wird, daß sich die Vietnamesen mit einem Amerika befreunden sollen, das Napalm auf Vietnam regnen läßt, oder daß die Bundesrepublik ein Griechenland, Persien, Spanien oder Portugal unterstützt, das seine Arbeiter und Studenten unterdrückt, prügelt, einkerkert, foltert und ermordet. Darüber wäre zu reden.

Worum es jedoch dem offiziellen Maikomitee geht, wird an seinen „Vorbereitungsmaßnahmen" sichtbar: Den Vorschlag der Falken, einen Vertreter der oppositionellen Jugend reden zu lassen, lehnte es im Februar mit der Begrün-

den Berlinern ihre vielgerühmte Tapferkeit und Standhaftigkeit schlecht belohnt wird. Sie bekennen sich zur westlichen Gesellschaftsform, zum Prinzip des freien Unternehmertums; nur leider bekennen sich die freien Unternehmer nicht zu ihnen. Unter Bedrohung der Blockade ließen die Berliner Arbeiter und Angestellten die bereits von ihrer Vertretung beschlossene Vergesellschaftung der wichtigsten Betriebe, die Abschaffung des Berufsbeamtentums, die Einrichtung einer umfassenden und einheitlichen Sozial-, Kranken- und Altersversicherung fallen, um heute von den Unternehmern fallengelassen zu werden.

Heute reist der Regierende Bürgermeister wie ein korrupter afrikanischer Staatschef erfolglos durch die westlichen Länder, um Kapitalisten davon zu überzeugen, daß in Ber-

Wie man 3
Steuerzahler z

Weil die Unternehmer einen beträchtlichen Teil ihrer Steuern aus den Gewinnen zahlen, sind sie darauf aus, in ihren Büchern niedrige Gewinne auszuweisen. Die Gewinne sehen um so niedriger aus, je höher die Kosten angesetzt werden können. Daher macht das Finanzamt genaue Vorschriften darüber, wie hoch steuerlich die Kosten sein dürfen, um nicht betrogen zu werden. Jeder weiß, wie genau beim Lohnsteuer-Jahresausgleich dem Finanzamt die Kosten vorgerechnet und belegt werden müssen und wie

Bunter Nachmittag bei der ÖTV

Am 18. April lud die ÖTV zu einem alljährlich stattfindenden Tag der Jugend in die Philharmonie ein. Für die nötige Besucherzahl wurde gesorgt, indem man schon vorher die notwendige Dienstbefreiung beantragte, „so daß ihrem Besuch nichts mehr im Wege steht". (Einladungsflugblatt). Aber das Programm war auch ganz verlockend: Bürgermeister Neubauer, Moritatensänger Jugendsekretär Pagels und Beat-Bands — alles dabei.

Und so strömten etwa 2000 Jugendliche heran. Um 14 Uhr begann die Veranstaltung, und das Programm hielt, was es versprach.

Zwischen Beat und Gesang und gegen Ho-Chi-Minh-Geklatsche wußte sich Jugendsekretär Pagels kaum Gehör zu verschaffen. Er paßte sich dem sonnigen Klima mit einigen gänzlich inhaltslosen Tiraden an. Finster wurde es allerdings, als in einem Sprechchor die Forderung: „Wir wollen diskutieren" erscholl. Der eben noch so ruhige Pagels ereiferte sich und bezeichnete die Rufer aufgebracht als „Linke Extremisten", wobei für ihn offenbar die Diskussion den „Linken Extremisten" vorbehalten war. Um diesem Eindruck zuvorzukommen, beteuerte er sodann geflissentlich, daß er selbstverständlich jederzeit zur Diskussion bereit sei, aber nicht gerade hier und schon gar nicht heute. Die Situation war gerettet; anschließend wieder Beat bis Schluß der Veranstaltung.

Alles in allem — ein bunter Nachmittag mit der ÖTV!

Was sollte das Ganze?

Die Veranstaltung, die sonst jedes Jahr im Juni stattgefunden hatte, wurde kurzfristig auf den 18. April verschoben, 12 Tage vor dem 1. Mai. Nachdem sich ein sozialistisches Maikomitee gebildet hatte, war die Gewerkschaft offensichtlich um ihre Schäfchen besorgt. Man trat zur scheinbar notwendigen Rückversicherung an. Bezeichnend, daß über die politische und wirtschaftliche Misere der Stadt nicht gesprochen wurde. **Bürgermeister Neubauer, der Hauptdrahtzieher der gegenwärtigen Senatspolitik, wollte erscheinen und über das Thema: „Wo stand die Jugend in den letzten Tagen"? sprechen. Das war in der Tat die Frage, die zu klären gewesen wäre. Er schob eine wichtige Senatssitzung vor. Warum? Es war bekannt geworden, daß eine Gruppe von etwa 10 linken Lehrlingen und Schülern ebenfalls zur Philharmonie gehen wollte, um dort Flugblätter zu verteilen und zu diskutieren.**

Eine offene Auseinandersetzung über die Interessen der jungen Arbeiter und deren Durchsetzung wurde um jeden Preis vermieden. Statt dessen biederte man sich an und versuchte, das Gefühl zu vermitteln, es sei alles in Ordnung.

Damit setzte die ÖTV die Verschleierungspolitik des Senats auf Gewerkschaftsebene fort. Ein gelungener inhaltsloser erster Mai im kleinen.

Die eigentliche Diskussion fand vor den Türen der Philharmonie statt, mit den schon erwähnten Flugblattverteilern. Etwa ein Viertel der Jugendlichen wird zur sozialistischen Maikundgebung kommen, da ihnen klar geworden ist, daß es für sie auf dem Platz der Republik nichts zu holen gibt!

Elmar Wirth

30. 4., 18.00: Neue Welt (Hasenh

1. 5., 10.00: Karl-Marx-Platz (N

1. MAI ZEITUNG DER ARBEITER, SCHÜLER UN

Nachdruck aus Oberbaumblatt Nr. 3

WALTER
ein Gewerkschafts

Mit dem Jargon der Kumpanei versucht er sich bereits mit seinen ersten Worten bei den Arbeitern anzubiedern: In familiärem Ton erinnert er daran, daß er selbst ein echtes Arbeiterkind aus Hamburg sei. Bereitwillig plaudert er darüber, wie er sonntags seinen Vater in die Kneipe begleitete, wo man sich traf, um zu diskutieren und politische Broschüren auszutauschen. Sein Vater führte ihn auf diese Weise in die kommunistische Bewegung ein und machte ihn mit den sozialistischen Zielen der Arbeiter vertraut. Erst war Walter Jungspartacist, dann Jungkommunist, dann Mitglied der KPD. Hier hat er gelernt, *„wie eine trainierte Minderheit die Mehrheit aufputscht, wie man so demonstriert, daß ein Unschuldiger erschossen wird, um einen Märtyrer für neue Demonstrationen zu haben."* Das erzählt er augenzwinkernd, auf die letzten Ereignisse in Berlin anspielend. Beiläufig suggeriert er den Zuhörern die Parole von der *„gefährlichen Minderheit"* ein.

Walter räkelt sich am Tisch, seine gepflegten Hände streicheln wohlig über die graumelierten Schläfen, die ihm einen Hauch von vornehmer Würde verleihen. Er sieht aus wie ein guterhaltener Börsenjobber, ein lebenslustiger Spekulant, der es liebt, nachts über den Kudamm zu wandeln.

Sein ganzes Gehabe verrät, wie er seine Vergangenheit haßt: sein Elternhaus, seine Kindheit, seine proletarische Herkunft, seinen ehrgeizlosen Vater, der ewig Prolet blieb.

Walter horcht in die Versammlung hinein. Er wägt jedes Wort ab, paßt sich der Stimmung an,

um so
radika
Sein
trolle
verlier
abzule
gleiche
genhei

Wal
jüngst
verhöl
hält s
und s
tigen,
Intrig
pulati
kratis
die V
Schlag
lange
nach
gefrag
den
schaft
tiziert
diese
zur L
Gewe
freihe

Sein
S. pr
mutur
kanisc
Fragel
hatte.
genüb
der N
Walte
mutur
tion
ferng
Club
eine
sende
stelle

Das
nehm
solche

Comisiones obreras

Arbeiter und Studenten in Spanien

Der 1. Mai, der Kampftag der Arbeiter, der in den meisten westeuropäischen Städten Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem friedlichen Ringelpietz unter den Klängen von Sonntagsreden vereinigt, ist in Spanien auf seine Weise entpolitisiert worden. Er wird als katholischer Feiertag begangen. In Spanien haben die mit der Staatsmaschinerie verquickten Gewerkschaften den Arbeitern nur Scheinerfolge erkämpft, die der Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln nehmen sollten. So darf in Spanien einem Arbeiter nur gekündigt werden, wenn der Arbeitgeber vor Gericht einen Kündigungsgrund ausweisen kann – doch bei näherem Hinsehen erweist sich diese spektakuläre Errungenschaft als

Aktivität der Arbeiter in institutionelle Bahnen zu kanalisieren.

Den Arbeitern bleibt nichts anderes übrig, als die Suche nach Sachwaltern aufzugeben und ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen. In ihren Betrieben bildeten sie die sog. Comisiones Obreras, Arbeiter-Kommissionen, die durch Warnstreiks, durch Lahmlegen von Maschinen etc. ihre unmittelbaren Forderungen durchsetzten. In den Wohnvierteln und in den Vorstädten organisierten sie Basisgruppen. Es versteht sich, daß diese Gruppen im geheimen arbeiten müssen — politische Betätigung im Betrieb ist ein Entlassungsgrund, der von den Gerichten anerkannt wird, außerdem kann der Kapitalist

Studenten der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät stellten Statistiken zusammen über Unternehmergewinne, Arbeiterlöhne, Investitionen, etc. Sie erstellten Analysen, um Schwerpunktkrisen und Entlassungen voraussagen zu können. Studenten der Philosophischen Fakultät von Madrid organisierten gemeinsam mit den Arbeiterkommissionen Fortbildungskurse. Auch theoretische Ausbildungsarbeit leisteten Studenten. Hierbei können vor allem ausländische Kommilitonen unschätzbare Dienste leisten, wenn sie während der Hochsaison, als Touristen nur oberflächlich durchsucht, verbotene Schriften ins Land bringen.

Die spanischen Studenten und Arbeiter haben erkannt,

zahlte Arbeit.

Die Lage der spanischen Arbeiter spottet jeder Beschreibung. Die spanischen Arbeiter hungern, weil ihr magerer Lohn für das Notwendigste nicht herreicht. Sie wohnen meist zu mehreren Familien in einem Zimmer oder in kleinen Wellblechhütten am Rande der Stadt. Die staatlichen Gewerkschaften tun wie gesagt nichts für sie. Die KP genießt zwar einen legendären Ruf, versucht aber die spontane

beiter machen kann. Um die kirchliche Verbrämung dieses Tages zu unterlaufen, beschloß man, am 30. April zu streiken und sich dann am ersten Mai zu einem gewaltigen Demonstrationzug zu vereinen, um aller Welt zu demonstrieren, was die Uhr geschlagen hat.

In den Kommissionen, vor allem aber in den Basisgruppen arbeiten Studenten und Arbeiter zusammen. Studenten übernehmen das Drucken von Flugblättern und Plakaten.

zusammen.

In Mailand warfen Studenten Molotowcocktails in die Verwaltungsgebäude des Fiatkonzerns, nachdem die Polizei brutal gegen streikende Arbeiter vorgegangen war —

● In Brasilien richteten Studenten Verpflegungsküchen für streikende Arbeiter ein

● In Hue kämpften Studenten gemeinsam mit den Truppen der Nationalen Befreiungsfront gegen die Zentralregierung.

Ezra Benjamin

1. MAI ZEITUNG DER ARBEITER, SCHÜLER UN

Was ist los im Mär

Eine Zwangsräumung und was

Der Berliner Senat ist besonders stolz auf seine Sanierungsstädte, und in der Tat gehören Gropiusstadt und Märkisches Viertel zu den bestorganisierten Betrugsunternehmen, die der Senatsbürokratie zusammen mit den Unternehmern in den letzten zehn Jahren geglückt sind.

Saniert haben sich die privaten und senatseigenen Grundstücksspekulanten und Baufirmen, deren Profite ausreichen würden, nicht nur um alte Wohnungen in Kreuzberg und in Wedding auf den neuesten Stand zu bringen, sondern auch um die Mietpreise in den neuen Städten auf einen Bruchteil der jetzigen Summen zu reduzieren. Die Familien dagegen, die ins Märkische Viertel umgesiedelt werden, zahlen den fünffachen Preis ihrer früheren Wohnungsmieten und mehr. Sie haben dafür den Vorteil, in einem der modernsten Teile der Stadt zu leben, auch wenn es dort zuwenig Kindergärten, keine Jugendheime, kein Kino gibt und die Schulen, die vorhanden sind oder gerade gebaut werden, sich schon in der Planung als zu klein erweisen.

Man kann nicht alles auf einmal haben, sagen die zuständigen Ämter, während die Wohnungsbaugesellschaften Mietpreise zwischen 250 und 450 Mark einkassieren.

Wer ins Märkische Viertel einzieht, dem wird vom Bezirksamt ein Prospekt überreicht, in dem er dazu beglückwünscht wird, daß er nun Bürger in einem der komfortabelsten und modernsten Viertel der Stadt ist.

Der Arbeiter B. ist vor zwei Jahren dort eingezogen. Er war auch wirklich froh, daß er aus seiner 8 Quadratmeter großen Kochstube in Wedding herauskam und nicht mehr abends seine Möbel vor die Tür stellen mußte, damit seine siebenköpfige Familie überhaupt schlafen konnte. Er bekam eine 3½-Zimmer-Wohnung im Märkischen Viertel, hatte dankbar zu sein und 300 Mark Miete zu zahlen.

Seit einem halben Jahr kann B. nicht arbeiten, weil er magenkrank ist. Krankengeld und Kindergeld reichen nicht, um 7 Personen zu ernähren und die Miete zu bezahlen. Das Sozialamt hat ihm dreimal einen Mietvorschuß gegeben, den B. bisher nicht zurückzahlen konnte. Jetzt kam die Kündigung der Wohnungs-

Warum Mieten?

Der Bau einer Wohnung kostet Geld. Es muß bezahlt werden. Das versteht jeder.

Auch beim Ratenverkauf ist es so. Aber das Abzahlen hört mit der letzten Rate auf. Eine „letzte Miete" gibt es nicht: Noch nach 100 Jahren kassieren die Erben des Hausbesitzers!

Wenn die Baukosten abgezahlt sind, ist die Miete eine

Rente für den Hausbesitzer.

Ein Beispiel:

Ein Fabrikant baute 1875 ein Haus. Nach 25 Jahren hat er seine Kosten durch die Miete wieder herein. Seit 1900 kassieren seine Erben eine „Rente" – bis heute. 1968 bewilligt ihnen der Staat wieder einmal eine „Rentenerhöhung"!

Eine Meldung aus dem Jahr 1970

Berlin, 5. 3. 1970. Heute übernahm der **Westberliner Mieterrat** den gesamten Althausbesitz in eigene Verwaltung. Zur Begründung wurde gesagt: Die Hausbesitzer haben seit 30, 50, ja 100 Jahren ihre Baukosten mehrfach hereingeholt. Anstelle der Mieten haben die Hausbesitzer jetzt ein Anrecht auf eine Altersrente von 400 Mark pro Person, dazu freies Wohnrecht.

Mieten werden nur noch zur Bezahlung der Hausbesitzerrenten und für die Modernisierung alter Wohnungen eingezogen. **Die Mieten werden daher sofort um 50 % herabgesetzt.**

Dieser Beschluß ist von den Bezirks- und Wohnblockmieterräten gebilligt worden. Die Bezirksmieterräte werden dafür sorgen, daß frei werdende große Wohnungen vor

1. **Der Grundstückseigentümer** will seinen Profit. Wo gebaut werden soll, steigen die Bodenpreise. Die Spekulationsgewinne machen die Miete teurer.
2. **Der Bauunternehmer** will seinen Profit. In Westberlin liegen die Baupreise ein Drittel höher als in Westdeutschland.
3. **Die Banken** wollen ihren Profit. Ungefähr die Hälfte des Kapitals kommt von den Banken. Die Zinsen dafür machen einen großen Teil der Miete aus.
4. **Die Herren Direktoren** der Gewobag wollen ihren Profit. Die hochbezahlten Posten vergibt der Senat nach dem Prinzip „Eine Hand wäscht die andere".

Wie können billige Wohnungen gebaut werden?

1967 kostete eine moderne Wohnung in Berlin 55 000 DM Baukosten. Dieser Preis könnte auf 40 000 DM gesenkt werden, wenn

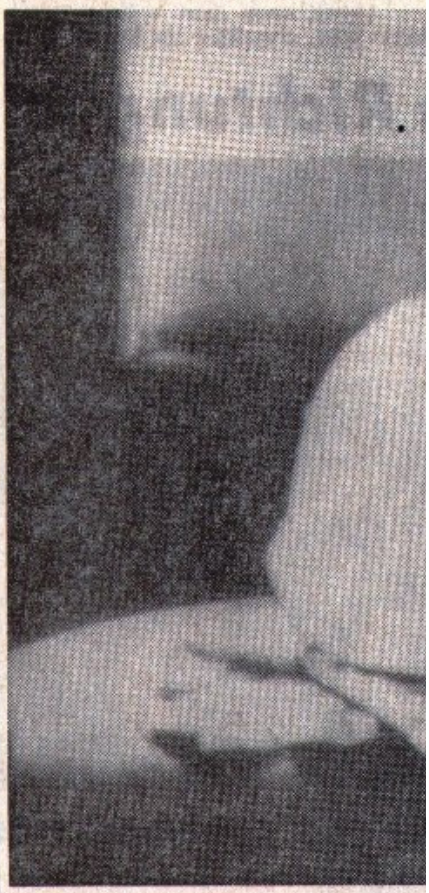
1. Grundstückseigentümer keine Spekulationsgewinne erhalten,
2. die Wohnungen von öffentlichen Gesellschaften ohne Gewinn gebaut werden.

1967 standen in Berlin über eine halbe Milliarde Mark aus zinslosen Staatskrediten für den Wohnungsbau zur Verfügung. Davon könnte man fast 15 000 Wohnungen bauen – für monatlich 100 Mark Rückzahlung! (Dagegen kosten solche Wohnungen im „sozialen" Wohnungsbau 250 Mark und mehr.) Nach 40 Jahren wäre der Kredit abbezahlt – die Wohnung ist dann

Mietfrei

„Ich höre zu meiner Bestürzung, einige Mieten werden steigen. Das ist nicht gut." (Schütz)

ins Obdachlosenasyl zu ziehen. | sun



30. 4., 18.00: Neue Welt (Hasenh

1. 5., 10.00: Karl-Marx-Platz (N

ca. 11.00: Hohenstaufenplatz/

1. MAI ZEITUNG DER ARBEITER, SCHÜLER UN

Straßensperren und Arbeitsgerät

Die freie Massenpresse von Westberlin, aus Springers Lügensilo in Privatautos, Taxis und Krankenwagen, Spritzenwagen der Feuerwehr und Mannschaftswagen der Polizei, nur nicht in den eigenen Vertriebswagen herausgeschmuggelt, will sich mit euch gemein machen. Wie Sickert, Kiesinger und der Rest fürchtet sie am meisten, ihr könntet anfangen, zu begreifen, welches Spiel sie mit euch treibt.

Auf Seite 13 der BZ vom Dienstag, dem 16. April, erzählt uns „Peer", er habe *„in einer der letzten Nächte mit jungen Arbeitern gesprochen"*. Gehörten seine jungen Arbeiter noch vor einigen Jahren der „sogenannten Lederjacken-Bande" an, die die Straßen in Wedding mit ihren Motorrädern unsicher gemacht hätte, so verglichen diese jetzt, nach einer Zeit der Selbstbesinnung, die Aktionen der Linken mit ihren eigenen. Die jungen Arbeiter der BZ öffnen gemeinsam den Mund und rufen mit fester Stimme ins Tonbandgerät des Reporters: *„Was war das schon gegen das, was die Radikalen jetzt da treiben? Wir haben keinen Schutzmann verprügelt und keine Scheiben eingeschlagen. Und wir hatten viel zuviel Achtung vor den Fahrzeugen anderer, als daß wir sie zerstört hätten. Aber wir waren eben bloß einfache Arbeiter."*

Nachdem wir die Statisten, die soeben nach dem Taktstock des BZ-Autoren ihren Arbeitertext aufgesagt haben, aufgefordert haben, in Wedding nach „Schutzmännern" zu suchen und jungen Arbeitern, die *„viel zuviel Achtung vor den Fahrzeugen anderer"* haben, nachdem wir also wissen, wer diese Jungarbeiter-Sätze getextet hat, sehen wir auf die der Seite 13 gegenüberliegensetze aber, von denen wir sehr wohl wissen, daß sie als Instrument der herrschenden Klasse gegen streikende Arbeitermassen geschaffen wurden, verlieren in den Kämpfen der Demonstranten ihren drohenden Charakter; bei Arbeitskämpfen werden sie vollends unwirksam.

Es nützt der parlamentarischen Maske der Klassenjustiz im Senat deshalb wenig, wenn sie es *„für notwendig"* hält, daß die Moabiter Justizmaschine *„gegenüber der veränderten Situation und den veränderten Tätergruppen ... beweglicher"* wird (BZ, S. 11). Die veränderte Tätergruppe ist entschlossen, zu zeigen, daß der mit irrsinnigen Summen unterhaltene ... apparat der Westberliner Polizei nur seine Hilflosigkeit gegenüber der veränderten Situation demonstriert; daß er die morsche Stütze ist für den Berliner Senat, der glaubt, mit Westberlin Chicago spielen zu können, der glaubt, durch den herzlichen Dank an die Polizeiführung bewiesen zu haben, daß die ganze Stadt so prima funktioniere wie die Polizei. Das Gegenteil ist wahr. Dieser Apparat hat uns noch nie imponiert und der veränderten Tätergruppe erst recht nicht.

Die jungen Arbeiter, mit welchen die BZ nachts in Wedding geplaudert haben will, waren zur gleichen Zeit vor Springers Haus und bombardierten, gemeinsam mit Schülern und Studenten, die Wasserwerfer mit allem, was ihnen in die Hände geriet. Die Autos der Arbeiter schonend, verloren sie die Achtung vor den Fahrzeugen anderer. Es waren Springers Auslieferungswagen, die in Flammen standen. Die sie angezündet haben, wissen zu gut, daß damit die Enteignung Springers keinen Schritt 1. Mai, den Kampftag der Arbeiter, Schüler und Studenten. Sie muß verschweigen, daß die Studenten nicht mehr allein sind. Deswegen die Lüge.

Denn die, denen die Arbeitsgeräte nicht gehören, nicht die Karren und Schippen für den Straßenbau und nicht die Maschinen in den Fabriken; die, denen man vorlügt, es sei ihr Staat, der hier vor ihren Augen in Trümmer geht; und die jungen Arbeiter, denen die BZ ihre Arbeitsgeräte wie Seife ums Maul schmiert als wären es ihre — die haben es nicht nötig, von der Springer-Presse an die Karren und Schuppen der Unternehmer gekettet zu werden; die werden sich um ihre Arbeitsgeräte nicht kümmern, solange sie ihnen nicht selbst gehören; die werden sich einen Dreck scheren um ihre Arbeitsgeräte, solange nicht sie bestimmen, was mit diesen Arbeitsgeräten gemacht wird. Die finden allerdings, daß man mit diesen Karren und Schippen, Transportbändern und Hohlblocksteinen, mit denen sie Wohnungen bauen, aus denen sie wieder rausgeschmissen werden, weil sie die Mieten nicht mehr zahlen können, die also bauen für die Hausbesitzerwillkür per Gesetz in dieser Stadt ab 1970! — die finden allerdings, daß man mit diesen Arbeitsgeräten und mit diesem Material Straßensperren errichten muß, solange die Druckmaschinen im Springerhaus selbst nicht gestoppt werden; solange sie nicht frei gemacht werden für Zeitungen, die die Interessen der arbeitenden Menschen in dieser Stadt vertreten und nicht die eines Unternehmersenats, der den wirtschaftlichen Bankrott systematisch vorbereitet.

„Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabeisein, selbst

sonntag. Unter einem der Fotos, das die Errichtung von Barrikaden aus gemischtem Metallgut zeigt, kann man — wie am 4. März, einen Tag nach der Griechenland-Demonstration in der gleichen Presse — folgende Bildunterschrift lesen: *„Straßensperren aus Arbeitsgerät: Karren, Verkehrsschilder und Ölfässer."*

Diese Bildunterschrift muß korrigiert werden. Sie unterschlägt nicht nur, woraus die Demonstranten Straßensperren errichteten: Holzkisten, Hohlblocksteine, Bauhölzer, Eisenträger, Kanalisationsröhren, Förderbänder, Bauwagen, Lastwagenanhänger und Personenautos. Sie spricht nicht grundlos von Arbeitsgerät, selbst wenn im Text nur Karren darunter fallen. Sie sagt vor allem aber kein Wort über die Bedeutung der Straßensperren selbst. Im Verein mit dem Lautsprecherpropagandisten der Polizei, dessen gequält witzige Durchsagen weniger die Demonstranten über die Folgen ihres Handelns belehren als vielmehr die Gliederungen der Ordnungskräfte selbst mit Argumenten für gezielten Schlagstockgebrauch, mit Argumenten für Fußtritte, Faustschläge und Mißhandlungen ausstatten sollen, beschwört die BZ den Geist des Strafgesetzbuchs.

Sie übersieht dabei, daß wir die sogenannten strafrechtlichen Folgen genau kennen und trotzdem nicht davor zurückschrecken, in den Bereich der durch Klassenstrafrecht legalisierten polizeilichen Gewaltanwendung zu geraten, die symbolisch verstandenen Aktionen schließen notwendig Sachbeschädigung ein; die Gesondern in Redaktion und Rotation stattfindet.

Die BZ, die mit Abscheu registriert, daß die Demonstranten nicht davor zurückschrecken, Straßensperren aus Arbeitsgerät zu errichten, muß mit einer Verschleierung operieren. Diese besteht in einer Unterschlagung. Wenn die BZ von *„Randalierern"* spricht und, mit Hoppe, von *„veränderten Tätergruppen"*, verschweigt sie systematisch, wer neben den Studenten die Demonstrationen bestimmt. Sie ist zu dieser Unterschlagung gezwungen,, um die von Sickert und Springer behauptete Kluft zwischen Arbeitern und Studenten offenzuhalten. Zusammen mit dem eigentlichen Propaganda-Organ des Senats, der Morgenpost, unterschlägt sie damit, daß der organisierte Schwindel, um dessen Verbreitung sich Senat und Springer gleichermaßen bemühen, bei Tausenden jungen Arbeitern in Westberlin nicht mehr nur auf taube Ohren stößt, sondern offen von unten durchschlagen wird. Die Vertreter des Senats sind sich dieser veränderten Situation wohl bewußt. So sagte beispielsweise Neubauer als Redner für die ÖTV-Jugend ab, die am 18. 4. für die Philharmonie nachmittags dienstfrei erhielt, nur weil er erfahren hatte, daß Jungarbeiter und Lehrlinge mit Flugblättern eingetroffen waren. Die BZ muß verschweigen, daß sich die Lehrlinge in den Lehrwerkstätten und den Berufsschulen zu organisieren beginnen; sie muß verschweigen, daß überall in der Stadt die in Unmündigkeit und Abhängigkeit Gehaltenen Vorbereitungen treffen für den

Die R

Arbeitslose

Wenn wir uns gegen die Revolverpresse Springers wehren, die zur Gewaltanwendung gegen uns aufruft, dann nicht um die Arbeitsplätze der Arbeiter zu gefährden, wie der Vorstand der IG Druck und Papier behauptet, sondern um uns gegen die antidemokratische Springerpresse zu wehren, die weit gefährlicher ist als die NPD.

Dabei handeln wir auch im Interesse der Arbeiter, gegen die Springer genauso hetzt, wenn sie selbständige Interessenpolitik gegen die Unternehmer machen, wie die Gummiarbeiter von Hanau.

22.04.1968:
In Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt, welches angesichts der beiden Toten in

München nach der Mitverantwortung von APO und SDS fragt und zur Selbstbesinnung aufruft.
Q: N. N.: Es ist höchste Zeit…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

April 68

Es ist höchste Zeit, daß wir zu uns selbst zurückfinden, daß wir überlegen, warum wir das tun. Es genügt nicht, daß wir angesichts von zwei Toten von Bedauern und Trauer sprechen, wenn xie nicht xxxxx Bedauern und Trauer durch Erkenntnisse und Tat begleitet und so als Phrasen unwirksam gemacht werden.

Das ist allein Sache der Vernunft, nicht Sache von "Ruhe und Ordnung".

Wir haben bei dem Tod Benno Ohnesorgs und dem Attentat auf Rudi Dutschke mit Recht die Frage nach der Mitverantwortung von Politikern, Presse und Gesellschaft gestellt. Wir sollten manns genug sein, diese Fragen auch uns selbst gegenüber zu formulieren.

Wir lehnen es dabei kategorisch ab, durch die Politiker in Berlin und Bonn zu der Ordnung rufen zu lassen, die alles beim alten läßt, so lange man dort politische Mittel mit polizeilichen Maßnahmen verwechselt, nicht auf die studentischen Fragen eingeht, die seit Jahren gestellt werden und die Unruhen der letzten Zeit nicht einmal einer außerordentlichen Sitzung des Bundestages für Wert erachten, vermutlich, weil man sachlich nichts zu sagen hat. Die Politiker allein sind schuld, daß Demonstranten ihre Sache nur noch mit Gewalt meinen durchsetzen zu können.

Die Fragen, die wir uns, der Außerparlamentarischen Opposition und dem SDS stellen, sind die,

warum die Aktionen in letzter Zeit in Konzeption und Durchführung so außerordentlich konfus waren,

warum wir nichts gegen eine Entwicklung in der Auseinandersetzung untereinander unternehmen, die statt rationaler Argumentation auch gegenteiliger Meinung nur noch reden an das akklamierende Volk und unaufgeklärten Aktionismus gestatten,

warum der Kontakt mit der Bevölkerung nur noch auf dem Wege der Demonstration gesucht xxrund so die Argumente auf Schlagworte reduziert werden,

warum nicht mit mehr Sorgfalt geachtet wird auf die Teilnehmer bei den Deomonstrationen, ihre Herkunft, warum nicht mehr Gewicht auf gegenseitige Information und Vermittlung der Standpunkte der verschiedenen Gruppen der Außerparlamentarischen Opposicton gelelgt wird,

warum Meinungs- und Willensbildung nicht öffentlich und namentlich deutlicher gemacht werden, stattsie letzlich einem anonymen im Hintergrund operierenden ZK zu überlassen.

Die Studentenschaft, den SDS und die a.Opp. fordern wir auf, die Frage der Gewalt und ihrer Methoden neu zu diskutieren. Der Tod zweier Menschen hat gezeigt, daß eine Unterscheidung gx von Gewalt gegen Saghen und gegen Menschen im Ernstfall rein formaler Natur ist.

Wir sollten uns Martin Luter Kings erinnern. Wir sollten nicht die Argumen William Schlamms in der Praxis nachvollziehen, die gewaltlose Aktion sei Sache reiner, und politischer Toren.

Wir haben andere Möglichkeiten, bessere Chancen, größere Überzeugungskraft bei den Menschen und Politikern, die darauf warten, daß wir als die Klügeren den ersten Schritt tun.

22.04.1968:
In Berlin geben die Groupes d' Etudes et d' Action Socialiste Tunesien (GEAST), der Iranische Studentenverein (ISV), die Lateinamerikanische Studentenvereinigung (LASV - AELA), die Türkische Sozialisten Gemeinschaft (TSG) und der Verein Griechischer Studenten und Akademiker, laut einem Eingangsstempel heute, das Flugblatt "Solidarität" zum Attentat auf Rudi Dutschke heraus.
Q: GEAST et al.: Solidarität, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

SOLIDARITÄT

22. APR. 1968

Das Attentat auf Rudi Dutschke ist das Resultat einer Progromhetze, die jahrelang vom Springer-Konzern und den etablierten Regierungen, getragen von einer vor ihnen manipulierten Gesellschaft, gegen demokratische Bestrebungen der außerparlamentarischen Opposition betrieben wird.
Den gleichen Repressionen sehen sich ausländische Arbeiter und Studenten in der Bundesrepublik und Westberlin gegenübergestellt: Die Zeitungen des Springer-Konzerns diffamieren Ausländer, besonders "Gastarbeiter",als Menschen zweiter Klasse. Erst vor einigen Tagen griff der CDU-Abgeordnete Lorenz die Ausländer an, die sich an Demonstrationen beteiligten und damit nur von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machten. Solche Äußerungen werden durch ein Ausländergesetz legalisiert, das in einem Gummiparagraphen politische Betätigung von Ausländern untersagt.
Fremde Geheimdienste (CIA, SAVAK, KYP) werden auf westdeutschem und Westberliner Territorium nicht nur geduldet, sondern sogar vom Verfassungsschutz unterstützt, wie sich bei der Entführung der Süd-Koreaner, bei der Terrorisierung und Bespitzelung griechischer und persischer Arbeiter und Studenten gezeigt hat.
Faschistische Regierungen werden von der Bundesrepublik materiell und militärisch unterstützt, obwohl ihr bekannt ist, daß diese Unterstützung zur Unterdrückung emanzipatorischer Bestrebungen in diesen Ländern dient.

Die unterzeichneten Verbände verstehen sich als ein Teil der für nationale Unabhängigkeit und ökonomischen Fortschritt kämpfenden Völker Lateinamerikas, Asiens, Afrikas, Spaniens, Portugals, Griechenlands und setzen alle ihre Kräfte für die Befreiung dieser Völker von imperialistischer Ausbeutung ein. Sie glauben ferner, daß neben dem Befreiungskampf der unterdrückten Länder der Kampf in den Metropolen gestärkt und weitergetrieben werden muß.
Deshalb erklären Sie sich solidarisch mit dem anti-autoritären, antifaschistischen Kampf der außerparlamentarischen Opposition und rufen Arbeiter, Studenten und Wissenschaftler auf, sich der außerparlamentarischen Opposition anzuschließen.
Sie fordern alle Bürger dieser Stadt - egal welcher Nationalität - auf, an der sozialistischen Maikundgebung teilzunehmen.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT VERNICHTUNG DES FASCHISMUS

ZERSCHLAGUNG DES SPRINGER-KONZERNS

ZERSCHLAGUNG ALLER MACHTMONOPOLE

Groupe d'Etudes et d'Action Socialiste Tunesien (GEAST)
Iranischer Studentenverein (ISV)
Lateinamerikanische Studentenvereinigung in Westberlin (LASV - AEL
Türkische Sozialisten Gemeinschaft (TTO)
Verein Griechischer Studenten und Akademiker in Berlin

Verantwortlich: Anne Borchard, Lichterfelde

22.04.1968:
In Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt der KU, "Georg Büchner an die Familie". Aufgerufen wird zur Flugblattverteilung, Mitarbeit in den Basisgruppen und zur Vorbereitung einer sozialistischen 1. Mai-Feier.
Q: KU: Georg Büchner an die Familie, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

2 2. APR. 196

KU KU KU KU KU KU KU KU KU

Georg Büchner an die Familie:

... Man wirft den jungen Leuten den Gebrauch der Gewalt vor. Sind wir denn aber nicht in einem ewigen Gewaltzustand? Weil wir im Kerker geboren und großgezogen sind, merken wir nicht mehr, daß wir im Loch stecken mit angeschmiedeten Händen und Füßen und einer Knebel im Munde. Was nennt ihr denn gesetzlichen Zustand? Ein Gesetz, das die große Masse der Staatsbürger zum frohnenden Vieh macht, um die unnatürlichen Bedürfnisse einer unbedeutenden und verdorbenen Minderzahl zu befriedigen? Und dieses Gesetz, unterstützt durch eine rohe Militärgewalt und durch die dumme Pfiffigkeit der Agenten, dies Gesetz ist eine ewige rohe Gewalt, angetan dem Recht und der gesunden Vernunft, und ich werde mit Mund und Hand dagegen kämpfen, wo ich kann ...

BIS HEUTE HAT SICH NICHTS GEÄNDERT !

WER ist verantwortlich für die Strukturkrise in West-Berlin ?
für die Angst um den Arbeitsplatz ?
WER verschleiert die wahren wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ?

WER treibt systhematisch Hetze gegen politisch Anders-denkende ?
produziert den geistlosen Geist ?
versagt den Arbeitern, daß sie ihre Arbeit auf demokratische Weise selbst organisieren können ?
WER fesselt sie an stumpfsinnige und entfremdete Arbeit ?
WER unterdrückt die arbeitenden Menschen ?

Verantwortlich sind die Herrschenden.
WER sind die Herrschenden ?
Das sind z.B. Regierung, Senat, Parteien, die Springer-Presse ...

Genau diese Vertreter einer tendentiell autoritären Politik, diese Ordnungsfetischisten tragen auch die Verantwortung für den Mordanschlag auf Rudi Dutschke und die Gewaltaktionen der Polizei. Ihre geheuchelte Trauer kann uns ebensowenig beeindrucken wie ihre beschwörenden Hinweise auf die Notwendigkeit, die Gesetze einzuhalten. Solange die Gesetze dazu angewandt werden, mißliebige Kritiker auszuschalten, wirklichen Fortschritt durch formalistische Gesetzesanwendungen zu verhindern, dienen die Gesetze nur der Unmenschlichkeit.

LASST EUCH NICHT DURCH DAS LEGALISTISCHE GESCHWÄTZ DIESER TAGE BEEINDRUCKEN !

→

WIR HABEN VON NIEMANDEM MEHR ETWAS ZU ERWARTEN.
WIR SELBST MÜSSEN UNS DIESER UNTERDRÜCKENDEN GEWALT ENTGEGENSTELLEN.
WIR MÜSSEN ENDLICH EINEN ANFANG MACHEN.

Die katastrophalen politischen Verhältnisse in unserer Gesellschaft zwingen dazu, endlich mit dem affirmativen Wissenschaftsbegriff Schluß zu machen. Wenn wir in unserer wissenschaftlichen Beschäftigung nicht fragen, wem unsere Ergebnisse dienen und wozu sie dienen, machen wir uns mitverantwortlich für den Mißbrauch der Wissenschaft in der Gesellschaft.

D E S H A L B :

Hört auf mit euren esoterischen Gesprächen !

Laßt euch in den Vorlesungen nicht mehr langweilen!

Organisiert eure Arbeit zu einer konkreten Umgestaltung der Gesellschaft !

DAZU MÜSSEN WIR THEORETISCHE ANALYSEN ERARBEITEN wie z.B. zu Fragen der Gewalt, der Pressekonzentration, der Aufklärung von Arbeitern und Angestellten.

Sinnvoll kann dieses aber nur sein, wenn wir auch zur praktischen Arbeit kommen und nicht nur Wissen akkumulieren.

DAZU MÜSSEN WIR AUF DEN VERSCHIEDENSTEN EBENEN PRAKTISCHE AGITATION TREIBEN durch Formulieren, Produktion und Verteilen von Flugblättern, Mitarbeit in den lokalen Basisgruppen in den einzelnen Bezirken, Vorbereitung einer sozialistischen 1.Mai-Feier...

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

22.04.1968:
An der FU Berlin beschließen die Studenten der Publizistik auf ihrer Vollversammlung die Besetzung des Instituts.
Q: FU SV Pub: Streik der Publizisten ?!, O. O. (Berlin) O. J. (1968); N. N.: Vollversammlung jetzt!, O. O. (Berlin) O. J. (1968);N. N.: Resolution der Vollversammlung der Publizisten am 22.4.1968, O. O. (Berlin) O. J. (1968);N. N.: Resolution der Publizistikstudenten, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

? 2 APR 1968

STREIK DER PUBLIZISTEN ? !

Seit 1965 läuft der Berufungsapparat der Philosophischen Fakultätsprofessoren, um einen Nachfolger für Professor Eberhard zu gewinnen und das Institut für Publizistik arbeitsfähig zu machen. Die katastrophalen Geschichten dieses Unternehmens sind nicht mehr erklärbar aus dem Versagen von einzelnen. Vorgespielt wurde die Irrationalität der Verfügungsgewalt institutionalisierter Professorenfreiheit. Da gibt es keine Satzungen, keine Geschäftsordnung, überhaupt nichts Verbindliches außer Vertraulichkeit. Kandidaten werden vorgeschlagen, Gutachten eingeholt - Warten auf Einstimmigkeit! Hat dann ein Professor einen Geistesblitz und schlägt weitere Kandidaten vor, so ist alles wieder offen. Nach diesem Mechanismus hat man das Verfahren bisher gut zwei Dutzend mal erfolgreich verschleppt. Der Entfaltung von Vorurteilen ist breiter Raum gegeben; jeder kann private Ressentiments und politische Bedenken in die Debatte werfen, gleichgültig, ob der einzelne erfassen kann, was von der Sache her gefordert wird. Es gibt keine demokratischen Abstimmungen, sondern nur kollegiale Einigungen, d.h. jeder kann, wenn er nur will, den sich anbahnenden Lösungen ein Bein stellen. Und davon wird laufend Gebrauch gemacht.

Wenn wir am Montag beschließen, die publizistischen Lehrveranstaltungen bis zur Besetzung des Lehrstuhles zu bestreiken, dann machen wir deutlich, daß die Studenten nicht länger bereit sind, durch undurchsichtige Administrationsverfahren weiter auf einigermaßen erträgliche Arbeitsbedingungen zu verzichten.

Irrational ist nicht nur die totale Verschleierung von unkontrollierbaren Debatten, irrational ist auch der Anspruch und die Möglichkeit der engeren Fakultät, über die Köpfe der Betroffenen hinweg die sie treffenden Entscheidungen allein fällen zu können.

Kommen Sie zur VOLLVER-
SAMMLUNG der PUBLIZISTEN
HEUTE!!! 14^{00} HFB - Hs A

SY - Publizistik

Ende April

VOLL-
VERSAMM-
LUNG!!
JETZT!!
RAUM A!
BITTE ALLE ER-
SCHEINEN!

Esto

RESOLUTION DER VOLLVERSAMMLUNG DER PUBLIZISTEN AM 22. 4. 1968, auf der die Bestreikung des Instituts für Publizistik beschlossen wurde:

Seit dem Jahre 1965 bemüht sich die Phil. Fak. der Freien Universität Berlin darum, einen Nachfolger für den seit 1961 mit der Wahrnehmung des Ordinariats für Publizistik beauftragten Honorarprofessor Dr. Fritz Eberhard zu finden. Bis heute sind diese Bemühungen ohne Erfolg geblieben. Die Studentenschaft des Instituts für Publizistik stellt fest, daß aufgrund der von der "engeren Fakultät" ständig verschleppten Berufungsverhandlungen , die sich durch sachfremde Argumentation, irrationale und unkontrollierbare Verfahrensweisen auszeichneten (in drei Jahren wurden z. B. über 20 mögliche Kandidaten vorgeschlagen), die Interessen aller am Institut Arbeitenden permanent vernachlässigt worden sind. Dadurch ist eine Situation eingetreten, in der nicht einmal mehr die beschränkte Funktionsfähigkeit des Lehr- und Forschungsbetriebes aufrecht erhaltenwerden kann.

1. Ein planmäßiger Studiengang ist zur Zeit nicht gewährleistet.

2. Da nur ein von einem Honorarprofessor verwaltetes Ordinariat vorhanden ist, müssen die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts einen großen Teil der anfallenden Verwaltungstätigkeit ständig mit übernehmen, wodurch ihre eigene wissenschaftliche Fortbildung unmöglich gemacht wird. Durch diese Überbelastung des ohnehin zahlenmäßig zu kleinen akademischen Mittelbaus ist dieser auch seiner Lehraufgabe nicht mehr gewachsen.

3. Eine längerfristige Planung der wissenschaftlichen Forschung ist ebenfalls nicht möglich, da Forschungsprojekte stark abhängig sind von der Konzeption und der Person des Institutsleiters, der sich ein Team von wissenschaftlichen Mitarbeitern zusammenstellt.

Die Studentenschaft des Instituts für Publizistik fordert daher eine unverzügliche Besetzung des Lehrstuhls noch im SS 1968 mit einer geeigneten Persönlichkeit. Um durch weitere Verzögerungen zu verhindern, daß dieses Institut geschlossen oder aufgelöst wird und wir unser Studium nicht mehr, wie beabsichtigt, beenden können, treten wir jetzt, zur nachdrücklichen Unterstützung unserer Forderungen, in einen

Seminar- und Vorlesungsstreik, bis eine Entscheidung über die Besetzung des Ordinariats gefallen ist.

Gleichzeitig machen wir deutlich, daß die unverzügliche Besetzung des Ordinariats eine Minimalforderung ist, deren Erfüllung nur einen Teil der anstehenden Probleme löst. Dringend notwendig ist weiterhin, daß das zahlenmäßige Mißverhältnis von Studierenden und Lehrenden beseitigt wird. Zur Zeit kommen auf über 500 Studenten ein Honorarprofessor und fünf wissenschaftliche Mitarbeiter, also 89 Studenten auf eine Personalstellung.

Ebenso müssen der Publizistikwissenschaft an der FU räumliche, technnische und finanzielle Mittel in stärkerem Maße als bisher zur Verfügung gestellt werden.

Wir sind der Meinung, daß die offenbar gewordene Krise des Instituts für Publizistik exemplarischer Ausdruck der permanenten Krise der Gesamtuniversität ist. Diesen Problemen wird sich die Universität ständig erneut gegenüber gestellt sehen, solange nicht eine fundamentale Änderung der bestehenden Universitätsverfassung vollzogen ist.

WIR STREIKEN FÜR:

- PARITÄTISCHE ZUSAMMENSETZUNG DER ENTSCHEIDUNGSGREMIEN
- AUSSCHREIBUNG ALLER OFFENEN STELLEN
- UNEINGESCHRÄNKTE ÖFFENTLICHKEIT DER BESETZUNGSVERFAHREN

RESOLUTION DER PUBLIZISTIKSTUDENTEN - gefaßt auf der Vollversammlung der Publizistikstudenten am 22. 4. 1968

Die gegenwärtige Lage am Institut für Publizistik zeigt - als ein Beispiel unter vielen - die dringende Notwendigkeit auf, eine Demokratisierung der Universität und eine beschleunigte Hochschulreform zu erreichen. Daher stellt die Vollversammlung der Publizisten speziell zur Besetzungsfrage folgende Forderungen:

1. Paritätische Zusammensetzung der Entscheidungsgremien unter Vetorecht aller durch die Entscheidung betroffenen Personengruppen zur Gewährleistung einer rationalen Auseinandersetzung, die zu Mehrheitsbeschlüssen führt.

2. Uneingeschränkte Öffentlichkeit der Besetzungsverfahren wie auch aller anderen universitären Entscheidungsprozesse zur Gewährleistung der
   a) Versachlichung und Objektivierung der Besetzungsverfahren
   b) Kontrolle und Information über alle die Studierenden betreffenden Entscheidungen
   c) Ausschaltung des erwiesenermaßen zu irrationalen Folgerungen führenden Kollegialitätsprinzips
3. Ausschreibung aller offenen Stellen (auch der Assistentenstellen) im Zusammenhang mit einer Änderung des Habilitationsverfahrens (bzw. seiner Abschaffung) zur Gewährleistung
   a) des Abbaus des autoritären und unkontrollierbaren Ordinarienprinzips
   b) ausschließlich qualitativer Kriterien bei der Stellenbesetzung
   c) der Erweiterung der Forschungs- und Lehrmöglichkeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses
   d) schnellstmöglicher Neubesetzung offener Stellen.

Die Vollversammlung der Studenten am IfP sieht in dem beschlossenen Streik auch eine Bekräftigung der obengenannten Forderungen.

22.04.1968:
Der AStA der Universität Hamburg gibt sein 'AStA-Info' Nr. 2 für das Sommersemester 1968 heraus, in dem zu den Demonstrationen der Ostertage bekanntgegeben wird: "Akademischer Senat fordert Untersuchungsausschuß", aber auch dass morgens ein Gespräch von Studenten mit u.a. Ruhnau und Weichmann stattfinde. Hingewiesen wird auf die eigene heutige Dokumentation dazu. Aufgefordert wird zu Spenden für das Informationsblatt 'Zur Sache' sowie zu Zeugenaussagen.
Q: AStA-Info Nr. 2 SS 68, Hamburg 22.4.1968

AStA-INFO

Informationen des Allgemeinen Studentenausschusses
der Universität Hamburg

Nr. 2
22. April
Sommer-Sem.68

Akademischer Senat fordert Untersuchungsausschuß

Der Akademische Senat hat am 19.4.68 einen Bericht des AStA über die Vorfälle bei den Demonstrationen an den Ostertagen entgegengenommen. Darin wird der Polizei vorgeworfen, gegenüber den Teilnehmern einer Demonstration gewaltlosen Charakters mit brutaler Gewalt vorgegangen zu sein. Ihren Höhepunkt haben die Ereignisse nach diesem Bericht in der Nacht von Ostermontag zum - dienstag gefunden. Der AStA mißbilligt aufs schärfste, daß offenbar von Seiten einzelner Demonstranten Steine geworfen worden sind. Er weist jedoch darauf hin, daß es sich hierbei nicht um eine geplante und gesteuerte Aktion gehandelt hat. Die im Bericht des AStA ebthaltene Beurteilung der Vorgänge wurde durch Aussagen einiger weiterer Mitglieder des Akademischen Senats aus eigener Wahrnehmung gestützt.

Rektor und Senat erwarten eine schnelle Klärung der Vorfälle. Angesichts der gegen die Polizei erhobenen schweren schweren Vorwürfe dringen Rektor und Senat auf die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Weiterhin fordern sie Presse, Rundfunk und Fernsehen nachdrücklich zu einer unvoreingenommenen und vollständigen Berichterstattung auf. Nur auf diese Weise können die Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen anstelle einseitiger Vorwürfe und einer Verketzerung von Andersdenkenden die sachliche politische Auseinandersetzung wieder möglich wird.

Dokumentation zu den Demonstrationen während der Ostertage

Der AStA hat heute eine Dokumentation herausgegeben, die eine genaue Chronologie der Ereignisse sowie die bis Freitag, den 19.4., beim AStA eingegangenen Zeugenaussagen enthält. Aus Gründen der schnellen Information der Öffentlichkeit wurde zunächst eine begrenzte Auflage hergestellt, die für Presse, Parteien, Gewerkschaften usw. vorbehalten ist. Wir werden versuchen, in den nächsten Tagen eine größere Auflage nachzudrucken, die dann auch für Studenten zugänglich ist. Der Termin wird durch öffentlichen Aushang bekanntgegeben. Im Augenblick bitten wir aber darum, die AStA-Zimmer nicht mit Nachfragen zu belagern, da wir beim besten Willen noch keine Exemplare herausgeben können.

bitte wenden

Spendenaufruf

Die Solidarität der am Mittwoch im Audimax versammelten Demonstranten hat es ermöglicht, die erste Nummer des Informationsblattes "Zur Sache" in einer Auflage von 100 000 Exemplaren herauszubringen. Die Spende erbrachte eine Summe von etwas über 2 000 DM ein, womit die Kosten dieser Nummer gedeckt sind.
Dennoch reicht eine einmalige Information der Öffentlichkeit nicht aus. Donnerstag wird die nächste Nummer von "Zur Sache" erscheinen, diesmal hoffentlich ohne die Spuren von Nachtarbeit und Hektik, die die letzte Ausgabe doch etwas im Wert minderten. Auch die Unzahl der weiterhin nötigen Flugblätter und Dokumentationen sind bei den geringen Beiträgen für den Haushalt der Studentenschaft kaum zu bezahlen. Deshalb bittet der AStA um Spenden auf das Konto Dresdner Bank Harvestehude Nr. 460 20 unter dem Stichwort "Aktion Bürgerinformation".

Außerdem benötigen wir dringend Hilfe zur gerichtlichen Unterstützung der festgenommenen Demonstranten. Dafür wurde ein Rechthilfefonds geschaffen: dasselbe Konto, Stichwort "Rechtshilfe".

Zeugenaussagen, Foto- und Filmmaterial

Im AStA werden weiterhin Zeugenaussagen entgegengenommen und zentral ausgewertet. Wir bitten alle Zeugen, ihre Aussage möglichst schriftlich abzugeben, da die Schreibkapazität für den Andrang zu gering ist.
Außerdem bittet der AStA alle Amateur- und Berufsfotografen sowie -Filmer, uns Kopien zur Verfügung zu stellen, damit die Zeugenaussagen mit dokumentarischem Material belegt werden können.

Weichmann, Ruhnau und andere

Heute morgen findet bei Bürgermeister Weichmann ein Gespräch über die jüngsten Ereignisse statt, an dem Bürgermeister Drexelius, die Senatoren Neilback, Ruhnau, und Schulz, für den AStA Jens Litten und Sepp Binder sowie je zwei Vertreter des Hamburger Jugendringes, des Ringes Politischer Jugend und des Schülerparlaments teilnehmen. Das Gespräch ist im Augenblick noch nicht beendet, sodaß jetzt noch nichts gesagt werden kann. es bleibt nur zu hoffen, daß die Politiker begreifen, daß die Demonstranten mit den Aktionen ein politisches Ziel verfolgten. Gespräche über die Form der Demonstration müssen auf die Dauer fruchtlos bleiben, wenn die Politiker nicht endlich bereit sind, über den Inhalt zu sprechen und entsprechende Taten folgen lassen.

Herausgeber: Allgemeiner Studentenausschuß der Uni Hamburg
Verantwortl.: Wehrhart Otto, komm. Pressereferent

22.04.1968:
Der AStA der Universität Hamburg gibt seine 'Dokumente' Nr. 1/1968 (vgl. Sept. 1967) zu den Demonstrationsereignissen vom 11., 12. und 15.4.1968 heraus, die im Einzelnen dargestellt werden. Dokumentiert werden Verhaltensregeln des Innensenators Heinz Ruhnau für die Polizei und verschiedene Zeugenaussagen.

Eine dieser Aussagen wurde auch als Flugblatt verbreitet.
Q: AStA-Dokumente Nr. 1, Hamburg 22.4.1968; Fehland / Heide: Bericht über die Vorfälle am Polizeihochhaus, Hamburg O. J. (1968)

++Hamburg_Uni271-272, 293-328

68

Fehland,Jan
2 Hmb. 20
Kegelhofstr.43
Student

Heide,Gerd
2 Hmb.39
Flemingstr.5
Stud. Ref.

Bericht über die Vorfälle am Polizeihochhaus und in der Kirchenallee,
in der Nacht vom 15 auf den 16 April 1968
(ungef. Uhrzeit: 23.oo-0.3o Uhr)

Abmarsch des Demonstrationszuges (ca.3ooo Teilnehmer) um ca.23 Uhr in Richtung auf das Polizeihochhaus.
Marschweg: Rothenbaumchaussee,Stephansplatz,Gänsemarkt,Jungfernstieg, Mönckebe gstr.,Gr. Allee,Beim Strohhause.

Der weg zum Polizeihochhaus verlief ohne Zwischenfälle. Beim Pol.hochhaus, setzten sich die meisten Studenten unter die erste Arkade des Hauptgebäudes.Einige Demonstranten versuchten sich dem Hauptgebäude weiter zu nähern,was ihnen wegen der Polizeikette nicht gelang. Daraufhin wurde eine zweite Kette aus Schleswig-Holst.-Beamten gebildet.Die Demonstranten forderten die Freilassung der festgenommenen SDS- Mitglieder.
AUF SEITEN DER DEMONSTRANTEN WURDE KEINE GEWALT ANGEWANDT!!!
Kurze Zeit darauf,(höchstens 5 Min. nach Ankunft der Demonstranten) hielten auf der anderen Strassenseite mehrere Mannschaftswagen der Polizei. Aus ihnen stürzten sich ohne jede Vorwarnung ungefähr 2oo mit Helmen und Schlagstöcken bewaffnete Beamte und schlugen und traten sofort auf die sitzenden und hilflosen Demonstranten ein, die panikartig zu fliehen versuchten.

Wir trennen unsere Aussagen,um unsere pers. Erlebnisse zu schildern:
Fehland:

Ich beobachtete die aus den Wagen stürzenden Beamten,und floh fluchtartig mit einer Bekannten in den U-Bahn Tunnel. Als ich hinter mir schreiende Kollegen hörte,ließ ich meine Bekannte alleine laufen, um ihr Rückendeckung zu geben. Auf mich stürmten junge Beamten ein, die mir mit verzerrten Gesichtern auf den Rücken schlugen.
Auf der Strecke blieb ich,mit zwei mir unbekannte Kolleginnen,die laut weinten.Der einen floß das Blut vom Kopf,der anderen fehlten die Schuhe. Beide Mädchen waren am Rande einer Besinnungslosigkeit. Ich bat oben einen Oberbeamten (POK) sich um die Verletzten zu kümmern,was ich mit einem Fußtritt und zwei Knüppelschlägen bezahlen mußte.Ich floh Richtung Kirchenallee,von wo ich mit der U.Bahn zum AstA zurückfahren wollte.
Auf der Kirchenallee bewegte sich der Demonstrationszug ruhig in Richtung Hauptbahnhof.

Aus Richtung Hauptbahnhof fuhr ein Mannschaftswagen der Polizei in den Demonstrationszug und wartete bis der etwa die Mitte erreicht hatte. Dann kamen noch einige Einsatzwagen aus Richtung am Strohhause auf den Zug zu, o enfalls aus Richtung Hauptbahnhof.
Aus allen Wagen sprangen Beamte mit Gummiknüppeln in den Demonstrationszug und trieben die Menschen wie die Tiere auf den ZOB zu.
An der Ecke Grosse Alle /Am Strohhaus sah ich einen jungen Mann, dem das Blut aus Ohren, Mund und Nase lief. Ich konnte ihm nicht helfen, ohne Gefahr zu laufen, von der Polizei zusammengeschlagen zu werden.
Ich bin bereit, diese Aussage auf meinen Eid zu nehmen.

(Jan Fehland, Ha burg den 16.4.1968

Heide:

Ich saß in der dritten Reihe der sitzenden Demonstranten, gerade noch unter der ersten Arkade des Hauptgebäudes. Plötzlich standen alle auf, um den Aufmarsch der ungefähr 10 Mannschaftswagen zu beobachten. Als die Polizisten die Wagen verließen und auf uns zurannten, setzten sich fast alle wieder hin. Ohne Warnung stürzten sich die Polizisten auf die sitzenden Demonstranten und schlugen und traten auf sie ein, ohne ihnen die Möglichkeit zur Flucht zu geben.
Es entstand eine Panik, die Demonstranten versuchten nach links und rechts davonzulaufen, aber da von allen Seiten die knüppelnde Polizei auf uns eindrang, stürzten viele übereinander.
Ich kam gleich zu Anfang unter eine große Menge anderer flüchtender und bereits niedergeschlagener Demonstranten zu liegen. Andere Demonstranten versuchten über uns hinwegzukrabbeln. Ich schrie um Hilfe, meine Brust und mein Unterleib wurden so zusammengequetscht, daß ich nicht mehr schrei en konnte und keine Luft mehr bekam. Unter mir lag noch eine Schicht von Demonstranten. Ich wurde langsam bewußtlos.
Plötzlich war oben alles frei. Ich versuchte aufzustehen, bekam einen gezielten Fußtritt in den Unterleib und fiel wieder hin. Ein Demonstrant, der unter mir lag, blieb liegen. Ich lief über die Straße. Auf der anderen Seite lagen mehrere zusa engeschlagene Demonstranten, die alleine oder mit Hilfe anderer Demonstranten die andere Straßenseite erreicht hatten, bevor sie zusammenbrachen.
Ich kümmerte mich um einen verletzten jungen Mann, deraus Mund und Nase blutete. Er hatte offensichtlich einen oder mehrere Schläge über den Kopf bekommen. Wir legten ihn hin, da ein anwesender Arzt einen Schädelbruch vermutete. Wir riefen nach Sanitätern. Inzwischen kamen die Polizisten über die Straße gelaufen. Der Arzt verbot uns, den Verletzten aus der Gefahren zone zu tragen. Später kam ein Sanitätswagen und transportierte ihn ab.
Wir flüchteten vor der wieder im Sturmschritt angreifenden Polizei in Richtung Hauptbahnhof.
Vorher war noch ein Polizei-Mannschaftswagen direkt in die flüchtende Menge hineingefahren, seine Kennnummer war: 3371.
Ich bin bereit, diese Aussage unter meinen Eid zu nehmen!

(Gerd Heide, Hamburg den 16.4.1968)

Herausgeber : AStA
Verantwortl.: W.OTTO/Pressereferent

AStA-Dokumente

Berichte und Informationen des Allgemeinen Studentenausschusses
der Universität Hamburg

I/1968

C H R O N I K

der Demonstrationsereignisse
vom 11. - 15. April 1968
in Hamburg

Verantwortlich: Holger Oehrens

Hamburg, den 22. April 1968

Herausgeber: Allgemeiner Studentenausschuß (AStA)

VORWORT DES VERFASSERS

[illegible]

Der Autor dieser chronologischen Darstellung der Ereignisse bezieht sich im wesentlichen auf seine eigenen Beobachtungen, die er bezeugen kann sowie auf - wie er meint - zuverlässige oder übereinstimmende Zeugenaussagen unbeteiligter Passanten, Journalisten und Vertreter des AStA. Dennoch muß diese Chronik zwangsläufig unvollständig bleiben.

Der AStA der Universität Hamburg hat im Interesse einer möglichst objektiven Berichterstattung versucht, auch Zeugenaussagen der Polizei über die Polizeipressestelle zu erhalten. Herr Schilasky, als Sprecher der Polizeipressestelle sagte sowohl Jens Litten, dem 2. AStA-Vorsitzenden, wie auch Sepp Binder, dem AStA-Politreferenten, die Überlassung der Originale zum Fotokopieren zu. Das geschah am Donnerstag, den 18.4.68.

Der Autor wäre gern bereit gewesen, auch die polizeilichen Zeugenaussagen mitzuverwerten, und widersprüchliche Darstellungen gegenüberzustellen.

Leider erklärte Herr Schilasky jedoch am darauffolgenden Tage dem Autor, die Unterlagen befänden sich nicht mehr in seinen Händen, und Polizeipräsident Frenzel, der sie jetzt habe, werde sie nicht aus der Hand geben, 'um den staatsanwaltlichen Ermittlungen nicht vorzugreifen und nicht in den Verdacht zu geraten, die belastendsten Aussagen ausgewählt zu haben'.

Der Autor bedauert diesen Entschluß, der eine wesentlich objektivere Darstellung verhindert hat.

Der Autor glaubt aufgrund der vorliegenden Zeugenaussagen und seiner eigenen Beobachtungen folgendes feststellen zu können:

Die Systematik polizeilicher Gewaltanwendung gegen tendenziell gewaltlosen Widerstand der Demonstranten wurde vereinzelt durchbrochen durch angemessenes und vernünftiges Verhalten von Polizeibeamten. Dies trotz eklatanter Fehler der Polizeiführung und der einzelnen Einsatzleitungen.

Die Systematik der Gewaltlosigkeit der Demonstranten wurde vereinzelt durchbrochen durch unverantwortliche Gewaltakte unkontrollierbarer Demonstranten, Mitläufer und Provokateure - zumeist jedoch als erkennbare Reaktion auf vorhergehende polizeiliche Gewaltanwendung.

Der Verdacht liegt nahe, daß die Hamburger Polizeiführung bewußt die gewaltsame Konfrontation mit Demonstranten herbeigeführt hat, um schlagkräftig zu beweisen, wer "Herr im Hause" sei.

S P E N D E N A U F R U F

Der AStA der Universität Hamburg bittet auch Sie, die Sie diese Dokumentation gerade in Händen halten, um Verständnis dafür, daß die Ereignisse der Ostertage für uns einen Aufwand vor allem an Information bedeuten, der mit den bescheidenen Mittel, die uns aus den studentischen Beiträgen zufließen, kaum zu bewältigen ist. Deshalb ersuchen wir Sie, uns möglicherweise auf das Konto Dresdner Bank Harvestehude Nr. 460 50 unter dem Stichwort "Aktion Bürgerinformation" eine Spende zu überweisen.

A b s c h r i f t

Behörde für Inneres
- Der Senator -

Hamburg, den 8.4.1968

V e r h a l t e n s r e g e l n f ü r d e n e i n z e l n e n B e a m t e n b e i E i n s ä t z e n a n l ä ß l i c h p o l i t i s c h e r D e m o n s t r a t i o n e n

"Wenn Sie bei politischen Demonstrationen eingesetzt werden, dann müssen Sie sich immer folgendes vor Augen halten:

1. Einsätze bei Demonstrationen gehören zu den schwierigsten Aufgaben der Polizei. Auf Ihnen als Polizeibeamter liegt die besondere Verantwortung, eine Frontenbildung zwischen Demonstranten und Polizei und evtl. Gegendemonstranten zu verhindern. Über allem steht der Satz: Lassen Sie sich nicht aus der Ruhe bringen !
2. Rede und Gegenrede sind wichtige Elemente demokratischer Willensbildung. Politische Gegensätze müsse n offen ausgetragen werden. Der Staat ist dazu da, das Recht auf die freie Rede wie auch auf die freie Gegenrede zu garantieren.
3. Die Grenzen von Demonstrationen sind durch das Gesetz gezogen. Sie gelten gleichermaßen für Demonstranten und Nichtdemonstranten. Die Meinungs- und Redefreiheit aller Staatsbürger muß geschützt werden.
4. Die Polizei muß in ihrer Rolle zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten objektiv bleiben und darf nicht Partei ergreifen. Ihr Handeln als Polizeibeamter wird vom Recht bestimmt. Kleinliche Handhabung führt allerdings nicht zum Erfolg.
5. Ihre Aufgabe als Polizeibeamter ist die des Schiedsrichters. Sie müssen sich so verhalten, daß jeder das Gefühl hat, er könne sich ohne Vorbehalte an Sie wenden.
6. Für den störungsfr ien Ablauf einer Demonstration ist in erster Linie der Veranstalter verantwortlich. Ihre Aufgabe als Polizeibeamter ist es , dabei zu helfen.
7. Demonstranten befinden sich oft in stärker innerer Erregung, weil sie sich für ihre Ziele engagieren. Sie haben vielfach kein Verständnis für notwendige Regeln.
8. Bewahren Sie in schwierigen Situationen Selbstdisziplin und Besonnenheit . Ihre Ruhe wird auf andere ausstrahlen. Die Polizei muß überzeugen.
9. Lassen Sie sich nicht provozieren und zu unüberlegten Handlungen hinreißen. Einige wenige haben es immer darauf abgesehen. Wenn Sie übertrieben und vorschnell reagieren, erreichen Sie oft nur das Gegenteil. Es ist nicht Ihre Aufgabe, über politische Ziele de Ziele der Demonstranten zu urteilen und sich lautstark zu äußern.
10. Verzetteln Sie sich beim Einschreiten nicht in Kleinigkeiten. Ignorieren Sie unwesentliche Ordnungsstörungen , um große zu vermeiden. Je wütender der Störer ist, desto gelassener müssen Sie sein."

Heinz Ruhnau

(Am 11.4.1968 ging dieses Schreinen bei den Revierwachen ein.)

CHRONIK DER DEMONSTRATIONSEREIGNISSE VOM 11. BIS 15. APRIL IN HAMBURG

Donerstags, 11.4.1968 zwischen 17 und 18 Uhr:

Das Pressereferat des AStA erhält die Nachricht vom Berliner Attentat auf Rudi Dutschke. Der AStA-Vorstand und fast alle Referenten sind bereits in der Erwartung eines langen Oster-Wochenendes nach Hause gefahren. Bei den verschiedenen politischen Hochschulgruppen, einschließlich des SDS, sieht es nicht anders aus. Zunächst wird versucht, genauere Informationen über die Ereignisse in Berlin einzuholen.

Bereits eine Stunde später bewegen sich in der Innenstadt kleine Studentengruppen und Fahrzeuge mit Transparenten und Plakaten, um die Öffentlichkeit von dem Verbrechen, seinen Hintergründen und Ursachen in Kenntnis zu setzen. Das Schwergewicht liegt auf der Mittäterschaft und Urheberrolle des Springer-Konzerns, insbesondere der BILD-Zeitung, durch deren langjährige Hetze und Stimmungsmache gegen die außerparlamentarische Opposition und den SDS, personifiziert durch Rudi Dutschke, das Klima für politischen Mord entstanden ist.

Gegen 21 Uhr erscheinen Jens Litten (1. AStA-Vorsitzender) und Sepp Binder (AStA-Referent) im Büro der Studentenschaft und begeben sich sofort mit Hand-Megaphonen in die Innenstadt, wo bereits ein Demonstrationszug vom Gänsemarkt zum Hauptbahnhof unterwegs ist. An der HAMBURGER ABENDBLATT-Filiale am Gänsemarkt fliegen die ersten Steine, zwei Scheiben gehen zu Bruch. Diese ersten Steinwürfe im Hamburg waren richtungweisend für die Eskalation der beiderseitigen Gewalttätigkeiten der folgenden Tage.

Auf dem Weg der Demonstranten zum Hauptbahnhof kommt es zwischen dem Ballindamm und Glockengießerwall in den schmalen Querstraßen zu ersten willkürlichen und konzeptionslosen Greifaktionen der Polizei, die nach Zeugenaussagen sich gegen Beteiligte und Unbeteiligte richten.

Im Hauptbahnhof lassen sich die Demonstranten zu einem Sitzstreik nieder, einige BILD-Zeitungen werden verbrannt. Eine Gruppe Polizisten (etwa 10) attakiert nach Aussage Sepp Binders (Polizeioberbeamter, der zur Zeit studiert) "in völlig unverständlicher und sinnloser Weise"

die friedlich sitzenden Demonstranten und greift wahllos einen jungen Mann heraus, wie sich später ergibt einen Fotografen, der als Schaulustiger aus einem der umliegenden Lokale gekommen war. Die Polizei: "ein Rädelsführer".

Zu ernsthafteren Zusammenstößen kommt es an diesem Abend nicht, noch vor Mitternacht löst sich die Demonstration im wesentlichen auf. Die Behauptung des Polizeipräsidenten Frenzel, schon an diesem Abend seien sechs Polizeibeamten durch Steinwürfe schwer verletzt worden, trifft nicht zu und dürfte auf einer Verwechselung mit den Ereignissen vom folgenden Freitag beruhen.

Freitag, 12.4.1968, 19.00 Uhr, Moorweide:

Mehr als tausend junge Menschen, Studenten, Schüler, Arbeiter und Angestellte haben sich zu einer Kundgebung auf der Moorweide am Dammtor zusammengefunden, zu der AStA, Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB) und Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) aufgerufen hatten. Der AStA-Vorsitzende Litten betont in seiner Ansprache, daß er nicht zu einer Demonstration zum Springer-Verlag und einer gewaltlosen Blockierung der Zeitungsauslieferung aufrufen könne, da ihm erstens das Mandat der Studentenschaft für einen solchen Aufruf fehle und zweitens er selbst die Verantwortung nicht übernehmen könne für eine Aktion, deren gewaltloser Ausgang nicht zu garantieren sei.

Der Sprecher des SDS fordert, entsprechend dem Beschluß des SDS-Bundesvorstandes, zu einer Verhinderung der Zeitungsauslieferung auf.

Gegen 20.00 Uhr ist die Kundgebung beendet, die Teilnehmer bilden einen Demonstrationszug über Dammtorstraße, Gänsemarkt, Jungfernstieg, Große Bleichen zum Verlagshaus des Springer-Konzerns. Die AStA-Vertreter Litten, Binder und Otto (Ressereferent) haben sich mit Handmegaphonen an die Spitze des Zuges gesetzt, um den Überblick und die Kontrolle über die Aktion zu behalten, die auf studentische Initiative zurückzuführen ist und für deren disziplinierten Ablauf sie sich verantwortlich fühlen.

Die Zufahrtstraßen zum Springer-Haus sind mit " Hamburger Gittern" und durch Polizeiketten abgesperrt.

Bei Eintreffen des Demonstrationszuges vor der Absperrung an der Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße/Fuhlentwiete ist das Verhältnis zwischen Demonstranten und Polizei sofort sehr gespannt, da einige Demonstranten versuchen, die "Hamburger Gitter" auseinanderzureißen. (Hieran sind vor allem "Rocker" beteiligt, deren provozierendes Auftreten besonnene Demonstranten zu verhindern suchen.) Einzelne Polizisten machen jetzt schon von dem Schlagstock Gebrauch, einige Demonstranten werden festgenommen; einer von Ihnen hatte lediglich nach der Dienstnummer eines Polizisten gefragt.

Innerhalb kurzer Zeit beruhigt sich die Situation jedoch wieder, da die Gitter jetzt in Ruhe gelassen werden. Die AStA-Vertreter rufen über Megaphone immer wieder zur Besonnenheit auf und organisieren einen Sitzstreik, außerdem fordern sie die Mehrheit der Demonstranten auf, sich auf die anderen Zufahrtstraßen zu verteilen, weil in kleineren Gruppen leichter Disziplin zu wahren ist als bei großen Massen.
Innerhalb kurzer Zeit sind alle Zufahrtstraßen durch Polizeiketten, Gitter und davor sitzende Demonstranten versperrt.
Diese Situation ändert sich im Verlauf der nächsten ca. zwei Stunden nur insofern, weil in den Zufahrten, wo Baumaterial in unmittelbarer Nähe lagert, von den Demonstranten mithilfe von Brettern, Bohlen und Schubkarren Barrikaden gebaut werden, als Schutz gegen Wasserwerfer- und Schlagstockattacken der Polizei für den Fall eines gewaltsamen Durchbruchversuches.
Ein erster, kaum ernstgemeinte Durchbruchversuch erfolgt - noch ohne Polizeiunterstützung - in der ABC-Straße und endet ohne eine Aufforderung zur Räumung vor den Polizeigittern. Der Transportkonvoi setzt zurück in die Fuhlentwiete, dreht in Richtung Valentinskamp und setzt sich mit dem Wasserwerfer an der Spitze in Bewegung.
Der Wasserwerfer "verschießt" seinen ganzen Tankinhalt auf die Demonstranten hinter der Barrikade und wird mit zum Teil schweren Steinen beworfen, die auf der U-Bahnbaustelle allzu verlockend herumliegen.
Außerdem bestehen die - laut Kommandeur Leddin - rund Hundert Demonstranten an dieser dunklen und unübersichtlichen Stelle zu einem erheblichen Teil aus "Rockern" und weitaus agressiveren jungen Leuten als an den anderen Zufahrten. Der leere Wasserwerfer setzt zurück.
Trotz der Erfahrung mit den Steinwürfen auf den Wasserwerfer gibt Leddin jetzt das Kommando zum Räumen und schickt seine Beamten ohne Deckung und Kopfschutz nach vorn. Mit gezogenen Gummiknüppeln setzen etwa zwei Züge Polizisten über die erste Barrikade und werden prompt mit Steinwürfen von Demonstranten empfangen, die hinter einer zweiten Barrikade, die Leddin übersehen hatte, stehen.
Innerhalb weniger Minuten werden sechs Polizisten erheblich verletzt, das Räumkommando flieht, Leddin befiehlt: "Zurück, zurück !"
Der erste ernsthafte Durchbruchversuch ist gescheitert.

Bilanz: eine unbestimmte Zahl verletzter Polizeibeamter, davon sechs oder sieben erheblich verletzt, ein verletzter Pressefotograf, eine unbestimmte Anzahl verletzter Demonstranten, die heil davongekommenen Polizisten in verständlicher Wut und Erregung.

Etwa zehn Minuten später werden dieselben Beamten bei der nächsten Räumaktion einer vollkommen anderen Situation gegenübergestellt: Der aufgetankte Wasserwerfer ist an der Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße/Fuhlentwiete aufgefahren, wo der von den AStA-Vertretern disziplinierte Sitzstreik vollständig auf passives Verhalten eingestellt ist. Sanitätsfahrzeuge hatten an dieser Stelle, wo es auch keine Barrikade gibt, mehrfach ungehindert passieren können.
Die einmalige Lautsprecherdurchsage der Polizei, den Weg für die Springerfahrzeuge freizumachen, geht in den Empörungsschreien der Demonstranten über den aufgefahrenen Wasserwerfer und die drohend aufgezogenen Polizeitruppen unter. Sie ist nur in den ersten Reihen der Sitzenden zu hören. Die letzte überall zu verstehende Lautsprecherdurchsage kommt aus einem AStA-Megaphon: "Verhaltet euch passiv! Laßt euch nicht provozieren!" Dann "schießt" der Wasserwerfer aus unmittelbarer Nähe in die sitzenden Demonstranten, die ihm den Rücken zuwandten.

Nach etwa zwei bis drei Minuten wird der Wasserwerfer abgestellt, die Demonstranten sitzen unverändert mit dem Rücken zur Polizei, die jetzt die Gitter auseinanderreißt. Etwa fünfzig Mann fallen mit Gummiknüppeln über die Sitzenden her und prügeln wahllos auf sie ein. Vielen, vor allem den hinten Sitzenden gelingt es noch aufzustehen und zu fliehen, sie werden von knüppelschwingenden Polizisten verfolgt und weitergeschlagen. Eine unbestimmte Anzahl der Sitzenden kommt gar nicht mehr dazu aufzustehen, wird auf die Köpfe geschlagen und bleibt liegen, bis die unmittelbar hinter den Polizisten herkommenden Sanitäter sie fortbringen.

Gleichzeitig mit dem Einsatz der Polizei werden auch mehrere Tränengaskörper geworfen. So wird innerhalb von fünf bis sechs Minuten eine Bresche für den Transportkonvoi frei, der mit dem Wasserwerfer an der Spitze passieren kann. Obwohl das Ziel der Räumaktion damit erreicht ist, wird immer noch auf Demonstranten eingeschlagen, Greiftrupps nehmen zahlreiche junge Leute fest - zumeist wahllos und nach undefinierbaren Maßstäben - immer jedoch unter Anwendung von Schlägen und körperlicher Gewalt. Aus den Reihen der Schaulustigen und Demonstranten, die hinter den Sitzenden standen, wird der passierende Konvoi mit Steinen und einer Rauchbombe beworfen.
Die dritte Räumaktion in dieser Nacht erfolgt nach inzwischen "bewährtem" Rezept in der Kaiser-Wilhelm-Straße in Richtung auf den Karl-Muck-Platz. Hier haben die Demonstranten eine Barrikade errichtet und sitzen dahinter auf der Erde. Etwa gegen Mitternacht fährt der Wasserwerfer auf und beginnt seine Ladung auf die Demonstranten zu entleeren. Die Demonstranten

bleiben sitzen, die Schaulustigen flüchten in die Hauseingänge. Polizei stürmt über die Barrikade und prügelt die Sitzenden entweder nieder oder in die Flucht. Nachrückende Polizei räumt die Barrikade ab, der Weg für den Konvoi mit dem Wasserwerfer an der Spitze ist frei. Das Ziel der Räumaktion ist erreicht.

Dennoch schlägt die Polizei weiter auf Flüchtende ein, die vereinzelt mit Kunststoff- oder Holzplatten (vermutlich von einer Baustelle) ungezielt in Richtung Polizei werfen. Einige Polizisten schleudern die Wurfgeschosse zurück hinter den Flüchtenden her. Verletzte Polizisten werden hier nicht beobachtet, dafür eine große Anzahl verletzter Demonstranten und Schaulustiger, die jetzt ebenfalls aus den Hauseingängen herausgezerrt und geschlagen werden. Ein Polizeioffizier kommandiert: "Nachsetzen, nachsetzen!" Die Greifaktionen ziviler und uniformierter Beamter sind auch hier nach bekanntem Muster zu beobachten. Auf strampelnde Festgenommene wird vereinzelt solange eingeschlagen bis sie sich nicht mehr rühren. Wer dann nicht gehen "will" oder bewußtlos auf der Erde liegt, bekommt solange "aufmunternde" Knüffe und Tritte bis er sein "Simulieren" aufgibt und sich "zusammennimmt" oder wird fortgeschleift (Anführungszeichen bezeichnen wörtliche Zitate, die der Autor als Augen- und Ohrenzeuge bestätigt). Bei dieser Räum- und Verfolgungsaktion in der Kaiser-Wilhelm-Straße werden im Getümmel parkende Fahrzeuge beschädigt.

Zu weiteren Räumaktionen der Polizei kommt es in dieser Nacht nicht mehr, da inzwischen die Zeitungstransporte längst passiert haben und Leddin sich überzeugen läßt, daß weiteres Räumen nur polizeilicher Selbstbestätigung diene und sachlich nicht mehr gerechtfertigt sei, da zudem die Zahl der Demonstranten ständig abnimmt. ..

Verschiedene voneinander unabhängige Zeugen berichten über Greifaktionen ziviler Polizei vor der Revierwache 10 in der Hohe Bleichen. Mehrere Junge Leute, die hier zufällig auf dem Weg nach Hause vorbeikommen, werden willkürlich gegriffen, durch das schnell geöffnete Gittertor der Revierwache in den Torgang befördert und dort sowie auch im Gebäude mißhandelt. Die Schreie sind auf der Straße zu hören. Die uniformierten Beamten, die das Tor bewachen, sehen tatenlos zu.

Montag, 15. April, gegen 17 Uhr, Moorweide:
Abschlußkundgebung des Hamburger Ostermarsches der Kampagne für Demokratie und Abrüstung. Gegen Ende der Kundgebung spricht Jens Litten und erklärt für den ASta, daß weitere Aktionen gegen die Auslieferung der Springerzeitungen nach den Ereignissendes Freitags auf gar keinen Fall mehr zu verantworten seien, da es sich bewiesen habe, daß Gewalttaten nicht ausgeschlossen werden könnten und die Polizei auch gegen gewaltlosen Widerstand mit Waffengewalt vorgehe. Wenig später wird bekanntgegeben, daß das SDS-Zentrum am Von- Melle-Park von starken Polizeikräften besetzt worden sei. Die Massen begeben sich spontan dorthin.
Am Ort des Geschehens befinden sich Herr Vogel, Direktor der Staatlichen Pressestelle, und Herr Günter, Pressereferent Innensenator Ruhnaus. Günter erklärt auf Befragen, über die ganze Aktion nicht informiert zu sein, da er sich eigentlich im Urlaub befinde und gerade vom Segeln komme. Vogel erklärt, die Polizeiaktion diene der Sicherstellung eines Flugblattes, in dem der SDS zur gesetzwidrigen Blockierung des Springer Hauses auffordere
Ein Anruf bei der Polizeipressestelle ergibt: Eine Baubude sei aufgebrochen worden und Werkzeuge entwendet, der Verdacht sei auf Personen gefallen die sich im SDS aufhielten. Da Gefahr im Verzuge bestehe, seien Hausdurchsuchungen und Verhaftungen ohne richterliche Befehle auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft erfolgt.
Die Haussuchung fördert- wie sich später herausstellt- ein Tomatenmesser, eine Säge, einen Hammer und drei Bretter mit Nägeln zutage, Beweise werden nicht gefunden. Ein Volkswagen wird als Tatwerkzeug sichergestellt. (HH- MT 649)
Kurz vor 18 Uhr wird die Polizeiaktion abgebrochen, die protestierende Menge zieht in Richtung Innenstadt zum Verlagshaus Axel Springer ab. Ein Augenzeuge berichtet von einem Unfall an der Ecke Von-Melle-Park / Grindelhof, wo der Einsatzleiter der Polizeiaktion gegen den SDS einen Passanten angefahren haben soll und sich der Aufnahme des Unfalls durch die sofortige Flucht hinter den Polizeikordon entzog.
Gegen 18,30 Uhr haben die Demonstranten, wie am Freitag, die Zufahrten zum Springerhaus besetzt. Heute sind die polizeilichen Absperrmaßnahmen noch intensiver. Die Polizei ist mit Schutzhelmen und Tränengasbrillen ausgerüstet. Hinter den "Hamburger Gittern" - von den Demonstranten - sind Doppelrollen aus Stachel- und "Nato"-Draht gezogen. Obwohl nach den

Erfahrungen des Freitages und der verstärkten polizeilichen Machtdemonstration Gewalttaten der Demonstranten nicht mehr zu erwarten sind, kommt es schon bei Eintreffen von Demonstranten in der Gegend Karl-Muck-Platz, Jungiusstr. und Drehbahn zu Knüppelszenen und Festnahmen.

Im Kornträgergang versucht gegen 18.30 Uhr ein grüner VW-Bus des Springer-Verlages den noch nicht fest geschlossenen Ring der Demonstranten zu durchbrechen, SDS-Mitglied Dietmat Schmidt läuft auf einen Fußgängerüberweg und versucht, mit ausgebreiteten Armen den Wagen zu stoppen. Der Wagen erhöht die Geschwindigkeit, hält auf den Mann zu, erfaßt ihn und schleudert ihn sieben Meter nach links auf die Straße. Der Fahrer erhöht noch einaml die Geschwindigkeit und begeht Fahrerflucht. Dietmat Schmidt wird schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

Wenig später beginnen die Demonstranten an dieser Stelle mit Hilfe von Aschcimern und eines umgestürzten Autowracks eine Barrikade zu bauen. Zu dieser Zeit versuchen sich die Studenten mit Erfolg an der Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße/Fuhlentwiete der provozierenden "Rocker" zu entledigen. Ein "Rocker" zieht ein Messer, wird von den Studenten entwaffnet und einschließlich Messer und zwei Zeugen der Polizei übergeben. Das intensive Bemühen um Gewaltlosigkeit und die Verhinderung von Provokationen wird immer deutlicher.

Trotzdem wird wenig später auf Veranlassung des Kommandeurs der Schutzpolizei Leddin im Kornträgergang "hart geräumt", Wasser aus Feuerwehrschläuchen werden ohne erkennbaren sachlichen Grund eingesetzt; die Aktion dient nicht der Bahnung eines Weges für Springer-Fahrzeuge, die Straße bleibt weiterhin durch Gitter und Stacheldraht versperrt. Festgenommene Demonstranten werden über das Gitter geworfen oder darunter durchgestoßen. Einige verletzen sich in dem dahinterliegenden Stacheldraht. An den Festnahmen beteiligen sich nichtuniformierte Polizisten in grünem Drillichzeug - nach Auskunft eines Polizeioberbeamten handelt es sidh um Schutzpolizei aus Schleswig-Holstein. Die Festgenommenen werden zumeist mit den Armen auf dem Rücken vorwärtsgestoßen und gleichzeitig an den Haaren gezogen, Knüppelschläge und Tritte gegen Wehrlose sind nicht selten.

Die Vertreter des AStA rufen über ihre Handmegaphone zur Räumung der Zufahrtstraßen auf, um sich in einem Demonstrationszug durch die Innenstadt zum Audimax zu begeben und dort das Vorgefallene zu diskutieren. AStA-Referent Binder führt von der Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße/ Fuhlentwiete die Demonstranten zum Kornträgergang und wird dort bei

der Aufforderung zum Abzug von Polizisten als "Rädelsführer" attakiert, kann sich aber der Festnahme entziehen. Auf dem Weg zur Universität gelingt es ihm, kleinere Gruppen am Ausbrechen in Richtung Hauptbahnhof bzw. Springer-Haus zu hindern: die Demonstranten haken sich ein und bilden Ketten. Während dieses friedlichen Zuges durch die Innenstadt werden von Greiftrupps einige Demonstranten - vorwiegend SDS-Mitglieder - nach Liste festgenommen, d.h. ohne daß ein erkennbarer Grundvorliegt. Die Diskussion im Audimax verläuft den Umständen entsprechend ruhig und diszipliniert.

Alle Diskussionsredner, auch die Mitglieder des SDS, bekennen sich erneut zur strikten Einhaltung der Gewaltlosigkeit bei Demonstrationen. Es wird der Beschluß gefaßt, eine Delegation unter der Leitung eines älteren Herren ins Polizeipräsidium zu entsenden, um wenn möglich die Gründe für die am Nachmittag erfolgte Festnahme der vier SDS-Mitglieder zu erfahren und sich für die Freilassung der übrigen Festgenommenen einzusetzen. Die Versammlung beschließt weiter, die Delegation zu begleiten und vor dem Polizeihochhaus am Berliner Tor Solidarität mit den Festgenommenen zu bekunden und den Bericht der Delegation zu erwarten. Gegen 22.30 Uhr betritt die sechsköpfige Delegation das Polizeipräsidium und wird von einem Beamten abgewiesen - Name und Dienstnummer nennt er nicht. Gegen 22.45 Uhr verläßt die Delegation unverrichteter Dinge das Polizeipräsidium. Gegen 23.15 Uhr trifft der Demonstrationszug vor dem Präsidium ein.

Die meisten Demonstranten setzen sich unter dem Vordach des Präsidiums auf die Erde und fordern in Sprechchören "Freiheit für den SDS" und "Ruhnau raus!", um direkt mit dem Innensenator zu sprechen. Etwas später lauten die Sprechchöre "Wir wollen alle heute noch in Schutzhaft" und "Ruhnau ist ein Kampelmann und da zieht der Springer dran". Gegen 23.30 Uhr fährt aus der Richtung Hauptbahnhof eine vom Springer-Haus abgezogene Hundertschaft auf. Kaum haben die Mannschaftwagen gestoppt, springen die Polizisten mit gezogenen Knüppeln heraus, stellen sich in Zugformation auf, stürmen die etwa 30 Meter zum Präsidium hinüber und beginnen sofort auf die sitzenden Demonstranten einzuschlagen. Eine Warnung ist laut übereinstimmenden Aussagen von Demonstranten und Journalisten nicht erfolgt. Diese Knüppelaktion orientiert sich nach dem Eingeständnis Kommandeur Leddins am "Leberwurstprinzip" des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Duensing.

Die Demonstranten werden also nach zwei Seiten auseinandergetrieben und noch viele hundert Meter von knüppelnden Polizisten verfolgt. Entgegen der Schutzbehauptung von Polizeipräsident Frenzel wurde der Polizeieinsatz nicht durch Steinwürfe provoziert, Zeugenaussagen auch von Unbeteiligten bestätigen dies. Es gibt ungezählte verletzte und bewußtlos geschlagene Demonstranten, die teilweise noch in diesem Zustand von Polizisten geschlagen und getreten werden. Es sind auffällig viele Mädchen unter Verletzten, da sie sich nicht so schnell in Sicherheit bringen können und offenbar ein bevorzugtes Ziel für die Sadisten unter den Polizisten sind.

Die in Richtung Hauptbahnhof flüchtenden Demonstranten werden von einem Mannschaftwagen verfolgt, der ohne Blaulicht oder Licht mit hoher Geschwindigkeit in die Menge fährt. Polizisten stürzen heraus und schlagen wahllos auf Passanten und Demonstranten ein.

Die Polizeiaktionen hören etwa gegen Mitternacht auf, die Demonstranten haben sich zerstreut. Keine weiteren Zwischenfälle.

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1968
Verschiedene Schauplätze

Hans Esche, Student, 2 Hamburg 67, bei Großen Teich

Gegen 22,20 Uhr zogen sich die Beamten hinter die Absperrungen zurück, und es wurde ein Wasserwerfer auf ertönen, der nach einmaliger Aufforderung ("wenn Sie sich nicht zerstreuen, wird Wasser gegen sie eingesetzt!") gegen die Demonstranten saßen friedlich vor der Barrikade, zogen sich jedoch hinter diese zurück, als sie mit einem zunächst noch schwachen Strahl besprüht wurden. Darauf begann ein gezielter Einsatz mit scharfem Strahl gegen einzelne Demonstranten, die sich hinter den Barrikaden sehen ließen. Das alles spielte sich in rascher Folge ab, ich selbst wurde von einem scharfen Wasserstrahl in das Gesicht getroffen und begab mich ziemlich benommen auf den Valentinskamp (in Richtung Karl-Muck-Platz). Da ich Brillenträger bin, und meine Brille durch den Strahl naß geworden war, konnte ich kaum etwas erkennen. Plötzlich kamen einige Polizeibeamte auf mich zu. Jemand rief:" Den auch festnehmen, der hat auch mit Steinen geworfen!" und ich bekam einen Schlag mit dem Gummiknüppel über den rechten Oberarm. Zwei Beamte drehten mir gewaltsam die Arme auf den Rücken, obwohl ich zu verstehen gegeben hatte, daß ich freiwillig folgen würde. Unter Beschimpfungen (Studentenschwein! Du Schwein, mit Steinen auf Frauen und Kinder zu werfen!) wurde ich über ein Baugrundstück geschleift und zu einem Gefangenen-Wagen auf dem Springer-Gelände gebracht. Dort nahm man mir meinen Personalausweis ab. Meine Frage nach der Dienstnummer der mich abführenden Beamten wurde wie folgt beantwortet:"Halt's Maul, oder wir schlagen dir die Fresse ein!" Dann wurde ich in die Gemeinschaftszelle des Gefangenen-Transporters gebracht.

Nach etwa einer Stunde hörte man draußen Stimmen. Jemand rief:" Deutsche Polizisten schützen die Faschisten." Anschließend wurde derjenige, der gerufen hatte, mit barschem Ton zum Wagen aufgefordert und man hörte einen harten Schlag gegen die Karosserie des Wagens. Der Festgenommene wurde in unsere Zelle gebracht. Es handelte sich um einen 18-jährigen kaufmännischen Lehrling, der sagte, die Beamten hätten ihn heftig mit dem Kopf gegen die Karosserie gestoßen. Gegen 0,15 Uhr verließ der Wagen das Springer-Gelände. Man brachte uns zum Polizeipräsidium. Unterwegs wurden 6 oder 7 Gefangene ausgeladen. Nach etwa 10 Minuten in einer Einzelzelle wurde ich zur Person vernommen. Die Aussage zur Sache verweigerte ich. Ich wurde gegen meinen Willen photographiert ("Ich nehme Ihren Protest zur Kenntnis, aber ich richte mich nicht danach. Meinen Personalausweis habe ich bis heute, den 17.4., nicht wiedererhalten. Um ca. kurz nach 2 Uhr morgens wurde ich dann 'rausgeworfen.

gez. Hans Esche

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1968,
Verschiedene Schauplätze

Günter Helbrich, Student, 211 Buchholz, Gehläge 10

Kurz nachdem der Demonstrationszug am Karfreitag, den 12.4.68, die Absperrung am Axel-Springer-Haus Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße erreicht hatte, befand ich mich direkt am Absperrgitter. Auf der anderen Seite des Gitters standen Polizisten mit Schlagstöcken in Dreierreihen hintereinander. Plötzlich kam ein Polizist aus der hinteren Reihe zum Absperrgitter und prügelte ohne Anlaß auf einen neben mir stehenden Demonstranten ein. Mir schien das Handeln dieses Polizisten unerklärlich, und ich bat ihn direkt, als er noch zuschlug, um seine Dienstnummer. In diesem Moment hörte der Beamte auf, dreinzuschlagen, und bemerkte zu mir gewandt: "Ihr sollt auch gleich welche bekommen!"
Nach meiner nochmaligen höflichen Bitten um die Angabe seiner Dienstnummer bzw. seiner Visitenkarte zog sich der Beamte rasch nach hinten unter die Polizisten, die den ganzen Vorgang passiv beigewohnt hatten, zurück. Ich ging rechts an den Gittern vorbei zu den Polizisten und bat abermals höflich um die Angabe der Visitenkarte des betreffenden Beamten. Auf dem Weg zu ihm wurde ich von mehreren anderen Beamten behindert, mit den Worten:" Der hat hier nichts zu suchen!" Andere Beamte waren der Meinung, ich könne mir die Nummer ruhig holen.
Diesen Vorgang beobachtete der Polizist, der den Demonstranten grundlos geschlagen hatte, in 5 - 6 Metern Abstand, ohne zu reagieren.
Nach meinen wiederholten Fragen wurde ich von einem sich von hinten nähernden Polizeibeamten in Zivil gegen das Absperrgitter gestoßen. Ich versuchte klarzumachen, daß ich lediglich die Dienstnummer des oben genannten Polizisten haben wollte. In diesem Augenblick trat ein höherer Polizeibeamter hinzu und sagte:" Verhaften Sie diesen Herrn wegen Widerstandes." Kurz darauf fanden sich zwei Beamte bereit, mich abzuführen, nachdem sie erst gezögert hatten. Der Beamte mit dem höheren Dienstgrad befahl dann: "Abführen mit Knebelkette!" Diese wurde mir dann auch angelegt. Nach einem einstündigen Hin und Her, in dessen Verlauf ich mich erst von dem festen Griff des einen Beamten, der meinen rechten Arm verdreht hatte, befreien konnte und dann (als ich meinen Personalausweis vorgezeigt hatte, der mir sofort grob aus der Hand gerissen wurde, auch von der Knebelkette befreit wurde) kam erst der Gefangenen-Transporter. Ich wurde als einziger Gefangener in eine der drei Einzelzellen geführt. Nach ca. 1 Stunde kam noch ein Arbeitsloser, ein betrunkener ca. 40jähriger mittleren Alters, in die Einzelzelle neben mir. Bis ca. 1 Uhr war der Tag voll besetzt. Kurz darauf wurden wir zum Polizeirevier Tempelhof gebracht, nach kurzer Personalaufnahme blieb ich hier meinen Personalien bis gegen 1, 30 Uhr wieder und wurde freigelassen. Der besagte Vorfall, der zu meiner Verhaftung führte, ist durch einen Zeugen und durch Photographien zu belegen.

gez. Günter Helbrich

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1968
Hohe Bleichen, Revierwache 10

Gerd Müller, Student, 2 Hamburg 13, Grindelallee 3

Gegen 1 Uhr nachts gab es einen Auflauf vor der Polizeiwache Hohe Bleichen. Als ich zu diesem Zeitpunkt hinzukam, ertönte der Ruf:"Einhaken!" Im gleichen Augenblick entstand ein Tumult an dem Toreingang und ich sah, daß ein Demonstrant von mehreren Polizisten durch das Tor hineingezogen wurde. Der Demonstrant fiel dabei zu Boden und drei Polizisten schlugen auf ihn ein. Ihr Opfer machte keinen Versuch, sich zur Wehr zu setzen, sondern versuchte nur, sein Gesicht vor den Schlägen zu schützen. Dabei schrie der Mißhandelte gellend. Da das eiserne Gitter hinter ihm geschlossen worden war, war es den außen Stehenden nicht möglich, ihm zu Hilfe zu kommen.

Nachdem der Demonstrant abgeführt worden war, trat ein Polizeibeamter vor das Tor. Er hatte den Vorgang mit Sicherheit mitangesehen. Auf die Frage der umstehenden Demonstranten nach seinem Namen und seiner Dienstnummer verweigerte er die Auskunft. Sein Kommentar:"Hab ich nicht nötig!"

gez. Gerd Müller

Hans Rudolf Möller, Student

Vor der Wache hatte sich eine Diskussionsgruppe gebildet. Dabei fiel das Wort "Faschisten". Die Polizei stürzte hinter dem Gitter hervor undbgann zu schlagen. Mein Bruder wurde auch geschlagen. Ich rief:"Ich kann nichtzusehen,wie mein Bruder geschlagen wird! Bildet Ketten!"
Polizisten riefen:"Was, Ketten bilden? Widerstand!" Ich wurde in den Polizeigriff genommen, obwohl ich sagte:"Ich geh ja freiwillig".
Gegen 2 Uhr morgens wurde ich von 5 Polizisten verhaftet, und, obwohl ich keinen Widerstand leistete, im Polizeigriff abgeführt. Die Hände und Arme wurden so über dem Rücken verdreht, daß ich gebückt gehen mußte. Dabei erhielt ich von unten her Faustschläge ins Gesicht und mein eigener Regenschirm wurde mir mit solcher Gewalt auf den Kopf geschlagen, daß er zerbrach.

Als ich in das Revier hineinkam, wurde ich mit dem Kopf gegen den Türpfosten geschlagen. Ich verlangte einen Arzt, weil ich stark aus der Nase blutete und anscheinend am Hinterkopf verletzt war. Der Arzt kam nach etwa einer halben Stunde, behandelte meine Platzwunde am Hinterkopf jedoch nicht.
Gegen 3,30 Uhr wurde ich entlassen und mußte ca. eine Stunde durch das nächtliche Hamburg gehen, bevor ich im Hafenkrankenhaus ankam und die Platzwunde genäht werden konnte.

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1968
Hohe Bleichen, Revierwache 10

Reinhard Gottmann , 6411 Schloß Bieberstein b. Fulda
(zu Besuch in Altona, Zeißstwiete 10)

Gegen 23.30 Uhr am Karfreitag ging ich mit meinem Bruder an der Revierwache 10 vorbei. Plötzlich stieß mich jemand weg, ca. 10 Männer griffen meinen Bruder, schleppten ihn hinter das Eisengitter der Wache. Zwei uniformierte Beamte öffneten das Tor und schlossen es wieder sofort hinter der Gruppe.
Die uniformierten Beamten taten nichts dagegen.
Nach 8 Stunden wurde er wieder freigelassen.
Ihm wird Landfriedensbruch, Aufwiegelung und Barrikadenbau vorgeworfen.

Ich habe noch einen anderen Fall gesehen. Ein Demonstrant wurde auch von einer Gruppe ziviler Personen überfallen und sollte weggeschleppt werden. Hinzugelaufene Demonstranten konnten das verhindern.

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1968
Verschiedene Schauplätze

Jutta Stockenberg, 21 Hamburg 90, Bornemannstr. 22

Polizeiaktion Karfreitag, Kaffamacherreihe Ecke Valentinskamp. Bei der Verfolgung von Demonstranten, die vor Wasserwerfern flüchteten (und vor Knüppeln der Polizei) sah ich, wie vier Polizisten einen offenbar besinnungslosen Demonstranten an den Beinen hochhielten und dabei mit ihren Knüppeln auf den Hinterkopf des Mannes einschlugen. Ich war außer mir vor Entsetzen über diese ungeheuerlichen Behandlungsweisen der Polizei und wollte mich dazwischenwerfen, um den Mann zu schützen. Ein Bekannter von mir versuchte, mich zurückzuhalten. Darauf stürzten sich die Polizisten auf ihn und verprügelten ihn ebenfalls. Mir taten die Polizisten nichts und ich lief weg.

Ostermontag, Polizeihochhaus: Bedrohung von Demonstranten durch Mannschaftswagen nach der Knüppelei. Straße vor dem Hochhaus. Polizeiauto (Mannschaftswagen) fuhr aus der Kolonne ausscherend auf die Demonstranten zu (Fahrzeug fährt von der rechten Fahrbahnseite auf die linke hinüber), mit voller Fahrt (Vollgas, ohne Bremsen, Demonstranten müssen zur Seite springen).

Inge Jahnke, Lehrerin, 26 Jahre, 2 Hamburg 33, Ruthsweg 8

Protokoll vom Freitag Abend, Stadthausbrücke, 23 Uhr - 23,45 Uhr.

Ich saß zusammen mit anderen Demonstranten gegen 23.15 Uhr in der zweiten Reihe vor den Absperrgittern Stadthausbrücke. Etwa 10 Reihen Demonstranten saßen auf dem Boden. Dahinter stand eine nicht einsehbare Menge Sympathisanten und Neugierige.

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1968
Verschiedene Schauplätze

Fortsetzung Inge Jahnke.

Ein Wasserwerfer fuhr auf etwa 20 Meterar das Gitter heran undforderte einmal die Demonstranten auf, die Straße zu verlassen, sonst würden Wasserwerfer eingesetzt. Ge - lächter erhob sich. Die Demonstranten blieben sitzen, der Wasserwerfer spritzte aus 15 Metern Entfernung auf die sitzenden Demonstranten. Nach etwa drei Minuten sprangen plötzlich Reihen von Polizisten in die sitzenden Demon - stranten und begannen zu prügeln. Ohne Wahl wurde auf Köpfe und Schultern eingeschlagen. Obgleich für die Durch- fahrt des Wasserwerfers und der Springer- Fahrzeuge viel- leicht insgesamt eine Schneise von 7 Metern benötigt wurde, sollte anscheinend die ganze Breite der Straße durch Prügel- stöcke der Polizei geräumt werden.
Ich bekam zunächst während des Zurückflutens der Demonstranten zwei gezielte Schlägemit einem Gummiknüppel auf den Kopf. Ich sackte zusammen, hielt die Arme schützend auf den Kopf und erhielt noch einmal mindestens 5 Schlägeauf die Arme und Schultern. Mittlerweile waren Tränengasgranaten in die De- monstranten geworfen worden. Ich konnte nicht atmen. Ich stand, mich an einem Demonstranten festhaltend, wieder auf und erhielt noch einmal mindestens einen Schlag auf den Kopf. An dem Mantel eines Demonstrante festgeklammert, zog ich mich aus den vorderen Reihen zurück.

Etwa 3 Minuten spätermachte mich ein Demonstrant darauf auf- merksam, daß ich stark blutete. zwei Symathisanten brachten mich mit ihrem Privatwagen ins Altonaer Krankenhaus. Dort wur- de eine Platzwunde von etwa 6 Zentimetern Länge undeine von 2 Zentimetern genäht.

Nach Röntgenaufnahmen vom Kopf unddem linken Arm, der eine erhebliche Prellung aufwies, wurde ich gegen 1,30 Uhr aus dem Krankenhaus entlassen mit dem Hinweis, daß es sich um eine leichte Gehirnerschütterung handelte.

Kommilitonen, die im Altonaer Krankenhaus angerufen hatten, erhielten zunächst die Auskunft :"Der Dame gehört mal gründlich der Hintern versohlt!" (oder ähnlich). Zeugin: Dorothee Otto.

gez. Inge Jahnke

Zeugenaussagen: Karfreitag, 12. April 1968
Verschiedene Schauplätze

Wilhelm Herzog, Journalist, 2 Hamburg 22, Lorientterrasse 8
Zeuge: Herr Lübker, 2 Hamburg 20, Eppendorfer Baum 30

Ich befand mich in der Nacht von Karfreitag auf Sonnabend um etwa 0,00 Uhr innerhalb des polizeilichen Absperrungsgebiets auf der Kaiser-Wilhelm-Straße, schräg gegenüber der Straße, auf der ich wohne. Da beobachtete ich folgenden Vorfall: Wieder einmal zerrten zwei Beamte einen jungen Mann halb im Laufschritt über die Straße. Beide hatten den rechten und den linken Arm des jungen Mannes verdreht. Einer hatte ihn in die Haare gefaßt. Der junge Mann war also völlig wehrlos. Als die beiden Polizisten mit ihren Gefangenen an einem an der Straßenecke stehenden älteren Polizisten vorbeikamen, trat dieser den jungen Mann mit voller Wucht ins Kreuz. Ich ging sofort auf den älteren Polizisten zu, zeigte meinen Pressenausweis und bat ihn um seinen Namen und um die Dienstnummer. Der Polizist verweigerte mir beides und entfernte sich schnell und verschwand in einer Menge anderer Polizisten.
Herr Lübker, der diesen Fall gleichfalls beobachtet hatte, trat auf mich zu und bot mir an, mir bei der Feststellung der Personalien des Polizisten zu helfen (Herrn Lübker kannte ich bis dahin nicht). Wir verloren den Polizisten zunächst aus den Augen, fanden ihn aber nach etwa einer Stunde per Zufall wieder. Auch diesmal verweigerte er Namen und Dienstnummer. Inzwischen hatte sich ein dritter Herr zu uns gesellt: Peter Jacobi. Wir drei verlangten nun von einem Polizeioffizier, er möge uns helfen, Name und Dienstnummer des Polizeitreters festzustellen. Der Treter war inzwischen in einen Mannschaftswagen retiriert. Wir fanden ihn. Der Polizeioffizier forderte ihn auf, seine Dienstnummer herauszugeben. Die Dienstnummer: 11515.

Herr Jacobi ist Zeuge unserer Suche nach dem Polizisten. Er hat den Polizisten photographiert. Die Photographie liegt bei. Sie liegt vor.

gez. Wilhelm Herzog

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968

Kornträgergang

Rainer Frank, 2 HH 70, Rüterstraße 69

Ich war Zeuge, wie bei der Räumungsaktion im Kornträgergang - zwischen dem Rademachergang und dem Stacheldrahtverhau auf der Höhe des umgestürzten Autos Polizisten sitzende Demonstranten in den Magen traten, eine alte Frau zusammenschlugen, einem Fotografen auf die Kamera schlugen und andere Fotografen beim Fotografieren behinderten.
Auf die friedlich sitzenden Demonstranten wurde ohne Warnung eingeschlagen, ohne daß sie sich zur Wehr setzten.

Hartwig Schulz, 2 HH 20, Heckscherstraße 52

Zeit: 18.30 Uhr

Beim Zebrastreifen sahen wir die Demonstranten auf der Straße. Wir hörten Rufe wie: "Da kommt einer!" und "hinsetzen!","Sitzstreik". Zu diesem Zeitpunkt konnten wir das Fahrzeug noch nicht sehen, wir hörten aber den Motor immer lauter werden. Wenige Sekunden später sahen wir, wie der Abendblatt-Transporter den Demonstranten erfaßte. Der Fahrer fuhr weiter, obwohl er wissen mußte, daß er jemanden angefahren hatte.

gez. Hartwig Schulz

Helmuth Kalla, 2 HH 20
Heckscherstraße 52

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968

Bäckerbreitergang

Achill Cabanis, 2 HH 13, Rothenbaumchaussee 1

Meine Verlobte und ich saßen - eingehakt mit anderen Demonstranten - hinter den errichteten Barrikaden am Boden. Die Polizei setzte ohne Warnung Wasserschläuche ein und richtete sie direkt auf die am Boden Sitzenden (etwa 40-50), die jedoch sitzen blieben. Darauf stürzten sich mehrere Beamte auf sie und versuchten, sie wegzuzerren. Meine Verlobte wurde an den Beinen gepackt und weggezogen, ein Polizist schlug ihr mit dem Knüppel mehrmals auf die Beine. Ich selbst hielt sie an einem Arm fest, mußte jedoch loslassen, als ich einen Faustschlag ins Gesicht erhielt. Meine Verlobte wurde abtransportiert, ich folgte freiwillig nach. In der Kommandozentrale der Polizei wurde uns mitgeteilt, daß wir verhaftet seien. Zusammen mit 2 weiteren Demonstranten verlangten wir nach einem Arzt, wurden jedoch vertröstet, bis wir auf der Wache seien. In der Protokollaufnahme wurde mir Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verstoß gegen das "Bannmeilengesetz" vorgeworfen. Eine Aussage zur Sache lehnte ich ab.
Ich möchte noch feststellen, daß von unserer Seite kein Widerstand geleistet wurde und ich dergleichen auch nicht beobachten konnte.

gez. Achill Cabanis

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Kornträgergang

Erwin Huber, kaufmänn. Angestellter, 2 HH 72, Am Knill 93d

Um 15 Uhr 30 begann ich meine Aufnahmen von der Abschlußkundgebung des Ostermarsches am 15.4.1968 auf der Moorweide. Ich hatte die Absicht, den Verlauf der Demonstration und der einzelnen Reden für private Zwecke,(ich bin Tonbandamateur), festzuhalten.

Nach Beendigung der Abschlußkundgebung begleitete ich die Demonstranten auf dem Weg von der Moorweide über den Stephansplatz, Gorch-Fock-Wall, Karl-Muck-Platz zur Kaiser-Wilhelm-Straße, Richtung Planten un Blomen. Ich interviewte Demonstranten und Polizisten, um mir ein Bild von den Ansichten und Stimmungen bei diesen Gruppen zu machen.
Einige Studenten berichteten mir von dem Unfall im Kornträgergang, bei dem ein Demonstrant von einem Wagen des Hamburger Abendblattes überfahren worden sein sollte.

Ich begab mich dorthin und befragte an Ort und Stelle einige Studenten und Augenzeugen zu dem Vorfall.

Bis zu meiner Verhaftung befragte ich auch vier Polizisten; es ging dabei um die Bewertung des Unfalles, ich fragte aber auch zwei Polizisten, warum sie mit Gummiknüppeln und Plakatstangen auf mehrere Demonstranten einschlugen, die, wie ich beobachtete, keinerlei aggressive Verhaltensweisen gezeigt hatten, sondern friedlich am Boden vor dem Hamburger Gitter des Kornträgerganges sassen.

Einer der beiden Polizisten sagte mir schließlich auf mehrfaches Verlangen seine Dienstnummer, diese ist mit dem Tonbandgerät aufgezeichnet worden. Der andere Polizist drohte mir Prügel mit seinem Schlagstock an, als ich ihn auf seine momentane Tätigkeit und deren Rechtfertigung ansprach. Auch dieser Vorgang ist auf dem Tonband aufgezeichnet; ich habe mich davon unmittelbar nach den Aufnahmen überzeugt. Außerdem wurde das Tonband nach meiner Verhaftung von Herrn Leddin in Gegenwart von anderen Polizisten im Vertriebshof des Springerhauses teilweise abgehört.

Als ich meine Beobachtungen kommentierte, riß mir ein älterer Polizist ohne eine Erklärung in rüder Manier das Mikrophon aus der Hand und zerrte mich zum Hamburger Gitter des Kornträgerganges und übergab mich einem anderen Polizisten.

Mir wurde mein Tonbandgerät unter Androhung von Gewalt abgenommen, man spielte das Tonband unter Heiterkeitsanfällen der Polizisten teilweise ab, dann wurde ich in einen Raum gebracht, in dem man meine Personalien aufnahm. Man brachte mich dann mit einem Gefangenenwagen zur Polizeiwache Depenau, dort wurde ich unter Androhung von Gewalt gegen meinen Willen photographiert. Als ich vernommen werden sollte, verweigerte ich die Aussage. Man erklärte mir, daß ich Landfriedensbruch begangen hätte und den älteren Polizisten, der mich festgenommen hatte - es handelte sich um den Kommandeur der Hamburger Schupo, Herrn Leddin,- beleidigt hätte. Das Tonband wurde unter Androhung von Gewalt mir abgenommen und beschlagnahmt, als Beweismittel für den späteren Prozeß gegen mich.
Da ich weder Herrn Leddin beleidigt, noch Landfriedensbruch begangen habe, sehe ich Festnahme, Anzeige und Beschlagnahme als Willkür an. Für die öffentliche Auswertung stelle ich meine Aussagen zur Verfügung.

gez. Erwin Huber

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968

Kornträgergang

Thomas Erdner, Student, 2 Hamburg 63, Sengelmannstr. 183

Ich stand mit meiner Frau im Kornträgergang in der Nähe der Barrikade. Beim Einsatz der Wasserschläuche wollten wir uns in die Menge zurückziehen. Dabei wurde ich von einem Poli - zisten an den Oberarmen gepackt. Er schrie mich mit verzerr- tem Gesicht an: " Verschwinde hier sofort!" Ich sagte ihm, daß ich das wollte. Er führte mich daraufhin ab, was ich wi- derstandslos geschehen ließ. Einige Meter weiter kam uns ein Polizist entgegen, der mich mit seinem Gummiknüppel auf den Kopf schlug und dabei eine Platzwunde am Scheitelbein erzeug- te. Ich wurde zu Boden geschleudert, und ein oder mehrere Po- lizisten prügelten auf mich ein, während ich auf dem Boden lag. Sie hörten erst auf, als ein anderer Polizist sie an weiteren Schlägen hinderte. Ich stand wieder auf und ging mit einem anderen Polizisten weiter in Richtung Kaiser-Wilhelm- Straße. Als wir an die Absperrungen kamen, packte mich ein Polizist und warf mich über die Absperrung. Danach wurde ich von einem Polizisten in Zivil in Polizeigriff genommen und zum Gefangenenwagen in der Nähe des Springer-Hauses gebracht.

Da die Platzwunde an meinem Kopf stark blutete, verlangte ich nach einem Arzt. Ich bekam die Auskunft: "Der kommt schon noch." Wir fuhren nach ca. einer halben Stunde zum Polizeipräsidium, wo wir wir hielten und dann weiterfuhren zur Gefangenen-Sammel- stelle in der Polizeikaserne in Alsterdorf. Als wir dort aus- geladen wurden und ich mit dem Hinweis auf die stark blutende Kopfverletzung einen Arzt verlangte, sagte der angesprochene Polizist: "Wenn es schlimm wäre, wäre er schon im Krankenhaus."

Ich wurde in den Sammelraum geführt und dort sitzengelassen. Ich hatte starke Kopfschmerzen, leichte Übelkeit und verlor Blut.
Nach einiger Zeit kam ein Arzt, Dr. Heppner, der sich die Platzwunde besah und sofortigen Transport ins AK Barmbek an- ordnete. Die Polizisten bestanden jedoch auf einer Verneh - mung. Ich wurde ins Vernehmungszimmer geführt und von KOM Kirchner vernommen. Ich verweigerte die Aussage zur Sache. Die Antwort von Kirchner: "Sie sind schlecht beraten worden von den Leuten, die Ihnen sagten, daß sie die Aussage ver - weigern sollen."
Als Kirchner meine blutigen Hände sah, sagte er sinngemäß: "Das ist wohl das Blut eines Polzisten, den sie angegriffen haben." Des weiteren sagte er: " Sie sind ja ganz naß, es hat doch gar nicht geregnet." Auf den Hinweis, das käme von den Wasserschläuchen der Polizei, bekam ich zur Antwort: "Sie haben ja auch selber schuld, warum gehen Sie dahin."

Die Vernehmung dauerte ca. eine 3/4 Stunde. Dann wurde ich nicht, wie vom Arzt verordnet, ins AK Barmbek, sondern ins UG-Lazarett gebracht. Dort traf ich um 22,30 Uhr ein, also drei Stunden nachdem ich zuerst einen Arzt verlangt hatte.

Fortsetzung nächste Seite

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968

Kornträgergang

Fortsetzung Thomas Erdner

Im UG - Lazarett wurde ich in ein Gebiet geführt, das wegen TBC-Gefahr mit folgendem Schild gesperrt war:

VORSICHT TBC - NICHT BETRETEN - ANSTECKUNGSGEFAHR

NUR FÜR LUNGENKRANKE

ich wurde dann ärztlich behandelt und in eine Zelle im UG gebracht, wo ich die Nacht verbrachte. Am nächsten Morgen wurde ich vom Erkennungsdienst vernommen.

Bis 17 Uhr wurde ich mit ca. 25 anderen Gefangenen im UG festgehalten und dann ohne weitere Begründung entlassen.
Von den 25 Gefangenen waren nur ca. 5 Studenten. Der Rest bestand aus Arbeitern und Angestellten.

gez. Thomas Erdner

Jochen Hamann, Graphiker, 236 Bad Segeberg, Bahnh fstr. 15

Am 15. 4.68 beobachtete ich etwa gegen 19 Uhr, wie in dem Kornträgergang zwei Polizisten mit der Aufnahme des Unfalls beschäftigt waren, bei dem ein Demonstrant von einem Kfz des Springerverlages überfahren worden war.

Ich sah auf der Straße einen Blutfleck und die Scherben, die offenbar von dem beteiligten Fahrzeug stammten. Die Scherben waren von der Polizei mit gelben Kreidestrichen auf der Strasse markiert.

Ich bemerkte, wie ein ca. 40-jähriger Mann, der nicht zur Polizei gehörte, die Spiegelscherben von der Straße in ein Taschentuch sammelte, offenbar um mögliche Indizienbeweise aus der Welt zu schaffen. Als ich ihn auf die Unzulässigkeit seiner Verhaltensweise hinwies, beschimpfte mich dieser Mann. Ich wandte mich an einen der beiden aufnehmenden Polizisten und bat ihn, die Handlungen des 40-jährigen Zivilisten zu unterbinden, da sie mir zur Deckung des flüchtigen Täters beizutragen schienen. Der Polizist reagierte nicht, auch nicht nachmehrmaliger Aufforderung. der Scherbensammler hörte erst auf, als er offenbar Angst bekommen hatte, sich strafbar zu machen.
Der Polizist scheint mir in eindeutiger Weise seine Sorgfaltspflicht verletzt zu haben.
Der Sammler gab auf Drängen mehrerer Demonstranten freiwillig seine Adresse bei einem anderen Polizisten an, den wir dann auf diesen Vorfall aufmerksam machten.

Ob die Polizei sich die Scherben tatsächlich verschafft hat oder ob sie die den Täter begünstigenden Handlungen dieses bei der Polizei bekannten Mannes hingenommen hat, habe ich nicht klären können.
Mit der öffentlichen Auswertung dieser Aussage bin ich einverstanden.

gez. J. Hamann

Ich habe die gleichen Beobachtungen bei der Unfallaufnahme gemachtund bestätige die Aussage des Herrn J. Hamann. Mit öffentlicher Auswertung dieser Aussage bin ich einverstanden.

gez. Michael Rinast
236 Bad Segeberg
Falkenburger Str. 118

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
abends, Unilaverhaus

Niels N. v. Haken , 2 Hamburg 55, Scheenefelder Landstraße 104

1.) Ein Hundeführer ließ seinen Hund einen Demonstranten anspringen und bedrohte mehrere andere. Die Demonstranten hatten sich voll - kommen ruhig verhalten.

2.) Ein Mann im grauen Mantel und blauem Helm schlug ein Mädchen mit der Faust an den Kopf. Begründung des Mannes: sie sei nicht schnell genug zurückgegangen.

3.) Als Polizisten mich und mehrere Demonstrantenzurückdrängten, wurde ich von hinten auf die linke Schulter geschlagen. Einem anderen Demonstranten wurde die Brille vom Kopfgeschlagen. Alsich darauf einen Polizisten zur Rede stellte, stieß er meinen Kopf mit der Handzurück. Er sagte: " Was willst Du eigentlich, die Brille ist doch noch heil!" Auf die mehrfache Aufforderung, mir seine Dienstnummer zu geben, reagierte der Polizist nicht.

4.) Ort: Musikhalle. Wir marschierten auf dem Gorch-Fock-Wall in Richtung Musikhalle. Die Reihe, in der ich marschierte, bog di - rekt an der Musikhalle ab. Dieerste Reihe bog erst an der Ver- kehrsinsel ab. Dortstand ein Polizeiwagen. Als die Demonstranten friedlichvorbeigehen wollten, wurdeein Demonstrant (ertrug einen Helm) gründlich zusammengeschlagen. Ein anderer Demonstrant, der fortlief, wurde von einem Polizisten verfolgt und mehrmals mit dem Gummiknüppel geschlagen.

gez. N.N. v. Haken

Zeugenaussagen: - Ostermontag, 15. April 1968
Kornträgergang

Hermann Mädler, 2 Hamburg 90, Binnenfeld 18 a

Mit mehreren hundert Menschen, jungen und alten, Arbeitern, Oberschülern und Studenten, war ich Teilnehmer der friedlichen Demonstration gegen die Manipulierung der Öffentlichkeit durch das Verlagshaus Axel Springer am Ostermontag am Kornträgergang.

Die Demonstranten saßen ruhig unddiszipliniert vor der Polizeikette undden Absperrungen. Gegen19 Uhr wurde ohne ersichtlichen Anlaß und ohne eine vorherige Aufforderung, den Platz zu verlassen, plötzlich mit Wasser aus Hydranten und Schlagstöcken gegen die Sitzenden vorgegangen. Die Demonstranten standen auf, hakten sich ein und zogen sich, mit dem Gesicht zur Polizei gewandt, zurück. Die Demonstranten riefen:"Pfui,pfui!" Hemmungslos wurdeauf die nächsten Menschen durch die Polizisten eingeschlagen, einzelne wurden verhaftet.

Ein einziger Jugendlicher warf wiederholt(etwa 5 - 6 Mal) Knallkörperin die Reihen der Polizei. Er wurde über Megaphon durch einen Demonstranten aufgefordert, das Werfen nachzulassen. Alser sich weigerte, hinderten ihn die Demonstrantenselbst daran, indem sie ihm die Knallkörper abnahmen.

- 10 -

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Kornträgergang

Fortsetzung Hermann Mädler

Obwohl die Polizei in unmittelbarer Nähe dieses Werfers stand, schritt sie nicht gegen ihn ein. Stattdessen wurde auf die zur Ruhe und Besonnenheit mahnenden Demonstranten geprügelt und der Demonstrant mit dem Megaphon festgenommen. (Name bekannt)

Besonders hervorgetan hat sich bei dem Vorgehen der Polizei ein Polizeimeister (vier Winkel, ein Balken), der vermutlich der Einsatzleiter war. Mit Rufen wie: "Knüppel frei!", "Festnehmen!", "Vorwärts!" und anderen Befehlen feuerte er die überwiegend sehr jungen Beamten zum Vorgehen gegen die Demonstranten an.

Ich ging zu ihm, um seine Dienstnummer zu erfahren. Darauf schrie er: "Festnehmen!" Mehrere Polizisten fielen über mich her, schlugen mit Gummiknüppeln auf mich ein und schleppten mich zur Absperrung. Dabei spielte sich folgendes ab: je zwei Polizisten verdrehten mir die Arme und zusätzlich die Hände auf dem Rücken. Ein fünfter Beamter ging hinter mir. Infolge der Verrenkungen ging ich nach vorne gebeugt. Bei jedem Schritt trat mir der hinter mir gehende Beamte mit dem Fuß in das Gesäß, mindestens 12 Mal.

An der Absperrung wurde ich einem Polizisten übergeben. Ich stieg auf eigenen Wunsch und mit der Erlaubnis eines älteren, hinter der Absperrung stehenden Beamten alleine über die Absperrgitter. Dabei prügelten die hinter mir stehenden Polizisten heftig auf mich ein, während der ältere Beamte zur Mäßigung aufforderte.

Ich wurde unter ständigen Schlägen zum Gefangenen-Transportwagen gebracht. Dabei begleiteten mich Rufe wie: "Auch so ein Schwein!", "Studentenschwein!"; auf meinen Zuruf, ich sei Arbeiter, "Noch so ein einzelner idiotischer Arbeiter!"

Vor dem Wagen wurden meine Personalien festgestellt. Ich stieg allein in den Wagen. Dort saßen schon elf Festgenommene. Einige waren schwer am Kopf verletzt. Die Forderung, diese Verletzten sofort zu einem Arzt oder Sanitäter zu bringen, lehnte ein für den Wagen verantwortlicher Beamter ab. Erst nach Stunden wurden einige ins St.-Georg-Krankenhaus gebracht, wo bei zwei Teilnehmern Kopfverletzungen genäht werden mußten. Wir wurden ins Polizeipräsidium gebracht, unterzogen uns einer Leibesvisitation und wurden dann einzeln von jeweils 2 Beamten der Kripo vernommen. Ich machte keine Aussagen. Entgegen meinem Einspruch wurde ich dem Erkennungsdienst zugeführt.

Ich wurde in eine Einzelzelle im Präsidium gebracht. Nach viermaligem Wechsel der Zellen wurde ich am nächsten Morgen gegen 8 Uhr mit elf weiteren ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Dort blieben wir bis abends gegen 18 Uhr gemeinsam in einer Zelle. Gegen 18 Uhr wurden wir alle entlassen.

Diese Angaben sind wahrheitsgetreu. Ich bin bereit, sie unter Eid vor Gericht zu wiederholen.

gez. Hermann Mädler

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Kornträgergang

Peter Heyckendorf, 2 Hamburg 66, Tannengrünweg 9

Mit einer Gruppevon ca. drei Leuten kamen wir die Treppen seitlich des Kornträgerganges herunter. Plötzlich wurde im Kornträgergang geschrieen, daß ein Springer-Wagen durchbräche. Daraufhin lief Dietmar Schmidt auf die Fahrbahn, winkte mit dem Armen, um den VW-Bus von Springer zum Anhalten zu bewegen. Daraufhin gab der Springer-Wagen Gas undfuhr auf Dietmar mit einer Geschwindigkeit von ca. 60 - 70 st/h(nach meiner Schätzung) frontal zu. Dietmar wurde zur linken Seite des Wagens weggedrückt, nachdem er kurz vorher mit ganzem Körper auf der Front des VW-Busses klebte. Dietmar bleib links am Straßenrand liegen. Der Springer-Wagen fuhr mit derselben hohen Geschwindigkeit weiter und bogin die Wexstraße ein.

gez. Peter Heyckendorf

Rainer Frank, 2 Hamburg 70, Rüterstraße 69

Als ich am Ostermontag gegen 18,30 Uhr in den Kornträgergang einbog, sah ich, wie der Student Schmidt mit ausgebreiteten Armen auf einem Fußgängerüberweg stand und ein Springer-Verlagswagen aus Richtung Springer-Hochhaus kommend die Geschwindigkeit beschleu - nigte und den Studenten überfuhr, die Geschwindigkeit nochmals beschleunigte und floh.

Der Student wurde ca. 5 m mitgerissen und blieb schwerverletzt auf der Straße liegen, bis ein Sanitäter eintraf, der ihm helfenkonnte. Die Polizei, die sofort benachrichtigt wurdeund in der Nähe stand, traf erst ca. 5 Minuten nach dem Vorfall am Unfallsort ein. Ei - nige Personen versuchten, den Springer-Wagen zu verfolgen, durch seine hohe Geschwindigkeit bedingt mißlang dies aber.

gez. Rainer Frank

Jan Goldmann, La Rochette Corent 38, Grenoble, Frankreich,
z.Zt. 2 Hamburg, Stellinger Weg 49

Ich befand mich am Ostermontag im Demonstrationszug zum Springerhaus. Am Springerhaus stieß ich auf eine Gruppe von Studneten. Dort sah ich einen grünen VW-Bus die Straße heraufkommen. Mehrere Studenten versuchten, den Wagen aufzuhalten. Der Wagen jedoch fuhr weiter u.fuhr einen Studenten an, Dietmar Schmidt, wie ich später hörte. Er wurde mehrere Meter fortgeschleudert undlandete auf der linken Seitedes Wagens. Ich war einerder ersten, die dort hinge - langten. Ichwollte sehen, ob er verletzt sei. Der Wagen fuhrweiter, ich glaube nachrechts. Einige Studenten liefen hinterdem Wagen her undnotierten die Kfz-Nummer. Ich weiß die Zeit nicht mehr genau, aber es war noch hell.

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus

Erik Zimen

Vor dem Polizeihochhaus befanden sich starke Polizeieinheiten. Die Demonstranten stellten sich vor den Polizeiketten vor dem Hochhaus auf und riefen in Sprechchören: "Freiheit für den SDS" und "Ruhnau raus". An den Rändern bildeten sich Diskussionsgruppen, an denen auch einige Polizisten beteiligt waren.
Plötzlich fuhren mehrere Mannschaftswagen der Polizei mit Blaulicht und Sirenen vor, und Polizisten mit Schlagstöcken in den Händen sprangen von den Wagen. Sie hatten schnell die Demonstranten eingeschlossen und schlugen völlig wahllos auf die Wehrlosen ein. Ich stand auf der gegenüberliegenden Seite u. ich sah, wie die Demonstranten auseinanderflüchteten, wobei sie von den Polizeiketten immer wieder verfolgt und geschlagen wurden. Der Platz vor dem Polizeihochhaus war sehr schnell geräumt, viele Verletzte lagen auf dem Boden. Ich habe mehrmals beobachten können, wie mehrere Polizisten auf liegende Menschen, auch Mädchen, gemeinsam einschlugen. Immer wieder setzte die Polizei nach und drängte die Demonstranten hauptsächlich in Richtung Hauptbahnhof ab. Ich bin dabei nicht gelaufen, so daß die Polizei mich überholte. Ich wurde nicht geschlagen - aber links und rechts von mir wurden Laufende, Fallende und Liegende brutal mit den Schlagstöcken geschlagen.
Die Erregung unter den Demonstranten war groß. Vor allem riefen sie jetzt "Nazischweine", wobei sie die Polizei meinten. Zweimal hatte ich gemeint, Demonstranten daran hindern zu müssen, Steine zu werfen, aber beide Male zeigte es sich, daß sie nicht Steine sondern Eier gegen die Polizisten warfen. Ich habe niemanden gesehen, der einen Stein aufgehoben oder geworfen hätte. Einige Male explodierten Feuerkörper in der Luft und auf dem Boden. Woher sie kamen, von der Polizei oder von den Demonstranten, konnte ich nicht sehen. Kein einziges Mal habe ich gesehen, daß Demonstranten tätlich gegen Polizisten vorgingen oder sich auch nur tätlich wehrten.

(Es wurde gesagt).., Demonstranten hätten Schottersteine gegen die Polizisten geworfen. Ich habe nichts dergleichen gesehen.

gez.: Erik Zimen
26 Jahre, Student,
schwedischer Staatsbürger,
Institut f. Haustierkunde,
Universität Kiel

Bernd Apel, Werkkunstschüler, 2 Hamburg-Bergedorf, Sichter 6

Ich befand mich am Ostermontagabend unter den Demonstranten am Polizeihochhaus. .....

Ein Beamter stürzte auf mich zu und begann sofort, mich zu treten und mit dem Gummiknüppel zu schlagen. Danach erst schrie er mich an: " Stehen Sie auf!" Ich versuchte, hochzukommen, doch noch in der Hocke sitzend erhielt ich einen Schlag schräg hinten über die linke Stirnseite, die Augenbraue und das Auge

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus und ZOB

Jan Fehland, Student, 2 Hamburg 20, Kegelhofstraße 43

Der Weg zum Polizeihochhaus verlief ohne Zwischenfälle. Beim Polizeihochhaus setzten sich die meisten Studenten unter die erste Arkade des Hauptgebäudes. Einige Demonstranten versuchten, sich dem Hauptgebäude weiter zu nähern, was ihnen wegen der Polizeikette nicht gelang. Daraufhin wurde eine zweite Kette aus schleswig-holsteinischen Beamten gebildet. Die Demonstranten forderten die Freilassung der festgenommenen SDS-Mitglieder. Auf Seiten der Demonstranten wurde keine Gewalt angewandt!! Kurze Zeit darauf (höchstens 5 Minuten nach Ankunft der Demonstranten) hielten auf der anderen Straßenseite mehrere Mannschaftswagen der Polizei. Aus ihnen stürzten sich ohne jede Vorwarnung ungefähr 200 mit Helmen und Schlagstöcken bewaffnete Beamte und schlugen und traten sofort auf die sitzenden und hilflosen Demonstranten ein, die panikartig zu fliehen versuchten.
(Bis hierher gemeinsame Aussage mit Gerd Heide, siehe weiter unten)
Ich beobachtete die den Wagen stürzenden Beamten und floh fluchtartig mit einer Bekannten in den U'Bahntunnel. Als ich hinter mir schreiende Kollegen hörte, ließ ich meine Bekannte alleine laufen, um ihr Rückendeckung zu geben. Auf mich stürmten junge Beamte ein, die mir mit verzerrten Gesichtern auf den Rücken schlugen. Auf der Strecke blieb ich mit zwei mir unbekannten Kolleginnen, die laut weinten. Der einen floß das Blut vom Kopf, der anderen fehlten die Schuhe. Beide Mädchen waren am rande der Besinnungslosigkeit. Ich bat oben einen Oberveamten (POK) sich um die Verletzten zu kümmern, was ich mit einem Fußtritt und zwei Knüppelschlägen bezahlen mußte. Ich floh in Richtung Kirchenallee, von wo ich mit der U-Bahn zum AStA zurückfahren wollte. Auf der Kirchenallee bewegte sich der Demonstrationszug ruhig in Richtung Hauptbahnhof. Aus Richtung Hauptbahnhof fuhr ein Mannschaftswagen der Polizei in den Demonstrationszug und wartete bis er etwa die Mitte erreicht hatte. Dann kamen noch einige Einsatzwagen aus Richtung am Strohhause auf den Zug zu, ebenfalls aus Richtung Hauptbahnhof. Aus allen Wagen sprangen Beamte mit Gummiknüppeln in den Demonstrationszug und trieben die Menschen wie die Tiere auf den ZOB zu. An der Ecke Große Allee/ Am Strohhause sah ich einen jungen Mann, dem das Blut aus Ohren, Mund und Nase lief. Ich konnte ihm nicht helfen, ohne Gefahr zu laufen, von der Polizei zusammengeschlagen zu werden. Ich bin bereit, diese Aussagen auf meinen Eid zu nehmen.

gez. Jan Fehland

Gerd Heide, 2 Hamburg 39, Flemingstr. 5, Studienreferendar

Ich saß in der dritten Reihe der sitzenden Demonstranten, grade noch unter der ersten Arkade des Hauptgebäudes. Plötzlich standen alle auf, um den Aufmarsch der ungefähr zehn Mannschaftswagen zu beobachten. Als die Polizisten die Wagen verließen und auf uns zurannten, setzten sich fast alle wieder hin. Ohne Warnung stürzten sich die Polizisten auf die sitzenden Demonstranten und schlugen und traten auf sie ein , ohne ihnen die Möglichkeit zur Flucht zu geben. Es entstand eine Panik, die Demonstranten versuchten, nach rechts und links davonzulaufen, aber da von allen Seiten die knüppelnde Polizei auf uns eindrang, stürzten viele übereinander. Ich kam gleich zu Anfang unter eine große Menge

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus und ZOB

Dieter Westerink, 2 Hamburg 22, Wandsbeker Chaussee 37a

Vor dem Polizeihochhaus am Berliner Tor fand eine Demonstration von ca. 3000 Studenten statt. Die Demonstranten forderten in Sprechchören die Freigabe der vorläufig verhafteten SDS-Angehörigen. Ich befand mich zu Beginn der Demonstration auf dem Straßenbahnkörper in der Straße "Beim Strohhause", stand also nicht mitten in der Menge der Demonstrierenden, sondern etwas entfernt davon. Von meinem Standpunkt aus konnte ich beobachten, daß nach ca. 5 Minuten des Herumstehens - die Demonstranten verhielten sich ruhig - aus Richtung Hauptbahnhof etwa 10 Mannschaftswagen der Hamburger Polizei anrückten. Die Polizisten verließen sofort diese Wagen und stürmten auf das Polizeihochhaus zu. Die Demonstranten hatten sich inzwischen teilweise auf den Boden gesetzt. Ohne Vorwarnung irgendeiner Art begannen die Polizisten (schätzungsweise 150 Mann) mit Knüppeln auf die Demonstranten einzuschlagen. Die Demonstranten wichen sofort vor der Polizei zurück und flüchteten panikartig. Die in die ganze Umgebung verstreuten Gruppen versuchten, sich neu zu formieren, um geordnet zum Audimax zurückzugehen (ungefähr 300 Meter vom Polizeihochhaus entfernt). Das war aber nicht möglich, da die Polizei mit gezogenen Knüppeln im Laufschritt den Demonstranten folgte, die sich dem Zugriff der Polizei durch Flucht entzogen. Es kam kein geordneter Demonstrationszug mehr zustande. Einzelne kleine Gruppen bewegten sich in Richtung Hauptbahnhof.

gez. Dieter Westerink

Julia Carmesin, 2 Hamburg 13, von Melle-Park 17

Die Demonstranten waren vor dem Portal des Polizeihochhauses. Teilweise saßen sie, teilweise standen sie. Das Präsidium wurde von einer fetten Polizeikette und dahinter von einer lockeren Kette abgesichert. Die Demonstranten machten Sprechchöre, ließen jedoch keine Anzeichen für irgendeinen Angriff bemerken. Von hinten kamen Mannschaftswagen. Die Polizisten stellten sich in einem breiten Block hinter den Demonstranten auf und zogen die Knüppel. Da ich oben auf dem Gitter der Straßenbahn stand, konnte ich nicht nur die erste Reihe der Polizisten, sondern auch in deren Reihen hineinsehen. Dabei konnte ich sehen, wie einige die Schußwaffe zogen. Die meisten steckten sie auf einen Wink ihrer Kollegen hin wieder ein. Etwa 4 Polizisten konnte ich erkennen, die die Waffen in der Hand behielten. Plötzlich rannte der Block auf die Demonstranten los und fing an, sie zu prügeln, ohne vorher zu warnen. Die Demonstranten flüchteten in Richtung Hauptbahnhof davon. Die Polizei setzte ihnen unter Gebrüll nach und prügelte brutaler als bei allen vorhergegangenen Prügeleien. Einige Demonstranten waren so stark verprügelt, daß sie sich nicht mehr weiter bewegen konnten. Die Polizei versorgte sie nicht, sondern prügelte sogar noch weiter auf die Wehrlosen ein. Die Demonstranten wurden mehrere Hundert Meter prügelnd von der Polizei verfolgt.

gez. Julia Carmesin

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus und ZOB

Christine Ripp, 2 Hamburg 36, Peterstr. 36

Ich saß vor dem Polizeihochhaus unter den Demonstranten, 3-4 m vor der Polizeikette, als einige Hintensitzende aufsprangen und nach vorne drängten mit dem Schrei: Die schlagen. Ich kam zu Fall, und die von der Polizei vorwärtsgetriebenen Demonstranten traten auf mir herum, ein Polizist zog mich aus dem wirren Haufen der liegenden Menschen heraus und half mir, hinter die Polizeikette zu kommen, wo nicht geprügelt wurde. Schock und Schmerzen, die von der Trampelei herrührten, zwangen mich, mich hinzusetzen. Plötzlich wurde ich von einem Polizisten hochgerissen, der mich barsch anfuhr, ich hätte nun genug Krawall gemacht. Mehrere Beamte kamen hinzu, als sie merkten, daß ich einer Ohnmacht nahe war, faßten mich mehrere Beamte an und zogen und schleppten mich in das Präsidium hinein. Dabei drehten die vorne gehenden Beamten meinen Körper in die entgegengesetzte Richtung, in die die hinten Tragenden drehten. Durch diese absichtliche "Schraubenverdrehung" meines Körpers spürte ich furchtbare Schmerzen und schrie. Beim Transportieren im Hochhaus traten die vorderen Leute mit den Hacken, die hinteren mit den Spitzen mir in den Unterleib und Magen. Man brachte mich in eine Zelle, eine weibliche Beamtin tastete mich ab und stellte fest, daß ich keine Waffen trüge. Ein Beamter in Zivil hielt mich dabei an meiner Hand fest, die seit längerer Zeit wegen Verletzung in einem Verband steckt. Er drückte so fest auf die verbundene Hand, daß ich aufschrie, danach drückte er noch stärker auf meine Wunde und schlug mir mit der anderen flachen Hand ins Gesicht. Man nahm mir Spiegel, Schlüsselbund, Fahrkarte und Ausweis ab und ließ mich allein. Mir wurde schlecht, und ich erbrach mich in der Zelle. Nach 40 Minuten etwa wurde ich zur Vernehmung gerufen, man nahm meine Personalien auf. Dann wurde mir gesagt, daß ich festgenommen worden sei, weil ich mit dem Ruf:"Ihr Schweine" die Polizeikette durchbrochen hätte, einen zivilen Polizeibeamten, der mich daraufhin habe festnehmen wollen, zu Fall gebracht und ihn dann an einen Pfeiler des Polizeihochhauses gedrückt habe, so daß ihm 2 weitere Polizisten hätten zu Hilfe kommen müssen. Zu dritt habe man mich dann überwältigen können. Von einem Dienstwagen wurde ich dann schließlich in die Stadt gefahren.

gez. Christine Ripp

Inge-Anke MacArthur, 2 Hamburg 13, Hagedornstraße 25

Ich hörte von einem Protestzug vor das Polizeipräsidium wegen der Festnahme einiger Angehöriger des SDS und fuhr dorthin. Ich traf dort ein, als ungefähr 20 Personen auf der Straßenseite des und gegenüber des Polizeihochhauses sich versammelt hatten und vor dem Gebäude selber viele Polizisten dabei waren, ihre weißen Mützen gegen verteilte Metallhelme zu vertauschen. Kurze Zeit später traf der Protestzug vor dem Polizeihaus ein und rief laut nach Freilassung der SDS-Angehörigen und verlangte nach einem Gespräch mit Senator Ruhnau. Es entstand vor dem Eingang unter dem Säulendach ein Gedrängele, nach dem einige Demonstranten festgenommen wurden. Danach beruhigte sich die Szene, die Demonstranten setzten sich, bzw. standen teilweise und riefen nur ab und zu im Chor ihre Forderungen. Aus dem Polizeihochhaus strömten dagegen immer mehr Polizisten, auch

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus und ZOB

Inge-Anke MacArthur (Fortsetzung)

etliche in grüner Uniform mit Tschako, die sich im Eingang des Hauses zusammenstellten. Nach kurzer Zeit kamen ungefähr fünf Mannschaftswagen der Polizei die Straße heraufgefahren (mit Blaulicht), es sprangen ca. 150 Polizisten in Ledermänteln und Sturzhelmen heraus und gruppierten sich gegenüber den sitzenden Demonstranten, getrennt von ihnen durch die Straßenbahnschienen, insgesamt ca. 10 Meter. Als sie sich alle versammelt hatten, stürzten sie sich ganz plötzlich auf die Demonstranten mit erhobenen Knüppeln. Obwohl die meisten Demonstranten versuchten, zu laufen, gelang es der Polizei, sehr viele auf die übelste Art zu schlagen, ich sah welche mit zerschlagenen Brillen, welche, die sich die Köpfe hielten, welche ohne Schuhe usw. Ich habe die ganze Zeit vor dem U-Bahn-Eingang direkt vor dem Säuleneingang des Präsidiums gestanden. Die Polizei hat vor dem Angriff in keinerlei Weise die dort Sitzenden aufgefordert, sich zu erheben, oder nach Hause zu gehen. Ohne Vorwarnung und ohne ersichtlichen Grund, wie gesagt, es war von den Demonstranten in keiner Weise etwas beschädigt, oder jemand angegriffen worden oder der Verkehr behindert oder irgendetwas derartiges unternommen worden. Sie saßen nur! Die Polizei warf nach dem Zersprengen der Gruppe vor dem dem Hochhaus Tränengasbomben die Straße herunter und knüppelte in Gruppen zu 10 oder 20 jede auch nur kleinste Ansammlung von Zivilisten auseinander. Wir wurden im Laufschritt und Gebrüll die Straße herunter getrieben,und ich entschloß mich am Siemens-Haus darauf, nach Hause zu gehen. (Gegen 24 Uhr)

gez. Inge-Anke Macarthur

Hermann Görtz, 2 Hamburg 13, Hagedornstr. 25

Ich, Hermann Görtz, 25, Ingenieur, erfuhr durch eine Menschenmenge vor dem Auditorium maximum von dem geplanten Demonstrationszug zum Polizeipräsidium. Da ich die Vorfälle gerne beobachten wollte, fuhr ich zum Polizeipräsidium und traf etwa eine Viertelstunde vor der Ankunft des Demonstrationszuges dort ein. Das Gebäude war in loser Reihe von Polizeibeamten umstellt, die sich zusehends vermehrten. Ich befand mich zu diesem Zeitpunkt am Eingang des U-Bahntunnels, der dem Eingang des Polizeipräsidiums am nächsten in Richtung Stadt lag und konnte die Vorgänge am Präsidiumseingang sehr genau erkennen. Bis zum Eintreffen des Demonstrationszuges waren sehr viele Polizeibeamte aus dem Präsidium gekommen und bildeten eine mehrfache Reihe vor dem Eingang. Einige Minuten nach Eintreffen der Demonstranten kam es zu einer Drängelei vor dem Präsidiumseingang, die von dem Polizeikordon abgewehrt wurde, wobei einige Demonstranten in das Gebäude gebracht wurden. Danach hörten die Tätlichkeiten völlig auf. Die Demonstranten saßen und standen auf dem Bürgersteig und z. T. auf der Straße vor dem Eingang und riefen ihre Parolen. Etwa 10 Minuten später - diesen Zeitraum kann ich nicht genau angeben - kamen in schneller Fahrt mit Blaulicht mehrere Mannschaftswagen der Polizei aus der Richtung Hauptbahnhof und hielten dem Präsidiumseingang gegenüber auf der Straße. Die Polizisten - meiner Schätzung nach 100 - 150 - sprangen aus den Wagen und formierten sich auf den Straßenbahngeleisen. Auf den Befehl eines Beamten hin, der vom Heben des Schlagstockes begleitet wurde, stürzten sich die Polizisten auf die sitzenden und stehenden Demonstranten und schlugen auf diese

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
- 7 - Polizeihochhaus und ZOB

Hermann Görtz (Fortsetzung)

ein. Ich muß ausdrücklich betonen, daß zu diesem Zeitpunkt keinerlei Tätlichkeiten zwischen den Demonstranten und den vor dem Gebäudeeingang postierten Polizisten stattfanden. Die Demonstranten wurden durch das außerordentlich brutale Vorgehen der schlagenden Polizisten vom Eingang vertrieben. Ich selbst mußte meinen Standort fluchtartig verlassen, um nicht Schläge abzubekommen. Im Laufe der nächsten etwa 20 Minuten trieben die Polizisten mit Schlagstock und Tränengasdie Demonstrierenden die Straße herunter in Richtung Hauptbahnhof und schlugen wahllos auf sie ein. Nachdem die Demonstranten und auch ich als Zuschauer bis etwa zur Lindenallee zurückgetrieben waren, verließ ich den Schauplatz. - Auf Befragen füge ich meiner Zeugenaussage hinzu, daß vor dem Angriff auf die Demonstranten durch die Polizei keine Aufforderung ergangen war, den Platz vor dem Präsidium zu räumen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß der Angriff ohne jede Vorwarnung und ohne jeden aus dem Augenblick heraus erkennbaren Grund erfolgte, zu diesem Zeitpunkt verhielten sich die Demonstranten bis auf ihre Rufe völlig ruhig.

gez. Hermann Görtz

Klaus Schmidt, z.Zt. 2 Hamburg 13, V.-Melle-Park 17

Ich befand mich in der Menge vor dem Polizeipräsidium. Die Polizei ließ die Demonstranten vor dem Eingang des Polizeipräsidiums in den Sitzstreik treten. Als die Demonstranten etwa 5 - 10 Minuten saßen, fuhren vor dem Polizeipräsidium in etwa 30 m hinter den Demonstranten mehrere Mannschaftswagen vor. Nachdem die Polizei in breiten Ketten vor den Demonstranten Aufstellung genommen hatten, ging sie im Laufschritt gegen die Demonstranten vor und schlug mit den Gummiknüppeln auf die Sitzenden und auch auf die fliehenden Teilnehmer der Demonstration ein. Ich sah, wie mehrere weibliche Teilnehmer der Demonstration von mehreren Polizisten zugleich geschlagen wurden. Die Polizeiketten gingen auch noch gegen Demonstranten vor, die bereits bis zu 500 m vom Polizeipräsidium entfernt waren und wegliefen. Ich selber wurde von zwei Beamten etwa 5 bis 10 m vor den Arkaden des Produktionkaufhauses von zwei Polizisten angegriffen. Ich bekam einen Schlag von hinten auf den Kopf. Verletzungen trug ich nicht davon, da ich einen Schutzhelm trug. Der zweite Polizist schlug nach meiner Schulter, streifte mich jedoch nur, sodaß ich keine sonstige Verletzung bekam.

gez. Klaus Schmidt, Chemielaborant

Andreas Tonczak, 2 Schenefeld, Lernsenstr. 89, Studienreferendar

Ich kam zum Polizeipräsidium, als der Demonstrationszug schon angekommen war. Ich ging zu dem Teil der Demonstranten, die sich vor dem Präsidium hingesetzt hatten. Kurz darauf fuhren neun Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei mit hoher Geschwindigkeit vor. Nur durch scharfes Bremsen der Wagen und rasches Beiseitespringen der auf der Straße stehenden Demonstranten konnte ein Überfahrenwerden von Demonstranten verhindert werden. Die Polizei sprang aus den Wagen, hob auf Kommando die Gummiknüppel und fiel ohne Vorwarnung sofort über die sitzenden Demonstranten her. Mir gelang es, in Richtung ZOB auszuweichen so schnell ich konnte.

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus und ZOB

Andreas Tomczak (Fortsetzung)

Ich ging auf die dem Polizeipräsidium gegenüberliegende Straßenseite hinüber, da ich dort einen bewußtlosen blutüberströmtem Demonstranten liegen sah, um den sich zwei Mitdemonstranten kümmerten. Ich bat die Polizisten um einen Verbandskasten, der mir jedoch mit dem dem Hinweis, wir könnten ruhig auf den Unfallwagen warten, verweigert wurde. Nach einigen Minuten erschien der Unfallwagen. Inzwischen kam eine weitere verletzte Demonstrantin hinzu, die von der Polizei in Stacheldraht gezerrt sich den rechten Unterschenkel verwundet hatte. Als der am Boden liegende Verletzte abtransportiert wurde, trugen zwei Demonstranten einen bewußtlosen Studenten (Peter Schütt) aus einem Hausflur. Auch er wurde abtransportiert. Solange ich mich um den Verletzten kümmerte, war ich von der Polizei nicht behelligt worden. Die anderen Demonstranten waren inzwischen etwa 150 bis 200 m von der Polizei in Richtung ZOB gejagt worden. Kaum waren die Verletzten im Unfallwagen, schrie mich ein Polizist an, was ich hier noch zu suchen habe und holte zu einem Schlag aus. Ich lief so schnell ich konnte in Richtung ZOB. Dabei mußte ich durch mehrere Polizeiketten hindurch, wobei ich mehrere Schläge auf den Kopf (mit einem Plastikhelm geschützt) und auf den Rücken erhielt. Glücklicherweise kam ich nicht zu Fall und erreichte so noch die anderen Demonstranten, die sich kurz darauf in Richtung Hauptbahnhof in Marsch setzten.

gez. Andreas Tomczak

Astrid Grell, 18, kaufm.Angestellte, 23 Kiel 17, Lobsienweg 6

Gegen 23 Uhr befand ich mich vor dem Haupteingang des Polizeihochhauses. Ungefähr 20 Studenten waren bereits versammelt. Man diskutierte mit den Polizisten, die vor den Gebäude aufgereiht waren. Eine Viertelstunde später näherte sich ein Demonstrationszug von etwa 3000 Leuten. Wir setzten uns vor das Gebäude und forderten in Sprechchören die Freilassung des SDS. Währenddessen versammelten sich etwa 200 Polizisten auf dem Mittelstreifen der Straße. Auf Kommando stürzten sie auf uns zu, die Reihe vor dem Gebäude kam von der anderen Seite. Unsere Versammlung wurde durch rücksichtslose Stockhiebe auseinandergetrieben. Wir liefen in entgegengesetzten Richtungen die Straße hinunter. Ich selbst bekam im Laufen einen schweren Stockschlag auf den Rücken. Ich habe drei Verletzte gesehen, auf die die Polizei losgeprügelt hat, obwohl sie schon auf den Boden lagen und sich nicht wehren konnten. Als dann Tränengas eingesetzt wurde, machten wir uns auf den Weg zum Hauptbahnhof. Ich möchte noch einmal bekräftigen, daß die Polizei, ohne von uns durch gewalttätige Handlungen provoziert worden zu sein, und ohne, daß sie uns vorher aufforderte, den Platz zu räumen, rücksichtslos von ihren Schlagstöcken Gebrauch machte.

gez. Astrid Grell

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Polizeihochhaus und ZOB

Gerd Heide (Fortsetzung)

anderer flüchtender und bereits niedergeschlagener Demonstranten zu liegen. Andere Demonstranten versuchten, über uns hinwegzukrabbeln. Ich schrie um Hilfe, meine Brust und mein Unterleib wurden so zusammengequetscht, daß ich nicht mehr schreien konnte und keine Luft mehr bekam. Unter mir lag noch eine Schicht von Demonstranten. La ngsam wurde ich bewußtlos. Plötzlich war oben alles frei. Ich versuchte, aufzustehen, bekam einen gezielten Tritt in den Unterleib und fiel wieder hin. Ein Demonstrant, der unter mir lag, blieb liegen. Ich lief über die Straße. Auf der anderen Seit lagen mehrere zusammengeschlagene Demonstranten, die alleine oder mit Hilfe anderer Demonstranten die andere Straßenseite erreicht hatten, bevor sie zusammenbrachen. Ich kümmerte mich um einen verletzten jungen Mann, der aus Mund und Nase blutete. Er hatte offensichtlich einen oder mehrere Schläge über den Kopf bekaommen. Wir legten ihn hin, da ein anwesender Arzt einen Schädelbruch vermutete. Wir riefen nach Sanitätern, Inzwischen kamen die Polizisten über die Straße gelaufen. Der Arzt verbot uns, den Verletzten aus der Gefahrenzone herauszutragen. Später kam ein Sanitätswagen und transportierte ihn ab. Wir flüchteten vor der wieder im Sturmschrittt angreifenden Polizei in Richtung Hauptbahnhof. Vorher war noch ein Polizeimannschaftswagen direkt indie flüchtende Menge hineingefahren, seine Kennummer war 3371. Ich bin bereit, diese Aussage unter meinen Eid zu nehmen.

gez. Gerd Heide

Hartmut Reiser, Kunstmaler, 2 Hamburg 66, Specksaalredder 29

Ich wurde am Montag, den 15. April bei der friedlichen Demonstration vor dem Hamburger Polizeipräsidium aus der Reihe der Demonstranten gezielt herausgegriffen ("Greift euch den mit den langen Haaren!") und von fünf oder sechs Beamten gleichzeitig mit Gummiknüppeln und Faustschlägen bearbeitet, - dann mit brutalsten Methoden (gezielte Knüppelschläge auf den Kopf, gezielte Schläge in die Geschlechtspartien) durch die Räume und Gänge des Polizeipräsidiums bis in die Zelle geprügelt. All dies geschah unter den Augen höherer Zivilbeamter, die sich nicht bemüßigt fühlten, einzugreifen, sondern die Polizeibeamten durch unartikuliertes Rufen noch anfeuerten. Nach mehrstündigem Warten in der Zelle wurde ich von Kriminalbeamten verhört, wo ich nur Angaben zur Person machte, Angaben zur Sache aber verweigerte. Ich wurde von den Beamten darauf hingewiesen, daß Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung gegen mich erstattet würde. Dabei hätte ich mich, selbst wenn ich gewollt hätte, nicht gegen den plötzlichen und für mich unerwarteten Überfall von Seiten der Polizei beamten wehren können. Nach der Vernehmung wurde ich für eine weitere Stunde in meine Zelle zurückgeschickt. Danch wurde ich zum Erkennungsdienst überwiesen . Ich weigerte mich zunächst verbal, mir diese entwürdigende Behandlung (Fotos, Fin erabdrücke und Messung der Körpergröße) gefallen zu lassen, doch man drohte mir, da nach den Worten der Beamten mein Protest nicht rechtmäßig war, mit physischen Repressalien. Durch die vorhergehende Behandlung war ich derart eingeschüchtert, daß ich es nicht wagte, und sei es nur verbal, mich weiter zur Wehr zu setzen. Nach ungefähr einer weiteren Stunde Zellenaufenthalt ließ man mich ohne weitere Angaben frei. Gegebenenfalls bin ich bereit, diese Aussagen unter meinen Eid zu nehmen.

Zeugenaussagen: Ostermontag, 15. April 1968
Caffamacherreihe/Gorch-Fock-Wall

Julia Carmesin, 2 Hamburg 13, von Melle-Park 17

Als der Zug der Demonstranten vom Stephansplatz über den Gorch-Fock-Wall zum Karl-Muck-Platz kam, stürzten plötzlich etwa 20 Polizisten im Sturzhelm vor, rissen einen Demonstranten aus der Flanke des Zuges und begannen, mit Knüppeln auf ihn einzuschlagen. Sofort scharten sich andere Demonstranten um den geprügelten Genossen und versuchten, ihn zu befreien. Diese Situation der allgemeinen Auflösung der Ketten nützte die Polizei, um sich ein neues Opfer zu holen. Die Demonstranten bemerkten dies erst sehr spät, nachdem 4 Polizisten schon so lange auf den herausgegriffenen Demonstranten geknüppelt hatten, bis er sich nicht mehr bewegte. Dann schleiften die Polizisten den im Gesicht blutig geschlagenen Demonstranten über das Straßenpflaster, indem sie ihn an einem Arm zogen und die Beine hochhielten. Auch dabei knüppelten sie noch auf den Demonstranten. Dann wurde der verletzte Demonstrant in einen bereitstehenden Peterwagen gestoßen.

gez. Julia Carmesin

Klaus Gattermann, 2 Hamburg 13, Harvestehuder Weg 7

Als wir uns an der Caffamacherreihe auf die Straße setzten, ging die Polizei ohne jegliche Vorwarnung mit gezücktem Knüppel im Sturmlauf auf die friedlich dasitzenden Demonstranten los und knüppelte, trat und boxte die Straße frei. Mich selbst packten 2 Polizisten, rissen meine Beine nach oben und auseinander, und der Polizist, der mein linkes Bein packte, trat mir mehrfach in die Geschlechtsteile. Den gleichen Vorgang habe ich kurz danach noch einmal gesehen. (ca. 19.30 - 20.oo Uhr)

gez. Klaus Gattermann

Karl-Heinz Boisch, 2 Hamburg 52, Fontanestraße 12

Ich befand mich in der zweiten Reihe eines friedlichen Demonstrantenzuges, der gegen 17,30 Uhr vom Holstenwall vor der Musikhalle in die Kaiser-Wilhelm-Straße einbiegen wollte. Während der Schwenkung des Zuges griff uns unvermittelt ein Trupp Polizisten an, etwa ein Dutzend, die mit Knüppeln bewaffnet waren. Mehrere Polizisten griffen sich einen jungen Demonstranten heraus und schlugen dessen Gesicht blutig. Der Demonstrant wurde im Peterwagen abtransportiert. Ich lege ein Photo aus der Hamburger Morgenpost, Seite 3, erste Auflage vom 16.4. 1968 bei. Das Photo kann zur Identifizierung von zwei polizeilichen Tätern dienen.

gez. Karl-Heinz Boisch

22.04.1968:
Der AStA der Universität Hamburg gibt sein 'Auditorium - Hamburger Studentenzeitung' Nr. 53 (vgl. 29.1.1968, Mai 1968) für April vermutlich in dieser Woche in einer Auflage von 10 000 Stück heraus. Eine teilweise verbreitete Beilage der Burschenschaft Alemannia-Redaria lag uns nicht vor.

Das Titelbild ist Axel Springer gewidmet. Die Innenseite enthält Bilder der Osterunruhen in Hamburg. Berichtet wird von diesen auch aus Bochum, Frankfurt, Göttingen, Heidelberg bzw. Eßlingen, Kiel, Köln, München und Münster sowie in einer Reihe von Beiträgen. Hans Erich Bahr, Ordinarius für praktische Theologie an der Ruhruni Bochum (RUB) erklärt: "Schweigen ist Verrat". Jens Litten eröffnet in einer Stellungnahme des AStA "Perspektiven", Urs Möller definiert "Pressefreiheit: Freiheit VON der Springerpresse", Peter Münder stellt fest: "Wir schießen zurück!", Wolfgang E. Bolz entrichtet "Dank an Professor Weichmann".

Jenseits der Osterunruhen widmet sich R. Winter in "Ein Filmspiegel für Ordinarien" dem Vorlesungsverzeichnis der Germanistik und Literaturwissenschaft, Richard E. Otto rezensiert in "Studienverführer" den Hamburger Studienführer.

Sven G. Papcke stellt fest: "War is peace. Zur Ideologie der Friedfertigkeit des Westens", Reginald Lark verkündet Thesen "Von der Gewalt", Wolf Walter verfasst "'Zionisten' machen sit-ins. Ein Bericht über die Studentenrebellion in Polen". Tobias Strunk und Peter Münder ergehen sich bzgl. Großbritanniens in "Erinnerungen an die KU beim Besuch der Londoner Anti-University". Aus den USA berichtet Dirk Hoerder von MLK in "Martin Luther King - Attentat auf die Gewaltlosigkeit".

Rezensiert werden Klaus Dörner: "Die Hochschulpsychiatrie", H. J. Schoeps / Chr. Dannemann (Hrg.):"Die rebellischen Studenten", André Gorz: "Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus" und Siegried Bernfeld: "Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung".

Beworben werden u.a. die 'Sozialistischen Hefte' sowie die Katholische Studentengemeinde (KSG) in der Rentzelstraße 17.
Q: Auditorium Nr. 53, Hamburg Apr. 1968

23.04.1968:
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, beantwortet die Kleine Anfrage von Ursula Besser (CDU) vom 8.4.1968 zu den Disziplinarverfahren gegen Landesbedienstete, die an der Vietnamdemonstration am 18.2.1968 teilgenommen haben.
Q: Landespressedienst Nr. 84, Berlin 29.4.1968, S. 1ff

1-3

-Doppel-

Landespressedienst

BERLIN

Aus dem Abgeordnetenhaus

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78013929

INSTITUT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT BERLIN

GO 202

29. April 1968
Nr. 84

KLEINE ANFRAGEN

In einer Kleinen Anfrage der Abgeordneten Dr. Ursula Besser (CDU) vom 8. April wird der Senat über Disziplinarverfahren gegen Bedienstete des Landes Berlin, die an der Vietnam-Demonstration am 18. Februar 1968 teilgenommen haben, gefragt:

"1. Hat der Senat - entsprechend seiner Zusage vor dem Abgeordnetenhaus - geprüft, ob er die oben angegebenen Disziplinarverfahren einleiten wird?

2. Zu welchem Ergebnis ist er gegebenenfalls gekommen?

3. Wird er das Ergebnis den Fraktionen zur Kenntnis geben und wann ist damit zu rechnen?"

Die vom Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz und vom Senator für Inneres, Kurt Neubauer, unterzeichnete Antwort des Senats vom 23. April lautet:

"1. Nach § 32 Abs. 1 der Landesdisziplinarordnung sind für Beamte, hinsichtlich derer der Senat das Ernennungsrecht ausübt, die zuständige oberste Dienstbehörde (§ 3 des Landesbeamtengesetzes), für alle anderen Beamten die zuständige Dienstbehörde (§ 4 des Landesbeamtengesetzes) für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zuständig. Der Senat ist also in keinem Falle in der Lage, ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Ein gleichwohl von ihm eingeleitetes Verfahren würde schon wegen dieses Zuständigkeitsmangels vom Disziplinargericht eingestellt werden (§ 52 Abs. 1 Nr. 1 der Landesdisziplinarordnung).

2. Der Senat hat alsbald nach dem 18. Februar 1968 den Senator für Inneres beauftragt, im Rahmen seiner allgemeinen Zuständigkeit zu prüfen, inwieweit disziplinarrechtliche Maßnahmen gegen Bedienstete des Landes Berlin, die an der Vietnam-Demonstration teilgenommen haben, einzuleiten sind. Der Senator für Inneres hat daraufhin die als Anlage beigefügte gutachtliche Stellungnahme vorgelegt, die der Senat am 12. März 1968 zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

3. Abzüge der in Ziffer 2 erwähnten gutachtlichen Stellungnahme sind den Senatsmitgliedern, den Bezirksbürgermeistern und den Mitgliedern des Innenausschusses zur Kenntnisnahme zugeleitet worden."

- 2 -

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Gerhard Habermacher

Die der Antwort beigefügte Stellungnahme hat folgenden Wortlaut:

"Als Dienstpflichten, die durch die Teilnahme eines Beamten des Landes Berlin an der Demonstration vom 18. Februar 1968 verletzt sein könnten, kommen in Betracht:

1. Nach § 18 Abs. 2 LBG muß sich der Beamte durch sein gesamtes dienstliches und außerdienstliches Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin bekennen und für deren Erhaltung eintreten.

2. Gemäß § 19 LBG hat der Beamte bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben.

3. Nach § 20 Satz 3 LBG muß das Verhalten des Beamten innerhalb und außerhalb des Dienstes der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die sein Beruf erfordert.

Zu 1.: Für § 18 Abs. 2 LBG kommt es vor allem auf den Charakter der Demonstrationen an. Dafür ist u.a. von Bedeutung, wer als Veranstalter der Demonstration aufgetreten ist.

Die Demonstration am 18. Februar 1968 ist von folgenden Organisationen veranstaltet worden: Liberaler Studentenbund, Landesverband Berlin; Evangelische Studentengemeinde. Diese Organisationen sind bisher nicht als Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Erscheinung getreten. Sie haben sich vielmehr im Gegenteil wiederholt sogar für Verbesserungen und die Abstellung von Mängeln eingesetzt. Der Senat von Berlin hat seinen Bediensteten für diese Veranstaltung kein Teilnahmeverbot erteilt. Die Demonstration ist auch vom Verwaltungsgericht Berlin durch einstweilige Anordnung genehmigt worden (Az.: VG VII A 20/68). Es ist somit davon auszugehen, daß die Demonstration als solche nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet war. Daher kann die bloße Teilnahme an der Demonstration vom 18. Februar 1968 nicht als Verstoß gegen die Dienstpflicht, sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu bekennen, gewertet werden.

Eine andere Beurteilung der Teilnahme an Demonstrationen könnte sich allerdings ergeben, wenn das von den Veranstaltern ursprünglich gesetzte Ziel etwa durch Hinzutreten anderer Gruppen verfälscht wird oder bei der Demonstration Exzesse vorkommen.

Verfälschungen des ursprünglichen Demonstrationszweckes können eintreten, wenn ein Veranstalter, der nicht als Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekannt ist, von Gegnern dieser Ordnung vorgeschoben wird oder eine sich zunächst im Rahmen der demokratischen Grundordnung haltende Veranstaltung durch Massenteilnahme von Gegnern der Grundordnung 'umfunktioniert' wird, also z.B. überwiegend verfassungsfeindliche Symbole, Spruchbänder oder Plakate gezeigt oder gleichartige Reden gehalten werden. Exzesse kämen in Betracht, wenn z.B. Plakate mitgeführt werden, die über den Zweck der Demonstration hinausgehend allgemeine Angriffe gegen die Politik der Regierungsmitglieder enthalten.

Inwieweit hierfür jedoch der einzelne Demonstrationsteilnehmer disziplinarrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann, hängt von den Umständen des Einzelfalles ab und ist darüber hinaus im wesentlichen eine Beweisfrage. Denn das Disziplinarrecht dient der dienstrechtlichen Würdigung eines Einzelfalles. Deshalb muß stets in allen Einzelheiten geprüft werden, ob der betreffende Beamte

-3 -

selbst gegen § 18 Abs. 2 LBG verstoßen hat. Schon aus diesem Grunde kann nicht generell gesagt werden, daß jeder Beamte, der an der Demonstration teilgenommen hat, seine Dienstpflicht verletzt hat und daher disziplinarrechtlich zur Verantwortung gezogen werden muß.

Soweit dem einzelnen Beamten nicht nachgewiesen werden kann, daß er z.B. an den Exzessen durch Herstellung bzw. Tragen der fraglichen Transparente mitgewirkt hat, wird es darauf ankommen, inwieweit er die Exzesse oder das 'Umfunktionieren' des eigentlichen Demonstrationszwecks voraussehen oder erkennen konnte. Dieser Nachweis wird schwer zu führen sein; denn von dem einzelnen Beamten kann z.B. kaum verlangt werden, derartige Entwicklungen vorauszusehen, nachdem das Verwaltungsgericht die Demonstration genehmigt hatte, also offenbar vom Gegenteil ausging.

Zu 2.: Die Pflicht des Beamten zur Mäßigung und Zurückhaltung bei politischer Betätigung (§ 19 LBG) kann nicht bedeuten, daß der Beamte grundsätzlich an keiner Demonstration teilnehmen darf. Unter dem Gebot zur politischen Mäßigung im Sinne von § 19 LBG ist vielmehr nur ein Verbot zu extremer politischer Betätigung zu verstehen Eine solche extreme politische Betätigung ist aber in der bloßen Teilnahme an einer vom Verwaltungsgericht genehmigten Demonstration nicht zu sehen. Die Teilnahme an Exzessen auf der Demonstration würde allerdings gegen das Gebot der politischen Mäßigung verstoßen Aber dafür muß dem Beamten, wie bereits zu 1. ausgeführt, die Teilnahme an dem Exzeß nachgewiesen werden.

Zu 3.: In der Teilnahme eines Beamten an einer genehmigten Demonstration kann auch grundsätzlich keine Verletzung seiner Dienstpflicht zu achtungs- und vertrauenswürdigem Verhalten außerhalb des Dienstes (§ 20 Satz 3 LBG) gesehen werden. Denn nach dem Gesetz zur Neuordnung des Bundesdisziplinarrechts ist § 45 des Beamtenrechtsrahmengesetzes dahin geändert worden, daß ein Verhalten des Beamten außerhalb des Dienstes nur dann ein Dienstvergehen ist, 'wenn es nach den Umständen des Einzelfalles in besonderem Maße geeignet ist, Achtung und Vertrauen in einer für sein Amt oder das Ansehen des Beamtentums bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen'. Das Berliner Landesbeamtengesetz muß dieser Neuregelung noch angepaßt werden, sie wird aber bereits jetzt angewandt. Daher kann in der bloßen Teilnahme eines Beamten an einer genehmigten Demonstration kein Verhalten gesehen werden, das im besonderen Maße geeignet wäre, Achtung und Vertrauen in einer für das Amt des Beamten oder das Ansehen des Beamtentums bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen. Für die Teilnahme an Exzessen gilt das zu 1. und 2. Gesagte."

*

Der Abgeordnete Jürgen Stürzkober (FDP) hat am 10. April folgende Kleine Anfrage an den Senat gerichtet:

"1. Ist der Senat bereit, im Einvernehmen mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften dafür zu sorgen, daß die Unterbringung von Mietern aus den Obdachlosenasylen und den Sanierungsgebieten in die neu entstandenen Bauviertel Berlins besser mit den beteiligten Stellen koordiniert wird?

2. Was gedenkt der Senat zu tun, um bereits eingetretene Mißstände wie z.B. in der Gropius-Stadt zu beseitigen?"

23.04.1968:
An der FU Berlin verfasst eine Reihe von Professoren, die die Stellungnahme der FU zum Entwurf des Universitätsgesetzes ablehnen, die Erklärung "Einige Grundsätze für eine zukünftige Universität".
Q: Arndt, H. et al.: Einige Grundsätze für eine zukünftige Universität, Berlin 23.4.1968

E0702

Berlin, den 23. April 1968

Einige Grundsätze für eine zukünftige Universität

Die Unterzeichner dieser Erklärung, Ordinarien an der Freien Universität Ber können die im März 1968 veröffentlichte "Stellungnahme der Freien Universität Berlin zum Entwurf des Senators für Wissenschaft und Kunst für ein Universitätsgesetz vom 19. Juni 1967" in wesentlichen Punkten nicht akzeptieren.

Sie finden, daß diese "Gegenvorschläge", weit entfernt von dem Anspruch ihre Verfasser, "sich von Ideologien und Vorurteilen fernzuhalten" (A - I), im Geg teil konservative Ideologien und Vorurteile widerspiegeln, die mit den Erfordernissen dieser Zeit unvereinbar sind.

Zudem bezweifeln die Unterzeichner, daß es sich dabei um eine angemessene Darstellung der Meinungen einer repräsentativen Mehrheit der Ordinarien - geschweige der Universitätsangehörigen überhaupt - handelt. Sie sind von der Art, in der hier anonym bleibende Verfasser höchst umstrittene Auffassungen im Namen "der Freien Universität Berlin" der Öffentlichkeit übergeben haben, befremdet und lehnen diesen Anspruch ab.

Aus diesen Gründen haben die Unterzeichner sich entschlossen, im Folgenden einige Grundsätze zu formulieren, die nach ihrer Überzeugung bei der Ausarbeitung eines neuen Universitätsgesetzes unbedingt berücksichtigt werden sollten.

1. Die moderne Universität muß sich als Bestandteil einer sich ständig wandelnden Gesellschaft verstehen und muß unter diesem Gesichtspunkt ihre Aufgaben bestimmen. Dies gilt nicht nur für Lehre und Forschung, sondern auch für die neuen Anforderungen der Weiterbildung bereits ausgebildeter Akademiker und für die geistige Ausrüstung junger Menschen zum Zeitverständnis und zur selbstverantwortlichen Mitwirkung an der Gestaltung einer demokratischen und humanen Gesellschaft.

2. Beschäftigung mit Fragen der Gesellschafts- und Staatsordnung sowie der inter- und übernationalen Beziehungen gehört deshalb zu den Pflichten der modernen Universität, über die entsprechenden Fachstudien hinaus.

3. Zur Erfüllung dieser Aufgaben muß die Universität selbst demokratisch strukturiert sein. Sie muß allen ihren Mitgliedern Gelegenheit zum Erlernen

demokratischer Verhaltensweisen gewähren. Sie muß selbst die Vorteile ständigen Austausches von Ideen und Erfahrungen nutzen können. Hierbei muß den in jeder Bildungsinstitution gegebenen Unterschieden des Wissens und der Erfahrung und den Erfordernissen der organisatorischen und personellen Kontinuität Rechnung getragen werden.

4. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit weitgehender (in geeigneten Fällen auch paritätischer) Beteiligung von Vertretern aller Stufen des Lehrkörpers, der Assistenten und der Studenten an der Anregung, Beratung und Entscheidu in den für sie wesentlichen Angelegenheiten des Universitätslebens. Dies bedingt, daß alle genannten Gruppen in allen Gremien der Universität, auf den Ebenen der Gesamtuniversität, der Fakultäten, Abteilungen und Institute angemessen vertreten sein sollten. Versammlungen aller Angehörigen von Instituten und Abteilungen sollten der Aussprache und gegenseitigen Verständig dienen.

5. Im Interesse der Realisierung dieser Grundsätze sollte die Universität so strukturiert sein, daß die einzelnen Gremien übersichtlich und in ihren Funktionen allen Mitgliedern verständlich sind und daß die Beteiligung an ihnen keine unzumutbare zeitliche Belastung mit sich bringt. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der Dezentralisierung. Beratungen und Entscheidungen sollten möglichst nahe der Ebene des Sachverstandes bzw. ihrer Verwirklichung stattfinden, d.h. je nach der Art des zu behandelnden Problems auf der Ebene der Arbeitsgruppen bzw. Institute (für engere Fachbereiche) oder der Abteilungen (für die Koordination verwandter Fachgebiete). Ihnen gegenüber sollten die Fakultäten lediglich für übergreifende Aufgaben zuständig bleiben.

6. Wirksame Lehrtätigkeit bedingt heute mehr denn je Diskussion zwischen allen Beteiligten und Beteiligung auch der Studenten an der Forschung, zur ständigen Überprüfung, Korrektur und Erweiterung unseres Wissens und zur Vermittlung der Voraussetzungen unabhängigen und schöpferischen Denkens. Nur so kann der Akademiker befähigt werden, den sich immer rascher wandelnden Erfordernissen der Praxis zu genügen.

Dies bedeutet, daß die Verbindung von Lehre und Forschung im Leben der Universität für alle ihre Mitglieder verwirklicht werden sollte, und zwar so weit wie möglich im Einklang mit ihren persönlichen Interessen und Begabungen. Lehrveranstaltungen und Forschungsvorhaben sollten möglichst gemeinsam von allen Beteiligten geplant und in gemeinsamer Verantwortung durchgeführt werden.

7. Die ohnehin heute nicht mehr voll geltenden schroffen Unterschiede zwischen Ordinarien und Nichtordinarien, Dozenten und Assistenten werden dadurch eine weitere Abschwächung erfahren. Nichthabilitierte Assistenten werden immer größere Verantwortung für Lehr- und Forschungsvorhaben übernehmen. Unter diesen Umständen wird die sachliche Bedeutung des überlieferten Habilitationsverfahrens immer zweifelhafter. Es ist zu erwägen, ob es nicht durch elastischere Anforderungen ersetzt werden könnte, die den Betätigungen junger Wissenschaftler in der modernen Universität und der Vielfalt der von ihnen zu erfüllenden Aufgaben besser entsprechen.

8. Die Entscheidung über die Alternative Rektor oder Präsident sollte der Universität selbst überlassen bleiben. Welche der beiden Lösungen die bessere ist, wird weitgehend von den zur Verfügung stehenden Kandidaten abhängen. Für den Fall des Präsidentensystems sollte jedenfalls eine Persönlichkeit mit angemessener Erfahrung in akademischer Lehre und Forschung (nicht notwendigerweise ein Ordinarius) in freier Entscheidung der Universität gewählt werden. In Anbetracht des völligen Mangels an Erfahrung mit dem Präsidentensystem im deutschen Sprachgebiet und der Unmöglichkeit einer direkten Übertragung aus den USA, wo die Grundstruktur eine andere ist, sollte die Universität jedoch Gelegenheit zu reiflicher Abklärung und gegebenenfalls zum Experiment haben. In jedem Fall wird der Rektor oder der Präsident einer effektiven Beratung und Kontrolle durch den Akademischen Senat und das Konzil bedürfen.

Prof. Dr. Helmut Arndt
Richard F. Behrendt
Joachim Bumke
Dieter Claessens
Fritz Eberhard
Gert von Eynern
Gerhard Fecht
Wolfram Fischer
Ossip K. Flechtheim
Carl-Ludwig Furck
Otto Heinrich v.d. Gablentz
Helmut Gollwitzer
Klaus Günther
Heinrich Matthias Heinrichs
Klaus Holzkamp
Georg Kümmel
Eberhard Lämmert
Rudolf Lennert
Peter Christian Ludz
Alexander Schwan
Kurt Sontheimer
Rudolph Stephan
Jacob Taubes
Klaus Urich
Peter Wapnewski
Siegfried Wilking
Wilhelm Weischedel
Gilbert Ziebura
Charles H. Nichols
Michael Landmann

23.04.1968:
An der FU Berlin gibt der Rektor im Einvernehmen mit dem Dekan der Philosophischen Fakultät vermutlich heute eine Presseerklärung zum Institut für Publizistik heraus.
Q: N. N.: Zu den am Montag…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

~23.4.68 E0402

Zu den am Montag auf der Vollversammlung der Publizistikstudenten erfolgten Resolutionen hat der Rektor der Freien Universität Berlin im Einvernehmen mit dem Dekan der Philosophischen Fakultät der Presse folgende Erklärung übergeben:

"Auf Versammlungen und in Flugblättern der Studentenvertreter des Instituts für Publizistik wird behauptet: 'Seit über 3 Jahren ruinieren die Professoren der Philosophischen Fakultät das Institut für Publizistik, indem sie die Berufungsverhandlungen zur Neubesetzung des Ordinariats für Publizistik verschleppen und dadurch die Produktivkraft der Studenten auf das Unerträglichste verschleudern.'

Diese Unterstellung weist der Rektor der Freien Universität Berlin im Einvernehmen mit dem Dekan der Philosophischen Fakultät nachdrücklich zurück.

Nach der Emeritierung des ersten Direktors des Institutes für Publizistik an der Freien Universität Berlin, Professor Dr. Emil Dovifat, im Jahre 1959 stand die Philosophische Fakultät bei den Beratungen über die Nachfolge vor grundsätzlichen Schwierigkeiten. Einerseits war in dem relativ jungen Fach kein ausreichend wissenschaftlich qualifizierter Nachwuchs zu erkennen. Andererseits waren Persönlichkeiten aus dem Bereich der publizistischen Praxis nicht gewillt, ihre Tätigkeit zugunsten einer vornehmlich theoretisch wissenschaftlichen Arbeit aufzugeben. Zwar gelang es der Philosophischen Fakultät, in der Person von Dr. Fritz Eberhard einen namhaften Publizisten zu finden, der geeignet und bereit war, für eine Übergangszeit die Leitung des Institutes kommissarisch zu übernehmen. Jedoch waren die weiterlaufenden Bemühungen, den vakanten Lehrstuhl mit einem Ordinarius ordnungsgemäss wieder zu besetzen, lange Zeit nicht erfolgreich. Als im Januar 1967 schliesslich dem Senator für Wissenschaft und Kunst ein aussichtsreicher Berufungsvorschlag vorgelegt werden konnte, meldete die Studentenvertretung des Institutes für Publizistik dagegen starke Bedenken an. Der Kandidat hat im Juni 1967 den Ruf an die Freie Universität abgelehnt, so dass sich für die Fakultät erneut die geschilderten Besetzungsschwierigkeiten ergaben.

Im Augenblick stehen drei Kandidaten zur Debatte, davon wurden zwei zu Colloquien geladen, an denen Studenten, Assistenten und Professoren teilnehmen werden. Über den dritten Kandidaten wird in einer Sitzung der Berufungskommission beraten. Somit steht fest, dass noch in diesem Semester eine endgültige Entscheidung über die Neubesetzung des Ordinariats für Publizistik herbeigeführt werden soll.

Jedoch ist nach dem Streik der Studenten des Instituts für Publizistik in Universitätskreisen die Befürchtung lautgeworden, dass nunmehr die baldige Besetzung des vakanten Lehrstuhls erneut in Frage gestellt sein könnte."

23.04.1968:
Im SDS Berlin erscheint ein Rundbrief.
Q: N. N. (SDS): Genossinnen und…, Berlin 23.4.1968

Genossinnen und Genossen, 23.4.68

hier einige kurze Informationen:

WICHTIG: Am Donnerstag, 25.4. will SCHÜTZ um 18.30 Uhr in der ESG, Gelfertstr. mit einigen ASTA Vertretern, Liberalinskis und Ausserparlamentarischen intern diskutieren. Wir treffen uns um 18.00 Uhr in der ESG !!!

BASISGRUPPEN: Die dezentralisierten Basisgruppen (Örtliche Agitationsgruppen) arbeiten zur Vorbereitung des 1. Mai. Die Mitarbeit weiterer Genossen ist notwendig. Adressen umseitig. Nächstes Treffen der Basisgruppen: Mittwoch, 24.4., 18.00 Zentrum

GENERALRAT: findet am Samstag, 4. Mai, 11.00 Uhr statt. Der Ort wird noch bekannt gegeben.

KARTEI: Wir misten die Kartei aus und bauen sie um. BITTE, Genossen, füllt die beiliegenden Logen aus, so blöd sie auch sind. Es ist einfach notwendig. Ausserdem hängt davon ab, wer in Zukunft noch Rundbriefe bekommt. Seht das ein, der Schlampmist hier geht nicht so weiter.

BÜRO: ist jeden Tag ausser Sonntag von 15.00 bis 18.30 offen. Allerdings nur solange, wie Ihr, Genossen, willens seid, dem Generalobersekretärgenossen Welter täglich 2 Stunden zu helfen.

Mit sozialistischen Grüssen

Genossen Eckert/Rauch/Welter

Imzentrumgibtespillen. Helftmitimbüro. Imzentrumgibtespillen. Helftmitimbüro.

23.04.1968:
An der FU Berlin gibt der LSD das Flugblatt "Die Maus, die brüllte…" heraus zum AStA-Vorsitzenden Landsberg.
Q: LSD: Die Maus, die brüllte…, Berlin 23.4.1968

23.4.66

SDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSD

Die Maus, die brüllte...

(Lesen Sie auch Teil I: GRAUE MAUS im AStA ?)

Die Ostertage erlebte AStA-Landsberg schwitzend und gestikulierend an allen Fronten der Außerparlamentarischen Opposition. Immer war er dabei, der Revolutionär mit dem Parteibuch der reaktionär-bürgerlichen Berliner SPD. Kein Gremium war ihm zu weit links, obwohl nicht Mitglied eines Hochschulverbandes, leitete er doch am Ostermontag eine Besprechung des SDS-Beirats, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit in der TU tagte und zu der nicht einmal Mitglieder des Zentralrats der APO (Außerparl. Opposition) Zutritt hatten, wenn sie nicht gleichzeitig Mitglieder des SDS waren. Als schließlich gegen Ende der Sitzung, in der direkte Aktionen und SDS-Politik andiskutiert wurden, den übrigen Zentralratsmitgliedern Einlass gewährt wurde, fanden sie die SDS-Genossen in seltsam gelöster Stimmung. Mit lachenden Gesichtern lagen sie auf den Sitzpulten, einige sangen die Internationale, andere, zur gleichen Zeit, weniger sozialistische Lieder. Vorn stand Landsberg, krebsrot und bierernst, mit überschlagender Stimme Ruhe heischend. Ideologe Nitsch vom SDS klärte Landsberg darüber auf, daß er selbst, bzw. seine "Kasperei" Anlaß der allgemeinen Heiterkeit sei und verlangte kategorisch einen anderen Diskussionsleiter. Da Landsberg das Verständnis für die eigene Komik fehlte, beliess man ihm schließlich die Leitung der weiteren Strategiediskussion, in der es ihm mitunter an Einsicht, nicht aber an (vor-)revolutionärem Elan mangelte.

Die Dinge nahmen ihren bekannten Lauf und Johann-Wolfgang Landsberg mischte kräftig mit, besonders im Zentralrat der APO, der die weiterem Aktionen konzipierte und politisch reflektierte. Als die Ereignisse in München in ihren bestürzenden Konsequenzen offenbar wurden, beschloss der Zentralrat am 18.4. nachmittags einstimmig und in Abwesenheit von Landsberg für den 19.4. die Durchführung eines Schweigemarsches zu empfehlen. Landsberg wurde während der Sitzung telefonisch informiert. Der Zentralrat ernannte ein Komitee (mit Ines Lehmann für die FU), das sofort Verhandlungen über die Genehmigung mit der Polizei aufnahm.

Am 18.4. abends wurde in einer FU-Veranstaltung der Zentralratsbeschluß vorgetragen und zur Diskussion gestellt. Auf Grund der schmalbrüstigen Argumentation der Antragsteller und der puristischen Haltung einiger SDS-Ideologen, die öffentliche Aktionen nur dann durchführen wollen, wenn politische Inhalte vermittelt werden können, wurde die Versammlung derart in Verwirrung gestürzt, dass sich sich keine klare Mehrheit für den Schweigemarsch fand. AStA-Chef Landsberg nach Ende der Veranstaltung: "Jetzt gehen wir erstmal ins Bett!" Landsberg ging jedoch nicht ins Bett sondern erklärte gegenüber einem Reporter des Bürger-Blattes "Der Abend" seinen Rücktritt.

Einige noch wachende Honorationen der APO taten entsprechende Meldungen des Rundfunks in den Nachtstunden als Tatarenmeldung ab. Doch am nächsten Morgen konnten sie auf der ersten Seite des "Abend" lesen, daß Landsberg im Grunde nie zu Ihnen gehört hatte, sondern ein "Moralist" war, ätsch! Der vom SPD-Ausschluß bedrohte Landsberg durfte wieder auf das Verständnis seiner Genossen rechnen. Auf der am 22.4. stattfindenden Konventssitzung, in der er seinen Rücktritt rechtfertigen sollte, plauderte Landsberg mit Verschwörermiene Interna der Zentralratssitzungen aus. Er sei wegen seines Plädoyers gegen die Aufnahme der SED-W in das sozialistische 1.Mai-Komitee isoliert worden. Das wäre einer der Gründe (neben dem ausgefallenen Trauermarsch) für seinen Rücktritt gewesen.

Als LSD-Schapitz in der Konventssitzung einige von Landsberg vorgetragene Informationen über den Zentralrat richtigstellte und u.a. darlegte, daß lediglich 3 von ca. 20 ZR-Mitgliedern für die sofortige Aufnahme plädiert hatten, diese wiederum aber noch in ihren Verbänden Rückfrage halten wollten, während die übrigen Anwesenden entsprechend dem Spektrum ihrer politischen Provenienz Vorbehalte anmeldeten, unterbrach Landsberg diese Information des Konvents mit Verbalinjurien und sein Freund und Konventspräsident Herterich versuchte einen Antrag durchzupeitschen, mit dem Schapitz das Wort entzogen werden sollte. Einen Antrag des RCDS-Abgeordneten Runge, Schapitz ausreden zu lassen, wollte Herterich dahingehend interpretieren, daß er Schapitz wohl mit physischer Gewalt an der Fortsetzung seiner Rede hindern solle. Mit den Stimmen der Rechten gelang es Schapitz, noch einige Worte zu einer konsequenten Politik der Linken zu sagen.

Bleibt nur noch eine Forderung für die Linksliberalen: Das "goldene Brett" möge in diesem Jahr Frank Herterich verliehen werden. Und zum Schluß, vielleicht hört es noch einer,

LANDSBERG ist ES-PE-DE-Mitglied

- nachts, im traulichen Zwiegespräch mit dem Reporter des "Abend".

LIBERALER STUDENTENBUND DEUTSCHLANDS
LHG an der FU Berlin

Einführungsabend des LSD für Neuimmatrikulierte und Interessenten

T h e m a: DER LSD in der AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION
- Strategie der forcierten Evolution-

Montag, 29. April, 19 Uhr 30 - E S G - Heim, Bln-Dahlem, Gelfertstr. 45

R e f e r e n t: Dietrich Omeis, Landesvorsitzender

-.-.-.-

23.4.

24.04.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt des AStA "Kiesinger in Heidelberg" zum Auftritt des Bundeskanzlers (CDU) in der Stadthalle am 25.4.1968, mit dem Aufruf zum anschließenden Teach-in in der Neuen Universität.
Q: AStA: Kiesinger in Heidelberg, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

24/04 -68

ASTA-Flugblatt ASTA-Flugblatt ASTA-Flugblatt ASTA-Flugblatt ASTA-Flugblatt ASTA-Flugbl

KIESINGER in Heidelberg

Unser aller Bundeskanzler möchte am Donnerstag um 16 Uhr in der Stadthalle eine Akklamatio veranstaltung für sich und seine CDU-Chargen Filbinger und Hahn erleben. Den selbstgefälli "Baumeistern unseres Landes" und dem Hauptverantwortlichen für die bisherigen und künftige ruhen an den baden-württembergischen Hochschulen, Herrn Hahn, sollten wir ein braves laut starkes und beifallsüchtiges Publikum bieten, das ihnen angemessen ist.

Bei zwei Wahlveranstaltungen mit Hahn hat sich dessen Diskussionsunfähigkeit plastisch her gestellt. Ein "Politiker", der für das Springer-Hetzblatt "Welt" Namen, Konterfei und verl ne Worte für Werbezwecke zur Verfügung stellt, kann nichts anderes behaupten, als dies, da Springers Presse demokratisch sei und die Pressefreiheit nicht gefährde. Überall dort, wo als "Fachmann für Hochschulpolitik" mit fragwürdigen Erfolgsmeldungen und Verdrehungen den peinlichen Offenbarungseid nicht mehr vermeiden kann, wo er nach der Verfassungswirklichke der Bundesrepublik und den ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen gefragt wird, duziert sich seine Argumentationsbasis auf Stummheit.
Unser aller Bundeskanzler hat sich zu Ostern (in den Augen aller Studenten) selbst entlarvt Studentische Proteste stempelte er - weil sie sich gegen seinen Gesinnungs- und Interessen Springer richteten - als Terror ab. Er forderte sogar den Richterbund indirekt zur schärfe Bestrafung der Demonstranten auf. Er verletzte damit das Prinzip der richterlichen Unabhän keit und stellte sich anschließend unschuldig. Er kriminalisierte die Opposition der Stude um sie einen Verbot zuzuführen.
Konsequent übernahmen deshalb auch viele CDU-Politiker von BILD die Behauptung, Rudi Dutsc sei für das Attentat selbst verantwortlich: wer Gewalt predige, ernte Gewalt und Haß. Dabe fragten sie überhaupt nicht mehr, ob nicht der Haß, den die CDU, die SPD und Springer syste tisch geschürt haben, jene mörderische Fixierung auf Dutschke zur Folge haben mußte. Überd unterstellten sie Dutschke und der studentischen Opposition die Dummheit, sie wollten gege den Vernichtungsapparat der hochindustrialisierten Staaten gewaltsam vorgehen.
Gleichzeitig nutzte Kiesinger schamlos sein Amt aus, um die Masenhetze gegen die studentis Opposition zu verstärken. In seiner "Osterbotschaft" über Rundfunk und Fernsehen präformie er - ohne Springers wirkliche Funktion auch nur anzudeuten oder auf den Inhalt unserer Pro einzugehen - das Bewußtsein des bundesdeutschen Volkes in gefährlicher Weise. Dieser autor totalitären Diffamierung und hetzerischen Unterdrückung unserer Opposition, dieser gezielt Ignoranz gegenüber den Inhalten unseres Protestes befleißigte sich auch unser aller Landes vater Filbinger. Friedliche Demonstranten vor dem Stuttgarter Landtag bezeichnete er als T risten, politisch unzufriedenen Studenten und Demonstranten will er in schöner Einigkeit m der CDU-Fraktion die Stipendien aus Landesmitteln streichen. Auch die Gewährung der Honnef derungen soll nach den Vorstellungen dieser Herren künftig vom akademischen Wohlverhalten hängig gemacht werden.
Die Repräsentanten unserer Parteien, allesamt Herrscher in Oligarchien und von Springer ab hängig (von Springers Gnaden) bauen Springer zum Verfechter, Wahrer und Märtyrer der Press freiheit auf.
Erkennbar ist, daß sich das Kartell der Herrschenden mit der faschistoiden Presse verbünde um die eigene Machtposition wechselseitig abzusichern gegenüber einer studentischen Opposi tion, die diesen Zusammenhang in ihren Analysen und Aktionen breiteren Bevölkerungskreisen transparent zu machen beginnt.
Bei unzähligen Wahlakklamationsveranstaltungen finden die Diffamierungen durch diese drei typischen CDU-Repräsentanten, die von der Springer-Presse und ähnlichen Presseerzeugnissen vorbereitet und begleitet werden, weitgehenden Anklang. In Heidelberg sollen die Herren Kiesinger, Filbinger und Hahn der wohlverdienten Lächerlichkeit und Aufklärung ausgeliefer werden. Das wird sich zwangsläufig zeigen, wenn wir sie auffordern, mit uns zu diskutieren

Der AStA ruft die Studenten auf, in großer Zahl zu kommen und jene pompöse Akklamationsver anstaltung zu durchbrechen. Es ist in unseren Augen auch Aufgabe der Studenten, jene Herre zur Rede zu stellen, die für unsere Schwierigkeiten an der Universität und die massiven Re pressionen, die durch das Hochschulgesetz drohen, verantwortlich sind.

Da bei jener Veranstaltung die unbefriedigenden Reaktionen und Antworten zu Frustrationen führen werden, veranstaltet der AStA im Anschluß ein teach-in in der Neuen Universität, Hörsaal 13, über Parlamentarismus und Demokratie, wie sie sich auf der Wahlveranstaltung gezei haben.

24.04.1968:
In Berlin gibt der Ortsverband der Humanistischen Union (HU), laut einem Eingangsstempel heute, ein Flugblatt zur Springerpresse bzw. der Verteilung von 40 000 Sonderdrucken der 'Zeit' heraus.
Q: HU: Wir Berliner…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

24. APR. 196

HUMANISTISCHE UNION - Ortsverband Berlin
1000 Berlin 62
Kufsteiner Str. 12
Tel. 71 61 97

Wir Berliner werden von den Springer-Zeitungen nicht wahrheitsgemäß über die Demonstrationen in der Osterwoche und deren Hintergründe unterrichtet. Herr Springer verkauft in "Bild","BZ", "Morgenpost" und "Die Welt" - das sind 70 % aller Berliner Zeitungen - seine Meinung und keine Nachrichten.

Die Humanistische Union ist daher froh, 40 000 Sonderdrucke der großen liberalen Wochenzeitung "Die Zeit" kostenlos verteilen zu können. Sie will damit zeigen, daß die Wahrheit viele Seiten hat. Einige davon werden den Berlinern hartnäckig verschwiegen.

Die Humanistische Union billigt keine Ausschreitungen der Demonstranten. Sie hält jedoch die leider häufig zu verzeichnenden Ausschreitungen der Polizeibeamten für ebenso verwerflich. Politiker, die so etwas decken, machen sich mitschuldig.

Die Humanistische Union will helfen, die Grundrechte jedes einzelnen Menschen zu schützen. Sie widersetzt sich allen Übergriffen der Obrigkeit gegen Einzelne und Minderheiten. Sie fordert die politisch Verantwortlichen auf, endlich das Gespräch mit der kritischenjungen Generation zu beginnen. Polizeiknüppel und Wasserwerfer sind ebenso wie Steine keine politischen Argumente.

Postscheckkonto Berlin West Nr. 1095

24.04.1968:
In Berlin rief der Sozialistische Club Neukölln mit zwei Flugblättern "Berliner fordern: Weisser Kreis!" zu einer Veranstaltung im Lokal 'Zum alten Glaskasten' in der Hermannstraße 200 (U-Leinestraße) auf.

Während eines der Flugblätter in der Kopfzeile zum 1. Mai in der Deutschlandhalle aufruft, ruft das andere zur Maidemonstration in Neukölln auf.
Q: SC Neukölln: Berliner fordern weißer Kreis!, Berlin O. J. (1968)

B E R L I N E R F O R D E R N : W E I S S E R K R E I S !

W A R U M ?

W e i l s i e g l a u b e n , d a ß d e r v o n d e n P a r t e i e n g e t r a g e n e S e n a t s i c h f ü r i h r e B e l a n g e e i n s e t z t .
T U T E R D A S W I R K L I C H ?
Die gleichen Parteien haben in Westdeutschland den "weissen Kreis" erzwungen!
Das hatte zur Folge, daß in Westdeutschland im ersten Monat die Mieten zwischen 40 und 400 % erhöht wurden.

Allein 1965 wurden 42. 000 F a m i l i e n a u s i h r e n W o h n u n g e n g e k l a g t !

Da hilft auch die sogenannte "Sozialklausel nichts, die es dem Gericht überläßt, ob die Kündigung einen "Härtefall" schafft.
Von 42. 000 Klagen entschieden die Gerichte nur 680 f ü r die Mieter!

SELBST DADURCH VERLIEREN DIE BERLINER NICHT DIE NERVEN !

Denn sie dulden weiterhin die Unfähigkeit der Bonzen im Schöneberger Rathaus, die es auch noch schaffen werden, daß die üblen Zustände in Westdeutschland hier noch übertroffen werden!

Das ist nur e i n Beispiel für die Wahrnehmung der sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung durch die herrschenden Parteien.

Wollten Sie "immer noch nicht" den weißen Kreis wollen, dann besuchen Sie unsere Veranstaltung am

M I T T W O C H , den 24. 4. 1968 um 19 Uhr
im Lokal "Zum alten Glaskasten"
Herrmannstr. 208 (U- Bahn Leinestraße)

Sozialistischer Club Neukölln
Verantwortlich: Czerlinsky, Berlin 41, Bundesallee 81

BERLINER FORDERN WEISSER KREIS !

WARUM ?

Weil sie glauben, daß der von den Parteien getragene Senat sich für ihre Belange einsetzt.

MACHT ER DAS WIRKLICH?

Die gleichen Parteien haben in Westdeutschland den weißen Kreis erzwungen. Das hatte zur Folge, daß in Westdeutschland im ersten Monat die Mieten zwischen 40 % und 400 % erhöht wurden.

Allein 1965 wurden
4 2 0 0 0 F A M I L I E N A U S I H R E N W O H N U N G E N G E K L A G T !

Da hilft jetzt auch die sogenannte Sozialklausel nichts, die es dem Gericht überläßt, ob die Kündigung einen "Härtefall" schafft.

Von 42 000 Klagen entschieden die Gerichte nur 660 f ü r die Mieter.

S O L L S T D U D U R C H V E R L I E R E N D I E B E R L I N E R
I H R E R U H E N I C H T !

Denn sie dulden weiterhin die Unfähigkeit der Bonzen im Schöneberger Rathaus, die es schaffen werden, daß die üblen Zustände in Westdeutschland hier noch übertroffen werden.

Das ist nur e i n Beispiel für die Mißachtung der sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung durch die herrschenden Parteien.

Sollten Sie immer noch nicht den weißen Kreis wollen,
dann besuchen Sie unsere Veranstaltung am

M i t t w o c h, d e n 21. 4. 1965 u m 19 U h r
im Lokal " Zum Alten Glaskasten "
Hermannstraße 200 (U-Bahn Leinestraße)

Sozialistischer Club Neukölln
Verantwortlich: H. Ozerdinsky, Berlin 41, Bundesallee 81

24.04.1968:
In Berlin verteilt das Sozialistische Maikomitee Friedenau vermutlich heute seine 'Kommentare zu BZ & Bild Zeitung Dienstag, 23. April 68' (vgl. 25.4.1968) als Flugblatt.
Q: Sozialistisches Maikomitee Friedenau: Kommentare zu BZ & Bild Zeitung Dienstag, 23. April 1968, Berlin O. J. (1968)

KOMMENTARE
ZU

B.Z. & Bild

Dienstag, 23. April 1968

Seite 7: "Kein reines Vergnügen"

Vor 2 Wochen spielte sich die BZ als Anwalt der Steuerzahler auf: "Gegen Verschwendung von Steuergeldern durch Parlamentarier". So ungefähr hieß es.
Der Superkapitalist Springer als Anwalt der arbeitenden Bevölkerung?

Jetzt stellt sich heraus: Die Kritik war nicht bös gemeint. Warum auch. Springer und Senat machen im Millionengeschäft der Ausbeutung und Manipulation der Bevölkerung schließlich gemeinsame Sache. Sollten sich die beiden wegen einer 50.000-Mark-Lappalie in die Haare kriegen? Wers glaubt . . .

Wenn also der Arbeiterverräter Sikkert den BZ-Bär nicht mehr zur Pressekonferenz empfängt, so ist das lediglich eine abgesprochne Posse. Ein Schattenboxen, das die Bevölkerung über die gemeinsamen Gemeinheiten von Springer und Sikkert täuschen soll.

Seite 2: "Wirtschaft zeigt auf..."

"In der Tat: Preissteigerungen durch Wohnungsmieten und Dienstleistungen wurden durch Preissenkungen ausgeglichen. Vor allen bei Nahrungsmitteln."

Das sieht dann folgendermaßen aus:

Der Kopfsalat ermäßigt sich im Preis um 40 % (von 60 auf 35 Pfennig). Die Miete steigt aber lediglich um 11 % (von DM 170,-- um DM 18,70) auf DM 188,70.

Bitte, rechnen Sie sich aus, wieviel Sie gespart haben.

Seite 2: "Bobby kommt nicht"

Die Maifeier der Unternehmer auf dem "Platz der Republik" wird wohl eine Pleite. Am besten ist, Sie kommen zur Sozialistischen Maifeier der Außerparlamentarischen Opposition.

Seite 1:

- Schädelbruch -
- lebendig begraben -
- Blut - Operation -

Wichtigeres können Ihnen Springers BILD-Redakteure heute, am Dienstag, den 23. 4. 1968, nicht bieten.
Warum stehen diese Dinge im Vordergrund - heute, gestern und morgen?
- Zur Unterhaltung ? Doch wohl nicht.
- Appell an Ihr Mitgefühl? Vielleicht.
- Oder will man Sie ablenken? Wie gestern, heute und morgen?

Es gibt, weiß Gott, Dinge in dieser Stadt, die uns heute mehr beschäftigen und eine Schlagzeile verdient hätten:
- Tausende werden ihren Arbeitspl[illegible] verlieren,
- Zehntausende können kaum von ihr[illegible] Rente leben,
- Hunderttausenden wird die Miete erhöht werden.

Das müssen Sie in Springers BILD auf den Innenseiten irgendwo links unten suchen (wenns drin st[illegible]

Auch heute wieder die übliche Hetze gegen Andersdenkende; Seite 2: "RECHTSANWALT KONTRA LINKSANWALT".

Offenbar ist für BILD rechts = Recht.

Seite 4: "Kein Bett, kein Stuhl..."

Schlief die Fürsorge wirklich oder ist sie schon überlastet? Immer [illegible] Leute landen auf der Straße, weil sie keinen Ausweg mehr wissen. "Freiwillig" müssen sie ins Türkische Viertel ziehen, wo sie vi[illegible] höhere "Sozial"mieten zahlen. Ist es da ein Wunder, wenn sich [illegible] Obdachlosenasyle bei der berliner Wirtschaftsmisere füllen? Und die Fürsorge nicht mehr nachkomm[illegible]

Sozialistisches Maikomitee
Friedenau

KOMMENTARE KOMMENTARE KOMMENTARE

ZU

B.Z.

Dienstag, 23. April 1968

Seite 7: "Kein reines Vergnügen"

Vor 2 Wochen spielte sich die BZ als Anwalt der Steuerzahler auf: "Gegen Verschwendung von Steuergeldern durch Parlamentarier." Oder ähnlich hieß es.
Der Superkapitalist Springer als Anwalt der arbeitenden Bevölkerung? Jetzt stellt sich heraus: Die Kritik war nicht bös gemeint. Warum auch. Springer und Senat machen im Millionengeschäft der Ausbeutung und Manipulation der Bevölkerung schließlich gemeinsame Sache. Sollten sie sich wegen einer 50.000-Mark-Lappalie in die Haare kriegen? Wers glaubt . . .
Wenn also der Arbeiterverräter Sikkert den BZ-Bär nicht mehr zur Pressekonferenz empfängt, so ist das lediglich eine abgesprochne Posse. Ein Schattenboxen, das die Bevölkerung über die gemeinsamen Gemeinheiten von Springer und Sickert täuschen soll.

Seite 2: "Wirtschaft zeigt auf..."

"In der Tat: Preissteigerungen durch Wohnungsmieten und Dienstleistungen wurden durch Preissenkungen ausgeglichen. Vor allen bei Nahrungsmitteln."

Das sieht dann folgendermaßen aus:

Der Kopfsalat ermäßigt sich im Preis um 40 % (von 60 auf 35 Pfennige).
Die Miete steigt aber lediglich um 11 % (von 170,-- DM um DM 18,70) auf DM 188,70.

Bitte, rechnen Sie sich aus, wieviel Sie gespart haben.

Seite 2: "Bobby kommt nicht"

Die Maifeier der Unternehmer auf dem "Platz der Republik wird wohl eine Pleite werden. Am besten ist, Sie kommen zur Sozialistischen Maifeier der Außerparlamentarischen Opposition.

Sozialistischen Maikomitee Friedenau

(Lobendahl, B 41, Niedstraße 19)

KOMMENTARE KOMMENTARE KOMMENTARE

ZU

BILD

Dienstag, 23. April 1968

Seite 1:

- Schädelbruch -
- Lebendig begraben -
- Hirn - Operation -

Wichtigeres können Ihnen Springers BILD-Reporter heute, am Dienstag, dem 23. 4. 1968, auf der Titelseite nicht bieten.

Warum stehen diese Dinge im Vordergrund - heute, gestern und morgen?

- zur Unterhaltung? Doch wohl nicht.
- Appell an Ihr Mitgefühl? Viel leicht.
- Oder will man Sie ablenken? Wie gestern, heute und morgen?

Es gibt, weiß Gott, Dinge in dieser Stadt, die uns heute mehr beschäftigen und eine Schlagzeile verdient hätten:

- Tausende werden ihren Arbeitsplatz verlieren,
- Zehntausende können kaum von ihrer Rente leben,
- Hunderttausenden wird die Miete erhöht werden.

Das müssen Sie in Springers BILD auf den Innenseiten irgendwo unten links suchen (wenns überhaupt drin steht...)

Auch heute wieder die übliche Hetze gegen Andersdenkende; Seite 2: "RECHTSANWALT KONTRA LINKSANWALT"

Offenbar ist für BILD rechts = Recht.

Seite 4: "Kein Brot, kein Stuhl..."

Schläft die Fürsorge wirklich oder ist sie schon überlastet? Immer mehr Leute landen auf der Straße, weil sie keinen Ausweg mehr wissen. "Freiwillig" müssen sie ins Märkische Viertel ziehen, wo sie viel höhere "Gesellschaften" zahlen. Ist es da ein Wunder, wenn sich die Obdachlosenasyle bei der Berliner Wirtschaftsmisere füllen?

24.04.1968:
An der FU Berlin gibt das Sozialreferat des AStA ein Flugblatt "Freitisch-Markenausgabe" heraus, dass sich auch zum Entwurf des BAFöG äußert.
Q: FU AStA-Sozialreferat: Freitisch-Markenausgabe, Berlin 24.4.1968

24. APR. 1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Sozialreferat -

1 Berlin 33, den 24.4.68
Ihnestr. 22
Tel.: 7690 2599/2257

FREITISCH-

Liebe Kommilitonin, lieber Kommilitone,

für das Sommersemester 1968 werden an den folgenden Tagen die für Sie bewilligten Freitisch-Marken ausgegeben:

Donnerstag	25.4.	11.00 bis 14.00 h
Freitag	26.4.	11.00 bis 14.00 h
Montag	29.4.	15.00 bis 16.00 h

(jeweils im AStA-Sozialreferat, Ihnestr. 22)

Bitte legen Sie Ihren Studentenausweis oder einen Nachweis der Rückmeldung an diesen Terminen vor.
Wenn es Ihnen nicht möglich sein sollte, an den angegebenen Tagen selbst zu kommen, können von Ihnen schriftlich bevollmächtigte Kommilitonen, die Ihren Studentenausweis oder Rückmeldungsnachweis vorlegen, die Marken abholen.

MARKEN-AUSGABE

bitte wenden!

Daß es für Studenten überhaupt notwendig ist, Anträge auf Freitisch zu stellen, ist einer von vielen Beweisen dafür, daß das Ausbildungsförderungssystem in Westberlin und in Westdeutschland unzureichend organisiert und vor allem in seinen Leistungen höchst mangelhaft ist. Die 20. o. Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften befaßte sich auf ihrer Tagung in München aufgrund einer Initiative des AStA der FU in diesem Zusammenhang mit einem "Gesetzentwurf über die wirtschaftliche Förderung der Ausbildung" den die FDP-Bundestagsfraktion vorgelegt hat. Dieser Gesetzentwurf enthält zwar einige Ansätze, die das Ausbildungsförderungssystem partiell verbessern würden (Förderung für alle, die in Ausbildung sind; Kosten der Förderung werden der Lohn- und Preisentwicklung angeglichen; Staat übernimmt u.U. Unterhaltsansprüche von geförderten Personen gegen die Unterhaltsverpflichteten und macht sie geltend; Vereinheitlichung der Förderung), geht aber ebenso wie die bestehende mangelnde Ausbildungsförderung vom Prinzip der Selbsthilfe aus. Der VDS nahm zu diesem Gesetzentwurf Stellung und faßte einen Beschluß den wir im folgenden -auszugsweise- veröffentlichen:

" ... Der vds stellt fest:

Der Gesetzentwurf der FDP zur Ausbildungsförderung würde gegenüber der jetzigen Regelung echte Fortschritte bringen. Doch ebenso eindeutig geht "...daraus..." hervor, daß wiederum nicht eine Förderungskonzeption erreicht wurde, die Art. 2 GG (freie Entfaltung der Persönlichkeit), Art. 3 GG Gleichheitsgrundsatz und Art. 12 GG (freie Wahl der Ausbildungsstätte) erfüllt, weil auch hier eine Abweichung vom Subsidiaritätsprinzip nicht erkennbar ist.
... Der Staat versteht also seinen Sozialauftrag dahingehend, daß er den Eltern die materielle Sicherung der Ausbildung ihrer Kinder grundsätzlich überläßt, und nur bei deren finanziellen Versagen die Ausbildungskosten teilweise und notfalls ganz übernimmt. Dadurch ist keinesfalls eine freie Ausbildung für alle gesichert, da die Erfahrung zeigt, daß viele Eltern die ihnen zugemuteten Beiträge zur Ausbildung entweder nur teilweise, mit bestimmten Auflagen oder gar nicht leisten. Diese Situation ist besonders für Studenten fatal
- In einem Alter, in dem Gleichaltrige wirtschaftlich unabhängig geworden sind, leben Studenten in materieller Abhängigkeit und Unsicherheit (über 2/3 aller Studenten sind volljährig). Diese Benachteiligung nimmt vielen jungen Menschen den Anreiz zum Studium oder zwingt sie zum Studienabbruch. Das gilt vor allem auch für die Absolventen des Zweiten Bildungsweges.
- Wissenschaftliches Arbeiten erfordert ein hohes Maß an Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Dem widerspricht die gegenwärtige materielle Abhängigkeit und soziale Arbeitsstellung der Studenten. Die notwendige Hochschul- und Studienreform wird ohne eine entsprechende Reform der Sozialleistung für Studenten nicht erfolgreich durchgeführt werden können.

Die Stellung der Studenten in der Gesellschaft muß also neu begriffen werden. Dabei wird man zu dem Schluß kommen müssen, daß es keinen Grund gibt, Studenten anderen Lebensregeln zu unterwerfen als gleichaltrige Nichtstudierende. Es ist unzumutbar, daß Studenten bewußt in Abhängigkeit und unter finanziellem Druck gehalten werden ... "

" ... Der VDS fordert daher ein Ausbildungsförderungsgesetz, das sich völlig von der Vorstellung der familienabhängigen Förderung löst. Nur dann wird der materielle Vollzug der Grundrechte gesichert sein, wenn freie Persönlichkeitsentfaltung, Chancengleichheit und freie Wahl der Ausbildungsstätte für alle vollkommen garantiert sind."

24.04.1968:
An der FU Berlin verfasst Prof. Dr. jur. Roman Herzog einen Brief an seinen Kollegen zum Papier "Einige Grundsätze für eine zukünftige Universität", das er heute erhielt und ablehnt.
Q: Herzog, R.: Sehr verehrter Herr Kollege!, Berlin 24.4.1968

E0702

Prof.Dr.jur. Roman H e r z o g

Berlin, den 24. April

Sehr verehrter Herr Kollege!

Wie ich werden wohl auch Sie in Ihrer heutigen Post ein von 29 Professoren der Freien Universität unterzeichnetes Schriftstück vorgefunden haben, das die Überschrift "Einige Grundsätze für eine zukünftige Universität" trägt. Ich kann dieses Papier als Mitglied des Akademischen Senats nicht akzeptieren und möchte Ihnen kurz die Gründe dafür bekanntgeben.

1. Die 29 Professoren, von denen ein Teil in den letzt Monaten Rektor und Akademischem Senat unaufhörlich vorgeworfen ha sie wendeten gegenüber dem SDS und ähnlichen Gruppen in ganz unan messener Weise eine "Rädelsführertheorie" an, versuchen nunmehr, vor Ihnen und vor der gesamten Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als sei die "Stellungnahme der Freien Universität zum Ent wurf des Senators für Wissenschaft und Kunst für ein Universitäts gesetz vom 19. Juni 1967" von "anonym bleibenden Verfassern", gewissermaßen einer Art universitärer Dunkelmänner ausgearbeitet wo den. Wie jedermann in der Freien Universität müssen auch die 29 Professoren wissen, daß die Stellungnahme auf Beschlüssen beruht die der Akademische Senat in den letzten Wochen des Wintersemest 1967/68 in einer Unzahl von Sitzungen nach eingehenden Beratunge auf Grund von Vorarbeiten des Rechtsausschusses und des Verfassu ausschusses gefaßt hat. Die Mitglieder des Akademischen Senates und die Mitglieder des Rechtsausschusses können im Vorlesungsver zeichnis nachgelesen, die Mitglieder des Verfassungsausschusses einen Anruf im Rektorat oder beim jeweiligen Dekan mühelos erfra werden. Ich sehe daher nicht, was der dritte Absatz des 29-Papie bei dieser Sachlage anderes sein könnte als eine bewußte oder zu dest grobfahrlässige Falschmünzerei.

2. Man kann über die Stellungnahme des Akademischen Se zum Steinschen Entwurf eines Universitätsgesetzes denken wie man Aber eines kann man ihm nicht vorwerfen: daß er sich um die Einz fragen herumdrückt, die bei jedem Gesetz auftreten und an denen nach aller Erfahrung erst entscheidet, ob ein Gesetz gut ist ode nicht. Die allgemeinen Grundsätze, die uns die 29-Erklärung vort

sind uns von vielen der Unterzeichner seit langer Zeit immer wiede unterbreitet worden. Sie enthalten nichts, was uns in irgendeiner Weise neu wäre. Deshalb wäre zu erwarten gewesen, daß sich gerade solche Professoren, die sich von der Stellungnahme des Akademischen Senates distanzieren wollen, endlich aus den sicheren Schützengräben allgemeiner Phrasen herauswagen und einen Gegenentwurf vorlegen. Das ist nicht geschehen und ich frage mich, ob es vielleicht deshalb unterblieben ist, weil sich die 29 Unterzeichner en weder an die Einzelprobleme nicht herangewagt haben oder weil sie sich bei ihrer Behandlung nicht mehr diejenige Einmütigkeit zutrau konnten, die man bei der Unterzeichnung bloßer Phrasen so leicht findet.

3. Die Universitätsreform ist sicherlich eine vordringli Aufgabe der Gegenwart. Diejenigen von uns aber, die sich um sie ernstlich bemühen, haben in langen Diskussionen und Experimenten d Erfahrung machen müssen, daß sie in erster Linie immer noch eine Frage der Pflichtauffassung des einzelnen Ordinarius ist. Ich stel deshalb an die 29 unterzeichnenden Professoren die Frage, ob sie i ihrem eigenen Arbeitsbereich alles getan haben, was man bei einer auch nur vorsichtigen Interpretation ihrer jetzigen Erklärungen au diesen an praktischen Folgerungen herauslesen könnte. Ich weiß, da manche von den Unterzeichnern sich diese Frage getrost stellen las können. Ich weiß aber auch, daß sich unter den Unterzeichnern Prof soren befinden, die an hervorragender Stelle daran mitschuldig gew den sind, daß das heute vorherrschende Klischee vom "autoritären Ordinarius" entstehen bzw. fortbestehen konnte. Diese Herren solle zu allererst vor ihrer eigenen Türe kehren. Wir sollten uns gegen ihre Belehrungen mit allem Nachdruck verwahren.

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihr

Herzog

24.04.1968:
An der FU Berlin lud der RCDS mit einem Flugblatt "Über unsere Schwäche", in dem er sich als antiautoritär und linksliberal bezeichnet, ein zur Stadtrundfahrt um 15 Uhr.
Q: RCDS: Über unsere Schwäche, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

E8102

Über unsere Schwachen

Schlagwörter definieren keinen Verband.Antiautoritär zu sein ist für einen Demokraten eine Banalität.Ein Verband, und erst recht ein so heterogener Verband wie der RCDS , läßt sich nur durch eingehendere Beschreibung und eigene Erfahrungen über seine Stärken und Schwächen realistisch einschätzen.Wir stellen Ihnen zur ersten Orientierung einige unsere Schwächen vor:

- der RCDS versteht sich linksliberal,er ist deshalb gezwungen,seine politische Gegner gleichzeitig politisch anzugreifen und sie in ihren demokratischen Rechten zu verteidigen.
- der RCDS ist antiautoritär,wo Herrschaft der Repression dient,negiert jedoch nicht prinzipiell jede an demokratischen Legitimation gebundene Herrschaft,deren einzige Funktion Bedürfniserfüllu sein kann.
- der RCDS ist ideologisch nicht fixiert,betrachtet also jede seiner Aussagen als der Möglichkeit nach falsch und befindet sich deshalb in einem nie endenden Diskussionprozeß.
- der RCDS ist kompromittiert durch seine satzungsgemäße Bindung an die CDU ,die ihn immer noch nich ausgeschlossen hat.Er weigert sich,verlängerter Ar der CDU an der Universität zu sein.Er betrachtet s als der verlängerte Arm der Studentenschaft in der CDU -eine undankbare Aufgabe,wie bei anderen Parte en auch.

Dies sind einige unserer Schwächen,die dazu führen,daß der RCDS in der Studentenschaft gegenüber anderen Verbänden zurückgefallen ist.Wir haben noch andere,die aber können Sie kennenlernen,wenn Sie am 24.04. um 15 Uhr sich zur Stadtrundfahrt vor der Mensa Van't-Hoff-Str. ei finden,oder uns um 19 Uhr im RPJ-Heim Ku-Damm besuchen.

Viele dieser Schwächen könnten wir mit Ihrer Hilfe abbau unsere Stellung jedoch festigen durch Ihre Hilfe.Andere Schwächen werden wir-auch das mit Ihrer Hilfe- bewußt pf und weiterentwickeln.

RCDS

24.04.1968:
In Hamburg findet, laut Detlev Albers, eine vom SDS einberufene Studentenversammlung statt, die eine Demonstration für den 1. Mai beschließt. Einem Aktionsausschuß gehören vor allem Mitglieder von SHB und SDS an.
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 53

25.04.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das Flugblatt des SDS "Was wählt Kiesinger?" zu dessen Auftritt in der Stadthalle um 16 Uhr.
Q: SDS: Was wählt Kiesinger?, Heidelberg O. J. (1968)

26/04-68

Was wählt Kiesinger ?

Der Wahlkampf in Heidelberg wurde zu einem Fanal der Demokratisierung. Die Herren von der CDU und SPD lernten das Fürchten. Mußten sie anfangs zur Diskussion gezwungen werden, so konnten sie später nur noch zu Wort kommen, wenn sie zumindest versprachen, sich einer inhaltlichen Diskussion zu stellen. Sie haben das Fürchten gelernt. Die lokalen Wahlkampfmatadoren mußten sich demokratischen Spielregeln beugen, die sich sehr unterschieden von dem, was sie unter Wahlkampf verstehen. Indem sich die Herren Hahn und Brückner als diskussionsunfähig erwiesen, wurde uns klar, was der bestehende Parlamentarismus mit Demokratie zu tun hat :

n i c h t s .

Herr Kiesinger ist der Hohepriester dieses Parlamentarismus. Über Ostern stellte er das unter Beweis. Er begab sich nach Bonn und zeigte klar, wie eng dieser Parlamentarismus seiner eigenen Vergangenheit verhaftet ist. Er hielt Hetzreden in feierlichem Ton und bestärkte die Bevölkerung in ihrem autoritären Verhalten. Damit muß Schluß gemacht werden. Herr Kiesinger hat sein Rederecht verspielt. Er wird sich heute unseren Fragen stellen oder er wird schweigen. Es geht in einer Demokratie nicht an, daß die Herren im Fernsehen zu Gericht sitzen über die wenigen Demokraten, die es hierzulande gibt. In der Demokratie urteilen die Demokraten über die Herrschenden, nicht umgedreht. Das werden wir zeigen. Selbst absolutistische Autokraten nahmen Bittschriften entgegen. Den Autokraten, die sich in die Demokratie verirrt haben, werden Forderungen gestellt :

Sofortige Diskussion
Direkte Antwort auf j e d e Frage
Redezeitbeschränkung für die Antworten auf 5 Minuten

Diese Forderungen werden Herrn Kiesinger heute überreicht. Verhält er sich als Autokrat, wird er nicht reden. Geht er darauf ein, so werden wir zeigen, daß die Demokratie Ansprüche stellt :

A u c h a n j e n e , d i e s i c h a l s H e r r s c h e
m i ß v e r s t e h e n !

Kiesinger: 16.oo Uhr Stadthalle ; Saalöffnung 15.3o Uhr
Demokraten sind pünktlich !

S D S - Heidelberg

25.04.1968:
In Berlin luden die Deutschen Jungdemokraten (DJD) Neukölln / Kreuzberg und der Liberale Schülerbund (LSB) ein ins Haus der Jugend Morusstraße zur Veranstaltung "Das Attentat. Voraussetzung und Folgen" zu Rudi Dutschke mit Justus Schmucker (FDP) und einem Sprecher der SPD.
Q: DJD / LSB: Das Attentat, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

E 0702 26.4.

DJD DEUTSCHE JUNGDEMOKRATEN
Neukölln / Kreuzberg
und Liberaler Schülerbund

laden ein:

Justus Schmucker (FDP) **DAS ATTENTAT**
Voraussetzungen und Folgen

und ein Sprecher der SPD

am 25. April 1968, 1900 Uhr

„Haus der Jugend" – Lessinghöhe
Berlin 44, Morusstraße (Ecke Mittelweg)

25.04.1968:
In Berlin verteilt das Sozialistische Maikomitee Friedenau noch heute oder morgen seine 'Kommentare zu BZ & Bild Zeitung Mittwoch, 24. April 68' (vgl. 24.4.1968, 26.4.1968) als Flugblatt.
Q: Sozialistisches Maikomitee Friedenau: Kommentare zu BZ & Bild Zeitung Mittwoch, 24. April 68, Berlin O. J. (1968)

KOMMENTARE ZU

B.Z.

Mittwoch,
24. April 68

BILD ZEITUNG

Seite 2: "Hartes Ringen um neuen Lohntarif"

Ringkämpfe inder Metallindustrie. Ja. Aber wer ist Chef im Ring? Die Unternehmer. 3,6 Millionen Zuschauer: die Arbeiter.
Begreift: Hier geht es um Eure mehr als berechtigten Lohnforderungen. Gefordert sind 7%. Die Unternehmer schweigen dazu. Rauskommen werden höchstens lumpige 4 - 5 %, die Euch durch Preissteigerungen wieder aus der Tasche gezogen werden (damit die Rechnung für den Unternehmer wieder stimmt).
Und die Sicherheit des Arbeitsplatzes? Die Unternehmer fordern technische und organisatorische Veränderungen. Die Schutzabkommen sollen demnach also garnicht diskutiert werden. Denn organisatorische Ver-änderungen bedeuten-Entlassungen. Schutzabkommen machen dagegen erst eine Rationalisierungim Interesse der Arbeiter möglich. Was sagen Eure Betriebsräte dazu? Fragt sie!

Seite 7:"Heute:Ran an die Scheckhefte"

Durchspeziert. Durch den "Tag der Offenen Tür" ins Reich des Wohlstands. Auch in diesem Jahr haben Senat und Industrie keine Mühe gescheut, Euch 7,5 Mio DM aus der Tasche zu ziehen (damit 1, in Worten ein Traumhaus und 5, in Worten fuenf Volkswagen "ausgeschuettet" werden koennen).
Kauft ein Scheckheft (damit Ihr auch einmal ein Scheckheft habt). Und traeumt dann ganz fest vom Traumhaus. Oder vom Traumvolkswagen. Oder vom Traumsechser. Nur kein Protest gegen Mieterhoehung! Geht um himmelswillen nicht fuer Lohnerhoehung auf die Strasse! Träumt lieber. Aber träumt ganz fest. Denn 499 999 träumen ebenfalls. Und Ihr wisst ja: 499 999 müssen spielen, damit e i n e r gewinnen kann.

Erste Seite: "Polizei als Wächter über Sitte und Anstand."

Ein zu langer Kuß genügt BILD, um mit erhobenem Zeigefinger und einer fadenscheinigen Statistik Schlagzeilen zu machen. Jeder fünfte Deutsche wird als prüde Kaffeetante dargestellt. Und keine Zeile weist auf die dringlichste Aufgabe der Polizei hin: Verbrechen aufzuklären! Eine Aufgabe, der sie nicht gewachsen ist. Das liegt nicht an der Unfähigkeit unserer Polizei (sie ist eine der besten der Welt), sondern an der politischen Führung.
Wie soll eine Polizei arbeiten, die systematisch dazu erzogen wird, heute gegen protestierende Studenten und morgen gegen streikende Arbeiter vorzugehen ?

Letzte Seite:
"Mit Dutschke reden"
Moment mal? Mußte erst auf Dutschke geschossen werden ?

Letzte Seite: "Die meisten Studenten sind gegen Gewalt "

Ein Professor sagt es BILD: 80% der Studenten sind mit der Gesellschaft unzufrieden.
Eine radikale Minderheit ?
91% sind gegen Nazis und Diktatur.
Also : Kein Führer.
Jedoch kein Wort über die unzufriedene Bevölkerung, von der 23% Gewalt für ein politisches Mittel halten (bei Studenten sind's nur 17% !!!).
Für die "Kapitalistische Einheitspartei Deutschlands" sind immer noch 39 von 100 Bürgern. Studenten scheinen nicht dafür zu sein , 95% (!) sind dagegen.

Sozialistisches Maikomitee Friedenau
Verantwortlich : Nebendahl , Berlin 41
Niedstraße 19.

25.04.1968:
In Berlin rufen die Gruppe Neuer Roter Turm (NRT) und die Gruppe Zehlendorf des Aktionskomitees der Arbeiter, Schüler und Studenten zu einer Informationsveranstaltung für Schüler "Ein Attentat - zwei Tote, wer trägt die Verantwortung ?" um 19 Uhr im ESG-Heim in der Gelfertstraße auf. Als Redner sind Christian Semler und Peter Gäng vorgesehen.
Q: Neuer Roter Turm und Gruppe Zehlendorf des Aktionskomitees der Arbeiter, Schüler und Studenten: Informationsveranstaltung für Schüler, Berlin O. J. (1968)

(25.4.67

INFORMATIONSVERANSTALTUNG FÜR SCHÜLER
Ein Gespräch mit der Außerparlamentarischen Opposition

E I N A T T E N T A T - Z W E I T O T E,
W E R T R Ä G T D I E V E R A N T W O R T U N G ?

In Berlin ist ein Attentat auf einen der Führer der außerparlamentarischen Linken verübt worden. Als Reaktion darauf bereitete die Linke den politisch Führenden in unserer Stadt und in der Bundesrepublik ein heißes Ostern, und die Welle der Demonstrationen ist noch nicht verebbt. Die Aktionen richteten sich vornehmlich gegen den Springer-Konzern, dessen systematisch gegen die Studenten gerichtete Meinungsmanipulation überhaupt erst die Atmoshpäre in weiten Kreisen der Bevölkerung geschaffen hat, aus der sich das Attentat erklären läßt.
Die Demonstrationen waren härter und forderten größere Opfer als alle bisherigen Aktionen. Sie lösten eine breite Diskussion über die Berechtigung von Gewaltanwendung aus.

Warum bedient sich die Linke bei ihren Aktionen des Mittels der Gewalt?

Welche Vorstellung von der Gesellschaft liegt dem Kampf der Linken gegen den Springer-Konzern und die politisch und ökonomisch Herrschenden in unserer Stadt zugrunde?

Kommt und diskutiert mit Vertretern der außerparlamentarischen Linken über die bisherigen Aktionen und die geplante Gegenkundgebung am 1. Mai!
Am Donnerstag, d. 25.4. um 19 Uhr reden und diskutieren im ESG-Heim (Berlin 33, Gelfertstr. 45, Nähe U-Bahnhof Thielplatz)

Christian Semmler (SDS) und
Peter Gäng (SDS).

Gruppe NEUER ROTER TURM
Gruppe Zehlendorf des Aktionkomitees der Arbeiter, Schüler und Studenten

25.04.1968:
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, verfasst eine Erklärung zur Absage des für heute geplanten Gespräches mit Vertretern der Hochschulen und Studentenverbände durch die ESG, die es vermittelt hatte.
Q: Landespressedienst Nr. 82, Berlin 25.4.1968, S. 1

Landespressedienst | BERLIN

Aus den Senatsverwaltungen

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78 01 33 09

INSTITUT für POLITISCHE WISSENSCHAFT

25. April 1968
Nr. 82

E 0702

ZUR ABSAGE DES GESPRÄCHES DES REGIERENDEN BÜRGERMEISTERS MIT VERTRETERN DER BERLINER STUDENTENSCHAFT

Für Donnerstag, den 25. April, 18.30 Uhr, war ein Podiumsgespräch zwischen dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz und gewählten Vertretern der Berliner Hochschulen und Studentenverbände geplant.

Die Evangelische Studentengemeinde, die die Vermittlung und Vorbereitung übernommen hatte, hat dieses Gespräch heute morgen abgesagt. Die Bereitschaft des Regierenden Bürgermeisters, mit Vertretern der Studenten zu sprechen, bleibt nach wie vor bestehen.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz hatte sich bereit erklärt, außerhalb von Großveranstaltungen mit einem Kreis von Studenten ein offenes und sachliches Gespräch zu führen. Er geht davon aus, daß er in einem derartigen Gespräch genauso Fragen stellen und Antworten erhalten werde wie seine studentischen Partner.

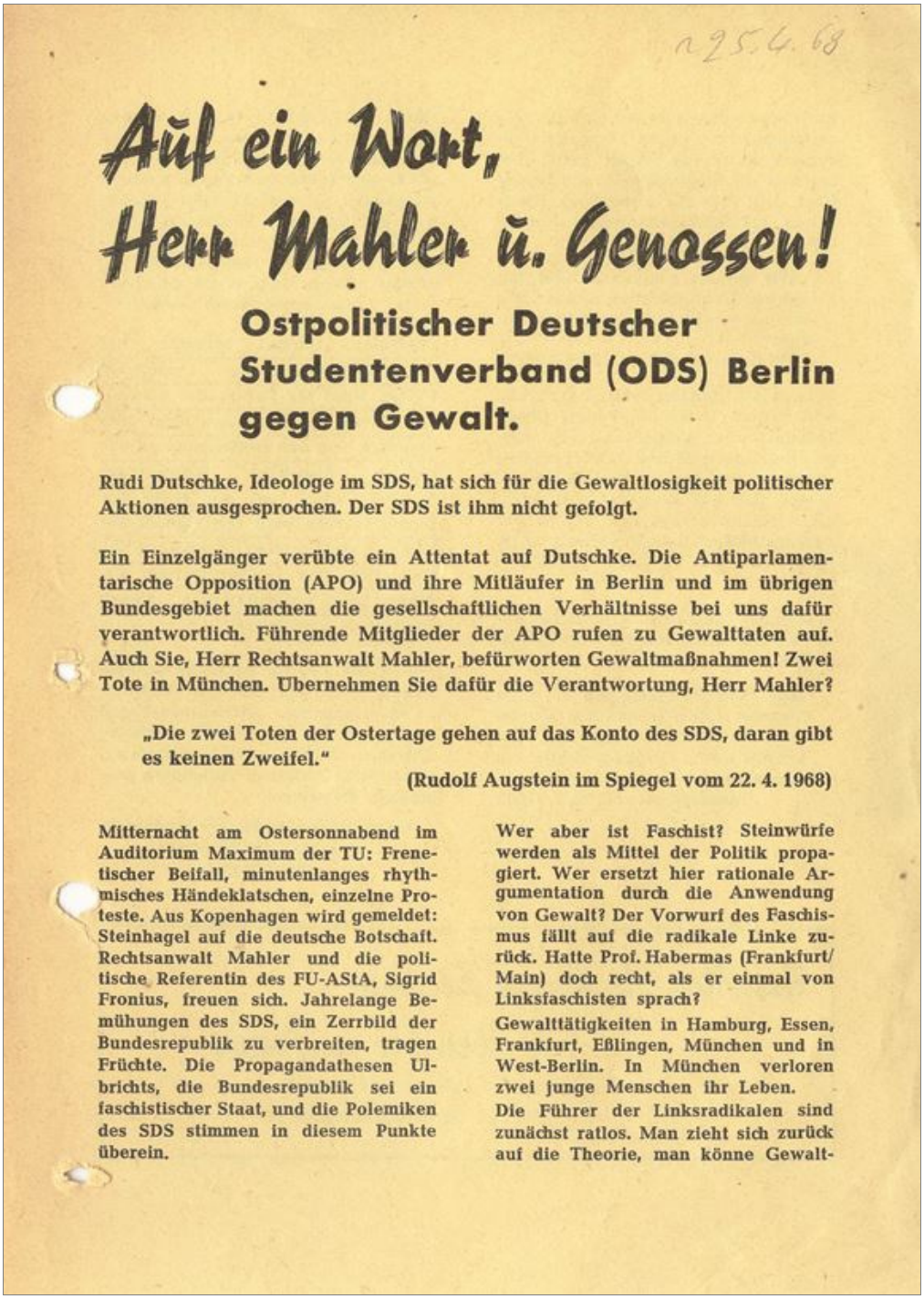
Die Vereinbarungen für das vorgesehene Gespräch wurden am Montag, dem 22. April, getroffen. Am Mittwoch, dem 24. April, abends, wurde die Forderung erhoben, es müßten auch zwei Vertreter einer nicht-studentischen Organisation an der Podiumsdiskussion teilnehmen. Damit wäre dem ursprünglichen Sinn dieses Gesprächs nicht gedient gewesen, eine kritische Aussprache über die Fragen der Berliner Studenten zu führen.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz weiß, daß es weitgehende sachliche Meinungsverschiedenheiten auch zwischen der Evangelischen Studentengemeinde und ihm gibt. Gerade deshalb dankt er ausdrücklich dieser Studentengemeinschaft und Herrn Pfarrer Hasselmann für ihre Bemühungen. Das heute bedauerlicherweise ausfallende Gespräch zwischen gewählten Vertretern der Berliner Studentenschaft sowie einem Teil ihrer Verbände und dem Regierenden Bürgermeister kann und sollte so bald wie möglich nachgeholt werden.

- - - - -

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Heinz Fanselau

25.04.1968:
In Berlin gibt der Ostpolitische Deutsche Studentenverband (ODS) ungefähr heute das Flugblatt "Auf ein Wort, Herr Mahler u. Genossen!" heraus, in dem er für Gewaltlosigkeit eintritt.
Q: ODS: Auf ein Wort, Herr Mahler u. Genossen!, Berlin O. J. (1968)



a 25.4.68

Auf ein Wort, Herr Mahler u. Genossen!

Ostpolitischer Deutscher Studentenverband (ODS) Berlin gegen Gewalt.

Rudi Dutschke, Ideologe im SDS, hat sich für die Gewaltlosigkeit politischer Aktionen ausgesprochen. Der SDS ist ihm nicht gefolgt.

Ein Einzelgänger verübte ein Attentat auf Dutschke. Die Antiparlamentarische Opposition (APO) und ihre Mitläufer in Berlin und im übrigen Bundesgebiet machen die gesellschaftlichen Verhältnisse bei uns dafür verantwortlich. Führende Mitglieder der APO rufen zu Gewalttaten auf. Auch Sie, Herr Rechtsanwalt Mahler, befürworten Gewaltmaßnahmen! Zwei Tote in München. Übernehmen Sie dafür die Verantwortung, Herr Mahler?

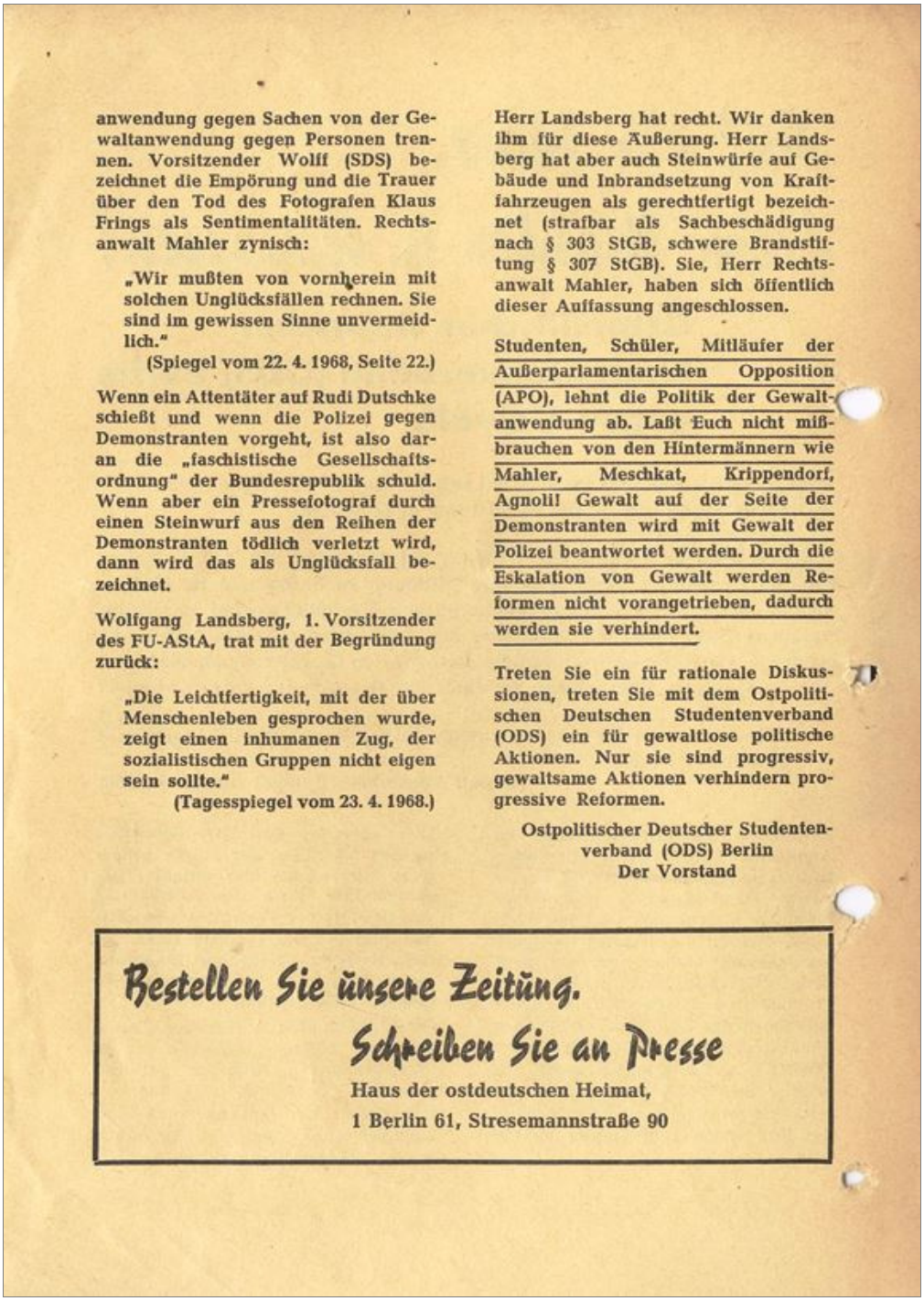
„Die zwei Toten der Ostertage gehen auf das Konto des SDS, daran gibt es keinen Zweifel."
(Rudolf Augstein im Spiegel vom 22. 4. 1968)

Mitternacht am Ostersonnabend im Auditorium Maximum der TU: Frenetischer Beifall, minutenlanges rhythmisches Händeklatschen, einzelne Proteste. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Steinhagel auf die deutsche Botschaft. Rechtsanwalt Mahler und die politische Referentin des FU-AStA, Sigrid Fronius, freuen sich. Jahrelange Bemühungen des SDS, ein Zerrbild der Bundesrepublik zu verbreiten, tragen Früchte. Die Propagandathesen Ulbrichts, die Bundesrepublik sei ein faschistischer Staat, und die Polemiken des SDS stimmen in diesem Punkte überein.

Wer aber ist Faschist? Steinwürfe werden als Mittel der Politik propagiert. Wer ersetzt hier rationale Argumentation durch die Anwendung von Gewalt? Der Vorwurf des Faschismus fällt auf die radikale Linke zurück. Hatte Prof. Habermas (Frankfurt/Main) doch recht, als er einmal von Linksfaschisten sprach?

Gewalttätigkeiten in Hamburg, Essen, Frankfurt, Eßlingen, München und in West-Berlin. In München verloren zwei junge Menschen ihr Leben.

Die Führer der Linksradikalen sind zunächst ratlos. Man zieht sich zurück auf die Theorie, man könne Gewalt-



anwendung gegen Sachen von der Gewaltanwendung gegen Personen trennen. Vorsitzender Wolff (SDS) bezeichnet die Empörung und die Trauer über den Tod des Fotografen Klaus Frings als Sentimentalitäten. Rechtsanwalt Mahler zynisch:

„Wir mußten von vornherein mit solchen Unglücksfällen rechnen. Sie sind im gewissen Sinne unvermeidlich."
(Spiegel vom 22. 4. 1968, Seite 22.)

Wenn ein Attentäter auf Rudi Dutschke schießt und wenn die Polizei gegen Demonstranten vorgeht, ist also daran die „faschistische Gesellschaftsordnung" der Bundesrepublik schuld. Wenn aber ein Pressefotograf durch einen Steinwurf aus den Reihen der Demonstranten tödlich verletzt wird, dann wird das als Unglücksfall bezeichnet.

Wolfgang Landsberg, 1. Vorsitzender des FU-AStA, trat mit der Begründung zurück:

„Die Leichtfertigkeit, mit der über Menschenleben gesprochen wurde, zeigt einen inhumanen Zug, der sozialistischen Gruppen nicht eigen sein sollte."
(Tagesspiegel vom 23. 4. 1968.)

Herr Landsberg hat recht. Wir danken ihm für diese Äußerung. Herr Landsberg hat aber auch Steinwürfe auf Gebäude und Inbrandsetzung von Kraftfahrzeugen als gerechtfertigt bezeichnet (strafbar als Sachbeschädigung nach § 303 StGB, schwere Brandstiftung § 307 StGB). Sie, Herr Rechtsanwalt Mahler, haben sich öffentlich dieser Auffassung angeschlossen.

Studenten, Schüler, Mitläufer der Außerparlamentarischen Opposition (APO), lehnt die Politik der Gewaltanwendung ab. Laßt Euch nicht mißbrauchen von den Hintermännern wie Mahler, Meschkat, Krippendorf, Agnoli! Gewalt auf der Seite der Demonstranten wird mit Gewalt der Polizei beantwortet werden. Durch die Eskalation von Gewalt werden Reformen nicht vorangetrieben, dadurch werden sie verhindert.

Treten Sie ein für rationale Diskussionen, treten Sie mit dem Ostpolitischen Deutschen Studentenverband (ODS) ein für gewaltlose politische Aktionen. Nur sie sind progressiv, gewaltsame Aktionen verhindern progressive Reformen.

Ostpolitischer Deutscher Studentenverband (ODS) Berlin
Der Vorstand

Bestellen Sie unsere Zeitung.
Schreiben Sie an Presse
Haus der ostdeutschen Heimat,
1 Berlin 61, Stresemannstraße 90

25.04.1968:
An der FU Berlin verfasst Dieter Claessens einen Offenen Brief an Prof. Dr. jur. Roman Herzog zu dessen gestrigem Brief an seinen Kollegen.
Q: Claessens, D.: Offener Brief, Berlin 25.4.1968

EOP02

OFFENER BRIEF

Berlin, d.25.4.68

Lieber Herr Herzog,

Sie haben die 29 Unterzeichner einer Erklärung über die unabdingbaren Prinzipien einer modernen Universität angegriffen und sogar der Falschmünzerei bezichtigt. Als einer der Unterzeichner möchte ich - ohne vorher mit Kollegen Verbindung aufgenommen zu haben - sofort antworten. Ihre Äußerungen dürfen keine Stunde unwidersprochen im Raume bleiben.

1. Die uns seinerzeit übersandte Stellungnahme der Freien Universität z Universitätsgesetz (Entwurf des Senators) trug keine Absenderangabe der Art, auf die sonst gerade Juristen oder Bürokraten sovfel Wert legen.
2. Das endgültige Autorenkollektiv blieb anonym.
3. Den ersten Äußerungen nach war offenbar eine ganze Reihe von Senat mitglieder mit der endgültigen Fassung ganz und gar nicht einverstan
4. Das Verfahren, das zur Abfassung der Erklärung in ihrer endgültigen Form führte, mag durch Übermüdung von Senatsmitgliedern, Zeitdruck u subjektiv erklärbar sein, vor der Öffentlichkeit ausgebreitet würde es aber so sensationell wirken, daß die Frage nach der Zurechnungsfä keit oder Verantwortungsfähigkeit universitärer Gremien unausbleibli wäre. Die Universität hat sich bereits selbst für unfähig erklärt, i eigenen Mitglieder - soweit sie Ordinarien sind - zu disziplinieren. Sie darf nicht durch weitere Verfahrensweisen eine Bankrott-Erklärun praktizieren.
5. Mindestens von akademisch Gebildeten oder an der Universität lebhaft Interessierten ist die Stellungnahme der FU jedoch bereits als Bank- rotterklärung gedeutet worden. Ziemlich einhellig schien nach Bekann den die Meinung zu sein, daß sie sofort "vom Tisch gefegt" würde, da sie reaktionär, inhaltslos, blaß sei. Soweit sie vernünftige Gedanke beinhalte, sei es hervorragend gelungen, sie in einer Weise zu publi zieren, die ihre Wirkungslosigkeit garantiere. Wirkungslos würde sie jedoch nicht sein; im Gegenteil wäre nun der Weg ohne große Diskussi frei für eine Reform von oben, wie in Deutschland seit Hardenberg üblich...
6. Zur Realisierung der eigenen Vorschläge und dem Kehren vor der eigene Tür: Ich fühle mich in der Tat hier wenig angegriffen. Ob andere Kol legen - zu Recht oder Unrecht bleibt sowieso dahingestellt - mehr, ist die Frage. Es ist aber ein alter Trick zur Herrschaftserhaltung bei entgegengesetzten Strukturen den einzelnen zu raten, sie möchten doch gegen den Strom schwimmen. Mir ist kein Strom bekannt, der dadu verändert worden wäre, noch gar seine Richtung geändert hätte - eine Vorstellung, die wohl auch kurios wäre. Die S t r u k t u r e n si zu ändern, damit auch den Widerstrebenden, Zögernden und den in ande rer Weise weniger Motivierten auf den Weg geholfen wird. Warum könne Professoren an der Universität z.B. nicht über Fakultätsgrenzen hinw über solche Fragen diskutieren? Ist es nicht allmählich ein Skanda daß hierfür an der Universität keine Institution vorgesehen ist?
7. Zur Frage des Gebrauchs von Verbalinjurien: Die Schärfe ist unnötig. Das Gewicht der Argumente sollte zählen. Gemeinsam ist doch wohl den Verfassern der Stellungnahme der FU wie den Unterzeichnern der umstr tenen Erklärung die Sorge um die Universität. Die Universität ist ab in Gefahr, das Dorf der geistigen Landschaft der Zukunft zu werden. Die angegriffene Stellungnahme verstärkt diesen Eindruck. Ich will diese Entwicklung nicht.

Mit unverändert freundlichen Grüßen
Ihr
gez. Dieter Claessens

25.04.1968:
Der AStA der Universität Göttingen gibt seine 'Göttinger Nachrichten' (GN) Nr. 13 (vgl. 29.3.1968, 9.5.1968) heraus mit dem Leitartikel "Keine Knüppel - Keine Steine. Nach dem Attentat" zu den Osterunruhen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke.

Weitere Artikel sind:
- "Kein Ergebnis" zur Diskussionen über die Göttinger Aktionen;
- "Gewalt";
- "Was passierte. Aktionsstenogramm";
- "Schwer zu überzeugen. Reaktionen der Göttinger Bevölkerung";
- "Senatsstellungnahme" zum Dutschke-Attentat;
- "Hemmschuh" zur Theologischen Fakultät;
- "Ein Fünftel für Studenten" im Konzil;
- "Neue Aktionsform. Der AStA, wie er bisher war, muß sterben";
- "Bundeskreuz für PG-Wurm" zum Bundesverdienstkreuz für Wurm;
- "Falsche Berichterstattung. Was in Hannover wirklich geschah. Ein Augenzeugenbericht" von der Nacht vom 11.4.1968 auf den 12.4.1968;
- "Gerichtliches Nachspiel? Jugendverbände fordern Untersuchung" zum Polizeieinsatz in Hannover;
- "Unruhe ja - Terror nein";
- "Tschechische Studenten. Gn-Interview" zur CSSR;
- "Jetzt drei Mark mehr. Die Gebührenerhöhung ist durch" zum AStA-Beitrag;
- "Prof. Gamillscheg: Gesammelte Werke";
- "Unter den Talaren. Rektoratsübergabe";
- "Schießen Deutsche in Vietnam? Merkwürdige Einwanderungsbestimmungen der USA";
- "Gn-Gespräch mit dem Intendanten. Fleckenstein zum Spielplan" zum Deutschen Theater;
- "Gloss-In. Für Proteste Sonderpreise!"; sowie
- "Theater Kritik".

Q: Göttinger Nachrichten Nr. 13, Göttingen 25.4.1968

25.04.1968:
Der AStA der Universität Hamburg gibt seine 'Zur Sache' (vgl. 18.4.1968, 9.5.1968) heraus. Der Leitartikel fragt: "Was wollen die Studenten?". Berichtet wird von der Notstandsübung anlässlich der Osterunruhen (vgl. 12.4.1968, 13.4.1968). Gefragt wird: "Ist die Pressefreiheit in Gefahr?", gewarnt wird vor der Teilnahme am 1. Mai, da die Bevölkerung stark aufgehetzt sei.

Berichtet wird von den Prozessen um die Vietnamdemonstration am 17.2.1967 (vgl. 20.4.1968) und wegen des 17.2.1968. Dokumentiert wird die Berichterstattung der Presse vom 16.4.1968. Analysiert wird die Polizeiausbildung.
Q: Zur Sache, Hamburg 25.4.1968

Zur Sach

Aktuelles aus Hochschule und Gesellsch

Herausgegeben vom
Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Hamburg

25. APRIL 1968

Was wollen die Studenten?

Alle Welt redet von Studenten. Deutschland jetzt auch. Ob Politiker, ob Kirchenoberen, in Leitartikeln, im Film, Funk und Fernsehen — es vergeht kein Tag, an dem nicht die Studenten im Mittelpunkt mehr oder weniger (meistens weniger) intelligenter Kommentare stehen. Und die Studenten selber? Die reden auch. Sie diskutieren über die politische Zukunft. Sie machen sich Gedanken, wie die Bundesrepublik aus der Sackgasse herausgeführt werden kann. Wie das in 20 Jahren total verrottete, moralisch völlig runtergewirtschaftete System noch zu retten ist. Mit ihren Forderungen gingen die Studenten auf die Straße. Sie demonstrierten. Völlig legal. Und von Anfang an waren die Studenten gegen die Gewalt bei der Durchsetzung ihrer Forderungen. Daß es dennoch zu Kraftakten gekommen ist, wird von den Studenten ebenso bedauert, wie von der Öffentlichkeit, den Politikern und — zumindest sagt sie es — der Polizei. Dabei ist das eigentliche Anliegen, das Ziel der Demonstrationen völlig unterge-

heit der Parlamentarischen Opposition verrichten. Verfolgt man die Ereignisse in Bonn, so könnte man glauben, wir lebten in einer Diktatur. Daß dem nicht so ist, und daß sich die Politiker für ihr Lassen und Handeln öffentlich verantworten und Rechenschaft ablegen, ist Sache der Opposition. Da es aber die Parlamentarische Opposition bei uns nicht gibt, muß diese Aufgabe von der Außerparlamentarischen Opposition wahrgenommen wer-

Schleswig-Holsteiner Polizei mit Tschakos vor dem

schrauben, sollten die Mitglieder des Bundestages gleiche Chancen für alle schaffen!

Reform der Universitäten

Es geht nicht an, daß an den deutschen Universitäten heute noch genauso

Notstan

Am Ostermontag be
isten das Hamburg
Polizeikräften ande
Grundgesetz nur da

Anliegen, das Ziel der Demonstrationen völlig untergegangen oder — was noch viel schlimmer ist, völlig falsch interpretiert worden. Hier nun eine kurze Aufzählung, was die Studenten grundsätzlich fordern:

Achtung des Grundgesetzes

Die Studenten fordern, daß das Grundgesetz von allen geachtet und beachtet wird. Es ist traurig, daß diese Forderung überhaupt erhoben werden muß. Es ist besonders bedauerlich, daß man diese Forderung noch dazu an die verantwortlichen Politiker, die sich als erste über die Rolle des Grundgesetzes in der Demokratie klar sein müßten, richten muß. Aber angesichts der Notstandsgesetze, der Wahlrechtsreformen, angesichts der nicht endenden Kette von groben Mißachtungen des Grundgesetzes seitens der Politiker ist es ganz einfach notwendig, daß die Außerparlamentarische Opposition die Achtung des Grundgesetzes fordert.

Eine demokratische Regierung

Es dürfte wohl inzwischen auch dem letzten unter uns klar geworden sein, daß die Studenten als Außerparlamentarische Opposition die Dreckar-

tion wahrgenommen werden.

Gleiche Chancen für alle

Es ist eine Tatsache, daß nur 6 Prozent der Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien stammen. Sind deren Nachkommen deshalb dümmer? Nein! Die Antwort liegt woanders: Arbeiter und Bauern können es sich finanziell einfach nicht leisten, ihre Kinder bis zum Abitur zu unterstützen. Oder gar deren Studium zu finanzieren. Hier muß der Staat eingreifen! Anstatt Milliarden sinnlos für veraltete Waffensysteme zu verpulvern, anstatt ihre eigenen Gehälter in unglaubliche Höhen zu

ten heute noch genauso gelehrt und gelernt wird wie anno 1850. Daß Professoren auch heute noch wie Könige in ihrem Fachreich regieren, über das Sein und Nichtsein abhängiger Studenten und Assistenten nach rein persönlichen Launen entscheiden. Die Studenten fordern deshalb ein Mitspracherecht, die Demokratisierung der Universitäten. Sie fordern mehr Geld für mehr Fachkräfte und mehr Räume, mehr Geld für Bibliotheken und andere Arbeitsmittel. Denn nur, wenn mit dem Leerlauf und der unbeschreiblichen Zeitvergeudung während des Studiums Schluß gemacht wird, nur, wenn die Universitäten sich auf ihre neuen Aufgaben in unserer modernen Gesellschaft einstellen, nur dann hat Deutschland eine Aussicht, in Zukunft überhaupt noch eine Rolle unter den Industrie- und Kultur-Staaten zu spielen!

Tatzel

„Zur Sache" ist eine Studentenzeitschrift. Sie wird allein von Studenten gemacht und an Verkehrsbrennpunkten von Studenten vertrieben.
„Zur Sache" unterscheidet sich von anderen Studentenzeitungen. Wir treten an jeden Mitbürger heran. Wir wollen unser Anliegen allen vortragen. Mit allen wollen wir ins Gespräch kommen. Auch mit der Polizei, gegen deren politische Führung wir uns jetzt wehren müssen. Junge Polizisten lesen unsere Zeitung kritisch. Sie lassen uns hoffen. Auch Sie lassen uns hoffen, wenn Sie uns aufmerksam lesen. Wir wollen und müssen Sie informieren. Wir haben kein Geld. Das weiß jeder. Von Ihrem Groschen können wir nur eine Seite machen. Aber auch nur eine! Spenden Sie für die zweite! Unser Konto: 460 20, Dresdner Bank, Harvestehude. Stichwort: Bürgerinformation.
Vielen Dank!

Schutz durch Panzerwagen

„Besseren Schutz für die Polizeibeamten!" Das forderte der Landesverband Hamburg der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB): „Die gepanzerten Sonderfahrzeuge, die wegen der ‚ruhigen innenpolitischen Lage' nicht mehr benötigt werden, sollten schnellstens ‚entmottet' werden."
Dazu die ÖTV-Hauptabteilung Polizei: „Die Forderung der PDB nach ‚Entmottung der gepanzerten Sonderfahrzeuge' halten wir, besonders in der gegenwärtigen Situation, für völligen Unsinn." Klatte

Wer w

Wann nahm die G
Hamburg ihren
Wer war der un
Steinwerfer, desse
dem turbulenten K
ein zündender Fu
ken mußte?
Am Gründonnersta
etwa 500 Demonstr
einer spontanen
auf das Dutschke-
durch die Innenst
Gänsemarkt samm
die Menge. In dies
ment wurden zwei
scheiben in der Ha
GER-ABENDBLATT
durch Steinwürfe
Wer war der Täter
Einige Demonstran
ab und zu näheren
mit einer bestimmte
ziviler Polizei habe
ten den jungen M
kennen, der ihnen
ein Beispiel geben
Ihre Vermutung:
heimpolizist.

Ist die Pressefreiheit in Gefahr?

Der Staat schützt den Mißbrauch

Seit einer Woche wird den Studenten von Politikern und einem Teil der Presse vorgeworfen, die Pressefreiheit in der Bundesrepublik durch ihre Demonstrationen und Aktionen zu bedrohen. „Bild am Sonntag" sieht in den Ereignissen der Ostertage den „schwersten Anschlag auf die Meinungsfreiheit seit den Tagen des Dritten Reiches". Die „Bedrohung der Pressefreiheit in der Bundesrepublik" bestand darin, daß sich Studenten, Arbeiter und Schüler in spontanen Demonstrationen vor den Verlagshäusern und Druckereien des Springerkonzerns versammelt hatten.

Zweck der Demonstrationen im ganzen Bundesgebiet war, den Springerkonzern durch gewaltlose Sitzstreiks an der Auslieferung seiner Produkte, besonders „Bild" und „Welt" zeitweise zu behindern. Denn Überzeugung der Demonstranten war: Springer mißbraucht seine Pressefreiheit, er hetzt gegen die Studenten und alle Jugendlichen, die sich kritisch mit der Politik unserer Regierung auseinandersetzen und dabei von Vorstellungen ausgehen, die der Springerpresse nicht passen.

Nach dem Grundgesetz hat jeder „das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten ..." Sicher, das Recht hat jeder, die finanziellen Möglichkeiten aber nicht. Dazu braucht man Geld; in der Bundesrepublik gibt es aber nur 200 bis 300 Leute, die Geld und Möglichkeiten haben, ihre Meinung in Form von Zeitungen drucken zu lassen (Paul Sethe). Für die übrigen 55 Millionen Bundesrepublikaner bleibt nur die Möglichkeit: Nimm und friß!

Unter den Zeitungsverlegern ist Springer der größte: Mit seinen 19 Zeitungen und Zeitschriften und einer Auflage von 19 Millionen Exemplaren beherrscht er den deutschen Zeitungsmarkt zu fast einem Drittel (29 %). Er verkauft 88 % der Sonntagszeitungen, 81 % der Straßenverkaufszeitungen in der BRD. In Hamburg und Berlin sind 70 % aller verkauften Zeitungen Springerzeitungen. Insgesamt verdient er etwa 50 Millionen im Jahr, und so kann er die Verlustzeitung „Welt" finanzieren, die ihn allein 1967 volle 7 Millionen DM gekostet hat.

Gegen diesen Koloß unter den Zeitungsverlegern sind die Politiker machtlos: Helmut Schmidt meinte 1966, jede politische Aktivität in Richtung einer Auflagenbegrenzung durch ein Gesetz sei „politischer Selbstmord".

Wozu benutzt Springer nun seine wirtschaftliche Macht auf dem Zeitungsmarkt? Um zu informieren? Um eine demokratische Kontrollfunktion gegen Parlament und Regierung auszuüben, die sich vor ihm fürchtet? Um die sachliche Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen

Gruppen unserer G
meinen: NEIN!
Sie haben es am e
dem 2. Juni 1967 ist
bürger ein Schimpf
noch zu sagen, daß
Die systematische
ten als „Politgan
Schlagzeilen wie „
Terror der Jung-R
schießen zurück". D
einen bestimmten T
fung, böswillige V
Es ist politische Ve
nach Ostern die Sc
tion? Ist das Disku
und damit diese B
in Zusammenhang
war, berichtet BILD
cher, der nichts zu
darüber das Möbelh
Das ist Volksverhe
buch, was „Bild" da
Wie sollen sich die
Wenn sie Springer
gen zu vertreiben,
ungehinderte Ausü
aber kein Angriff a
Bundesrepublik. Da
sicht der demonstr
Beispiel in Hannov
tungsarbeitern der
den ihrer Zeitungen
Was die Studenten
tionen wollen, ist:
Pressefreiheit, auf g
gen und Beschimpfu
gegen Gruppen los
blick sind das die S

Warnung!

Wir müssen alle Studenten während der Feierlichkeiten anläßlich des 1. Mai zur Zurückhaltung mahnen und sie ausdrücklich davor warnen, öffentlich als Demonstranten aufzutreten. Es besteht die Gefahr, daß in großen Teilen der Bevölkerung das Bild von „den Studenten" vorherrscht, das ihnen täglich von den Zeitungen aus dem Verlagshaus Axel Springer eingebleut wird. Es könnte deshalb zu Situationen kommen, wie sie in Berlin während der Frieden-und-Freiheits-Demonstration aufgetreten sind. Bartträger zum Beispiel sind bei solchen Gelegenheiten besonders gefährdet, und auch Mädchen, die besonders nach Studentinnen aussehen, erfreuen sich nicht übermäßiger

Flucht nach vorn

Im Prozeß um die Vietnam-Demonstrationen vom 17. Februar 1967 im Hauptbahnhof, die zur Ausweisung des nigerianischen Studenten Obi Ikobu geführt hatten, wurden am

Borger sah den Grund der Anklage darin, daß der Prozeß die nachträgliche Rechtfertigung des Handelns der Polizei und der Behörden während der Ereignisse um den 17. 2. 1967 erbringen

bruchs, Widerstand
die Staatsgewalt,
ter Gefangenenbe
Körperverletzung
leidigung. Wenig
sich davon als sti
Vielmehr stellte sic
Prozeß als Flucht
zei nach vorn dar;
Anzeige erstattet,
selbst angezeigt zu
Am Schluß der Be
nahme erschienen
falls die Angekla
die Geschlagenen
Polizisten als die
Dennoch sagten all
sten Gegenteiliges

Demonstration aufgetreten sind. Bartträger zum Beispiel sind bei solchen Gelegenheiten besonders gefährdet, und auch Mädchen, die besonders nach Studentinnen aussehen, erfreuen sich nicht übermäßiger Beliebtheit. Der Nachweis jedoch, daß Springerzeitungen Meinungsterror gegen andersdenkende Minderheiten ausüben, verlohnt keine gefährlichen Verletzungen und mit diesen müßten wir diesmal rechnen.

Untersuchung gefordert

Der Akademische Senat der Universität Hamburg hat am 19. 4. 1968 einen Bericht des ASTA entgegengenommen. Darin wird der Polizei vorgeworfen, gegenüber Demonstrationen im Laufe der Ostertage mit brutaler Gewalt vorgegangen zu sein. Rektor und Senat erwarten eine schnelle Klärung der Vorfälle. Angesichts der gegen die Polizei erhobenen schweren Vorwürfe dringen Rektor und Senat auf die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Weiterhin fordern sie Presse, Rundfunk und Fernsehen nachdrücklich zu einer unvoreingenommenen und vollständigen Berichterstattung auf.

bahnhof, die zur Ausweisung des nigerianischen Studenten Obi Ifeobu geführt hatten, wurden am letzten Freitag die Urteile verkündet. Entgegen den harten Anträgen des Staatsanwalts, der Gefängnisstrafen von einem Jahr und acht Monaten und nur einen Freispruch gefordert hatte, erkannte das Gericht zweimal auf Freispruch und nur einmal auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten zur Bewährung.

Erst am letzten Verhandlungstag in den Plädoyers der Verteidiger Rechtsanwalt Hannover und Rechtsanwalt Dr. Borger wurde das präzise ausgesprochen, wovon die meisten der Zuhörer überzeugt waren. Dr.

fertigung des Handelns der Polizei und der Behörden während der Ereignisse um den 17. 2. 1967 erbringen sollte. Er sprach von einem politischen Prozeß. So sehr diese Ansicht durch den Verlauf der Verhandlung bestätigt wurde, so wenig sagt sie etwas über die Art der Verhandlungsführung aus. Der Vorsitzende leitete die Verhandlung sachlich und fair. Für die Behörden erbrachte der Prozeß allerdings nichts Rechtfertigendes. Er erwies sich vielmehr als ein Bumerang und fiel auf sie zurück.

Angeklagt waren der Lehrer Werner K., der Ingenieurstudent Klaus W. und der Arbeiter Walter S. wegen Aufruhrs, Landfriedens-

die Geschlagenen
Polizisten als die
"Dennoch sagten a
sten Gegenteiliges
hätten es auch be
wären sie nicht ur
geblieben. Zu die
blem zitierte Rec
Hannover einen b
Berliner Strafrecht
Körperverletzung
ist einer der me
sten Tatbestände
gesetzbuches. Bes
nicht der Verletzer
der Verletzte, und
gen Widerstands
Staatsgewalt "

Ausgesprochen z
blieb das Verhalte
genannten „politis
zei". (Siehe auch
Unklar blieb auch
des Kriminalobe

Angemessene Mittel?

Zur Abwehr der Demonstranten ist von der Polizei die „Angemessenheit der Mittel" verkündet worden. Spätestens am Ostermontag war von dieser Einsicht nichts mehr zu spüren. Die Sprecher der Hochschulgruppen hatten Gewaltlosigkeit gepredigt. Wegen der schlimmen Erfahrungen vom Freitag glaubten sie den Marsch zum Springer-Verlagshaus nicht mehr verantworten zu können.

Anstatt nun aber „angemessen" im Hintergrund zu bleiben, schürte die Polizei völlig grundlos den Aufruhr: mit mehreren hundert Mann Bereitschaftspolizei besetzte sie das winzige SDS-Zentrum und riegelte den davorliegenden Bornplatz mit untergehakten Dreierketten und strategisch aufgebauten Mannschaftswagen und dem Wasserwerfer ab. Da war mehr Staatsgewalt auf den Beinen als damals bei der SPIEGEL-Aktion. Und was fanden sie? Einen Hammer, eine Säge, ein Tomatenmesser, drei Bretter mit Nägeln — laut „Bild" alles Mordwerkzeuge. Zwei Beamte mit Durchsuchungs- und Haftbefehl hätten genügt, diesen kleinen, harmlosen, mit Wandzeitungen vollgeklebten Keller auszukundschaften und das Inventar aufzunehmen. Man wußte doch längst Bescheid! So aber bot sich dann einer erstaunten Menschenmenge der lächerliche Anblick einer von Polizisten und Polizeifahrzeugen völlig verstopften Gegend. Hier wurde wahrhaft „mit Kanonen auf Spatzen geschossen".

Aber bei aller Lächerlichkeit: was würden Sie sagen, wenn Sie am Sonntag nach Hause kämen und fänden unvermittelt Ihr Haus umstellt, Ihre Wohnung besetzt, und nicht einmal der leitende Beamte wäre bereit, Ihnen auf Ihre berechtigten Fragen „Warum? Wieso? Weshalb?" eine Antwort zu geben? Wenn zu solch einer Aktion der bloße Verdacht „Gefahr im Verzug" ausreicht? Das aber kann jedem von uns passieren, solange die Bildzeitung ungehindert aus Tomatenmessern Mordwaffen machen kann und der Polizeipräsident ebenso wie der Senat das dann auch noch alles glaubt?

Die brutalen Knüppeleien und Stiefeltretereien vor dem Polizeipräsidium beweisen, daß der Polizei die Grundrechte im Augenblick

gleichgültig sind.
den Notstand nich
probt, sie hat ih
exerziert. Mit Sta
Gasmasken (geg
eigentlich die Gas
Tränengas, Ne
Wasserwerfern u
Drum und Dran.

Die Zuschauer am
haben erlebt, wer
Notstand provozie
die Studenten ruf
innerung an die
wach: es sind die
zeitungen mit ih
verhüllten Aufrufer
schenjagd („Wir k
Gesichter, ihre
Ihre Telefonnumm
Am Ostermontag
Staatsgewalt vorg

Wenn Archive und Bibliotheken versagen
bitte im *Uni-Antiquariat* nachfragen

Sie können stöbern
jetzt in erweiterten Räumen!

Unser Spezialgebiet:
Niederdeutsches Schrifttum /
Hamburgensien

Universitäts-Antiquariat
mit Mokkastube (Libresso)
2 Hamburg 13, Binderstraße 24
Tel.: 45 16 63
Montag — Freitag 10—18 Uhr
Sonnabend 10—14 Uhr

Auch als Käu
Denken Sie **nur** bei

Wissenschaftlic
HAMBURG 13

ENTEIGNET SPRINGER!

Kein Anschlag auf Privateigentum

„Das Wort 'BILD' ist eine Art Symbol für das vo gehaßte private Eigentum." So schrieb Springer Zeitung am 16. April und wollte damit beweis alle, die „Enteignet Springer" rufen, das private E überhaupt abschaffen wollen. So verfälscht BILD rechtigte Kritik an Springers marktbeherrschende duktionseigentum. Für den größten Teil der Deuts das Eigentum ein Zauberwort. Doch er denkt d seine Wohnung, an seinen Fernsehapparat und Auto, alles Dinge, die er mit seinem Einkommen kann. Dieses Eigentum soll unangetastet bleiben. nur um Produktionsmittel. Springer versteht es, Lesern einzureden, daß ihr geringer Besitzstand g gefährdet ist wie seiner, wenn er enteignet wird. eine aalglatte Lüge.

In Wirklichkeit ist der Zeitungsmarkt heute nicht mehr bestimmt vom Konkurrenzkampf freier Unternehmer, sondern vom Springer-Konzern beherrscht. Wie konnte es dazu kommen?

Nehmen wir z. B. die HÖR ZU, Springers erstes Erfolgsblatt. Aus der anfangs reinen Rundfunk-Zeitschrift wurde durch die Erweiterung zur deutschen Familienzeitschrift der finanzielle Erfolg gesichert.

Aus dem Profit an der HÖR ZU baute Springer die Reihe seiner Zeitungen und Zeitschriften auf, an deren bedeutsamster Stelle die BILD-Zeitung steht. Dieses wesentliche Startkapital wurde durch die Methode erzielt, illusionäre Bedürfnisse zu wecken und gleichzeitig schmerzlos zu stillen. Keinen anderen Zweck hatten die Romane für die Wunschwelt der Erwachsenen, die Bildergeschichten für Kinder und die Ratschläge für einsame Herzen von Irene alias Hollander. Auf diese Weise wird durch den gelenkten Lesergeschmack das Kapital vervielfältigt. Der Springer-Konzern kann weitere Zeitungen gründen oder aufkaufen, sich im Film- und Fernsehgeschäft niederlassen, und das hat kein Ende!

Ein demokratisches Massenblatt sollte aber die Bürger aufklären, Schwächen und Fehler der bestehenden Gesellschaft untersuchen, die Regierung kontrollieren. Tatsachen ohne Meinungsäußerung berichten und selbstverständlich klar die Redaktionsauffassung herausstellen. Eine solch faire Presse hat gegen Springer finanziell keine Chance.

Aus dieser Aussichtslosigkeit fordern wir: Enteignet Springer! Eine Demokratie kann sich kein Meinungsmonopol leisten. Aber Springer erhebt An auf seine Zeitunge d. h. auf die He über alle Redaktion unmittelbar die Gefüh Meinungen der M deutscher Zeitungsle stimmen. Und er wi rin scheinbar von d gemein herrschende fassung über die Un barkeit des Eigentu stärkt. Jedoch sieht das Grundgesetz im tum eine Verpflichtu Allgemeinheit gege „... Sein Gebrauch s

Wer schützt uns vor politischer Polizei?

Der Prozeß um die Demonstrationen am 17. Februar 1968 im Hauptbahnhof mußte den kritischen Blick des unbefangenen Zuhörers besonders auf eine Abteilung der Polizei richten: die politische Polizei. Die Angehörigen dieser Sondertruppe sind darauf spezialisiert, im Trüben zu fischen.

Jene Herren erscheinen im unauffälligen Zivil in den einschlägigen Versammlungen — wahrscheinlich auch bereits in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen — mit der Aufgabe, die „Situation wahrzunehmen". Das ist jedoch genau dasjenige, was sie in den seltensten Fällen tun. Im allgemeinen erscheinen sie als bestellte, einseitige Zeugen der Strafverfolgungsbehörden. Folgendes zum Beispiel kam im Hauptbahnhof-Prozeß ans Licht: Ein Beamter stellte [illegible] sammlungen teilgenommen haben. Diese Personen erfassen sie auf Listen. Der Angeklagte Klaus W. muß auf einer solchen Liste gestanden haben, denn erst nachdem er an weiteren Demonstrationen teilgenommen hatte, entsann man sich eines Vorfalls, der in den Berichten von damals gar nicht aufgetaucht war: Der Angeklagte soll einen Zivilpolizisten angesprungen haben. Von dieser Anschuldigung erfuhr Klaus W. jedoch erst in der Hauptverhandlung. Wahrscheinlich fand dieser Sprung auch nie statt. Das Gericht jedenfalls hatte berechtigte Zweifel und verband diese Zweifel mit harten Rügen wegen der Art der Ermittlungen dieser Behörde. Im einzelnen tadelte das Gericht:

- **die Manipulation von Strafanzeigen,**

Obi Ifeobu - ein Op

Als Rechtsanwalt Hannover in seinem Plädoyer darauf verwies, daß es die moralische und politische Pflicht jedes Passanten gewesen wäre, sich für die Befreiung des festgenommenen Obi Ifeobu einzusetzen, hatte er recht. Die Abschiebung des nigerianischen Medizinstudenten gehört zu den trübsten Kapiteln der Hansestadt. Mit der Abschiebung wurden unter der Verantwortung von Innensenator Ruhnau Beamte der politischen Polizei betraut. Die Angelegenheit befand sich damit nicht in guten Händen.

Nach den Tatsachen, die im Hauptbahnhof-Prozeß ans Tageslicht gekommen sind, erscheint es unwahrscheinlich, daß der Nigerianer überhaupt irgendeine Straftat begangen hat. Das Hauptargument der Ausweiser war damals der In-

bald d sung keiten rechts mißbra noch e werde knapp „Die Z derte, chen, von de

Damal tor tat spät z noch u Ifeobu geria

Strafverfolgungsbehörden. Folgendes zum Beispiel kam im Hauptbahnhof-Prozeß ans Licht: Ein Reporter wollte den Hauptbahnhof betreten, nachdem dieser bereits durch eine Polizeikette abgesperrt war. Er diskutierte daraufhin mit einem Polizisten, wobei der Polizist eine Handbewegung machte, die ein etwas abseits stehender politischer Ordnungshüter in Zivil wohl als Ansatz zu einem Schlag verstanden haben mußte. Er stürzte nämlich zur Stelle und rief, er könne bezeugen, daß der Reporter zuerst geschlagen habe. — Niemand jedoch hatte geschlagen oder wollte es. Der Zivilpolizist wollte dennoch seinen Eid darauf leisten. Er blieb unerkannt, da er sich weigerte seine Dienstnummer anzugeben.

Das besondere Augenmerk der politischen Polizisten richtet sich auf Personen, die ihnen deshalb aufgefallen sind, weil sie schon an anderen derartigen Ver-

gelte das Gericht:

- die Manipulation von Strafanzeigen. Die angeblichen Anzeiger erfuhren von ihren Anzeigen erst im Prozeß;
- die Methode, Polizisten vor ihrer Vernehmung die Protokolle und Berichte von Kollegen lesen zu lassen;
- die Methode, mehrere Polizisten gleichzeitig und nicht getrennt zu vernehmen.

Nicht erwähnt wurde der schlimmste Vorwurf in diesem Zusammenhang, nämlich der einer starken Leichtfertigkeit im Beschwören von Aussagen. Nicht immer stehen Filme zur Verfügung, um diese Aussagen zu widerlegen. Nicht immer sind Aussagen so widersprüchlich wie die in diesem Verfahren. Angesichts dieser Tatsachen bleibt eine Frage: Haben es unsere Strafverfolgungsbehörden wirklich nötig, sich dieser bestellten Zeugen zu bedienen?

Ré

Straftat begangen hat. Das Hauptargument der Ausweiser war damals der Inhalt der Aussage des Küchenmeisters L., der kritiklos von den ausweisenden Behörden als wahr unterstellt wurde, während man sich anderen Aussagen verschloß. Küchenmeister L. wollte eine Messerstecherei Obi Ifeobus gesehen haben, die niemals stattfand. Er machte vor Gericht einen derartig verworrenen Eindruck, daß auch der Staatsanwalt ihm nicht mehr glaubte. Außerdem stand er damals unter Alkohol. Seine Aussage wurde von den Behörden seinerzeit jedoch bevorzugt an die Presse weitergeleitet.

Die nicht vom Verlagshaus Axel Springer beeinflußte Presse war sich schon

auch günstiger
bei der STUKA
Fotok

»...das Beste im westdeutschen Journalismus«

Studenten erhalten die SZ im Postabonnement für DM 5,— monatlich.

Tomatenmesser und Hammer!

Stich- und Hiebwerkzeuge? Schwerer Diebstahl oder Vorwand?

Welt, 16. 4.
Am Nachmittag hatte die Polizei zwei Mitglieder des SDS festgenommen. Sie sollen Bauwerkzeuge gestohlen haben, um das Pflaster vor dem Springerhaus aufzureißen.

Bild, 16. 4.
Stichwaffen beim SDS beschlagnahmt — Zentrale von der Kripo ausgehoben. — Vier Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Hamburg wurden gestern von der Polizei festgenommen. Der Grund: Sie stehen im Verdacht, mehrere Spitzhacken von einer Baustelle gestohlen zu haben. Als die Beamten die Studenten Ursula B. (20), Inge J., Bernd R. (25) und Reinhold O. (24) im SDS-Büro am Von-Melle-Park abholten, stießen sie in den Räumen auf Schlag- und Hiebwerkzeuge. Außerdem fanden sie ein Stilett und drei Nagelbretter.

Hamburger Abendblatt, 16. 4.
Wie die Polizei später mitteilte, seien am Nachmittag verschiedene Baufahrzeuge aufgebrochen worden, aus denen Schaufeln und Spitzhacken gestohlen wurden. Kurz darauf seien verschiedene Mitglieder mit den Werkzeugen aus der Zentrale gekommen.

Bild, 16. 4.
Kurz vorher war es am Von-Melle-Park zu einem Diebstahl gekommen: Die Fahrer eines VW entwendeten aus einer Baustelle Spitzhacken und mehrere Schaufeln. Das Fahrzeug wurde wenig später festgestellt. Die Insassen festgenommen.

Ein Auto oder ein Fuhrpark?

Hamburger Abendbl
19.45 Uhr – Kornträ
Demonstranten ha
umgekippten Au
Barrikaden errich
einen Peterwagen
schlossen.

Bild, 16. 4.
Demonstranten
Kleinbusse um un

Was stimmt denn nur

AUS HAMBURGER ZEITUN

teten mit Hausm
und Pflastersteine
Straßensperre.

Welt, 16. 4.
In Hamburg stürz
monstranten ein Pk
um und blockierten
fahrt.

Ein Vorfall — 3 Ber
Gibt es auch 3 Wahr
Bild, 16. 4.
Als ein Zeitungswa
suchte, durch die M
menge zu gelangen

Ein Mädchen wird im Würgegriff abgeführt. Dazu sind drei Polizeibeamte nötig. Ob sie je gelernt haben, zwischen Kriminellen und Demonstranten zu unterscheiden? Sie müßten wissen, wer sich von der Polizei durchnässen und ohne Gegenwehr verprügeln läßt, leistet auch auf dem Weg zur Wache keinen Widerstand. Haben sie nachgedacht?

Keine Büttel der Nation

Scharf zurückgewiesen hat am letzten Freitag in Frankfurt das Vorstandsmitglied des Deutschen Richterbundes, Otto Pulch, die Bemühungen mehrerer Politiker, Strafrechtsnormen aus politischen Gründen umzuinterpretieren. Um der Demonstrationen Herr zu werden und um den „eingeschüchterten Richtern und Staatsanwälten" mit der „Autorität des Volkes beizuspringen", wurden aus Bonn folgende Vorschläge gemacht: verschärfte Maßnahmen der Polizei und der Justiz gegen die Demonstranten, Schnellverfahren gegen Rädelsführer und Verschärfung der Strafbestimmungen.

Der Angriff auf die grundgesetzlich garantierte richterliche Unabhängigkeit gipfelt in der Behauptung des CDU-Bundestagsabgeordneten von Eckardt, Richter und Staatsanwälte stünden „immer nur solange auf dem Boden des Rechts, solange sie spüren, daß sie die Autorität des Staates und der demokratischen Gesetzmäßigkeit hinter sich haben."

Wir sind erleichtert, daß sich die Richter so eindeutig

„Nachdenke

die Entschlu

Studenten prüfen Po

Nachdenken lähmt die Entschlußkraft." Und: „Wir müssen in der Ausbildung damit anfangen, das hinzunehmen, was gegeben ist." Das sagte wörtlich der Leiter der Polizeiausbildung, Leitender Polizei-Direktor Pötke. Hinnehmen was gegeben ist, das heißt doch für den Polizeibeamten: die Gesetze des Staates müssen — eben weil der Staat sie erläßt — von Natur aus gut und wohltätig sein. Hinnehmen, was gegeben ist, heißt doch: die Befehle meines Vorgesetzten müssen vernünftig und der Situation angemessen sein, eben weil sie von meinem Vorgesetzten kommen.

Es bedurfte nicht erst der Brutalität des Polizeieinsatzes während der Ostertage, um die Frage nach der richtigen Ausbildung der Polizei in den Vordergrund treten zu lassen. Schon der Schahbesuch am 3. Juni 1967 war ein solcher Anlaß zum Nachdenken, vor allem für Studenten.

Studentenparlament und AStA haben es immer abgelehnt, „die" Polizei zu verurteilen, auch wenn sie aus eigenem Erleben allen Grund dazu gehabt hätten. Sie wollten vielmehr die Ursachen ergründen und abstellen, die solche Ausschreitungen erst möglich machten und machen. Sie wollten ihren Teil dazu beitragen, die gespannte Situation zu entschärfen. Sie wollten eine Frontstellung ‚Polizei gegen Studenten' vermeiden. Denn die Studenten wollen nicht die Polizei provozieren, sie wollen die Politiker treffen, die nur zu gern die Polizei jeweils dann vorschicken, wenn ihnen die Argumente ausgehen.

richtsfächer aus eigener Anschauung kennen: Rechtskunde und praktische Ausbildung in der Lehrrevierwache, Waffen- und Geländeausbildung, Politische Bildung usw.

Natürlich konnte in der kurzen Zeit nur ein ungefährer Überblick gewonnen werden. Es wäre unsinnig, etwa nach zwei Unterrichtsstunden im Fach Politische Bildung darüber etwas Endgültiges sagen zu wollen. Abgesehen von solchen Einzelbeurteilungen, die sich nach so kurzer Zeit nicht abgeben lassen, kann jedoch eine Gesamtbeurteilung gewagt werden, weil sich durchgehend durch all die verschiedenen Fächer und Unterrichtsstunden drei Tendenzen klar herausschälen.

Gerade unter den jungen Polizeianwärtern zeigt sich ein erstaunliches Maß an Aufgeschlossenheit und Unvoreingenommenheit gegenüber Andersdenkenden. Die Vorurteile gegen Studenten, Intellektuelle und Demonstranten, die eigentlich zu erwarten waren, bestanden kaum. In der Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen konnte oftmals

Studenten und jung
zisten erzielt werden

Die Methode des
richts allerdings lä
eigenen Urteil des
Polizisten wenig Spi
Eigenständiges Denk
Fragen, die vom
Schema des Lehrpla
weichen, bringen di
bilder in Verlegenhe
wunder, daß sie Frag
terdrücken und ihre
Unsicherheit durch i
Auftreten wettmache
schüchtern ein, wo
erstaunlich große In
der Schüler ermunte
sie zur Diskussion a
sollten. Die Lehrinha
der unmöglichen
richtsmethode angen

Komplizierte Sachv
werden auf einfache
löst: für jede fachlich
politische Frage gibt
cher einen Paragraph
Gesetz, einen Artik
Grundgesetz, der sich
lich zitieren läßt. W
Grundgesetz ausgeleg
den muß, ob jedes
vernünftig ist, wie
Sinn im gegebenen Fa
zudeuten ist, ob es
haupt für jeden Fa
passende Gesetz gibt
nicht erwogen. In
Welt ist noch alles

sie die Autorität des Staates und der demokratischen Gesetzmäßigkeit hinter sich haben."
Wir sind erleichtert, daß sich die Richter so eindeutig dagegen gewandt haben, das „gesunde Volksempfinden" der NS-Rechtsprechung nicht auf dem politischen Umweg wieder in die Justiz einfließen zu lassen. Auch die „Bild-Zeitung" war in der letzten Woche schon mit der Schlagzeile „Endlich — Schnellgerichte" an ihre Lesergemeinde herangetreten. Dagegen haben die Richter sich geweigert, durch derartige Manipulationen zum „Büttel der Nation" degradiert zu werden. Diese Haltung dient der notwendigen Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik. Ré

wenn ihnen die Argumente ausgehen.

Um sich selbst ein genaues Bild machen zu können, nahmen fünf Tage lang, vom 18.—22. März 1968, drei Mitglieder des AStA und ein Mitglied des SDS am Unterricht in der Landespolizeischule und bei der Bereitschaftspolizei in Alsterdorf teil. Sie lernten die ganze Breite der Unter-

an den gesellschaftlichen Zuständen konnte oftmals Übereinstimmung zwischen

nicht erwogen.
Welt ist noch all
jedes Ding hat sei

Führungsfehler und Willkür

Der berüchtigte Kommandeur der Hamburger Schutzpolizei, Leddin, gefährdet seit den Osterdemonstrationen nicht mehr allein Gesundheit und Sicherheit von Demonstranten, sondern auch die seiner untergebenen und befehlsabhängigen Beamten:

„Trotz der Erfahrungen mit den Steinwürfen auf den Wasserwerfer gibt Leddin jetzt das Kommando zum Räumen und schickt seine Beamten ohne Deckung und Kopfschutz nach vorn. Mit gezogenen Gummiknüppeln setzen zwei Züge Polizisten über die erste Barrikade und werden prompt mit Steinwürfen von Demonstranten empfangen, die hinter einer zweiten Barrikade, die Leddin übersehen hatte, stehen. Innerhalb weniger Minuten werden sechs Polizisten erheblich verletzt, das Räumkommando flieht; Leddin befiehlt: „Zurück! Zurück!" (AStA-Dokument S. 4)

Während der Polizeiaktion gegen den Sitzstreik vor dem Polizeipräsidium am Ostermontag wendet Leddin eine bewährte und nicht minder brutale Taktik der Polizei an; die Gummiknüppelaktion nach dem Leberwurstprinzip, die schon am 2. Juni 1967 in Berlin zu einer Unzahl von schwerverletzten Demonstranten führte und immerhin die Absetzung des damaligen Berliner Polizeipräsidenten Duensing nach sich zog.

„Kaum haben die Mannschaftswagen gestoppt, springen die Polizisten mit gezogenen Knüppeln heraus, stellen sich in Zugformation auf, stürmen die etwa dreißig Meter zum Präsidium hinüber und beginnen sofort auf die sitzenden Demonstranten einzuschlagen. Eine Warnung ist laut übereinstimmenden Aussagen von Demonstranten nicht erfolgt. Diese Knüppelaktion orientiert sich nach dem Eingeständnis Kommandeur Leddins am Leberwurstprinzip des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Duensing. Es gibt ungezählte verletzte und bewußtlos geschlagene Demonstranten, die teilweise noch in diesem Zustand von Polizisten geschlagen und getreten werden. Es sind auffällig viele Mädchen unter den Verletzten, da sie sich nicht so schnell in Sicherheit bringen können." (AStA-Dokument S. 9 u. 10)

Schließlich leistet Leddin persönliche Fleißarbeit bei der willkürlichen Festnahme von Leuten, die ihn ärgern. Seine gewalttätige Handschrift in solchen Fällen ist bekannt.

So nahm er eigenhändig den Tonbandamateur Erwin Huber im Kornträgergang fest und beschlagnahmte sein Band, weil dieser in sein Mikrophon sprach: „Jetzt geht er (Leddin) stolz und knüppelschwingend hier vorbei." Leddins Kommentar: „Ein kleiner Sachse. Er hat mich beleidigt."

Das ist Willkür, Herr Leddin!
Hoffentlich bekommen Sie bald Ihr Handwerk gelegt.

Liebes Kranken
Ich hab deine R
Vati gesehn, au
Er sagt, wir mü
es E verkauffen.
noch ganz neu.
Bitte nim uns d

*
Und das war die Rechnung:

Blasenerkrankung — 462 Tage Pf
2. Kl.
Operationen
Visiten, Lab

Harter Schlag, nicht wahr?
Die DKV hätte alle Kosten übernehmen
nur rechtzeitig bei Europas größter P
gegen hohe Krankheitskosten zu versic

DKV DEUTSCHE KRANKEN
Filialdir. Hamburg, Kleine

26.04.1968:
Der SDS Heidelberg gibt vermutlich Ende dieser Woche das Flugblatt "1. Mai - Kampftag der Arbeiter" heraus, welches aufruft:"
Arbeiter und Studenten müssen gemeinsam um die soziale Demokratie kämpfen!".
Q: SDS: 1. Mai - Kampftag der Arbeiter, Heidelberg O. J. (1968)

1. Mai --- Kampftag der Arbeiter

Seit Jahren ist der . Mai, der traditionelle Kampftag der Arbeiterbewegung, seines politischen Inhalts beraubt. Nach dem Zuasammenbruch des faschistischen Dritten Reiches, das sofort den . Mai in einen nationalistischen Feiertag und in ein Symbol der Einheit von Arbeitern und Unternehmern verwandelt hatte, war es in der Bundesrepublik nicht gelungen, die Arbeiterbewegung wieder voll ins Leben zu rufen. Die besten Kämpfer waren in den KZs ermordet worden, und dem neuen Staat gelang es, aufs neue ein falsches Bewußtsein zu bilden von der angeblichen Einheit der Interessen von Arbeitern und Unternehmern. Der Kampftag der Arbeiter wurde zum Festtag der Unternehmer, denen es gelang, die Arbeiter in i h r e n Staat einzupassen und i h r e n Interessen zu unterwerfen.

Denn dieser Staat ist trotz des Versprechens seines Grundgesetzes der Staat der Unternehmer geblieben und wird es ohne entschiedenen Kampf der Arbeiter auch weiterhin bleiben. Die Unterhehmer und ihre Handlanger in Regierung und Bürokratie sind schon dabei, die Reste der Demokratie, deren Grundlagen sie seit langem unterhöhlt haben, endgültig abzuschaffen: sie stehen unmittelbar vor V erabschiedung eines Notstandsgesetzes, das das Streikrecht beschränken und den Arbeitern ihr bestes Kampfmittel entziehen soll. Durch Veränderung des Wahlrechts wollen sie die bestehenden Verhältnisse verewigen. Und sie haben Gründe dazu : in der Wirtschaftskrise des letzten Jahres wurde vielen Arbeitern bewußt, w wie unsicher ihre Situation in diesem Staat nach wie vor ist.Arbeiter wurden entlassen, der Reallohn wurde gekürzt. Der neue Wirtschaftsauf - schwung aber wurde auf Kosten der Arbeiter erreicht. Wer jedoch einmal die eigene Unsicherheit erfahren hat, hat auch das unbedingte Vertrauen in diesen Staat verloren.
Aber die Wirtschaftskrise führte zu keinem neuen Aufschwung der Arbei - terbewegung. Die SPD und der größte Teil der Gewerkschaftsführer ver - säumten es, die Arbeiter über ihre Lage aufzuklären und taten alles, um spontane Streiks zu verhindern.Das objektive Versagen des Staates, die Lügen der Springerpresse und die mangelnde Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsführer und der SPD führten stattdessen zu einer Verstärkung der faschistischen Strömungen und zum Anwachsen der NPD.
Es sit tatsächsich keine Zeit für unverbindliche Festreden !
Der 1. Mai muß wieder zum Kampftag werden!
Seit einiger Zeit sind die Studenten aus ihrer unpolitischen Lethargie erwacht und haben den Kampf gegen die autoritäre Entwicklung in der BRD aufgenommen. Der Kampf der Studenten um Mitbestimmung in den Universitäten und für Demokratie in Staat und Gesellschaft unterscheidet sich nicht vom Kampf der Arbeiter. Dennoch ist es den Studenten noch nicht gelungen, die Aktionseinheit mit den Arbeitern herzustellen. Nur deshalb konnten sie geschlagen und geprügelt und gleichzeitig als gewalttätig verschrien werden. Vor nichts haben die Unternehmer mehr Angst, als daß es gelingen könnte, diese Aktionseinheit von Arbeitern und Studenten herzustellen, die in deren gemeinsamen Interessen liegt. Das "Deutsche Industrieinstitut" erklärt, wenn es dem SDS, der Avantgarde der oppositionellen Studenten, gelingen sollte, in den Betrieben Fuß zu fassen, dann müßten " sich Unternehmer, Gewerkschaften, Betriebsräte sowie alle Arbeitnehmer stärker als bisher mit den Versuchen radikaler Studenten beschäftigen, die bestehende Ordnung der Gesellschaft abzuschaffen."
Aber wo Interessengleichheit vorliegt, helfen verlogene Apelle nichts. Die Arbeiter und Studenten werden zusammenfinden. Um so schlimmer, daß die Gewerkschaftsführer den Apell der Unternehmer befolgen, und der DGB am 1. Mai keine Studenten zu Wort kommen lassen will, um den gewohnten Feiertagsstil zu sichern.
Es wird Zeit, daß die Arbeiter den 1. Mai wieder selbst in die Hand nehmen, und sie ihre alten Kampfinstrumente, die Gewerkschaften nicht zu Werkzeugen der Unternehmer werden zu lassen.
A r b e i t e r u n d S t u d e n t e n m ü s s e n g e m e i n s a m
u m d i e s o z i a l e D e m o k r a t i e k ä m p f e n !

Sozialistischer Deutscher Studentenbund - Heidelberg

26.04.1968:
In Berlin verteilt das Sozialistische Maikomitee Friedenau vermutlich heute seinen 'Kommentar zu BZ & Bild Zeitung Donnerstag, 25. April 1968' (vgl. 25.4.1968, 27.4.1968) als Flugblatt.
Q: Sozialistisches Maikomitee Friedenau: Kommentar zu BZ & Bild Zeitung Donnerstag, 25. April 1968, Berlin O. J. (1968)

B.Z.

Kommentar zu
Donnerstag,
25.April 1968

BILD ZEITUNG

Seite 8: Tarifstreit entschärft: Beide Seiter gaben nach.

Wer hat nachgegeben? Die Unternehmer senken das Mindestalter für Lohnschutz um 5 Jahre, also haben sie nachgegeben, schreibt BZ. Kein Wort von Entlassungsschutz für ältere Arbeiter, kein Schutz vor wirtschaftlichen und politischen Folgen. Wer macht die Politik? Wer macht die Wirtschaft? Die Unternehmer! Wenn Ihr Wirtschaft und Politik machen würdet, brauchte man nicht über Schutzabkommen zu reden.
Wir schrieben gestern: Von den 7% Lohnerhöhung werden 4-5% übrigbleiben. Nach einen Verhandlungstag sind es bereits nur 5,5%. Und es wird noch weniger werden. Denn die IG-Metall will nicht kämpfen. Wir werden nicht zusehen, wenn es gegen eure Sicherheit geht. Darum: Helft uns im Kampf f ü r Eure Interessen und Ihr helft Euch.

S. 2: 10 Jahre- Eine zu schwere Bürde.

Bürger, merkt auf, wie schnell da oben in Bonn Gesetze gemacht werden, wenn es darum geht, das Gesicht der eigenen Partei zu wahren (sofern dies noch möglich ist).
Weiter unten im Volk ist das schon schwerer. Wir Studenten fordern nämlich schon seit langem ein Gesetz, mit dem ein Mann aus dem Verkehr gezogen wird, der ebenfalls ein öffentliches Ärgernis ist, und der auch nicht freiwillig geht: Axel C. Springer.

S.2: Lehrstuhl ist kein Leerstuhl.

Lehrstuhl ist kein Leerstuhl" und "Vernachlässigung berechtigter Ansprüche": Vokabeln eines austauschbaren B Z Kommentators, die doch bezeichnend sind für die Strategie des Springer-Konzerns. Vokabeln, die wir der B Z nicht abnehmen, die heuchlerisch klingen in einer Zeitung, die bisher nur vom "Hohen Akademischen Senat", von den "Radaubrüdern" der F U und von unverschämten Forderungen sprach. Wann wird der friedliche Arbeiter zum Randalierer? Wann wird die Lohnforderung zur Unverschämtheit? Wenn der Arbeiter das Unternehmertum bedroht. Traut nicht der

S.3: Meling in der Kongresshalle!

Die Marcouri kackt und singt. Und ein "Regierender Bürgermeister" übernimmt die Schirmherrschaft. Ein Abgrund von Heuchelei tut sich auf. Die gleichen Politiker, die auf dem Nürnberger Parteitag die Diktatur in Griechenland verurteilten, liefern gleichzeitig Waffen an die Diktatoren. Eben die Waffen, die nötig sind, um den Widerstand der Arbeiter und Studenten gegen das Regime zu brechen.

250 000 DM Schadenersatz!

Nun haben sie IHN! Nicht 5000 Arbeiter und Studenten haben am Gründonnerstag und danach protestiert. Nein! Einem Mann soll nun der Schwarze Peter zugeschoben werden. Dieser Mann heißt Horst Mahler! Denn die BILD Zeitung braucht einen neuen Sündenbock, nach dem Josef Bachmann ihr die Dreckarbeit mit Rudi Dutschke abgenommen hat.

Ein Negerkind wird angespuckt!

Man fragt sich, mit welchem Recht gerade BILD eine Unterrichtsstunde zum Thema Diskriminierung zusammenschustert, wo es doch ein Springer Blatt war, das im Zusammenhang mit Studenten von "Ausmerzen" sprach! Sind es denn tatsächlich nur Asoziale, die den Ausdruck "Negersau" über die Lippen bringen, oder gibt es Eventuell auch unter den in besseren Verhältnissen Lebenden Berlinern welche die das Schimpfwort "Kommunistenschwein" gebrauchen? Wenn ja, dann räumt endlich auf mit Vorurteilen und Beleidigungen sowohl gegenüber Negern als auch gegenüber Studenten, die politisch anders denken als dieser Senat und seine Drucker in der Kochstraße.

Aufruf: Kommt zur sozialistischen Maikundgebung am Mittwoch, den 1. Mai, 10 Uhr auf den Karl-Marx-Platz.

Sozialistisches Maikomitee Fridenau
Verantwortlich: Nebendahl, Berlin 41
Niedstr. 19

26.04.1968:
In Berlin erscheint ein Flugblatt "Achtung Gefahr" mit dem Aufruf zur Sternfahrt gegen die Notstandsgesetze (NSG) nach Bonn am 11.5.1968.
Q: N. N.: Achtung Gefahr, O. O. (Berlin) 26.4.1968

26. April 1968

ACHTUNG GEFAHR ACHTUNG GEFAHR ACHTUNG GEFAHR ACHTUNG GEFAHR

Der Bundestag beschleunigt, wie wir soeben erfahren, die Termine für die Verabschiedung der Notstandsgesetze:

2. Lesung: 14. Mai 1968
3. Lesung: nach Pfingsten

Das bedeutet:

in weniger als 3 Wochen sollen die Gesetze praktisch verabschiedet sein und nur noch der formalen Bestätigung in der 3. Lesung bedürfen.

in weniger als 3 Wochen soll die gegenwärtige Eskalation der Notstandsplanung ihren siegreichen Abschluß gefunden haben.

in weniger als 3 Wochen soll das Grundgesetz zu einem löchrigen Fetzen Papier geworden sein und die "ungehemmte politische Auseinandersetzung" in der BRD beginnen

Der SPD-Bundesparteitag ist vorbei. Die innerparteilichen Diskussionen sind abgeleitet. Die Fraktionseliten haben nichts mehr zu fürchten (außer diejenigen, gegen die sich diese Gesetze unmittelbar richten).

Daher konnten sie sich auf neue Einfälle einigen:

1. Streitkräfte -eigene und fremde- sollen nicht nur gegen "bewaffnete Aufständische" eingesetzt werden (wie nach dem alten Entwurf), sondern auch gegen unbewaffnete (z.B.) Demonstranten! "Zum Schutz ziviler Objekte" - wie Amerika-Häuser, John-F.-Kennedy-Plätze, Stadtzentren etc.

2. Die an sich erforderliche Zustimmung einer qualifizierten Bundestagsmehrheit zu Zwangsverpflichtungen ist jederzeit umgehbar, sofern sie aufgrund eines Beschlusses innerhalb eines Bündnisses erfolgen - sei es die Nato, sei es ein deutsch-griechischer oder ein deutsch-iberischer Bündnisvertrag.

Zur Sternfahrt nach Bonn: Anmeldung bei Heiser Tel.: 83.29.03

3. Das "Widerstandsrecht", das traditionsreiche, elementare Recht unterdrückter Minderheiten, soll nach dem Willen des Innenausschusses in der Tat ein Pogromrecht der Mehrheit sein:
"Art. 19 a: Wird versucht, die Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes an der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben zu hindern oder die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigt, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand gegen die Rechtsbrecher".
Wer die Rechtsbrecher sind, "Bild" und "Die Welt" werden es schon sagen. Weiß Gott: "Man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen". (Bild v. 7.2.68)

Bürgerlich gesprochen: Hört, die Parlamentarier haben uns verraten!
Klar gesprochen: Vereinigt Euch und bildet Zellen!

S T E R N F A H R T N A C H B O N N A M 11. MAI 1968

26.04.1968:
An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt heraus mit dem Aufruf zur Vollversammlung am 3.5.1968 und Informationen zur "1. Mai-Kampagne".
Q: AStA FU: Freitag VV…, Berlin 26.4.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

1 Berlin 33, den 26.4.68

Freitag VV 3.5., 14.00 h

- Am Institut für Publizistik ist die Stelle des einen Ordinarius (für 300 Hauptfächler) seit über 3 Jahren unbesetzt. Die Berufungskommission hat es auf Grund des Drucks interessierter Professoren - die die Auflösung des selbständigen Instituts betreiben - verstanden, 26 Kandidaten zu verschleißen. Eben schien eine endgültige Entscheidung sich abzuzeichnen, da werden neue Namen in die Debatte geworfen: erneute Verzögerungen zeichnen sich ab! Die Publizisten streiken bis zur Besetzung des Lehrstuhls
- der Lehrstuhl im sinologischen Seminar ist seit 3 1/2 Jahren unbesetzt. Er wird mitverwaltet vom Japanologen Eckardt, über dessen fachliche Qualifikationen der FU-SPIEGEL in den letzten Ausgaben berichtete. Demnächst soll der Disziplinarausschuß wegen antisemitischer Äußerungen gegen ihn verhandeln: Eckardt wird krank. So sind Sinologen und Japanologen ohne prüfungsberechtigte Lehrkraft.
- Für dreihundert Hauptfachtheaterwissenschaftler gibt es einen Ordinarius. Der braucht jetzt ein Forschungssemester in den USA. Hauptseminaristen und Doktoranden hängen in der Luft.

Wir sollten die Verantwortlichen fragen, was sie in diesen und andere Fällen zu tun gedenken.
Der AStA hat die Herren:

Senator Professor Dr. Stein
Magnifizenz Professor Dr. Harndt
Spektabilis Professor Dr. Loos
Professor Dr. Eberhard (Inst. f. Publizistik)
Professor Dr. Baumgart (Inst. f. Theaterwissenschaft)
Professor Dr. Eckardt (Inst. f. Japanologie)

gebeten, am Freitag, den 3. Mai d.J. um 14.00 Uhr in einer Vollversammlung aller Fakultäten sich zu einem Hearing zur Verfügung zu stellen.

FRAGEN SIE DIE VERANTWORTLICHEN!

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

Hinweis auf Broschüren:

VON DER FU ZUR KU
2. völlig überarbeitete Neuauflage DM 1,--
VORLESUNGSVERZEICHNIS DER KU SS 68 DM 1,50
zu erhalten im Sekretariat des AStA, Garystr.20

1. MAI-KAMPAGNE

M o n t a g

wird vor der Mensa eine Broschüre

Berlin - Wirtschaft und Politik - im Kern gesund?

für ca. DM 1,50 verkauft. Diese von einer Gruppe im Republikanischen Club erstellte Schrift zählt zur Pflichtlektüre aller engagierter Studenten und Agitatoren.

Ferner gelangt zur Verteilung

die Mai-Zeitung
der Mai-Aufruf
die Mai-Plakette: Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft (zur Finanzierung der Kampagne),
12 Sorten Aufkleber

20.00 Uhr Audi Max FU: 1. Mai-Vorbereitung

D i e n s t a g

18.00 Uhr Hasenheide Sozialpolitischer Kongreß

M i t t w o c h

9.30 Uhr Abmarsch Karl-Marx-Platz

11.00 Uhr Kundgebung Hohenstaufenplatz.

Es reden:

Jacomo Feltrinelli (Mailand)
Günther Tollusch (Betriebsratsvorsitzender Ford, Köln)
Erwin Burckmann (Betriebsratsvorsitzender Daimler-Benz, Mannheim)
Klaus Meschkat (Republikanischer Club)
Heinz Beinert (Falken)
Bernd Rabehl (SDS)
Lawrence Daly (Generalsekretär der Schottischen Bergarbeitergewerkschaft)
Ein Vertreter der Schüler

26.04.1968:
An der FU Berlin erscheinen die 'Wiso Informationen', laut einer handschriftlichen Datierung heute, in einer Auflage von 3 000 Stück mit dem Inhalt:
- "Freiheit und Autonomie an der Ordinarienuniversität";
- "Diskussionsbeitrag zur Strategie der Studentenvertretung: Jeder Lehrveranstaltung ihre Ad-hoc-Gruppe";
- ein Offener Brief aus Marburg zum Disziplinarverfahren gegen Professor Gottschalch an der PH;
- "Disziplinar-Verfahren";
- "Schließfächer…";
- "Prof. Kade: Die auf kritische Vernunft verzichten stehen rechts";
- "Besetzung vakanter Lehrstühle";
- "Diplomprüfungsordnung";
- "Vorlesungsankündigungen";
- "Statistik";
- "Liebe und Betriebswirtschaft";
- "Nachrichten der APO";
- Bücherrezensionen; sowie
- "Kurze Zulassungsstatistik für das SS 68".
Q: Wiso Informationen, Berlin O. J. (1968)

26.04.1968:
An der FU Berlin lädt die ESG vermutlich Ende dieser Woche mit einem Flugblatt zu ihrer Kurrende und der ersten Probe am 29.4.1968 ein.
Q: ESG FU: Möchten Sie vom…, Berlin O. J. (1968)

26. APR. 1968

Möchten Sie vom Empire-State-Building spucken oder in den Grand Canyon springen?

Stehen Sie auf Bach, Schütz (Heinrich!!) und anderen steilen Zähnen?

Möchte Sie gerne (im Vereine wohlgemerkt) singen?

Machen Sie gerne ein Fass (Bier) auf nach dem Singen?

Diskutieren Sie mit Leidenschaft über Atomtod, Frühlingserwachen und die Benzinpreise?

Dann liegen Sie bei uns, bei der Kurrende der Evangelischen Studentengemeinde der FU, richtig!!

Wir treffen uns jeden Montag von 19.30 Uhr bis 21.30 Uhr im Collegium Musicum im Henry-Ford-Bau, Garystraße. Erste Probe: Montag, den 29.4.1968

Nach den Proben ist Bier-AG (lies: gemütliches Beisammensein in trauter Runde) im Gemeindezentrum der ESG.

Unser Programm sieht vor, in den Hochschulgottesdiensten zu singen und ein bis zwei Kirchenkonzerte pro Semester zu veranstalten. Unsere erste Aufgabe ist zum Beispiel ein Rundfunkgottesdienst am 12.5.1968.
Für dieses Semester planen wir:
1) Hans-Leo Haßler: Cantate Domino 2) Heinrich Schütz: Cantiones Sacrae 3) Dietrich Buxtehude: Missa brevis 4) Ernst Pepping: Aus dem Spandauer Chorbuch 5) Hermann Schein: Israelsbrünnlein (Motetten).

Um auf den Grand-Canyon zurückzukommen: Wir planen für den Herbst 1969 eine Konzertreise durch die Vereinigten Staaten. Wegen des umfangreichen Programms und der organisatorischen Vorbereitungen für diese Tournee beginnen wir schon jetzt mit der Chorarbeit und der Anmeldung für die Fahrt. Sie wird etwa 5 Wochen dauern und rund 500 Mark kosten - die jetzige geplante Fahrtroute führt durch die östliche Hälfte der USA.

Im Sommer 1967 haben wir bereits eine Konzertfahrt in die USA unternommen, von der wir viele Einladungen mitgebracht haben.

Wir würden uns freuen, wenn wir Sie bei uns begrüßen könnten!

Die Kurrende

Albrecht Weberuß, Chorleiter

Auskünfte: Gemeindezentrum Ev. Stud.gemeinde, Gelfertstr. 45,
Tel. 769 10 41.

27.04.1968:
Heute findet, laut 'Roter Morgen' ein Treffen der Gruppen Roter Morgen Hamburg, Mannheim und Karlsruhe, der Freien Sozialistischen Partei/ML Siegerland und der Revolutionären Kommunisten NRW's statt, auf dem eine Koordinierung der Arbeit auf eine Parteigründung (vgl. 31.12.1968) beschlossen wurde. Organ dieser Bestrebungen solle der 'Rote Morgen' sein.

Laut MLPD (2) findet das Treffen in Niederschelderhütte (bei Siegen) statt. Vertreten sind auf dieser Versammlung u.a.: Hans Kolbe (Hamburg), G. Ackermann (Köln), W. Heuzeroth (Siegen), Helmut Günther (Mannheim) und Rainer Strähle (Mannheim).

Laut OG Essen RF-O (ex-KPD/ML-ZB) setzten "sich zum ersten Mal Vertreter der Gruppen Hamburg, Mannheim, Karlsruhe sowie der FSP/ML zusammen. Der Charakter dieses Treffens wurde klar von der FSP/ML bestimmt".

Laut Knut Mellenthin sind etwa 40 Delegierte anwesend, die ein Redaktionskollektiv unter Führung von Ernst Aust bilden und eine gemeinsame Leitung wählen.

Im 'Roten Morgen' heißt es dazu u.a.:"
Ein entscheidender Schritt ist getan. Die zur Zeit stärksten marxistisch-leninistischen Gruppen Westdeutschlands haben beschlossen, ihre Kraft zu vereinen und zur Offensive überzugehen. … Der Anfang ist getan. Das heißt jedoch nicht, daß andere marxistisch-leninistische Gruppen aus anderen Ländern und Städten, die zur Zeit noch im organisatorischen Aufbau begriffen sind, sich unseren Bestrebungen nicht anschließen können. Im Gegenteil, sie sind uns jederzeit als gleichberechtigte Gruppen willkommen. Das einzige Kriterium, das wir stellen, ist, daß sie revolutionäre Marxisten-Leninisten sind. Daß sie sich vorbehaltslos zu den Lehren Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung bekennen."

Programmatisch wird erklärt:"
Die Hauptgefahr ist nach wie vor - und das trifft besonders auf Deutschland zu - der Reformismus, der Revisionismus aller Schattierungen, der die sich formierenden Reihen der Marxisten-Leninisten bedroht. … Die andere Gefahr, mit der wir es beim Aufbau unserer Organisation zu tun haben, ist die Erscheinung des linken Radikalismus. … Beide Abweichungen, dem rechten wie linken Opportunismus ist eines gemeinsam: die direkte oder indirekte Ablehnung des Prinzips des demokratischen Zentralismus. … Wie wichtig der schnelle Aufbau einer revolutionären marxistisch-leninistischen Kampfpartei ist, zeigen uns die derzeitigen Ereignisse in Frankreich, wo der Klassenkampf, der Kampf um die Macht in voller Stärke entbrannt ist. … Ihr heldenhafter Kampf sei uns Verpflichtung. Verpflichtung in täglicher, unermüdlicher Kleinarbeit, das revolutionäre sozialistische Bewußtsein der Menschen zu heben. Verpflichtung, bereit zu sein, für die Kämpfe, die in den nächsten Jahren auch in Westdeutschland auf uns zukommen werden."
Q: Roter Morgen ohne Nr. und Nr. 15, Hamburg Mai 1968 bzw. 31.7.1972, S. 1ff bzw. S.9; MLPD-ZK: Geschichte der MLPD, Teil 1, Stuttgart 1985, S. 33;Klassenkampf und Programm Nr. 3, Dortmund Apr. 1973, S. 40;Mellenthin, Knut: Einige Bemerkungen zur Vorgeschichte der KPD/ML, o.O. O. J., S. 2

27.04.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das AStA-Flugblatt "AStA-Rechtshilfeaktion" zu den Anti-Springer-Aktionen über Ostern in Esslingen.
Q: AStA: AStA-Rechtshilfeaktion, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

17/04 68

AStA-Flugblatt AStA-Flugblatt AStA-Flugblatt AStA-Flugblatt

A S t A - R e c h t s h i l f e a k t i o n

für alle, gegen die im Zusammenhang mit einer Studentenaktion Ermittlungsverfahren laufen,

insbesondere für alle, die wegen der Anti-Springer-Aktionen zu Ostern mit Verfahren zu rechnen haben.

Jeder, der einigermaßen sicher weiß, daß gegen ihn in Zusammenhang mit Aktionen hier in Heidelberg oder Esslingen ermittelt wird, kann vom AStA-Rechtshilfe-Komitee Unterstützung erwarten, z.B. bei Vernehmungen, Rechtsanwalt, vorläufige juristische Ratschläge usw.
Außerdem wird bald eine Spendenaktion zur Unterstützung der Verfahren anlaufen.

Die Betroffenen fordern wir auf, sich möglich t bald beim AStA, Grabengasse 14, im Geschäftszimmer zu melden und dort Name, Adresse und kurze Beschreibung der Maßnahmen der Verfolgungsbehörden zu hinterlassen. Außerdem Fotokopien aller an sie gerichteten Schreiben, die mit den Ermittlungen oder Verfahren zu tun haben, laufend nachreichen.

Das Rechtshilfe-Komitee wendet sich dann umgehend mit Ratschlägen an jeden.

Wichtige Regel:
Aussageverweigerungsrecht gegenüber der Kripo in Anspruch nehmen!
Niemand ist verpflichtet, gegenüber den Ermittlungsbehörden Aussagen zu machen, bevor er seinen Rechtsbeistand gesprochen hat, auch dann nicht, wenn man ihn darauf nicht,oder erst beim Abschluß der Vernehmung aufmerksam macht, d.h. bei Unterschreiben eines Protokolls.

27.04.1968:
In Berlin verteilt das Sozialistische Maikomitee Friedenau vermutlich heute seine 'Kommentare zu BZ & Bild Zeitung von Freitag, 26. April 68' (vgl. 26.4.1968, 30.4.1968) als Flugblatt.
Q: Sozialistisches Maikomitee Friedenau: Kommentare zu BZ & Bild Zeitung von Freitag, 26. April 68, Berlin O. J. (1968)

B.Z.

KOMMENTARE zu :
vom Freitag,
26.April 68

BILD ZEITUNG

Seite 7:"Attraktionen für Berlin"

Herr Zellermayer verlangt mehr Attraktionen für Berlin.Nichts gegen Attraktionen.Sie gehören zu jeder modernen Großstadt (deren Wirtschaft gesund ist). Kein Abgeordneter muß sie extra fordern.

Wenn Attraktionen extra gefordert werden (wie von Herrn Zellermayer/CDU),bedeutet das,daß etwas faul ist in dieser Stadt.Daß ihre Wirtschaft nicht gesund ist.Wie hilft man der Stadt auf die Beine? Durch Opernbälle? Durch Luxushotels? Durch Kongresse?
Sie brauchen kein Volkswirtschaftler zu sein,um diese Fragen zu beantworten. Berlin ist keine Kur-und Bäderstadt! Berlin ist eine Industriestadt.Berlin ist nicht zu helfen durch den Bau von Kongresshallen und Luxushotels (davon gibt es schon genug!).Berlin ist nur zu helfen durch Industrieinvestitionen. Durch die Schaffung neuer Produktionsstätten.Warum ist Herr Zellermayer am Fremdenverkehr interessiert(der die wirtschaftlichen Probleme der Stadt nicht löst)? Das ist hier die Frage!

Eure Interessen sind auch unsere!Darum die Auflösung des Preisausschreibens:
DIE REISE WIRD KOMPLETT
MIT REISESPESEN DER BZ

Schütz kneift das dritte Mal! Seite 2:

Selbst wenn BZ meint:"vermutlich dürfte das der Tenor der Linksradikalen Einpeitscher sein." Aber da hilft kein Eiertanz,da hilft keine Einteilung in Mehrheit und Minderheit,Studenten und Einpeitscher:Die Senatspolitik scheut das Licht der Öffentlichkeit.Eine Diskussion über die Mieterhöhung und über den Lohnabbau zwischen Schütz und außerparlamentarischer Opposition - der Senat wäre bedient! Deshalb läßt sich die APO nicht von Schütz diktieren, wer zum Kaffeeklatsch kommen darf.Wer spielt hier Kindermädchen??!Springer und Schütz wollen Kindermädchen der Berliner sein!

Seite 1 und 7:. Polizei ohne Knüppel?"

Heute gegen Demonstranten, morgen gegen streikende Arbeiter! BILD's kleine Waffenkunde:
Tränengas, Pferde, Elektroschock und Schmierschaum aus Amerika.
Hurra!!! Endlich. Friedhofsruhe.

BILD-Leser begreift: Es geht nicht um Studentenunruhen. Es geht um Mieterhöhung, um Massenentlassungen bei der nächsten Wirtschaftsflaute. Und um Eu Bildungschancen. Ihr seid es, die mor auf die Straße gehen werdet!
BILD verschweigt die Ursachen. BILD schreibt: "Es kommt in erster Linie a die Befriedung, nicht aufs Rechthaben

Sie wissen doch, was man Ihnen am 1. auf dem Platz der Republik erzählt. Kommen Sie zur Sozialistischen Maikundgebung am Mittwoch, 10 Uhr, auf den Karl-Marx-Platz!

Seite 1: " Bonn will Hilfe ..."

Jeden Tag ein Trost von BILD. Vertrau auf Bonn! Wie bisher, sagt BILD "Ber lin soll auch künftig interessant bleiben." Doch was heißt schon bleiben! Seit 1963 ist Berlin offensichtlich n mehr interessant. Seit 6 Jahren verle gen eingesessene Berliner Betriebe ih Hauptsitz nach Westdeutschland. 60.00 Arbeitsplätze weniger in den letzten Jahren.
Je schwieriger die Wirtschaftslage, d größer die Augenwischerei von BILD. Wem soll eigentlich in Berlin geholfe werden? Den Unternehmern soll geholfe werden. Durch noch höhere Steuerbegün stigungen (die der Steuerzahler aufbringen muß). Der Gewinn wird aber vo wenigen eingesteckt (die ihr Bankkont in Westdeutschland haben).
Allein 1966 flossen 1,2 Milliarden DM nach Westdeutschland.
Wann endlich kontrollieren die Arbeit wie in Berlin investiert wird?

Sozialistisches Maikommitee Friedenau/Verantw.: Nebendahl, Berlin 41, Niedstr.

27.04.1968:
In Berlin verfasst der Politische Beirat des RCDS "Thesen zur Situation nach dem Attentat auf Rudi Dutschke", von denen uns nur die erste Seite vorliegt.
Q: RCDS-Politischer Beirat: Thesen zur Situation nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, Berlin 27.4.1968

April 68

P.
Politischer Beirat
des RCDS
Berlin, den 27. April 1968

Thesen zur Situation nach dem Attentat auf Rudi Dutschke

I.

Das Attentat auf Dutschke löste berechtigte Demonstrationen der Studentenschaft und der anderen Teile der APO gegen das Verlagshaus Axel Springer aus. Attentate sind das Ergebnis bestimmter gesellschaftlicher Bewußtseinszustände, aus denen heraus Einzelgänger zum politischen Verbrechen fähig werden. Insofern haben die Attentate auf Kennedy, King und Dutschke Ähnlichkeit. In der BRD wurde das öffentliche Bewußtsein maßgeblich durch die journalistische Manipulation der Zeitungen des Springer-Konzerns im emotionell antikommunistischen und antistudentischen Sinne geprägt. Die Zeitungen des Springer-Konzerns sind Spiegel und Stimulator einer Art "gesunden Volksempfindens", das Diskussion als Provokation und Provokation als Umsturzversuch empfindet. Besonders die Boulevardzeitungen des Hauses Springer steigerten sich z.B. nach dem 21 Juni, während der Februardemonstrationen und in der Berichterstattung über die Ostereignisse zu einer Hetzkampagne, die mit der faschistischen Judenhetze vergleichbar ist. Das Ergebnis sind Attentate, Rechtsradikalisierung und Massenpsychosen wie der des 21. Februar vor dem Schöneberger Rathaus.

Der RCDS sollte also die massiven Protestaktionen gegen Springer dem Inhalt nach begrüßen und weitere Aktionen unterstützen oder selbst organisieren.

II.

Die Zuspitzung der Situation, durch die letzten Endes ein Klima für Attentate geschaffen wurde, ist zwar in starkem Maße durch die Pressepolitik des Springer - Konzerns forciert worden, aber auch die APO trägt daran Verantwortung. Die APO geht in ihrer Zielsetzung weit über die Forderung nach Beseitigung von ihr angesprochener und tatsächlich vorhandener Strukturdefekte hinaus. Die Mängel dienen ihr als propagandistisches Vehikel zur grundsätzlichen Verdammung des politischen Systems der BRD und stellen den Versuch dar, die Revolutionstheorie der "Neuen Linken" plausibel zu machen. Zu ihrer Propaganda bedient sie sich emotionaler und manipulativer Mittel. Auf diese Weise trug die APO sowohl durch die verbalen als auch demonstrativen Formen ihrer Aktionen zum Entstehen einer Atmosphäre bei, durch die Attentate möglich wurden.

Der RCDS grenzt sich gegen die revolutionäre Zielsetzung und Methodik der APO deutlich ab, bekennt sich jedoch zum massiven Protest zur Erreichung von Verbesserungen.

III.

Die politische Führung Berlins, insbesondere der Senat, hat während der Ostereignisse wieder einmal seine Unfähigkeit bewiesen, die politischen Probleme dieser Stadt rational zu erkennen und deren Lösung in erfolgversprechender Weise herbeizuführen. Der RCDS erkennt an, daß der Polizeieinsatz während der Donnerstagsdemonstration vor dem Springerhaus gerechtfertigt war. Während der Ostertage jedoch ist es immer wieder zu Einsätzen

27.04.1968:
In Niederschelden findet, laut KPD, das erste Treffen von Kommunisten im Hause von Ruth und Werner Heuzeroth statt.
Q: Rote Fahne Nr. 3, Dortmund 22.1.1975

28.04.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das SAALA-Flugblatt Nr. 8 (vgl. 28.2.19968, 6.5.1968) mit dem Titel "SAALA zu 1. Mai-Feier in der Bundesrepublik Deutschland". Aufgerufen wird: "Ausländische Studenten! Kommt die deutschen Arbeiter unterstützen!" um 9 Uhr 30 vor dem DGB-Haus und um 10 Uhr 30 in der Stadthalle.
Q: SAALA: Flugblatt Nr. 6, O. O. (Heidelberg) 28.4.1968

SAALA zu 1. Mai-Feier in der Bundesrepublik Deutschlands

SAALA Flugblatt
Nr.8. 1968.4.28.

--von Sozialistisches Afrika, Asien und Lateinamerika

1. Der 1. Mai ist nie eine nationale sondern seit eh und je eine internationale Feier gewesen. Wir, aus Afrika, Asien und Lateinamerika, entnehmen mit Freude aus der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung, daß die sozialistischen Bewegungen schon in ihren Anfängen immer internationalistisch gerichtet waren. Sie haben erkannt, daß die Arbeiter aller Nationen ein und dasselbe Schicksal haben, daß sie all von den Kapitalisten ausgebeutet und unterdrückt sind. Sie haben erkannt, daß sie dasselbe Kampfziele haben ---nämlich den Kapitalismus und das mit ihm verbundenen Gesellschaftssystem; sie haben auch erkannt, daß Arbeiterbewegungen mit kurzsichtigen, eng nationalistischen Interessen nur den Arbeitern anderer Völker schaden, daß die Arbeiterbewegung auf internationaler Ebene dadurch gehinder wird, daß die Arbeiter des einen Volkes von den herrschenden Schichten dann gegen die Arbeiter anderer Vöolker ausgespielt und sie schließlich als Bewegung vernichtet werden. So erging es dnn Arbeitern in den zwei Weltkriegen in Europa, in Asien und in anderen Kontinenten.

2. Mit dieser internationalistischen Tradition wollen wir aus Afrika, Asien und Lateinymerika die deutschen Arbeiter heute zum 1. Mai aufs herzlichste begrüssen und gleichzeitig sagen: die deutschen und die anderen europäischen Arbeiter sind heute in einer materiell relativ besseren Lage in Vergleich zu den Arbeiter in Afrika, Asien und Lateinamerika, denn durch die Kämpfe der Arbeiter haben die Kapitalisten in Europa auf extreme Ausbeutung der Arbeiter verzichten müssen, die Ausbeutung heute ist dank der Technik auf die unterentwickelten Gebieten in Afrika, Asien und Süd-Amerika verlagert. Dort sind nicht nur in der kolonialen Zeit die Bodenschätze gründlich geplündert und die Menschenkraft auf das Unmenschlichste ausgebeutet worden; sondern auch heute bleibt dieser Zustand noch weiter bestehen: wir meinen, der amerikanische Imperialismus (in Lateinamerika) wie auch Großbritanien und die EWG-Länder (hauptsächlich in Afrika) versuchen alle noch die alten Zustände aufrechtzuerhalten. In Asien arbeiten diese kapitalistischen Kräfte mit koprupten Oberschichten zusammen, um die dortigen Völker zu unterdrücken.

3. Das heißt aber, daß der hiesige relative Wohlstand, den ihr Arbeiter hier habt, teilweise auf kosten der armen Völker in Afrika, Asien und Latein-Amerika erworben ist! Diese Völker sind entschlossen, die ausbeuterischen kapitalistischen Schichten zu bekämpfen und mit ihnen politisch abzurechnen! (Die Juristen und Völkerrechtler sagen uns aber, das wäre schwer!) Hier

in Europa appellieren diese Völker die Arbeiter hier, neben den Alltagskämpfen noch den Zuständen in Afrika, Asien und Lateinamerika mehr Aufmerksamkeit zu schenken, die Ausbeutung durch europäischen Großkapitalisten genau zu prüfen und tatkräftiger zu verhindern! Dies nicht nur wegen der Tradition der Arbeiterbewegung oder aus moralischen Gründen, sondern es liegt in den langsichtigen Interessen der Arbeiter aller Länder.

4. Ähnlich ist die Situation der Gastarbeiter: ihre Regierungen sind wegen eigener Rüstung und innerstaatlicher Unterdrückung (siehe Spanien, Türkei, Portugal und Griechland) nicht imstande, Kapital aufzubringen und Arbeitsplätze zu stellen; um aber den Druck der Arbeiter zu vermindern, schicken die korrupten Regierungen die Arbeiter ins Ausland, damit ihre Herrschaft nicht durch die Arbeiter in Frage gestellt wird. Den Großkapitalisten hier ist dies gerade gelegen, denn sie können nun die eigenen Arbeiter und die Gastarbeiter gegeneinander ausspielen und damit die Löhne erfolgreich drück---die hiesigen Arbeiter werden offenkundig benachteiligt. Auch die Gastarbeiter sind in ihrer Arbeit wenigsten gesichert, dies zeigt sehr deutlich die massive, kurzfristige Entlassung der Gastarbeiter in der letzten Wirtschaftkrise in der Bundesrepublik.
Die Wurzel des Übels liegt in dem kapitalistischen System. Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!

5. Daher üben wir auch freundliche Kritik an den deutschen Gewerkschaften: Wir haben den Eindruck, daß ihr euch in den vergangen Jahre (zwar verständlicherweise) mehr auf innerstaatliche Kämpfe um die Löhne, die Arbeitsversicherung usw. beschränt; ihr habt aber wenig auf die Umgestaltung des gesamtgesellschaftlichen Systems gedrängt; auch teilweise deswegen habt ihr wenig gefragt, wie ein derartiges System nun auf die Arbeiter auf anderen Kontinente in Afrika, Asien und Lateinamerika ausgewirkt hat und heute noch wirkt! Die Völker dieser Länder sind immer bewußter, die Sozialbewegungen sind immer breiter und energischer

Ihr, die Arbeiter hier, solidarisiert euch mit den Arbeiter in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Gewerkschaften, ihr sollt mehr auf die internationale Ebene kommen und kämpfen!

BEIM HUNGERN UND BEIM ESSEN,
VORWÄRTS! NIE VERGESSEN:
DIE SOLIDARITÄT.

Ausländische Studenten!

Kommt die deutschen Arbeiter unterstützen!
- 9:30 Uhr vor DGB-Haus (Anfang der Rohrbachstraße).
- 10:30 Uhr in der Stadthalle.

28.04.1968:
Der Sozialistische Club Esslingen rief auf zum Anti-Springer-Tag gegen den Bechtle-Verlag. Dazu geben die Evangelischen Studentengemeinden (ESG) ein Flugblatt "an alle Esslinger Bürger" heraus, in dem es u.a. heißt:"
Bitte, bemühen Sie sich, Ausschreitungen Ihrer Mitbürger gegen Studenten zu verhindern, wie auch wir Studenten jede Gewalttätigkeit aus unseren Reihen heraus zu unterbinden versuchen."
Eingeladen wird zur Podiumsdiskussion um 20 Uhr 30 im Evangelischen Gemeindehaus.

Von SDS und Studentischer Linke (SL) Tübingen wird vermutlich heute das Flugblatt "Bürger von Esslingen!" verteilt.

Der SDS Tübingen verteilt dort ein Flugblatt an die Demonstranten, in dem aufgefordert wird:"
Aktivisten daran hindern, gegen Polizei und andere Leute vorzugehen - bei aggressivem Verhalten von Demonstrationsgegnern zurückweichen und am Sammelplatz (Rathausplatz) Nachricht geben".
Q: ESG: an alle Esslinger Bürger, Tübingen / Stuttgart / Esslingen Apr. 1968; SDS: Anfangs verteilten wir Flugblätter, Tübingen O. J. (1968);SC: Aufruf zum Anti-Springer-Tag in Esslingen am 27.4.68, Esslingen O. J. (1968);SDS / SL: Bürger von Esslingen!, Tübingen O. J. (1968)

Aufruf zum
Anti-Springer-Tag
in Esslingen am 27.4.68.

Die Pressefreiheit in unserem Lande darf nicht länger nur die Freiheit von 200 reichen Leuten sein, ihre Meinungen zu verbreiten. Da diese Meinungen zumeist den Interessen der breiten Massen unseres Volkes und der Demokratisierung dieser Republik zuwiderlaufen, ist der Kampf gegen sie doppelt notwendig. Beginnen muß dieser Kampf mit Aktionen gegen den Springer-Konzern.
Wir meinen, daß die nach dem 2. Juni in Berlin erhobene Forderung

„ E N T E I G N E T S P R I N G E R "

auch in Süddeutschland der Bevölkerung bewußt gemacht werden soll.
Aber auch der Kampf gegen die Springerhilfspresse darf nicht vernachlässigt werden. Typisch für sie ist der Bechtle-Verlag in Esslingen und München. Sein Chef, Otto Wolfgang Bechtle, ehemaliger Vorsitzender der westdeutschen Verlegerkonferenz von Springers Gnaden druckt täglich ca. 500 000 Exemplare BILD und gibt 4 Tageszeitungen heraus. Dadurch geraten nicht nur diese Zeitungen, vorwiegend die „Esslinger Zeitung", in Abhängigkeit von Springer, sonder der Einfluß erstreckt sich auf das Verhalten des Verlegers selbst.
Dieser Verlag feiert am 27. April sein 100- jähriges Bestehen. Daran nehmen Axel Cäsar Springer, Min. Präs. Filbinger von Baden-Württemb. und die "Crême" der restaurativen Presse teil.
Wir veranstalten an diesem Tag in

E S S L I N G E N einen

A N T I - S P R I N G E R - T A G

mit folgendem Programm:

ab 11 Uhr: Informations- und Diskussionsstände auf dem Rathaus- und Bahnhofsplatz.

15 Uhr: Diskussion in einer Esslinger Halle. Leitung: OStR Ludwig Ihmels, Dozent der Ingenieurschule Esslingen. Teilnehmer sind Vertreter der Studenten (Frank Wolff), der großen Parteien und Journalisten.

18 Uhr: Kundgebung auf dem Rathausplatz mit Fritz Lamm, Stuttgart, Reimut Reiche, SDS-Frankfurt, Bernhard-Blanke, Berlin, sowie Prof. Dr. Peter Brückner, Hannover, und andere Redner.

19 Uhr: Demonstration durch Esslingen.

K O M M T Z A H L R E I C H N A C H E S S L I N G E N !

Verantwortlich: Sozialistischer Club Esslingen a. N.
73 Esslingen, Postfach 21
Spendenkonto: Städt. Girokasse Stuttgart
614 2584

Esslinger Bürger - an alle Esslinger Bürger - an alle Esslinger Bürger- a

Der Bechtle-Verlag feiert in diesen Tagen sein loo-jähriges Bestehen. Sie wissen sicher, daß dieser Verlag neben der Essli Zeitung auch die Stuttgarter Ausgabe der BILD-Zeitung druckt. Verleger der BILD-Zeitung ist Axel Springer. IN seinen Händen b finden sich die Zeitungen:

BILD - Die Welt - Hör zu - Hamburger Abendblatt - Das Neue Blatt - Das Grüne Blatt - Kicker - Eltern - Jasmin - Twen - Bravo - und die meisten Berliner Zeitungen. Springers Markt anteile: regionale Tagespresse in Westdeutschland 4o %, Berliner Tagespresse 73 %, überregionale Tagespresse 81%, Sonntagspresse 9o %.

Diese Konzentration öffentlicher Meinungsbildung ist der Grund des studentischen Protestes der letzten Wochen.

Springer manipuliert. Er informiert einseitig. Seit Jahren dri Springer uns allen ein Freund-Feind-Denken auf. Es gibt wieder einen Sündenbock: An die Stelle des Juden trat in den 5oer Ja der Kommunist. Heute ist an diese Stelle der Student getreten. Nur so konnte es zum offenen Bruch zwischen Gesellschaft und Studenten kommen.

In der vergifteten und aufgewühlten Atmosphäre kam es zu den walttätigkeiten der letzten Zeit: Schlägereien mit der Polize Sachbeschädigung und Brandstiftung, Mordversuche und Morde. Die war gerade deshalb möglich, weil auch einige Studenten die ihn im Freund-Feind-Denken zugeschriebene Rolle bedenkenlos übernahmen.

Als Evangelische Studentengemeinden distanzieren wir uns v jeglichem gewalttätigen Protest. Denn wir sind der Überzeug daß Gefährdung von Menschenleben kein Mittel politischer A andersetzung in einem demokratischen Staat sein kann.

Deswegen: Lassen Sie sich nicht länger in das Freund-Feind-Denken einspannen!

Bitte, versuchen Sie dem Anliegen der Studenten mit Verständn und nicht mit Vorurteilen zu begegnen! Denn, es geht uns Stude nicht um Sonderrechte. Es geht uns um die Erh tung der demokratischen Rechte al Staatsbürger!

Bitte, bemühen Sie sich, Ausschreitungen Ihrer Mitbürger gege Studenten zu verhindern, wie auch wir Studenten jede Gewalttätigkeit aus unseren Reihen heraus zu unterbinden versuchen. Vielleicht halten Sie es selbst einmal für richtig, an einer Demonstration teilzunehmen.

Die Studenten und Bürger müssen gemeinsam der Unvernunft und Intoleranz, die es auf beiden Seiten gibt, mit sachlicher Besonnenheit entgegentreten!

April 1968 Die Evangelischen Studentengemeinden Tübingen, Stuttgart und Esslingen

Wir weisen hin auf die Informationsveranstaltunge am Samstag in Esslingen und laden Sie zu dem Podi gespräch um 2o,3o Uhr im Ev. Gemeindehaus am Blar platz mit Oberkirchenrat Dr. Basse, dem Bundesvorsitzenden des SDS F. Wolff und Vertretern der poli tischen Parteien und der Gewerkschaften.

an die Studenten in Eßlingen (d.)

I

Anfangs verteilten wir Flugblätter,die sich unbeholfen ausdrückten. Sie wurden nicht gelesen,ebensowenig wie die Bücher,die wir schrieben. Dann betraten wir die verbotenen Rasenflächen und warfen Tomaten oder Eier.Darauf sagte man:Das ist Krawall;manche fragten auch:Wogegen seid Ihr denn ? Dann machten wir neue Flugblätter,verfaßten bessere Resolutionen und schrieben neue Bücher.Man sagte uns privat:Das ist schön - Respekt vor der ehrlichen Arbeit. In der Presse jedoch steigerte man die Verleumdung gegen uns. Dann gingen wir in immer größeren Massen auf die Straße und leisteten passiven Widerstand. Darauf brüllte man: Das ist Terror!Das ist Gewalt! - gleichzeitig lobte man Gandhi oder King,die das gleiche wie wir schon lange vorher getan hatten. Am 2.6. 1967 wurde einer von uns von einem Polizisten erschossen.Wir gingen vom massenhaften Protest zur direkten Aktion über.Wir machten go-ins und blockierten die Auslieferung von Springer-Zeitungen. Da waren wir die 'ferngelenkten Umstürzler'.Die Gewaltmaschinerie staatlicher Organe wurde systematisch gegen uns eingesetzt.Was man uns vorwarf,wurde von den Herrschenden selbst und zuerst benutzt:legalisierter Terror schlug uns zusammen. Unser Widerstand ~~gegen diesen Terror~~ gegen diesen Terror wurde zur Notwehr.Irrational und emotional flogen Steine,auch von uns,nachdem man uns überfahren,niedergeknüppelt und willkürlich verhaftet hatte.

II

Viele,die bislang tatenlos mit uns sympathisierten,werfen uns jetzt vor,daß wir unsere Chancen verpaßt hätten.Anstatt unseren Protest weiter risikolos vorzutragen und auf die Kraft aufklärerischer Vernunft zu vertrauen,hätten wir durch unseren aktiven Widerstand den zugegeben vorhandenen,bloß schlummernden Faschismus erst geweckt und erst recht verstärkt.Deshalb sei es kein Wunder,daß jetzt mit allen Mitteln gegen uns vorgegangen werde. Wer so argumentiert,gibt auch denen Recht,die sagen:Das Opfer ist selbst schuld. Und verschwiegen wird dabei,daß Gewalt und Terror,latenter Faschismus und autoritäres Verhalten und Handeln bereits täglich durch Presse- und Meinungsmonopole eingeübt waren;es reichte aus,diese Aggressionen mit irrationalen Hetzparolen wachzurufen und in mächtige Meinungskanäle (allen voran die Springer-Presse) zu lenken.So hat die BILD-Zeitung nur die Funktion,die Entpolitisierung der abhängigen Massen voranzutreiben und die aufgestaute Aggressivität auf die sog.Störer des Systems zu leiten, auf die "Störer",die gerade die ständige inhumane Gewaltatmosphäre und Brutalisierung dieser Gesellschaft angreifen.

III

Jetzt eine rein resignative Haltung einzunehmen,die zur Gewaltlosigkeit um jeden Preis selbst dann noch aufruft,wenn die konkrete Situation Widerstand und sogar Notwehrmaßnahmen hervorruft,führt hin zu einer Opferideologie,die sich eher ständig und in immer größeren Massen zerschlagen läßt,und damit gerade das bestärkt,was wir weiter angreifen müssen,nämlich den gegen uns - gedeckt durch den Schein formaler Legalität - ausgeübten staatlichen Terror. Diese Haltung ist ebenso gefährlich wie die emotional und aggressive reagierende Haltung,die irrational und politisch ziellos dazu auffordert,Gewalt gegen Personen einzusetzen,gegen einzelne Polizisten vorzugehen,doe doch nur als bloße Befehlsempfänger gegen uns eingesetzt werden .
Die Bevölkerung,um deren Information und Meinung man sich nur dann bemüht hatte,wenn es galt,Wiederbewaffnung,höhere Rüstungshaushalte, Unterstützung für Terror-Regimes wie Persien,Vietnam oder Griechenland durchzusetzen,diese Bevölkerung,die systematisch durch Manipulation und Lügen gleichgeschaltet und zum passiven Konsumenten erzogen wurde,

b.w. !

diese Bevölkerung,die nichts gewohnt war,als in eben in diesen autoritär formierten Kategorien zu denken,mußte jetzt gegen uns mobilisiert werden,um die Gefahr für die Herrschenden abzufangen und von den Gründen für unseren Widerstand abzulenken.Die latente Aggression, die nach außen auf die abstrakte kommunistische Gefahr während des Kalten Krieges abgelenkt werden konnte,mußte in dem Augenblick,als die ökonomischen Krisen sich häuften,als die sichtbaren Widersprüche zwischen Kapitalinteressen und lohnabhängigen Massen nicht mehr zu vertuschen waren,auf die Opposition im Inneren gerichtet werden.
Als die Intelligenz anfing - gerade weil sie wußte,daß sie auf Steuerkosten der Bevölkerung studiert -,ihre kritische Analyse der bestehenden Gesellschaft in praktische politische Aufklärung der Bevölkerung umzusetzen,erkannten die Mächtigen in Politik und Wirtschaft die Gefahr und versuchten konsequenterweise,die Kritiker ihrer Interessen von den Abhängigen dieser Interessen zu isolieren und als Feinde der gesamten Gesellschaft zu diffamieren.
Gerade deswegen ist es in dieser politischen Situation die vordringlichste Aufgabe der außerparlamentarischen Opposition,durch breiteste Aufklärungsarbeit die politische Selbsttätigkeit der Massen zu ermöglichen.Es kann nicht unsere Aufgabe sein,der BILD-Zeitung eine 'linke' Ents rechung entgegenzusetzen (z.B.Neues Deutschland) ; Gegenmanipulation hebt Manipulation nicht auf,sondern verstärkt nur die Abhängigkeit.

TECHNISCHE HINWEISE

für die Aktionen in Eßlingen:
Aktivisten daran hindern,gegen Polizei und andere Leute vorzugehen - bei aggressivem Verhalten von Demonstrationsgegnern zurückweichen und am Sammelplatz(Rathausplatz) Nachricht geben - darauf achten und Nachricht geben,wenn Ordner festgenommen werden - Bei Festnahme nach dem Grund fragen - keinen Widerstand leisten - Nach Dienstnummer und Namen des Beamten fragen - keine Aussage ohne Rechtsanwalt machen - Presseleute informieren und Bevölkerung aufmerksam machen - bei Maßnahmen gegen uns nach dem Einsatzleiter und deren Begründung fragen - sich nie einzeln auf Verhandlungen mit der Polizei einlassen - immer öffentlich in der Menge vor der Bevölkerung diskutieren - um die Megaphone immer einen Kreis bilden -

Rechtsanwalt:Fritz Hahn,Telefon Urach:Vorwahl o 7125 / 397 .
Telefon Tübingen:Vorwahl:o 7122 / 4921 .
Weitere jurist.Auskunft:F.O.Müller(Gerichtsreferendar),Tübingen, Haaggasse 17.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund SDS Tübingen

Bürger von Esslingen!

1. VOM PROTEST ZUM WIDERSTAND

Wenn Dutschke eine "ungewaschene, verlauste und verdreckte Kreatur" (so der CSU-Bundestagsabgeordnete Unertl) ist, dann ist der Mordanschlag gegen ihn nur eine berechtigte hygienische Aktion. Wenn SPRINGER-Zeitungen schreiben, man müsse die "STÖRENFRIEDE AUSMERZEN", so bleibt nur festzustellen, daß Bachmann nicht mehr getan hat, als dieser Aufforderung konsequent zu folgen.

Der Mordanschlag machte den Studenten klar, daß der Abstand zwischen der Verleumdung und Verhetzung in Worten und der tatsächlichen physischen Bedrohung bereits viel geringer war als man annehmen konnte. Verleumdet und verhetzt wurden die Studenten seit langer Zeit, das besorgten nicht nur die SPRINGER-Zeitungen, und nicht nur in Berlin, sondern auch die verantwortlichen Politiker in der Bundesrepublik. Denken Sie nur an die Erklärungen der Abgeordneten und Minister im Bundestag, Vizepräsident Jägers Rat an Polizei und Regierung: "Landgraf, werde hart!"

Schon der Versuch, die disziplinierte Vietnam-Demonstration in Berlin vom 18.2.68 durch organisierte Störtrupps zu zerschlagen (der CDU-Abgeordnete Wohlrabe hatte solche Schlägertrupps kommandiert) und die befohlene Senatskundgebung am darauffolgenden Mittwoch hatten gezeigt, daß die Berliner Politiker, die Naubauer, Schütz und Prill, bereit waren, die Kritik der Studenten, Arbeiter und Schüler mit Gewalt zu beantworten. Die Nachricht vom Mordanschlag auf Dutschke, die die Konsequenz der staatlich betriebenen Gewaltpolitik verdeutlichte, mußte von uns als direkte Bedrohung für jeden einzelnen verstanden werden. Deshalb gingen wir spontan vom bloßen Protest in Worten und Erklärungen zum aktiven Widerstand über, der sich in erster Linie gegen die systematische Verhetzung durch Springer und seine Presse richten mußte. Deshalb versuchten wir, die Auslieferung der BILD-Zeitung in Berlin, Frankfurt, Essen, Hamburg, München und Esslingen zu verhindern.

2. INNERER NOTSTAND

Der Angriff auf den SPRINGER-Konzern wurde von der politischen und polizeilichen Führung als das verstanden, was er tatsächlich war: in der Blockade der BILD-Zeitung konzentrierte sich der Angriff auf das westdeutsche kapitalistische System selbst, das die Hetzkampagnen der Springerpresse nicht nur stillschweigend duldet, sondern sogar unterstützt. Die politische Führung bewies mit ihrer Reaktion, daß die von Springer ständig behauptete und immer wieder hinausposaunte "Staats- und Verfassungstreue" nichts anderes ist als eine für beide Teile notwendige Interessengleichheit. Nach dem Prinzip "Eine Hand wäscht die andere" erkärt sich die Entschlossenheit der Staatsmacht, den Widerstand der Opposition mit allen Mitteln ein für alle Mal zu brechen. Nachdem die Auslieferungsbehinderung der BILD-Zeitung am Karfreitag an vielen Orten erfolgreich war - und "BILD AM SONNTAG" verkündete: "Kein Terror wird uns beugen!" - organisierte der Bundesinnenminister Benda gemeinsam mit den Innenministerien der Länder den Einsatz sämtlicher Notstandseinheiten: Bereitschaftspolizei mit Schützenpanzerwagen, Technisches Hilfswerk und Ziviler Bevölkerungsschutz; nach Zeugenaussagen war auch der Bundesgrenzschutz zum Einsatz bereit. Mit organisierter Polizeigewalt, Schnellgerichten und einer mit Sicherheit folgenden Welle politischer Prozesse gegen sogenannte "Rädelsführer" soll die Opposition eingeschüchtert, zerspalten und zerschlagen werden.

3. EINÜBUNG IN DEN FASCHISMUS

Die offiziellen Stellungnahmen der Regierung, die Rede Kiesingers am Ostersonntag, deutlicher noch die Rede Filbingers am darauffolgenden Dienstag, beweisen, daß nicht nur die Springerpresse die Bevölkerung gegen die Studenten aufhetzt, sondern auch Regierungsvertreter indirekt zur Selbstjustiz ermuntert: (Kiesinger: "... ist zu befürchten, daß sich Gegenaktionen aus der Bevölkerung entwickeln könnten, die zu gefährlichen Zusammenstößen und Unruhen führen müßten.... Ich weiß mich in der Entschlossenheit, keine gewaltsame Störung der rechtsstaatlichen Ordnung, komme sie, von wem sie wolle, zu dulden, mit unserem Volke einig".) Die Behauptung Filbingers und anderer, der spontane Widerstand sei von "Hintermännern und Drahtziehern im Hintergrund.... die bedenkenlos eine Herde lenkbarer Handlanger in die Gefahr schicken," generalstabsmäßig geplant und durchgeführt, stellt die Tatsachen genau auf den Kopf, indem die eigenen Methoden politischer Unterdrückung auf die Opposition übertragen werden.

"Wo das Gespenst des Terrors aufgewiesen wird, läßt sich Vernunft weiter bevormunden und vergewaltigen, darf der Geist stagnieren, lassen sich Interessen brutal durchsetzen, braucht man sein Versagen nicht zu gestehen und sich nicht zu wandeln." (So der Theologieprofessor Ernst Käsemann in einer Erklärung in der Südwestpresse vom 19. April 1968.)

Die Methoden, wie sie die Koalition von Regierung und angepaßter Presse benutzen, tun genau das und übertreffen sogar noch, was die NPD seit Jahren fordert.

4. KONSEQUENZEN

Die Tatsache, daß zu dem Zeitpunkt, als Klaus Frings und Rüdiger Schreck ihre tödlichen Verletzungen erlitten, ein "Hagel von Steinen, Flaschen und anderen Wurfgeschossen auf die Demonstranten, Pressereporter und Polizeibeamte niederging" (so der Münchener Kriminaldirektor Haering), hat unsere organisatorische Schwäche gezeigt, Wir sind der Konfrontation mit einer den Notstand ausübenden Staatsgewalt nicht gewachsen. Wir werden jedoch durch gründlichere Vorarbeit und wachsende politische Aufklärung verhindern, daß sich Leute an unserem Widerstand beteiligen, die es probieren, politisch ziellos und unverantwortlich mit Gewalttätigkeiten gegen einzelne Personen vorzugehen. In Zukunft müssen wir versuchen, Situationen zu vermeiden, in denen wir selbst aus Notwehr oder provozierter Emotion uns zur Gewalt gegen Personen verleiten lassen.

Die erklärbare Feindseligkeit der Bevölkerung gegen unsere Opposition und unseren Widerstand muß durch breite Aufklärungsaktionen auf die Ursachen unseres Widerstandes gewendet werden.

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND (SDS)
STUDENTISCHE LINKE (SL) - TÜBINGEN

Für den Inhalt verantwortlich: Peter Winterhagen, 7400 Tübingen, Wilhelmstraße 90

28.04.1968:
In Berlin findet eine Versammlung der Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) statt, auf der ein Antrag für eine Resolution gegen die politische Disziplinierung vorgelegt wird.
Q: N. N.: Resolutionsantrag zur Versammlung der Berliner Stipdendiaten…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Resolutionsantrag zur Versammlung der Berliner Stipendiaten der Friedrich Ebert-Stiftung am 28.4.1969

I. Die ehemaligen und gegenwärtigen Stipendiaten der FESt verurteilen aufs Schärfste den Beschluß des Auswahlausschusses der FESt vom 1./2.4.69, der die Strategie der politischen und universitären Behörden in der Bundesrepublik und Westberlin zur Ausschaltung der demokratischen Opposition, wie sie sich augenblicklich an den Hochschulen konzentriert, verschärft auf kalten Wege in die FESt einführt.

Das undemokratische Verfahren beim Zustandekommen dieses Beschlusses erweist sich darin, daß

- einer Willensbildung der von einer solchen drastischen Maßnahme Betroffenen autoritär zuvorgekommen wurde, indem das Anhörrecht jedes von einem Ausschlußverfahren Bedrohten zunächst ausdrücklich garantiert, danach jedoch durch einen bürokratischen Generalbeschluß umgangen wurde;
- die eindeutige, rechtzeitig zum Ausdruck getrachte, Forderung einer großen Mehrheit der Stipendiaten der FESt in Berlin vom 13.2.1969, das Weiterstudium von mittels einer undemokratischen Hausordnung relegierten Stipendiaten auch für die Zeit der Relegation weiter zu ermöglichen, von den angesprochenen Gremien keiner Stellungnahme für wert gehalten wurde;

Für die Stipendiaten der FESt ergibt sich dagegen die Notwendigkeit, klare Feststellungen zu treffen, in welchem Zusammenhang sie den Entscheid des Vorstandes und des Auswahlausschusses ihrer Stiftung zu beurteilen haben, und welches Verhalten demokratische Studenten von einer Förderorganisation, die sich zu einer Demokratisierung der Gesellschaft bekannt, erwarten können

II. Die FESt hat diese Entscheidung in einer Situation gefällt,

- in der im Staatsvertrag zwischen den Ländern der BRD und Westberlin neue "Karlsbader Beschlüsse" die Herstellung von Ruhe und Ordnung durch eine endgültig Disziplinierung aller an Wissenschaft und Lehre Beteiligten erreicht werden soll (der Zeitpunkt vor der Bundestagswahl ist nicht zufällig);
- in der sich die demokratisch bewußten Studenten entschieden dem Versuch der staatlichen Behörden widersetzen, durch ein technokratisches Hochschulgesetz den am Wissenschaftsprozeß Beteiligten die autonome demokratische und öffentliche Willensbildung über den Inhalt von Forschung und Lehre vollends zu entziehen;
- in der die Unterordnung der Studenten unter die Kontrolle der Seminarleiter und Institutsdirektoren weiter aufrechterhalten werden soll durch Kriminalisierung

der politisch oppositionellen Studenten und die dadurch
zeugte Angstpsychose mit den Mitteln der administrativen Ge-
walt;

- in der "Stärungen"des Lehr- und Forschungsbetriebes, die den p
litischen Skandal politischer Disziplinierung an der Universit
öffentlich machen sollten, als Anlaß zur Liquidierung der stu-
dentischen Opposition überhaupt wie auch der Möglichkeit stude
tischer Interessenvertretung (konzipierte Auflösung des ASTA's
genommen wird;
- in der in aufgeklärten Kreisen der Öffentlichkeit, selbst von
Universitätsgremien und Ordinarien ebenso wie von den Gerichte
zunehmend in der Hausordnung ein Mittel unzulässiger staatlich
Repression erkannt wird.

Mit ihrem Beschluß hat die FESt nun ihrerseits den Hebel zur "Re
gation" der ihr offenbar gleichermaßen mißliebigen, engagierten
Studenten dort angesetzt, wo der Staat sich bisher des Zugriffs
enthalten hat; der Entzug der finanziellen Basis ist für die Sti
pendiaten eine existenzielle Bedrohung.

III. Im einzelnen ist zu dem Beschluß festzustellen:

1. Die Bezeichnung "Suspension" bei einem noch nicht gerichtlich a
geschlossenen Relegationsverfahren erweist sich als Zynismus,
wenn gleichzeitig gefordert wird, bei Aufhebung der Relegation
müsse eine Neuaufnahme in die Förderung beantragt werden, wobei
ohnehin jeder Student das Recht zum Antrag auf Aufnahme in die
FESt genießt.
2. Diese Regelung stärkt weiterhin den Verdacht, daß die FESt sich
der politischen Belastung durch die Förderung von in der Hoch-
schulpolitik progressiv tätigen Studentenvertreter zu entledige
versucht, indem sie - was das Verhältnis von gesellschaftliche
Engagement und der erworbenen und mit "Scheinen" nachgewiesene
wissenschaftlichen Qualifikation betrifft - die Chancenungleich
heit zugunsten der politisch indifferenteren Studenten installi
3. Der Beschluß verletzt in seiner Konsequenz grundlegende recht-
staatliche Prinzipien im Bereich der FESt:
   a) den von einer Relegation - gleich aus welchen Gründen diese
   erfolgte - Betroffenen wird nicht die Möglichkeit gewährt,
   sich zu erklären;
   b) die FESt komplettiert die umfassende Auswirkung der Relegat
   durch Doppel- bzw. Dreifachbestrafung: 1. Relegation, 2.Str
   verfahren, 3. Entzug der finanziellen Basis;
   c) gerichtlich voll Rehabilitierte (z.B. bei Nachweis der Will
   kürlichkeit der Relegation: Hein u.a.) werden durch das neu

und langwierige Aufnahmeverfahren mit ungewissem Ausgang praktisc
in den Status von Verurteilten versetzt, indem sie schon für das
Verfahren selbst bestraft werden;

d) während der FESt schon die Einleitung eines Relegationsverfahrens durch eine rechtstaatlichen und demokratischen Grundsätzen eklata widersprechende Hausordnung ausreicht, um einen Stipendiaten aus der Stiftung auszuschließen, ist sie nicht bereit, die Konsequenz eines positiven gerichtlichen Entscheids(Aufhebung der Relegatio durch eine automatische Weiterförderung zu übernehmen. Die FESt handelt demnach nach dem Grundsatz: Ordnungsrecht vor positivem Recht;

e) Die formale Begründung - ein Relegierter sei kein Student mehr und könne mithin in seinem Studium nicht gefördert werden - ist ebenso formal unhaltbar: Relegationen - wenigstens an den Berlin Universitäten - sind bisher nur als für eine Universität gültig ausgesprochen worden. 1. Es gibt die Möglichkeit der Doppelimmat kulation und damit des Weiterstudiums an einer anderen Universit 2.Neuimmatrikulation an anderen Universitäten in Berlin und im Bundesgebiet nach einer erfolgten Relegation sind möglich und schon erfolgt. Die Bestrafung durch die FESt - Förderungsentzug ist damit pauschal und ungleich schärfer als die der Rechtsprech sie kommt im Fall von finanziell Abhängigen einer unbefristeten R legation für alle Universitäten gleich.

f) Damit erweist sich der Beschluß der FESt als im höchsten Maße u zial: von ihrer Maßnahme nachhaltig getroffen werden nur die oh hin sozial Benachteiligten.

4. Indem der Beschluß nicht spezifisch dem jeweiligen Relegationsu teil entsprechend modifiziert wird (Ort- und Zeitadäquanz), wir in ihm die bundeseinheitliche Hausordnung bereits vor deren Rat fizierung durch die einzelnen Länder antizipiert.
Zugleich identifiziert sich die FESt mit der politischen Perspe tive derjenigen, die das Ordnungsrecht als politisches Kampfmit zur Ausschaltung der Opposition benutzen.

IV. Der generellen Chancenungleichheit - an schärfsten erfahren in der finanziellen Abhängigkeit - die viele Stipendiaten an ihre Förderungsorganisation existenziell binden, bleiben ihn im Bewußtsein ihrer Machtlosigkeit bei der gegenwärtigen Struktur der Stiftung, nur die Forderung nach

- Rücknahme der Entscheidung und ihrer Konsequenzen
- Herstellung verbindlicher Öffentlichkeit
- Demokratisierung der FESt.

Die ehemaligen und gegenwärtig geförderten Stipendiaten der FESt fordern daher von ihrer Stiftung:

1. Aufhebung des Beschlusses des Auswahlauschusses vom
2. Weiterförderung der relegierten Studenten
3. Unverzügliche Einberufung des Kuartoriums der FESt zur Willensbildung über den Beschluß und seine Konsequenzen, sowie über eine Demokratisierung der FESt
4. Unverzügliche Einberufung einer Sitzung des Vorstandes der FESt in Berlin zur verbindlichen Diskussion mit den Stipendiaten über den Beschluß und eine Demokratisierung der FESt.

Antragsteller:

Foud Darwich, Wieland Eschenhagen, Bärbel Gafert, Karl-Heinz Glocke, Niels Kadritzke, Ulf Kadritzke, Hanna Kröger, Jürgen Lorenz, Peter Neitzke, Christa Perabo, Jutta Quassowski, Lutz Rininsland, Jürgen Treulieb, Armin Meyer, Bodo Zeuner, Barbara Stolterfoth, Manfred Krämer, Peter Kisker.

28.04.1968:
In Hamburg beginnen, laut Detlev Albers, der AUSS und andere Schüler mit der Verteilung der 1. Maiflugblätter.
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 53

29.04.1968:
In Berlin wurde zu einer Maiveranstaltung um 19 Uhr 30 im Lokal Ediths' Schultheiss Stuebchen in der Friesenstr. Ecke Fidicinstr. aufgerufen mit einem Flugblatt "1. Mai 1895" unter Verantwortung von K.-H. Brentzel, das vermutlich von der Basisgruppe Kreuzberg stammt.
Q: N. N.: 1. Mai 1895, Berlin O. J. (1968)

27. April 19

1. M A I 1895

A R B E I T E R demonstrieren für den 8 Stundentag
A R B E I T E R demonstrieren für gesicherte Altersversorgung
A R B E I T E R demonstrieren für bessere und billigere Wohnungen
A R B E I T E R demonstrieren für Enteignung der Großkapitalisten

Einiges ist unter großen Opfern in solidarischem Kampf erreicht worden!

1. M A I 1968

Wofür demonstrieren wir heute?
Auf dem Platz der Republik : Für Frieden, Freiheit und soziale Sicherheit

Haben wir keine Großkapitalisten mehr?
Haben wir gesicherte Arbeitsplätze?
Haben wir die Selbstverwaltung der Arbeiter am Arbeitsplatz?
Haben wir genügend billige und moderne Wohnungen?
Bieten unsere Renten bei steigenden Preisen wirklich eine Sicherheit im Alter?

Auf all diese Fragen wird am Platz der Republik keine Antwort gegeben werden!

Wir versuchen, mit Ihnen zusammen diese Fragen zu lösen.
Besuchen Sie uns am Montag, den 29.4. um 19.30 Uhr im Lokal

" E D I T H ' S S C H U L T H E I S S
S T Ü B C H E N "

Friesenstr. Ecke Fidicinstr.

Besuchen Sie die Sozialistische Maikundgebung:
30.4. 18.Uhr "Neue Welt" Hasenheide (U-Bahnhof Herrmannplatz)
1. 5. 10.Uhr Treffen zur Demonstration: Karl-Marxplatz
11 Uhr Schlußkundgebung: Hohenstauffenplatz

verantwortlich:
K.-H. Brentzel, Berlin 44
Niemetzstr. 15

29.04.1968:
In Berlin lud der Arbeitskreis "Gewalt und Bedeutungsveränderung" der KU für heute zu seiner ersten Sitzung im Philosophischen Seminar der FU auf.
Q: KU-Arbeitskreis Gewalt und Bedeutungsveränderung: Keiner glaubt, daß Steinwürfe Springer stürzen, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

2 6. APR. 1968

KUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUK

Keiner glaubt, daß Steinwürfe Springer stürzen.

Wir brauchen nicht eine bessere Apologie der Gewalt, sondern eine bessere Gewalt. Dazu genügen nicht Überlegungen der Strategie, sondern wir brauchen einen neuen Begriff der Gewalt, der unserer konkreten Situation angemessen ist.

Ist Revolution möglich? ist sie nötig?

Der philosophischer Arbeitskreis der Kritischen Universität wird unter dem Thema "Gewalt und Bewußtseinsveränderung" die Frage nach den Chancen und Bedingungen einer Revolution stellen. Da die konkrete Analyse der Berliner Situation das unsichere Element der Zukunft enthält und im Endergebnis von der Entscheidung des Einzelnen oder eines politischen Verbandes abhängt, wird dieses Colloquium vielmehr die theoretische Vorarbeit zu leisten versuchen, wie man denn daran gehen kann, solche Fragen zu untersuchen.

Philosophie ist nicht das ewige Gespräch, das die Handlung ewig hinausschiebt, sondern die fortwährende Bewußtheit des Handelns.

Lektüre für die erste Sitzung: Chalmers Johnson, Revolutionary Change (nur in der soziologischen Bibliothek, Garystr. vorhanden -- bitte nicht ausleihen!), S. 1-14.

K U Arbeitskreis:

GEWALT UND BEWUSSTSEINSVERÄNDERUNG

jeden Montag ab 29. April, 14 - 16^{00}

im Übungsraum des Philosophischen Seminars, Gelfertstr. 11.

KUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKUKU

29.04.1968:
An der FU Berlin wurde aufgerufen zur Vollversammlung der Germanisten von 15 bis 18 Uhr im Hörsaal 101 der Wiso.
Q: FU - Germ Sprecher für Öffentlichkeit: Vollversammlung der Germanisten, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

26. APR. 1968

26. APR 1968

VOLLVERSAMMLUNG der Germanisten. HS 101. WISO

Montag, 29.4. 15°° – 18°°

Tagesordnung: Bericht des Sprechers-
Beratung und Verabschiedung der Instiutssatzung
Verhalten in Lehrveranstaltungen
Studienberatung
Sonstiges

Kommilitonen,

auf die Bemühung eines Teils der Betroffenen, Arbeiter, Angestellter, Schüler, Studenten, die offizielle Vermittlung zu durchbrechen und Gegenöffentlichkeit herzustellen, haben die Exekutivorgane in bekannter Weise reagiert. In lokalen Basisgruppen, die sich in fast allen Bezirken konstituiert haben, arbeitet man daran, unter den schwierigen Bedingungen der Isolierung von offiziellen Informationskanälen, besonders im Hinblick auf den 1.Mai, für die Bevölkerung die Ziele der APO zu artikulieren. Diese notwendige Arbeit der Basiserweiterung darf nich dazu führen, die Arbeit an unserer ureigensten Basis, der Universität, außer acht zu lassen. Wir gingen ja ursprünglich von ihr aus, weil wir sahen, daß ihre Widersprüche die Widersprüch der Gesamtgesellschaft sind. Hier wie dort begegnen wir Autorität, die keine Befragung der Betroffenen zuläßt, die durch nichts anderes als traditionelle Übung begründbar ist.

Die neue Institutssatzung gewährleistet den Studenten zum ersten Mal eine effektive Beteiligung an allen Entscheidungsprozessen innerhalb des Instituts. Das oberste Beschlußorgan ist der Institutsrat, der im Verhaltnis 9:9, alle Professoren auf der einen Seite, auf der anderen 2 Dozenten, 3 Wissenschaftliche Mitarbeiter und 4 Studenten enthält. Die Minderheitengruppen haben Vetorecht, wenn mindestens ein Vertreter einer anderen Gruppe sich ihnen anschließt. Der Institutsrat setzt drei abhängige Ausschüsse für verschiedene Sachbereiche ein.

Kommilitonen, bejaht diesen Anfang –

K O M M T Z U R V O L L V E R S A M M L U N G !.

(Sprecher für Öffentlichkeit)

29.04.1968:
In Berlin erscheint vermutlich kurz vor dem 1. Mai die Nr. 3 der 'Linkeck' (vgl. 29.2.1968, 6.5.1968) mit einem Titelbild zum 1. Mai mit einem Hakenkreuz und dem Leitartikel "Hammer und Sichel oder Hakenkreuz. Zur Titelseitenvorgeschichte" zum Konflikt mit der Pots-Kommune.

Weitere Artikel sind:
- "Streik" der Publizisten an der FU;
- "Theaterpolitik";
- "APO + SED = Schlips und Kragen";
- "Was ein Demonstrant in 30 Stunden Haft alles lernen kann!";
- "Gewalt gegen Sachen";
- "Es ist alles so sinnlos" zu Klaus Frings, der am 17.4.1968 in München bei einer Demonstration nach dem Dutschke-Attentat durch einen Steinwurf starb;
- "Rocker raus. Karrieremacher praktiziert Konterrevolution" zu Jens Litten und den Hamburger Springer-Protesten;
- "Ex und hopp", ein Bericht zur Kaufhausbrandstiftung in Frankfurt;
- ein Bericht zum Rücktritt des AStA-Vorsitzenden der FU, Wolfgang Landsberg;
- "Linkeck-Interview" mit Josef Bachmann;
- "2 Tote schaffen mehr als 20.000 Polizisten" zu Frings und Schreck;
- der Artikel "Schüler" aus dem 'Spiegel' über Linkeck;
- "Putschistenkacke" zu den Berliner Osterunruhen;
- "Brave Linke" zum Buchladen Europäisches Buch, wo tausend Mark aus der Kasse gestohlen wurden und die beiden Angestellten dies nun bezahlen müssen; sowie
- "Django der Rächer" eine Filmkritik.

Im Impressum heißt es:"
Redaktionen von Jugendzeitschriften erhalten Linkeck auf Anforderung regelmäßig kostenlos zugestellt unter der Bedingung, daß sie ihre eigenen Zeitungen und bei Schülerzeitungen auch Flugblätter, die an ihrer Schule verteilt werden, an uns schicken.
Wir sind stark an Nachrichten über Verhältnisse und Konflikte an Schulen interessiert und wollen eine Sammlung darüber anlegen, um einen Überblick zu bekommen und Richtlinien zu finden, nach den Schüler sich wehren können. Auch Schüler oder Gruppen, die sich erfolgreich gegen Lehrer durchgesetzt haben, bitten wir, uns zu berichten."
Q: Linkeck Nr. 3, Berlin o. J. (1968)

30.04.1968:
In Berlin verteilt das Sozialistische Maikomitee Friedenau vermutlich heute seine 'Kommentare zu BZ & Bild Zeitung Montag, 29. April 68' (vgl. 27.4.1968, 1.5.1968) als Flugblatt. Aufgerufen wird zur Veranstaltung am 30.4.1968 und zur Demonstration am 1. Mai.
Q: Sozialistisches Maikomitee Friedenau: Kommentare zu BZ & Bild Zeitung Montag, 29. April 68, Berlin O. J. (1968)

KOMMENTAR ZU

BZ

Montag 20. April 68

Bild ZEITUNG

Seite 1: "Da haben wir die Quittung"
Darf man das Entsetzen der Bz über den NPD-Erfolg abnehmen? BZ hat drei Gründe:
1. Unbehagen vieler über die große Koalition. Aber: Erinnern Sie sich noch an den Jubel von BZ und BILD, als SPD und CDU zusammengingen, um die Notstandsgesetze durchzubringen? In der Tat, unbehaglich ist die Große Koalition: Keine wirksame politische Opposition. Der Arbeitnehmer muß unter dem Dirigenten der Kapitalisten (Schiller) mitspielen (Konzertierte Aktion). Das war der BZ immer recht!
BZ meint, "alle Demokraten müssen lernen.' Auch wir." Das ist eine schmutzige Heuchelei!
2. BZ schiebt den Bauern die Schuld zu. Die Bauern sind gefüttert worden. Mit Subventionen. Und jetzt reicht der Haushalt nicht mehr. Für die Rüstung (17 Mrd. a conto Starfighter und MS-30-Panzer) reicht er.
3. Also waren's wohl die Studenten, die Osterunruhen. Darin sind sich BZ und NPD grundeinig!

Seite 2: "So geht es auch"!
Die Sudenten in Prag haben demonstriert. Was ist die Folge? Die politische Führung hat reagiert - nicht mit Gummiknüppeln, sondern mit Demokratisierung und Reformen! Hier wird auch demonstriert. Wie reagiert hier die Führungsspitze? Mit Reformen? Nein! Der Gummiknüppel war die einzige Antwort. Schon seit Jahren sind die Demonstranten im BZ-Jargon "Mob, Kriminelle und Politgangster." Die Prager Studenten brauchen sich nicht gegen solche Hetztiraden eines Springer-Konzerns zu wehren. Sie haben die gleichen Ziele wie wir. Uns geht es auch um Reformen! Kapieren Schütz, Neubauer und Sickert das nicht!???

Seite 1: siehe BZ

letzte Seite:
"Die Nazis haben es auch so gemacht".
Bild ist vornehmer geworden. BILD hetzt nicht mehr direkt, BILD zitiert. Hier aus der NEUEN ZÜRICHER ZEITUNG:
Die Studenten, meint die NZZ, machen es wie die Nazis. Willkürlich wird eine [illegible] beliebige Person herausgegriffen und zum Popanz gemacht. Die Nazis griffen sich Isidor Weiss, die Studenten greifen sich Springer.
Demonstrierten die Studenten also nur deshalb in der Kochstraße, weil ihnen Herrn Springers Nase nicht gefiel? Oder vielleicht, weil sein Verlagshaus "einen verderblichen Einfluß auf die deutsche öffentliche Meinung ausübt"? Aber darauf, meint die NZZ, kommt's hier nicht an....

WICHTIG IST HEUTE DIE RÜCKSEITE

Seite 7: "Aufklärung und Sex- das sind die Schlagworte unserer Zeit," schreibt BILD. "Wir haben genug von Sex!" schreit BILD.
Und was ist mit den dauernden geilen Berichten über Sexualmorde? Wer hält denn die "Sexlokomotive" unter Dampf? (Von Aufklärung hat BILD sowieso noch nie etwas gehalten.) Nun wirft Herr Springer ein neues Sex-Magazin ("Jasmin") auf den Markt und verkauft's als Aufklärung. Das Geschäft blüht!

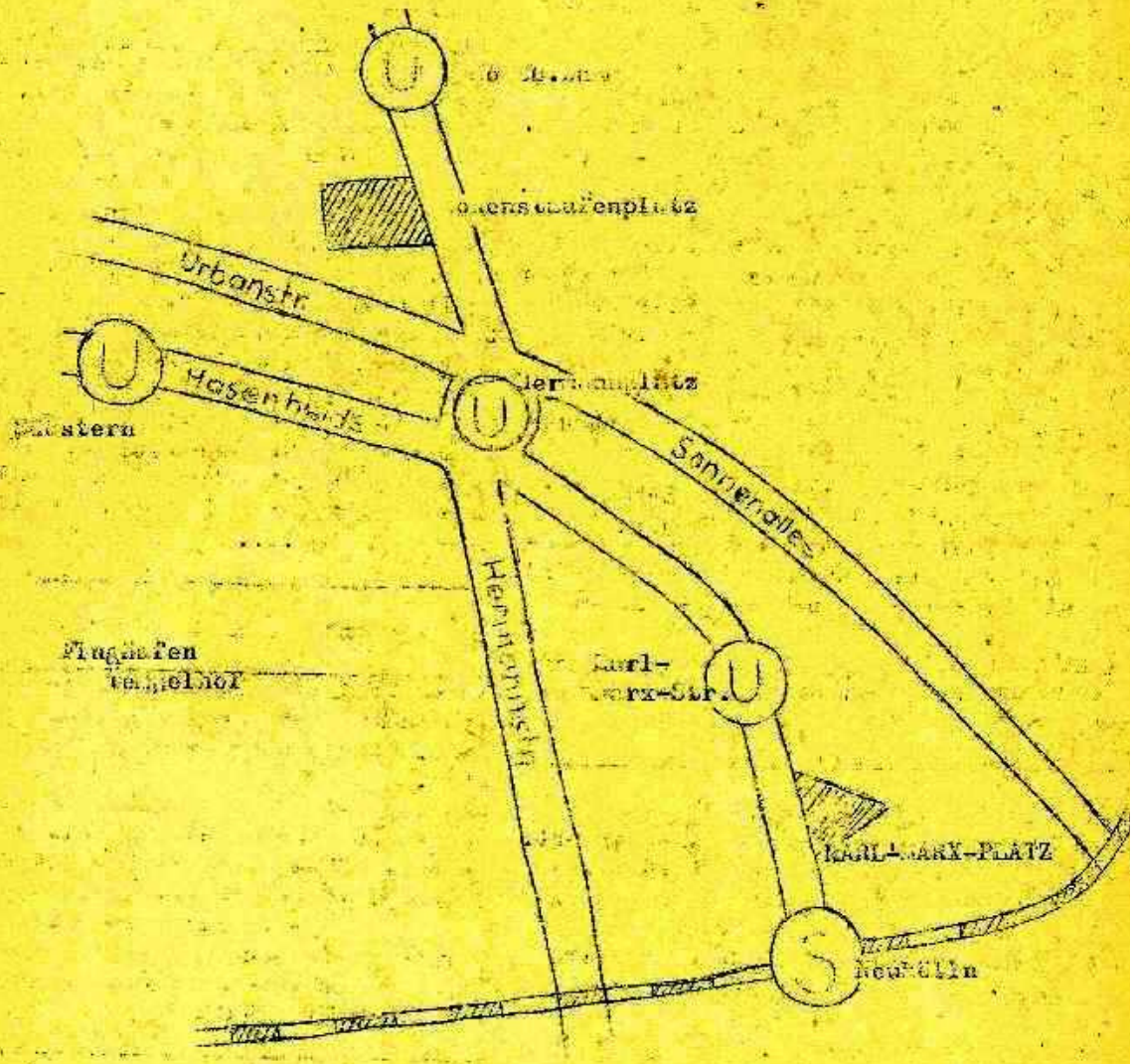
Letzte Seite: "Schnell in Bild"
Wo es um den Lohnkampf von 3,6 Mill. Metallarbeitern geht, hat BILD nur 33 Worte übrig. Unsere Voraussage der letzten Woche, daß die Unternehmer einer Lohnerhöhung von höchstens 5% zustimmen würden, ist durch das schäbige Angebot von 4% sogar noch übertroffen worden. S

Sozialistisches Aktionskomitee, Friedenau. Verantw. Nebendahl, Bln. 41 Niedstr.19

1. M A I [illegible]

Jedes Jahr hören Sie dasselbe auf dem Platz der Republik, deshalb

SOZIALISTISCHE MAIKUNDGEBUNG / 1. Mai, Hohenstaufenplatz



SOZIALISTISCHE MAIKUNDGEBUNG

Treffpunkt: 1. Mai, 9.3o Uhr, Karl-Marx-Platz (U-,S-Bahn, A4,A85,A95,A67,A
11.oo Uhr, Kundgebung auf dem Hohenstaufenplatz
(U-Bahn, Bus A67,A95,A75)

Informationsversammlung: Dienstag, 3o. April, 18.oo Uhr, "NEUE [illegible]"
Hasenheide.

30.04.1968:
Zur Vorbereitung der 1. Mai-Demonstration in Berlin findet, laut 'BED', ein Kongreß mit dem Thema "Die Lage der Wirtschaft in Berlin" statt. An diesem Kongreß nehmen Gruppen teil, die auch den 1. Mai in Berlin vorbereiten: GSG, Falken, Arbeitsgemeinschaft linker Jungsozialisten in der SPD, Gewerkschaftlicher Arbeitskreis im Republikanischen Club, Sozialistischer Club Neukölln, Gruppe Nordwest (Wedding), SDS, Sozialistisches Maikomitee 1968 Westberlin.
Q: Berliner Extra Dienst Nr. 26, Berlin 1968, S. 1f

30.04.1968:
In Hamburg wird ein "Versuch zur Aufstellung eines Programms zur Erneuerung der Sektion Architektur an der HBK Hamburg" verfasst. Ein erster Teil wird am 15.5.1968 verfasst.
Q: N. N.: Versuch zur Aufstellung eines Programms zur Erneuerung der Sektion Architektur an der HBK Hamburg, Hamburg 30.4.1968

Versuch zur Aufstellung eines Programms zur Erneuerung der Sektion Architektur in der HBK Hamburg

Zu behandelnde Kapitel:

I Rolle des Architekten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in der Gesellschaft

II A1 Theoretische Grundlagen und Aufgaben für eine moderne Universität
A2 Integration der Universität in die Gesellschaft und ihre Verantwortung
A3 Allgemeine Organisation der Universität

III B1 Die spezifische Rolle der HBK im Verhältnis zu anderen Universitätsinstitutionen
B2 Integration der Sektion Architektur in die Gesamtheit der HBK
B3 Allgemeine Organisation der HBK
Allgemeine Organisation der Sektion Architektur in der HBK
B4 Vorschläge zur Erneuerung und Anpassung der Sektion Architektur an die neuen Mittel und die aktuelle Situation

Hamburg am 3o.4.1968

Letzte Änderung: 01.03.2023

[Zum Seitenanfang] [nächste Zwischenübersicht] [Hauptübersicht] [Impressum]